



BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR  
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

# Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahl- verfahren

FKZ 4719F90101

## AUFTRAGNEHMER:IN

IZT – Institut für Zukunftsstudien und  
Technologiebewertung gemeinnützige GmbH

## UNTERAUFTRAGNEHMER:INNEN

DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für  
Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH und  
Gorleben Archiv e.V.

Dr. Jan-Henrik Meyer, Britta Oertel

Carolin Kahlisch, Jennifer Maier, Charlotte Oertel,  
Ludger Benighaus, Carolin Jaschek, Frank Ulmer, Lena Ebinger,  
Gabi Haas, Dominique Chasseriaud



# **Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren**

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

*Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.*

**BASE-028/24**

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:  
urn:nbn:de:0221-2024040542658

Berlin, April 2024

## **Impressum**

**Bundesamt  
für die Sicherheit  
der nuklearen Entsorgung  
(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR  
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

**Auftragnehmer:in**  
IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung  
gemeinnützige GmbH

**Unterauftragnehmer:innen**  
DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations-  
und Kooperationsforschung mbH und  
Gorleben Archiv e.V.

Dr. Jan-Henrik Meyer, Britta Oertel

Carolin Kahlisch, Jennifer Maier, Charlotte Oertel,  
Ludger Benighaus, Carolin Jaschek, Frank Ulmer, Lena Ebinger,  
Gabi Haas, Dominique Chasseriaud

030 184321-0  
[www.base.bund.de](http://www.base.bund.de)

Stand: April 2024

# **Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren**

FKZ 4719F90101

Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben im Auftrag des  
Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung  
(BASE)

vorgelegt von

IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH  
in Kooperation mit  
DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und  
Kooperationsforschung mbH  
Gorleben Archiv e.V.

## **Projektleitung:**

Dr. Jan-Henrik Meyer (IZT)  
Britta Oertel (IZT)

## **Weitere Autorinnen und Autoren:**

IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH  
Carolin Kahlisch  
unter Mitarbeit von Jennifer Maier und Charlotte Oertel

DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und  
Kooperationsforschung mbH  
Ludger Benighaus  
Carolin Jaschek  
Frank Ulmer  
unter Mitarbeit von Lena Ebinger

Gorleben Archiv e.V.  
Gabi Haas  
Dominique Chasseriaud

Das diesem Bericht zu Grunde liegende FE-Vorhaben wurde im Auftrag des  
Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt. Die  
Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzzusammenfassung</b> .....	<b>15</b>
<b>English Abstract</b> .....	<b>16</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>17</b>
1.1 Einführung .....	17
1.2 Was war der „Bürgerdialog Kernenergie“? .....	19
1.3 Hintergrund und Auftrag der Studie .....	21
1.4 Die Diskussion zum Bürgerdialog Kernenergie in der wissenschaftlichen Literatur .....	23
1.5 Kapitelgliederung.....	28
1.6 Danksagung.....	29
<b>2 Untersuchungsdesign</b> .....	<b>30</b>
2.1 Eine interdisziplinäre Betrachtung .....	30
2.2 Überblick über die methodische Herangehensweise .....	31
2.3 Recherchen in Archiven, Datenbanken und Bibliotheken .....	32
2.3.1 Staatliche Archive .....	32
2.3.2 Archive von öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern.....	35
2.3.3 Zivilgesellschaftliche und kirchliche Archive.....	35
2.4 Wissenschaftliche Literaturdatenbanken und Bibliotheken .....	37
2.5 Zeitzeugen-Interviews .....	39
2.6 Qualitative Analysen von Archivalien, wissenschaftlicher Literatur, Presseartikeln sowie von Interview-Transkripten .....	42
<b>3 Kontexte</b> .....	<b>43</b>
3.1 Historische Hintergründe.....	43
3.1.1 Geschichte der Nutzung der Atomenergie und ihrer öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland bis in die 1960er Jahre.....	43
3.1.1.1 Konzeptionelles: Öffentliche Technologien, gesellschaftliche Konflikte und die Defizitthese .....	44
3.1.1.2 Von der Bombe zum Frieden: Physik, Technik und Politik.....	46
3.1.2 1960er Jahre: Erste Kraftwerke und wenig Protest.....	50
3.1.3 Die Atomkraft-Kontroverse in den frühen 1970er Jahren.....	52
3.1.4 Veränderte Problemwahrnehmungen und Protestformen .....	54
3.1.5 Wachsende Konflikte um die Kernkraft.....	56
3.1.5.1 1973-1974: Ölkrise und Energieprogramm-Fortschreibung .....	58
3.1.5.2 Wylh – Eskalation des Konflikts bis 1974 .....	59
3.1.6 Der Atomkonflikt und die Entsorgungsfrage während der Zeit des Bürgerdialog Kernenergie .....	61
3.1.6.1 Regierungs- und Energiepolitik.....	62
3.1.6.2 Demonstrationen, Platzbesetzungen und Proteste .....	65
3.1.6.3 Internationale Vorbilder für den Bürgerdialog Kernenergie .....	67
3.1.6.4 Entsorgungsfragen .....	69

3.2	Öffentlichkeitsarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft .....	71
3.2.1	Konzeptionelles: Die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit bei Kontroversen .....	71
3.2.2	Zum Begriff: Öffentlichkeitsarbeit bzw. Public Relations.....	72
3.2.3	Öffentlichkeitsarbeit als kommunikatives Handeln .....	73
3.2.4	Regierungsamtliche Öffentlichkeitsarbeit/Regierungs-PR .....	75
3.3	Agenda-Setting in der Kernenergiekontroverse .....	77
3.3.1.1	Kraftwerk Union AG .....	79
3.3.1.2	Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft (IZE) .....	80
3.3.1.3	Deutsches Atomforum (DATF) und Informationskreis Kernenergie (IK).....	81
3.3.1.4	Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiativen gegen Kernenergie .....	83
3.4	Partizipationsverständnis in der zeitgenössischen wissenschaftlichen Literatur der 70er Jahre .....	85
3.4.1	Begriffsverständnis .....	85
3.4.2	Politische Partizipation in den 1970er Jahren .....	87
3.4.3	Beteiligungsformen und -möglichkeiten .....	89
3.4.3.1	Bürgerinitiativen.....	92
3.5	Fazit .....	98
<b>4</b>	<b>Der Bürgerdialog Kernenergie im Überblick: Verlauf, Ziele und thematische Schwerpunktsetzungen .....</b>	<b>101</b>
4.1	Einführung .....	101
4.2	Der Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene .....	104
4.2.1	Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern 1974 für eine Aufklärungsaktion.....	104
4.2.2	Konzeptionen zur Ausgestaltung des Bürgerdialog Kernenergie, Abstimmungen mit Kanzleramt, Ressorts und Landesregierungen .....	110
4.2.3	Bedeutung der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Bürgerdialogs aus Sicht staatlicher Stellen .....	114
4.2.4	Thematische Schwerpunktsetzungen und Erweiterungen in den Folgejahren 1976-1981 laut Jahresberichten der Bundesregierung .....	117
4.2.5	Aktivitäten des Bürgerdialog Kernenergie im Überblick .....	119
4.2.6	Administrative Zuordnung im BMFT und Kostenüberblick laut der Beantwortung von Anfragen im Deutschen Bundestag.....	122
4.2.7	Mittelaufteilung am Beispiel des Jahres 1979.....	124
4.2.8	Auslaufen des Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene .....	126
4.3	Der Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben .....	128
4.3.1	Beschluss für einen Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben und Übertragung der Grundsätze der Kernenergie- diskussion auf die Aktivitäten des BMFT in Lüchow-Dannenberg.....	129
4.3.2	Wechsel vom Bundes-Bürgerdialog hin zur Vor-Ort- Informationsarbeit in Lüchow in der BMFT-Außendarstellung .....	130
4.3.3	Mittelaufteilung und Ausgabenhöhe in der Region Gorleben.....	130
4.3.4	Auslaufen des Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben .....	131
4.4	Fazit .....	132

<b>5</b>	<b>Der Bürgerdialog auf der Bundesebene: Umsetzungsbeispiele und Analysen zur Informations- und Dialogkampagne .....</b>	<b>135</b>
5.1	Einführung .....	135
5.2	Informationskampagne: Informationen für die Bevölkerung zum Thema Kernenergie und ihren Alternativen .....	136
5.2.1	Broschüren zum Thema Kernenergie (Bürgerinformation und Dokumentation-Kernenergie) .....	136
5.2.2	BMFT-Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften .....	141
5.2.3	BMFT-Magazine „Informationsbrief Kernenergie“ und „Energiediskussion“ .....	150
5.3	Öffentlicher Dialog des BMFT: Diskussionsveranstaltungen, Konferenzen und Seminare .....	156
5.3.1	Diskussionsveranstaltungen mit dem Bundesforschungsminister .....	156
5.3.2	Wissenschaftliche Konferenzen des BMFT und Buchveröffentlichungen in der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“ .....	157
5.3.3	BMFT-Seminare .....	158
5.4	Veranstaltungskampagne: bezuschusste Veranstaltungen unter der Regie freier Träger .....	162
5.4.1	Einführung .....	162
5.4.2	Rahmen und Förderkonzept des BMFT .....	163
5.4.3	Höhe und Verteilung von Zuschüssen für Veranstaltungen freier Träger .....	167
5.4.4	Veranstaltungskonzepte und Formate .....	168
5.4.5	Teilnehmendenzahl und Zielgruppen .....	169
5.4.6	Träger von Veranstaltungen .....	169
5.4.7	Vorstellung von zwei Trägern bezuschusster Veranstaltungen und ihrer Bürgerdialog-Kernenergie-Angebote .....	171
5.4.8	Im Detail: Analyse der Veranstaltung der Evangelischen Akademie Loccum „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie“ im März 1980 .....	174
5.4.9	Kurzvorstellung von drei weiteren Bürgerdialog Kernenergie-Veranstaltungen .....	191
5.5	Austausch zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen .....	199
5.5.1	Gesprächskreis Kernenergiedialog .....	199
5.5.2	Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Gruppen am Beispiel der beiden Ministergespräche mit BfL und BBU .....	211
5.6	Kritik am Bürgerdialog hinsichtlich der Bürgerbeteiligung in der zeitgenössischen Literatur .....	216
5.7	Der Bürgerdialog Kernenergie: (K)Ein Thema in TV-Beiträgen? .....	221
5.7.1	Vorbemerkung .....	221
5.7.2	Kernenergie in Fernsehsendungen .....	221
5.8	Fazit .....	225

<b>6</b>	<b>Der standortbezogene Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg:</b>	
	<b>Entsorgung .....</b>	<b>229</b>
6.1	Begründung, Quellenlage und Aufbau der Fallstudie.....	229
6.2	Historischer Hintergrund .....	230
6.2.1	Die Standortbenennung bis zum Verzicht auf die Wiederaufarbeitungsanlage (1976-1979).....	230
6.2.1.1	Die Standortbenennung.....	230
6.2.1.2	Reaktion der Bevölkerung.....	232
6.2.1.3	Öffentlichkeitsarbeit der DWK.....	233
6.2.1.4	Staatliche Informationspolitik .....	234
6.2.1.5	Hannover-Treck und Gorleben-Hearing – Verzicht auf die WAA .....	238
6.2.2	Zwischenlager und Salzstockerkundung (1980-1983).....	239
6.2.2.1	Genehmigungsverfahren für den Bau eines Zwischenlagers.....	240
6.2.2.2	Tiefbohrungen und Entscheidung über die untertägige Erkundung im Salzstock Gorleben .....	241
6.3	Der Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben – detaillierte Darstellung der staatlichen Aktivitäten.....	244
6.3.1	Veranstaltungen im Zeitraum 1977-1979.....	244
6.3.1.1	Veranstaltungen ohne direkten Bezug zum geplanten Entsorgungszentrum.....	246
6.3.1.2	Die Ausnahme: Informationsveranstaltung für die Gorleben- Kommission .....	248
6.3.2	Gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund- Land (1979-1983) .....	249
6.3.3	Besuche von Bundespolitikern in Lüchow-Dannenberg.....	256
6.3.3.1	Besuche von Bundesforschungsminister Volker Hauff (1978-1980) .....	256
6.3.3.2	„Blitzbesuch“ von Bundeskanzler Helmut Schmidt (1981) .....	257
6.3.3.3	Bürgerdialog mit Bundesforschungsminister Andreas von Bülow (1982) .....	258
6.3.4	Bürgerdialog zwischen Polizei, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft (1980) .....	259
6.3.5	Veranstaltungen zum Sicherheitskonzept des Zwischenlagers (1980- 1981).....	260
6.3.5.1	Erstes Zwischenlager-Seminar (Mai 1980).....	261
6.3.5.2	Konflikt um den Sicherheitsbericht für das Zwischenlager (Oktober 1980).....	263
6.3.5.3	Zweites Zwischenlager-Seminar (November 1980) .....	264
6.3.5.4	Zwischenlager-Anhörung (Januar 1981) .....	266
6.3.6	Veranstaltungen zu den Zwischenergebnissen Salzstock Gorleben (1979-1983).....	270
6.3.6.1	Vorgeschichte – gescheitertes „Streitgespräch“ über Endlagerung (1979) .....	270
6.3.6.2	Erste Informationsveranstaltung zu den Zwischenergebnissen Salzstock Gorleben (Mai 1981) .....	272

6.3.6.3	Zweite Informationsveranstaltung zum Projekt Sicherheitsstudien Endlagerung (Oktober 1982) .....	282
6.3.6.4	Dritte Informationsveranstaltung zum Salzstock Gorleben (Mai 1983).....	285
6.4	Bewertungen des Bürgerdialogs – Wechselwirkungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft .....	289
6.4.1	Bewertung durch die staatlichen Akteure .....	289
6.4.2	Bewertung durch die Kommunalvertreter .....	293
6.4.3	Bewertung durch die atomkritische Zivilgesellschaft .....	295
6.5	Fazit .....	298
<b>7</b>	<b>Pläne und Kontroverse für eine Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Frankenberg/Hessen 1981/1982. Erfahrungen aus dem Bürgerdialog Kernenergie? .....</b>	<b>306</b>
7.1	Vorgeschichte der Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen .....	307
7.2	Staatliches Handeln der Landesregierung Hessen zur WAA.....	310
7.3	Aufgaben und Aktivitäten der Betreibergesellschaft DWK.....	313
7.4	Haltungen in den Kommunen .....	315
7.4.1	Stadt Frankenberg und Landkreis Waldeck-Frankenberg .....	315
7.4.2	Nachbargemeinden .....	316
7.5	Bürgerinitiativen und Protest .....	317
7.5.1	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).....	317
7.5.2	Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg (BIUF) .....	318
7.5.3	Lokale Protestformen: Demonstrationen und Traktoren-Trecks .....	320
7.6	Neue Konzepte der Bürgerbeteiligung .....	320
7.6.1	Ueberhorst-Studie: Verbesserte Bürgerbeteiligung in Prüfverfahren.....	321
7.6.2	Modell Offene Bürgerdiskussion .....	323
7.7	Fazit .....	324
<b>8</b>	<b>Fazit .....</b>	<b>326</b>
8.1	Überblick und Leitfragen .....	326
8.2	Was waren Anlässe und Ursprünge des Bürgerdialog Kernenergie, wer die Protagonisten? .....	328
8.3	Welche Ziele verfolgte der Bürgerdialog Kernenergie, welche Ideen und Vorbilder lagen ihm zugrunde?.....	330
8.4	Welche Wirkungen des Bürgerdialog Kernenergie wurden seitens der staatlichen Akteure erwartet, welche Wirkungen sind eingetreten?.....	332
8.5	Aus welchen Aktivitäten bestand der Bürgerdialog Kernenergie und welche Instrumente wurden verwendet, um die Ziele zu erreichen? .....	334
8.6	Wie wurde der Bürgerdialog Kernenergie von verschiedenen Seiten wahrgenommen, insbesondere von Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft? Warum wurde er „vergessen“? .....	336
8.7	Welche Bedeutung haben die Beobachtungen über den Bürgerdialog Kernenergie für das heutige Standortauswahlverfahren? .....	344

8.8	Welche weiteren Forschungsbedarfe ergeben sich aus dieser Studie? .....	347
8.9	Schlussfolgerungen .....	349
<b>9</b>	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis .....</b>	<b>353</b>
9.1	Zitierte Literatur und Dokumente .....	353
9.2	Zeitzeugeninterviews und Hintergrundgespräche.....	409
9.3	Drucksachen des Deutschen Bundestags sowie Dokumente des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestags .....	410
9.4	Akten aus Archiven und Beständen.....	414
9.4.1	Archiv der sozialen Demokratie .....	414
9.4.2	BASE-Akten (Ordner der Gemeinsamen Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land) .....	415
9.4.3	Bundesarchiv Koblenz .....	415
9.4.4	Generallandesarchiv Karlsruhe .....	418
9.4.5	Gorleben Archiv.....	418
9.4.6	Hessisches Staatsarchiv.....	419
9.4.7	Landeskirchliches Archiv Hannover .....	420
9.4.8	Stadtarchiv Frankenberg.....	421
<b>Anhang</b>	<b>.....</b>	<b>422</b>
	Literatur mit Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“ .....	422
	Anzeigenschaltungen des BMFT in Zeitungen und Zeitschriften zum bundesweiten Bürgerdialog Kernenergie .....	434
	Per Coupon-Anzeigen anzufordernde Broschüren, Verlagsveröffentlichungen und Sonderdrucke .....	436
	BMFT-Herausgeberschaften in der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“ .....	437
	Vom BMFT veranstaltete öffentliche Diskussionsveranstaltungen für Bürger*innen mit Bundesforschungsminister Matthöfer im Jahr 1976.....	438
	Vom BMFT veranstaltete öffentliche Seminare für Bürger*innen oder Fachleute .....	438
	Gesprächskreis Bürgerdialog Kernenergie des BMFT mit gesellschaftlichen Gruppen: Termine und Teilnehmende .....	440
	Beispiele aus Veranstaltungsprogrammen freier Träger .....	445
	Veranstaltung „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie“, 1980 in der Evangelischen Akademie Loccum: Tagungsprogramm und Arbeitskreise.....	447
	Chronologie der Ereignisse und Entscheidungen zum geplanten Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Frankenberg .....	449
	Berichte der Atommüllzeitung zur geplanten WAA Frankenberg .....	451
	Rundschreiben der Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg .....	452
	TV-Beiträge mit Bezügen zum Bürgerdialog Kernenergie aus ARD-Rundfunkarchiven (Nachrichten, Berichte, Diskussionen) .....	453

# Abbildungen

Abbildung 1:	Häufigkeiten der Nennungen des Begriffs „Bürgerdialog Kernenergie“ in der wissenschaftlichen Literatur im Zeitverlauf (1976-2022) pro Jahr .....	23
Abbildung 2:	Die Stufen der Bürgerbeteiligung (Partizipationsleiter) .....	90
Abbildung 3:	Schematische Darstellung der Beteiligungsformen .....	90
Abbildung 4:	Ausgaben für den Bürgerdialog Kernenergie auf Bundesebene im Jahr 1979 in DM und Prozent .....	125
Abbildung 5:	BMFT-Ausgaben für den Bürgerdialog am Standort Gorleben im Jahr 1979 in DM und Prozent .....	131
Abbildung 6:	Erstausgabe des Taschenbuchs Kernenergie und der Dokumentation zur Kernenergie.....	139
Abbildung 7:	BMFT-Anzeigen „Kernenergie ist in der Bundesrepublik nicht denkbar ohne breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung“ von August 1975, „Bundesminister Hans Matthöfer antwortet auf kritische Fragen“ von April 1976 sowie „Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie“ von August 1976.....	143
Abbildung 8:	BMFT-Anzeige „Energie für die Zukunft“ von Januar 1978. ....	144
Abbildung 9:	Titelseiten des Informationsbriefs Kernenergie 2/77 sowie der Energiediskussion 3/80.....	152
Abbildung 10:	Verteilung der Beiträge von Bürgerinitiativ- und Umweltverbänden in den BMFT-Magazinen Informationsbrief Kernenergie und Energiediskussion .....	155
Abbildung 11:	Flyer des BMFT „Bürgerdialog Kernenergie. Veranstaltungen im 2. Halbjahr 1976“ (Vorderseite) .....	159
Abbildung 12:	Flyer des BMFT „Bürgerdialog Kernenergie. Veranstaltungen im 2. Halbjahr 1976“ (Rückseite) .....	160
Abbildung 13:	Zuschüsse an Träger von Veranstaltungen nach gesellschaftlichen Gruppen 1976-1980.....	167
Abbildung 14:	Zuschüsse an Träger von Veranstaltungen nach gesellschaftlichen Gruppen .....	168
Abbildung 15:	Anzeige des BMFT zur Eröffnung der Informationsstelle in Lüchow.....	246
Abbildung 16:	Transparent.....	267

Abbildung 17: Transparent bei der Zwischenlager-Anhörung in Lüchow am 28. Januar 1981 .....	267
Abbildung 18: Beispiel von zwei Zeitungsanzeigen, links DWK, rechts die Reaktion der Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg .....	314
Abbildung 19: Agenda Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet Kernenergie-Seminar im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie am 27. August 1977, Programm .....	445
Abbildung 20: Agenda Kernenergie-Seminar mit Befürwortern und Gegnern – am 3. Dezember 1977, Programm .....	446
Abbildung 21: Tagungsprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie“, 7.-9. März 1980 in der Evangelischen Akademie Loccum .....	447

## Tabellen

Tabelle 1:	Recherche zum Bürgerdialog Kernenergie: staatliche Archive, Archive von öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern sowie BASE-Aktenbestand der Informationsstelle Gorleben .....	34
Tabelle 2:	Recherche zum Bürgerdialog Kernenergie: zivilgesellschaftliche und kirchliche Archive.....	36
Tabelle 3:	Stichwörter sowie Stichwörterkombinationen mit Suchoperatoren zur Verfeinerung der Literatur- und Presseartikelrecherche .....	37
Tabelle 4:	Interviewte Zeitzeugen .....	40
Tabelle 5:	Überblick über Aktivitäten sowie Formate/Elemente des Bürgerdialog Kernenergie 1975-1982 auf der Bundesebene .....	120
Tabelle 6:	BMFT-Ausgaben für den Bürgerdialog Kernenergie 1975-1979 .....	123
Tabelle 7:	Informationsmaterialien des BMFT, Auflagenhöhen und Anzahl der Versendungen. Stand 01.12.1977 (Auswahl).....	137
Tabelle 8:	Anzeigen des BMFT in Zeitungen und Zeitschriften – Auswahl, Botschaften und Komplexität .....	145
Tabelle 9:	Themenbereiche, Fragestellungen und Problemfelder für bezuschusste Veranstaltungen laut BMFT-Merkblatt für Antragsteller.....	165
Tabelle 10:	Zuschüsse 1978 an Träger für Veranstaltungen im Bürgerdialog Kernenergie (Auswahl von Trägern mit mehr als 10.000 DM). .....	170
Tabelle 11:	Eckdaten der fünf Gesprächskreise zwischen BMFT und Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen .....	201
Tabelle 12:	Bürgerdialogveranstaltungen in Lüchow-Dannenberg .....	303
Tabelle 13:	BMFT-Anzeigenschaltungen und Maternseiten zum Bürgerdialog Kernenergie.....	434
Tabelle 14:	Bürgerdialog-Kernenergie-Seminare des BMFT 1976-1977.....	438
Tabelle 15:	Übersicht über die an den fünf Terminen des Gesprächskreises Kernenergie mit den gesellschaftlichen Gruppen teilnehmenden Organisationen und Personen 1977-1981 .....	441
Tabelle 16:	Teilnehmer*innen aus Regierung und Verwaltung am Gesprächskreis Kernenergie mit gesellschaftlichen Gruppen .....	443

Tabelle 17:	Geplante Arbeitsgruppen zum Verhältnis von „wissenschaftlicher“ und „öffentlicher“ Diskussion bei der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum .....	448
Tabelle 18:	Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse November 1981 bis November 1982 WAA Frankenberg, mit Vor-, Haupt- und Nachphase.....	449
Tabelle 19:	Berichte zur WAA Frankenberg in „Atommüllzeitung“, Zeitraum 1981 bis 1982 (Dialogik 2023: Citavi-Datenbank, Stand Februar 2023).....	451
Tabelle 20:	Rundschreiben, Flugblätter, Mitteilungen und Presseerklärungen der Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg .....	452
Tabelle 21:	Beiträge der ARD Tagesschau und Tagesthemen mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog .....	453
Tabelle 22:	Beiträge des Norddeutschen Rundfunks mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog.....	455
Tabelle 23:	Beiträge des Südwestrundfunks mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog .....	456
Tabelle 24:	Beiträge des Westdeutschen Rundfunks mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog.....	457

# Abkürzungen

AdsD: Archiv der sozialen Demokratie

AEC: Atomic Energy Commission, Atomenergiekommission der USA

AKW: Atomkraftwerk

ATG: Atomgesetz

BArch: Bundesarchiv

BASE: Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung

BBU: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.

BfL: Bund für Lebensschutz

BGE: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH

BGH: Bundesgerichtshof.

BGR: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

BI: Bürgerinitiative(n)

BIUF: Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg

BLG: Brennelementlager Gorleben GmbH

BMBW: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

BMFT: Bundesministerium für Forschung und Technologie

BMI: Bundesministerium des Inneren

BMWi: Bundesministerium für Wirtschaft

BNN: Badische Neueste Nachrichten

BR: Bayerischer Rundfunk

BUND: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

BVerfG: Bundesverfassungsgericht

Castor: cask for storage and transport of radioactive material (=Behälter für Lagerung und Transport radioaktiven Materials)

CDU: Christlich Demokratische Union Deutschlands

CSU: Christlich-Soziale Union in Bayern

DAtF: Deutsches Atomforum

DBE: Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH

DGB: Deutscher Gewerkschaftsbund

DIP: Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien von Bundestag und Bundesrat

DNR: Deutscher Naturschutzring

DVFLR: Projektträger Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (später umbenannt in Projektträger DLR)

DWK: Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen

EJZ: Elbe-Jeetzel-Zeitung

EKD: Evangelische Kirche Deutschland

Euratom: Europäische Atomgemeinschaft

Endlagerkommission: Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

FDP: Freie Demokratische Partei

FES: Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

FNP: Frankfurter Neue Presse

FZ: Frankenberger Zeitung

GNS: Gesellschaft für Nuklear-Service mbH

GRS: Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit gGmbH

GSF: Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung

HA: Hessische Allgemeine

HAZ: Hannoversche Allgemeine Zeitung

HR: Hessischer Rundfunk

IAEA: International Atomic Energy Agency, Internationale Atomenergie-Organisation

IK: Informationskreis Kernenergie im Deutschen Atomforum

IMAK: Interministerieller Arbeitskreis

KB: Kommunistischer Bund

KEWA: Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft GmbH

KfA: Kernforschungsanlage

LG: Landgericht

NDR: Norddeutscher Rundfunk

NEZ: Nukleares Entsorgungszentrum

NIS: Nuklear-Ingenieur-Service GmbH

NKZ: Nukleares Entsorgungszentrum

NRC: Nuclear Regulatory Agency

OKD: Oberkreisdirektor

OLG: Oberlandesgericht

OVG: Oberverwaltungsgericht

PSE: Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung

PTB: Physikalisch-Technische Bundesanstalt

PUA: Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

RSK: Reaktorsicherheits-Kommission

SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SSK: Strahlenschutzkommission

StandAG: Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz)

SWR: Südwestrundfunk

taz: die tageszeitung

TBL: Transportbehälterlager

UCS: Union of Concerned Scientists

UWG: Unabhängige Wählergemeinschaft

WAA: Wiederaufarbeitungsanlage

WAK: erste deutsche Versuchsanlage für die Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente aus wassergekühlten Reaktoren mit geringer Kapazität in der Bundesrepublik Deutschland am Kernforschungszentrum Karlsruhe

WDR: Westdeutscher Rundfunk

WLZ: Waldeckische Landeszeitung

WSL: Weltbund zum Schutz des Lebens

## Kurzzusammenfassung

Der Bürgerdialog Kernenergie war eine politisch-administrative Maßnahme, auf deren Durchführung sich die Regierungschefs von Bund und Ländern Ende 1974 im Grundsatz einigten. Der Beschluss zielte auf eine gemeinsame Aufklärungsaktion zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Baues von Kernkraftwerken, die Sicherheitsanforderungen und die Auswirkungen auf die Umwelt. Zuständig war das Bundesministerium für Forschung und Technologie, das den Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“ prägte. Aktivitäten des Bürgerdialog Kernenergie sind vor allem für den gesamten Zeitraum von 1975 bis 1983 bundesweit und von 1979 bis 1983 mit einem Schwerpunkt im Landkreis Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen nachzuweisen, wo der Salzstock Gorleben damals als Standort für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle vorgesehen war.

Der Bürgerdialog Kernenergie fußte auf zwei Säulen: eine vorrangig an die allgemeine Bevölkerung aber auch an Fachkreise gerichteten Informationsaktion mit Anzeigenschaltungen, Broschüren sowie wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Magazinen, sowie einer dialogisch orientierten Diskussionsaktion im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen des BMFT sowie vom BMFT bezuschussten Veranstaltungen, für deren Durchführung gesellschaftliche Gruppen und Bildungsträger Förderanträge stellen konnten.

Die vorliegende Studie mit dem Titel „Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren“ stellt die Rahmenbedingungen, den Verlauf und die Aktivitäten des Bürgerdialog Kernenergie 50 Jahre nach seinem Beginn ausführlich dar und ordnet ihn in den Kontext der Kernenergiekontroverse ein. Die Betrachtung umfasst historische, partizipations- und kommunikationswissenschaftliche Aspekte. Im Zuge der Forschungsarbeit erfolgten umfangreiche Recherchen in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Archiven sowie in Bibliotheken und Datenbanken. Zeitzeugen-Interviews wurden mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Protagonisten durchgeführt.

Auf Grundlage dieser Forschungsarbeiten ließ sich der Bürgerdialog Kernenergie rekonstruieren und erstmals umfassend untersuchen, um so Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit für das heutige Standortauswahlverfahren zu ziehen. Die Studie wurde im Auftrag des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) durch das IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH in Kooperation mit DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH und dem Gorleben Archiv e.V. im Zeitraum Mai 2020 bis September 2023 erarbeitet.

## English Abstract

The citizens' dialogue on nuclear energy (in German: Bürgerdialog Kernenergie) was an instrument that the heads of the West German federal and state governments agreed on in principle at the end of 1974. Their resolution initially aimed at a joint information campaign to inform the public about the necessity of building nuclear power plants, relevant safety requirements and their environmental impacts. The German Federal Ministry of Research and Technology was responsible for the implementation of this instrument. It coined the term "Citizens' Dialogue on Nuclear Energy". The activities of the citizens' dialogue were carried out throughout the country from 1975 to 1983. From 1979 to 1983 many measures focused on Lüchow-Dannenberg, a county in Lower Saxony, where the Gorleben salt dome had been selected as the site for West Germany's final repository for high-level radioactive waste.

The citizens' dialogue was based on two pillars: an information campaign aimed primarily at both the general public and specialists with advertising campaigns, brochures and scientific publications and magazines. The second pillar was a dialogue-oriented discussion campaign within the framework of public events organized by the BMFT and events subsidized by the BMFT, for which social groups and educational institutions could apply for funding.

This study, entitled „Citizens' Dialogue on Nuclear Energy (1974-1983) – State Action in the debate on nuclear waste disposal and its significance for today's site selection procedure“, provides a detailed account of the contextual conditions, the development and the activities of the citizens' dialogue on nuclear energy 50 years after it started and places it in the context of the nuclear energy controversy. The analyses include historical, participatory and communication science aspects. The study is based on extensive primary research in state and civil society archives and in libraries and databases. Interviews with contemporary eyewitnesses – from both state and civil society – were conducted.

Thus it was possible to reconstruct the citizens' dialogue on nuclear energy and provide the first comprehensive analysis with a view to drawing tentative conclusions from the past for today's site selection process. The study was commissioned by the Federal Office for the Safety of Nuclear Waste Management (BASE) and conducted by the IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in cooperation with DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung and the Gorleben Archiv between May 2020 and September 2023.

# 1 Einleitung

## 1.1 Einführung

Der „Bürgerdialog Kernenergie“, eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung umgesetzte „Informations- und Diskussionsaktion“ (Hauff ‚BT-Drucksache 08/17‘: 997; BMFT 1980 ‚BMFT-Mitteilungen‘: 33) in den 1970er und frühen 1980er Jahren, ist heute fast vergessen. Selbst diejenigen, die sich mit der Geschichte des Konflikts um die Kernkraft in Deutschland gut auskennen, erwähnen den Bürgerdialog Kernenergie oft nur beiläufig (Rucht 2022: 234). Dort, wo er erwähnt wird, heißt es häufig, er sei „inszeniert“ (Radkau 2017: 164) oder „gescheitert“ (Bürgel 2017: 107; Peters 1991: 143). Nur vereinzelt finden sich positivere Wertungen: In seiner Biographie des Bundesforschungsministers Hans Matthöfer, des maßgeblichen Initiators des Bürgerdialogs Kernenergie, deutete der Historiker Werner Abelshauser den Bürgerdialog als vertrauensbildende Maßnahme. Es sei dem Minister damit immerhin gelungen, sich einen „Vertrauensvorrat“ bei den Anti-Atomkraft-Bürgerinitiativen zu erarbeiten (Abelshauser 2009: 345).

Was genau war der Bürgerdialog Kernenergie? Warum ist er aus der öffentlichen Erinnerung weitgehend verschwunden? Letzteres ist umso verwunderlicher, zumal die Geschichte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Atomkraft in Deutschland und über Deutschland hinaus in den letzten Jahren regelrecht „Konjunktur“ hatte (Kaijser et al. 2021). Dieses Interesse an der Geschichte der Atomkraftkontroverse war oft auch verbunden mit expliziten und weniger expliziten Versuchen, daraus für Technik-Konflikte der Gegenwart zu lernen (Kirchhof, Meyer 2021 ‚Vielfach nachgefragt‘).

Und noch etwas verwundert: Warum wird dem Bürgerdialog überwiegend ein schlechtes Image zugeschrieben? Ein solches Dialogangebot des Staates an die Bürgerinnen und Bürger hätte doch viel positiver erscheinen müssen, denn es ließe sich durchaus als Beitrag zur auch im Umfeld des Konflikts um die Kernenergie verorteten „Fundamentalliberalisierung“ (Herbert 2003: 7) der (west-)deutschen Gesellschaft in den 1970er Jahren begreifen (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 23; Milder 2020)? Im Rückblick hätte man diese Aktion der Bundesregierung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft immerhin als für die damalige Zeit und die Arbeit von Bundesregierung und Parlament als innovativ anerkennen können?

Was wir bisher über den Bürgerdialog Kernenergie wissen und wie er erinnert wird, wirft verschiedene Fragen auf, denen diese Studie „Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren“ im Auftrag des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) nachgeht. Sie versucht erstmals, den Bürgerdialog Kernenergie, seine Ziele, Elemente und Wirkungen zu beschreiben und interdisziplinär auf einer breiten Quellenbasis zu analysieren – und zwar vor dem historischen Hintergrund des damaligen Konflikts um die Atomkraft, insbesondere der

zunehmend wichtiger werdenden Frage der nuklearen Entsorgung. Mehrere konkrete Forschungsfragen sollen beantwortet werden:

- Was waren Anlässe und Ursprünge des Bürgerdialog Kernenergie, wer die Protagonisten?
- Welche Ziele verfolgte der Bürgerdialog Kernenergie, welche Ideen und Vorbilder lagen ihm zugrunde?
- Welche Wirkungen des Bürgerdialog Kernenergie wurden seitens der staatlichen Akteure erwartet, welche Wirkungen sind eingetreten?
- Aus welchen Aktivitäten bestand der Bürgerdialog Kernenergie, welche Instrumente wurden verwendet, um die Ziele zu erreichen?
- Wie wurde der Bürgerdialog Kernenergie von verschiedenen Seiten wahrgenommen, insbesondere von Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft? Warum wurde er „vergessen“?

Die dieser Studie zugrundeliegende Annahme ist, dass es sich lohnt, einen vergangenen und aus heutiger Sicht sicher auch begrenzten Versuch, einen „Bürgerdialog“ zu einem gesellschaftlich umstrittenen Thema umzusetzen, gründlich zu untersuchen. Bereits der Begriff „Bürgerdialog“, der heute in der politischen Sprache allgegenwärtig erscheint, war in den frühen 1970er Jahren neu. Andere explizit so genannte „Bürgerdialoge“, die als Vorbild hätten dienen können, gab es – zumindest in der Wahrnehmung der Bundespolitik – nicht. So kam der Begriff „Bürgerdialog“ beispielsweise in den Dokumenten des Bundestages bis zum Ende der 6. Legislaturperiode 1972 überhaupt nicht vor, wie eine Recherche im Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP) des Deutschen Bundestags ergab.

Das Ziel der hier vorliegenden Studie ist ein doppeltes: Auf der einen Seite soll mit der Aufarbeitung des Bürgerdialog Kernenergie ein Beitrag zur Geschichte der intensiven öffentlichen Auseinandersetzung um die Atomenergie in Deutschland geleistet werden. Diese Kontroverse bezeichnete der Historiker Joachim Radkau (1986: 307) als „größte[n] und gedankenreichste[n] Diskurs in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik“. Die Auseinandersetzung war nicht nur ein Diskurs, sondern gleichzeitig ein mit großer Härte ausgefochtener gesellschaftlicher Konflikt. Anders als in vielen Studien der vergangenen Jahre (Pohl 2019; Milder 2017 'Greening Democracy'; Tompkins 2016), die die Perspektive der Zivilgesellschaft in den Vordergrund stellten, liegt der Schwerpunkt dieser Studie auf dem staatlichen Handeln – das wiederum nur im Zusammenspiel, als Reaktion auf und Interaktion mit den anderen zeitgenössischen Akteuren zu begreifen ist. Andererseits soll die Studie auch dazu dienen, in vollem Bewusstsein der Unterschiede zwischen damals und heute und der Komplexität des Phänomens Partizipation, Schlussfolgerungen für die zukünftige Bürgerbeteiligung bei der Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort zu prüfen.

Nachfolgend soll in dieser Einleitung zum besseren Verständnis zunächst knapp skizziert werden, was der Bürgerdialog war und welche Motivationen ihm zugrunde lagen – und welche Dilemmata daraus resultierten. Anschließend werden Hintergrund und Auftrag

der Studie, sowie der Forschungsstand zum Bürgerdialog Kernenergie dargestellt. Den Schluss dieser Einleitung bildet eine knappe Kapitelvorschau.

## 1.2 Was war der „Bürgerdialog Kernenergie“?

Der zunehmende Konflikt um den Ausbau der Kernkraft, die von der Bundesregierung angesichts der Ölkrise und der Erwartung stetig steigender Stromverbräuche als alternativlos erschien, bereitete in den 1970er Jahren nicht nur der Bundesregierung, sondern vielen politischen und Wirtschaftsakteuren Sorge. Die immer kritischer werdenden Debatte und die Proteste von Bürgerinitiativen gegen den Bau von Atomkraftwerken nahm der für die Umsetzung des Bürgerdialog Kernenergie zuständige Bundesforschungsminister Matthöfer als eine Gefahr für die „langfristige Sicherung der Energieversorgung“ (Matthöfer 1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 1), für Arbeitsplätze, Wohlstand und Demokratie wahr (Gross 2017: 523).

Mit dem Bürgerdialog verfolgte das Ministerium nach eigenen Angaben verschiedene Ziele: Der Bürgerdialog diene erstens der Information, die im Sinne einseitiger Sender-Empfänger-Kommunikation als Informationsvermittlung gedacht war. An anderer Stelle sprach die Bundesregierung von Aufklärung oder sogar Unterrichtung (BT-Drucksache 07/3871: 31). Dies umfasste zwei Aspekte: einerseits Information über den „Standpunkt der Bundesregierung“, andererseits Information „in allgemeinverständlicher Form über die wichtigsten Fragen, die mit der Kernenergienutzung zusammenhängen“ (Matthöfer 1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 1). Dieser Ansatz beruhte auf dem damals weit verbreiteten sogenannten Defizitmodell (siehe auch Kapitel 3.1.1.1). Dieses geht davon aus, dass unterschiedliche Ansichten zwischen Fachleuten und Bürger\*innen bei der Risikobewertung von Großtechnologien bzw. Umsetzung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse auf einen Mangel an Informationen oder Wissen in der Bevölkerung zurückzuführen seien (Simis 2016; Meyer 2022 ‚Indispensable‘: 198; Baumgärtner 2008: 54f.) Auf der Basis dieser Annahme sollte die Informationsaktion also dazu dienen, durch Information die – von Bürger\*innen offenbar aufgrund mangelnden Wissens vorgebrachte – Kritik an der Atomkraft zu entkräften. Mithilfe von Anzeigenkampagnen, Büchern, aber auch Broschüren oder zeitschriftenartigen Publikationen sollte die Bevölkerung entsprechend ‚aufgeklärt‘ und informiert werden.

Zweitens sollte die Diskussion über die Atomkraft und -technik befördert werden. Hierzu dienten „Diskussionsveranstaltungen und Seminare des Bürgerdialogs“ (Matthöfer 1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 1). Bei der „Diskussion“ ging es um dialogische, also zweiseitige, Austauschbeziehungen, oft gedacht als „Pro und Contra“ oder auch „Rede und Gegenrede“ (Matthöfer 1977 ‚Schnelle Brüter‘). Matthöfer (1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 1) war wichtig, dass die „Bürgerinitiativen [...] mit ihren Argumenten und Bedenken mit in die Diskussion einbezogen werden“. Neben Bürgerinitiativen und Umweltgruppen sollten in den Augen des Gewerkschafters Matthöfer auch andere, traditionellere gesellschaftliche Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften sowie Jugendverbände der Parteien oder parteinahe Stiftungen beteiligt werden. So richteten sich Aufrufe zur Durchführung von Veranstaltungen an ein breites Spektrum von

Vereinigungen. Sie sollten nicht nur die Diskussion über Kernkraft mitgestalten, sondern Matthöfer und seine Nachfolger luden diese auch nach Bonn ein, um die Ausgestaltung des Bürgerdialog Kernenergie mit dem Minister zu diskutieren.

Matthöfer forderte die Bürgerinitiativen überdies explizit auf, ihre „Anliegen in den gesamten politischen Willensbildung-[sic] und Entscheidungsprozeß einzubringen“ (Matthöfer 1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 2). Gerade der Begriff „Entscheidungsprozeß“ war hierbei unglücklich gewählt, denn er führte zu Enttäuschungen, weil er von vielen aus der Protestbewegung als „Beteiligungsangebot“ an der Entscheidung über Atomkraft missverstanden wurde (Kitschelt 1980: 269). Matthöfer verdeutlichte allerdings bereits zum Auftakt des Bürgerdialogs, dass die Entscheidungen in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik von den dazu gewählten „Parteien, Parlamente und Regierungen“ getroffen würden (Matthöfer 1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 2) und Bürgerinitiativen nur eine Stimme im „pluralistischen Verbändegeflecht“ darstellten (Kitschelt 1980: 268).

Dass die letztlichen Entscheidungen und entsprechende Gesetzgebung dem Parlament vorbehalten war, war verfassungsrechtlich durch das Grundgesetz eindeutig vorgegeben. Zwar sieht das Grundgesetz in Artikel 20 Absatz 2 auch „Abstimmungen“ vor; aber in der politischen Kultur der Bundesrepublik wurden plebiszitäre Elemente vor dem Hintergrund von Weimarer Erfahrungen und aus Sorge vor kommunistischen Einflüssen allgemein abgelehnt (Winkler 2000: 133-134). Die repräsentative Demokratie wurde ganz selbstverständlich als „die für den bevölkerungsreichen Industriestaat wohl einzig mögliche[n] Form“ begriffen. Gesetzgebung auf Bundesebene sei nach dem im Grundgesetz vorgegebenen Verfahren einzig dem Parlament vorbehalten, so lässt sich in zeitgenössischen Kommentaren zum Grundgesetz nachlesen (Müller 1972: 163f.). Keine der im Bundestag vertretenen Parteien zog diese Position in Zweifel (Menckel-Glückert 1974; Barschel 1977). Politische Entscheider\*innen allerdings sollten bereit sein, so Matthöfer, die „Argumente der Bürgerinitiativen ernst [zu] nehmen“, sie abzuwägen und „berechtigten Bedenken [zu] entsprechen“ (Matthöfer 1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 2).

Ganz im Sinne von Habermas' (1990, Nachdruck der zuerst 1962 erschienen Ausgabe) Konzept von Öffentlichkeit war für Matthöfer der Bürgerdialog ein Instrument der rationalen Auseinandersetzung im Hinblick auf die politische, dem parlamentarischen Entscheidungsprozess vorgelagerte Willensbildung (Neidhardt, Gerhards 1991). Die Informations- und Dialogkampagne diente in Matthöfers Verständnis – wie auch dem seines Parlamentarischen Staatssekretärs und späteren Nachfolgers im Amt Volker Hauff – den klassischen Funktionen von Öffentlichkeit, die Willens- und Meinungsbildung innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Gruppen sowie zwischen ihnen und den Bürger\*innen zu stärken (BT-Drucksache 08/17: 997).

Ob oder inwieweit sich diese öffentlich erklärten Absichten widersprachen, Erwartungen weckten, die sie nicht einlösen konnten, und so die Glaubwürdigkeit des Bürgerdialog Kernenergie untergruben, ist eine der Fragen, denen die vorliegende Studie nachgeht.

### 1.3 Hintergrund und Auftrag der Studie

Im Mai 2020 beauftragte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) das Konsortium aus IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH, Berlin, in Kooperation mit DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH, Stuttgart und dem Gorleben Archiv e.V., Lüchow mit der Studie „Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren“. Das Forschungsprojekt, in dessen Rahmen die hier vorgelegte Studie erstellt wurde, hatte eine Laufzeit von Mai 2020 bis September 2023.

Anlass für die Studie war eine Empfehlung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlagerkommission). Sie hatte die Aufgabe, die Grundlagen für die zukünftige Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle zu diskutieren und entsprechende Handlungsempfehlungen abzugeben. Die Endlagerkommission schlug 2016 in ihrem Abschlussbericht eine Sicherung und wissenschaftliche Aufarbeitung der Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen um die Kernenergie vor und verwies dabei insbesondere auf die Kontroverse der 1970 und 1980er Jahre (Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe 2016: 61).

Ein bisher nur sehr wenig erforschter Aspekt in dieser Auseinandersetzung sei der 1974 von den Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossene und vom damaligen Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) umgesetzte „Bürgerdialog Kernenergie“ gewesen (Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit 2019). Dieses „Diskussionsforum“ habe, so die Endlagerkommission, die „erste aktive Reaktion der Bundesregierung“ auf „den wachsenden Widerstand in der Bevölkerung“ dargestellt (Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz 2016: 85). Dieser „Widerstand“ und die Kritik an der Atomkraft hatte die überwiegende Mehrheit der damals politisch Handelnden überrascht, denn sie stand in großem Gegensatz nicht nur zur Überzeugung der damaligen SPD/FDP-Regierung, sondern aller Fraktionen im Deutschen Bundestag, die den Ausbau zur Sicherung der Energieversorgung für alternativlos hielten (Meyer 2022 ‚Indispensable‘).

Im Rahmen des Forschungsvorhabens sollten die Entstehung und Entwicklung sowie die Wirkungen des Bürgerdialog Kernenergie zusammengetragen und analysiert werden. Aufgabe war es, sich die Stärken, Schwächen und Grenzen der damaligen Aktivitäten vor Augen zu führen. Insgesamt sollte der „Bürgerdialog Kernenergie“ umfassend, interdisziplinär und multiperspektivisch (Geschichtswissenschaft, Politik- und Sozialwissenschaften, insbesondere Partizipationsforschung und Kommunikationswissenschaft) aufgearbeitet sowie aus heutiger Sicht hinsichtlich seiner Bedeutung für das heutige Standortsuchverfahren eingeordnet werden.

Die grundsätzliche Fragestellung dieser Studie ist eng verknüpft mit der aktuellen Diskussion um die Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle, die vor dem Hintergrund einer langen Vorgeschichte stattfindet (Meyer 2022 ‚Glaube und Hoffnung‘). Die Studie soll einen Beitrag zur Reflexion der damaligen politisch-

gesellschaftlichen Hintergründe und Bürgerdialog-Kernenergie-Aktivitäten leisten, um ausgehend von diesen Erfahrungen eine valide Basis für die Berücksichtigung dieser Erfahrungen im heutigen Standortauswahlverfahren zu schaffen – im Sinne eines lernenden und selbstreflektierenden Verfahrens, wie es das Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz - StandAG) vorsieht. Ein zweiter Bezugspunkt folgt aus der dem Bürgerdialog Kernenergie und StandAG gemeinsamen Einbindung von Bürger\*innen in einen öffentlichen, vorparlamentarischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Allerdings besteht hier ein deutlicher Unterschied zwischen der Verbindlichkeit des StandAG und den eher unverbindlichen damaligen Aussagen des Bundesforschungsministers Matthöfer beispielsweise zu „Entscheidungen [...], die nach einem breiten Willensbildungs- und demokratischen Entscheidungsprozeß von den dafür Berufenen gefällt werden müssen“ (Matthöfer 1976 ‚Bürgerdialog Kernenergie Eröffnung in Essen‘: 167) oder zum Einbringen der von Bürgerinitiativen „vertretenen Anliegen in den gesamten politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß“ (Matthöfer 1976 ‚Vorwort‘: 2). Dies wiederum schränkt die Vergleichbarkeit zwischen der Situation damals und heute deutlich ein. Durch das StandAG ist unbestritten festgelegt ist, dass der Beteiligung der Öffentlichkeit zukünftig eine zentrale Rolle zukommen muss (Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe 2016: 24; Weißpflug et al. 2022: 2). Der dritte Bezugspunkt resultiert aus der Bedeutung, Standortentscheidungen nicht nur bundesweit, sondern vor allem in den betroffenen Regionen zu vermitteln und zu diskutieren. Der Bürgerdialog Kernenergie war nicht nur eine bundesweite Aktion, sondern wurde eben auch schwerpunktmäßig standortbezogen in der Region Lüchow-Dannenberg umgesetzt, wo damals ein atomares Endlager vorgesehen war. Auch wenn in Gorleben heute kein Endlager mehr geplant ist, lässt die Recherche und Analyse der Bürgerdialog-Aktivitäten um 1980 Einblicke und Hinweise für das heutige Standortauswahlverfahren erwarten.

Die Ergebnisse dieser Studie sind in vielerlei Hinsicht nur mit Einschränkungen auf die Gegenwart übertragbar. Sehr viele Kontexte haben sich geändert. Zunächst unterscheidet sich das Konfliktpotential. Zur damaligen Zeit gab es einen schroffen gesellschaftlichen Konflikt über den politisch unterstützen massiven Ausbau der Atomkraft, der sich dann auf die Endlagerfrage zuspitzte. Dies unterscheidet sich von der heutigen Situation (bis zum Frühjahr 2022). Durch den *Ausstieg* aus der Atomenergie auf Beschluss des Deutschen Bundestags und gesetzliche Regelung der Suche und Auswahl des bestmöglichen Endlagers für radioaktive Abfälle steht der Neubau von Kernkraftwerken nicht mehr zur Debatte. Es verbleibt als Folge der Hochrisikotechnologie Kernkraft die Herausforderung der Suche und Auswahl des bestmöglichen Endlagers für radioaktive Abfälle im größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens. Ironischerweise mag die Wiederkehr der Sorge um die Energieversorgungssicherheit seit 2022 vielleicht das Einfühlen in die ähnlich gelagerte Situation von Regierungen und Energieversorgern der 1970er Jahre erleichtern (Meyer 2023 ‚Atomenergie‘).

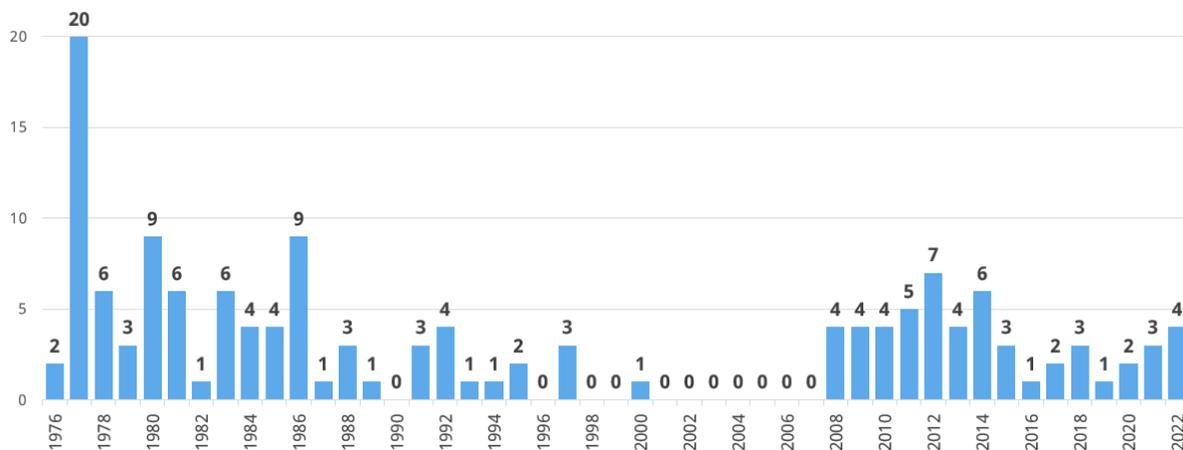
Wichtig bleibt aber, sich der Vergangenheit und der fortdauernden Debatten und Kritikpunkte und Konflikterfahrungen des mehr als fünfzig Jahre andauernden Streits um

die Atomenergie immer wieder bewusst zu werden. In der öffentlichen Erinnerung und Debatte wirken diese Erfahrungen fort und sie haben Auswirkungen auf zukünftige Kooperationsbereitschaft bzw. Konfliktneigung (Kirchhof, Meyer 2021 'Vielfach nachgefragt'; Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘; Meyer 2021; Meyer 2022 ‚Glaube und Hoffnung‘).

## 1.4 Die Diskussion zum Bürgerdialog Kernenergie in der wissenschaftlichen Literatur

Der Forschungsauftrag des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung – und die diesem zugrundeliegende Empfehlung der Endlagerdiskussion – legen nahe, dass der Bürgerdialog Kernenergie in wissenschaftlichen Untersuchungen bislang wenig und eher oberflächlich behandelt wurde. In der Tat ließen sich in der durchgesehenen deutsch- und englischsprachigen Literatur zum Thema zwischen 1976 und 2022 lediglich 185 Aufsätze oder Monographien auffinden, in denen der Bürgerdialog überhaupt genannt wurde (Abbildung 1).

**Abbildung 1: Häufigkeiten der Nennungen des Begriffs „Bürgerdialog Kernenergie“ in der wissenschaftlichen Literatur im Zeitverlauf (1976-2022) pro Jahr**



Eigene Darstellung. Eigene Analyse.

Der Bürgerdialog wurde v.a. in der wissenschaftlichen Literatur erwähnt, die sich mit dem gesellschaftlichen Konflikt um die Atomkraft auseinandersetzte, gelegentlich auch in Studien zur Kommunikationswissenschaft. Grob lassen sich zwei Wellen unterscheiden. Erstens gab es zeitgenössisch – was für zeithistorische Phänomene als typisch charakterisiert wird (Graf, Priemel 2011) – eine breite sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Kontroverse über die Kernenergie (Gries 1977; Radkau 1977; Radkau 1986). Nicht nur einzelne Protestereignisse – wie Wylh – oder das damals neue Phänomen der Bürgerinitiativen (Kitschelt 1979) wurden von der Sozial- und Politikwissenschaft analysiert, theoretisch und politisch eingeordnet. Auch die Kommunikation von Behörden, Energieversorgern und Wirtschaftsunternehmen aus

dem Atombereich mit der Öffentlichkeit wurde dabei diskutiert (Rucht 1980: 126ff., Radkau 1983: 449).

Eine zweite Welle der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Atomkonflikt fand seit ca. 2008 vorwiegend in der Geschichtswissenschaft statt. Hier standen Fragen von Atomkraft und Demokratie (Milder 2017 'Greening Democracy'; Augustine 2018 'Taking on Democracy'; Uekötter 2022 'Atomare Demokratie'), Atomkraft und Gesellschaft (Kajiser et al. 2021) und von Kommunikation und öffentlichen Technologien (Trischler, Bud 2018) im Vordergrund, die z. T. international vergleichend (Kirchhof 2019; Kirchhof, Meyer 2021 'Revealing') bzw. im Hinblick auf transnationale Bezüge (Tompkins 2016; Meyer 2014) untersucht wurden.

Diese beiden Wellen spiegeln sich auch in der Erwähnung des Bürgerdialog Kernenergie in der wissenschaftlichen Literatur wider, wie die Grafik oben zeigt. Mit dem gestiegenen Interesse an der Geschichte des Atomkonflikts und der politischen Umweltgeschichte insgesamt wurde offenbar auch der Bürgerdialog Kernenergie wieder entdeckt.

Allerdings blieben die Verweise meist oberflächlich. Der Bürgerdialog Kernenergie kam oft nur am Rande vor und wurde eher beiläufig in wenigen, oft verkürzenden und missverständlichen Sätzen erwähnt, die auf früherer Literatur, aber fast nie auf eigener Primärforschung basieren. So präsentierte Felix Lieb in seiner 2022 erschienenen Dissertation, die sich sehr gründlich und umfassend quellengestützt der innerparteilichen Auseinandersetzung in der SPD mit der Energiefrage widmet, den Bürgerdialog vor allem als „offene Streitgespräche, deren Protokolle in hoher Auflage gedruckt wurden“ (Lieb 2022: 45f.). Er verwies dabei u.a. auf Joachim Radkau (2011 'Ära': 371f.), der das am von Lieb angegebenen Ort ein Jahrzehnt vorher sehr ähnlich formuliert hatte.

Im Hinblick auf die Ursprünge des Bürgerdialogs finden sich in der Literatur verschiedene Darstellungen. Detlev Möller (2009: 335) führte den Bürgerdialog archivquellenbasiert auf einen Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern vom November 1974 zurück, als diese „eine Informations- und Diskussionsaktion über Nutzen und Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie' vereinbarten.“ Daraufhin sei „im April 1975 [...] der ‚Bürgerdialog Kernenergie' von Bundesforschungsminister Matthöfer gestartet“ worden (Möller 2009: 335). Dagegen verorteten Lieb (2022: 45f.) und Cornelia Altenburg (2010: 84) dessen Ursprünge in einer Empfehlung des Mannheimer SPD-Parteitags von Dezember 1975.

Radkau (2011 'Ära': 371) erklärte dagegen, feinsinnig zwischen Ursache und Anlass unterscheidend, der Bürgerdialog sei „[u]nter dem Eindruck der Bauplatzbesetzung in Wyhl, unmittelbar angestoßen durch den Hungerstreik von Hartmut Gründler“ im Juli 1975 (Spiegel 1975 'Waldeslust und Widerstand') von Forschungsminister Matthöfer ins Leben gerufen worden. Emphatischer formulierte Radkau es an anderer Stelle und sah in Gründler und dessen öffentlichkeitswirksamem Protest sogar den Auslöser des Bürgerdialogs: „In *einem* Moment macht er [Gründler] Geschichte: als er 1975 durch einen dreiwöchigen Hungerstreik eine Öffentlichkeitswirkung anstieß, die den Bundesforschungsminister Matthöfer dazu bewog, wenn auch widerstrebend Anti-AKW-

Initiativen als Gesprächspartner zu akzeptieren und den ‚Bürgerdialog Kernenergie‘ ins Leben zu rufen.“ (Radkau 2011 ‚Ära‘: 279)

Die Aussagen in der Literatur über die Ziele, Instrumente und politischen Absichten waren von Anfang an sehr kritisch, und gerade in der zeitgenössischen Literatur meinungsstark. In einem Beitrag in *Psychologie heute* beanstandete der damalige Battelle-Institut-Forscher Wolfgang Schluchter (1977) in sehr heftiger und öffentlichkeitswirksamer Form vom BMFT und Bürgerdialog geförderte Forschungsmaßnahmen (Battelle-Institut 1977 (zuerst 1975)) über Bürgerinitiativen. Diese waren zwar bereits 1974, also vor dem Beginn des Bürgerdialog Kernenergie, in Auftrag gegeben worden; gleichwohl ordnete Schluchter sie diesem zu. An diesen Forschungsarbeiten war Schluchter selbst beteiligt gewesen. Aus dieser Binnenperspektive kritisierte er, dass diese Forschung politisch gegen die Bürgerinitiativen gerichtet sei. So argumentierte Schluchter nicht ohne Polemik und Misstrauen:

„In Wirklichkeit ist das Ziel des ‚Bürgerdialogs‘ weniger die Aufklärung und die Information der Kernenergie-Gegner, diese haben sich bereits umfassend informiert, sondern der Illusion Nahrung zu geben, daß eine gemeinsame Kompromißformel gefunden werden könne. Gleichzeitig geht es darum, die aktuellen Argumente der Bürgerinitiativen kennenzulernen, um eine entsprechende Gegenpropaganda entwickeln zu können. Das wichtigste dabei ist aber, institutionell eine Trennung zwischen staatstragenden und staatsfeindlichen Kernenergie-Gegnern herbeizuführen.“ (Schluchter 1977 , *Psychologie heute*: 17)

Schluchters Kritik wurde wissenschaftlich breit rezipiert und beeinflusste in der Folge zweifellos das Urteil über den Bürgerdialog Kernenergie: Der Wissenschaftssoziologie Tschiedel, der bereits 1977 zum Bürgerdialog schrieb, zitierte in einer späteren Publikation genau diese Passage und schloss sich Schluchters Urteil an (Tschiedel 1989: 100). Schluchters Einwände fanden auch Niederschlag als Exkurs und kritisches Beispiel im Hinblick auf Umfrageforschung als Teil des Bürgerdialogs in Herbert Kitschelts politikwissenschaftlicher Dissertation zur Kernenergiepolitik (Kitschelt 1980: 192f.). Ähnlich sah auch die Ökologiegruppe Frankfurt (1977: 156) in ihrem halb aktivistischen, halb wissenschaftlichen „Kleinen Handbuch für Atomkraftgegner“ die regierungsseitig beauftragten Umfragen, die auch „im Bürgerdialog Kernenergie fortwährend zitiert“ würden, als manipulatives Element an.

Auch in Dieter Ruchts in vielerlei Hinsicht grundlegendem, auf seiner politikwissenschaftlichen Dissertation basierenden Buch „Von Wyhl nach Gorleben“ von 1980 ist Schluchters Urteil eine der wenigen Referenzen zum Bürgerdialog Kernenergie. Daneben verwies er auf kritische Berichterstattung zu Matthöfer und dem Bürgerdialog in den Zeitungen. Einzig positiv wertete Rucht, der selbst Sympathien für die Bürgerinitiativen hegte, dass der Bürgerdialog erstmals Befürworter und Gegner gleichermaßen zu Wort habe kommen lassen, wenn auch die Bundesregierung keinesfalls als neutraler Akteur aufgetreten sei. Im Zusammenhang mit dem Bürgerdialog äußerte Rucht (1980: 88), dass die Bundesregierung über die Zeit eine

„differenziertere Position“ eingenommen habe. Rucht erkannte an, dass es aus den Ministerien auch kritische Äußerungen zu den „plumpen Kampagnen der Energiewirtschaft“ gegeben habe (Rucht 1980: 88f., 243f, Fn. 42-48) und dass der Bürgerdialog ein Gegenmodell dazu darstelle.

Kitschelts Studie zur Kernenergiepolitik befasste sich umfassender mit dem Bürgerdialog Kernenergie, kam aber zu einem vernichtenden Urteil. Der Bürgerdialog sei als Beteiligungsangebot wahrgenommen und somit missverstanden worden; „ein ernsthaftes Beteiligungsangebot“ sei er aber nicht gewesen, wie Kitschelt argumentierte: „Zwar sah der Minister [Matthöfer] keinen Widerspruch zwischen den politischen Durchsetzungsabsichten der Kernenergiepolitik und dem Bürgerdialog, jedoch desavouierte sich das ganze Unterfangen damit schnell und wurde auf eine politisch wirkungslose Trockenübung und Informationskampagne von begrenzter Wirkung reduziert. Der Bürgerdialog war, weil diese Einflußstruktur von den Betroffenen schnell durchschaut wurde, zum Scheitern verurteilt. Nicht nur die übrigen Ministerien blieben [...] gegenüber den Dialogversuchen des BMFT skeptisch, sondern vor allem wandten sich [...] beide Konfliktpole — Bürgerinitiativen und Industrie — gegen den Bürgerdialog. Die Bürgerinitiativen sprachen von ‚Volksverdummung‘ und ‚Sandkastenspielen‘, die Industrie beklagte die Millionen, mit denen das BMFT gegen die Kernenergie argumentieren lasse.“ (Kitschelt 1980: 269)

Angesichts all dieser Kritik nahmen Mitarbeiter des BMFT in der Debatte Stellung und bemühten sich z.B. in der Zeitschrift *Atomwirtschaft atw*, einem Industrie-Fachblatt mit nur teilweise wissenschaftlichem Anspruch, das positive Bild eines erfolgreichen Bürgerdialogs zu zeichnen. Auf die Zeitungsanzeigen des Bürgerdialogs seien „80 000 Antworten eingegangen, darunter 20 000 Anmeldungen zur Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen und Seminaren“. Die Bundesregierung habe eine „Mittlerfunktion“ eingenommen. Der Bürgerdialog gebe den Anwohner\*innen von zukünftigen Kernanlagen „Möglichkeiten zur wirklichen Mitwirkung“. Gleichzeitig stellten sie klar, dass „dies nicht dazu führen [dürfe], daß eine kleine Minderheit lebenswichtige Einrichtungen für die Gesamtheit verhindert.“ Davon ausgehend, dass Kernkraft vernünftig und notwendig sei und von einer Mehrheit befürwortet werde, sahen sie eine große Chance in der „Versachlichung der Diskussion“ durch den Bürgerdialog: „Die Aufgabe des Bürgerdialogs Kernenergie kann es nicht sein, von eigenen Argumenten zu überzeugen, sondern es soll eine Basis zur Information und Gelegenheit zu Diskussionen geschaffen werden, die dem einzelnen Bürger eine eigenständige Beurteilung über eine Abwägung zwischen Nutzen und Risiko der Kernenergie ermöglichen soll.“ (Schmidt-Kuester, Popp 1977: 25f.)

Nicht nur während, sondern auch nach dem Ende des Bürgerdialogs blieb die Bewertung, was der Bürgerdialog eigentlich sein sollte und gewesen war, weiter umstritten. 1983 schrieb der Technikkritiker Lutz Hieber über den Bürgerdialog Kernenergie, dieser sei „eher als Werbefeldzug denn als Dialog geführt“ worden (Hieber 1983: 63). Ähnlich diente der Bürgerdialog als Fallbeispiel für die wissenschaftliche Analyse politischer Sprache, die ebenfalls die strategische Nutzung von Semantik zum „Aufbau eines positiven Assoziationsfeldes“ unterstellte (Bachem 1985 (zuerst 1979):

169). Die Sprache des Bürgerdialogs habe versucht, Kernenergie mit einem „Sicherheitsgefühl“ semantisch zu verbinden.

Erst in der Zeit um und nach 2008, im Gefolge der zunehmenden Historisierung der 1970er Jahre, begann sich auch die Geschichtswissenschaft stärker mit der Geschichte der Kernenergie und ihrer Diskussion in der Öffentlichkeit zu befassen. Aber auch hier blieben die meisten Erwähnungen des Bürgerdialogs kursorisch und ohne intensivere Diskussion (Meyer 2014). So fehlte der Begriff selbst in jüngst erschienenen einschlägigen Überblicken über die Geschichte des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Atomkraft und „public engagement“ in der Bundesrepublik Deutschland (Kirchhof, Trischler 2019).

Allerdings beschäftigen sich drei Arbeiten aus dieser Zeit näher mit dem Bürgerdialog – nämlich Werner Abelshausers eingangs bereits genannte Matthöfer-Biographie (2009), die umfassende Studie zur Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie“ von Cornelia Altenburg (2010) sowie Joachim Radkau „Ära der Ökologie“ (2011). Alle drei versuchten sich auch an einer Bewertung von Funktion, Erfolg und möglicherweise fortwirkender Bedeutung des Bürgerdialogs.

Altenburg wertete den Bürgerdialog als politisches Instrument und sah in ihm eine „Aufklärungsstrategie“, die zum Ziel hatte, die Bürger\*innen von der Unabdingbarkeit der Kernenergie sachlich zu überzeugen, und sah auch eine starke Kontinuität in der Methode zwischen dem Bürgerdialog und der von ihr untersuchten Enquete-Kommission (Altenburg 2010: 84, 144).

Abelshauser verwies – wie schon Kitschelt – auf das Kerndilemma des Bürgerdialog Kernenergie: die Trennung von Diskussion und Entscheidung. Matthöfers Absicht sei gewesen, „in der Bundesrepublik zu einer breiten Diskussion zu kommen, damit sich möglichst viele Bürger über Risiken und Nutzen der Kernenergie ein informiertes Bild machen konnten, um dann im bewährten demokratischen Prozess zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen“ (Abelshauser 2009: 345). Allerdings sei die „Wirkung des Dialogs [...] gleichwohl begrenzt“ geblieben. Das habe aber weniger an Matthöfers Vorgehen gelegen, als am Misstrauen und der Wahrnehmung der Bürgerinitiativen, die „im Dialog im Wesentlichen eine Strategie zur nachträglichen Beschaffung ihrer Zustimmung für bereits getroffene Entscheidungen“ gesehen hätten. Vor diesem Hintergrund sei der Bürgerdialog vielleicht sogar kontraproduktiv gewesen: „Die zunehmende Sachaufklärung, die mit dem Bürgerdialog verbunden war, führte freilich nicht zur Entspannung, sondern im Gegenteil zur Verschärfung und Fundierung der Kritik.“ (Abelshauser 2009: 344f.)

Radkau wertete die Intensivierung der Debatte durch den Bürgerdialog dagegen in weiterer sozialhistorischer Perspektive positiv für die gesellschaftliche Diskussionskultur der 1970er Jahre – und damit den Beitrag des Bürgerdialogs zur Fundamentalliberalisierung (Herbert 2003) der bundesrepublikanischen Gesellschaft: „Schon die Kontroverse um die Kernkraft war über die Jahre, genau besehen, längst nicht so starr [...]; und der ‚Bürgerdialog Kernenergie‘ besitzt daran ein Verdienst, das weder von der Pro- noch von der Kontra-Seite angemessen gewürdigt worden ist“ (Radkau 2011 ‚Ära‘: 243).

In einer seiner jüngsten Publikationen von 2020 betonte auch Dieter Rucht bezüglich des Bürgerdialogs noch einmal das Scheitern der auf der Defizithese basierende Strategie, die Kritik an der Atomenergie durch Sachinformationen und sogenannte Versachlichung zu beseitigen. Ähnlich wie Abelshauser (2009) – und auch schon Kitschelt (1980: 177) auf der Basis schwedischer Erfahrungen – argumentierte Rucht, dass dies paradoxerweise den Kenntnisstand der Atomkritiker\*innen verbessert und sie in ihrer Kritik geradezu bestärkt habe (Rucht 2020: 118).

Insgesamt zeigt der Literaturstand gut, wie die z.T. widersprüchlichen Ziele des Bürgerdialogs zwischen Information, Dialog- und Beteiligungsangebot unterschiedliche Erwartungen geweckt haben, die nicht immer eingehalten werden konnten, oder gar als unehrlich oder „Propaganda“ wahrgenommen wurden. Der Bürgerdialog lässt sich so als ein Beispiel für eines der zentralen Dilemmata von Versuchen von „Beteiligung“ deuten. Diese löste unter Bürger\*innen die Erwartung aus, mitentscheiden zu können, eine Erwartung, die in der repräsentativen Demokratie nicht entsprochen werden kann, weil die Letztentscheidung bei den gewählten Institutionen liegt. Das so beschädigte Vertrauen ließ staatliche Akteure unglaubwürdig erscheinen. Dieses Dilemma ist keinesfalls auf den historischen Fall beschränkt. Zudem schien beim Bürgerdialog den Beobachter\*innen die Rolle von Ministerium und Minister mehrdeutig. Selbst innerhalb der staatlichen Stellen gab es keineswegs einhellige Unterstützung, sondern auch Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahmen. So zitiert Frank Uekötter einen kritischen Vermerk von 1977 aus dem Kanzleramt, dass der Bürgerdialog als „eher kontraproduzent [sic] gewirkt« habe. (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 177). All dies untergrub die Funktion und Glaubwürdigkeit der Initiative.

Gleichzeitig war ein solches Unterfangen besonders schwierig, denn es gab bereits zum Anfang des Bürgerdialogs zwei sich recht unversöhnlich gegenüberstehende Parteien für und wider Atomkraft. Die Debatte sei „dualistisch strukturiert“ mit „immer tiefer ausgebaggerten Pro- und Contra-Kanäle[n]“, beobachtete Radkau (1977: 309) bereits 1977, so dass eine Konsenssuche erschwert bzw. manchmal nicht einmal eine gegenseitige Anerkennung möglich war. Gerade um diesen Punkt, um Anerkennung und Vertrauen, so hielten es ihm manche Autoren (Abelshauser 2009) zugute, sei Minister Matthöfer sehr bemüht gewesen. Diese hier genannten Fragen und Dilemmata, die sich aus dem Forschungsstand bezüglich des Bürgerdialogs ergeben, sollten helfen, die analytischen Begrifflichkeiten im Weiteren zu schärfen.

## 1.5 Kapitelgliederung

Der folgende Bericht gliedert sich in acht Kapitel. An das Einführungskapitel schließt sich als Kapitel 2 ein Methodenkapitel an, das u.a. den interdisziplinären Ansatz, das methodische Vorgehen der historischen Archivrecherche darlegt, und die Chancen und methodischen Probleme von „Oral-History-Forschung“ diskutiert.

Kapitel 3 erläutert Kontexte, darunter den historischen Hintergrund, sowie relevante zeitgenössische sozialwissenschaftliche Debatten, vor deren Hintergrund der Bürgerdialog entstand und zu verstehen ist.

Kapitel 4 gibt einen Gesamtüberblick über den Bürgerdialog Kernenergie, während sich Kapitel 5 mit der Beschreibung der Maßnahmen und Analysen zu den Aktivitäten auf Bundesebene beschäftigt.

Kapitel 6 widmet sich ausführlich dem Bürgerdialog in der Region Gorleben, der ab 1979 zu einem eigenen Schwerpunkt auch der Aktivitäten der Bundesregierung wurde.

Hat der Bürgerdialog Kernenergie ein Modell entwickelt, das anderswo übernommen wurde? Dies untersucht Kapitel 7 am Beispiel des Konflikts und der Auseinandersetzungen in der Region Frankenberg-Wangershausen, wo Anfang der 1980er Jahre ein Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage geplant war.

Eine Schlussbetrachtung in Kapitel 8 rundet die Studie ab.

## **1.6 Danksagung**

Allen an der Erstellung der Studie Beteiligten sei an dieser Stelle für die Ergebnisse ihrer Arbeit, die angenehme Zusammenarbeit und die Bereitschaft zu inhaltlichen Diskussionen herzlich gedankt. Dank gebührt insbesondere den Interviewpartnern der Zeitzeugen-Interviews, die uns mit viel Engagement ergänzende Einblicke in die damaligen Prozesse und ihre heutigen Einschätzungen ermöglicht haben. Unser Dank gilt ebenso Prof. Dr. Ortwin Renn und Prof. Dr. Dieter Rucht. Beiden Experten durften wir unsere Zwischenergebnisse im Sommer 2021 vorstellen und konnten von ihren Fragen und Ratschlägen zur weiteren Bearbeitung profitieren. Die Mitarbeiter\*innen in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Archiven berieten uns mit hohem Engagement und stellten uns selbst in den Schließungszeiten der Covid-19-Pandemie zahlreiche Übersichten und Dokumente digital bereit. Ohne ihre Unterstützung wären die Corona-bedingten Verzögerungen unserer Rechercharbeit nicht aufzufangen gewesen. Ein besonderer Dank gilt der Leiterin des Gorleben Archivs Birgit Huneke für die stetige Unterstützung und viele Hinweise. Angelika Blank danken wir für die sorgfältige Transkription. Wir haben von ihrer Sachkenntnis profitiert.

Wir bedanken uns herzlich bei unseren studentischen Mitarbeiterinnen Julia Aring und Nadine Miller für ihre Mitwirkung bei der Recherche und Erfassung von Archivmaterialien. Nina Bechtold und David Stillmark danken wir für die sorgfältige Durchsicht und Korrektur des Manuskripts, Yulia Achter für die ansprechende Gestaltung von Abbildungen und Diagrammen.

Diese Studie wurde im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung durch Dr. Zoe Felder und Dr. Detlev Möller begleitet. Beiden gilt unser Dank für vielfältige konkrete fachliche Hinweise, bereichernde Diskussionen und, nicht zuletzt, das kontinuierliche hohe Interesse an Thema und Ergebnissen unserer Forschungsarbeiten.

## 2 Untersuchungsdesign

### 2.1 Eine interdisziplinäre Betrachtung

Die Untersuchung von Zielen, Aktivitäten und Wirkungen des Bürgerdialog Kernenergie verlangt eine interdisziplinäre, und z.T. sogar eine transdisziplinäre Betrachtung (Kuppler, Chaudry, Smeddinck 2016). In dieser Studie werden historische, sozial-, kommunikations- und medienwissenschaftliche Ansätze integriert.

Da die Studie Ereignisse, Handlungen und Strukturen untersucht, die inzwischen vierzig Jahre und länger zurückliegen und sich über einen Zeitraum von fast einem Jahrzehnt erstrecken, sind historische Ansätze und Methoden zur Aufarbeitung geboten, und zwar in dreierlei Hinsicht:

Erstens ist es nötig, den Bürgerdialog und die damit einhergehenden Aktivitäten zu kontextualisieren, weil vieles, was damals für die Zeitgenoss\*innen selbstverständlich und handlungsleitend war, heute so nicht mehr bekannt, verständlich oder akzeptabel ist. Auch ist eine Diskussion der Kontexte wichtig, um sich des „Erwartungshorizonts“ und „Erfahrungsraums“ (Koselleck 1979 ‚Erfahrungsraum‘) der damalig Handelnden zu vergewissern und zu vermeiden, heutiges Wissen über den weiteren Verlauf der Ereignisse, um die Atomkraft oder heutige Standards politischer Kultur und Verhaltensweisen implizit zum Maßstab zu machen. „The past is another country“ (Judt 1996) – diese auch für die Zeitgeschichte gültige Einsicht, dass sich Vergangenheit von der Gegenwart unterscheidet, gar fremd ist, und man sich bei der Analyse und beim Urteil über Vergangenes dessen stets bewusst sein sollte, ist ein wichtiger Beitrag des historischen Ansatzes in dieser Analyse.

Zweitens ist die Geschichtswissenschaft Expertin für Abläufe, Entwicklungen, die Beobachtung von bewussten und unbewussten Lernprozessen der Handelnden. In der Form eines Narrativs versucht Geschichtswissenschaft das, was in den Sozialwissenschaften als „process tracing“ (Maillet, Mayaux 2018; Kittel, Kuehn 2013; Hall 2013) bekannt ist, zu „erzählen“ und dabei möglichst alle relevanten kausalen Faktoren oder auch nur zeitlich parallelaufenden Entwicklungen im Blick zu behalten und darzustellen und damit Komplexität zu reduzieren und Erklärungen anzubieten (Koselleck 1979 ‚Darstellung‘). Geschichte fragt dabei immer wieder systematisch nach Veränderung und dem, was gleichbleibt – so auch im Hinblick auf den Bürgerdialog.

Drittens ist die geschichtswissenschaftliche Methode der Kritik und Analyse historischer Quellen – von Regierungsakten bis zu zeitgenössischen Publikationen – in dieser Untersuchung grundlegend. Hinzu kommt die methodische Expertise in der Durchführung und Auswertung von „oral history“-Interviews, die in der Zeit- und Umweltgeschichte gängige Praxis ist und für die es inzwischen einen hohen Standard methodologischer Reflexion gibt (Williams, Riley 2020; Yow 2005; Wierling 2003).

Sozialwissenschaftliche Ansätze und Methoden kommen in vielfältiger Form zum Einsatz, z.T. auch in transdisziplinärer Verbindung mit den genannten historischen Ansätzen. So

weisen die geführten Interviews ebenfalls gewisse Charakteristika von sozialwissenschaftlichen „Elite-Interviews“ auf, die z.B. dazu dienen, Einblicke in Meinungen und Sichtweisen bestimmter Gruppen – wie beteiligten Mitarbeitern aus den Ministerien und Aktivist\*innen – und Ereignisse zu erhalten (Tansey 2007: 766). Des Weiteren werden inhaltsanalytische Methoden eingesetzt. So werden die verschiedenen Informationsmedien, Anzeigen und Publikationen des Bürgerdialogs auf ihre Inhalte und Botschaften untersucht. Sozialwissenschaftliche Ansätze der Dialogforschung werden genutzt, um die Art und Weise, wie im Bürgerdialog Kernenergie Kommunikation, Dialog und Partizipation praktiziert wurden v.a. bei Veranstaltungen – zu untersuchen. In der Analyse wird berücksichtigt und in Kapitel 3 ausführlich diskutiert, dass die 1970er und 1980er Jahre mit ihren Bürgerinitiativen und Protesten eine Zeit hoher Erwartungen an Bürgerbeteiligung waren (Nelkin 1977) – ein Phänomen, das auch bereits von der damaligen Sozialwissenschaft beobachtet und mit den damaligen Kategorien ausgewertet wurde z.B. entlang der Leiter der Partizipation (Arnstein 1969; siehe Kapitel 3.4.3) All diese Ansätze zu verbinden, erfordert interdisziplinäres Denken und Arbeiten.

## **2.2 Überblick über die methodische Herangehensweise**

Das Untersuchungsdesign des Projektes „Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren“ richtete sich an den oben erläuterten Fragestellungen aus. Es basiert auf einem Mix von qualitativen Forschungsmethoden. Die Methodenwahl beruhte auf interdisziplinären Vorüberlegungen vor dem Hintergrund der Ziele und Forschungsfragen des Projektes. Zunächst wurde der empirische und konzeptionelle Forschungsstand, wie er sich in der wissenschaftlichen Literatur darstellte, erarbeitet. Dabei umfasste die Herangehensweise historische, partizipations- und kommunikationswissenschaftliche Aspekte. Die Umsetzung der historisch-empirischen Untersuchung orientierte sich zunächst an den Ausgangsmaterialien, die ca. 40 Jahre nach Abschluss des Bürgerdialog Kernenergie, unseres Untersuchungsgegenstandes, zur Verfügung standen. Ausgewertet wurde eine Vielzahl historischer Quellen, insbesondere Archivalien aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Archiven, sowie Veröffentlichungen, die in Bibliotheken auffindbar waren.

Eine weitere wichtige Quelle waren Zeitzeugen; in diesem Falle handelte es sich trotz aller Bemühungen um Vielfalt ausschließlich um Männer. Mit zehn Personen, die entweder auf staatlicher oder auf zivilgesellschaftlicher Seite mit dem Bürgerdialog befasst waren, konnten Interviews geführt werden, mit weiteren Personen informelle Hintergrundgespräche. Auf Basis dieser sehr umfassend erschlossenen Materialien, wie sie nur in einem kooperativen Projekt zusammenzustellen sind, sollte so eine Forschungslücke geschlossen werden, denn – wie die Erhebung des Forschungsstands ergab – ist der Bürgerdialog Kernenergie hinsichtlich seiner Ziele, Beteiligten,

Umsetzung und seiner Wirkung bisher noch nicht systematisch und auf breiterer Quellengrundlage untersucht worden.

Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick über gewählte Zugänge sowie das praktische Vorgehen bei der Auswahl von Archiven, Literatur und sonstigen Materialien sowie der Ansprache von Zeitzeugen. Des Weiteren werden die Analyseschritte im Überblick dargestellt.

## **2.3 Recherchen in Archiven, Datenbanken und Bibliotheken**

### **2.3.1 Staatliche Archive**

Startpunkt für eine Untersuchung staatlichen Handelns, das von der Bundesregierung durchgeführt wurde, waren entsprechend die Recherchen in staatlichen Archiven im Bundesarchiv in Koblenz und im gemeinsamen Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien (DIP) von Bundestag und Bundesrat (Tabelle 1).

Als obere Bundesbehörde hat das Bundesarchiv (BArch, [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)) den gesetzlichen Auftrag, das Archivgut des Bundes auf Dauer zu sichern und nutzbar zu machen. In der Hauptdienststelle in Koblenz werden u.a. Akten der Bundesregierungen der Bundesrepublik aufbewahrt. Der Bestand bildet das Handeln der staatlichen Institutionen nicht vollständig ab, sondern das Bundesarchiv entscheidet, ob Unterlagen „bleibender Wert für die Erforschung oder das Verständnis der deutschen Geschichte, die Sicherung berechtigter Belange der Bürger oder die Bereitstellung von Informationen für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zukommt“ ([www.service.bund.de/Content/DE/DEBehoerden/B/BArch/Bundesarchiv.html](http://www.service.bund.de/Content/DE/DEBehoerden/B/BArch/Bundesarchiv.html)). In der Regel 30 Jahre nach Entstehung der Unterlagen, der sogenannten Schutzfrist, können diese vor Ort, teils sogar bereits digital, eingesehen werden.

In Koblenz wurden unter anderem die Protokolle der Bundeskabinette des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) und die archivierten Akten der Bundesregierung insbesondere des für den Bürgerdialog Kernenergie verantwortlichen Bundesministeriums für Forschung und Technologie gesichtet. Insgesamt wurden mehr als 400 Akten zur Einsicht bestellt. Fast 250 Akten, in denen sich relevante Informationen zur Kernenergie(debatte), zum Bürgerdialog Kernenergie oder diesbezügliche Anfragen von Bürger\*innen identifizieren ließen, wurden auszugsweise abfotografiert. Die meisten der im Rahmen des Projekts genutzten Akten sind bisher noch nicht vom Bundesarchiv inhaltlich erschlossen und somit nicht paginiert worden. Für die Quellennachweise haben wir daher die Dokumente (wie Schriftwechsel) eindeutig bezeichnet, allerdings nur dort mit Seitenzahlen versehen, wo eine Paginierung durch das Archiv bereits erfolgt war.

Einige der Akten, die für die Projektrecherchen wahrscheinlich sehr hilfreich gewesen wären, waren bereits vom Bundesarchiv als nicht aufbewahrungswürdig eingestuft und

folglich kassiert worden. Dies ist misslich, entspricht aber der gängigen Praxis in Archiven. Angesichts der großen Massen zeithistorischer staatlicher Unterlagen ist eine Kassationsquote von 75 % und darüber üblich (Hollmann 2016: 203). So konnten beispielsweise Unterlagen des mit Projektmanagementaufgaben betrauten Projektträgers DVFLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, später Projektträger DLR) nicht mehr eingesehen werden, weil sie bereits kassiert waren. Zu den Aufgaben des Projektträgers zählte laut Förderkatalog des Bundes (Leistungssystematik RB0510/Strategiefonds) unter anderem die Vergabe von Fördermitteln für Veranstaltungen freier Träger ([foerderportal.bund.de/foekat/jsp/StartAction.do](http://foerderportal.bund.de/foekat/jsp/StartAction.do)). Damit ließen sich beispielsweise die Fördermittelnehmer und die Themen der beantragten Veranstaltung nur über Recherchen in anderen Quellen näherungsweise bestimmen.

Im Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien des Deutschen Bundestags und des Bundesrats (<https://dip.bundestag.de/>) wird das parlamentarische Geschehen, wie es sich in Drucksachen und Plenarprotokollen niederschlägt, festgehalten. Diese Dokumente liegen als elektronisch durchsuchbare Volltexte vor; auf sie kann über das Internet zugegriffen werden. Über diverse Suchbegriffe wurden ca. 80 Dokumente der siebten, achten und neunten Wahlperiode, überwiegend Bundestagsdrucksachen, erfasst. Sogar ein Dokument des zehnten Bundestags enthielt einen Bezugspunkt zum Bürgerdialog Kernenergie. Der Deutsche Bundestag stellte des Weiteren Archivalien aus dem Parlamentsarchiv zur Verfügung, die aus Ausschusssitzungen stammen und aus diversen Gründen (z.B. aufgrund von Fragen des Bundesrechnungshofes) archiviert wurden. Diese Unterlagen erwiesen sich als bedeutend, um die Rolle und Bedeutung des Parlaments in Bezug zur Bewilligung von Finanzmitteln nachzuvollziehen.

Der Deutsche Bundestag gewährte außerdem Zugang zu seinem Pressearchiv ([www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/pm-archiv-867912](http://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/pm-archiv-867912)). Hier werden Ausschnitte aus überregionalen Zeitungen und Zeitschriften, die im Untersuchungszeitraum erschienen, nach Personen, Themen und Ereignissen verschlagwortet und in Papierform sortiert aufbewahrt. Die inhaltlich zugehörigen Archivordner wurden durchgesehen und einzelne Beiträge gescannt. Diese Sammlung relevanter Presseartikel ergänzte die Literaturanalysen des Projekts. Des Weiteren wurden Presseartikel aus den Akten der sonstigen staatlichen Archive aufgenommen.

Um die Länderperspektive insgesamt und zu besonders umstrittenen Standorten mit einzubeziehen, wurden die Landesarchive von Niedersachsen (Gorleben), Baden-Württemberg (Wyhl) und Hessen (WAA Frankenberg-Wangershausen) konsultiert (Tabelle 1). Das Niedersächsische Landesarchiv in Hannover hat zwar einen umfangreichen Bestand zum Gorleben-Konflikt; aus dem Online-Katalog ließen sich keine Hinweise zum Bürgerdialog entnehmen. Erst bei der Vor-Ort-Recherche wurden relevante Akten gefunden. Konzepte und Gesprächsprotokolle der Landesregierung thematisierten die Öffentlichkeitsarbeit am Standort Gorleben und offenbarten Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen staatlichen Akteuren und Institutionen. Einige Schriftwechsel mit Bürgerinitiativen oder Lüchow-Dannenberg Kommunalpolitikern dokumentieren die Kritik an der staatlichen Informationspolitik aus

unterschiedlichen Perspektiven (siehe Kapitel 6). Im Niedersächsischen Landesarchiv in Stade gab es dagegen keine relevanten Fundstücke.

Als Grundlage für die Debatte zum möglichen Standort einer Wiederaufbereitungsanlage Frankenberg-Wangershausen (siehe Kapitel 7) wurde neben den hessischen Staatsarchiven auch das Stadtarchiv Frankenberg konsultiert.

Staatliche Archive enthalten auch Nachlässe nichtstaatlicher Akteure, die konsultiert wurden, so der Bestand des Karlsruher Anti-Atom-Aktivisten Wilhelm Knobloch im Generallandesarchiv Karlsruhe, und der des Umweltbeauftragten der Ev. Kirche Kurt Oeser zusätzlich im Hessischen Landesarchiv Darmstadt.

Für den Verlauf der Aktivitäten am Standort Gorleben konnte auf Ordner der Informationsstelle für nukleare Entsorgung in Lüchow zugegriffen werden, die sich heute im Bestand des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung befinden.

**Tabelle 1: Recherche zum Bürgerdialog Kernenergie: staatliche Archive, Archive von öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern sowie BASE-Aktenbestand der Informationsstelle Gorleben**

<b>Bezeichnung</b>	<b>Standort</b>
Bundesarchiv	Koblenz
Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags	Berlin
Bayerisches Hauptstaatsarchiv	München
Niedersächsisches Landesarchiv	Hannover, Stade
Hessisches Landesarchiv	(Hauptstaatsarchiv) Wiesbaden, Darmstadt, Marburg
Stadtarchiv Frankenberg	Frankenberg
Landessarchiv Baden-Württemberg	(Generallandesarchiv) Karlsruhe
Akten der Informationsstelle für nukleare Entsorgung in Lüchow im Bestand des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung	Salzgitter und Berlin
Archive der ARD-Rundfunkanstalten Norddeutscher Rundfunk, Hessischer Rundfunk, Bayerischer Rundfunk, Südwestfunk	Diverse

Eigene Zusammenstellung

### 2.3.2 Archive von öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern

Wissenschaft und Forschung ist der Zugang zu den Archiven des öffentlich-rechtlichen Rundfunks möglich. Angefragt und gewährt wurden Zugänge zum Norddeutschen Rundfunk, Hessischen Rundfunk, Bayerischen Rundfunk, Westdeutschen Rundfunk und Südwestrundfunk.

Von den zuständigen Fachabteilungen wurden insgesamt 86 audiovisuelle Beiträge bereitgestellt. Sie umfassen Meldungen der Tagesschau (20-Uhr-Nachrichten), Diskussionssendungen im Abendprogramm sowie regionale Meldungen mit Bezug zum Bau von Kernkraftanlagen. Die Beiträge flossen als Hintergrundmaterial sowohl zur Erfassung von Positionen von Politiker\*innen als auch Fachleuten sowie zu den Sichten von Vertreter\*innen der Bevölkerung und der Protestbewegung in die wissenschaftlichen Analysen ein. Sie vermitteln auch einen Eindruck von Art und Stil der Auseinandersetzung, dem „politischen Verhaltensstil“ der Beteiligten (Engels 2005).

Die Video- und Audiobeiträge wurden transkribiert.

### 2.3.3 Zivilgesellschaftliche und kirchliche Archive

Freie Archive haben ihren Ursprung in den Protestbewegungen seit den 1960er Jahren – den Konflikten dieser Gruppen und Initiativen mit den etablierten Institutionen. Dabei erlangte die Anti-Atom-Bewegung, die sich in den 70er Jahren formierte, eine besonders hohe Aufmerksamkeit und politische Durchschlagskraft. Sie gilt heute in Deutschland als eine der bedeutendsten sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit (Radkau 2011 ‚Kurze Geschichte‘). Unzählige Dokumente zeugen von ihren Aktivitäten: Sitzungsprotokolle, Pressemitteilungen, Briefwechsel, Prozessakten, Gutachten und sehr viel Graue Literatur. Irgendwann erkannten nicht nur die Protagonisten der Bewegung, sondern auch andere politisch-zeitgeschichtlich Interessierte und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bedeutung dieser Bestände und die Notwendigkeit, sie zu sichern und an zentraler Stelle zusammenzufassen (Kraushaar 2008 ‚Weiße Flecken‘: 96f.).

Keimzellen der heutigen zivilgesellschaftlichen Archive waren die „Handapparate“ von Gruppen und Initiativen, die sie im Zeitalter vor Computer und Internet als unabdingbares Arbeitsmittel und Informationsquelle sammelten und zusammenstellten und die in der Folge zu unabhängigen Orten der „Überlieferung der eigenen Geschichte“ (Bacia 2020: 27) ausgebaut wurden. Diese Archive sind heute die Hüter historisch wertvoller Materialien, die in staatlichen Einrichtungen kaum zu finden sind (Bacia 2020: 28). Sie ermöglichten es den Initiativen, über die Zeugnisse ihres Widerstands unabhängig von staatlichen Einflüssen zu verfügen und sich zugleich der eigenen Identität und gesellschaftlichen Bedeutung zu vergewissern (Bacia 2020: 27).

Gleichzeitig ist diese Überlieferung punktuell und im Hinblick auf den gesamten Atomkonflikt immer fragmentarisch und bildet oft die Interessenschwerpunkte einzelner Akteure ab, deren Sammlungen zivilgesellschaftliche Archive, wie beispielsweise das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, jeweils übernommen und gesichert

haben (Becker-Schaum 2008). Für dieses Projekt wurde daher eine ganze Reihe zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Archive angefragt und besucht (Tabelle 2).

Eine besondere Bedeutung für diese Studie kam dabei dem Gorleben Archiv in Lüchow zu. Die Einrichtung verfügt über einen breiten Fundus an Schriftstücken, Presseartikeln, Fotos, Plakaten, Video- und Tonaufnahmen, die den Konflikt zwischen Staat und Zivilgesellschaft um die am Standort Gorleben geplanten Entsorgungsanlagen umfassend dokumentieren. Im Zusammenhang mit dem Bürgerdialog Kernenergie waren hier vor allem die Vorstandsprotokolle, Pressemitteilungen und Publikationen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg relevant, die teilweise auch Einblick in die bundesweite Aktivitäten, wie die des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), geben. Außerdem befinden sich hier Personenbestände und Nachlässe von ehemaligen Teilnehmer\*innen am Bürgerdialog. Besonders nützlich, auch um die Entwicklung vor Ort im Zeitverlauf zu rekonstruieren, ist die sehr umfangreiche Sammlung von Presseberichten, u.a. der lokalen Elbe-Jeetzel-Zeitung.

Daneben waren besonders zwei Archive zentral für die Recherche: Im Afas in Duisburg fanden sich einige Quellen mit Bezug zum Bürgerdialog, unter anderem vom BBU. Im Archiv Soziale Bewegungen in Freiburg konnten Zeitschriften mit Beiträgen zum Bürgerdialog ermittelt werden. Kirchliche Einrichtungen, v.a. die Evangelische Landeskirche Hannovers im Gorleben-Konflikt, aber auch die Evangelische Kirche insgesamt waren in die Auseinandersetzung der 1970er und 1980er Jahre involviert (Schüring 2015). Entsprechend wurden das Landeskirchliche Archiv in Hannover und das Evangelische Zentralarchiv in Berlin konsultiert. Insgesamt war der geringe Grad der Digitalisierung in den zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Archiven eine zeitliche Herausforderung bei der Recherche. Der Bürgerdialog Kernenergie war in keinem dieser Archive als eigenes Thema verschlagwortet.

**Tabelle 2: Recherche zum Bürgerdialog Kernenergie: zivilgesellschaftliche und kirchliche Archive**

<b>Name</b>	<b>Standort</b>
Archiv Aktiv e.V. ( <a href="http://www.archiv-aktiv.de">www.archiv-aktiv.de</a> )	Hamburg
Archiv der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, Ev. Kirchengemeinde Weisweil ( <a href="http://www.kkw-wyhl.de">www.kkw-wyhl.de</a> )	Weisweil
Afas - Archiv für alternatives Schrifttum ( <a href="http://www.afas-archiv.de">www.afas-archiv.de</a> )	Duisburg
Archiv Papiertiger: Papiertiger: Archiv und Bibliothek der Sozialen Bewegungen ( <a href="https://archiv-papiertiger.de/index.php">https://archiv-papiertiger.de/index.php</a> )	Berlin
Archiv Soziale Bewegungen e.V. ( <a href="http://www.archivsozialebewegungen.de">www.archivsozialebewegungen.de</a> )	Freiburg
Evangelisches Zentralarchiv ( <a href="http://www.ezab.de">www.ezab.de</a> )	Berlin
Gorleben Archiv e.V. ( <a href="http://www.gorleben-archiv.de">www.gorleben-archiv.de</a> )	Lüchow

Name	Standort
Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche Hannover (www.landeskirchlichesarchiv-hannover.de)	Hannover

Eigene Zusammenstellung

## 2.4 Wissenschaftliche Literaturdatenbanken und Bibliotheken

Neben der Recherche nach zeitgenössischen Dokumenten in Archiven lag ein weiterer Schwerpunkt der Recherche auf wissenschaftlichen Veröffentlichungen einschließlich Abschlussarbeiten an Hochschulen sowie Veröffentlichungen der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Durchführung des Bürgerdialogs.

Ausgangspunkt war der Suchbegriff „Bürgerdialog Kernenergie“ oder auch „Bürgerdialog Energie“. Des Weiteren wurden Kombinationen von Suchbegriffen wie „Matthöfer AND Bürgerdialog“ oder „Gorleben AND Bürgerdialog“ verwendet. Dieses Vorgehen wurde nachfolgend verfeinert und eine Liste von relevanten Suchbegriffen herausgearbeitet, die in der Regel untereinander kombiniert wurden, z.B. Kernenergie und Protest (Tabelle 3). Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es zeigte sich jedoch, dass aufgefundene Quellen zum Bürgerdialog Kernenergie diese Suchbegriffe oft ergänzt um sogenannte Platzhalter (z.B. \*gegner) enthielten.

**Tabelle 3: Stichwörter sowie Stichwörterkombinationen mit Suchoperatoren zur Verfeinerung der Literatur- und Presseartikelrecherche**

Entsorgung	Bürgerdialog	Folgen/Sorgen/ Ängste/Akzeptanz	Beteiligung/ Bürgerinitiativen/ gesellschaftliche Gruppen
Endlager	Bürgerdialog	Sorgen	Bürgerinitiative
Zwischenlager	Öffentlichkeit	Ängste	Bürgerbeteiligung
Wiederaufarbeitung	Kampagne	Widerstand	Partizipation
WAA	Aufklärung	Akzeptanz	BBU
Entsorgung	Information	Schutz	Weltbund
Salzstock	Informationsstelle	Strahlen	Kirche
Radioaktiver Abfall	Hearing	Widerstand	Gewerkschaften
Brennstoffkreislauf	Debatte	Protest	Gesellschaftliche Gruppen

<b>Entsorgung</b>	<b>Bürgerdialog</b>	<b>Folgen/Sorgen/ Ängste/Akzeptanz</b>	<b>Beteiligung/ Bürgerinitiativen/ gesellschaftliche Gruppen</b>
Brennstäbe	Dialog	Wut	Befürworter
	Energiedialog	Umweltschutz	Skeptiker
	Bundesforschungs- minister AND Kernenergie	Lebensschutz	Gegner
Naturschutz			

### Eigene Zusammenstellung

So wurden neben Veröffentlichungen, die auf den Bürgerdialog Kernenergie fokussierten, sowohl zeitgenössische als auch aktuellere Monographien, Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriften sowie Broschüren und auch Beiträge in Presse und Rundfunk recherchiert, die sich mit Kernenergiefragen sowie mit der Debatte um die Kernenergie und Entsorgung befassen. Ein Veröffentlichungszeitraum von 1974 – und damit dem ersten Kabinett von Bundeskanzler Helmut Schmidt – bis 2022 wurde einbezogen. Über die Auswertung von Quellenverweisen und Literaturverzeichnissen wurden weitere Arbeiten im Themenfeld auch aus früheren Jahren, insbesondere der Zeit der sozial-liberalen Bundesregierung seit 1969, ergänzt, um die wissenschaftliche und politische Debatte zu erfassen, vor deren Hintergrund der Bürgerdialog Kernenergie ins Leben gerufen wurde und sich entfaltete.

Dissertationen wurden über *DissOnline*, ein Dienst der Deutschen Nationalbibliothek ([www.dnb.de/DE/Professionell/Services/Dissonline/dissonline\\_node.html](http://www.dnb.de/DE/Professionell/Services/Dissonline/dissonline_node.html)) gezielt berücksichtigt.

Des Weiteren wurden in wissenschaftlichen Datenbanken gezielt nach einzelnen Ereignissen wie Demonstrationen, Parteitagen oder Fachveranstaltungen recherchiert. Genutzt wurden fachübergreifende Datenbanken wie *Web of Science Core Collection*, *Science Direct* oder *Google Scholar*, Abstract- und Zitationsdatenbanken wie *Scopus* sowie Datenbanken mit Fachzeitschriften wie *JSTOR* oder Verlagsveröffentlichungen wie *SpringerLink* sowie Methodendatenbanken wie *SAGE Research Methods Online*. Auch *Google Books* wurde genutzt. Die Recherche wurde durch die Kataloge von großen Universitätsbibliotheken (Berlin, Frankfurt, München, Stuttgart) und der Deutschen Nationalbibliothek sowie der Bibliothek des Deutschen Museums in München ergänzt. Einen weiteren Zugang zu Grauer Literatur eröffneten die Archive des Kernforschungszentrums Karlsruhe oder des Helmholtz-Zentrums Berlin.

Die gefundenen Nachweise wurden entweder in Bibliotheken oder Archiven eingesehen oder – wenn dort nicht möglich – über Buch-Antiquariate bestellt. Nur ganz vereinzelt konnten Veröffentlichungen oder Materialien überhaupt nicht beschafft werden.

## 2.5 Zeitzeugen-Interviews

Wie in der Zeitgeschichte üblich sollte sich diese Studie nicht nur auf zeitgenössische Schrift- und audio-visuelle Quellen beschränken, sondern auch die Erinnerungen von Zeitzeugen berücksichtigen, um Informationen, Eindrücke und Positionen einbeziehen zu können, die in anderen Quellen nicht auffindbar sind (Williams, Riley 2020). Hierzu wurden mit Zeitzeugen Oral-History-Interviews geführt. Das Projektteam setzte sich systematisch mit den methodischen Herausforderungen dieses Vorgehens auseinander, um Unterschiede zu den in den Sozialwissenschaften üblichen Experteninterviews aufzuzeigen und zu diskutieren. Die Besonderheiten von Zeitzeugengesprächen resultieren u.a. aus der Struktur und Lückenhaftigkeit menschlicher Erinnerung, die sich im Verlauf der Zeit und unter dem Eindruck späterer Erfahrungen und Erzählungen verschiebt und verzerrt. Dies hat Auswirkungen im Hinblick auf die Grenzen der Aussagekraft dieser trotz allem höchst wertvollen und faszinierenden Quellengattung (Wierling 2003).

Drei Maßnahmen dienen der Qualitätssicherung:

- Erstens wurde vor der Durchführung der Zeitzeugeninterviews eine teaminterne Schulung vorgenommen, die in die Techniken, Methoden und erkenntnistheoretischen Überlegungen von Oral History Forschung einführte. Dies diente dazu, nicht nur auf die Gespräche und die Probleme der Gesprächsführung, der Aufzeichnung und die Einhaltung der üblichen methodischen Standards und rechtlichen Fragen aufmerksam zu machen, sondern auch ein Bewusstsein für die Natur und die Aussagekraft der Aussagen von Zeitzeugen zu erreichen, gerade im Hinblick auf deren spätere Verwendung in der Analyse (Yow 2005).
- Zweitens wurden die Zeitzeugeninterviews erst in einer späten Phase des Projekts durchgeführt. Dadurch war das Projektteam bereits gut mit Quellen und Literatur vertraut und konnte die Interviewpartner gezielt und vor dem Hintergrund des aus Quellen und Literatur erworbenen eigenen Wissens befragen (Ritchie 2014: 42).
- Drittens half diese spätere zeitliche Terminierung auch, die Zeitzeugen sehr sorgfältig auszuwählen. Auf der Basis der vorliegenden Informationen aus den Quellen gab es bereits einen gewissen Wissensstand, wer in welcher Funktion und Form am Bürgerdialog beteiligt war. Dabei sollten sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure befragt werden, und Akteure, die zu verschiedenen Zeiten und in verschiedener Funktion am Bürgerdialog beteiligt waren. Es ist gelungen, einige der relevantesten noch lebenden Akteure zu sprechen. Das Spektrum reichte auf der staatlichen Seite vom ehemaligen Staatssekretär und später zuständigen Minister Hauff auf der höchsten politischen Ebene bis hin zu drei Mitarbeitern aus verschiedenen Zeitabschnitten im Kanzleramt und im BMFT. Zudem konnten wir einen Bundestagsabgeordneten der damals mitregierenden SPD, der in dieser Zeit als Studienautor und Leiter der Bundestags-Enquete-Kommission Zukünftige

Kernenergiepolitik zwar nicht direkt am Bürgerdialog, aber an dessen direktem Umfeld beteiligt war, sowie den Leiter der früheren Informationsstelle in Gorleben sprechen. Außerdem konnten Aktivisten auf der Bundesebene und vor Ort aus Gorleben sowie Gegenexperten aus der damaligen engagierten Wissenschaft für Gespräche gewonnen werden. Fast alle Interviews fanden im Frühjahr 2022 statt.

Eine Übersicht über die zehn Interviewten, ihre Funktionen bzw. Tätigkeiten zur Zeit des Bürgerdialogs findet sich nachfolgend (Tabelle 4).

**Tabelle 4: Interviewte Zeitzeugen**

<b>Name</b>	<b>Bezug zum Bürgerdialog Kernenergie</b>
Kulke, Wilhelm (06.12.2021)	Leiter der Informationsstelle Gorleben
Hauff, Dr. Volker (24.02.2022)	Staatssekretär und Minister, BMFT
Striegnitz, Meinfried (14.03.2022)	Organisator der Bürgerdialogs-Veranstaltung in der Ev. Akademie Loccum 1980
Janning, Jörg (06.04.2022)	Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg
Niederelz, Peter (07.04.2022)	Mitarbeiter im BMFT, verantwortlich für Schwerpunkt Jugend im Bürgerdialog, Nachfolge von Dr. Klaus Lang ab 1979
Leinen, Jo (28.04.2022)	Jungsozialist und Vorstand Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Hirsch, Dr. Helmut (10.05.2022)	Physiker, Beobachter der „Informationskampagne Kernenergie“ der österreichischen Regierung (Hirsch 1977; Hirsch, Nowotny 1978), seit Mitte 1978 bis Frühjahr Koordinator der kritischen Wissenschaftler beim Gorleben-Hearing, im Anschluss Gründer der Arbeitsstelle Hannover des Öko-Instituts
Eisenbeiß, Dr. Gerd (24.05.2022)	Ab 1973 Referent im Bundeskanzleramt, ab 1975 Referent im BMFT, ab Mitte 1977 Pers. Referent des Parl. Staatssekretärs Hauff, ab Februar 1978 Kabinetts- und Parlamentsreferent von Bundesforschungsminister Hauff, verantwortlich für Bürgerdialog in der Frühphase
Lang, Dr. Klaus (13.06.2022)	Mitarbeiter im Referat Öffentlichkeitsarbeit des BMFT, in den ersten Jahren zuständig für den Bürgerdialog Kernenergie (1975-1979)

Name	Bezug zum Bürgerdialog Kernenergie
Ueberhorst, Reinhard (06.07.2022)	MdB (SPD) Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ des 8. Deutschen Bundestags, Autor der Planungsstudie zur Gestaltung von Prüf- und Bürgerbeteiligungsprozessen im Zusammenhang mit nuklearen Großprojekten am Beispiel der Wiederaufbereitungstechnologie, 1983

### Eigene Zusammenstellung

Die obige Übersicht zeigt auch die blinden Flecken, die trotz dieser breiten Auswahl bestehen bleiben. Wie oben erwähnt, ist es nicht gelungen, Frauen in die Interviewserie einzubeziehen. Das ist zunächst dadurch bedingt, dass in den 1970er Jahren in den Positionen von Experten, v. a. aber im Ministerium fast ausschließlich Männer tätig waren. Relevante Gesprächspartnerinnen aus den Bürgerinitiativen v. a. in Lüchow-Dannenberg, die sich mit dem Bürgerdialog auseinandergesetzt haben, waren bereits in den Jahren vor Projektbeginn verstorben. Existierende veröffentlichte Interviews (z.B. Drazewski 2019) wiederum enthielten keine Informationen zum Bürgerdialog Kernenergie. Andere mögliche Interviewpartnerinnen, die angefragt wurden, waren zum Zeitpunkt des Bürgerdialogs noch so jung, dass sie in diesen nicht involviert waren bzw. kaum Erinnerungen haben, und daher ein Zeitzeugeninterview nicht für sinnvoll erachteten. Auch einige weitere mögliche Interviewpartnerinnen haben Interviewanfragen abgelehnt, weil sie ihre Erinnerungen hierzu für zu lückenhaft hielten.

Außerdem fanden einige informelle Hintergrundgespräche statt, so mit dem Berliner Politikwissenschaftler und Konfliktforscher PD Dr. Lutz Mez am 03.02.2021. Aus diesem Gespräch konnten Informationen zur Entstehung der Bürgerdialogs-Buchreihe gewonnen werden, an der Mez beteiligt war (Hintergrundgespräch Mez). Über diese informellen Gespräche wurden keine förmlichen Protokolle erstellt, sondern nur persönliche Notizen.

Die Zeitzeugeninterviews wurden nach den üblichen Standards der Oral History durchgeführt (Yow 2005; Sommer, Quinlan 2018). Das umfasste die klare Information der Beteiligten mittels eines Informationsbogens zum Projekt und eine Einverständniserklärung, die mehrere Auswahlmöglichkeiten ließ, die Verwendung des eigenen Interviewbeitrags zu autorisieren. Auch wurden die Zeitzeugen gebeten, eine Langzeitarchivierung im Gorleben Archiv zu gestatten (Ritchie 2014: 161ff., 273ff.).

Die Gespräche wurden stets von zwei Wissenschaftler\*innen durchgeführt, Audioaufgezeichnet und verschriftlicht. Die Schriftversion wurde den Interviewten zur Autorisierung vorgelegt, u.a. um Missverständnisse auszuräumen und um den Text für die Auswertung freizugeben.

## 2.6 Qualitative Analysen von Archivalien, wissenschaftlicher Literatur, Presseartikeln sowie von Interview-Transkripten

Archivalien, wissenschaftliche Literatur sowie Presseartikel wurden mit Verfahren der Inhaltsanalyse verschlagwortet und kategorisiert (Mayring 2010; Kuckartz 2016). Dafür wurde die Literatur zunächst nach inhaltlichen Vorüberlegungen gegliedert und vorsortiert (z.B. nach internationalen Erfahrungen mit Entsorgungsfragen, nach Partizipationsbezug, nach Eigenveröffentlichungen der Bundesregierung zum Bürgerdialog Kernenergie). Die Transkripte der Zeitzeugen-Interviews wurden nach Forschungsfragen geordnet.

Die Dokumente wurden dann in einem zweiten Schritt durchgesehen. Dabei wurden wichtige Textpassagen extrahiert. Die Durchsicht erfolgte durch mit dem jeweiligen Aspekt vertraute Wissenschaftler\*innen und auf der Basis von bestehendem Wissen.

Durch die wörtlichen Zitate und das parallel aufgebaute Wissensmanagement auf Basis der Zitate wurden zentrale Fundstellen für alle Projektteammitarbeiter/innen systematisch aufbereitet - trotz der Materialfülle insgesamt zugänglich und auch mit computergestützten Verfahren recherchierbar.

Informationsmaterialien des Staates sollten nicht nur für Fachleute oder Personen mit höherem Bildungsabschluss verständlich sein. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie informierte die Bürger\*innen in den ersten Jahren über eine Anzeigenkampagne über die neue Informations- und Diskussionsaktion. Die Anzeigen erläuterten und begründeten das staatliche Handeln des Bürgerdialog Kernenergie und die (strittigen) Pläne bzw. Entscheidungen der Bundesregierung. Die Schwierigkeit dieser Texte wurde mit einer Lesbarkeitsanalyse geprüft. Sie basiert auf verschiedenen Merkmalen wie Länge der Sätze oder auch Geläufigkeit des Wortmaterials. Es wurde der *Hohenheimer Verständlichkeits-Index (HIX)* genutzt, die Berechnung erfolgte mit der Softwareanwendung *Textlab* ([www.text-lab.de](http://www.text-lab.de)) (Brettschneider, Keller 2021).

Auf Grundlage dieser empirischen Recherche und unter Verwendung der verschiedenen analytischen Methoden ließ sich der Bürgerdialog Kernenergie rekonstruieren und erstmals umfassend untersuchen.

Zunächst aber soll der Bürgerdialog in verschiedene historische und konzeptionelle Kontexte eingeordnet werden. Damit beschäftigt sich das folgende Kapitel.

## **3 Kontexte**

### **3.1 Historische Hintergründe**

Das Ende des Bürgerdialog Kernenergie, dessen öffentliche Aktivitäten sich auf die Zeit zwischen Anfang 1976 und Frühsommer 1982 erstreckten, liegt nunmehr 40 Jahre zurück, seine Anfänge fast 50 Jahre. In dieser Zeit haben sich Staat, Gesellschaft, Energie- und Umwelt-Politik, aber auch die Auseinandersetzung mit und die Politik bezüglich der Kernenergie fundamental verändert, auch wenn manche energiepolitischen Themen der 1970er Jahre, wie die Frage der Versorgungssicherheit, in jüngster Zeit gerade wieder zurück auf die politische Tagesordnung gekommen sind. Um die Entstehung und Entwicklung, die Ziele und die besonderen Herausforderungen des Bürgerdialog Kernenergie angemessen darstellen und analysieren zu können, soll dieser Abschnitt des Kapitels „Hintergründe“ die historischen Hintergründe erläutern, und zwar in fünf Teilen: Erstens geht es um die längere Vorgeschichte, d.h. die Geschichte der Nutzung der Atomenergie und ihrer öffentlichen Wahrnehmung bis Ende der 1960er Jahre, weil nur vor diesem Hintergrund verständlich wird, warum die energiepolitischen Entscheidungsträger von der späteren Kontroverse und dem Protest so überrascht wurden und nach Instrumenten suchten, der Kritik zu begegnen. Hierzu zählte der Bürgerdialog Kernenergie. Der zweite Teil widmet sich der kürzeren Vorgeschichte, also der Verschärfung der Atomkraft-Kontroverse in den 1970er Jahren. Der dritte Teil erläutert die Ursprünge des Bürgerdialog Kernenergie, der versuchte, die regierungsseitig für notwendig gehaltene Energiepolitik angesichts von Protest und Kritik aus der Gesellschaft zu erklären, für sie zu werben und letztlich auch zu verteidigen. Teil vier gibt einen kurzen Überblick über Kontexte und Akteure zu Beginn des Bürgerdialog Kernenergie. Dies umfasst beispielsweise die demokratisch-partizipativen Ansprüche der Reformpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung, die sich auf die Ausgestaltung des Bürgerdialogs auswirkten, sowie wichtige energiepolitische und Protest-Ereignisse, vor allem in Wyhl. Ein fünfter Teil setzt dies für die Laufzeit des Bürgerdialogs fort und widmet sich schwerpunktmäßig der zunehmenden Bedeutung der Frage nach Entsorgung.

#### **3.1.1 Geschichte der Nutzung der Atomenergie und ihrer öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland bis in die 1960er Jahre**

Der Bürgerdialog Kernenergie ist nicht nur vor dem Hintergrund der Geschichte der Kerntechnik als Technik, sondern vor allem vor dem der öffentlichen Auseinandersetzung mit dieser Technik und ihrer Rolle in der Energieversorgung zu verstehen. Diese unterlag in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einem enormen Wandel, insbesondere in der Phase „Nach dem Boom“ (Doering-Manteuffel, Raphael

2012) also nach der Ölkrise von 1973. Diese wird auch in der Zeitgeschichte als Zäsur, wenn nicht gar als „Strukturbruch“ (Doering-Manteuffel, Raphael, Schlemmer 2016) gedeutet. Während der Laufzeit des Bürgerdialog Kernenergie in den 1970er und 1980er Jahren erreichte die Auseinandersetzung um die Atomenergie einen Höhepunkt. Der Abschnitt gibt einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der 1950er und 1960er Jahre. Erst danach eskalierten die Konflikte, vor deren Hintergrund der Bürgerdialog Kernenergie entstand und sich entwickelte. Zur Strukturierung der Analyse greift dieses Kapitel auf einige konzeptionelle Überlegungen aus der Technikgeschichte zurück, die hier zunächst vorgestellt werden sollen.

### **3.1.1.1 Konzeptionelles: Öffentliche Technologien, gesellschaftliche Konflikte und die Defizitthese**

Die Geschichte der Atomenergie in Deutschland ist ähnlich wie die Geschichte der Nutzung der Atomkraft überhaupt eng mit ihrer Präsenz in der Öffentlichkeit verbunden. Wie die Technikhistoriker Helmuth Trischler und Robert Bud betont haben, lässt sich die Atomtechnik als eine öffentliche Technologie begreifen, als eine *public technology*, das heißt, eine Technik, die in der Öffentlichkeit verhandelt wird. Diese sei mit besonderen Erwartungen im Hinblick auf die Zukunft verbunden (gewesen) und sei in der Folge auch besonders kontrovers diskutiert worden. Dies habe gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung und den Einsatz dieser Technologie (Trischler, Bud 2018: 188ff.).

In der Auseinandersetzung um diese öffentliche Technologie, so die Autoren, meldeten sich neben den anfangs dominierenden, überwiegend männlichen technisch-wissenschaftlichen Experten und politischen Akteuren zunehmend auch Laien zu Wort. In ihrer aktiven Beteiligung an der Debatte über die Vor- und Nachteile sowie die Risiken der Atomkraft, nahmen sie für sich in Anspruch, ihre Bürgerrechte (*citizenship*) auszuüben. Kennzeichnend für die Kontroverse um diese öffentliche Technologie sei, dass sie sich nicht auf technologische Fragen beschränkt habe, sondern auch „historische Großvisionen, bruchstückhaftes Wissen, Anekdotisches und Beharren auf Wissenschaft“ umfasste (Arapostathis, Bud, Trischler 2021: 230, Übersetzung vom Original).

Den Wandel in Auseinandersetzungen mit öffentlichen Technologien wie der Kernkraft betont der Technikhistoriker Christian Götter (2022) mit seinem Konzept von „Technologien als Anker für soziale Konflikte“. Er verweist darauf, dass Technologien zu bestimmten Zeiten von bestimmten Akteuren mit bestimmten gesellschaftlichen Problemen und Konflikten in Verbindung gebracht, sozusagen „verankert“ werden. Diese Bedeutungsaufladung müsse aber nicht von Dauer sein. Die „Anker“ könnten auch wieder gelichtet werden, indem eine vorherrschende Deutung durch eine andere ersetzt oder zumindest ergänzt werde (Götter 2022: 12).

Götter (2022: 28ff.) illustriert dies knapp an drei Deutungen von Atomkraft und deren Verankerung in sozialen und politischen Konflikten: Ursprünglich habe die Werbung für zivile Kernkraftnutzung im *Atoms-for-Peace*-Programm der US-Regierung seit 1953 vor allem dazu gedient, die weitere Atomrüstung vor der nationalen und internationalen Öffentlichkeit zu legitimieren. Später nutzten Politik und Energieversorger die gleiche,

zunehmend bereits etablierte Vision von billiger, fast grenzenloser Energie als Antwort auf ökonomische und Energiekrisen und die zu erwartenden daraus resultierenden Konflikte. In den Protesten der 1970er Jahre hätten viele Atomkraftgegner\*innen dagegen diese Technologie mit einem kritischen Blick auf Staat und Gesellschaft verbunden: u.a. mit der Schreckensvision des autoritären, für die Sicherheit der Atomkraft aber für unausweichlich gehaltenen, freiheitsgefährdenden „Atomstaat“ (Jungk 1977 ‚Atomstaat‘). Götters Beispiele zeigen einen Teil der zeitlich, örtlich und von den jeweiligen Akteuren abhängig wandelbaren Deutungen von Atomkraft in der Öffentlichkeit. Diese standen oft im Konflikt miteinander. Mit solchen Deutungen und Verankerungen musste sich der Bürgerdialog Kernenergie auseinandersetzen.

Diese beiden analytischen Perspektiven helfen dabei, besser zu verstehen, wie und warum sich die Sichtweise auf Kerntechnik zwischen den 1950er Jahren und der Zeit seit den 1970er Jahren nicht nur gewandelt, sondern auch innerhalb der Gesellschaft stark fragmentiert hat. Dabei hat sich die Stärke des Konflikts zeitweise massiv erhöht – nicht zuletzt dadurch, dass unterschiedliche Akteure die Kerntechnik mit verschiedenen gesellschaftlichen Problemen und Zielen in Verbindung brachten, oder „verankerten“. Zwischen 1974 und 1983 war der Bürgerdialog Kernenergie ein wichtiger Teil und Ort dieser Auseinandersetzung, um verschiedene Aspekte dieser öffentlichen Technologie zu diskutieren. Dabei war regierungsseitig gerade die Verankerung mit Vorstellungen von Wohlstand, Modernität und Arbeitsplätzen im Konflikt mit den neuen, kritischen Verankerungen. Diese Vorstellungen bezogen sich nicht nur auf die Kernkraftwerke selbst, sondern zunehmend auch um Fragen von Entsorgung und Endlagerung.

Schließlich durchzieht eine weitere analytische Perspektive die nachfolgende Darstellung. Die öffentliche Auseinandersetzung um die Atomkraft war seit *Atoms for Peace* auch geprägt - wie nachfolgend gezeigt wird - von der Annahme der Befürworter und Experten von Atomkraft, dass die Kritik an Atomkraft durch irrationale Ängste bedingt sei, von der in ihren Augen irrigen Assoziation von Atomenergie mit der Atombombe, von Strahlenfurcht und irrationaler Übertreibung der Risiken der Atomkraft. Diese Irrationalität basiere auf Mangel an Information, und man könne ihr nur durch sachliche Information begegnen (Fach, Simonis 1987: 144; Gloede 1988: 117; Peters 1991: 143). Diese Annahmen, die auch dem Bürgerdialog mit seinem Schwerpunkt auf Information und ‚Versachlichung‘ (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz 1976, BMFT 1979 ‚Nukleare Entsorgung‘: 23) zugrunde lagen, haben eine längere Vorgeschichte und wurden von den beteiligten Experten und Entscheidungsträgern für selbstverständlich gehalten und wenig hinterfragt (Meyer 2022 ‚Indispensable‘).

Diese Annahme wird in der Sozialwissenschaft als Defizit-These, oder auch als Wissensdefizit-, Informationsdefizit- oder Vertrauensdefizit-These diskutiert (acatech 2012; Weitze, Renn 2022; Bearth, Siegrist 2022). In den technologiegläubigen ersten Jahrzehnten der Wissenschaftskommunikation vertraten Sozial- und Kommunikationswissenschaft diese Annahme auch unhinterfragt und entwarfen Strategien für die Information und Überzeugung der Öffentlichkeit: Der Wissenschaft komme eine zentrale Rolle zu, wissenschaftliches Wissen „in vereinfachter und kondensierter Form an die Öffentlichkeit“ (Weitze, Renn 2022: 851) weiterzugeben und diese von den positiven Errungenschaften und Folgen wissenschaftlich-technischer

Entwicklungen zu überzeugen. Die Öffentlichkeit wurde dabei eine passive Rolle zugeschrieben. Zwar sollte ihr Verständnis für Wissenschaft steigen, vorrangig geht es aber um die Akzeptanzsteigerung und Zustimmung oder sogar Begeisterung für und die Steigerung des Vertrauens in Technologien und wissenschaftliche Erkenntnisse, die durch Informationsmaterialien und Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden sollten. In diesem Modell werden die Errungenschaften neuer Technologien erst nach der Phase der Technologieentwicklung öffentlich kommuniziert. Diese Logik beeinflusste das Kommunikationshandeln von Wissenschaft und Politik auch dann noch, als der Fortschrittsglaube spätestens seit den 1970er Jahren einer zunehmenden Wissenschafts- und Technikskepsis wich. Dabei hatten empirische Befunde auf ein viel komplexeres Verhältnis von Wissenschaft, Technik und Öffentlichkeit hingewiesen. Nicht zuletzt ist die Diskussion um Kernenergie ein Beleg dafür, dass popularisiertes Wissen nicht zu Akzeptanzsteigerung führt. „Vertrauensverluste lassen sich nicht durch Information ausgleichen“ (Weitze, Renn 2022: 852) Schon vor Beginn des Bürgerdialog Kernenergie hatte eine Evaluation der schwedischen Informationskampagne durch den „National Board on Civic Education“ im Herbst 1974 ergeben, dass die Teilnahme an den Aktivitäten der Kampagne und das gesteigerte Wissen eher zu mehr Unentschlossenheit als zu mehr Akzeptanz geführt hätten (Nelkin, Pollak 1977: 344; Kitschelt 1980: 177). In der Bundesrepublik kam 1977 eine Studie von Ortwin Renn von der Kernforschungsanlage in Jülich ähnlich zum Ergebnis, dass Kernenergiegegner nicht schlechter informiert waren als Befürworter (Renn 1977; Kitschelt 1980: 177-178).

Wissenschaftshistorische Studien zeigen, dass die Annahme, dass Kritik an Kernkraft irrational sei, sich bereits seit den 1950er Jahre international unter Experten etablierte und verbreitete (Hamblin 2006). Diese Einstellung gegenüber kritischen Einwänden gegen Atomkraft verfestigte sich in den 1960er Jahren. So beobachtete Detlev Möller, wie Anfang der 1960er Jahre in administrativ-politischen Kreisen der Bundesrepublik von einer „Atompsychose“ gesprochen wurde (Möller 2009: 318) und 1969 für „Kerntechnische Entwicklung“ zuständige Beamte eine Äußerung aus der Deutschen Atomkommission von 1961 in Erinnerung riefen, dass „öffentliche Reaktionen [...] fast ausschließlich vom Gefühl und nicht von der Kenntnis der Dinge bestimmt werden.“ (Möller 2009: 322). Solche Vorstellungen prägten daher die Ausgangslage, bevor der Bürgerdialog Kernenergie entstand, und waren offenbar weitgehend immun gegen gegenteilige empirische Befunde.

### **3.1.1.2 Von der Bombe zum Frieden: Physik, Technik und Politik**

Am Anfang des 20. Jahrhunderts war die Kernspaltung lediglich eine spannende Herausforderung für die Physik. Mit dem Problem, wie man eigentlich ja per Definition unteilbare Atome spalten könnte, beschäftigten sich in den 1930er Jahren eine Vielzahl internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie entwickelten Modelle, führten die Berechnungen und Experimente durch und standen dabei in engem transnationalem Austausch. In ihrem Berliner Labor gelang es Otto Hahn und Fritz Straßmann 1938, basierend auf der Zusammenarbeit mit der inzwischen ins Exil geflohenen Lise Meitner, Uranatome zu spalten (Forstner 2019: 28ff.).

Da bei der Kernspaltung enorme Mengen Energie frei werden, gab es während des Zweiten Weltkrieges sowohl bei den Alliierten als auch bei den Achsenmächten rasch Überlegungen, diese Energie militärisch zu nutzen. Die Entwicklung einer militärischen Anwendung hin zur Atombombe war mit extrem hohem Aufwand verbunden und ging über die traditionellen Forschungslabore hinaus. Hier ging es nun weniger um theoretische Physik, sondern um anwendbare Technik. In einem beispiellosen industriellen Megaprojekt, dem sogenannten *Manhattan Project*, entwickelten die USA gleich auf zwei verschiedenen Wegen Kernwaffen, die einerseits auf Uran, andererseits auf Plutonium basierten (Reed 2020).

Nicht nur, aber vor allem Befürworter der Atomkraft neigen dazu hervorzuheben, dass die erste Begegnung der Öffentlichkeit mit dieser Technik durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ein für alle Mal das Image dieser Technik verdorben habe. Daran leide das öffentliche Bild der Kerntechnik in der Öffentlichkeit bis in die Gegenwart (Berens 1971). So äußerte sich beispielsweise auch Bundeskanzler Helmut Schmidt im November 1976 auf einem Kongress der Gewerkschaft Bergbau und Energie: „Wir müssen die Atomkraft entmystifizieren. Die unterschwellige Verbindung zwischen den Atomkraftwerken nebeneinander und der Bombe von Hiroshima muss gekappt werden.“ (Lieb 2022: 53; Fn. 177).

Bereits die *Atoms-for-Peace*-Kampagne, die 1953 von der von US-Präsident Dwight D. Eisenhower ins Leben gerufen wurde, kann man als Antwort auf dieses Image-Problem deuten. *Atoms for Peace* kann man als ein groß angelegtes *rebranding*, also als den Versuch einer gründlichen Neudeutung dieser Technik begreifen. Eisenhower machte das in seiner Rede vor den Vereinten Nationen im Dezember 1953 auch ganz explizit. Er räumte zunächst ein, dass diese – ja von den USA zuerst eingesetzte – Technik Schrecken und Zerstörung über die Menschen gebracht habe. Gerade deshalb sei es umso wichtiger, dieser Technik nunmehr eine neue, friedliche Bestimmung zum Wohle der Menschheit („move toward peace and happiness and well-being“) zu geben (Eisenhower 1953: 4). Die *Atom-for-Peace*-Kampagne umfasste einerseits das Angebot der USA, ihre Patente und ihr technisches Know-how mit der Welt zu teilen und damit die friedliche Nutzung der Kernspaltung voranzutreiben. Dabei stand die Nutzung zur Energiegewinnung rasch im Vordergrund. Eventueller Missbrauch der Technik sollte über internationale Abkommen, Kontrollen und die Einrichtung einer in Wien angesiedelten Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vermieden werden, die gleichzeitig aber auch die Nutzung der Kerntechnik in jeder Hinsicht fördern sollte (Röhrlich 2022), z.B. mit Programmen zur Ausnutzung der mutagenen Eigenschaften von Radioaktivität für die Pflanzenzucht (Hamblin 2021).

Andererseits war *Atoms for Peace* von einer breit angelegten internationalen öffentlichen PR-Kampagne begleitet, die dieser Technik in der internationalen Öffentlichkeit ein neues Image geben sollte. Hierbei ging es nicht nur um die Verankerung von Frieden und Atom, wie Götter (2022) sie beschreibt, sondern auch darum, Atomenergie als in der öffentlichen Wahrnehmung dauerhaft mit Wohlstand, Fortschritt und Modernität zu verbinden (Kaijser, Lehtonen, Meyer, Rubio-Varas 2021: 1-2). Diese Kampagne umfasste beispielsweise eine Wanderausstellung, die in verschiedenen europäischen Ländern gezeigt wurde, so auf dem Flughafen Schiphol in

Amsterdam, in Kopenhagen oder im Deutschen Museum in München, wo mehr als 61.000 Menschen die Ausstellung besuchten (Uekötter 2022 ‚Proxy Wars‘; Trischler, Bud 2018: 197). Die amerikanischen Sponsoren dieser professionell vom *US Information Service* organisierten Kampagne ließen dabei recht genau beobachten, wie die Besucher darauf reagierten und meldeten meist positive Wirkung zurück (Meyer 2019: 88). Inwieweit diese Kampagnen aber eine wirkliche „Atomeuphorie“ (Rusinek 1993) ausgelöst haben, ist umstritten, auch wenn der Begriff ein beliebter Topos in der Geschichte der Atomkraft ist (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 66).

Im Gefolge von *Atoms for Peace* wurde 1957 auch die europäische Atomgemeinschaft Euratom gegründet, um Forschung in westeuropäischer Zusammenarbeit zu organisieren, einen eigenen europäischen Reaktortyp zu entwickeln, gemeinsame Sicherheitsstandards herauszuarbeiten, und mittels dieser Zusammenarbeit den europäischen Zusammenhalt zu stärken. Euratom sollte dabei auch den Kernbrennstoff verwalten (Curli 2017; Deubner 1978). Gleichzeitig wurde aber auch in fast allen westeuropäischen Ländern staatlich gefördert mit eigener nationaler Atomforschung begonnen. In der Bundesrepublik wurde sogar ein Atomministerium geschaffen, der Vorgänger des heutigen Bundesforschungsministeriums (Radkau 2006). Der Bund finanzierte großzügig mehrere Kernforschungszentren, an denen verschiedene Reaktortypen entwickelt werden sollten (Radkau 1983: 159ff.).

Der Bau dieser Forschungszentren in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre fand aber bereits vor dem Hintergrund einer internationalen öffentlichen Debatte über die Konsequenzen von oberirdischen Atomwaffentests statt. Ausgehend von den USA machten Forscher\*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen darauf aufmerksam, dass der sogenannte Fallout von Waffentests, also radioaktive Substanzen wie Strontium, in die Nahrungskette gerieten und über die Muttermilch sogar von Säuglingen aufgenommen würden (Meyer 2021: 11). Die Fallout-Debatte erhöhte die öffentliche Aufmerksamkeit für die Risiken der Kernspaltung (Nehring 2012: 233f.).

So gab es sowohl in Köln als auch in Karlsruhe 1956/57 lokal begrenzte Proteste, von Männern und vor allem auch Frauen, die sich gegen die Standortwahl wehrten und ihre Kritik auf Informationen über Vorfälle mit Atommüll oder Atomanlagen aus den USA und anderen Ländern stützten. Daraufhin wurde das für Köln vorgesehene Kernforschungszentrum ins schwer kriegszerstörte Jülich und das Karlsruher Zentrum in den Hardtwald außerhalb der Stadt verlagert (Kirchhof, Meyer 2021: 334f.; Rusinek 1996: 223ff., 243, 260). Sowohl in Karlsruhe (Gutting 2023: 11) als auch in München, wo nördlich der Stadt in Garching der erste (west-)deutsche Versuchsreaktor im Oktober 1957 in Gang gesetzt wurde, richtete sich die Kritik vor allem auf Fragen der Auswirkungen auf das Trinkwasser durch radioaktive Abwässer und gelegentlich auch auf Strahlengefahren (Hasenöhl 2011: 206f.).

Der spektakulärste Protest in der Bundesrepublik der späten 1950er Jahre richtete sich aber gegen die militärische Nutzung der Kernspaltung. Nach der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und dem NATO-Beitritt 1955 stand für die Bundesregierung in der Situation der Blockkonfrontation auch die Frage nuklearer Waffen im Raum und in den Medien fanden sich immer wieder auch Hinweise, dass die Bundesregierung eine eigene

Atombewaffnung anstrebe. Als Bundeskanzler Adenauer in einer Pressekonferenz am 5. April 1957 davon sprach, taktische Atomwaffen seien „im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie“, veröffentlichten eine Woche später 18 hochrangige Physiker, unter ihnen Otto Hahn, inzwischen Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, der Münchner Max-Planck-Direktor Werner Heisenberg sowie der Göttinger Max-Planck-Direktor Carl-Friedrich von Weizsäcker, die „Göttinger Erklärung“. Die Erklärung formuliert hatte Weizsäcker.

Weizsäcker blieb auch später ein prominenter Teilnehmer in der Auseinandersetzung um Kernenergie als öffentlicher Technologie (Seefried 2014). Im Kontext des Bürgerdialog Kernenergie 1976-1977 schaltete sich Weizsäcker in die öffentliche Diskussion um die Atomkraft ein, und schlug dazu dem Bundeskanzler die Einsetzung einer Expertenkommission zur „Objektivierung“ der Debatte vor. Weizsäcker argumentierte, dass die Position einer Kommission, die von „höchsten Bundesinstanzen offiziell angefordert“ sei und „mit Nachdruck bekannt gemacht würde, im „Stimmengewoge“ eine öffentliche Wirkung zeigen und damit nicht, wie andere Äußerungen, untergehen würde (Weizsäcker 1977 ‘Vorschlag zur Kernenergiekontroverse’ B 136/25621). Dieser Vorschlag wurde aber nicht realisiert, allerdings war Weizsäcker im März 1979 auf Einladung von Ministerpräsident Ernst Albrecht Vorsitzender der Expertenkommission für das Gorleben-Hearing in Hannover (siehe Kapitel 6).

In der Göttinger Erklärung von 1957 drückten die Physiker ihre „Sorge“ bezüglich „einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr“ aus und erläuterten die Gefahren, die von sogenannten „taktischen Atomwaffen“ ausgingen, die in der Wirkung kaum der der Bombe von Hiroshima nachstanden. Während sie die Atomrüstung der Bundeswehr ablehnten, akzeptierten sie aber gleichzeitig, dass „die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens... leistet“. Sie verbanden dies mit dem Appell, „die friedliche Verwendung von Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern“ (Lorenz 2011: 31f.).

Im Laufe des folgenden Jahres formierte sich eine breitere außerparlamentarische Protestbewegung, die zunächst maßgeblich aus der SPD unterstützte „Kampf dem Atomtod“-Kampagne“. Diese beschränkte sich nicht auf offene Briefe und Redeschlachten im Bundestag, sondern versuchte auch über Volksbefragungen und Straßenprotest die Atomrüstungspläne zu stoppen (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 76; Nehring 2022: 619; Kraushaar 2021). In dieser Kampagne engagierte sich auch der spätere Bundesforschungsminister Volker Hauff (Zeitzeugen-Interview Hauff). Nach dem Rückzug der SPD aus der Kampagne begannen 1960 die ersten Ostermärsche gegen die Atomrüstung (Nehring 2021).

*Atoms for Peace* war offenbar nicht ohne Wirkung geblieben. Obwohl das Risiko der Weiterverbreitung (Proliferation) spaltbarer Stoffe auch beispielsweise in Broschüren für die Öffentlichkeit benannt wurde (Radkau 1983: 97), oder in Einwänden gegen Forschungs-Reaktoren zur Sprache kam, wie 1954 in München (Hasenöhr 2011: 206), richtete sich der Protest der 1950er Jahre fast ausschließlich gegen Atomwaffen, während die friedliche Nutzung parteiübergreifend befürwortet wurde. Gerade aus der

Perspektive der SPD, die 1959 im Godesberger Programm in technikeuphorischem Ton Atomnutzung als „Macht über die Naturkräfte“ und Instrument für „Wohlstand für alle“ pries (Radkau 1983: 96; SPD 1959: 5), war das friedliche Atom eng mit der gesellschaftlichen Utopie des „Atomzeitalters“ verbunden, der Planbarkeit einer modernen, besseren, durch Technik erleichterten Welt (Nehring 2013: 59; Nehring 2012; Rusinek 1993). Diese Vision teilte die deutsche Sozialdemokratie mit u.a. auch den skandinavischen Ländern, die dort in Regierungsverantwortung die friedliche Atomkraft ebenfalls nach Kräften unterstützte (Meyer 2019).

So zielte die damals von der SPD herausgegebene Zeitschrift „Atomzeitalter“, nicht so sehr darauf, die Öffentlichkeit über die Gefahren der Atomenergie zu warnen, sondern eine „rationale Auseinandersetzung“ mit diesen Fragen zu befördern (Nehring 2013: 60). Hier deuten sich gewisse Traditionslinien an, denn diese Betonung der Sachlichkeit und Rationalität entspricht in vielerlei Hinsicht der Herangehensweise, die später auch dem Bürgerdialog Kernenergie zugrunde lag. Diese Idee, die mit der Ablehnung von als irrational diskreditierter Angst und Emotion einherging, wurde seit den 1950er Jahren auch international von Expert\*innen vertreten (Hamblin 2006: 735). Diese Deutung und „Verankerung“ der Atomenergie prägte viele der führenden (fast ausschließlich männlichen) SPD-Politiker, die in den 1970er Jahre in Regierungsverantwortung waren, vor allem auch gegenüber Frauen.

Frauen nahmen eine wichtige Rolle im Protest gegen Atomkraft ein. Allerdings unterstellte man ihnen oft unterschwellig und kulturell konnotiert größere Emotionalität (Kirchhof, Meyer 'Revealing Risks' 2021: 345; Engels 2006: 363ff.). Solche Vorurteile spielten auch im Bürgerdialog Kernenergie in der Kommunikation zwischen staatlichen Akteuren und Bürger\*innen durchaus eine Rolle. Dies wird an einem Wochenschau-Auszug von 1976 gut deutlich, in dem Minister Matthöfer sehr herablassend einer sehr vorsichtigen und respektvollen Fragestellerin ins Wort fiel und sie – in abstrakt-technokratischer Sprache – über die wahren Ziele des Bürgerdialogs belehrte:

„Eine Diskussionsteilnehmerin: ‚Sehr geehrter Herr Minister, Sie sind nun hergekommen, um das Vertrauen der Bevölkerung zurückzuerobern, wenn ich einmal so sagen darf.‘

Bundesforschungsminister Hans Matthöfer: ‚Ich bin hier, um einen rationalen Dialog über Risiken und Nutzen der Kernenergie zu organisieren und das Informationsniveau der Bevölkerung zu heben.‘“ (Das Bundesarchiv, UFA-Kinowochenschau vom 20.07. 1976)

### **3.1.2 1960er Jahre: Erste Kraftwerke und wenig Protest**

Trotz der parteiübergreifenden Unterstützung für die Atomkraft entwickelte sich diese im Verlauf der 1960er Jahre nur langsam. Zunächst war Atompolitik vor allem Forschungspolitik und in den verschiedenen Forschungszentren in der Bundesrepublik - und in ganz Westeuropa - wurden unterschiedliche Reaktortypen entwickelt in der

Hoffnung, dass sich diese weltweit exportieren lassen würden, was zu einem regelrechten Nuklearnationalismus führte (Radkau 1983: 159; Meyer 2019: 80).

Mit welchen Schwierigkeiten und Risiken Neuentwicklungen verbunden waren, demonstrierte z.B. das seit den frühen 1960er Jahren projektierte Kernkraftwerk Niederaichbach in Bayern. Hier gab es Mitte der 1960er Jahren zwar – wie erwartet – bei der niederbayrisch-ländlichen Bevölkerung keine Opposition, dafür umso mehr technische Probleme. Der in der Bundesrepublik entwickelte und von Siemens gefertigte Schwerwasserreaktor funktionierte 1972-73 nur für wenige Tage, ehe er aufgegeben werden musste (Hasenöhl 2011: 217f.).

Angesichts solcher Risiken orderten ab den späten 1960er Jahren Energieversorger praktisch überall in Europa als Leistungsreaktoren nur noch auf erprobter US-Technik basierende Leichtwasserreaktoren, die ursprünglich für Atom-U-Boote entwickelt worden waren und angereichertes Uran benötigten (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 61, 85ff.). Deutsche Unternehmen wie AEG und Siemens, die 1977 von Siemens vollständig übernommenen zur Kraftwerk-Union fusionierten, fungierten als Lizenznehmer von US-Technik von General Electric und Westinghouse (Mez 1981: 33). Damit endete die Hoffnung auf Exportmärkte allerdings nicht, denn auch diese sollten ins Ausland exportiert werden, um durch höhere Stückzahlen die hohen Entwicklungskosten wieder einzuspielen und Arbeitsplätze zu sichern (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 150f.).

Welche zentrale Rolle die Exportpolitik als Industriepolitik für die Bundesregierung bis in die 1970er Jahre hinein noch spielte, zeigt eine kürzlich erschienene Studie zu den „Atomgeschäften“ (Romberg 2020), die die deutsche Industrie mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung auch gegen die Kritik der US-Regierung wegen des Proliferationsrisikos mit Brasilien und dem Iran vorantrieb. Auch die Vielzahl der überlieferten Akten hierzu im Bundesarchiv gibt davon beredtes Zeugnis. Diese Politik der Bundesregierung war in den 1970er Jahren wegen der Weiterverbreitung von Know-how und waffenfähigem Material auch innerhalb der SPD nicht unumstritten, und wurde von den Bürgerinitiativen scharf kritisiert (Mez 1981: 39, 41).

Angesichts niedriger Preise für fossile Brennstoffe bestand in den 1960er Jahren für die Energieversorger keine große Notwendigkeit, sich auf die neue, bisher wenig erprobte und daher risikoreiche Zukunftstechnik einzulassen. Gerade der kapitalintensive Ausbau der Braunkohle-Förderung in Nordrhein-Westfalen durch den größten Energieversorger RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) ließ wenig finanziellen Spielraum und Bedarf für zusätzliche Kraftwerkskapazitäten (Radkau 1998 ‚Braunkohle‘). Dennoch ließ RWE in Kooperation mit dem Bayernwerk in Kahl am Main unweit von Frankfurt ein kleines Versuchskraftwerk mit 15 MW Leistung errichten, das ab Sommer 1961 als erstes westdeutsches Kraftwerk Strom lieferte (Hasenöhl 2011: 208ff.).

Während es dort nur wenige Einwendungen gegeben hatte, lösten 1962 Pläne, ein größeres Kernkraftwerk im bayrischen Bertoldsheim am Zusammenfluss von Lech und Donau zu errichten, mehr Kritik aus. Einwände kamen von Wasserverbänden, Städten und Gemeinden und staatlichen Einrichtungen und richteten sich dagegen, das Kraftwerk in einem auch überregional wichtigen Trinkwasserschutzgebiet zu errichten.

Als der Standort nachfolgend nach Gundremmingen verlegt wurde, stieß auch dies lokal auf Kritik, die sich vor allem gegen das Verfahren richtete. Die Standortentscheidung war als „willkürlich und undemokratisch“ (Hasenöhr 2011: 214) empfunden worden. Hauptkritikpunkte waren die Geheimhaltung und der Mangel an Information – neben Sorgen um radioaktive Belastungen von Luft und Wasser. Die Betreiber begegneten dem mit einer veränderten Informationsstrategie. Statt Geheimhaltung – aus Sorge um Grundstücksspekulation und Opposition – schlug nun die Stunde der PR: Die Betreiber informierten jetzt offensiv auch die lokale Presse, führten eine mehrteilige Vortragsreihe durch und richteten eine Ausstellung ein (Hasenöhr 2011: 211ff.).

1966 ging Gundremmingen als erstes Leistungskraftwerk in der Bundesrepublik schließlich in Betrieb. Das bedeutete keinesfalls, dass Kernkraftwerke damit zu konkurrenzfähigen Preisen Strom produzieren und die Vision und das damit verbundene Versprechen vom billigen Atomstrom, der „too cheap for our children to meter“ (New York Times 1954) sein werde, wie es Lewis Strauss, Vorsitzender der US-amerikanischen Atom-Energie-Kommission (*Atomic Energy Commission*) 1954 prophezeit hatte, einlösen konnten. Nicht nur war die Finanzierung des Baus zu zwei Dritteln durch vergünstigte *European Recovery Programme* (ERP) Kredite, Staatsgarantien und Euratom-Zuschüsse gefördert worden, sondern der Bund hatte den Betreibern auch garantiert, die im Vergleich zu einem Steinkohlekraftwerk höheren Stromkosten bis zu einem gewissen Höchstbetrag zu 90% zu übernehmen (Hasenöhr 2011: Fn. 71). Dies deutet darauf hin, dass die Einführung der Atomenergie nicht so sehr eine Initiative der Wirtschaft war, sondern ein staatliches industrie- und energiepolitisches Ziel (Radkau 1983: 209ff.). Das beeinflusste auch die spätere Konstellation der Auseinandersetzung im Bürgerdialog Kernenergie, und die verbreitete Einstellung in der Politik, für die erfolgreiche Durchsetzung der neuen Technik im Energiesektor verantwortlich zu sein.

Im Vergleich zu den späten 1950er Jahren wurde es in den 1960er Jahren in der Öffentlichkeit eher still um die Atomkraft. Einzelne Kernkraftwerksprojekte wie 1965 Obrigheim in Baden-Württemberg oder 1967 Stade in Niedersachsen an der Elbmündung wurden in Angriff genommen (Götter 2018 ‚Risikoberechnung‘: 203f.). Aber mit Ausnahme der erwähnten Öffentlichkeitsarbeit in Gundremmingen, sei es „übliche Taktik“ bis in die späten 1960er Jahre gewesen, „Kernkraft-Projekte möglichst unauffällig zu realisieren und nicht einmal durch positive Propaganda auf sie aufmerksam zu machen“, konstatierte Radkau (1983: 416) in seiner großangelegten Studie über die „deutsche Atomwirtschaft“. Auch in Parlament und Verbänden habe es „Desinteresse“ und eine veritable „Entpolitisierung der Kernenergie“ gegeben (Radkau 1983: 424ff.). Dies änderte sich grundlegend an der Schwelle zu den 1970er Jahren.

### **3.1.3 Die Atomkraft-Kontroverse in den frühen 1970er Jahren**

Die Intensivierung der Auseinandersetzung um die Atomkraft in den frühen 1970er Jahren hatte mehrere Ursachen, entzündete sich an verschiedenen Problemen und äußerte sich in unterschiedlichen Foren und Formen. Dabei interagierten diese Debatten

und bildeten eine Dynamik, die mit dem Konflikt um das geplante Kraftwerk in Wyhl und schließlich der Bauplatzbesetzung im Februar 1975 einen sichtbaren Ausdruck fand.

Zu den Ursachen des Konflikts gehört sicherlich die gegenüber den 1960er Jahren größere Sichtbarkeit der Atomenergie und die größere praktische „Betroffenheit“ vor Ort durch die enorme Ausweitung des Bauprogramms für Kernkraftwerke. In den frühen 1970er Jahren verwandelte sich die „Vision Atomkraft“ in eine Vielzahl konkreter Bauplätze im ganzen Land (Meyer 2021: 12). 1970 war Baubeginn in Biblis in Hessen, dem ersten Reaktor, dem damals größten der Welt, der die Schwelle von 1000 MW überschritt, Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Philippsburg bei Karlsruhe in Baden-Württemberg, 1971 in Hamm-Uentrop in Nordrhein-Westfalen, 1972 in Biblis am Rhein mit einem zweiten großen Reaktor, in Niederbayern an der Isar, in Neckarwestheim in Baden-Württemberg und an der niedersächsischen Unterweser, gefolgt von Krümmel bei Hamburg 1974, und 1975 in Grafenrheinfeld in Bayern und im rheinland-pfälzischen Mülheim-Kärlich (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 103-104; Kirchhof, Trischler 2019: 160).

In Erwartung immer weiter steigender Stromverbräuche investierten die Energieversorgungsunternehmen (EVU) in viele neue, immer größer dimensionierte Atomkraftwerke. Diese auch von der Politik als unabdingbar unterstützte Unternehmensstrategie verstärkte sich noch einmal in der Folge der ersten Ölkrise im Herbst 1973. Nun sollten Atomkraftwerke dazu dienen, die Sicherheit der Energieversorgung zu sichern und importiertes Öl durch die als heimische Ressource gedeutete Kernkraft zu ersetzen (Meyer 2022 ‚Indispensable‘). Dass das nötige angereicherte Uran aus den USA und ab 1972 auch aus der Sowjetunion importiert werden musste (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 148) und viele Anwendungsfelder von Erdöl – wie Verkehr und Heizen – nicht so einfach ersetzbar waren, wurde dabei weitgehend ausgeblendet.

Mit dem massiven Ausbau der Kernenergie entstanden Probleme der Standortwahl, die zunehmend auch im öffentlichen und politischen Raum diskutiert wurden (Meyer 2022 ‚Indispensable‘; Der Bundeskanzler 1972: 119ff.). Standorte sollten für die Anwohner sicher und wenig beeinträchtigend sein – das implizierte Standorte, die nah genug an den Verbrauchern waren, um Energieverluste bei der Transmission zu vermeiden, die aber genügend Abstand zu dicht besiedelten städtischen Zentren aufwiesen. Damit lagen Standorte nun oft in wenig industrialisierten, ländlichen Gegenden. Dies wurde auch in Kauf genommen, weil man dort wenig Widerstand erwartete, was zunächst auch zutraf (Hasenöhr 2011: 218f.; Kaijser, Meyer 2021).

Das zweite Problem der Standortwahl betraf bei den vorherrschend projektierten Leichtwasserreaktoren die Versorgung mit Wasser, die einen Standort an einem großen Fluss oder am Meer erforderte. Diese Kernkraftwerke benötigen Wasser als Kühlmittel des Reaktordruckbehälters und als Moderator bei der Kernspaltung sowie zum anschließenden Transport des so erzeugten Wasserdampfs zum Antrieb der Turbinen der Stromgeneratoren. Dieses wurde aus Flüssen oder dem Meer entnommen und zunächst wurde das erwärmte Wasser auch sogleich wieder eingeleitet. Mit der Zunahme der Zahl von Kernkraftwerken – insbesondere am Rhein, dessen Wasser die

geplante „Perlenkette“ (Nössler, de Witt 1976: 25) Schweizer, französischer und bundesdeutscher Großkraftwerke kühlen sollte – führte dies nicht nur zu großer Besorgnis um die Auswirkungen auf den Fluss, sondern auch zu grenzüberschreitenden Konflikten (Tauer 2012; Kaijser, Meyer 2021). Solche Konflikte gab es auch bei grenznahen Standorten zwischen den Bundesländern, wie an der oberen Weser im nordrhein-westfälischen Würgassen an der Grenze mit Hessen und Niedersachsen (Schmidt 1970).

Diese Probleme wurden in verschiedenen Studien öffentlicher Auftraggeber untersucht, wie beispielsweise durch die Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz (Eckoldt, Knöpp, Liebscher 1969). Wie seit einem Fischsterben am Hudson in den frühen 1960er Jahren bereits in den USA (Walker 1989; Nelkin 1971 'Nuclear Power'; Nelkin 1971 'Scientists': 248-251) skandalisierten ab 1969/70 auf der Basis dieser Studien auch deutsche Medien und Politiker\*innen das Problem aufgeheizter Flüsse (Löbsack 1970; Radkau 1983: 397; Schmidt 1970). Gerade im Hinblick auf die Vielzahl der geplanten Kraftwerke ging die Befürchtung um, bereits 1975 würde die Belastbarkeit des Rheins erschöpft sein (Deutscher Bundestag 1971).

Mit der verbindlichen Einführung von Kühltürmen als zwar teurer und mit einigen unerwünschten Nebeneffekten wie Nebelbildung (Schmidt 1970) einhergehenden, aber funktionierenden technischen Lösung und der Entschleunigung des Bauprogramms verschwand dieses erste große Umweltproblem, das zu größerer öffentlichen Kritik an der Atomkraft führte, sich aber nicht auf Fragen der Radioaktivität bezog, im Laufe der 1970er Jahre wieder (Radkau 1983: 397f.).

### **3.1.4 Veränderte Problemwahrnehmungen und Protestformen**

Es war aber nicht allein ein praktischer „Problemdruck“ (Uekötter 2015: 139), der durch den Ausbau der Kernkraft erzeugt wurde und der für zunehmenden Protest gegen Atomenergie führte, sondern vor allem dessen zeitliche Koinzidenz mit zwei weiteren politischen und gesellschaftlichen Phänomenen, die die Problemwahrnehmung und politische und gesellschaftliche „Verankerung“ (Götter 2022) der Atomenergie beeinflussten:

Ab den frühen 1970er Jahren begann „Umwelt“ zu einem wichtigen politischen Thema in der öffentlichen Debatte zu werden (Meyer 2017: 55ff.; Lieb 2022: 24ff.). Ausgehend von den USA und internationalen Organisationen entstand auch in der Bundesrepublik mit dem Umweltprogramm von 1971 eine Umweltpolitik, die sich neben der Bekämpfung von Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm und Ressourcenverschwendung auch für den Schutz der Natur und die Sicherung der „Lebensqualität“ der Bevölkerung einsetzte (Hünemörder 2004).

Wissenschaft, internationale Organisationen und transnationaler Austausch spielten eine wichtige Rolle in der Verbreitung der neuen Problemwahrnehmungen. Die 1972 erschienene, weit rezipierte Studie des *Club of Rome* (Meadows et al. 1972; Freytag 2006),

machte auf die natürlichen und ressourcenmäßigen Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums aufmerksam und beeindruckte führende Politiker, wie SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, sehr (Lieb 2022: 27). Die im gleichen Jahr stattfindende Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm etablierte diese Ideen in der Öffentlichkeit (Hünemörder 2005). Dies veränderte auch den Blick auf die ambitionierten Kraftwerksausbauziele, die auf hohen Wachstumserwartungen basierten. Am Rande der Stockholmer Konferenz, die im Juni 1972 knapp einen Monat nach der Eröffnung des ersten schwedischen Atomkraftwerks stattfand, tauschten sich auch verschiedene Aktivisten-Gruppen, u.a. die neu gegründeten atomkritischen *Friends of the Earth* zu Umwelt-Themen aus, und verbreiteten grenzüberschreitend atomkritische Informationen und Positionen (Kirchhof, Meyer 2021 'Revealing risks': 335f.).

Diese neue Aufmerksamkeit für Probleme, die jetzt als Umweltfragen gedeutet und, wie Christian Götter (2022) es nennt, „verankert“ wurden, prägten auch die Wahrnehmung der Atomkraft. In Einwänden gegen den Bau von Atomkraftwerken ging es rasch nicht mehr nur um ästhetische Beeinträchtigungen oder Gesundheitsgefahren, sondern es wurden die Umwelt-Auswirkungen angeführt, wie radioaktive Verunreinigung von Luft und Wasser, sowie die Auswirkungen von Kühlwasser auf Fischbestände. Bereits 1970 hob ein Kritiker des Atomkraftwerks Würgassen den Widerspruch zwischen dem neuen Politikziel, dem „Reden und Schreiben über Umweltschutz“ (Schmidt 1970), und der politischen und behördlichen Unterstützung des massiven Kernkraftausbaus hervor.

Innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft entwickelten sich zudem in diesen Jahren neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung, die die zeitgenössische Sozialwissenschaft rasch unter dem Begriff der Neuen Sozialen Bewegungen zusammenfasste (Grottian, Nelles 1983; Scherer 1984; Gassert 2018: 136ff.; Rucht 2021). Anders als die klassische Arbeiterbewegung richteten diese neuen Bewegungen ihr Interesse weniger auf Fragen von Einkommensverteilung und Arbeitsbedingungen, sondern eher auf oft als postmaterialistisch gedeutete Fragen, wie in der neuen Frauen- und Umweltbewegung – auch wenn deren Anliegen stets auch materielle Implikationen hatten (Uekötter 2004; Engels 2006: 324ff.).

Statt in traditionellen Verbänden strukturierten sich diese Bewegungen in informellen Bürgerinitiativen, die staatliches Handeln vor Ort – wie den Bau von Spielplätzen – einforderten, aber auch selbst Hand anlegten, indem sie beispielsweise Kindergärten gründeten. Bürgerinitiativen forderten Fachleute aus Industrie und Wissenschaft und deren „blinde Fortschrittgläubigkeit“ (Der Spiegel 1972 ‚Hösel‘: 60) heraus. Anders als noch in den 1950er Jahren löste die Verankerung von Atomkraft mit Fortschritt nunmehr nicht mehr bei allen Bürgerinnen und Bürgern positive Assoziationen aus. Bürgerinitiativen verlangten Beteiligung an öffentlichen Entscheidungen, wie in Verkehrs- und Stadtplanung. Lokale Umweltfragen spielten bei den Bürgerinitiativen eine sehr große Rolle. Dabei nahm die Frage der lokalen Konsequenzen von Industrie und Energieversorgungsanlagen rasch eine wichtige Rolle ein (Lieb 2021). Bürgerinitiativen verfügten dabei schnell über großes Mobilisierungspotential. Am Oberrhein sammelten sie 1972 innerhalb weniger Wochen mehr als 50.000 Unterschriften gegen das bei Breisach am Kaiserstuhl geplante Atomkraftwerk (Der Spiegel 1972 ‚Hösel‘: 57).

Die Methoden des Protests beschränkten sich zunächst auf Unterschriftensammlungen, Briefe und Einsprüche an die Behörden. Einige ältere traditionell atomkritische Gruppen, wie der schon in den 1960er Jahren aktive, eugenisch motivierte Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL), nutzten auch den Rechtsweg. In seinem für die weitere rechtliche Auseinandersetzung einflussreiche „Würgassen-Urteil“ erkannte das Bundesverwaltungsgericht die Sicherheitsbedürfnisse 1972 an (Radkau 1983: 447f.; Hauff 1980 'Gerichtsentscheidungen': 99), und urteilte, dass bei der Errichtung von Kernanlagen der zum Zeitpunkt der Genehmigung herrschende „Stand der Wissenschaft“ zu berücksichtigen sei, der „nach den derzeitigen menschlichen Erkenntnissen, ausreicht, um Schäden zu verhüten“. Das Gericht stellte ebenfalls klar, wie die Förderung der Atomkraft gegenüber dem Interesse der Bevölkerung an Sicherheit zu gewichten sei: „Der Schutzzweck des Atomgesetzes [AtG, JHM] hat, obwohl er in § 1 AtG erst an zweiter Stelle genannt wird, den Vorrang vor dem Förderungszweck.“ (BVerwG, 16.03.1972 - I C 49.70: 41)

Dieses Urteil und auch bereits der Weg dorthin wurden weit rezipiert (Berens 1971). Der Rechtsweg war zuvor bereits an vielen Standorten von Anwohner\*innen beschriftet worden (Hasenöhrle 2011), und wurde nachfolgend von vielen Bürgerinitiativen als ein wichtiges Instrument in der Auseinandersetzung um Kernkraftwerke genutzt. Dies führte vor allem zu Verzögerungen von Bauprojekten, z.B. in Mülheim-Kärlich (Schirmer-Vowinkel 1995), aber auch in Brokdorf zwischen 1977 und 1982 oder in Wyhl. In letzterem Falle war die Verzögerung so langwierig, dass der Bau ganz aufgegeben wurde (Uekötter 2022: 159-162).

Die rechtliche Dimension war so bedeutend, so umfangreich und so komplex geworden, dass im Rahmen des Bürgerdialogs 1980 vom Forschungsminister (Hauff 1980 'Gerichtsentscheidungen') ein Überblick in Buchform hierzu veröffentlicht wurde, um diese Informationen allgemein zugänglich zu machen und damit Transparenz zu schaffen: Der Band umfasste und diskutierte 81 Urteile, die seit 1962 bis Ende der 1970er Jahre ergangen waren und durch Richterrecht den rechtlichen Rahmen für die Genehmigung von Kernanlagen definiert hatten, und damit auch die Bedingungen für die Bürgerinitiativen, den rechtlichen Weg des Protests zu beschreiten (Uekötter 2022: 161). Dabei ging es auch stets um die Frage der rechtlichen Partizipation, also um das umstrittene, und im Vergleich zu den USA recht restriktiv gehandhabte Klagerecht von Bürgerinitiativen als Anwälte der Betroffenen (Barschel 1977; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz 1976 ‚Wahrnehmung Rechte Betroffener‘).

### **3.1.5 Wachsende Konflikte um die Kernkraft**

1973/1974 erhöhte sich das gesellschaftliche Interesse an Atomfragen massiv und die Konflikte um die Atomkraft verschärften sich. Dies wurde auch dem BMFT deutlich, das noch unter dem Vorgänger von Hans Matthöfer, Horst Ehmke, im Februar 1973 eine groß angelegte Diskussion des Entwurfs für das 4. Atomprogramm veranstaltet hatte (BMFT 1973: 2). Im Vorfeld waren 4.500 Exemplare des Entwurfs verteilt und „auf Anforderung verschickt“ worden, was angesichts der trocken-technischen Materie erheblich war.

Es war allerdings politisches Ziel der SPD-geführten Bundesregierung und gerade des BMFT (Zeitzeugen-Interview Hauff), auf die Bürger zuzugehen und „technische Großprojekte [...] stärker daran zu messen, was sie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen beitragen“ (BMFT 1973: 1f.). Dies sollte nicht technokratisch von oben entschieden werden, sondern es sollte im Sinne von Willy Brandt mehr Demokratie gewagt werden. So macht Ehmke klar, dass in seinen Augen „Zielsetzungen öffentlichen Interesses auch die Beteiligung der kritischen Öffentlichkeit im Planungsprozeß“ erforderten. Der Minister bezeichnete die „breite öffentliche Diskussion“ über das Atomprogramm entsprechend als „ersten Schritt“ über die „Information einer begrenzten Fachöffentlichkeit“ hinaus, „dem weitere folgen müßten.“ (BMFT 1973: 2).

Dieses Versprechen der „Beteiligung“ – ein mehrdeutiger Begriff, wie unten in Kapitel 3.4 diskutiert wird, nahmen viele Bürger\*innen und Bürgerinitiativen beim Wort. Von den 85 eingegangenen Stellungnahmen stammten zwar mehr als die Hälfte von an der Forschung selbst interessierter Seite, wie Hochschulen (11), Forschungseinrichtungen (16) und Industrie (23). Allerdings gab es auch 35 Eingaben von Bürger\*innen sowie Non-Profit-Organisationen, von denen 23 von „Kernenergiegegner[n]“ stammten (BMFT 1974: 326f.). Zu denen gehörten die traditionellen Kritiker, wie der Weltbund zum Schutze des Lebens (BMFT 1974; Radkau 1980: 49f.), aber auch bereits Hartmut Gründler, dessen Hungerstreik in der Literatur (Radkau 2011: 279) gar als Auslöser des Bürgerdialogs genannt wird (siehe Kapitel 1.2).

In der Einleitung zur umfangreichen Dokumentation der Eingaben und der Debatte, die im November 1974 publiziert wurde, machten dann der 1974 neu ins Amt gekommene Forschungsminister Matthöfer und sein bereits unter Ehmke im BMFT tätige parlamentarischer Staatssekretär aus Baden-Württemberg Volker Hauff deutlich, dass sie die Einführung der Kernenergie als „Technik in der Öffentlichkeit“ (BMFT 1974: iii) zu diskutieren bereit waren, und damit fast wörtlich den Begriff „public technology“ von Trischler und Bud (2018) vorwegnahmen. Auch der Begriff „Dialog“ taucht hier schon auf, allerdings auch der Schwerpunkt auf das vorgeblich nötige Beheben von Informationslücken: „Um den erforderlichen Dialog zu fördern, wird die Bundesregierung sich verstärkt darum bemühen, durch neutrale, wissenschaftlich fundierte Argumentation zu einer besseren Information über die Vorteile und Probleme der friedlichen Nutzung der Kernenergie beizutragen.“ (BMFT 1974: iv). Dieses Ziel entspricht den Annahmen der Defizithese und impliziert eine recht niedrige Stufe der „Information“, auf der Beteiligung stattfinden soll (Arnstein 1969). Mutmaßlich habe hier aber ein Ministerium erstmals in solchem Umfang Meinungen veröffentlicht, die nicht der des eigenen Hauses entsprachen, hielten sich Matthöfer und Hauff zugute (BMFT 1974: III).

Gerade in Baden-Württemberg, wo sich CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger um die Umsetzung des ambitionierten Kernenergie-Ausbaus am Oberrhein sorgte, konzentrierten sich die Konflikte. In Wyhl hatte es schon 1973/74 vor der spektakulären Bauplatzbesetzung Zehntausende Einsprüche gegeben. Zudem war die Landesregierung im Frühjahr und Sommer 1974 auch mit einem Atommüll-Fragen in Leopoldshafen rund um das Kernforschungszentrum Karlsruhe konfrontiert (Gutting

2023: 11ff.). Eine Bürgerinitiative um den Vorsitzenden des 1972 gegründeten Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Hans-Helmuth Wüstenhagen skandalisierte im *Spiegel* (Der Spiegel 1974 ‚Atomarer Hund‘; Der Spiegel 1974 ‚Sophisterei‘) dort gemessene, erhöhte Strahlenwerte. Dies brachte die Landesregierung in Erklärungsnot, und wurde in der Folge zusammen mit einem weiteren Atommüll-Fund in Obrigheim im Bundestags-Innenausschuss im Zusammenhang mit Fragen der Sicherheit der Kernkraft diskutiert (Haenschke, Gruhl 1975 ‚BT-Drucksache 07/3298 vom 27.02.1975‘: 2).

Vor dem Hintergrund der ersten Ölkrise im Oktober 1973 gab die zunehmende Kritik am Bau von Atomkraftwerken den für die Energiepolitik Verantwortlichen Anlass zu großer Besorgnis, weil dies Energie-Versorgung und die Wirtschaft insgesamt in Gefahr zu bringen drohte. Auch dies verschärfte den Konflikt, und ließ die „Aufklärung“ über die Notwendigkeit von Kernkraft umso notwendiger erscheinen. Bei all dem spielte die – aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit resultierende – verbreitete Annahme eine Rolle, dass eine stabile Wirtschaft auch Voraussetzung für eine stabile Demokratie sei. Das gab der Frage von Energie und Wachstum zusätzliche und grundsätzlichere Bedeutung (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 67).

Im Folgenden soll näher auf Ölkrise und die Folgen für die Energiepolitik sowie auf den Konflikt um Wyhl bis zum Herbst 1974 eingegangen werden. Beides bildete die politische Basis für den Ursprung des Bürgerdialog Kernenergie aus dem Geist der „Aufklärung“ über deren „Notwendigkeit“.

### **3.1.5.1 1973-1974: Ölkrise und Energieprogramm-Fortschreibung**

Als das Bundeswirtschaftsministerium von FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs am 26. September 1973 sein erstes Energieprogramm veröffentlicht hatte (Rucht 1980: 27; Bundesregierung 1973 ‚BT-Drucksache 07/1057‘), war dies bereits wenig später Makulatur. Mit der Ölkrise vom Oktober 1973, als sich die Rohölpreise sprunghaft erhöhten und die Ölversorgung kurzfristig bedroht erschien, verstärkte sich auch das Bewusstsein für die Probleme der Versorgungssicherheit, gerade weil die Bundesrepublik, die inzwischen 55% ihres Primärenergieverbrauchs durch ganz überwiegend importiertes Mineralöl deckte; nur 5% des Verbrauchs stammten aus einheimischen Quellen (Die Bundesregierung 1974 ‚BT-Drucksache 07/2713‘: 5).

Als Reaktion auf die „Ölkrise und die durch sie ausgelösten tiefgreifenden Veränderungen an den Weltenergiemärkten“ sah die Bundesregierung (1974 ‚BT-Drucksache 07/2713‘: 3) bereits im Oktober 1974 die „Notwendigkeit“ gegeben, eine Fortschreibung des Energieprogramms vorzunehmen. Neben der Einsparung von Energie als kurzfristige Maßnahme setzte die Bundesregierung auf einen Ausbau der „kostengünstigen Kernenergie“ (Bundesregierung 1974 ‚BT-Drucksache 07/2713‘: 5). Die 1973 festgelegten Ausbauziele von 18.000 MW 1980 sollten auf 20.000 MW erhöht werden und für 1985 von 40.000 auf 45.000 MW, idealerweise sogar 50.000 MW, d.h. 45 % der Stromerzeugung. Die Bundesregierung verwies dabei auch auf ähnliche Ziele anderer „Industrieländer“ wie Frankreich (Bundesregierung 1974 ‚BT-Drucksache 07/2713‘: 10),

und mahnte die Länder und die Industrie und „alle Beteiligten“, hieran mitzuwirken, um eine Energielücke zu vermeiden: „Falls die geplante Größenordnung der Kernenergiekapazität nicht erreicht würde, wären schwerwiegende Folgen für die Energieversorgung unvermeidlich.“ (Bundesregierung 1974, BT-Drucksache 07/2713: 15).

Um diese Politik tatsächlich verwirklichen zu können, sah das Programm u.a. vor, Planungen durch Standardisierung von Anlagen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, angesichts einer zunehmenden Zahl von Anlagen die Sicherheitstechnik zu verbessern, für Wiederaufarbeitungskapazitäten und sichere Endlagerung zu sorgen, die Sicherheit von Kraftwerken vor Fremdeinwirkungen zu erhöhen, und bei „der Raumordnung [...] die notwendigen Standorte genügend langfristig und rechtzeitig einzuplanen“ (Bundesregierung 1974, BT-Drucksache 07/2713: 15'). Dies sollte die oben diskutierten Probleme der Standortwahl reduzieren.

Neben diesen Punkten sah das Energieprogramm ebenfalls staatliche Öffentlichkeits- und Informationsarbeit vor, deren Notwendigkeit ja, wie oben erwähnt, bereits 1972 im mit Reaktorsicherheit beschäftigten Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft diskutiert worden war (Möller 2009: 332). Diese sollte ebenfalls dazu beitragen, die Ausbauziele abzusichern. Dieser Forderung nach Information der Öffentlichkeit lag ganz offenbar das zugrunde, was in der Literatur als Defizitthese (siehe Kapitel 3.1.1.1) charakterisiert wurde. „Außerdem wird die Bundesregierung die Öffentlichkeit verstärkt über den bei deutschen Kernkraftwerken international anerkannten hohen Standard an Sicherheit, über die Umweltbeeinflussung und über die energiepolitische Notwendigkeit der Kernenergienutzung informieren. Diese Aktivitäten sollen ein besseres Verständnis für die Nutzung der Kernenergie fördern und dazu beitragen, Schwierigkeiten in den Genehmigungsverfahren zu beseitigen, die auf unbegründete Befürchtungen zurückzuführen sind.“ (Bundesregierung 1974, BT-Drucksache 07/2713': 15)

Auf diese Passage der gerade verabschiedeten Fortschreibung des Energieprogramms bezog sich Ministerpräsident Filbinger in seiner Forderung im Oktober und November 1974. Die baden-württembergische Landesregierung sah sich in den Jahren 1973-1974 mit verschiedenen, im Hinblick auf die angestrebte Entwicklung der Kernenergie unangenehmen Situationen konfrontiert, vor allem aber am Oberrhein.

### **3.1.5.2 Wyhl – Eskalation des Konflikts bis 1974**

Der Konflikt um das geplante Kernkraftwerk Wyhl am Kaiserstuhl erreichte eigentlich erst mit der im Februar 1975 beginnenden, zehnmonatigen Bauplatzbesetzung seinen Höhepunkt (Gaumer 2021). Diese Ereignisse markierten gleichzeitig auch den Beginn einer das ganze Land erfassenden und sich vernetzenden Anti-Atomkraftbewegung. Sowohl in den Augen der Befürworter\*innen (Krug 1998: 132) als auch der Kritiker\*innen der Atomkraft steht Wyhl für einen Wendepunkt und gilt in der Rückschau sogar als deutscher Erinnerungsort (Rusinek 2001).

Eine Vielzahl von Publikationen beschäftigte sich seit 1975 mit Wyhl. Die ersten stammten von zeitgenössischen Aktivist\*innen wie dem Vorsitzenden des 1972 gegründeten

Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Hans-Helmuth Wüstenhagen (1975 ‚Bürger; 1975 ‚Bürgerinitiativen‘) und deren Sympathisant\*innen (Gladitz 1976; Nössler, de Witt 1976) und in den Folgejahren von zeitgenössischen Sozialwissenschaftler\*innen (Sternstein 1977; Rucht 1980; Kitschelt 1980: 228ff.) – deren Distanz zum Gegenstand nicht immer klar war (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 122). Erst ungefähr seit der Jahrtausendwende widmete sich auch die Geschichtswissenschaft den Ereignissen um Wyhl und deren Folgen – in ganz unterschiedlichen Perspektiven (Engels 2006: 350ff.; Tauer 2012; Meyer 2014; Tompkins 2016; Milder 2017 ‚Wyhl; Augustine 2018 ‚Wyhl‘: 93ff.; Pohl 2019; Presas I Puig, Meyer 2021; Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 107ff.). Hier richtete sich das Interesse vor allem auf die transnationale Dimension, die Übernahme der Bauplatzbesetzung als Protestinstrument aus Frankreich, aber auch Fragen von Demokratie. Der Zusammenhang mit der Entstehung des Bürgerdialog Kernenergie wurden bisher aber selten ausführlicher diskutiert.

Die spektakuläre Bauplatzbesetzung hatte aber eine längere Vorgeschichte: Bereits die Entwicklungen bis zum Herbst 1974 – als Filbinger sich an die Bundesregierung wandte – zeugten von einer bisher nie dagewesenen Eskalation des Konflikts v.a. in Baden-Württemberg. In der badischen Landeshälfte nahmen die protestierenden Bewohner\*innen die Oberrhein-Region zunehmend grenzüberschreitend als eine einzige wahr – als „Dreieckland“ zwischen der Bundesrepublik, der Schweiz und dem französischen Elsass (Tompkins 2016), und verwendeten dies auch als Abgrenzungsstrategie zur Landesregierung im württembergischen Stuttgart (Meyer 2021: 13).

Der Konflikt hatte auf der französischen Rheinseite begonnen, wo in Fessenheim das erste französische Kernkraftwerk errichtet wurde. Dort gab es bereits im April 1971 eine erste europäische Demonstration gegen Atomkraftwerke, an der Protestierende nicht nur aus Frankreich, sondern auch aus der Bundesrepublik und der Schweiz teilnahmen, und im Dezember 1971 ein internationales Anti-Atom-Treffen in Straßburg (Radkau 1983: 451). Bereits im Mai 1972 fand eine weitere, diesmal größere Demonstration in Fessenheim mit 6.000 Teilnehmer\*innen statt (Kitschelt 1980: 235). Im selben Jahr entwickelte sich mit dem „Internationalen Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen“ eine Dachorganisation, die die Proteste vernetzte und für Informationsaustausch sorgte.

Als der Energieversorger Badenwerk auf der Baden-Württembergischen Rheinseite in Breisach am Kaiserstuhl ebenfalls ein Kernkraftwerk plante, sammelten 1972 Bürgerinitiativen binnen kurzer Zeit 65.000 Unterschriften gegen das Projekt (Kitschelt 1980: 199), was bundesweit Beachtung fand (Der Spiegel 1972 ‚Hösel‘). Das Kernkraftwerk mit den geplanten Kühltürmen und den befürchteten Nebelschwaden wurde als Gefahr für den lokalen Weinbau und als Vorbereitung für eine massive Industrialisierung des Oberrheingebiets gesehen und daher von vielen Winzer\*innen und Landwirt\*innen aus der lokalen Bevölkerung abgelehnt (Wüstenhagen 1975 ‚Bürger‘: 21).

Der gesetzlich vorgeschriebene Erörterungstermin über das Kraftwerk in Breisach war von heftigen Protesten begleitet und der Forderung nach Offenlegung aller relevanten Informationen. Der Termin wurde vom baden-württembergischen Wirtschaftsminister schließlich vorzeitig abgebrochen; er versprach schließlich die „Veröffentlichung der meteorologischen und klimatologischen Gutachten“. Nach dieser Erfahrung und regierungsinternen Widerständen entschied die Landesregierung im Sommer 1973, den Standort 20 km flussabwärts nach Wyhl zu verlegen. Dort war man nicht unvorbereitet, denn bereits seit 1971 hatte es den Verdacht gegeben, als Standort in Betracht gezogen zu werden (Rucht 1980: 82). So bildeten sich auch dort rasch Bürgerinitiativen und es wurden 1974 sogar über 90.000 Protestunterschriften gesammelt (Kitschelt 1980: 199). Im Sommer 1974 machten – ähnlich wie bereits im September 1973 (Wüstenhagen 1975 ‚Bürger‘: 21) – Protestierende symbolträchtig ihre lokale Verwurzelung mit Traktoren auf einer Demonstration deutlich, sowie im August mit einem Marsch von mehr als 2000 Demonstrierenden aus allen Teilen der grenzüberschreitenden Region zum Bauplatz in Wyhl (Rucht 1980: 83).

Auch bei den Erörterungsterminen in Wyhl ging es vor allem um die Veröffentlichung von Gutachten, also Fragen von Öffentlichkeit, Transparenz, die das gegenseitige Vertrauen zwischen Staat und Bürger\*innen in Frage stellten und in der Konsequenz beschädigten. So endete der erste Termin am 9. und 10.7.1974 mit dem Auszug der Einwender\*innen, als diese den Eindruck gewannen, kein Gehör zu finden (Kitschelt 1980: 237). Ähnlich tumultreich waren im November 1974 auch die atomrechtlichen Erörterungstermine um das schleswig-holsteinische Brokdorf, so dass die bundesweite Bedeutung des zunehmenden Problems der Ablehnung neuer Kernkraftwerke auch für die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer auf der Hand lag (Kitschelt 1980: 237).

Vor diesem Hintergrund stieg die Sorge der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung, den geplanten Ausbau der Atomenergie nicht umsetzen zu können: Dies führte dazu, dass im November 1974 Ministerpräsident Filbinger die Bundesregierung aufforderte, das Versprechen aus dem Energieprogramm, die Aktivitäten zur Information der Öffentlichkeit zu verstärken, auch einzulösen. Dies war dann schließlich der Auslöser für den Bürgerdialog Kernenergie – wie in Kapitel 4 ausführlicher dargestellt.

### **3.1.6 Der Atomkonflikt und die Entsorgungsfrage während der Zeit des Bürgerdialog Kernenergie**

Der Bürgerdialog Kernenergie fand in den späten 1970er Jahren und frühen 1980er Jahren vor dem Hintergrund eines sich weiter verschärfenden Konflikts um die Atomkraft statt, in dem auch die Frage der Entsorgung zunehmend diskutiert wurde. Dieser Abschnitt versucht die wichtigsten Ereignisse und Konflikte zu skizzieren und gibt einen Überblick über die Entwicklungen in vier Bereichen: Regierungs- und Energiepolitik, Demonstrationen und Protest, Internationalen Informationskampagnen, die teils als Vorbild dienten, und der Frage der Entsorgung.

### 3.1.6.1 Regierungs- und Energiepolitik

Der Bürgerdialog Kernenergie fiel vollständig in die Zeit der sozialliberalen Koalition unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts. Dieser pflegte im Gegensatz zu seinem Vorgänger Willy Brandt einen eher pragmatischen Politikstil. Politisch sozialisiert in der SPD der 1950er Jahre, war er ein dezidierter Befürworter der Atomkraft. Dennoch wirkten Brandts Ideen, die Demokratie durch Partizipation zu stärken und die Gesellschaft zu modernisieren, durch führende SPD-Politiker wie Matthöfer und Hauff fort (Zeitzeugen-Interview Hauff). Nicht zuletzt blieb Brandt weiter als SPD-Vorsitzender eine normative und politisch einflussreiche Instanz innerhalb der Partei (Lieb 2022, Zeitzeugengespräch Hauff).

Schmidts Kanzlerschaft war stark beeinflusst durch die neuen wirtschaftlichen Bedingungen der Zeit „nach dem Boom“ (Doering-Manteuffel, Raphael 2012). Die erste Ölkrise vom Herbst 1973 führte seit langem wieder zu nennenswerter Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Zukunftssorgen. Die Bundesrepublik war sehr von importiertem Öl abhängig. Die Energie-Versorgungssicherheit schien gefährdet. Stark gestiegene Energiekosten erhöhten die Produktionskosten für die Industrie massiv und schwächten die Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kam die Sorge um die gestiegene Inflation (Lieb 2022: 45). All das begünstigte das Argument, die Atomkraft als „Ersatz für das Öl der Araber?“ auszubauen, wie es der Spiegel (1973) immerhin als Frage formulierte.

Die starke Rolle der Gewerkschaften innerhalb der SPD und der Einfluss der Industrieverbände sorgten dafür, dass die bereits Anfang der 1970er Jahre federführend durch das FDP-geführte Innenministerium vorangetriebene, aber zunächst auch von DGB und SPD unter dem Stichwort der „Qualität des Lebens“ (Brandt 1972) geförderte Umweltpolitik schon 1975 kritisch hinterfragt wurde und es Forderungen gab, sie mit Rücksicht auf Wirtschaft und Arbeitsplätze abzubremsen. Eine weitere Belastung der Industrie – z.B. durch strengere Emissionsrichtlinien – erschien der Bundesregierung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme und steigender Arbeitslosigkeit nicht zu rechtfertigen. Die Umweltklausur auf Schloss Gymnich bei Bonn im Juli 1975 markierte diesen Prioritätenwechsel (Lieb 2022: 38-42).

Dies beeinflusste Energiepolitik. Gerade Industrie und Gewerkschaften unterstützten die Bundesregierung dabei, am Ausbau der Kernenergie festhalten zu wollen. Gerade Matthöfer, der in den Gewerkschaften sozialisiert war (Abelshauer 2009), vertrat die wirtschaftlichen Argumente für die Atomkraft zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand und begriff es als Verantwortung der Politik, für Wachstum und Arbeit zu sorgen. Dies entsprach auch der „Verankerung“ (Götter 2022), also der Assoziation der Atomkraft mit Fortschritt und Prosperität seit den 1950er Jahren.

Andererseits spaltete sich die Regierungspartei SPD im Laufe der 1970er Jahre zunehmend über die Atomfrage. Schmidt und gewerkschaftsnahe SPD-Politiker\*innen befürworteten den weiteren Ausbau der Atomkraft, um Wachstum und Arbeitsplätze sowie Wohlstand zu sichern. Auch aus diesem Grund – und trotz Bedenken wegen des Proliferationsrisikos – förderte die Bundesregierung den Export von Atomtechnik massiv und unterhielt zum Thema sogar einen Arbeitskreis im Kanzleramt, von dem die Bürgerinitiativen ausgeschlossen waren (Romberg 2020). Dagegen wurden in

verschiedenen Landesverbänden, in denen es umstrittene Kernkraftprojekte gab und die SPD in der Opposition war, wie in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und vor allem Baden-Württemberg, Forderungen nach Moratorien und einem Abbremsen, wenn nicht gar dem Stopp des Atomausbaus, laut. Für die kritische Position stand der baden-württembergische SPD-Politiker Erhard Eppler, aber auch gerade aus den Reihen der Jusos mehrten sich die kritischen Stimmen, und die Forderung, auf die Protestierenden und die Betroffenen zuzugehen und im Sinne eines Dialogs den Austausch zu suchen. Aus der baden-württembergischen SPD stammte auch der Antrag auf dem Mannheimer Parteitag im Dezember 1975, den Lieb (2022: 45f.) und Altenburg (2010: 84), als Ursprung des Bürgerdialog Kernenergie werteten. Der Antrag bezog sich tatsächlich auf die Notwendigkeit, die Diskussion mit der Öffentlichkeit angesichts des „Widerstand[s] der jeweils betroffenen Bevölkerung gegen Kernkraftwerke“ zu suchen: „Wenn das Gespräch mit diesen Bürgern versachlicht werden soll, gelingt das nur, wenn das Pro und Kontra mit den Bürgern nüchtern und rechtzeitig ausgebreitet, diskutiert und gewertet wird...“ (Landesverband Baden-Württemberg 1977: 1265). Aber erst der Hamburger SPD-Parteitag 1977 sprach unter affirmativem Rückbezug auf die Mannheimer Beschlüsse explizit vom „Dialog mit dem Bürger“: „Die SPD hat auf der Grundlage der Beschlüsse des Mannheimer Parteitages die energiepolitische Diskussion fortgeführt. Sie wird auch weiterhin das umfassende Gespräch mit allen interessierten und engagierten Bürgern suchen und die unterschiedlichen Argumente der Experten gründlich abwägen.“ (SPD 1977).

Zur damaligen Zeit, noch bevor die Waldsterbens- und Klimawandel-Debatten in den 1980er Jahren die ökologischen Probleme der Kohleverbrennung in der Bundesrepublik verstärkt ins öffentliche Bewusstsein rückten, befürworteten viele innerhalb der SPD als Alternative zur umstrittenen Kernkraft einen verstärkter Rückgriff auf die einheimische Kohle, eine Forderung, für die sich auch die Montangewerkschaften gewinnen lassen konnten. Die Debatte verdichtete sich auf die Frage, vor dem weiteren Ausbau zunächst die Entsorgung des Atommülls sicherzustellen (Lieb 2022: 43-51).

Aus der Erfahrung der Wahlen in Schweden 1976 (Kaijser 2019), bei der die Sozialdemokraten für ihre Pro-Atom-Haltung abgestraft wurden, hielten die Parteien das Thema aus dem Wahlkampf heraus. Die sozialliberale Koalition von Kanzler Schmidt wurde entsprechend 1976 und in einem harten Lagerwahlkampf gegen den ehemaligen ersten Atomminister Strauß 1980 noch einmal im Amt bestätigt. Die neue atomkritische Grüne Partei, die sich erstmals an der Bundestagswahl beteiligte, scheiterte 1980 an der Fünf-Prozent-Hürde (Tallert 1980; Mende 2011).

Das Jahr 1977 markierte nicht nur den Höhepunkt der Proteste gegen Atomkraft (siehe Kapitel 3.1.5.2.) dar und der Aktivitäten des Bürgerdialog Kernenergie (s.u.), sondern auch eine krisenhafte Zuspitzung von Konflikt und Gewalt in der Gesellschaft. Der zunehmend als politisch links wahrgenommene Anti-Atom-Protest fand vor dem Hintergrund einer neuen Welle terroristischer Attentate der Roten Armee Fraktion statt, dem sogenannten „Deutschen Herbst“ (Sarasin 2021). Dies verschärfte den Konflikt von beiden Seiten: Es waren nicht nur Konservative, die den Atomkraftgegnern Sympathien für den RAF-Terrorismus und Gewalt gegen den Staat unterstellten (Rammstedt 1978: 77). Die polizeilichen Maßnahmen zwecks innerer Sicherheit gegen den Terrorismus

erschiedenen linken Kritiker\*innen als Beispiel für die Potentiale des sogenannten „Atomstaats“ (Jungk 1977). Jungks in diesem Jahr erscheinendes Buch verbreitete diese Interpretation. All das löste in Gesellschaft und Anti-Atom-Bewegung eine verstärkte, (selbst-)kritische Reflexion über Gewalt aus (Tompkins 2016: 147-195; Rammstedt 1978).

Die Zweite Ölkrise 1979 nach dem Sturz des Schahs im Iran im Januar des Jahres verschärfte noch einmal die wirtschaftliche Situation, erhöhte die Energiepreise und Inflation und führte zu einem weiteren Schub in der Arbeitslosigkeit (Bösch 2019: 18-60). Auch die Lage der öffentlichen Finanzen verschlechterte sich – was mit zur Kürzung des Etats für den Bürgerdialog beigetragen haben mag.

Dass dies nicht zu einer Renaissance der Atomkraft führte, hatte mit einem Ereignis in den USA zu tun. Ende März 1979 führte der Atom-Unfall von *Three Mile Island* bei Harrisburg die Sicherheitsprobleme und Unfallrisiken, die von den Befürwortern der Kernkraft als unrealistisches, infinitesimal kleines Restrisiko abgetan worden war, als real existent vor Augen. Dies stärkte den Atomprotest, der sich 1979 v.a. gegen Gorleben richtete (s.u.) (Bösch 2019: 333-362).

Gleichzeitig führte die Energiekrise dazu, dass die auch im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie diskutierten Energie-Einsparungen und die Entwicklung neuer Technologien wie Wärmepumpen einen neuen Schub erhielten (Bösch 2019: 320-326). Die deutsche Kraftwerksindustrie blieb der noch in den Kinderschuhen steckenden Windkraft und Sonnenenergie gegenüber skeptisch. Die Windkraftentwicklung fand eher in Dänemark statt (Heymann 1995). Nicht zuletzt unter Einfluss der Gewerkschaften und der SPD blieb die Bundesrepublik der Kohle verhaftet – trotz der zunehmend öffentlich thematisierten Probleme von Luftverschmutzung und Waldsterben (Metzger 2015). Sogar an die Zeit der nationalsozialistischen Autarkiepolitik erinnernde Projekte wie die Kohleverflüssigung wurden politisch wiederbelebt (Bösch 2019: 326-329).

Mit dem Einmarsch sowjetischer Streitkräfte in Afghanistan und der Verschärfung des Ost-West-Konflikts, auch durch den – von Helmut Schmidt maßgeblich vorangetriebenen, aber in seiner Partei höchst umstrittenen NATO-Doppelbeschluss verschob sich die öffentliche Auseinandersetzung – und der Protest – an der Wende zu den 1980er Jahren hin zur Frage von Atomwaffen und Nachrüstung. Die „Friedensbewegung“ nahm viele der Aktivistinnen des Anti-Atom-Protests der 1970er Jahre in ihre Reihen auf (Bösch 2019: 255-262). Damit verschwand die Debatte um die Atomenergie zwar nicht, wurde aber weniger prominent (Becker-Schaum u.a. 2016).

Neben den wirtschaftlichen Problemen in der Folge der zweiten Ölkrise, und den zunehmend zwischen den Regierungsparteien divergierenden wirtschaftspolitischen Antworten darauf, war es vor allem die Frage der Nachrüstung, die die sozialliberale Regierung in den frühen 1980er Jahren lähmte und 1982 schließlich zu ihrem Ende führte. Zu dieser Zeit war Bürgerdialog Kernenergie nur noch auf die Region Gorleben beschränkt.

### 3.1.6.2 Demonstrationen, Platzbesetzungen und Proteste

In den Jahren 1975-1977, als der Bürgerdialog Kernenergie begann, gab es große Demonstrationen und öffentliche Proteste an verschiedenen Standorten von geplanten Kernkraftwerken überall in der Bundesrepublik. Vorbild für viele diese Proteste, so auch in Brokdorf und Grohnde war die Besetzung des Bauplatzes des geplanten Kernkraftwerks Wyhl von Februar bis November 1975. Diese Protestform griff wiederum auf französische Vorbilder zurück (Tompkins 2016). Bundesweit verbreitete Fernsehbilder vom ruppigen Vorgehen der Polizei auch gegenüber Älteren und der lokalen Bevölkerung stärkten die Sympathien mit dem Protest auch anderorts (Milder 2017; Pohl 2019).

Auf dem besetzten Platz fanden sich Einheimische, aber auch Alternative und Studierende aus Freiburg und aus linken Gruppen. Gemeinsam bauten sie mit der Volkshochschule Wyhler Wald auf dem Gelände ihre ganz eigene Einrichtung auf, um sich zu informieren und Fragen der Risiken von Kernkraft und Entsorgung zu diskutieren (Mutz 2005). Nach Wyhl kamen auch Politiker wie CDU-Fraktionschef Lothar Späth und der SPD-Landesvorsitzende Erhard Eppler (Der Spiegel 1975 ‚Waldeslust‘). Letzterer wurde zu einem wichtigen innerparteilichen Kritiker der Atomkraft (Lieb 2022: 43).

In der Literatur findet sich immer wieder der Hinweis, der Bürgerdialog sei als Reaktion auf den Hungerstreik von Hartmut Gründler in Wyhl angekündigt worden (Radkau 2011: 279; Abelshauser 2009). Hier lohnt ein genauerer Blick, denn zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung hierfür bereits gefallen (siehe Kapitel 4). Trotzdem gab es einen Bezug zu Wyhl.

Bereits im Frühjahr 1975, auf der Reaktortagung in Nürnberg am 6. März ((Matthöfer 1975 ‚Vertrauensvoller Dialog‘: 25), hatte Forschungsminister Hans Matthöfer als Reaktion auf Wyhl bereits einen „vertrauensvollen Dialog“ mit den Bürgerinitiativen angekündigt (dpa 1975). Mit einem Hungerstreik in Wyhl wollte der Tübinger Lehrer Hartmut Gründler (Meyer 2023 ‚Fanal‘) Matthöfer auf dieses Versprechen festlegen, gerade im Hinblick auf andere öffentliche Äußerungen Matthöfers, die eher in Richtung einer „Durchsetzung des Atomprogramms“ deuteten (Leinen 1975).

Der Hungerstreik erzeugte starkes mediales Echo. So machte der Spiegel in seiner Titelgeschichte vom 20.7.1975 über den Protest in Wyhl damit auf: Gründler hungere „seit drei Wochen, weil er will, dass der Bonner Forschungsminister die volle Wahrheit über Atomkraftwerke in einer Wanderschau unters Volk bringt“ (Der Spiegel 1975 ‚Waldeslust‘).

Die Protestierenden nutzten diese Aufmerksamkeit und trugen auf Initiative der atomkritischen Jungen Europäischen Föderalisten (Meyer 2014) den Anti-Atom-Protest nach Bonn und erhielten eine Gelegenheit zu einem ersten Gespräch mit Minister Matthöfer. Daraufhin brach Gründler den Hungerstreik ab und nahm an den Gesprächen in Bonn teil (Zeitzeugengespräch Leinen; Leinen 1975). Matthöfer stellte das Gespräch am 22. Juli 1975 mit den Bürgerinitiativen als Beginn eines zu dem Zeitpunkt noch recht undefinierten, aber mit einer Finanzierung von DM 800.000 für das Jahr 1975 versehenen

„‘Dialog[s]’ mit der Bevölkerung“ (siehe Kapitel 4), was verschiedene Zeitungen entsprechend präsentierten und diskutierten (Hofmann 1975; KLU 1975).

Gründler hatte sich bereits vor dem und während dieses Hungerstreiks mit einer Vielzahl von (offenen) Briefen an Matthöfer, Bundeskanzler Schmidt und andere Minister (Gründler 1975 ‘An Hans Matthöfer, 27.05.1975.’; Gründler 1975 ‘an Herrn Bundeskanzler Helmut Schmidt 20.7.’) gewandt und setzte dies bis zu seinem Tod 1977 fort.

Dabei bezog er sich auf den von Matthöfer angekündigten „vertrauensvolle[n] Dialog“ und die „Informationspolitik der Bundesregierung in der Atomfrage“ insgesamt, beispielsweise die Ankündigung eines „Kernenergie-Dialog“ in Anzeigen im September 1975 (Gründler 1975 ‘Ab 10.11. 1975 erneuter Hungerstreik’).

Die Kritik basierte auf den sehr unterschiedlichen Verständnissen von „Dialog“. Gründler kritisierte den von Matthöfer vorgeschlagenen „Dialog“ scharf wegen seiner „abstrakten wie unverbindlichen Form“, gerade weil er in seinen Augen keine politische Veränderung, sondern nur Diskussion umfasste. Matthöfers wandte ein: „In der Demokratie bestimmt die Mehrheit, was gemacht wird. Sie sind eine Minderheit. Verschaffen Sie sich eine Mehrheit - dann ändern wir die Energiepolitik.“ Dies ließ Gründler nicht gelten, und verlangte ein Moratorium für die Zeit des Dialogs. Im „vertrauensvollen Dialog“, so Gründler, zählten „Argumente“, und „Entscheidungen [müssten] vorerst zurückgestellt werden“. In Gründlers Verständnis von Dialog musste dieser eben auch zur Beeinflussung von Entscheidungen führen, während Matthöfer Dialog und politische Entscheidung voneinander trennte (Gründler 1975 ‘Ab 10.11. 1975 erneuter Hungerstreik’).

Gründlers fortwährender und fordernder Protest mit zahllosen, eng bedruckten Briefen an führende Politiker wie Schmidt und Matthöfer und diversen Flugschriften war sicher der radikalste und persistenteste in dieser Zeit. Sieforderte auch die Organisator\*innen des Bürgerdialog heraus (Zeitzeugen-Interview Lang). Gründler, den der Spiegel schon 1975 als „missionarisch glühend“ (Der Spiegel 1975 ‚Waldeslust‘) und Abelshauer (2009: 345) in der Rückschau als „nicht dialogfähig“ bezeichnete, hielt in der Folge weitere Hungerstreiks (Gründler 1975 ‘Ab 10.11.1975 Erneuter Hungerstreik’), kettete sich an eine Kirche in Stuttgart und den Kölner Dom an, und verübte im November 1977 am Rande des Hamburger SPD-Parteitags öffentlich Selbstmord durch Selbstverbrennung, einer besonders grausamen Form des Protests (Hädecke 1979; Hübler, Westermann 1997; Meyer 2023).

Die größte Protestwelle, die dann auch mit gewalttätigen Auseinandersetzungen verbunden war, begann im Herbst 1976. Mit der Sicherung des Baugeländes für das Kernkraftwerk Brokdorf an der Niederelbe, noch bevor es überhaupt zu Protesten kam, wollte die schleswig-holsteinische Landesregierung von CDU-Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg ein Szenario wie in Wyhl verhindern. Dies stieß aber nicht nur bei den Atomkraftgegnern, sondern auch in der Landes-SPD und im Kanzleramt auf harte Kritik. Der festungsartige Ausbau des Bauplatzes und der robuste Polizeieinsatz auf den nachfolgenden Demonstrationen im Oktober und November 1976 (Augustine 2018) seien kontraproduktiv gewesen, denn dies habe zum „Aufbrechen der bisherigen Akzeptanz für die Kernenergie“ geführt, so das Kanzleramt (Lieb 2022: 47).

Im Jahr 1977, das mit den terroristischen Attentaten des „Deutschen Herbst“ ohnehin gewaltüberschattet war und die staatlichen Institutionen herausforderte (Sarasin 2021), erreichte die Protestwelle mit großen Demonstrationen an Bauplätzen ihren Höhepunkt. In Grohnde, Brokdorf, im französischen Malville – wo ein Demonstrant durch die Polizei zu Tode kam – und in Kalkar, an der Baustelle des Schnellen Brütters, gab es konfliktreiche, teils gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstrierenden (Kühn 2007, Kirchhof, Meyer 2021)

Die Protestbewegung war dabei europäisch grenzüberschreitend. Wie bereits in Wyhl unterstützten sich Anti-Atomgruppen. Während in Malville deutsche, Schweizer und Italienische Protestierende beteiligt waren, war der Protest gegen Kalkar ursprünglich von der niederländischen Seite ausgegangen (Tompkins 2016; Kirchhof, Meyer 2021). Der europäischen Dimension des Konflikts, insbesondere den Konfliktlinien in den verschiedenen europäischen Ländern im Vergleich, war auch einer der Bände der im Rahmen des Bürgerdialog veröffentlichten Schriftenreihe Argumente in der Energiediskussion gewidmet (Hauff 1979 ‚Energiediskussion in Europa‘). Den Band „Energiediskussion in Europa. Berichte und Dokumente über die Haltung der Regierungen, Parteien und Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft zur Kernenergie“ hatte der atomkritische Berliner Konfliktforscher Lutz Mez für diese Reihe erarbeitet und zusammengestellt.

Auch vor dem Hintergrund der Einsicht, dass solche Großdemonstrationen nicht erfolgreich darin waren, den Bau von Kernanlagen zu verhindern, verlegte sich der Protest nach der Ankündigung von Gorleben als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage 1977 auf andere Mittel. So entwickelte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1979) den auf dänischen und französischen Vorbildern basierenden Gorleben-Treck nach Hannover als Protest gegen das dortige, von der Landesregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht veranstaltete Experten-Hearing unter Vorsitz von Carl-Friedrich von Weizsäcker. Als dies im März 1979 mit dem Atomunfall in Harrisburg zusammenfiel, sorgte das für hohe Resonanz und Solidarisierung. Alles zusammen führte dazu, dass die Landesregierung das geplante Integrierte Entsorgungszentrum inklusive einer Wiederaufbereitungsanlage aufgab und nur noch ein Endlager für Gorleben vorsah. Dieser Erfolg aus ihrer Sicht stärkte die Opposition in Gorleben und Umgebung, wie unten im Kapitel zu Gorleben näher erläutert (Schmiechen-Ackermann, Hagemann, Hellwig 2020).

Zwar gab es auch 1982 noch einmal sehr konfliktreiche Demonstrationen gegen Brokdorf (Schramm 2013), aber gleichzeitig nahm die Auseinandersetzung um die Atomkraft ab, in dem Maße, wie sich seit 1979 die Debatte auf den NATO-Doppelbeschluss und die Frage der Atomrüstung verschob (Bösch 2019, 2020).

### **3.1.6.3 Internationale Vorbilder für den Bürgerdialog Kernenergie**

Der Bürgerdialog Kernenergie war nicht der einzige derartige Versuch in den 1970er Jahren in Europa, Bürger\*innen über Atomtechnik zu informieren, eine gesellschaftliche Debatte über die Atomkraft anzustoßen oder aber durch Informationskampagnen von

den Vorteilen der Atomkraft zu überzeugen. All diese Ziele standen nicht nur beim bundesdeutschen Bürgerdialog nebeneinander – und hatten für die verschiedenen beteiligten Akteure unterschiedliche Bedeutung – sondern auch bei Informationskampagnen in anderen europäischen, sozialdemokratisch regierten Ländern.

Der bundesdeutsche Bürgerdialog rekurrierte vor allem auf schwedische und teils auf österreichische Vorbilder (Altenburg 2010: 62-63). Hauff als Staatssekretär im BMFT hatte Informationsreisen nach Schweden und Österreich unternommen, um sich vor Ort zu informieren (Zeitzeugengespräch Hauff). In der Folge gab er auch eine zusammenfassende Schrift über das „Schwedische Modell“ auf Deutsch heraus (Hauff 1977 ‚Das schwedische Modell‘). Diese basierte auf einer englischsprachigen Broschüre der schwedischen Sozialdemokraten über die schwedische Informationskampagne (Thunell, Liljegren 1975). Sozialdemokratische Parteinetzwerke spielten eine Rolle für diese Übernahmen. Schließlich regierten in allen drei Ländern Sozialdemokraten und zwischen Olof Palme, Bruno Kreisky und Willy Brandt gab es eine enge Verbundenheit, die bis in die Zeit der Emigration zurückreichte (Salm 2016).

In Schweden war im Mai 1972 kurz vor der UN-Umweltkonferenz ein erster Reaktor eingeweiht worden. Gleichzeitig begann eine zunehmende Kontroverse um die Atomkraft, die vom prominenten Physiker und Nobelpreisträger Hannes Alfvén angeführt wurde (Kaijser 2019), durch die Präsenz internationaler Anti-Atom-Organisationen auf der UN-Umweltkonferenz zusätzlich gefördert (Kirchhof, Meyer 2021). 1974 schloss die Regierung, nicht zuletzt als Reaktion auf Umfragen, nach denen die Hälfte der Befragten neue Kernkraftwerke ablehnten, dass sie die Bevölkerung stärker in die Entscheidungen über die Atomkraft einbeziehen müsste. Daraufhin begann sie 1974 ein großangelegtes „Experiment“ politischer Information („public Edukation“) und Konsultation (Nelkin, Pollak 1977 ‚Participation and the Nuclear Debate‘: 342).

Dazu nutzte sie die bereits seit dem 19. Jahrhundert existierenden Studienkreise, die die politischen Parteien, sowie die gesellschaftlichen Großorganisationen wie Gewerkschaften, religiöse Organisationen oder die in Schweden sehr einflussreiche Abstinenz-Bewegung unterhielten. Diese Organisationen erhielten Geld vom Erziehungs- und Industrie-Ministerium, um Diskussions-Treffen zu Fragen von Energie und Kernkraft durchzuführen. Diese Seminare umfassten 10-15 Menschen und dauerten mindestens 10 Stunden. Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei führten die meisten hiervon durch. Alle Verbände zusammen organisierten mehrere Tausend solcher Studienkreise. An diesen nahmen insgesamt etwa 80.000 Menschen teil. Die Maßnahme kostete 650.000 US\$ in damaliger Währung (Nelkin, Pollak 1977 ‚Participation and the Nuclear Debate‘: 342-343).

Ziel war es, energiepolitische Fragen, darunter Fragen von Energiebedarf, den Vor- und Nachteilen verschiedener Energieformen und Sicherheitsfragen – aus der Sicht verschiedenster weltanschaulicher Perspektiven in der Gesellschaft zu diskutieren. Dazu konnten die Organisatoren Experten einladen und ihre eigenen Materialien produzieren,

neben denen, die die Regierung stellte (Nelkin, Pollak 1977 ‚Participation and the Nuclear Debate‘: 343).

Nicht nur der Bürgerdialog Kernenergie ab 1975, sondern auch die Energioplysningsudvalg (Energie-Aufklärungs-Kommission) in Dänemark 1974-1976, und eine ähnliche Kampagne mit Veranstaltungen mit Experten in Österreich rekurrten auf das schwedische Modell. Ähnlich wie in Schweden verwendete auch die dänische Regierung existierende gesellschaftliche Strukturen – die allerdings parteiunabhängigen Volkshochschulen – als Träger nicht nur von Seminar-Aktivitäten, sondern setzte sogar jemanden aus der Volkshochschulbewegung zur Organisation der gesamten Maßnahme ein (Meyer 2019 ‚Atomkraft - Nej Tak‘). Auch im Bürgerdialog wurde ja die Durchführung von Veranstaltungen in die Hand gesellschaftlicher Akteure wie Kirchen, Gewerkschaften oder politischen Stiftungen gegeben (siehe Kapitel 5). Ähnlich wie im Bürgerdialog Kernenergie gab auch die Energioplysningsudvalg in Dänemark eine 6-bändige Buchreihe zu verschiedenen energiepolitischen Themen von Energieversorgung und Energiewirtschaft über Atomkraft bis zu Erneuerbaren heraus. Dabei wurde – mehr noch als im Bürgerdialog Kernenergie – peinlich genau darauf geachtet, dass die Expert\*innen beider Seiten des Atomkonflikts in ausgewogenem Verhältnis vertreten waren (Meyer 2019 ‚Atomkraft - Nej Tak‘).

Auch die Informationskampagne in Österreich, die Kanzler Kreisky ab Sommer 1975 ins Leben rief, basierte auf der Vorstellung, dass Energiepolitik nicht nur Experten vorbehalten sein sollte. Das Industrieministerium organisierte hier die öffentliche Diskussion. Auch hier war Schweden genau studiertes Vorbild. In Österreich ging es wie in Dänemark vor allem darum, eine Ausgewogenheit der Vertretung von Expert\*innen auf Veranstaltungen sicherzustellen, die zu unter Experten umstrittenen energiepolitischen Themen in verschiedenen österreichischen Städten stattfinden sollten. Auch in Österreich wurden Informationsbroschüren vom „Bundespressediens“ erstellt (Nelkin, Pollak 1977 ‚Participation and the Nuclear Debate‘: 350-351; Hirsch 1977; Hirsch, Nowotny 1977).

Anders als der Bürgerdialog Kernenergie waren aber die Kampagnen der 1970er Jahre in den anderen Ländern vor kürzerer Dauer – gut ein Jahr 1974 in Schweden, ca. 3 Jahre 1974-1976 in Dänemark, und ca. 3 Jahre in Österreich 1975-1978, wo 1978 dann bereits aufgrund einer späteren Entscheidung Kreiskys ein Referendum über die Nutzung der Atomkraft stattfand, das zum Aus der Atomkraft führte (Forstner 2019).

### **3.1.6.4 Entsorgungsfragen**

Anfang der 1970er Jahre war die Entsorgung von radioaktiven Abfällen in der breiteren Öffentlichkeit noch kein relevantes Thema gewesen. Das Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 bezeichnete die Entsorgungsfrage als gelöst. Schließlich gebe es ja bereits das Endlager im ehemaligen Salzbergwerk Asse (Möller 2009).

Die Kenntnis, dass Atommüll nicht ohne Probleme war, begann aber rasch auch die Öffentlichkeit zu erreichen. Bereits 1973 verwies *Der Spiegel* in einem Beitrag über die Möglichkeiten der Atomenergie, importiertes Öl zu ersetzen, auf die Probleme des dann

massiv entstehenden Atommülls, der „auf keine denkbare Weise vernichtet, sondern allenfalls idiotensicher verpackt und verstaut werden kann“ (Der Spiegel 1973). Skandale um auf Deponien aufgefundenen Atommüll aus Karlsruhe und Obrigheim (Gutting 2023) erhöhten 1974 die öffentliche Aufmerksamkeit für Fragen der sicheren atomaren Entsorgung zusätzlich (Der Spiegel 1974 'Sophisterei'). Schlagartig präsent wurde das Thema Entsorgung in der Öffentlichkeit, als im Januar 1976 in Niedersachsen die Diskussion um die in die engere Wahl genommenen Standorte für ein Entsorgungszentrum begann.

Die Probleme der Entsorgung wurden so spätestens ab Mitte der 1970er Jahre zum zentralen Thema der Atomdebatte. So kritisierte Hartmut Gründler 1976 in einem offenen Brief an den Bundeskanzler: „Das Umweltprogramm der Bundesregierung vom Oktober 1971 behauptet auf S. 43, die Bundesrepublik habe sichere Verfahren zur Endlagerung des Atommülls „entwickelt“ und in Asse ein sicheres Lager für den bis zum Jahre 2000 anfallenden Atommüll“ geschaffen“. Inzwischen kommt, wie Sie wissen, sogar das Bundesinnenministerium nicht länger um die Feststellung herum, „daß eine Reihe von Fragen des Kernbrennstoffkreislaufs und insbesondere der Entsorgung noch nicht endgültig im industriellen Maßstab gelöst ist und daß einige Probleme noch verstärkt Gegenstand von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sein müssen. Diese Aufgaben sind zeitgerecht in Angriff zu nehmen und abzuschließen, damit die für die Entsorgung notwendigen Anlagen alsbald errichtet werden können und rechtzeitig zur Verfügung stehen.“ So zitiert Gründler aus der Zeitschrift „Umwelt“ des für Umweltschutz zuständigen Bundesinnenministeriums (Gründler 1976 'Vom Nutzen und Nachteil').

Die zuvor wenig thematisierte, und als Zukunftsproblem vertagte Frage der Entsorgung hoch radioaktiver drohte zur „Achillesferse“ (Tiggemann 2010) des Atomprogramms zu werden. Angesichts der zunehmenden, auch innerparteilichen Kritik in der SPD wurde mit der Novellierung des Atomgesetzes von 1976 durch die sozialliberale Koalition wurde ein Entsorgungsjunktum festgelegt. Damit wurde die Sicherstellung der Entsorgung zur Voraussetzung für die Genehmigung neuer Kernkraftwerke (Lieb 2022: 48; Schmidt 1976). Dies wirkte sich auch auf Gerichtsverfahren und Klagen gegen Kernkraftwerke aus. So stoppte das Obergericht Lüneburg den Weiterbau von Brokdorf bis zur Klärung der Entsorgungsfrage (OVG Lüneburg, 17. 10. 77 - VII B 22/77).

Aus der Sicht der Protestierenden konnte also mit der Verhinderung oder Verzögerung des Baus des Entsorgungszentrums auch der weitere Ausbau der Kernenergie herausgezögert oder gestoppt werden. Gorleben wurde auch deshalb ab den späten 1970er Jahren zum Zentrum des Protests – aber auch des Bürgerdialog Kernenergie (siehe Kapitel 6).

„Entsorgung“ umfasste zu dieser Zeit allerdings nicht nur die Endlagerung. In Gorleben war ein Integriertes Entsorgungszentrum geplant, das auch eine Wiederaufarbeitungsanlage umfasste. Bei der Wiederaufarbeitung ging es darum, durch chemische Prozesse aus den abgebrannten Brennstäben spaltbares Material für die weitere Nutzung zu gewinnen. Hierzu gehörte auch Plutonium als Brennmaterial u.a. für den Schnellen Brüter. Wegen der Sorgen um die Weiterverbreitung von potentiell

Bombenmaterial waren sowohl der Schnelle Brüter als auch die Wiederaufarbeitungsanlage höchst umstritten (Lieb 2022: 54; Meyer 2021).

Nach dem von Ministerpräsident Ernst Albrecht im Mai 1979 verkündeten Aus für die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) am Standort Gorleben als politisch nicht durchsetzbar, begann die Suche nach anderen Standorten, wie 1981/82 in Hessen (siehe Kapitel 7). Diese Versuche, einen Standort zu finden, waren Anfang der 1980er Jahre immer nur von kurzer Dauer, weshalb sich der Bürgerdialog auf Gorleben konzentrierte, wo ja ein konkretes Projekt beschlossen war. Die Entscheidung der bayrischen Landesregierung für den Standort für eine WAA im oberpfälzischen Wackersdorf lag bereits nach dem Ende des Bürgerdialog Kernenergie. Obwohl der Bau einer WAA in Bayern von der dortigen CSU-Landesregierung gegen vehementen Protest mit Nachdruck unterstützt wurde, gaben die Betreiber dieses Vorhaben schließlich 1989 nach dem Tod des vehementesten Befürworters, des ersten Atomministers und langjährigen bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, aus wirtschaftlichen Gründen auf (Gaumer 2018 'Wackersdorf'). Da war der Bürgerdialog Kernenergie schon weitgehend in Vergessenheit geraten.

## **3.2 Öffentlichkeitsarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft**

Der Bürgerdialog Kernenergie wurde vom Bundesministerium für Bildung und Technologie als Informations- und Dialogaktion gekennzeichnet. Sie wurde vor dem Hintergrund der Kontroversen vor allem um den Bau von Kernkraftwerkwerken initiiert. Damit war der Bürgerdialog Kernenergie Teil staatlicher Öffentlichkeitsarbeit im weiteren Sinne. Der Bürgerdialog Kernenergie bezog aber von Beginn an Wirtschafts- und zivilgesellschaftliche Akteure ein, die dabei ihre eigenen Positionen als Kernenergie-Befürworter oder Kernenergie-Kritiker darstellen konnten. Diese handelten dabei nicht als Auftragnehmer des Staates, sondern entsprechend ihrer eigenen Interessen und Positionen.

Das Kapitel 3.2 diskutiert vor diesem Hintergrund die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit und ordnet sie in den Kontext der 1970/1980er Jahre ein. Dabei wird vor allem die Rolle des Staates diskutiert, die um Beispiele aus Industrie und Wirtschaft bzw. Bürgerinitiativen erweitert werden.

### **3.2.1 Konzeptionelles: Die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit bei Kontroversen**

„Das Wesen der modernen parlamentarischen Demokratie erfordert es, daß jeder Bürger die Möglichkeit hat, sich über das politische Geschehen zu informieren. Nur eine informierte Gesellschaft kann eine demokratische Gesellschaft sein.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit

Bundesverfassungsgericht 1978 ‚Einführung‘) So hatte das Bundesverfassungsgericht bei seinem Urteil 1977 – also während der Zeit des Bürgerdialog Kernenergie - über staatliche Öffentlichkeitsarbeit von Bund und Ländern die Rolle von Information für Demokratie und Partizipation definiert, und dabei den Rahmen staatlicher Öffentlichkeitsarbeit abgesteckt. Vor dem Hintergrund der Erfahrung mit staatlicher Propaganda in der DDR und der NS-Zeit war das Verfassungsgericht nicht zum ersten Mal aufgerufen, zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit und deren Grenzen zu urteilen.

Schon 1966 hatte das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung „mit dem demokratischen Grundsatz der freien und offenen Meinungs- und Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen vereinbar“ sei, wenn sie - bezogen auf die Organtätigkeit der Regierung - der Öffentlichkeit deren „Politik, ihre Maßnahmen und Vorhaben sowie die künftig zu lösenden Fragen darlegen und erläutern“ soll (BVerfGE, 19.07.1966 - 20, 56 - Parteienfinanzierung I).

Die Kontroverse um die Nutzung von Kernenergie verdeutlicht die Ausdifferenzierung der Unabhängigkeit von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinungsbildung in der demokratischen Gesellschaft der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Bereits in dieser Zeit gelang es Regierungen und Parlamenten – selbst mit der Unterstützung der etablierten Fachwelt in Großforschungseinrichtungen, Wissenschaft und Behörden – nicht, die von den Entscheidungsträgern geteilte „herrschende Meinung“ (Rucht 1988 ‚Gegenöffentlichkeit‘: 291) zu umstrittenen Großprojekten durchzusetzen. Dieser herrschenden Meinung stand eine Gegenöffentlichkeit von Gegenexpertise und opponierenden und protestierenden Bevölkerungsgruppen gegenüber. Rucht beschrieb dies als eine Systematisierung und Institutionalisierung des Zweifels, die sich durch „prozedurale Neuerungen innerhalb von Verfahren der Informationsgewinnung, Konfliktregelung und Entscheidungsfindung, die Ausbildung von Gegeninstitutionen als Formen des geronnenen Widerspruchs sowie ein[en] weitreichende[n] Strukturwandel der Öffentlichkeit“ ausprägte (Rucht 1988 ‚Gegenöffentlichkeit‘: 291).

Regierung und Opposition sind jedoch nicht die einzigen Akteure, die um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung mit dem Ziel der Durchsetzung ihrer Positionen im Wettbewerb stehen. Vor allem Wirtschaftsverbände und Konzerne verfügen in der Regel über hohe personelle und finanzielle Möglichkeiten und Ressourcen, um Medienschaffende und die Bevölkerung zu erreichen. Botschaften der Regierungen, Parlamente und Parteien bringen die Medien von Amts wegen Aufmerksamkeit entgegen. Hier konnten bestehende Kanäle und Arbeitskontakte genutzt werden. Neue, meist ehrenamtliche Bürgerinitiativen standen daher vor großen Herausforderungen, um sich im Wettbewerb der Meinungen zu behaupten.

### **3.2.2 Zum Begriff: Öffentlichkeitsarbeit bzw. Public Relations**

Der Public-Relations-Begriff wird seit den 1920er Jahren verwendet, ist aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet als Übernahme aus den USA (Jahn 1953). Er ist in Deutschland als Alternative gleichbedeutend mit dem

Begriff „Öffentlichkeitsarbeit“. Informationstätigkeiten von Parteien, Kirchen und weiteren Institutionen sind in Deutschland allerdings bereits seit dem 18. Jahrhundert bekannt. Mit Öffentlichkeitsarbeit werden Begriffe wie Information, Kommunikation, Werbung, Persuasion, aber auch Vertrauenserwerb oder Imagebildung verbunden. Einer der Begründer der PR Edward Louis Bernays beschrieb das Wesen der PR „als Versuch, durch Information, Überredung und auch Angleichung von Interessen die öffentliche Unterstützung für eine Aktivität, einen Zweck, eine Bewegung oder eine Institution zu gewinnen“ (Bernays 1955: 3f., Übersetzung vom Original). Daraus folgt: Nicht immer werden die Begriffe Public Relations und Öffentlichkeitsarbeit als neutral und beschreibend akzeptiert. Häufig wird PR kritisiert und in Zusammenhang mit Manipulation oder Propaganda gebracht. Der Begriff Propaganda ist nach der Zeit des Nationalsozialismus extrem negativ konnotiert (Bentele 1998: 695f.).

Öffentlichkeitsarbeit ist fester Bestandteil der Arbeit von Organisationen, ob Unternehmen, Verband oder Verwaltung, denn über das System „Öffentlichkeit“ können sich Bürger\*innen und weitere Akteur\*innen des politischen Systems nicht nur informieren und miteinander kommunizieren. Sie beobachten auch wechselseitig die veröffentlichten Meinungen bzw. versuchen, Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen. „Dabei ist davon auszugehen, dass die Präferenzen der Bürger keine feststehende, sondern eine formbare Größe darstellen.“ (Gerhards 1998: 269) Die Akteure des politischen Systems wiederum versuchen mit ihren Kommunikationen eigene Themen in der öffentlichen Diskussion und vor allem in der redaktionellen Medienberichterstattung zu verankern (Agenda Building), Einfluss auf die Meinungs- und Präferenzausbildung der Bürger\*innen zu nehmen und beobachten gleichzeitig die Themen von öffentlichen Debatten oder Kontroversen, um darauf reagieren zu können. Dies gilt auch umgekehrt: Auch die Nicht-Regierungsakteure formulieren öffentlich Präferenzen, die politische Resonanz erzeugen und politische Entscheidungen beeinflussen sollen. „Diese intermediäre Stellung von Öffentlichkeit lässt vermuten, dass moderne Demokratien ohne Öffentlichkeit nicht denkbar sind.“ (Gerhards 1998: 269f.)

### 3.2.3 Öffentlichkeitsarbeit als kommunikatives Handeln

Oft wird mit Bezug zu den Anforderungen an gelingendes kommunikatives Handeln auf die von Habermas benannten universalen Geltungsansprüche von Verständigungsprozessen *Verständlichkeit*, *Wahrheit*, *Wahrhaftigkeit* und *Richtigkeit* verwiesen. Mit der 1962 erschienenen Habilitationsschrift von Habermas über den Strukturwandel der Öffentlichkeit fand dieser Begriff Eingang in die Sozial- und Kommunikationswissenschaften und in der Folge auch in die politische Kommunikationsarbeit (Habermas 1990 (zuerst 1962)).

Der Kommunikationswissenschaftler Roland Burkart verdichtete die Habermas'schen Geltungsansprüche in einem Kommunikationsmodell der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit. Demnach müssen Kommunikationspartner bei Kommunikationsprozessen voneinander annehmen können, dass sie

- die Regeln der gemeinsamen Sprache beherrschen (also: „verständlich“ formulieren können)
- Aussagen über Wirklichkeiten tätigen, deren Existenz und Wahrheit der Kommunikationspartner anerkennt
- ihre tatsächlichen Absichten zum Ausdruck bringen, nicht täuschen und vertrauenswürdig agieren
- geltende Normen und Werte nicht verletzen und ihre Absichten somit legitim sind.

Er spezifiziert, wie ein Verständigungsprozess idealerweise ablaufen sollte: „Ungestört verläuft der Verständigungsprozess demnach nur dann, wenn die Wahrheit der thematisierten Gegenstände (= objektive Welt), die Wahrhaftigkeit bzw. Vertrauenswürdigkeit des Kommunikators (= subjektive Welt) und die Legitimität seines Interesses bzw. Vorhabens (= soziale Welt) nicht in Zweifel gezogen werden.“ Burkart selbst stuft diese idealtypischen Geltungsansprüche als zwar normativ wünschbar, aber im kommunikativen Alltag unrealistisch ein. In Anlehnung an Habermas unterscheidet er zwischen kommunikativem Handeln und Diskurs. Letzterer setzt ein, wenn die Geltungsansprüche des kommunikativen Handelns nicht eingehalten wurden und die Kommunikation gestört wurde und wieder hergestellt werden soll (Burkart 2010: 19f.).

Der Erfolg des kommunikativen Handelns im Allgemeinen bzw. der Öffentlichkeitsarbeit im Besonderen ist eng an das Erreichen von „Vertrauen“ bzw. „Glaubwürdigkeit“ gebunden. Vertraut werden kann einer Kommunikationsbotschaft, aber auch einer Institution. Vertrauen lässt sich aber nicht „aus dem Werkzeugkasten“ durch die Auswahl gewisser Informations- und Kommunikationstechniken erzielen, sondern ist sehr voraussetzungsreich (Meyer 2022 ‚To trust‘: 564ff.). Erfahrungen belegen: „Perspektivisch gesehen sind es weniger traditionelle Elemente der Einweg-Kommunikation, die die Vertrauensbildung nachhaltig unterstützen, sondern vor allem dialogische Formen, offenes Kommunikationsverhalten, die Fähigkeit zu selbstkritischer Betrachtung und zur Revision von (als falsch erkanntem) Verhalten. Dialog ist dabei nicht nur als Austausch von Argumenten zu verstehen, sondern als kommunikative Auseinandersetzung mit anderen Positionen, die auch die Möglichkeit einschließt, das eigene Verhalten zu korrigieren.“ (Bentele, Seidenglanz 2015: 424)

Für die Verständigung in einer Demokratie gelten funktionierende öffentliche Dialogprozesse als Grundlage der Debatte über Kontroversen oder Zukunftsfragen. Auch wenn die Habermas'sche Idealvorstellung der Konsensfindung in der politischen Praxis kaum erreicht werden kann und durch Kompromisse ersetzt werden muss, bleibt wesentlich, dass „die deliberative Politik ihre legitimierende Kraft aus der diskursiven Struktur einer Meinungs- und Willensbildung gewinnt, die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen Qualität ihrer Ergebnisse erfüllen kann. Deshalb bildet das diskursive Niveau der öffentlichen Debatten die wichtigste Variable.“ (Habermas 1992: 369).

Auch aus der Perspektive der Meinungs- und Willensbildung sind öffentliche Dialoge wichtig. Sie sind die Entscheidungsgrundlage für die Bewertung von Argumenten und

Positionen durch die Bürger\*innen und damit die „Entscheidungsgrundlage auf dem Weg zur Wahlurne“ (Rußmann 2010: 171). Hieraus folgt normativ die Forderung an die politische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Gütekriterien hinsichtlich Textqualitäten, technisch-wissenschaftlichen Quellen und Prozessen der Öffentlichkeitsarbeit einzuhalten, denn politische Entscheidungen sind in der Demokratie zustimmungsabhängig und begründungspflichtig. „Beides, Zustimmung und Begründung, finden ihre Realisierung durch und im Rahmen politischer Kommunikation“ (Sarcinelli 1998: 253).

### **3.2.4 Regierungsamtliche Öffentlichkeitsarbeit / Regierungs-PR**

Eine verantwortliche Teilhabe der Bürger\*innen an der politischen Willensbildung setzt voraus, dass die bzw. der Einzelne von den zu entscheidenden Sachfragen, von den durch die „verfassten Staatsorgane getroffenen Entscheidungen, Maßnahmen und Lösungsvorschlägen genügend weiß, um sie beurteilen, billigen oder verwerfen zu können“ (BVerfGE, 02.03.1977 - 44, Urteil zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundesverfassungsgericht 1978), erklärte das Bundesverfassungsgericht 1977 im oben bereits zitierten Urteil zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit. Die Legitimation demokratischer Systeme beruht auf der Unterstützung des politischen Systems durch die Beteiligung an Wahlen und dem Mittragen politischer Entscheidungen. Die Kommunikation von Informationen zu den Grundlagen dieser Entscheidungen durch die politischen Akteure oder Medien ist dafür die Voraussetzung (Offergeld 2008).

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Staates waren schon zur Zeit des Bürgerdialogs und sind bis heute Urteile des Bundesverfassungsgerichts rahmend, die jedoch keine Begriffsdefinition, sondern nur Abgrenzungen liefern (BVerfGE, 28.02.1961 - 12, 1. Fernsehurteil; BVerfGE, 19.07.1966- 20, Parteienfinanzierungsurteil I). Eine Definition des Begriffs liefert die Rechtsprechung des BVerfGE nicht, aber sie zeigt Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen in Bund und Ländern auf. So wird im Parteienfinanzierungsurteil ausgeführt, dass ein Bezug zur Organtätigkeit der Regierung gegeben sein müsse. Die Öffentlichkeitsarbeit sei darauf auszurichten, „die Politik der Regierung, ihre Maßnahmen und Vorhaben sowie die künftig zu lösenden Fragen darzulegen und zu erläutern“ (Schürmann 1992: 56). Mit einer weiteren Rechtsprechung, die mitten in die Zeit des Bürgerdialogs fällt, nämlich dem Grundsatzurteil vom 2. März 1977 zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern, nähert sich das BVerfG dann, so Schürmann, dem Begriff „Öffentlichkeitsarbeit“ als einem „allgemeinen, undifferenzierten Oberbegriff für informationelle Maßnahmen“ an. Als Öffentlichkeitsarbeit wird eingeordnet, „was die Regierung zum Zwecke der Information, Aufklärung und Werbung an die Öffentlichkeit adressiert“ (Schürmann 1992: 57f.).

Unter „Regierungskommunikation“ wird in der Regel eine Informationsarbeit und auch Politikvermittlung im Sinne von Entscheidungsrechtfertigung nach innen und außen, hin

zur Öffentlichkeit oder zu Zielgruppen verstanden (Gebauer 1998: 464). Neben der Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Bürger\*innen ist darunter auch die Kommunikationsarbeit gegenüber anderen Organen, insbesondere dem Deutschen Bundestag, aber auch Landesregierungen zu fassen. Im weiteren Sinne kann sogar die oder zumindest ein Teil der Kommunikation des Deutschen Bundestags zur Regierungs-PR gezählt werden. Dies sind feste Strukturen der repräsentativen Demokratie (Gebauer 1998: 464ff.).

Die Regierung kommt mit ihren Rechenschaftspflichten auch einer Informationsaufgabe nach und verbindet damit gleichzeitig das Ziel, die eigenen Leistungen so zu vermitteln, dass sie in der Öffentlichkeit positiv bewertet und auch legitimiert erscheinen. Hierfür haben sich formalisierte Prozesse etabliert. Im Deutschen Bundestag fallen hierunter beispielsweise die kleinen und großen Anfragen von Abgeordneten und die Antworten der Bundesregierung, aber auch die Zusammenarbeit mit den Ausschüssen, darunter auch der Haushaltsausschuss zur Bewilligung des finanziellen Rahmens der Maßnahme.

Innerhalb der Bundesregierung steht das Presse- und Informationsamt im Zentrum der Öffentlichkeitsarbeit, bei dem bedeutende Informationsmaßnahmen zusammenlaufen und in Kommunikationsmaßnahmen wie *Bulletin der Bundesregierung* oder *Jahresbericht der Bundesregierung* (darin enthalten auch der *Jahresbericht des BMFT*) zusammengeführt werden.

Neben den obigen Funktionen, in denen die Bundesregierung bzw. die Ressorts und ihre Vertreter\*innen als „Sender“ der Kommunikation fungieren, ist die Regierung auch Adressat von Mitteilungen. Dazu zählen unter anderem Schreiben, mit denen sich Bürger\*innen (als Einzelpersonen oder Vertreter\*innen von Vereinigungen) oder Vertreter\*innen der Länder- oder kommunaler Ebene an die jeweiligen Bundesressorts wenden.

Ein weiteres Instrument der Bundesregierung ist der Austausch mit Verbänden und Vereinigungen sowie der Wissenschaft. Hier agiert die Regierung meist, zumindest offiziell, in der Rolle des „Initiators“ der Kommunikation (Gebauer 1998: 464ff.). In diesem Zusammenhang kommt dem Kriterium der Transparenz Bedeutung zu bei der Frage, welche Zulieferungen von Inhalten und Bewertungen durch Dritte in die Kommunikationsarbeit der Regierung einfließen. Zu diesen Zulieferungen zählen einerseits Studien, die die Bundesregierung selbst beauftragt hat. Es zählen jedoch auch nicht beauftragte Inhalte dazu, wie sie sich beispielsweise aus dem Austausch mit Verbänden wie beispielsweise für den Atombereich dem Deutschen Atomforum und den damit verbundenen Wirtschaftsinteressen ergeben. Transparenz ist auch dann erforderlich, wenn die Regierung Einfluss auf redaktionelle Beiträge in den Medien zu nehmen versucht. Hier sind keine Interviews oder die Zusendung veröffentlichter BMFT-Materialien gemeint, sondern die Durchsicht von Sendungsskripten oder Auswahlentscheidungen zu Interviewpartner\*innen, mit denen nicht nur die Sachgerechtigkeit und Richtigkeit geprüft, sondern auch inhaltliche Bewertungen gegeben und Interviewpartner\*innen empfohlen werden.

Bereits vor dem Start des Bürgerdialog Kernenergie diskutierten staatliche Stellen PR-Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung pro Kernenergie. So schlug man im mit

Reaktorsicherheit beschäftigten Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft schon im Februar 1972 verstärkte Öffentlichkeitsarbeit vor, um der „zunehmend kritisch[en] bis ablehnend[en]“ „Haltung eines großen Teils der Bevölkerung“ gegenüber dem staatlicherseits für notwendig gehaltenen Ausbau der Kernkraft zu begegnen (Möller 2009: 332). Auch im Deutschen Bundestag sprach sich die Regierung im Mai 1974 in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten und Fraktionen von SPD und FDP zu den Möglichkeiten, die Bürger frühzeitig und umfassend über Planung, Errichtung und Konsequenzen des Betriebes von Kernkraftwerken aufzuklären, für sachliche Information aus. Ganz im Sinne der Defizithese (siehe Kapitel 3.1.1.1) äußerte die Bundesregierung die „Ansicht, daß unbegründete Vorbehalte nur durch sachliche Information abgebaut werden können. Sie wird daher weiterhin die Probleme offen ansprechen, sich aber vor allem darum bemühen, der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß die Kernenergie nicht nur aus energiepolitischen und wirtschaftlichen Gründen, sondern auch wegen ihrer relativen Umweltfreundlichkeit erhebliche Vorteile gegenüber fossilen Energieträgern mit sich bringt“ (Die Bundesregierung 1974 ‚BT-Drucksache 7/2061 vom 02.05.1974‘: 1). Die Bundesregierung kündigte des Weiteren an, eine „intensive Unterrichtung vor allem der meinungsbildenden Berufsgruppen sicherzustellen und den Dialog mit den engagierten Bürgern weiter[zu]führen“ (Die Bundesregierung 1974 ‚BT-Drucksache 7/2061 vom 02.05.1974‘: 2). In dieser Antwort auf die Kleinen Anfrage finden sich so bereits Kernelemente des späteren Bürgerdialogs Kernenergie – auch der Begriff Dialog fand hier bereits öffentliche Verwendung zur Beschreibung der angestrebten Art der Kommunikation mit den Bürgern.

Allerdings begriff die Regierung zu diesem Zeitpunkt dies offenbar nicht als reine Staatsaufgabe, sondern nahm auch die relevanten Wirtschaftsakteure in die Pflicht. Mit Bezug auf geplante Standorte für kerntechnische Anlagen wurde dabei auch auf einen erforderlichen wesentlichen Beitrag der Hersteller und Betreiber von kerntechnischen Anlagen zur objektiven Information der Öffentlichkeit verwiesen (Die Bundesregierung 1974 ‚BT-Drucksache 7/2061 vom 02.05.1974‘: 1f.). Mit dem Bürgerdialog Kernenergie versuchte die Bundesregierung dann aber auch, die Defizite und öffentlich diskutierten problematischen Seiten der v.a. werbenden Kommunikation durch Wirtschaftsakteure (siehe Kapitel 3.3) auszugleichen.

### **3.3 Agenda-Setting in der Kernenergiekontroverse**

Agenda-Setting bezeichnet die Phase eines Prozesses in der ein politisches Thema oder eine Kontroverse auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gesetzt wird. Je nach Einbettung der Argumente, aber auch durch die Vermittlung von Sachinformationen und, im Idealfall, unterschiedlicher Positionen zum jeweiligen Thema wird so zunächst die individuelle Meinung und daran anschließend die öffentliche Meinung geprägt (Stark, Jürgens, Magin 2018).

Der rasant sich verstärkenden Auseinandersetzung um die Kernenergie begegneten vor allem Wirtschaftsakteure, die ein Interesse am Ausbau der Kernenergie hatten, mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit. Zunächst engagierten sich hier vor allem die

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen mit dem Geschäftszweck Kraftwerkbau wie die Kraftwerk Union AG, deren Kraftwerksprojekte sich durch Einsprüche zu verzögern drohten. Sie handelten im Sinne ihrer Interessen und aus Sorge sowohl um die öffentliche Meinung, aber auch aus Sorge um eine mögliche Veränderung der kernenergiefreundlichen Energiepolitik der Bundesregierung. Angesichts der Widerstände gegen das 1968 begonnene Kraftwerk Würgassen an der Oberweser verteilte beispielsweise die Preußen Elektra Broschüren, die versuchten, Sorgen um Luft- und Wasserverunreinigung und Weser-Erwärmung zu zerstreuen (Schmidt 1970). Mit „Anzeigenserien“ versuchten die EVU auch jenseits der Standorte „Volksaufklärung“ zu betreiben und vor den Konsequenzen der Widerstände zu warnen (Der Spiegel 1972 ‚Gedanken an Strom‘).

In der Medienöffentlichkeit gab es Anfang der 1970er Jahre durchaus Kritik an der Art der Kernenergie-Werbung aus der Wirtschaft. Mit der Bezeichnung „Volksaufklärung“ deutete der Spiegel hier die in seinen Augen propagandistische Natur dieser Kampagnen an. Der Begriff „Volksaufklärung“ gemahnte an Goebbels' Ministeriumsbezeichnung „Volksaufklärung und Propaganda“, wie die damaligen Spiegel-Leser zweifelsohne verstanden. Als Reaktion auf den so bezeichneten „kleinen Atomkrieg“ (Noack 1971), also die genannten Widerstände gegen Würgassen (Radkau 1983: 446ff.; Schmidt 1970; Berens 1971), so berichtete Die Zeit bereits im Oktober 1971 nicht ohne kritische Wertung, habe RWE begonnen, am Bauplatz Biblis eine „nie zuvor mit ähnlicher Intensität betriebenen Imagepflege“ (Noack 1971) zu unternehmen. In einem Umkreis von 25 km rund um den Bauplatz habe RWE „nette Broschüre[n]“ mit sehr launigen Texten über potentielle Unfallrisiken verteilt: „Wenn der Pott nun 'n Loch hat, Doktor Heinrich, Doktor Heinrich?“ (Noack 1971: 62).

Eines der zentralen Argumente in der Öffentlichkeitsarbeit der Atomwirtschaft war die Warnung der vor der sogenannten Stromlücke. „Wenn Fernseher und Kühlschrank nicht mehr laufen“, „wird es ernst“, zitierte der Spiegel im Sommer 1972 den Chef des bundeseigenen Energie-Versorgers VEBA Rudolf von Bennigsen-Foerder (Der Spiegel 1972 ‚Gedanken an Strom‘), (Dieser sollte 17 Jahre später das Aus für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf beschließen (Uekötter 2022 ‚Atomare Demokratie‘: 259)). So warnten die Unternehmen bereits vor der Ölkrise vor der sogenannten „Energielücke“ (Der Spiegel 1972 ‚Gedanken an Strom‘), also einer zukünftig ungesicherten Energieversorgung, wenn Kraftwerksbauten behindert würden.

Die folgenden Beispiele schildern die PR-Aktivitäten der KWU, von EVU, die zeitgleich mit dem Bürgerdialog Kernenergie stattfanden und mit denen der Bürgerdialog Kernenergie in der öffentlichen Aufmerksamkeit konkurrieren musste. Als Beispiel der Gegenöffentlichkeit zum Kernenergieausbau wird die PR von Bürgerinitiativen geschildert.

### 3.3.1 Kraftwerk Union AG

Die KWU war das einzige große deutsche Unternehmen, das allein auf den Kraftwerksbau, insbesondere Kernkraftwerksbau, hin ausgerichtet war. Es entstand 1969 aus der Zusammenlegung der entsprechenden Abteilungen der Konzerne AEG und Siemens, zur Zeit des Bürgerdialogs war es im alleinigen Besitz der Siemens AG. In Deutschland zählte das Unternehmen nach eigenen Angaben damals 35 potentielle Energieversorgungsunternehmen, die selbst Kraftwerke betrieben, als Unternehmenskunden. Die 14.000 Beschäftigten betreuten Kraftwerksprojekte über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren von der Planung bis zu Fertigstellung. Hierbei sind Bauverzögerungen nicht eingerechnet. Bereits Mitte der 1970er Jahre bestätigte der Betriebsratsvorsitzender der KWU öffentlichkeitswirksam einen Personalabbau im Unternehmen unter anderem aufgrund von Baustopps bei Kernkraftwerken (Busch 1977: 666).

Werner Rudloff war als Bereichsleiter für Publizistik und Kommunikation in der KWU tätig (Siegler 1988: 5). 1982 schrieb er emphatisch, dass die gewachsene Beziehung von KWU und EVU in den Jahren zuvor durch die Öffentlichkeit als weiterer Akteur erweitert worden sei. Zwar werde der elektrische Strom in seiner Bedeutung nicht hinterfragt, jedoch die Kernenergieanlagen zur Stromgenerierung. Rudloff sah dafür eine Kette von Gründen, die er aus der Perspektive der Defizitthese (siehe Kapitel 3.1.1.1) betrachtete: vor allem den mangelnden Bekanntheitsgrad des technisch-physikalischen Prozesses der Kernenergienutzung. Die Technologie sei deswegen unheimlich, das resultierende Unbehagen werde dann in Gestalt der Kernkraftwerke lokalisierbar, ohne dass der Nutzen dazu in Relation gesetzt wurde.

Die KWU vertrat die Auffassung, dass das verlorene Vertrauen nicht allein durch „Papier“ zurückzugewinnen sei, so dass 1975 eine eigene Organisationseinheit für Öffentlichkeitsarbeit mit zunächst einem Mitarbeiter gegründet wurde. Auch wenn der Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“ nicht fällt, scheint diese Abteilung die Industriesicht in den Veranstaltungen des Bürgerdialogs mit vertreten zu haben. Dafür spricht zunächst die zeitliche Nähe der Gründung der Organisationseinheit zum Beginn des Bürgerdialogs, aber auch die Prinzipien des Bürgerdialogs, Befürworter ebenso wie Kritiker auf den Veranstaltungen zu Wort kommen zu lassen (siehe Kapitel 4 und 5).

Interessanterweise verwandte auch Rudloff den Begriff „Dialog“, in dem in seinem Sinne allerdings „Fachmann“ und „Bürger“ nicht völlig auf gleicher Ebene standen. Der Organisationseinheit sei es um die „Spielregeln eines zielführenden und rationalen Dialogs zwischen Fachmann und Bürger [...] [gegangen], der dem Bürger die Chance fundierterer Urteilsbildung eröffnete, ohne den Fachmann aus seiner Fachverantwortung zu entlassen“. (Rudloff 1982: 290). Dazu suchte sie vorrangig in den Reihen der eigenen Mitarbeiter Generalisten für die „aktive Teilnahme am öffentlichen Gespräch“ (Rudloff 1982: 293). Anfang der 1980er Jahre waren in der Abteilung 30 Personen beschäftigt. Auf Veranstaltungen traten jedoch Fachleute aus anderen Abteilungen des Hauses auf. Etwa 250 Beschäftigte wurden an die Diskussionssituationen herangeführt, indem sie zunächst auf kleineren Veranstaltungen Rede und Antwort standen.

Neben der Teilnahme auf und Durchführung von Veranstaltungen produzierte die KWU auch selbst eigene Informationsunterlagen, ergänzend zu den öffentlich verfügbaren Broschüren. Von diesen Broschüren wurden laut KWU im Mittel des Jahres 1979 monatlich 25.000 Exemplare verteilt. Für Vorträge auf Veranstaltungen wurden Präsentationsunterlagen zentral vorbereitet. „Einsatzgebiete waren vor allem die Information der eigenen Mitarbeiter, Veranstaltungen und die Beantwortung externer Anfragen“ (Rudloff 1982: 294). Rudloff bewertete die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit zu Kernenergiefragen vorsichtig und traute ihr 1982 nicht zu, die vielschichtigen Akzeptanzprobleme zu lösen. Er wertete es positiv, dass es gelungen war, als Unternehmen „Flagge zu zeigen“ und sich aktiv in die gesellschaftliche Diskussion zu Technikthemen einzubringen (Rudloff 1982: 294).

### **3.3.2 Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft (IZE)**

Auch die Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft (IZE) eröffnete ganz selbstbewusst die Darstellungen zur Öffentlichkeitsarbeit mit dem Hinweis auf die hohe Wertschätzung, die ihr aufgrund der positiven Wahrnehmung von Strom bislang entgegengebracht worden sei. Es handelt sich dabei um einen 1972 gegründeten Dachverband von vier großen Elektrizitätsverbänden, der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke e.V. (VDEW), der Deutsche Verbundgesellschaft e.V. (DVG) der Arbeitsgemeinschaft regionaler Energieversorgungsunternehmen (ARE) sowie dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. Die Verbände arbeiteten in der IZE zusammen, um so ihre Öffentlichkeitsarbeit überregional zu bündeln und zu stärken. Besondere Bedeutung kam der VDEW zu, in der fast alle regionalen Energieversorgungsunternehmen vertreten waren. Die IZE wurde im Jahr 2000 in die VDEW integriert (<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/informationszentrale-der-elektrizitaetswirtschaft-ev-39898>). Die IZE hatte den Zweck, die „Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland darzustellen und ihre Belange auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit und der Produktinformation zu vertreten“ (Hoss 1982: 269), um so bei Verbraucher\*innen das Verständnis für die für Elektrizitätsversorgung zu fördern.

Für die Energieversorgungsunternehmen war Atomstrom wichtig, denn in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren stieg der Stromverbrauch beispielsweise in den Privathaushalten deutlich und verdoppelte sich beispielsweise in Baden-Württemberg etwa alle zehn Jahre. Vor dem Hintergrund des steigenden Energiebedarfs und der Ölkrise setzten die Energieversorgungsunternehmen nicht nur, aber auch in Baden-Württemberg, wo es keinen Kohlebergbau gab, auf den Ausbau der Kernenergie und vertraten diese Position auch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. In Baden-Württemberg stieg der Anteil der Kernenergie vom 11% im Jahr 1974 auf gut 50 % im Jahr 1984 (John 2011: 51f.).

Die IZE gab 1975 bis 1977 in drei Ausgaben mit einem Umfang von zunächst 96, später 112 Seiten die Broschüre „Fragen und Antworten zur Kernenergie“ heraus. Im Vorwort zur ersten Ausgabe bezeichnete sie es „als ihre Aufgabe an, die Öffentlichkeit objektiv

und umfassend zu informieren“ um „durch Informationen Begriffe zu klären, Sorgen zu beseitigen und Verständnis zu wecken“ (Grupe, Koelzer 1975). Zwei Jahre später verwies die IZE deutlich auf ihre Hoffnung, „daß die ‚Antworten‘ das ihre dazu tun, das Vertrauen in eine hochentwickelte Technik zu stärken“ (Grupe, Koelzer 1977: 3). Im Literaturverzeichnis sind vorwiegend Mitglieder des Deutschen Atomforums und die Schriften dieser Vereinigung vertreten. Angesichts der klaren Selbstpositionierung der damaligen Elektrizitätswirtschaft verwundert es kaum, dass Hinweise auf kernenergiekritische Schriften fehlen.

### 3.3.3 Deutsches Atomforum (DAtF) und Informationskreis Kernenergie (IK)

Das 1959 gegründete Deutsche Atomforum war eine gemeinnützige Vereinigung aus persönlichen und institutionellen Mitgliedern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zur Förderung der Kernenergie. Der Verband begann mit der einsetzenden öffentlichen Kontroverse der frühen 1970er Jahre mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit (Radkau 1983: 449) und publizierte Ende 1971 eine Broschüre zu „Fragen zur Kernenergie“, in der Eigendarstellung als „vorbehaltlose Unterrichtung der Öffentlichkeit“ bezeichnet, gehörte zu den Kernaufgaben des Verbandes (Selbstdarstellung in den vom DAtF herausgegebenen „Kernthemen“ (Baier, Gabriel, Gerking 1980)). An den Arbeitsgruppen des DAtF – und auch des unten ausführlicher dargestellten Informationskreis Kernenergie des DAtF nahmen auch Vertreter des BMFT teil, so dass die Aktivitäten teils in Protokollen in den im Bundesarchiv gesammelten Akten nachzuvollziehen sind.

Das DAtF war ein finanzstarker und aktiver Lobby-Verband, der finanziert durch Mitgliedsbeiträge und Spenden zahlreiche Broschüren und Informationspakete pro Kernenergie verbreitete. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisierte 1976 im vom BMFT herausgegebenen Magazin *Informationsbrief Bürgerdialog Kernenergie*, dass mit Beginn des Bürgerdialog Kernenergie die mit Millionenbeträgen des Deutschen Atomforums und der interessierten Industrie finanziert „so permanent einseitige Werbung für die Kernenergie“ einsetzte. „Dieses Trommelfeuer einer Propagandawalze scheint nach dem Motto ‚Werbung ist alles‘ den Versuch zu unternehmen, den ‚Bürgerdialog‘ durch viel Papier, durch Werbespots im Fernsehen in’s [sic] Ausseits torpedieren zu wollen.“ (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz 1976 ‚Kernenergie - ein Bürgerdialog‘: 11). Auflagenzahlen einiger Broschüren und Informationsmittel lassen sich auf Basis von Akten des Bundesarchivs für die Zeit bis Ende 1978 nachweisen, auch wenn sie in den Veröffentlichungen selbst nicht benannt werden. So hatte etwa das Buch „So ist das mit der Kernenergie“ eine Auflage von 400.000 Exemplaren, der Titel „Entsorgung“ der Kernthemen-Reihe eine Auflage von 125.000 oder die Broschüre „Kernenergie ohne Geheimnisse“ eine Auflage von 250.000 Exemplaren (Deutsches Atomforum 1978 ‚Dokumentation‘; BAarch, B 196/20641).

Der Informationskreis Kernenergie im Deutschen Atomforum (IK) stellte sich im Impressum seiner Schriften als Zusammenarbeit von Menschen dar, „die in der Politik,

in der Versorgungswirtschaft, in der Industrie, in der Forschung, in den Medien und in der Publizistik an verantwortlicher Stelle täglich mit Kernenergie zu tun haben“. Auch der Informationskreis Kernenergie nutzte den Begriff „Dialog“. Es sei, die Aufgabe „das Gespräch mit der Öffentlichkeit über die Kernenergie in der Bundesrepublik zu vertiefen, einen fairen Dialog zu führen, mit sachlicher Information zu argumentieren und dabei die Diskussion freizuhalten von Emotionen“ (Informationskreis Kernenergie 1976 ‚Projekt Kernenergie‘). Auch hier zeigt sich, dass die Defizit-These Ausgangspunkt der Argumentation war.

Als Untergruppe der DAfF gegründet 1975 im Umfeld der Proteste um Wyhl und Würgassen vertrat der IK eine einseitig kernkraftunterstützende Rolle. Im Einsetzungsbeschluss heißt es: „Es ist notwendig, die Öffentlichkeitsarbeit für die friedliche Kernenergienutzung in der Bundesrepublik zu verstärken. Das Deutsche Atomforum ist aufgrund seiner Struktur und Aufgabenstellung der geeignete Standortort für diese Öffentlichkeitsarbeit.“ Der IK sollte dabei die Ziele der Öffentlichkeitsarbeit definieren, Einzelaktivitäten billigen, dem Präsidium Bericht erstatten und die Mittelverwendung überwachen. Als Zielgruppen wurden „Meinungsmultiplikatoren“ wie Ärzte und Lehrer, „Schule/Jugend/Interessierte“ und „Mitarbeiter“ definiert (Deutsches Atomforum 1975 ‚Beschluss‘, BArch, B 196/20637; Deutsches Atomforum 1978 ‚Protokoll‘, BArch, B 196/20639). Zumindest in den Begleitheften des Projekt Kernenergie, darunter Informationen für Schulen zu verstehen, wird in der Literaturliste auch auf einige wenige Schriften von Kernkraftkritiker\*innen verwiesen, darunter die des damaligen BBU-Vorsitzenden Wüstenhagen. Verwiesen wird in der späteren, vierten überarbeiteten Ausgabe des Begleithefts aus dem Jahr 1978 auch auf die Rede des damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel vom Februar 1977, in dem dieser eine wahrheitsgemäße und umfassende Diskussion fordert, bei dem alle Informationen „auf den Tisch“ gehören. Andererseits werden Schautafeln für den Unterricht mit „Unsere Kernkraftwerke“ überschrieben, ein rhetorisches Mittel der Identitätsstiftung, mit dem die Wahrnehmung der Kernenergie nicht neutral, sondern positiv beeinflusst werden sollte. Auch wird beispielsweise eine ZDF-Meldung zitiert, nachdem die Bedenken der Bevölkerung gegen den Bau eines Kraftwerks in der Nähe des jeweiligen Wohnorts sich innerhalb weniger Monate um 10 Prozentpunkte (von 57% im Februar 1977 auf 47% im Oktober 1977) verringert hätte. Diese Textpassage kann als einseitig und beeinflussend eingestuft werden (Informationskreis Kernenergie 1978: 37).

Der Informationskreis Kernenergie veröffentlichte neben den oben genannten Informationen für Schulen weitere Materialien wie die Argumentationshilfe „Kernenergie in der Diskussion“ für Teilnehmende an öffentlichen Diskussionen. Die Argumentationshilfe wurde gemeinsam mit dem Deutschen Atomforum entwickelt, mit dem Ziel „der verstärkten Teilnahme Sachkundiger an der öffentlichen Energie-Diskussion“ (IK 1978 „Kernenergie in der Diskussion. Projektbeschreibung und Erläuterung zum Inhalt“ B196/20639). Auch Broschüren („Kernenergie ohne Geheimnisse“ von Heinz Rohde) und Bücher („So ist das mit der Kernenergie“ von Robert Gerwin) wurden vom Informationskreis Kernenergie in Auftrag gegeben und vertrieben. Zudem wurden sieben Faltblätter mit positiv wertenden Titeln wie „Kernenergie – die

saubere Energie“ oder „So ist für die Entsorgung gesorgt“ für die Zielgruppen zur Verfügung gestellt. Mit Anzeigentexten und Coupon-Bestellungen warb der Informationskreis für seine Materialien. Neben Informationsbroschüren stellte der Informationskreis Kernenergie ein Planspiel „Entscheidungen in unserer Gesellschaft“ sowie Kurzfilme von Rüdiger Proske, der auch für die ARD Beiträge in der Reihe ‚Auf der Suche nach der Welt von morgen‘ u.a. mit den Titeln ‚Mit offenen Augen in die Katastrophe‘ oder ‚Kampf um die Kernenergie‘ (mehrteilig) erstellte und darin für Kernenergie plädierte. Die 15-minütigen Filmdokumente für den Informationskreis Kernenergie behandelten u.a. die Themen ‚Reaktorsicherheit‘, ‚Strahlenschutz‘ und ‚Entsorgung‘ (Deutsches Atomforum 1975 ‚Filmprojekt Rüdiger Proske‘, BArch, B 196/20637).

### **3.3.4 Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiativen gegen Kernenergie**

Der Berliner Konfliktforscher Wolfgang Sternstein, während der Laufzeit des Bürgerdialog Kernenergie langjährig Vorstandsmitglied des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, kennzeichnete 1982 die Themen von Bürgerinitiativen als breit gefächert. In einem Buchbeitrag hob er den „tiefgreifenden Wandel“ von Bürgerinitiativen „namentlich die im Umweltschutz aktiven, hinsichtlich ihrer Thematik, Organisation und Aktionsmethoden“ hervor und betonte, dass sich dieser vor allem bei den Initiativen gegen den Bau atomarer Anlagen aufzeigen lasse (Sternstein 1982: 327).

„Die große Mehrheit ihrer Mitglieder wandte sich zunächst lediglich gegen den geplanten Standort der Kernkraftwerke aus Sorge um die Auswirkungen von Kühlturmschwaden, Grundwasserabsenkung und Industrieansiedlung auf die Landwirtschaft. Im Verlauf der Auseinandersetzung traten jedoch grundsätzliche Fragen der zivilen Kernenergienutzung wie Reaktorsicherheit und Strahlenbelastung der Bevölkerung beim Normalbetrieb in den Vordergrund. In einer dritten Phase traten allgemeine Fragen der Energiepolitik wie z.B. die Problematik von Energiebedarfsprognosen, rationellem Energieeinsatz, Nutzung regenerativer Energiequellen usw. hinzu. In einer vierten Phase spielten schließlich gesamtgesellschaftliche Fragen wie Arbeitsplatzsicherung, Umweltzerstörung, Kritik der Großtechnik, Grenzen des Wachstums u.a. die Hauptrolle.“ (Sternstein 1982: 327f.)

Bürgerinitiativen organisierten sich oft als eingetragene Vereine und in Verbänden auf regionaler und nationaler Ebene, beispielsweise der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe im Konflikt um Brokdorf oder dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Im Gegensatz zu Unternehmen verfügten sie über geringe personelle, organisatorische und finanzielle Mittel, ihre Mitglieder waren ehrenamtlich tätig. Nicht nur diese Gegebenheiten beeinflussten die Möglichkeiten und Ressourcen für die Öffentlichkeitsarbeit.

Als Grund für die Mobilisierung in Bürgerinitiativen verweist Sternstein auf einen hohen Grad der Enttäuschung von Bürgerinitiativmitgliedern mit dem politisch-demokratischen System einschließlich des Engagements in Parteien und daraus folgenden Erfahrungen. Abgesehen vom Wahlrecht seien Bürger „praktisch sämtlicher politischer Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten beraubt“ (Sternstein 1982: 328).

Sternstein sah hier einen Zusammenhang zur Radikalisierung auch der Aktionsmethoden von Bürgerinitiativen und alternativen Strukturen der Öffentlichkeitsarbeit. Diese sollten einerseits für die Ziele der jeweiligen Bürgerinitiativen werben im Sinne der Überzeugung weiterer Bürger\*innen und der Gewinnung von Mitstreiter\*innen. Andererseits gehe es darum, die politisch-gesellschaftlichen Ziele zu erreichen und folglich Akteure mit anderen Positionen zum Aufgeben zu zwingen. Die Öffentlichkeitsarbeit setzte dabei Schwerpunkte auf die unmittelbare Information und Mobilisierung von Bürger\*innen, das Agenda-Setting in Massenmedien und eigene Medien, die die Gegenöffentlichkeit dokumentieren.

Bürgerinitiativen als Vereinigungen, die vor Ort durch Netzwerke ihrer Mitglieder verankert sind, verfügten dagegen über weitere Möglichkeiten zur unmittelbaren Information der Bevölkerung. Als schriftliche Instrumente wurden Flugblätter, Broschüren, Zeitschriften und Bücher eingesetzt. Wichtige und für Bürgerinitiativen (und auch andere gesellschaftliche Gruppen wie Parteien und Gewerkschaften) typische Mittel sind Demonstrationen und Protestaktionen auf der lokalen oder regionalen Ebene sowie Gespräche im privaten Umfeld. Mit Bezug zum Agenda-Setting in Massenmedien konkurrierten Bürgerinitiativen vor allem mit politischen Akteuren, aber auch mit Unternehmen, um die Aufmerksamkeit von Journalist\*innen und Redaktionen. Vor allem in regionalen Medien sind zahlreiche Beispiele von Berichten zu lokalen Strategien und Aktionen dokumentiert. Vor allem mit Geländebesetzungen und Demonstrationen werden auch national ausgerichtete Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehredaktionen erreicht. Sternstein bestätigt Aussagen der wenigen anderen Studien zur Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiativen (unter Verweis auf Battelle-Institut 1975: 78ff.; Buchholtz, Mez, Zabern 1978: 58ff.), dass Bürgerinitiativen seltener Themen in Massenmedien setzen konnten. Sternstein sah die Öffentlichkeitswirkung der Bürgerinitiativen als begrenzt an: „Lediglich den großen Bürgerinitiativen- und Umweltschutzverbänden Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) und Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) ist es gelungen, durch regelmäßige Kontakte über Pressegespräche, Interviews, Presseerklärungen und Pressekonferenzen Zugang zu den Massenmedien zu finden“. Beiträge in den Medien könnten eher Hinweise und Einladungen auf Veranstaltungen und Protestaktionen erzielen (Sternstein 1982: 330f.).

Medienarbeit durch eigene Formate der Gegenöffentlichkeit kommt in der Kontroverse um Kernenergie Alleinstellungsmerkmale zu. Sternstein benennt unter anderem Flugblätter, Zeitungen, Dokumentationen sowie Aufkleber, Plaketten und Plakate. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich das Atomkraft-Nein-Danke Logo, dem damals und auch heute noch Symbolcharakter für die Gegenöffentlichkeit zur Kernenergie zukommt (Sternstein 1982: 331f.).

### 3.4 Partizipationsverständnis in der zeitgenössischen wissenschaftlichen Literatur der 70er Jahre

In den vorangegangenen Kapiteln 3.2. und 3.3 wurde mit der Schwerpunktsetzung auf Öffentlichkeitsarbeit und Agenda Setting die erste Säule der Informations- und Dialogaktion Bürgerdialog Kernenergie eingeführt. Dieses Kapitel setzt den Schwerpunkt auf die zweite Säule, den Dialog, der in der Kommunikationswissenschaft als Format und Instrument der Partizipation verstanden wird. Die Darstellung der verschiedenen Theorien von Partizipation, die in der wissenschaftlichen Literatur der 1970er Jahre diskutiert wurden, gibt einen Einblick in das Partizipationsverständnis und den Wissensstand in Bezug auf das damals neue Phänomen der Bürgerinitiativen zur (Entstehungs-)Zeit des Bürgerdialog Kernenergie.

Partizipation sollte ein entscheidender Baustein für eine neue politische Kultur sein, in der Konflikte gewaltfrei und im Konsens gelöst werden sollten (Pufendorf 1970: 7, Scharpf 1973: 33). Diese normative Orientierung am Konsens, wie von Habermas geprägt (siehe Kapitel 3.2.3), war in den 1970 und 1980er Jahren eine in Wissenschaft und Öffentlichkeit weitgehend geteilte Annahme, die sich auch auf den Bürgerdialog Kernenergie auswirkte. Auch wenn es keine verbindliche Definition von Öffentlichkeit gibt, ist der Begriff das zentrale Element von Demokratietheorien und dem Anspruch auf bürgerschaftliche Teilhabe (Köpl 2023: 495) bzw. gilt als Interaktionszusammenhang, „der die Alltagswelt der Bürgerschaft mit der Welt politischer Entscheidungen verknüpft“ (Rucht 2010: 9).

#### 3.4.1 Begriffsverständnis

In den frühen 1970er Jahren war das Thema Partizipation zentraler Teil der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung und des Reformeifers der sozialliberalen Koalition. Gesellschaftliche Partizipation wurde nicht nur durch die neuen Bürgerinitiativen eingefordert, sondern auch von politischen Parteien wie der SPD mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ versprochen.

Dies spiegelt sich in der wissenschaftlichen Debatte wider. Bereits in den späten 1960er Jahren hatte der US-amerikanische Politologe Verba (1967: 54) die Kernfragen zur Annäherung an die Definition des Begriffs Partizipation gestellt: „Who participates, about what and how?“

Im deutschen Sprachgebrauch differenzierten einige Politik- und Sozialwissenschaftler zwischen Partizipation und Mitbestimmung, andere benutzten beide Begriffe synonym (Alemann 1975: 14). Der Publizist und langjährige erste Vorsitzende der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 Ulrich von Pufendorf (1970: 5f.) bezeichnete *Partizipation* als „mitverantwortliche und verpflichtende Teilhaberschaft“ und zog diesen Begriff der in seinen Augen tendenziell passiveren *Mitbestimmung* vor. Der Politikwissenschaftler Nelles (Buse, Nelles 1975: 77) wiederum charakterisierte

„Partizipation als ‚echte‘ Mitbestimmung“, suggerierte damit, dass Partizipation auch politische Folgen haben müsste.

Der Politologe Ulrich von Alemann (1975: 21) deutete „Demokratisierung, Partizipation, Mitbestimmung und weitere verwandte Konzepte [als] Mittel der Erweiterung von traditionellen Teilhaberechten an Entscheidungen im politisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Raum [...], die zwar tendenziell stärker auf direkte und materiell fundierte Beteiligung von Einzelnen und Gruppen abstellen, aber nicht durch die Ausschließung von repräsentativ-delegierenden ‚formalen‘, und ‚systemgebundenen‘ Formen definiert werden können.“

Was Partizipation leisten sollte, hatte im Verständnis zahlreicher zeitgenössischer Autoren in den späten 1960er und frühen 1970er Jahre viel mit Gerechtigkeit und der Vision einer besseren Gesellschaft zu tun: So wurde die gleichberechtigte Beteiligung (Dienel 1970: 153) oder auch die Beteiligung bislang an Planungsprozessen benachteiligter Menschen (Hollihn 1976: 12ff.) an Beteiligungsprozessen gefordert. Andere erhofften sich von Partizipation die Ermächtigung der Bürger\*innen (Arnstein 1972: 193) durch Übertragung von Verantwortung und Autorität (Hettlage 1979: 23) sowie Kontrolle und Beeinflussung der (damals überwiegend männlichen) Entscheider (Verba 1967: 54). Partizipation beschrieb zudem ein soziales Verhalten im gesamtgesellschaftlichen Kontext: nur in Beziehung zu und mit anderen sei Partizipation möglich (Hettlage 1979: 24; Rammstedt, 1970: 353f.). Pufendorf (1970: 9) betrachtete aktive Partizipation, also die „lebendige[n] Teilhaberschaft“ am Gesamtgeschehen (Hettlage 1979: 24), als einen Lösungsansatz, der u.a. zur Einordnung des technischen Fortschritts vonnöten sei, damit dieser erfolgreich von der Gesellschaft in die Gesellschaft integriert werden könne.

In den Akten des BMFT taucht der Begriff Partizipation im Kontext des Bürgerdialog Kernenergie nur äußerst vereinzelt auf (z.B. Lang 1976 ‚Fortsetzung des Bürgerdialogs Kernenergie‘, BArch, B 196/34252; BMFT 1978 ‚Archivsystematik‘, BArch, B 196/20640). Überwiegend wurde der Begriff „Beteiligung“ verwendet. In Band 3 der Veröffentlichungsreihe *Argumente in der Energiediskussion* „Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen.“ wurden Beteiligung und Partizipation ausführlich diskutiert unter Einbeziehung wissenschaftlicher Experten (Matthöfer 1977 ‚Bürgerbeteiligung‘). Wie fluide und wenig trennscharf die Begrifflichkeiten waren, gerade im Hinblick auf politische Entscheidungen, zeigen die Beiträge in diesem Sammelband. So definierte Alemann hier Partizipation als eine Form von Beteiligung von Personen und Personengruppen an Entscheidungsprozessen, wobei auch der vorgelagerte Willensbildungsprozess darunter zu verstehen sei (Alemann 1977: 247). Davon abgegrenzt führte Alemann die „Mitbestimmung“ auf, die allein auf institutionalisierter Ebene stattzufinden habe (Alemann 1977: 247).

Viele Sozialwissenschaftler\*innen stimmten in einem weiter gefassten Verständnis von Partizipation als indirekte Beteiligung an Entscheidungen, d.h. am politischen Willensbildungsprozess, überein: Im Sinne dessen, was man heute als „deliberative Demokratie“ diskutiert, sollten dann beispielsweise in Form eines Dialogs

(Zillesen 1977: 224) gesellschaftlich verbindliche Entscheidungen vorbereitet oder beeinflusst werden (Wertz 1972: 284) und zur Konsensfindung beitragen (Scharpf 1973: 35). Dies entsprach auch Matthöfers strikter Trennung von Dialog und politischer Entscheidung, die den Gewählten vorbehalten war (Hofmann 1975).

### 3.4.2 Politische Partizipation in den 1970er Jahren

Politische Partizipation wurde von Politikwissenschaftler Buse als „Sonderform der sozialen Handlung“ definiert, die die Einflussnahme bzw. Beteiligung der Bürger\*innen an öffentlichen Aufgaben und somit eine Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess umfasste (Buse, Nelles 1975: 41f.). Die politische Partizipation der Bevölkerung, über Teilnahme an Wahlen hinaus, war im Deutschland vor 1970, beispielsweise im Vergleich zum angelsächsischen Raum, verhältnismäßig gering (Eckert 1970: 42f.). Während Umfragen zeigen, dass die Bürger\*innen großes Vertrauen in die Verwaltung setzten, misstrauten sie dem politischen System und den politischen Willensbildungsprozessen, nicht zuletzt begründet im Trauma der Deutschen Geschichte (Eckert 1970: 42f.). Trotz der guten Informiertheit in politischen Fragen war bei den meisten Bürger\*innen die Bereitschaft gering, sich zu engagieren. „Die Staatsbürgerrolle [erschöpft sich] im Wahlakt“, konstatierte der Soziologe Eckert 1970 (S. 42f.). Der „liberale Daseinsvorsorge- und Wohlfahrtsstaat“ habe gleichzeitig zu zunehmender Ent- und Repolitisierung geführt, so Alemann (1977: 253). Andere, wie der Rechts- und Politikwissenschaftler Mayer-Tasch (1974: 69), meinten, eine Tendenz hin zum Konsum staatlicher Leistungen zu beobachten, die wenig Eigeninitiative und gesamtgesellschaftliche Verantwortung erkennen ließe. Deren Ursprung glaubte er in der Entfremdung des politischen Lebens vom Volk durch Parteien und Verbände gefunden zu haben, die das Interesse der Bürger\*innen an einer Mitgestaltung verfallen lasse (Hegner 1977: 183).

Die Entstehung der Bürgerinitiativen deutete Mayer-Tasch (1974: 69) als Gegenbewegung zu dieser Entwicklung, als „Symptom einer Krise der mittelbaren Demokratie“, die gleichzeitig den Aufbruch hin zu einer bürgernäheren Demokratie symbolisierte und die motiviert war durch die Unzufriedenheit mit einer stetigen Verschlechterung sozial-ökologischer Zustände sowie den wahrgenommenen Strukturdefiziten des Verwaltungsstaats und den als unzureichend empfundenen Einflussmöglichkeiten der Bürger\*innen (Mayer-Tasch 1977 ‚Bürgerinitiativbewegung‘: 27ff.; Mayer-Tasch 1977 ‚Bürgerinitiativen und verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz‘: 207). Partizipation bedeute im Extremfall eben auch das Infragestellen des politischen Systems und könne, so die Hoffnung, durch die Steigerung des Legitimationsdrucks eine bürgernähere Orientierung von Entscheidungen bewirken (Buse, Nelles 1975: 78). Auch Rammstedt diskutierte Partizipation als Mittel zur Repolitisierung (1970: 354ff.).

Anfang der 1970er Jahre war also – neben der beschriebenen wissenschaftlichen Debatte darüber – auch eine gesellschaftliche Erwartung hin zu insgesamt mehr politischer Partizipation festzustellen, sowohl formeller als auch informeller Natur (Herbert 2003: 43). So gab es eine verbreitete Unzufriedenheit mit dem „Parteienstaat“ und den

fehlenden Partizipationsmöglichkeiten für Bürger\*innen (Schiller 1970: 115). Darüber hinaus wuchs das Potential für und die Erwartung an Partizipation in der Bevölkerung aus mehreren Gründen: ein höheres Bildungsniveau und damit ein gewachsener Informationsgrad der Bürger\*innen, die zunehmende Anzahl von Frauen, die sich engagierten, sowie die zeitgenössisch bereits beobachtete Veränderung von Werteprioritäten, der sogenannte „Wertewandel“ (Inglehart 1971: 997; Inglehart 1989: 417).

Vertrauen war dabei eine wichtige Voraussetzung: Es gab, wie der Politikwissenschaftler Kaase (1976: 184) zeigte, eine starke Korrelation zwischen dem Grad des Vertrauens eines Individuums ins System und der Form und des Grads der politischen Beteiligung: Demnach bedienten sich systementfremdete Bürger\*innen unkonventioneller Formen der politischen Beteiligung. Umgekehrt stellte der Soziologe Hettlage fest, dass Partizipation das Vertrauen ins System stärken und Menschen mobilisieren, befähigen und ermächtigen würde (Hettlage 1979: 29). In dem richtungsweisenden, länderübergreifend vergleichenden Werk „Political Action“ beleuchtete ein internationales Forscherteam 1979 die konventionellen und unkonventionellen Formen der Bürgerbeteiligung (Kaase, Marsh 1979: 28). Darin hob es die politische Partizipation als Herzstück des demokratischen Staats hervor.

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre hatte der Zukunftsforscher Jungk zwei Faktoren identifiziert, die ebendiese politische Partizipation erschweren (1970: 62): zunehmende Komplexität des wissenschaftlich-technischen Wandels sowie starke Intransparenz. Verbesserte, kuratierte Information hätte seiner Ansicht nach gegen beides geholfen; denn die neue Währung der Macht seien Informationen. Ähnlich sah der Theologieprofessor Bahr (1970: 94ff.) den Staat in der Pflicht, ausreichend Informationen zur Verfügung zu stellen, damit sich Bürger\*innen sachkundig an öffentlichen Diskussionen beteiligen könnten. Jungk kritisierte die Führungseliten, die die technischen Kompetenzen der Bevölkerung geringschätzten, Entscheidungen ohne Öffentlichkeitsbeteiligung trafen. Vor allem im frühen Stadium von Entscheidungen zu Infrastruktur und Umweltbeeinflussung ließen sie keine Information oder gar Beteiligung zu (Jungk 1970: 63), gerade weil sie diese als Fragen werteten, die anhand technischer Kriterien von Fachleuten und Experten zu entscheiden seien. In seiner Technokratie- und Bürokratie-Kritik verwies Jungk einerseits auf die Machtlosigkeit der Bürger\*innen als Folge der mangelhaften Kompetenz in hochkomplexen Fragen, andererseits hob er auch kritisch hervor, dass Entscheider den Betroffenen oft bewusst Informationen vorenthielten (Jungk 1970: 64ff.). Diese Ansicht wurde vom Politologen und ehemaligen Habermas-Assistenten Offe geteilt, der prophezeite, dass bürokratische Fremdbestimmung ohne Transparenz und die Möglichkeit zur Beteiligung selbst bei besten Absichten von der Bevölkerung abgelehnt würde und viel Protestpotential brächte (Offe 1970: 84f.). Gleichzeitig wurde der Verwaltung unterstellt, mit der Komplexität der Aufgabe, die Bürger\*innen an Entscheidungen zu beteiligen oder die Ergebnisse des demokratischen Willensbildungsprozesses zu integrieren, überfordert zu sein (Offe 1970: 84; Hegner 1977: 160).

Ein weiterer Kritikpunkt war (und bleibt bis heute) die soziale Unausgewogenheit derjenigen, die sich beteiligten. Der in der amerikanischen Partizipationsforschung

festgestellte Zusammenhang zwischen proportionalem Anstieg von sozio-ökonomischem Status und Grad der Beteiligung (Buse 1975: 43) konnte auch in der Bundesrepublik Deutschland konstatiert werden (Armbruster, Leisner 1975: 161ff.), ebenso wie die Abhängigkeit zwischen politischer Partizipation und sozialem Status, Organisiertheit und Persönlichkeitsfaktoren (Eckert 1970: 41).

Auf Seiten mancher staatlicher Stellen sorgte das Thema der politischen Partizipation zu Unruhe. So war nicht nur eine wachsende Zahl von Bürger\*innen unzufrieden mit dem Verhalten des Staates. Die zivilgesellschaftlichen Bestrebungen nach (mehr) Partizipation, die sich beispielsweise in dem vermehrten Aufkommen der Bürgerinitiativen ausdrückten, weckten mitunter Skepsis und Unbehagen. Mayer-Tasch (1974: 69f.) zitierte beispielsweise die „tiefe Besorgnis“ des bayrischen Ministerpräsidenten Goppel (CSU). Unter der Annahme des Prinzips der Konstanz der Machtsumme (Rammstedt 1970: 351), das besagt, dass Macht niemals mehr oder weniger wird, sondern sich lediglich verschiebt, ist vorstellbar, dass Bürgerbeteiligung als Bedrohung des Status Quo, ergo der politischen Entscheider\*innen, wahrgenommen wurde und damit in deren Wahrnehmung ihre Schwächung. Gerade Bürgerinitiativen würden als externe Störung, gar Gefährdung des politischen Systems und damit als politisches Problem interpretiert (Rammstedt 1977: 4). Dies entspricht einem älteren Interpretationsmuster der Sozialen Bewegungsforschung, die Soziale Bewegungen als pathologische Erscheinung, als Reaktion auf ein gesellschaftliches Konfliktlösungs- und Integrations-Defizit, verstand (Buechler 2007).

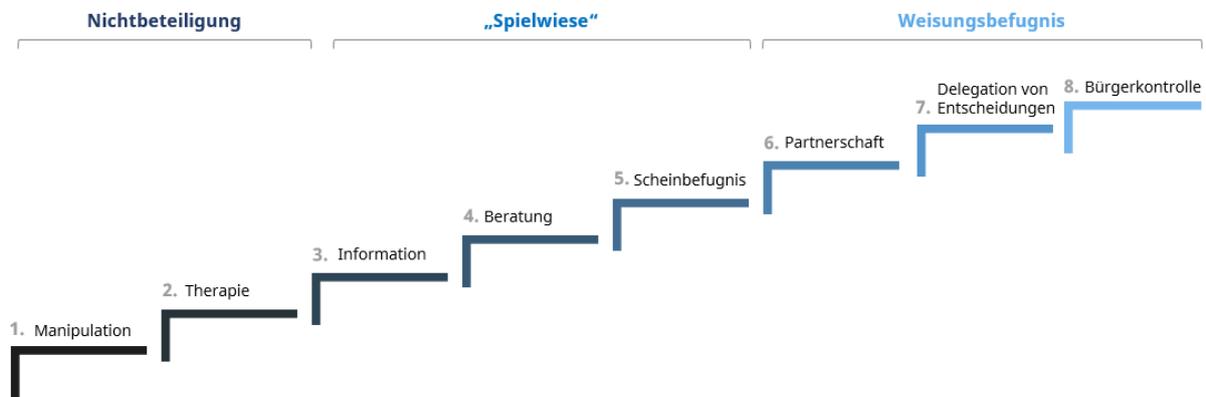
### 3.4.3 **Beteiligungsformen und -möglichkeiten**

Anhand zweier Darstellungen soll ein Überblick über die Bewertung der Beteiligungsmöglichkeiten verschiedener Verfahren sowie über die Beteiligungsformen der 1970er Jahre gegeben werden.

Hinsichtlich des Grads der Beteiligung ist das einflussreiche Modell der Stufen der Bürgerbeteiligung von Sherry R. Arnstein (1969), das ab 1972 auch auf Deutsch vorlag, bei der Einordnung verschiedener Partizipationsmöglichkeiten hilfreich. Die US-Wissenschaftlerin bewertete den von Politik und Verwaltung zur Verfügung gestellten Raum für Partizipation sehr kritisch. Das Modell unterteilt verschiedene Beteiligungsverfahren in drei Gruppen und insgesamt acht Stufen (Abbildung 2), die in Hinsicht auf Umfang und Güte nach oben anwachsen. Jede Stufe gibt das Maß an Macht wieder, über das die Bürger\*innen jeweils verfügen (Arnstein 1972: 194ff.). Die ersten beiden Stufen – Manipulation und Therapie – fallen in die Gruppe der Nichtbeteiligung („Nonparticipation“) und dienen den „Mächtigen“ dazu, die beteiligten Personen zu „erziehen“ oder zu „kurieren“ (Arnstein 1972: 195). Mit Information („Informing“) und Beratung („Consultation“) schließt die Gruppe der Schein-Beteiligung („Tokenism“) daran an, die laut Arnstein nicht geeignet ist, die Bürger\*innen tatsächlich zu beteiligen oder Druck auszuüben. Auch „Placation“, die Scheinbefugnis, ermöglicht den Beteiligten zwar sich zu äußern, aber die Entscheidungsgewalt verbleibt weiterhin bei den Mächtigen (Arnstein 1972: 195). In der dritten Gruppe sind unter „Citizen Power“ die drei

Stufen der Partizipation der Bürger\*innen zusammengefasst, bei denen tatsächlich Macht auf sie übertragen würde und sie über Entscheidungskompetenzen verfügten.

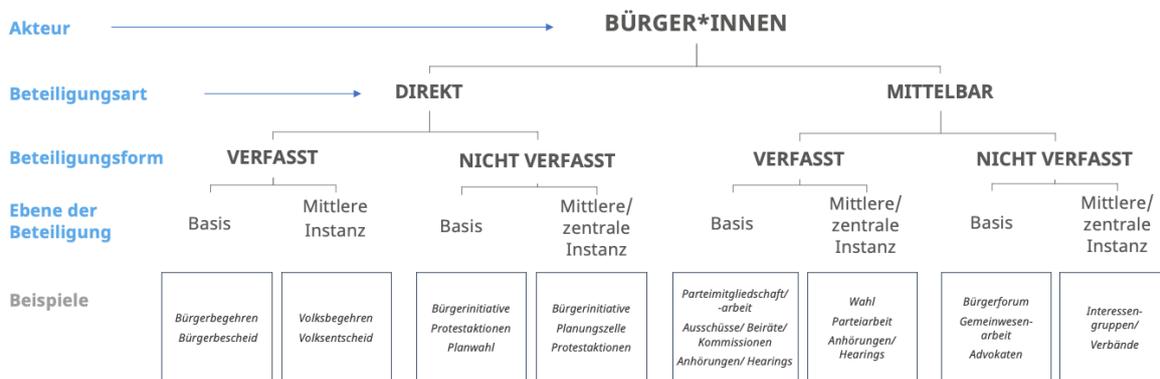
**Abbildung 2: Die Stufen der Bürgerbeteiligung (Partizipationsleiter)**



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Arnstein 1969.

Einen anderen, systematischen Ansatz der Einteilung der Partizipationsmöglichkeiten boten Buse und Nelles (1975: 84). Sie unterschieden in ihrer Darstellung als erstes zwischen direkten und indirekten („mittelbaren“) Arten der Beteiligung, die dann danach weiter differenziert werden, ob sie verfasst oder nicht verfasst sind (Abbildung 3). Des Weiteren wurde die Ebene der Beteiligung eingeführt, wobei zwischen Basis, mittlerer und zentraler Instanz unterschieden wird. Bei allen dargestellten Beteiligungsformen richteten sich die Bürger\*innen an die Verwaltung.

**Abbildung 3: Schematische Darstellung der Beteiligungsformen**



Quelle: Eigene Darstellung und Erweiterungen in Anlehnung an Buse, Nelles 1975: 84.

Grundgesetz, Länder- und Gemeindeverfassungen ließen Raum für repräsentative (indirekte) und plebiszitäre (direkte) Formen der Beteiligung der Bürger\*innen. In der Realität überwogen Anfang der 1970er Jahre die indirekten Formen der Beteiligung (Buse, Nelles 1975: 80f.). Im Folgenden werden die in Abbildung 3 aufgeführten Beteiligungsformen kurz dargestellt.

Wahlen sind eine verfasste, indirekte und die von den meisten Bürger\*innen wahrgenommene Beteiligungsform. Sie sind Ausdruck der Volkssouveränität, haben

aber den Nachteil der faktischen Einflusslosigkeit während der Legislaturperiode (Buse, Nelles 1975: 87f.). Die weiteren Formen in dieser Kategorie (Parteimitgliedschaft/-arbeit, Ausschüsse, Anhörungen) wiesen das Problem der unzureichenden Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen auf (Buse, Nelles 1975: 88ff.). Auch waren die tatsächlichen Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten eher gering. Obwohl Beiräte und Kommissionen die häufigste Beteiligungsform an politischen Willensbildungsprozessen darstellten, gingen sie an den Betroffenen vorbei, da meist organisierte Interessenverbände und Wissenschaftler\*innen beteiligt wurden (Buse, Nelles 1975: 91). Die relativ neue Partizipationsmöglichkeit von Anhörungen, die bei größeren Gesetzgebungsverfahren eingesetzt wurden, boten zwar ebenfalls die Chance den politischen Willensbildungsprozess im Vorfeld von Entscheidungen zu beeinflussen und machten diesen Prozess transparenter, indem es möglich wurde Argumente, Gegenargumente und Einflussnahmen nachzuvollziehen. Allerdings sahen Buse und Nelles die Gefahr, dass solche „Hearings“ lediglich die „pseudo-demokratische Legitimation längst vorgefaßter Standpunkte“ darstellte (Buse, Nelles 1975: 90).

Zwei direkte, verfasste Beteiligungsformen – Bürger- und Volksbegehren – gehörten zum „traditionellen Instrumentarium direkt-demokratischer Willensbildung“ (Buse, Nelles 1975: 96), wurde aber selten wahrgenommen, denn sowohl Bürger- und Volksentscheide als auch Bürger- und Volksbegehren seien mit erheblichem Aufwand verbunden.

Die nicht-verfassten, manchmal auch informell genannten Beteiligungsformen zeichneten sich im Vergleich zu den verfassten, formellen Formen naturgemäß durch mehr Innovation und Wendigkeit aus. Manchen waren gerade erst im Kommen, andere waren schon etablierter.

Unter den nicht-verfassten und indirekten Beteiligungsformen fanden sich einerseits Interessengruppen und Verbänden, die unter demokratischen Gesichtspunkten kritisch betrachtet wurden, da sie eine überproportionale Darstellung von eigenen Bedürfnissen und Interessen in den Prozess der politischen Willensbildung einbrachten (Buse, Nelles 1975: 106). Andererseits waren in dieser Gruppe mit Bürgerforen, Gemeinwesenarbeit und Advokaten Beteiligungsformen versammelt, die explizit die Partizipationschancen ansonsten unterrepräsentierter, oft auch unterprivilegierter Gruppen fördern wollten (Buse, Nelles 1975: 106ff.), z.B. durch Hilfe zur Selbsthilfe oder durch eine\*n qualifizierte\*n Vertreter\*in.

Die letzte Gruppe ist die der nicht-verfassten, direkten Beteiligungsformen. Hierzu zählten Bürgerinitiativen und Protestaktionen. Letztere konnten eine äußerst effektive Form der politischen Partizipation sein, erforderten aber auch ein sehr hohes Maß an punktueller Motivation (Buse, Nelles 1975: 98). Darüber hinaus waren Planwahl und Planungszelle neue Konzepte, die die Ergebnisse von Plebisziten und administrative Planungsprozesse effizienter erreichen und gestalten wollten (Buse, Nelles 1975: 102ff.). Bei der Planwahl war schwierig, dass die Beteiligten nicht einwandfrei ausgewählt werden konnten, ein Problem, dem bei der Planungszelle durch die Auswahl von Zufallsbürger\*innen begegnet wurde (Buse, Nelles 1975: 103). Außerdem sollten die beteiligten Bürger\*innen die Technokraten kontrollieren können. Erschwert wurde das

durch die starke Abhängigkeit der Planungszelle von den Verwaltungen hinsichtlich Information Zuarbeit.

Bürgerinitiativen (BIs) (siehe Kapitel 3.4.3.1) waren der zentrale Ausdruck der bürgerschaftlichen Partizipationsforderungen in den frühen 1970er Jahren. Stellt man beispielsweise die Bürgerinitiative als nicht verfasste Form dem verfassten Bürgerbegehren gegenüber, lässt sich hinsichtlich der Erfolgchancen von Partizipation eine deutliche Unterscheidung ausmachen (Buse, Nelles 1975: 83). Bürgerbegehren zogen im Erfolgsfall verbindliche Entscheidungen nach sich, wohingegen Bürgerinitiativen rechtlich unverbindlich und von rein beratendem Charakter waren. Der Erfolg ihrer Bemühungen hing maßgeblich vom eigenen Konfliktpotential ab, also der Fähigkeit, einen Konflikt durch Protest etc. zu bestreiten, und den politischen Kräfteverhältnissen, also von zwei Faktoren, die die BIs nicht beeinflussen konnten. Andererseits war der Weg zu einem erfolgreichen Bürgerbegehren auch ungleich mühsamer und komplexer, so dass es selten überhaupt zum Einsatz kam. Ihre Nicht-Verfasstheit, Flexibilität und Spontaneität konnten den Bürgerinitiativen also auch zum Vorteil gereichen. Weitere demokratische Merkmale der BIs waren ihr Forderung nach mehr Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen und nach Kontrolle der Bürokratie (Buse, Nelles 1975: 100). Auch bei den Bürgerinitiativen gab es mitunter repräsentative Personen, die für die Gruppe bspw. mit der Verwaltung verhandelten oder in einem Ministergespräch die Positionen und Forderungen der Bürgerinitiative vertraten. Der entscheidende Unterschied zur indirekten repräsentativen Beteiligung, z.B. bei Wahlen, war die Möglichkeit der Mitglieder, auf einzelne Entscheidungen direkt Einfluss zu nehmen, da die Handelnden im Zweifel ihre Legitimation verlören, wenn sie gegen den Willen ihrer Mitglieder handelten (Buse, Nelles 1975: 82). Bei Wahlen gaben die Bürger\*innen den Repräsentant\*innen dagegen eine generelle Handlungsvollmacht ohne unmittelbaren Rückkopplungskanal. Bei den Bürgerinitiativen wurde allerdings auch eine Gefahr gesehen, dass die Führung oder Kerngruppe sich verselbständigen könnte aufgrund von Bildung, sozialer Schicht und zeitlichen Kapazitäten (Buse, Nelles 1975: 100). Gleichzeitig wurde den BIs im Vergleich mit anderen Beteiligungsformen am ehesten das Potential zugesprochen die mangelhafte Repräsentation der Bevölkerung zu überwinden.

Bürgerinitiativen sollten im Kontext des Bürgerdialog Kernenergie eine gewichtige Rolle einnehmen: Es ging Matthöfer von Anfang an um den „vertrauensvolle[n] Dialog mit der engagierten Öffentlichkeit“ (Matthöfer 1975 ‚Vertrauensvoller Dialog‘: 25), was die Vertreter\*innen der Bürgerinitiativen als „vertrauensvollen Dialog mit den Bürgerinitiativen“ (Leinen 1975) verstanden.

### **3.4.3.1 Bürgerinitiativen**

#### **Definition, Typen und Phasen**

„Dennoch kann festgestellt werden, dass sich in den verschiedensten Bereichen und Regionen Bürgerinitiative regt.“ – so beschrieb Pufendorf (1970: 14) die Situation im Jahr 1970 – wengleich mit dem Zusatz, dass die Chancen für gemeinnützige Bürgerinitiativen

eher kritisch als optimistisch gesehen werden. Wie in Pufendorfs Formulierung durchscheint, bezeichnete „Bürgerinitiative“ in den 50er und 60er Jahren keine Gruppe, sondern politisches Handeln von Bürger\*innen, also das Engagement von Privatpersonen für das Gemeinwohl (Brand, Büsser, Rucht 1986: 85). Bürgerinitiative fand an der Basis gesellschaftlicher Teilbereiche statt und stellte ein Gegengewicht zu als mangelhaft wahrgenommenem Verwaltungshandeln dar, ebenso wie eine Reaktion auf die wachsende Unzufriedenheit mit dem überproportionalen Einfluss von Parteien und Verbänden (Eckert 1970: 41; Hegner 1977: 178; Schiller 1970: 115). Darüber hinaus bereitete Bürgerinitiative als Form von Partizipation die gesellschaftliche Willensbildung vor (Eckert 1970: 41; Mayer-Tasch 1974: 74; Renn 1977: 119).

Erst als ab 1966/67 zahlreiche lokale Bürgerinitiativen entstanden, wandelte sich das Begriffsverständnis, hin zur Bezeichnung von Gruppen und informellen Organisationen. Bürgerinitiativen können damit als „praktizierter Ausdruck eines basisorientierten, partizipatorischen Demokratieverständnisses“ (Brand, Büsser, Rucht 1986: 86) verstanden werden und drückten das Bedürfnis der Bevölkerung nach mehr Mitbestimmung aus (Knirsch, Nickolmann 1976: 52), deren Einzelbewegungen sich auf thematische Schwerpunkte wie „Bürger- und Menschenrechte, Emanzipation von Frauen, Ökologie und Atomenergie, Frieden und Abrüstung, selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsformen sowie Hunger und Elend in der Dritten Welt“ hin ausrichteten (Rucht 2021: S. 652ff.). Kritiker\*innen sahen in ihnen einen „systemschwächenden Mechanismus partieller Interessendurchsetzung“ (vgl. Renn 1977: 119). Die zeitgenössische Sozialwissenschaft fasste unter dem Label Neue Soziale Bewegungen diese Alternativ- und Protestbewegungen der 70er Jahre und damit die zahlreichen außerparlamentarischen Gruppen, die im Fahrwasser der studentischen Protestbewegung der 1960er Jahre entstanden (Bacia 2021: 257), zusammen. „Das Adjektiv ‚neu‘ markiert eine Abgrenzung zur Arbeiterbewegung als Prototyp der ‚alten‘ sozialen Bewegung. Zwischen dieser und den NSB bildet die Studentenbewegung eine Brücke.“ (Rucht 2021: 652f.)

Den beiden Politikwissenschaftlern Guggenberger und Kempf zufolge lassen sich Bürgerinitiativen wie folgt definieren:

„Bürgerinitiativen sind spontane, zeitlich in der Regel begrenzte, lockere Zusammenschlüsse von einzelnen Bürgern, die sich von politischen Maßnahmen, öffentlichen Planungen oder Unterlassungen, von Mißständen und befürchteten Fehlentwicklungen in der sozial-kulturellen wie in der natürlichen Umwelt meist persönlich betroffen wähnen, und die sich, sei es im Wege der unmittelbaren Selbsthilfe oder sei es durch Ausübung politischen Drucks infolge öffentlicher Meinungswerbung, um Abhilfe im Sinne ihres meist ganz konkreten, bewußt begrenzten Anliegens bemühen.“ (Guggenberger, Kempf 1976: 12).

Aus verfassungsrechtlicher Sicht fasste Schuppert (1977: 380) es kürzer, und hob die Rolle in der Partizipation hervor: „Bürgerinitiativen sind demnach eine Art der nicht förmlichen Beteiligung von Betroffenen und/oder Engagierten an staatlichen Entscheidungen.“ Ein weiteres wichtiges Merkmal, hob der damalige BBU-Vorsitzende

Schumacher (1977: 222) hervor, sei die Überparteilichkeit der Bürgerinitiativen. Innerhalb der Bewegungen fand sich Raum für Gruppen, die alle Formen von Engagement, Radikalität und Werteverständnis repräsentierten, stellte der Politologe Scherer (1984: 71) fest. Die tradierte Aufteilung entlang der Parteilinien sei abgelöst worden von gemeinsamen Werten und Zielen, die die Menschen vereinten. Das gab den Bürgerinitiativen die Möglichkeit, über alle Parteilinien hinweg inhaltlich, „projektorientiert“ die größtmögliche Schnittmenge von Bürger\*innen zu versammeln (Scherer 1984: 71).

Hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung gab es immer wieder Diskussionen über die starke Unterrepräsentation weniger gebildeter, „sozial schwacher“ Schichten (Matthöfer 1977 ‚Vorwort‘: XIIIff.; Armbruster, Leisner 1975: 159ff.; Buse, Nelles 1975: 43; Schuppert 1975: 375f.; Mayer-Tasch 1974: 75; Hegner 1977: 161; Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin 1973: 265). Der Kritik an der übermäßigen Beteiligung der gebildeten Mittel- und Oberschicht stand die vermutete Stärkung der Demokratie gegenüber. Selbst wenn die Beteiligten (oder sich Beteiligenden) nicht repräsentativ für die gesamte Gesellschaft seien, würde ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur geleistet und das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein in seiner Gesamtheit gestärkt. Denn auch in den Parteien seien nicht alle Bürger\*innen repräsentiert oder gar entsprechend ihrer beruflichen Stellung proportional engagiert (Mayer-Tasch 1974: 75; Armbruster, Leisner 1975: 99ff.). Gleichwohl wurde die Zugehörigkeit zur gleichen Schicht und Statusgruppe von Verantwortlichen in Bürgerinitiativen, Verwaltung und Politik sowie den Medien als verbindendes Element zwischen diesen Gruppen betrachtet, das das Potential hatte, die Durchsetzungschancen der Anliegen der Bürgerinitiativen zu begünstigen (Hegner 1977: 192). Darüber hinaus sei es denkbar, dass die Engagierten politisch als Anwalt für die ganze Bevölkerung fungieren (Armbruster, Leisner 1975: 6). Ab 1975 verzeichneten Brand/Büsser/Rucht (1986: 102) eine zunehmende Teilnahme aller Schichten. Der Soziologe Renn von der Kernforschungsanlage in Jülich identifizierte ein fruchtbares Zusammenspiel zwischen den Teilnehmenden aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten innerhalb der Bürgerinitiativen, das in seiner dichotomen Gegenüberstellung allerdings auch Elemente der Defizitthese reflektiert. Die Mitglieder mit hohem Bildungsstand brächten Rationalität und effektive Führungsstärke in die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie ein, die weniger Gebildeten mit großen emotionalen Ängsten vor der Kernkraft stellten die Basis für die demokratische Legitimation der Bürgerbeteiligung dar (Renn 1977: 64).

Bürgerinitiativen ließen sich danach einteilen, ob die Gruppe sich für oder gegen etwas einsetzte. Verschiedene Studien wiesen darauf hin, dass beide Positionen ähnlich häufig vorkamen. Je unmittelbarer die Betroffenheit sei, umso konkreter sei auch die Formulierung der Ziele der Bürgerinitiative (Schuppert 1977: 374f.). Die reaktive Dagegen-Haltung rühre von der im Prozessverlauf späten Beteiligung der Bürger\*innen durch die Verwaltung her. Viele Menschen wünschten sich eigentlich im Vorfeld mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Wenn man die Verfahren ändere, würden die Menschen auch zu einer konstruktiveren Haltung kommen (Alemann 1977: 275; Schuppert 1977: 379f.). Vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, verkleinere die

Beteiligungsmöglichkeiten und den Handlungsspielraum der Bürgerinitiativen erheblich und erhöhe die Bereitschaft zu Opposition (Schuppert 1977: 379f.).

In der Anfangsphase kurz nach ihrem Aufkommen seien Bürgerinitiativen vor allem ein Korrektiv für soziale und umweltpolitische Missstände und Fehlentwicklungen auf lokaler Ebene ohne Vernetzung und mit starker Fokussierung auf ein einzelnes Thema („Ein-Punkt-Initiativen“) (Scherer 1984: 74f). Diese Bewertung deckt sich mit der später erstellten Klassifikation von Bürgerinitiativen der ersten und zweiten Phase nach Thaysen (1980: 196ff.) sowie dem 3-Phasenkonzept nach Brand, Büsser, Rucht (1986: 88ff.), in das sich das Gros der Bürgerinitiativen einordnen lässt:

1. Nebeneinander von 1-Punkt-Aktionen: Bürger\*innen schließen sich aufgrund lokaler Betroffenheit zusammen. Zwischen den einzelnen Bürgerinitiativen gibt es keine bis wenig Kooperation (Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin 1973: 276).
2. Organisatorische Formierung und inhaltliche Ausweitung des Protests: Zunehmende Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den lokalen Gruppen. Herausragend ist hier der BBU zu nennen: Bereits 1972 wurde – mit tatkräftiger Unterstützung des für Umweltschutz zuständigen Innenministeriums unter Leitung von Hans-Dietrich Genscher (Uekötter 2011: 96) – der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unter Vorsitz des FDP-Mitglieds Wüstenhagen gegründet, der überregional Gruppen mit gleichen Interessen im Bereich des Umweltschutzes vernetzte und wie ein klassischer Verband repräsentieren sollte. Er sollte und wollte für die stetig wachsende Zahl von Bürgerinitiativen im Bereich Umweltschutz ein gemeinsames, überparteiliches umweltpolitisches Ziel formulieren (Armbruster, Leisner 1975: 170; Schumacher 1977: 232f.). 1977 gehörten dem dezentral organisierten Bündnis rund 950 Gruppen mit mehr als 300.000 Mitgliedern an (Schumacher, 1977: 232f.).
3. Aufstieg und drohender Zerfall der Ökologiebewegung: Ab ungefähr 1976/77 ging die Bürgerinitiativbewegung als qualitativ neue Stufe in der Ökologiebewegung auf (Brand, Büsser, Rucht 1986: 86). Die Gewerkschaften grenzten sich ab und setzten sich fortan für Kernenergie ein (Brand, Büsser, Rucht 1986: 98). Ab 1979/1980 sei die Ökologiebewegung stärker zerfallen bzw. entwickelte sich in andere Bereiche weiter – u.a. mit der Gründung der Grünen Partei (Brand, Büsser, Rucht 1986: 102).

Das Verhältnis von Parteien und Bürgerinitiativen war komplex und manchmal konfliktgeladen. In den ersten Jahren der Bürgerinitiativbewegung begegneten die Parteien den Gruppen sehr aufgeschlossen und bewerteten sie als positive Ergänzung des parlamentarischen Systems (Scherer 1984: 74). Obschon der Bürgerinitiative eine relevante Funktion als eigenständige Partizipationsform prophezeit wurde, wurde politische Partizipation in Parteien eindeutig höher gewertet (Eckert 1970: 44f.). Etwa um 1976/77 schlug die positive Wahrnehmung der Bürgerinitiativen durch die Parteien um in Skepsis und Konkurrenzangst und die Beteiligungsbereitschaft der Parteien nahm ab (Thaysen 1980: 224f.).

Der BBU-Vorsitzende Schumacher betrachtete Bürgerinitiativen als Reaktion auf das mangelnde Engagement innerhalb der Parteien, als unfreiwillige Kontrolleure der Exekutive, als überzeugte Verteidiger der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Schumacher 1977: 240f.). Er sah die Gründe für Konkurrenz zwischen Parteien und Bürgerinitiativen lediglich auf der Sachebene gerechtfertigt und war auch sehr deutlich darin, dass Bürgerinitiativen „nicht den verfassungsmäßig legitimierte Entscheidungsträgern die Verantwortung für Entscheidungen abnehmen“ könnten oder gar wollten (Schumacher 1977: 229). Zwar seien Bürgerinitiativen zur Lösung grundsätzlicher politischer Konflikte nicht geeignet, so Renn (1977: 137). Aber das politische Engagement der Bürger\*innen sei eine Herausforderung für die Parteien, aus alten Mustern auszubrechen, handlungs- und konfliktbereiter zu werden und über die Vermittlung von Informationen hinaus die Bürger\*innen auf allen Ebenen zu beteiligen (Scharioth 1977: 339).

### **Bürgerinitiativen und Kernenergie**

Ein wichtiger Aspekt von Bürgerinitiativen war es, festgefahrene Strukturen in Bewegung zu bringen sowie die gesellschaftliche und politische Ordnung zu hinterfragen (Knirsch, Nickolmann, 1976: 52). Die Bürgerinitiativen wollten unter Nutzung der unkonventionellen Protestformen der Studentenbewegung Druck aufbauen und den Staat so zu Reformen bewegen (Brand, Büsser, Rucht 1986: 87). Einflussnahme von Bürgerinitiativen fand vornehmlich durch Öffentlichkeitsarbeit sowie die Mobilisierung der Öffentlichkeit und den damit einhergehenden Druck auf Entscheider\*innen statt (Schuppert 1977: 378). Dies wurde auch für das Thema Kernenergie als wirksames Vorgehen betrachtet (Hegner 1977: 166). Die Voraussetzung für öffentlichen Druck als erfolgsversprechendes Korrektiv, nämlich dass „die von Politik und Verwaltung unzureichend berücksichtigten Bedürfnisse, Bedarfe, Interessen oder Erwartungen von Bevölkerungsgruppen organisationsfähig und konfliktfähig sind“, war hier gegeben (Hegner 1977: 166).

Um einen Überblick über das neue Phänomen der Bürgerinitiativen als wichtigem Akteur im Konflikt um die Atomkraft zu erhalten, hatte das BMFT eine Studie beim Battelle-Institut beauftragt, die 1975 mit dem Titel „Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken“, erschien (Battelle 1977. Zuerst 1975). Deren Erstellung war in der Zivilgesellschaft und unter den beteiligten jüngeren Forscher\*innen sehr umstritten, weil man befürchtete, dass die Ergebnisse von der Regierung zum Schaden der Bürgerinitiativen verwendet würden (siehe Kapitel 5.5.2; Schluchter 1977 ‚Bürgerdialog und Partizipation‘).

Die Studie kam zu folgendem Ergebnis: „Mangelnde Partizipation an und mangelnde Legitimation von politischen Entscheidungen sind damit bei Bürgerinitiativen im Bereich von KKW ebenso wie in anderen Bereichen einer der wesentlichsten Impulse für bürgerschaftliches Engagement durch Zusammenschluß.“ (Battelle 1975: 144f.) Als ausschlaggebend für die Bildung von Bürgerinitiativen sahen die Forschenden des Battelle-Instituts eine unmittelbare Verletzung materieller Interessen der Betroffenen (Battelle 1975: 144). Daneben gewannen die Angst vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Umweltschädigungen, einer Veränderung der Sozialstruktur durch

veränderte Arbeits- und Lebenssituationen sowie eine Gefährdung des Lebens- und Arbeitsraums durch die Kernenergienutzung zunehmend an Gewicht als Motive (Battelle 1975: 154ff.). Auch die unzureichenden Partizipationsmöglichkeiten im Genehmigungsverfahren wurden bemängelt (Battelle 1975: 160). Ein anderer gewichtiger Punkt für die Ablehnung der Kernenergienutzung innerhalb der Studie war das fehlende Entsorgungskonzept und die damit einhergehende Belastung kommender Generationen (Battelle 1975: 158). Im Bereich der Kernenergienutzung standen bei der ländlichen Bevölkerung die lokale Betroffenheit und die damit verbundenen lokalen Konsequenzen im Vordergrund als Motivation sich zu engagieren (Battelle 1975: 139). In Ballungsräumen formierten sich Bürgerinitiativen eher mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und aus einem staatsbürgerlichen Pflichtbewusstsein heraus (Battelle 1975: 139, 160).

Es gab auch einen Stadt-Land-Gegensatz. Während die urbane Bevölkerungsgruppe sich generell gegen den Bau von Kernkraftwerken aussprach, war die engagierte, ländliche Bevölkerung nicht prinzipiell gegen Kernenergie, sondern strebte vorrangig eine Verbesserung in verschiedenen Teilbereichen an, insbesondere „- einer besseren Standortauswahl, - einer verstärkten Sicherheitsforschung und - einer Schaffung vermehrter Sicherheitseinrichtungen sowie -einer verbesserten Partizipation der Betroffenen“ (Battelle 1975: 163). Beiden Gruppen gemein war das Gefühl, von den Behörden nicht ausreichend informiert zu werden (Battelle 1975: 146). Bei der Beschaffung von Informationen gaben die BIs die mangelnde Erreichbarkeit, unverständliches Material und Unklarheit über den Absender der Informationen als problematisch an. Als Reaktion auf die mangelnde Verfügbarkeit von Informationen begannen die Bürgerinitiativen eigene Publikationen zu verbreiten (Battelle 1975: 147ff.) Überparteilichkeit betrachteten die in der Studie befragten Bürgerinitiativen ebenso als Notwendigkeit wie sich auf nationaler Ebene zu vernetzen, auszutauschen und zu organisieren (Battelle 1975: 152).

Eine interessante Unterscheidung zwischen den Bürgerinitiativen in Ballungsräumen und ländlichen Gebiete arbeitete die Studie heraus: Im „ländlichen Gebiet“ – rund um Wyhl, auf das die Studie fokussiert – hätten „die Bürgerinitiativen große Teile der Bevölkerung für ihre Ziele mobilisiert“ (Battelle 1975: 168). Dies umfasste beispielsweise die Mobilisierung finanzieller Ressourcen, wie die „Verwendung einer für landwirtschaftlichen Wegebau vorgesehenen Rücklage für die Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiativen“, diverse Protestmaßnahmen wie die „Einleitung eines Bürgerbegehrens“, die „Formulierung eines gemeinsamen Einspruchs durch 12 Pfarrer“, die „Errichtung eines ca. 60 m langen Bretterzauns auf einer Anhöhe mit meterhoher Beschriftung ‚Weinbau Ja - ATOM NEIN‘“, die „Anbringung von Plakatträgern und Transparenten an Balkonen, Scheunen, Toren und Wegkreuzungen“ (Battelle 1975: 163). Hinzu kamen Solidaritätsaktionen für Partner-Bürgerinitiativen wie die „Unterstützung der Geländebesetzung in Marckolsheim durch eine landwirtschaftliche Vereinigung“ und eigener wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn ähnlich dem, was man heute mit *Citizen Science* (Weißpflug 2022 ‚Citizen Science‘) verbindet, nämlich die „Errichtung einer eigenen ‚Klimastation‘ für ca. 10.000 DM durch die Bürgerinitiative“ (Battelle 1975: 163), um die erwarteten Veränderungen des Mikroklimas durch die geplanten Kühltürme zu

erforschen. Ähnlich intensive Mobilisierung sei „den Bürgerinitiativen im Ballungsgebiet bisher nicht gelungen. Ihre Aktivitäten beschränkten sich bisher auf Informationen der Öffentlichkeit und Diskussion mit Kontrahenten.“ (Battelle 1975: 168). Letzteres waren nachfolgend die beiden zentralen Elemente des wenig später beginnenden Bürgerdialog Kernenergie.

In der Innenwirkung erlebten die Mitglieder der Bürgerinitiativen ihre Beteiligung in einer BI als ermächtigend, vor allem hinsichtlich des Informationsgewinns und Wissenszuwachses (Battelle 1975: 204) und auch in der Außenwirkung empfanden sie ihre Arbeit als zielführend, da aus der Sicht der Befragten dank der Arbeit der Bürgerinitiativen das Wissen und das Bewusstsein in der Bevölkerung gestiegen seien (Battelle 1975: 207). Die Wirkung auf die Medien bewerteten die Gruppen negativ, die Zusammenarbeit mit der Genehmigungsbehörde stuften die BI als enttäuschend, destruktiv und autoritär ein, Informationen wären kaum zu bekommen (Battelle 1975: 208). Die Erfolge der eigenen Arbeit wurden in der Außenwirkung zusammenfassend als kaum existent beurteilt.

Als Reaktion auf diese Resignation fassten die befragten Bürgerinitiativen zwei Wege ins Auge, um ihre Ziele dennoch zu erreichen: einerseits den Rechtsweg und andererseits unkonventionelle Beteiligungsformen wie Geländebesetzungen. Die Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke vor Ort waren bei der Mehrheit der Bevölkerung (55%) bekannt (Battelle 1975: 227f.). 60 % sahen in Bürgerinitiativen generell ein Korrektiv für die wahrgenommene mangelhafte Arbeit von Regierung und Parteien.

So wird verständlich, dass sich der Protest gegen einzelne Anlagen zu einem übergreifenden gesellschaftlichen Thema weiterentwickelte, das die Energiepolitik und die Zukunftsvision der Bundesrepublik in Frage stellte, und das der Bedeutung von Bürgerinitiativen starkes Gewicht gab (Rammstedt 1977: 3)

### **3.5 Fazit**

Dieses Kontextkapitel sollte in vier Schritten aufzeigen, in welchen historischen Kontexten und vor dem Hintergrund welcher gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Entwicklungen und sozialwissenschaftlich-politiktheoretischen Debatten über Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation der Bürgerdialog Kernenergie entstand, sich entwickelte, diskutiert und bewertet wurde. Der Bürgerdialog Kernenergie stand dabei auch im Austausch und in Konkurrenz mit dem Agenda-Setting wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, die einen viel stärker werbend-positiven bzw. kritisch-ablehnenden Zugang hatten. Der Bürgerdialog Kernenergie schuf ein Forum, eine Präsenz- und Medienöffentlichkeit, in der im Idealfall sich beide Perspektiven in begegneten und in dem Bürger\*innen Meinungen bilden konnten.

Der erste Teil dieses Kapitels führt nicht nur in die historischen Kontexte ein, sondern offeriert auch einige Leitkonzepte für dessen Analyse und die des Bürgerdialog Kernenergie. Wie Bud und Trischler (2018) argumentieren lässt Kernenergie als öffentliche Technologie, als Technik in der Gesellschaft definieren, zu deren Geschichte

auch der Bürgerdialog Kernenergie als Teil des öffentlichen Aushandlungsprozesses verstehen lässt. Dabei werden Debatten immer wieder an gesellschaftlichen Konflikten „verankert“ (Götter 2022). Wichtig für die Analyse dieser öffentlichen Technologie ist die Perspektive der „Defizithese“, die viele der damaligen politisch-wirtschaftlichen und technischen Eliten teilten, und die unterstellt, dass Kernkraft-Kritik auf mangelndem Wissen, mangelnder Rationalität und überschießender Emotionalität beruhe. Daraus resultierte die Annahme, der Kritik mit mehr Sachlichkeit und Information begegnen zu können. Dies führte aber auch dazu, die Einwände der Kritik nicht ernst zu nehmen und abzutun, und damit technokratische Entscheidungen zu verteidigen.

Dieser Teil stellt die Geschichte von Kernenergie und Gesellschaft seit den 1950er Jahren dar und kontrastiert die relativ konfliktarme Zeit bis in die 1960er Jahre mit dem massiven Atomkonflikt der 1970er Jahre. Das Kapitel erklärt, wie die starke Mobilisierung und die Einwände gegenüber der massiven Einführung der Atomkraft Anfang der 1970er Jahre entstanden. Es gibt einen Überblick über die Kontexte, vor deren Hintergrund der Bürgerdialog Kernenergie stattfand. Die Zeit des Bürgerdialog Kernenergie war geprägt von Ölkrisen, wirtschaftlichen Sorgen, politischen Spannungen, terroristischen Anschläge, und nicht immer friedlichen Großdemonstrationen. Schließlich zeigt das Kapitel, wie die Frage der nuklearen Entsorgung in den Vordergrund trat, eine ganze Region prägte und der Konflikt fortgeführt wurde, als der Konflikt um die Atomkraft sich entspannte.

Die Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen, wie das Bundesverfassungsgericht ausführte, leistet einen Beitrag zu einer informierten und demokratischen Gesellschaft. Im Sinne der Rechtsprechung erläutert sie die Politik, deren Maßnahmen und Vorhaben. Interessierte Bürger\*innen haben einen Anspruch darauf, gut informiert zu werden, um das staatliche Handeln zu bewerten, sich eine individuelle Meinung zu bilden und daran ihre politische Teilhabe und damit auch die öffentliche Meinungsbildung auszurichten. Dies galt auch für die (Kern-)Energiepolitik in den 1970er/80er Jahre. Die Regierungs-PR konkurrierte in der damals von Fernsehen/Rundfunk und gedruckter Presse dominierten Medienöffentlichkeit mit den Verlautbarungen anderer Akteursgruppen, nicht zuletzt Industrie/Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Mit ihrer jeweiligen Öffentlichkeitsarbeit versuchten alle Akteure, ihre eigenen Positionen in der redaktionellen Medienberichterstattung oder sogar durch die direkte Ansprache von Bürger\*innen und Entscheider\*innen zu verankern. Sowohl Industrie und Wirtschaft als auch Bürgerinitiativen bündelten in den 1970er Jahren ihre Aktivitäten in Vereinigungen wie dem Informationskreis Kernenergie des Deutschen Atomforum, der Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft oder dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Dabei waren die verfügbaren Ressourcen ungleich zu Lasten vor allem der zivilgesellschaftlichen Gruppen verteilt.

Die vorgestellten wissenschaftlichen Positionen geben Einblicke in ein Verständnis von Partizipation der 1970er Jahre, das in Form von politischer Willens- und Meinungsbildung erwünscht war, aber Mitbestimmung war nicht vorgesehen und im Rahmen der parlamentarischen Demokratie auch gar nicht möglich. Partizipation als soziales Verhalten kann als Grundlage eines konstruktiven Miteinanders verstanden werden. Die großen Ideen wie Gleichberechtigung und aktive Teilhaberschaft, aber auch die mitunter

widersprüchlichen Ansichten, die sich in der Literatur beispielsweise hinsichtlich der Abgrenzung verschiedener Beteiligungsformen sowie der konkreten Bedeutung hinter Begrifflichkeiten wie Partizipation, Beteiligung und Mitbestimmung finden, zeigen, dass gesamtgesellschaftlich kein einheitliches Verständnis zu erwarten war.

Die Landschaft der politischen Partizipation der 1970er Jahre war – so zeigen die zitierten Studien - gezeichnet von mangelndem Vertrauen in Politik und Verwaltung und einem geringen Engagement der Bevölkerung einerseits sowie andererseits von steigendem Potential für und Erwartung an Partizipation. Die Unzufriedenheit vieler Bürger\*innen entstand unter anderem aus einem Gefühl der nicht bestehenden Macht- und Einflussmöglichkeit heraus und wurde von Zweifeln an der Legitimation der Entscheider\*innen unterstrichen. Bürgerinitiativen schienen vielen Menschen ein geeignetes Instrument zu sein, um diesen Defiziten aktiv zu begegnen.

Vor dem Hintergrund dieser Kontexte entfaltete sich der Bürgerdialog Kernenergie, dessen Entstehung, Ziele und Instrumente im folgenden Kapitel dargestellt werden.

## **4 Der Bürgerdialog Kernenergie im Überblick: Verlauf, Ziele und thematische Schwerpunktsetzungen**

### **4.1 Einführung**

Der Bürgerdialog Kernenergie war eine politisch-administrative Maßnahme, auf deren Durchführung sich die Regierungschefs von Bund und Ländern am 29.11.1974 im Grundsatz einigten. Der Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“ fiel hier noch nicht, sondern entstand erst später. Der Beschluss zielte auf eine „gemeinsame Aufklärungsaktion zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Baues von Kernkraftwerken, die Sicherheitsanforderungen und die Auswirkungen auf die Umwelt“ (Bundeskanzleramt 1974: 4f.) von Bund und Ländern. Die Aufklärungsaktion wurde in die Verantwortung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie gelegt, das eine Anschubfinanzierung aus seinem Etat leisten sollte. Der Bürgerdialog Kernenergie wurde auch in den Folgejahren aus Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie finanziert, deren Höhe in den Haushaltsverhandlungen des Deutschen Bundestages für die einzelnen Jahre verhandelt und beschlossen wurde. Im Bundesforschungsministerium wurde die Umsetzung der Maßnahme der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zugeordnet, die für die Aufklärung über Wissenschaft und Technik und auch über den Bürgerdialog Kernenergie hinaus zuständig war.

Der damalige Bundesforschungsminister Matthöfer (SPD) terminierte 1977 in der Rückschau den Start des Bürgerdialog Kernenergie auf den April 1975 (Matthöfer 1977 ‚Informations- und Diskussionsaktion‘, BArch, B 136/109). Zu diesem Zeitpunkt hatte ein Abstimmungsgespräch zwischen Bundeskanzler und Bundesforschungsminister stattgefunden, bereits im Januar 1975 wird bestätigt, dass der Haushaltsausschuss die Mittelverwendung genehmigt hatte. Im März 1975, auf der Reaktortagung in Nürnberg, hatte Matthöfer auch öffentlich einen „vertrauensvollen Dialog“ mit den Bürgerinitiativen angekündigt (dpa 1975) (siehe Kapitel 3.1.5.).

Die Ausgaben für den Bürgerdialog Kernenergie wurden in zwei unterschiedlichen Haushaltstiteln verankert und lassen sich entsprechend in zwei Blöcke gliedern:

- Der erste Block fokussierte ab 1975 auf eine bundesweite Informations- und Diskussionskampagne zunächst zu Kernenergiefragen, später auch zu weiteren Energiethemen;
- Der zweite Block fokussierte ab 1979 auf eine Informations- und Dialogkampagne im Zuge der Debatte zum Bau von Entsorgungsanlagen am Standort Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen; diese Maßnahme wurde zwischen BMFT und dem Land Niedersachsen im Februar 1979 durch eine Vereinbarung abgestimmt.

Die Verankerung in eigenen Haushaltstiteln und nicht in dem für die allgemeine ministerielle Öffentlichkeitsarbeit wurde im März 1977 relevant, als das Bundesverfassungsgericht zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen urteilte. Als Konsequenz aus dem Urteil veröffentlichte das Presse- und Informationsamt ab dem zweiten Halbjahr 1977 vierteljährlich im Bulletin der Bundesregierung Übersichten über Broschüren, Faltblätter, Beilagen und Sonderdrucke, Anzeigen, Filme, Tonbildschauen sowie Ausstellungen und listete sogar die Ausgaben für in hoher Auflage angekaufte Veröffentlichungen. Allerdings waren die Materialien zum Bürgerdialog Kernenergie darunter nicht vertreten, da das BMFT argumentierte, dass der Bürgerdialog Kernenergie im Haushalt des BMFT „als ressortspezifische Arbeit anzusehen und somit nicht vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts betroffen sei“ (Hauff 1977 ‚Kabinettsprotokoll vom 30.03.1977‘, BArch; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1977 ‚Öffentlichkeitsarbeit‘: 1021; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Bundesverfassungsgericht 1978). Daher existiert keine vom Ministerium erstellte vollständige Auflistung der im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie produzierten und finanzierten Materialien. Deren Zusammenstellung erforderte daher umfangreiche Recherche in verschiedenen Archiven, Bundestagsdrucksachen, wissenschaftlichen Bibliotheken oder Antiquariaten, ohne dass eine Garantie für Vollständigkeit gegeben werden kann.

Der Bürgerdialog Kernenergie fokussierte nicht allein auf die Aufklärung zu Notwendigkeit des Baues von Kernkraftwerken. Er thematisierte ein breites Technologiespektrum: Neben erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind, deren Erforschung damals in den Anfängen steckte, wurden auch Verfahrensinnovationen bei fossilen Energien wie Kohleverflüssigung oder die Nutzung von Abwärme berücksichtigt. Der Stand der Forschung und Entwicklung von Schnell-Brutreaktoren („Schneller Brüter“) sowie wissenschaftlich-technische Verfahren der nuklearen Entsorgung wurden ebenfalls vermittelt.

Die Nomenklatur für die Maßnahme war nicht immer einheitlich und veränderte sich über die Zeit. Spätestens ab April 1977 wurde auf der Bundesebene nicht mehr nur vom Bürgerdialog Kernenergie, sondern vom „Bürgerdialog Kernenergie und ihren Alternativen“ gesprochen. Nach einer Umbenennung durch das Bundesforschungsministerium mündete der Bürgerdialog Kernenergie in den Bürgerdialog Energie (Stahl 1982 ‚Antwort vom 19. Mai‘, BT-Drucksache 09/1667 vom 21.05.1982: 26; BT-Drucksache 09/2161 vom 03.12.1982: 3; Hauff 1985: 157). Diese Bezeichnung wurde jedoch selten und erst spät im Verlauf der Maßnahme verwendet, u.a. für Informationsveranstaltungen zu den Zwischenergebnissen der Standorterkundung Gorleben im Mai 1981 in Lüchow (Bundesministerium für Forschung und Technologie 1981 ‚Entsorgung‘) sowie im Oktober 1982 in Hitzacker (Bundesministerium für Forschung und Technologie 1983 ‚Zwischenergebnisse‘).

In den Fragen von Bundestagsabgeordneten und in den Antworten des Bundesministeriums zum Bürgerdialog changierte der Wortgebrauch. In den Dokumenten des Deutschen Bundestags finden sich neben „Bürgerdialog 09/1667 Kernenergie“ und „Bürgerdialog Energie/Energiedialog“ auch Begriffe wie „Aufklärung der Bevölkerung“ im September 1976 (Die Bundesregierung 1976 ‚Antwort auf Kleine

Anfrage', BT-Drucksache 07/5763 vom 21.09.1976: 12) oder „Information und Diskussion in der Öffentlichkeit über Notwendigkeit und Sicherheit, Nutzen und Risiken der Kernenergie“ im Juni 1978 (Hauff 1978 ‚Antwort auf Schriftliche Anfrage‘, BT-Drucksache 08/93 vom 01.06.1978: 7419). Ein CDU-Abgeordneter fragte im August 1980 nach den Schritten der Bundesregierung für die „rechtzeitige Aufklärung der Bevölkerung“ an den Standorten geplanter Kernkraftwerke (um diese nicht nur „bloß Gegnern und Radikalen [zu überlassen] bzw. den in diesen Fällen überforderten Kommunen“) (Rose 1980 ‚Schritte der Bundesregierung‘, BT-Drucksache 08/4442 vom 18.08.1980: 22). Im April 1982 erkundigte sich der CDU-Abgeordnete Lenzer im Rahmen einer Debatte zur Schneller-Brüter-Technologie nach dem Beitrag des Bürgerdialog Kernenergie zu mehr Akzeptanz dieser Technologie und vertrat damit den bereits im ursprünglichen Beschluss der Regierungschefs implizierten Gedanken der Akzeptanzsteigerung der Kernenergie in der Bevölkerung (Lenzer 1982 ‚Akzeptanz‘, BT-Drucksache 09/97 vom 29.04.1982: 5873). Das BMFT ordnete den Bürgerdialog Kernenergie in seinen Antworten im Parlament mehrfach als Informations- und Diskussionsaktion ein, so bspw. der damalige Parlamentarische Staatssekretär Hauff im März 1977. Diese Zweiteilung prägt die Umsetzung der Maßnahme über ihren Verlauf hinweg (Hauff 1977 ‚Anlage 6‘, BT-Drucksache 08/17 vom 06.03.1977: 997).

Der Zeitraum der Entscheidungen für ein politisches „Aus“ des Bürgerdialogs lässt sich auf den Spätsommer 1983 und mit Bezug zu den bundesweiten Maßnahmen sogar schon auf den Sommer 1980 eingrenzen. Damals wurden die Mittel im Bundeshaushalt deutlich gekürzt. Formal-administrativ endete der Bürgerdialog Kernenergie Ende 1986 mit dem Auslaufen des Auftrags an den Projektträger DFVLR für die technische und administrative Abwicklung der Informationsstelle für Nukleare Entsorgung in Lüchow (<https://foerderportal.bund.de/foekat/>), allerdings sind für die letzten drei Jahre kaum Aktivitäten über die Vor-Ort-Informationsarbeit an niedersächsischen Standorten nachzuweisen (siehe Kapitel 3.2.8.).

Bereits aus diesem kurzen Umriss wird deutlich, dass der Verlauf des Bürgerdialog Kernenergie nicht einheitlich war: In seinem Verlauf spiegeln sich energiepolitische Debatten der 1970er und der ersten Hälfte der 1980er Jahre ebenso wider wie politische Entscheidungen, der zivilgesellschaftliche Protest gegen die Kernenergie, die Wiederaufbereitung und die Endlagersuche vor allem am Standort Gorleben und in diesem Zuge auch das Erstarken der Bürgerinitiativen (siehe Kapitel 3.14 und 3.1.5).

Den Aktivitäten des Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene und dem Verlauf des Bürgerdialogs mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Entsorgung“ am Standort „Gorleben“ in Niedersachsen sind in dieser Studie jeweils ein eigenes Kapitel (siehe Kapitel 5 und 6) gewidmet. Bereits in diesem Kapitel erfolgt ein Überblick über den zeitlichen und administrativen Ablauf dieser BMFT-Maßnahme, da die Leitgedanken des Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene am Standort Gorleben fortgeführt wurden. Auch hier fokussiert der erste Teil auf den Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene, der zweite auf den Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben.

## 4.2 Der Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene

Im Folgenden wird ein Überblick über den Bürgerdialog Kernenergie auf Bundesebene gegeben und die politisch-administrative Maßnahme mit Beschlüssen, Zielen, Schwerpunktsetzungen sowie zeitlich-finanziellem Rahmen vorgestellt. Die Umsetzungsschwerpunkte werden im Folgenden in ihren Grundzügen skizziert. Sie werden in Kapitel 5 dieses Berichts ausführlich behandelt.

### 4.2.1 Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern 1974 für eine Aufklärungsaktion

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Kontroverse um die Kernenergie wuchs zu Beginn der 1970er Jahre der Rechtfertigungsdruck von Regierung und Parlament für den Ausbau dieser Technik. Dies verstärkte sich nach der Ölkrise von 1973, die die Notwendigkeit des Ersatzes von importiertem Öl durch Kernkraftwerke um so dringender erscheinen ließ. Unter dem Eindruck der Ölkrise, im Oktober 1974, hielt die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt in ihrer ersten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung den Ausbau der Kernenergie um fast das Zehnfache von 2.300 MW im Jahr 1974 auf 20.000 MW im Jahr 1980 für erforderlich, um so einen Anteil an der bundesdeutschen Stromerzeugung von 25 % zu decken. In diesem Programm versprach die Bundesregierung zur Begleitung dieser ambitionierten Ziele im Hinblick auf eine zunehmend kritischer betrachtete Technik (siehe Kapitel 3.1.3.),

„die Öffentlichkeit verstärkt über den bei deutschen Kernkraftwerken international anerkannten hohen Standard an Sicherheit, über die Umweltbeeinflussung und über die energiepolitische Notwendigkeit der Kernenergienutzung [zu] informieren. Diese Aktivitäten sollen ein besseres Verständnis für die Nutzung der Kernenergie fördern und dazu beitragen, Schwierigkeiten in den Genehmigungsverfahren zu beseitigen, die auf unbegründete Befürchtungen zurückzuführen sind.“ (Die Bundesregierung 1974 ,BT-Drucksache 7/ 2713 vom 30.10.1974': 16).

Diese Ankündigung der Bundesregierung nahm vor allem der wegen der wachsenden Proteste gegen das Kernkraftwerk Wyhl unter Druck stehende baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger beim Wort. Unter Verweis auf das Energieprogramm beantragte dieser, das Thema „Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken“ auf die Tagesordnung der nächsten Besprechung der Regierungschefs von Bund und Ländern zu setzen (Filbinger 1974 ,Fax, BArch, B 136/4681'). Er schlug vor, „dass die Regierungschefs von Bund und Ländern den Bundesminister für Wirtschaft und die Wirtschaftsminister der Länder beauftragen, eine gemeinsame Aufklärungsaktion von Bund und Ländern zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken, die Sicherheitsanforderungen und die Auswirkungen auf die Umwelt vorzubereiten.“ (Filbinger 1974 ,Beschlussvorschlag', BArch, B 136/4681).

Das Bundeskanzleramt, das in Vorbereitung der Sitzung regierungsintern koordiniert hatte, fand bei den zuständigen Bundesministerien breite Zustimmung für die Aufnahme dieses Anliegens, und so wurde das Thema am 29.11.1974 von den Regierungschefs von Bund und Ländern besprochen. Auf der Sitzung mit dem Bundeskanzler am 29.10.1974 verwies Filbinger auf „100.000 Einsprüche“ „in seinem Lande“ und hielt daher die „gemeinsame Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken für unbedingt notwendig“ (Bundeskanzleramt 1974: 13). In der Tat waren die Einsprüche aus der Bürgerschaft gegen den Bau von neuen Kernkraftwerken bei Genehmigungsverfahren von kaum mehr als 200 Einsprüchen gegen Würgassen 1970 auf mehr als 5.000 gegen Neckarwestheim 1971 und auf mehr als 90.000 im Jahr 1974 in Wyhl angestiegen (Kitschelt 1980: 199). Diese Runde, für die Diskussion des Themas erweitert um die fachlich zuständigen Bundesminister, verständigte sich abschließend am 29.11.1974 wie folgt:

„Die Regierungschefs von Bund und Ländern beauftragen den Bundesminister für Forschung und Technologie und den Bundesminister für Wirtschaft unter Beteiligung des Bundesministers des Innern sowie die zuständigen Minister der Länder

- eine gemeinsame Aufklärungsaktion zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Baues von Kernkraftwerken, die Sicherheitsanforderungen und die Auswirkungen auf die Umwelt [...]

vorzubereiten.“ (BArch, B 136/4681, Protokoll des Bundeskanzleramtes über die Ergebnisse der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 29. November 1974 vom 2.12.1974 zu Punkt 8 der Tagesordnung, AZ III/1 - 140 20 - Mi 1/74, S. 5-6).

Obwohl Filbinger vorgeschlagen hatte, die Information der Öffentlichkeit in die Hand des Wirtschaftsministers und der Wirtschaftsminister der Länder zu legen, ordnete der endgültige Beschluss die Umsetzung dem BMFT zu. Das BMFT verfügte über Haushaltsmittel, die für diese Maßnahme umgewidmet werden sollten, um zeitnah mit der Realisierung beginnen zu können. In der Vorbereitung des Besprechungstermins mit den Länderchefs wurde innerhalb der Bundesregierung vereinbart, dass sich daher das Bundesforschungsministerium beim Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages darum bemühen sollte, aus dem BMFT-Titel „Förderung der Reaktorentwicklung“ schon für das Jahr 1975 bis zu 800.000 DM für eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit einsetzen zu können. Bereits durch diese administrative Zuordnung wurde die Umsetzung der Maßnahme in die Zuständigkeit des BMFT eingeordnet und verblieb dort, als der Deutsche Bundestag in den folgenden Jahren weitere Mittel über die jährlichen Haushaltsverhandlungen und in einem eigenen Haushaltstitel bereitstellte. Aus einem Vermerk des BMFT vom 6. Februar 1975 wird später deutlich, dass es vor allem das Vorhandensein von entsprechenden Finanzmitteln war, warum der Bundesminister für Wirtschaft, oder auch das Bundesministerium des Innern, nicht in die Umsetzung einbezogen wurde: „Die Etats des BMI und des BMWi sehen für 1975 kaum noch PR-Mittel vor. Schon aus finanziellen Gründen kann die Aufklärungsaktion deshalb 1975 nur

vorbereitet (Pilot-Programme) werden. Sie muß langfristig laufen (1976 stehen im BMFT-Haushalt 4 Mio DM bereit).“ (Rost 1975, BArch, B 136/27667)

Was als gemeinsame Aufklärungsaktion der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Baues von Kernkraftwerken, die Sicherheitsanforderungen und die Auswirkungen auf die Umwelt begann, entwickelte sich im Laufe des Jahres 1975 im BMFT hin zum Bürgerdialog Kernenergie. Der Impuls für den Bürgerdialog Kernenergie wurde in der (Fach-) Öffentlichkeit von Beginn an entweder dem damaligen Bundesminister Matthöfer oder seinem Parlamentarischen Staatssekretär Volker Hauff zugeschrieben (Peters 1991: 142; Altenburg 2010: 62; Roose 2010: 90; siehe Kapitel 1.4.) und damit nicht mehr mit dem ursprünglichen Beschluss von Bund und Ländern in Verbindung gebracht (außer: Möller 2009: 335; Tiggemann 2010: 443). Zwar informierte Matthöfer die Regierungschefs inhaltlich im Januar 1977 über Schwerpunkte und Verlauf, inhaltliche Impulse der Regierungschefs hierzu sind jedoch nicht verzeichnet (Matthöfer 1977 ‚Schreiben vom 19.1.1977‘).

Einer der frühesten Hinweise in der Medienöffentlichkeit auf den beginnenden Bürgerdialog Kernenergie ist das erste Gespräch von Bundesforschungsminister Matthöfer am 22.07.1975 mit Vertretern der Bürgerinitiativen aus allen Teilen der Bundesrepublik über das Pro und Contra von Kernkraftwerken, über das die ARD-Tagesschau und verschiedene Zeitungen berichteten (Hofmann 1975; KLU 1975) (siehe Kapitel 3.1.5.2). Im Interview mit der Tagesschau äußerten sich sowohl Jo Leinen als Sprecher der anwesenden Bürgerinitiativen als auch Hans Matthöfer. Jo Leinen verwies der Tagesschau gegenüber darauf, dass dieser Termin ein Auftakt für zukünftige Gespräche sein solle und dass es an wissenschaftlichen Studien zur Kernenergie und ihren Folgen mangle. Forschungsminister Matthöfer betonte die Notwendigkeit der Kernenergie für die Sicherheit der Energieversorgung, die Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum. Er verwies auf Forschungsaktivitäten zum Ausbau alternativer Energien, die aber, so seine Bewertung, den Ausbau der Kernenergie nicht ersetzen könnten (Ising 1975 ‚Bundesforschungsminister Matthöfer führte in Bonn Gespräche mit Vertretern der Bürgerinitiativen über das Pro und Contra von Kernkraftwerken‘, Tagesschau, ARD, 22.07.1975).

In diesem Beitrag und auch in einer ersten Anzeigenserie aus dem August 1975 mit der Überschrift „Kernenergie ist in der Bundesrepublik nicht denkbar ohne breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung“ wurde der Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“ noch nicht verwendet (Deutscher Bundestag 1978 ‚Plenarprotokoll‘, BT-Drucksache 08/66 vom 20.01.1978: Anlage 154; Anzeigen erschienen u.a. in Badische Neueste Nachrichten am 28.08.1975). Die Anzeige weist jedoch bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auf Informationselemente („Die Bundesregierung bereitet eine Informationsschrift über den Einsatz der Kernenergie vor“) sowie auf Teilnahmemöglichkeiten für Bürger\*innen an Veranstaltungen hin. Die Leser\*innen der Anzeige konnten den abgedruckten Coupon an das Ministerium senden, um Einladungen zu Veranstaltungen zur Kernenergie zu erhalten oder – nach deren Erscheinen – die Informationsschrift, später unter dem Titel „Kernenergie – eine Bürgerinformation“ vom BMFT herausgegeben, zugesandt zu bekommen.

Offiziell wurde der Bürgerdialog Kernenergie – nun auch unter diesem Namen – am 31. Januar 1976 in Essen mit einer ersten Großveranstaltung eröffnet. Matthöfer betonte in seiner Eröffnungsrede den Bedarf „neuer Formen der Bürgermitarbeit, des Dialogs zwischen Fachleuten, Politikern und Bürgern“ (Matthöfer 1976 ‚Eröffnung des Bürgerdialogs Kernenergie‘: 167) und nahm dabei Bezug auf Robert Jungk, der bereits 1969 konstatiert hatte, dass große Entscheidungslinien aufgrund der mangelnden Informiertheit von Öffentlichkeit und Politik durch kleine technokratische Eliten geprägt seien (Jungk 1970). In der Folge suchten Bürger\*innen aus dem Gefühl des Unverstandenseins und der Einflusslosigkeit heraus „bei demonstrativen Widerstandsaktionen Zuflucht“, argumentierte Matthöfer (1976 ‚Eröffnung des Bürgerdialogs Kernenergie‘: 167) mit psychologisierenden Anklängen an die Defizitthese (siehe Kapitel 3.1.1.1). Die anstehenden weitreichenden technologischen Entscheidungen könnten aber, so Matthöfer weiter, nicht nur von „Technikern“ und „Spezialisten“ getroffen werden. Man müsse sich „um eine gründliche Auseinandersetzung mit den Meinungen und den Bedürfnissen der Betroffenen bemühen, ihre Motivation untersuchen und berechtigten Einwänden und Forderungen entsprechen“. Für das Regierungshandeln genüge es nicht mehr, sich auf formale Rechtspositionen und formale demokratische Legitimation zu berufen, sondern es müsse das Vertrauen der Bevölkerung in die technischen Entwicklungen und in die Kontrolle durch die Aufsichtsinstanzen gewonnen werden. Matthöfer führte in seiner Rede aber auch aus, dass er darunter zwar einen breiten Willensbildungs- und demokratischen Entscheidungsprozess verstand, letztlich die politische Legitimation aber bei den dafür Berufenen – und damit im Deutschen Bundestag – liege. Im gleichen Atemzug, in dem er das Engagement der Bürgerinitiativen lobte, wies er diese damit in ihre Schranken und zeigte ihnen deutlich die Grenzen ihrer Wirksamkeit auf (Matthöfer 1976 ‚Eröffnung des Bürgerdialogs Kernenergie‘: 167).

Spätestens mit dieser Rede verdeutlichte der Bundesforschungsminister die vorgesehene Stoßrichtung des Bundesministeriums der Aufklärungskampagne zu den Grundlagen von Kernenergie, zur wirtschaftlichen Bedeutung der Energieversorgung und zu Umweltfragen, die zivilgesellschaftliche Protestaktionen ansprach und daraus auch Folgerungen für das Regierungshandeln ableitete. Es waren diese Leitgedanken des Bürgerdialog Kernenergie, an denen die Maßnahme in den Folgejahren vor allem von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen gemessen wurde. Auch auf der „Reaktortagung“, der Konferenz der Atomwirtschaft, in Nürnberg im April 1975 bekräftigte der Bundesforschungsminister vor der Industrie, dass der Bevölkerung sowohl die Gründe der Bundesregierung für die Einführung und den Ausbau der Kernenergie als auch die Gesamtabwägung, ob wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit, stabiles Wachstum und Arbeitsplätze durch Unsicherheiten in der Energieversorgung aufs Spiel gesetzt werden können, deutlich vor Augen geführt werden müssten (Matthöfer 1975 ‚Reaktortagung‘: 456). Er machte so deutlich, dass er den Ausbau der Kernenergie für unverzichtbar und alternativlos hielt. Gleichzeitig zeigen seine Äußerungen, wie stark Kernenergie seit Atoms for Peace mit Wohlstand und Wachstum verbunden bzw. „verankert“ war (Götter 2022; siehe Kapitel 3.1.1.1).

Die Ziele des Bürgerdialog Kernenergie benannte Matthöfer in diesen öffentlichen Auftritten nicht, sie finden sich zu diesem Zeitpunkt auch nicht in den Veröffentlichungen des BMFT. Die Begründungen erfolgten stets vor dem Hintergrund des öffentlichen Interesses am Thema und an der Diskussion. Erst in einer Anzeigenserie, die sowohl in Leitmedien wie „Die Zeit“ als auch in Regionalzeitungen wie „Nordwest Zeitung“ im August 1976 als „Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie“ geschaltet wurde, wurden der Öffentlichkeit die Ziele vorgestellt. Diese waren:

- „über die Stellung der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie im Rahmen ihrer Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung [zu] informieren;
- Kenntnisse über physikalisch-technische Sachverhalte der Kernenergie unter besonderer Berücksichtigung der Reaktorsicherheit und der Umweltauswirkungen [zu] verbreiten;
- das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit demokratischer Prozesse auch in der Auseinandersetzung um die Kernenergie [zu] stärken;
- Vertreter der verschiedenen Standpunkte in der Kernenergie Diskussion - auch die kritischen und ablehnenden - am Dialog [zu] beteiligen.“ (BMFT 1976 'Anzeigenserie: Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie')

Volker Hauff, Staatssekretär im BMFT, dann ab 16. Februar 1978 als Nachfolger von Hans Matthöfer Bundesforschungsminister, bewertete das Konzept des Bürgerdialogs etwa drei Jahre nach seinem Start als „Neuland“, denn es sei erstmals die Entwicklung und Nutzung einer neuen Technologie mit einem breit angelegten öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess verbunden worden (Hauff 1977 ‚Sozialdemokratischer Pressedienst‘: 1). Mit dieser Veröffentlichung im Oktober 1977 konkretisierte er auch die Ziele des Bürgerdialog Kernenergie. An dieser Stelle sind Einzelziele in vier Punkten klar weiter herausgearbeitet, unterscheiden sich jedoch im Kern kaum von der Anzeigenveröffentlichung des Vorjahres. Verwirklicht werden sollte:

- „umfassende Informationen über die Vor- und Nachteile der Kernenergienutzung und über den Standpunkt der Bundesregierung zu Nutzen und Risiko der Kernenergie zu liefern;
- allen Meinungen, auch denen der Kritiker und Gegner der Kernenergienutzung, Gelegenheit zu geben, ihre Argumente den interessierten Bürgern darzulegen und zur Diskussion zu stellen;
- die gesellschaftlichen Gruppen - Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und deren Bildungseinrichtungen - anzuregen, die Information und das Gespräch mit dem Bürger selbständig mit fachlicher und finanzieller Unterstützung des BMFT durchzuführen;
- die Frage der Kernenergie-Nutzung im Gesamtzusammenhang zu diskutieren, in dem letztlich die Frage diskutiert wird: Wie wollen wir in Zukunft leben?“ (Hauff 1977 ‚Sozialdemokratischer Pressedienst‘: 1f.)

Beiden Zielüberblicken gemein sind die Bezüge auf die Bereitstellung von Fachinformationen zur Kernenergie und die Verdeutlichung des energiepolitischen Standpunktes der Bundesregierung mit Bezug hierzu. In beiden Veröffentlichungen wurden die Leser\*innen nicht nur in ihrer Rolle als Bürger\*innen als Zielgruppe des Bürgerdialog Kernenergie angesprochen, sondern auch als Kritiker\*innen und Gegner\*innen von Kernkraft adressiert.

Insgesamt gehen die BMFT-Materialien selten auf die Ziele ein. Auffällig ist, dass stattdessen auf die Prinzipien des Bürgerdialog Kernenergie und damit auf Prozesskriterien verwiesen wird. Diese zielten ab

- „auf die Gewährleistung einer offenen Diskussion, in der jedes sachliche und ehrliche Argument eine faire Chance hat,
- auf die Respektierung auch der Meinung, die man selbst nicht teilt,
- auf die bewußte Einbeziehung der Meinung anderer, in diesem Fall der Skeptiker und Kritiker gegenüber der Nutzung der Kernenergie in den Diskussionsprozeß,
- auf die Verdeutlichung der allgemeinpoltischen Bedeutung der Kernenergiediskussion, in der grundlegende Fragen einer künftigen öffentlichen und gesellschaftlichen Entwicklung angesprochen werden.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1979: 491f.; Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 'Zwischenbilanz': 3)

Die Leitgedanken des Bürgerdialogs waren damit vorwiegend auf Gütekriterien und Werte innerhalb von Kommunikationsprozessen hin ausgerichtet (siehe Kapitel 3.2.3.). Vertrauen, Offenheit, Respekt sowie Motivation zur Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema und anderen Positionen wurden benannt. Solche Werte, wie Vertrauen (Lehtonen et al. 2021; Meyer 2022 ‚To trust‘), sind positiv konnotiert und auf den ersten Blick auch unabdingbar für gelingende Kommunikation und Kooperation. Sie haben allerdings auch eine funktionale Dimension im politischen Prozess, weil sie in der Regel einen höheren Grad an Akzeptanz für Regierungshandeln implizieren und politische Aushandlungsprozesse und Kompromisse erleichtern, die angesichts der sich rasch verhärtenden Fronten des Atomkonflikts immer schwieriger wurden. Der „‘Bürgerdialog Kernenergie‘ verfolgt keine Durchsetzungsstrategie“, betonte Hauff 1979 und verwies aber gleichzeitig darauf, dass sich die Bundesregierung verpflichtet sehe, ihre eigene Haltung zur Kernenergie im Rahmen des Dialogs darzulegen, sich jedoch auch mit ihrer Politik „anderen Überzeugungen stellt“ (Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Zwischenbilanz‘: 3f.).

Hinsichtlich der Ziele und Prinzipien – so legt es Hauff im Rückblick im Zeitzeugen-Interview nahe – steht der Bürgerdialog Kernenergie in der Tradition von Willi Brandts vielzitiertem Motto seiner ersten Regierungserklärung vom Oktober 1969:

„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß nicht nur durch Anhörungen im Bundestag, [...]

sondern auch durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken.“ (Brandt 1969 ,BT-Drucksache 06/5 vom 28.10.1969': 20).

Ähnliche Vorstellungen gesellschaftlicher und politischer Modernisierung durch Beteiligung prägten in den 1970er Jahren die sozialdemokratischen Diskussionen (siehe Kapitel 3.1.4).

#### **4.2.2 Konzeptionen zur Ausgestaltung des Bürgerdialog Kernenergie, Abstimmungen mit Kanzleramt, Ressorts und Landesregierungen**

Nach dem Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 29.11.1974 begannen sowohl im Bundeskanzleramt als auch im BMFT Aktivitäten zur Ausgestaltung der neuen Maßnahme (Eisenbeiß 1975 'Vermerk vom 6. Jan. 1974', BArch, B 136/27667). In Vermerken und Schreiben zwischen Mitgliedern von Regierung und Verwaltung wurde stets auch die Abstimmung mit Referaten anderer Bundesministerien angekündigt und die Einbindung dort verfügbarer Materialien hervorgehoben, was den traditionellen Strukturen der Bundesregierung mit einem starken Ressortprinzip entsprach (Matthöfer 1975 'Schreiben an den Bundeskanzler vom 18.02.1975', BArch, B 136/27667).

Eckpunkte des Bürgerdialog Kernenergie wurden am 16. April 1975 zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesforschungsminister Matthöfer besprochen. Kern war eine Konzeptskizze, die vom Kanzleramt-Referenten Gerd Eisenbeiß erarbeitet wurde (Eisenbeiß 1975 ,Anlage zur Vorlage vom III/1-270 82-Po 16/758', BArch, B 136/27667). Eisenbeiß unterbreitete in seiner Konzeptskizze für den Bundeskanzler vom 3. April 1975, also in Vorbereitung des Termins, folgende Vorschläge:

„Im Mittelpunkt der Aufklärungsaktion muß eine Dokumentation über Vorteil und Risiko der Kernenergienutzung stehen (etwa eine Broschüre), die die der Entscheidung der Bundesregierung zugrundeliegenden Fakten und Wertungen darstellt. Sie sollte verständlich sein für Personen mit gehobener Allgemeinbildung (Abitur?) und geeignet sein für Zielgruppen wie Parlamentarier, Lehrer, Ärzte, Meinungsführer von Bürgerinitiativen.“ (Eisenbeiß 1975 ,Anlage zur Vorlage von III/1-270 82-Po 16/75', BArch, B 136/27667' vom 3.4.1975, Hervorhebungen im Original).

Die Konzeptskizze verwies des Weiteren auf die Bedeutung der „strikte[n] und erkennbare[n] Trennung“ der Öffentlichkeits-Aktivitäten im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie von PR-Aktivitäten der Wirtschaft einschließlich des Deutschen Atomforums, um das „wichtigste Ziel 'Vertrauen in die öffentlichen Instanzen als Kontrolleure der Industrie'“ nicht zu gefährden (Eisenbeiß 1975 ,Anlage zur Vorlage von III/1-270 82-Po 16/75', BArch, B 136/27667' vom 3.4.1975, Hervorhebungen im Original).

Eisenbeiß' Überlegungen reflektierten eine Mitte der 1970er Jahre aktuelle internationale Debatte über Vertrauen in die Unabhängigkeit staatlicher Instanzen gegenüber dem Atomsektor. In den 1950er Jahren waren nach US-Vorbild der Atomic Energy Commission (AEC) in vielen Staaten ähnliche Institutionen gegründet worden. Diese verbanden – wie die IAEA und Euratom bis heute – Atomaufsicht und Förderung der Atomenergie in einer Institution. Wegen des mangelnden öffentlichen Vertrauens in deren Unabhängigkeit war just im November 1974 die AEC in den USA aufgelöst und mit der Nuclear Regulatory Agency (NRC) eine von der Forschungsförderung getrennte, unabhängige Atomaufsichtsbehörde geschaffen worden (Walker 2000: 29), wie auch bundesdeutsche Zeitungen berichteten (ddp 1974). Ähnliche unabhängige Aufsichtsbehörden wurden Mitte der 1970er Jahre auch in Europa diskutiert (Kaijser, Meyer 2021 ‚Nuclear Installations‘: 269) und etabliert, z.B. 1973 bereits in Dänemark (Meyer 2019 ‚Atomkraft - Nej tak‘: 81). In der Bundesrepublik lag die Atomaufsicht bei den Bundesländern, die gleichzeitig oft Miteigentümer von Stromversorgern waren, was in den Augen von Kritiker\*innen ebenfalls ihre Unabhängigkeit kompromittierte. Auch vor diesem Hintergrund erschien das Bundesministerium der vielleicht vertrauenserweckendere Akteur für eine Informationskampagne.

Zwei Monate vor Eisenbeiß' Vorlage, im Februar 1975, hatte Bundesforschungsminister Matthöfer in einem Schreiben an den Bundeskanzler lediglich eine Anzeigen- und Broschürenkampagne im Allgemeinen angekündigt (Matthöfer 1975 ‚Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 18. Februar 1975‘, BArch, B 136/27667), offensichtlich zu wenig differenziert aus Sicht von Eisenbeiß, wie der obige Vermerk zeigt.

In dem zur Konzeptskizze zugehörigen Vermerk für den Bundeskanzler formulierte Eisenbeiß auch Fragen, wie man den Erfolg der Aufklärungsaktion würde messen können. Er stellte Überlegungen zum Zeitraum der Wirkungen auch mit Bezug zum Energieprogramm der Bundesregierung an. Auch sollte definiert werden, wie die „für einen demokratischen Staat erforderliche Zustimmung“ gemessen werden solle, zu der sich die Bundesregierung kurz zuvor in einer Antwort auf eine kleine Anfrage im Deutschen Bundestag bekannt hatte (Die Bundesregierung 1975 ‚BT-Drucksache 7/3276 vom 25.02.1975‘: 3). Diese Überlegungen führten allerdings nicht dazu, dass der spätere Bürgerdialog einer systematischen Evaluation unterzogen wurde. Dabei war dies im Bereich des damals möglichen und üblichen: Die schwedische Informationskampagne wurde beispielsweise im Herbst 1974 evaluiert (Kitschelt 1980: 177).

Wie diese Vorschläge des Kanzleramts-Referenten zwischen Bundeskanzler und Bundesforschungsminister behandelt wurden, ist nicht belegt. Auch finden sich keine weiteren Abstimmungstermine zwischen Schmidt und Matthöfer in den Akten des Bundesarchivs. Eisenbeiß, der im Kanzleramt für die Aufklärungsaktion zuständig war, wechselte spätestens zum Juni 1975 in das BMFT und koordinierte dort auch Abstimmungstreffen mit anderen Ressorts (siehe unten). Es ist davon auszugehen, dass diese Personalangelegenheit auch die Aktivitäten im Bundeskanzleramt beeinflusste, und vielleicht auch zu Informationsverlust und institutionellem Vergessen im Kanzleramt beitrug.

Das BMFT berichtete am 11. Juli 1975 den Regierungschefs von Bund und Ländern. Zuvor, am 7. Juli, informierte BMFT-Pressereferent Steinke den Bundeskanzler mit einem Zwischenbericht über die zu diesem Zeitpunkt als „Informationskampagne Kernenergie“ bezeichnete Maßnahme. Zu dieser Zeit fällt der Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“ also noch nicht. Steinke benennt in diesem Zwischenbericht das Ziel der Informationsaktion

„durch einen offenen Dialog über den Einsatz und die Risiken der Kernenergie in der Bevölkerung eine breite Vertrauensbasis für die Energiepolitik der Bundesregierung zu schaffen.

Inhaltlich werden dabei zwei Aspekte im Vordergrund stehen:

- Der Einsatz der Kernenergie muß als Teil einer Gesamtstrategie verständlich gemacht werden, die die Erschließung anderer Energiequellen ebenso umfaßt wie das Ziel, Energie besser zu nutzen, Energie zu sparen und damit den Bedarf niedriger zu halten.
- Die Sicherheit der Bevölkerung und der Schutz der Umwelt werden Vorrang vor allen wirtschaftlichen Erwägungen bei der Erweiterung des Energieangebots haben.“ (Steinke 1975 'Zwischenbericht vom 7. Juli 1975', BArch, B 136/10901: 328)

Steinke erläutert weiter, dass sich die Informationsaktion den Planungen gemäß in ein breites Informations- und Gesprächsangebot gliedern soll via Anzeigenschaltungen, eine Informationsbroschüre, die auch kritische Fragen adressiert sowie in Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit interessierten Bürger\*innen. Eine weitere umfangreiche Dokumentation werde sich an die Fachöffentlichkeit richten. Er berichtet über den Stand der Vorbereitungen für Anzeigen, Veröffentlichungen und Diskussionsveranstaltungen und über Abstimmungsgespräche mit den Ländern (siehe unten) (Steinke 1975 'Zwischenbericht vom 7. Juli 1975', BArch, B 136/10901: 328-330).

Die interministerielle Abstimmung zwischen BMFT, BMWi und BMI ist nur selten belegt. So lud Bundesforschungsminister Matthöfer zu einer Ressortabstimmung zur Dokumentation Kernenergie ein, zu der die Bundesminister ihre Unterstützung zugesagt hatten (Matthöfer 1975 'Schreiben vom 28.5.1975', BArch, B 136/10901: 302). An dem Treffen nahmen auch Vertreter von Großforschungseinrichtungen und Bundesanstalten teil, die inhaltlich zur Dokumentation zuliefern sollten. Diese schließlich 1977 veröffentlichte Dokumentation zur friedlichen Nutzung der Kernenergie beinhaltet Sachinformationen auch mit Bezug zu den fachlichen Zuständigkeiten von BMI zu Genehmigungsverfahren einschließlich der Standortvorsorge und dem Katastrophenschutz sowie BMWi zum nationalen und globalen Energiebedarf (Bundesministerium für Forschung und Technologie 1977 'Dokumentation'). Das Ergebnisprotokoll dieser 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Kernenergiedokumentation am Dienstag, den 24. Juni 1975 hält u.a. fest, dass die Dokumentation frei von Propagandaelementen sein solle und technisch-wissenschaftliche sowie wirtschaftliche Materialien enthalten solle, die durch Literaturangaben gestützt werden. Es enthält einen ersten Gliederungsentwurf der Dokumentation oft mit Nennung der vorgesehenen Autoren. Für den September 1975 wurde ein Folgetermin vereinbart, zu

dem jedoch keine Dokumente in den Akten des Bundeskanzleramts gefunden wurden (Eisenbeiß 1975 'Ergebnisprotokoll Kernenergiedokumentation vom 27.6.75', BArch, B 136/10901: 322-327).

Allerdings nahmen die Vertreter des Bundeskanzleramts, des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, vom BMWI und BMI auch an Bund-Länder-Arbeitskreisen teil. Auf ihrem turnusmäßigen Treffen am 25. April 1975 hatten die Regierungschefs die Dringlichkeit der Maßnahme betont und gebeten, „unverzüglich mit koordinierten Maßnahmen zur besseren Aufklärung der Bevölkerung über Notwendigkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Kernkraftwerke zu beginnen“ (Steinke 1975 'Schreiben zur Öffentlichkeitskampagne an Bundes- und Länderministerien vom 26.5.1975', BArch, B 136/10901: 300). Angesichts der öffentlichen Diskussionen zu Kernkraftwerkstandorten wurde ein Bund-Länder-Arbeitskreis eingerichtet. Der Pressereferent im Bundesforschungsministerium Alwin Steinke lud Vertreter der Fach- und Pressereferate der Länder und anderer Ressorts der Bundesregierung zu einer ersten Besprechung am 10. Juni 1975 zur gegenseitigen Information über Projekte und zur Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe ein. Das Ergebnisprotokoll enthält jedoch kaum aussagekräftige Informationen, sondern verharrt in allgemein gehaltenen Aussagen, bspw. Einzelfragen der Terminplanung, benennt, dass Methoden und Medien erörtert wurden oder dass in der Öffentlichkeit eine positive Erwartungshaltung bestehe (BMFT Pressereferat 1975 'Ergebnisprotokoll', BArch, B 136/10901: 310).

Weitere Termine sind für einen Bund-Länder-Arbeitskreis zum Bürgerdialog Kernenergie am 06.10.1977, 17.05.1978, 22.02.1979 und 19.06.1980 belegt mit der Teilnahme von Vertretern der Bundesressorts auf Ebene der zuständigen Mitarbeiter sowie Vertretern von interessierten Bundesländern entweder aus Ministerien oder zuständigen Institutionen. Der Termin im Oktober 1977 wurde beispielsweise von sechs Bundesländern wahrgenommen (aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein und damit ohne die Stadtstaaten sowie Rheinland-Pfalz und Saarland, die keine Kernkraftwerke hatten). Die Protokolle dieses Arbeitskreises sind kurz gehalten und wenig detailliert, bspw. heißt es: „Das Interesse an den Aktivitäten - Publikationen, Seminaren - ist anhaltend groß. Dies schlägt sich nieder in der fortlaufenden Anforderung von Informationsmaterial, in den voll belegten Seminaren und in zahlreichen schriftlichen Anfragen“ (Lang 1977 'Protokoll vom 12. Oktober 1977', BArch, B 136/10903). In der Regel informierte der BMFT-Vertreter die Teilnehmenden über Aktivitäten, Verlauf und Planungen und ermunterte zu Stellungnahmen. Die Sitzung vom 17.05.1978 spiegelt zusätzlich zum Stand von Aktivitäten und Planungen auch inhaltliche Diskussionen wider. So wurde kritisch gefragt, ob an Seminaren unter Trägerschaft von Bürgerinitiativen stets derselbe Personenkreis teilnehme. Vorgestellt wurden die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Untersuchungen zur Nuklearkontroverse des Battelle-Instituts, der Diskussionsverlauf wurde jedoch nicht protokolliert. Der inhaltliche Beitrag des Battelle-Instituts basierte auf einem Artikel von Joachim Scharioth in der Zeitschrift atw (Scharioth 1977). Vertreter von Bundeskanzleramt und Presse- und Informationsamt fehlten an diesem Termin. Neben sechs Ländervertretern nahmen Vertreter von Forschungseinrichtungen als

Gäste teil, des Battelle-Instituts und der Kernforschungsanlage Jülich (Lang 1978 'Protokoll vom 14. Juni 1978', BArch, B 136/10904). Zum Bund-Länder-Arbeitskreis im Januar 1979 liegt nur das Einladungsschreiben und kein Protokoll vor.

Erstmals – nach mehreren Jahren Laufzeit – finden sich auch Hinweise auf begleitende Untersuchungen zum Erfolg des Bürgerdialog Kernenergie.

„Zur Erforschung der Wirkungen des Bürgerdialogs seien sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen durchgeführt worden. Diese hatten ergeben, daß diese Informationsarbeit von breiten Teilen der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde. Die aktuellsten Befragungsergebnisse (Infratest-Studie) besagten, daß der Informationsstand der Bevölkerung im ganzen gesehen über Fragen der Kernenergie und der Energieversorgung zugenommen habe. Die Einstellung zur Art der Informationsvermittlung sei positiv. Ausgenommen sei hiervon die Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen von 18 bis 25 Jahren, die sich kritischer äußerten.“ (Niederelz 1980 'Ergebnisprotokoll vom 20.6.1980', BArch, B 145/16855).

Hervorgehoben wird hier also eine Befragung von einem Meinungsforschungsinstitut. Dass sich der Informationsstand in der Bevölkerung verbesserte, ist angesichts einer mehrjährigen, intensiven öffentlichen Auseinandersetzung um die Kernkraft wenig verwunderlich und kann kausal nicht nur dem Bürgerdialog zugeschrieben werden.

In jedem Falle schlussfolgerten die Teilnehmer der Bund-Länder-Arbeitsgruppen, dass junge Menschen als Zielgruppe des Bürgerdialog stärker mittels Vertrauens- und Informationsarbeit adressiert werden sollten. Festgehalten wurde auch die übereinstimmende Sicht der Teilnehmenden des Bund-Länder-Arbeitskreises, dass Personen, „die sich für gut bis sehr gut über Energiefragen informiert fühlten, auch eher für die weitere Nutzung der Kernenergie seien und auch die Entsorgungsfrage eher für lösbar hielten“ (Niederelz 1980 'Ergebnisprotokoll vom 20.6.1980', BArch, B 145/16855).

Mit diesem Diskussionsergebnis, das den in Schweden festgestellten Beobachtungen widersprach (Nelkin, Pollak 1977: 344; Kitschelt 1980: 177), aber ggf. die Fortführung und den Erfolg des Bürgerdialogs rechtfertigte, bestätigte die Arbeitsgruppe allerdings, dass sie die Defizitthese vertrat (siehe Kapitel 3.1.1.1).

### **4.2.3 Bedeutung der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Bürgerdialogs aus Sicht staatlicher Stellen**

Innerhalb der Regierung herrschte grundlegend Konsens darüber, dass die Diskussionen des Bürgerdialogs kontrovers ausfallen dürften und dass die Relevanz der Themen und der Sachverstand der Referent\*innen das Auswahlkriterium sein sollten, nicht deren Positionierung zur Kernenergienutzung, so Hauff in der Rückschau (Zeitzeugen-Interview Hauff). Der Bürgerdialog sei ein Projekt der Leitungsebene im BMFT gewesen, angeführt von Matthöfer, so der Zeitzeuge Klaus Lang, der mehrere

Jahre für den Bürgerdialog tätig war (Zeitzeugen-Interview Lang). Bei der Konzeption und Umsetzung des Bürgerdialog Kernenergie hätten der Bundesforschungsminister Hans Matthöfer und sein Parlamentarischer Staatssekretär Volker Hauff, der Matthöfer 1978 auf dem Ministerposten im BMFT nachfolgte, Hand in Hand gearbeitet, erinnert sich Hauff (Zeitzeugen-Interview Hauff).

Zeitzeugen beider Seiten des Atomkonflikts wie Gerd Eisenbeiß, der ab 1975 als Referent im BMFT und nach eigenen Angaben federführend am Bürgerdialog Kernenergie beteiligt war, sowie der Jungsozialist und aktive Atomkraftgegner Jo Leinen beschreiben die beiden Minister als liberale Sozialdemokraten (Zeitzeugen-Interview Eisenbeiß) und als „progressive, verständnisoffene Leute“ (Zeitzeugen-Interview Leinen).

Dabei habe Matthöfers Schwerpunkt auf der „normativen Kraft der Wissenschaft“ gelegen, während Hauff für sich in Anspruch nimmt, eher auf die „normative[n] Kraft des guten Arguments im Habermas’schen Sinne“ vertraut zu haben (Zeitzeugen-Interview Hauff). Wie stark der Bürgerdialog von den beiden führenden Männern im BMFT und deren Überzeugungen geprägt war, hebt Volker Hauff hervor: „Das war [...] eines der Dinge, die zwischen Matthöfer und mir völlig unstrittig waren: Solche öffentlichen Diskussionen sind das Lebenselixier der Demokratie.“ (Zeitzeugen-Interview Hauff).

Woher genau der Begriff Bürger *dialog* kam, lässt sich nicht mehr nachvollziehen, weder auf Basis der Akten noch durch die Befragung von Zeitzeugen. (Zeitzeugen-Interview Hauff). Praktisch zeitgleich mit dem Beschluss von Bund und Ländern hatten Matthöfer und Hauff im November 1974 den Begriff „Dialog“ zur Bezeichnung von Bürgerinformation und öffentlicher Debatte verwendet: In ihrem Vorwort zur Dokumentation der Diskussion des 4. Atomprogramms, zu dem es am 12. Februar in Bonn eine „öffentliche Diskussionsveranstaltung“ gegeben hatte, versprachen sie:

„Um den erforderlichen Dialog zu fördern, wird die Bundesregierung sich verstärkt darum bemühen, durch neutrale, wissenschaftliche fundierte Argumentation zu einer besseren Information über die Vorteile und Probleme der friedlichen Nutzung der Kernenergie beizutragen.“ (Matthöfer, Hauff 1974)

Inhaltlich – mehr als begrifflich – waren die Aktivitäten in anderen europäischen Staaten inspiriert, die Volker Hauff v.a. aus Schweden kannte, wo sich 1974 in einer Vielzahl von sogenannten „Studienkreisen“ Bürger\*innen mit Fragen der Kernkraft auseinandergesetzt haben (Hauff 1977 ‚Das schwedische Modell‘; siehe Kapitel 3.1.5.).

In jedem Falle war der Dialog-Begriff für den Minister von zentraler Bedeutung: Nicht zuletzt hatte Matthöfer bereits auf der Reaktortagung am 6. März 1975 davon gesprochen, „wie wichtig und unverzichtbar bei der Entwicklung und beim Einsatz der Kernenergie ein vertrauensvoller Dialog mit der engagierten Öffentlichkeit ist“. Die „Ereignisse um den Kraftwerksbau in Wyhl“ – also die Bauplatzbesetzung vom Februar 1975 - hätten „diese Notwendigkeit noch einmal deutlich vor Augen geführt“ (Matthöfer 1975 ‚Vertrauensvoller Dialog‘: 25).

Information und Dialog begriff Matthöfer dabei als Voraussetzungen und Bestandteil von Demokratie im Sinne von Willy Brandt: „Wir leben in einem Staat mit mündigen

Bürgern, die sich nicht beliebig verplanen lassen. Mündige Bürger wollen sachlich informiert sein, sie wollen an den Entscheidungen über ihren Lebensraum in ausreichendem Maße beteiligt werden, und sie vertrauen nicht blind auf politische oder technokratische Autoritäten.“ (Matthöfer 1975 ‚Vertrauensvoller Dialog‘: 25).

Entsprechend seien für Matthöfer und Hauff die offene Diskussion und der Dialog mit den Bürger\*innen der bloßen Aufklärung überlegen gewesen, so Zeitzeuge Eisenbeiß in der Rückschau (Zeitzeugen-Interview Eisenbeiß). Doch die Umsetzung und Ausgestaltung des Bürgerdialog Kernenergie sowie das Maß an Partizipation waren vor allem intern im Ministerium, aber auch auf politischer Ebene umstritten. So wurzelte bspw. die Formulierung „Aufklärungsaktion“ auf der Bund-Länder-Ebene (BArch B136/10901: Blatt 179). Minister Matthöfer hätte den Auftrag ans BMFT, das mit der Umsetzung betraut worden war, dann als Plattform für eine kritische Diskussion und einen „echten Dialog“ ausgelegt (Zeitzeugen-Interview Niederelz). Nach dem Ministerwechsel 1980 von Volker Hauff zu Andreas von Bülow habe die Unterstützung für das Projekt rasch abgenommen. Der Wechsel zu Riesenhuber und das Ende der Regierung Schmidt 1982 seien auch das Ende des Bürgerdialogs gewesen (Zeitzeugen-Interview Niederelz). Auf der nationalen Ebene finden sich beispielsweise in Bundestagsdrucksachen oder in Presseberichten keine Hinweise, die Bundesminister Riesenhuber mit dem Bürgerdialog Kernenergie in Verbindung bringen. Auch für die Aktivitäten in Lüchow-Dannenberg gilt, dass „der Bürgerdialog Kernenergie [...] im Prinzip mit der neuen Bundesregierung“ unter Helmut Kohl zu Ende gegangen ist (Zeitzeugen-Interview Kulke).

Aus der Formulierung der Ziele und Prinzipien abzuleiten ist ein zugrunde liegendes Partizipationsverständnis, das einerseits – wie es auch der sozialdemokratische Atomkritiker und Aktivist Leinen (1975) teilte - Information als Basis für demokratische Willensbildung in der Gesellschaft für notwendig hielt. Andererseits spielte auch die Defizithese eine Rolle, also die Annahme, dass mehr Information zu mehr Akzeptanz führen würde (Fach, Simonis 1987: 144; Gloede 1988: 117; Peters 1991: 143; siehe Kapitel 3.1.1.1). Offiziell war Akzeptanzbeschaffung allerdings nicht das Ziel, sondern die Bürger\*innen sollten mithilfe des Bürgerdialog Kernenergie Informationen und die Gelegenheit zur Diskussion bekommen und so zu einer „eigenständigen Beurteilung über eine Abwägung zwischen Nutzen und Risiko“ gelangen (Schmidt-Kuester, Popp 1977: 26).

Beim Bürgerdialog Kernenergie habe man einen Dialog auf Augenhöhe angestrebt (Zeitzeugen-Interview Niederelz), aber eine Ergebnisoffenheit sei nicht vorgesehen gewesen (Zeitzeugen-Interview Lang), das Mandat dazu habe es nie gegeben (Zeitzeugen-Interview Eisenbeiß). Es sollte ein Forum sein, das Befürworter\*innen und Gegner\*innen der Kernkraft zu Wort kommen ließe. Schlussendlich sollten allerdings alle von der Notwendigkeit der Kernenergienutzung überzeugt werden; gleichzeitig sollte es keine ‚PR-Geschichte‘ sein, so der damals beteiligte Ministeriumsmitarbeiter Niederelz in der Rückschau (Zeitzeugen-Interview Niederelz). Von Seiten der Atomkritik wurde der Bürgerdialog Kernenergie allerdings als solche wahrgenommen: Jo Leinen etwa – ab 1977 einer der Vorsitzenden des BBU – spricht rückblickend von „Verkaufen“ statt Dialog, von Propagandastrategie und Überzeugungsarbeit (Zeitzeugen-Interview Leinen).

Matthöfer betonte nach außen vor allem gegenüber den Bürgerinitiativen immer wieder die Unumstößlichkeit der staatlichen Entscheidungsgewalt durch die demokratisch legitimierte Institutionen (Hofmann 1975; Matthöfer 1977 ‚Vorwort‘: XIIIff.). Die Trennung wurde klar dargelegt: Die Bürgerinitiativen sollten die Diskussion anregen, das Umwelt- und Problembewusstsein in der Gesellschaft in Bezug auf die Energiepolitik schärfen und ihren Beitrag zur politischen Willensbildung leisten, doch die politischen Institutionen wie Regierungen und Parlamente trafen die Entscheidungen. Die demokratisch verfassten Entscheidungsspielräume dürften nicht durch informelle Beteiligungsformen beschnitten werden (Matthöfer 1977 ‚Vorwort‘: XIII).

Die grundsätzliche Ausrichtung blieb über die folgenden Jahre in den Grundzügen unverändert: Information und Diskussion, der Wunsch nach einer „ernsthafte[n] Auseinandersetzung mit allen Argumenten und Positionen“ inklusive Rückwirkungen auf politische Entscheidungen, die allerdings letzten Endes „von den gewählten Parlamentariern und den Regierungen zu treffen und zu verantworten sind.“ (BMFT 1978 ‚Energiediskussion 1/78‘: 2f.; BArch, B136/10904 ‚Vorschlag zur fachlichen und finanziellen Unterstützung von Veranstaltungen Dritter im Jahre 1978‘).

Auch 1980 bekräftigte Hauff, dass die „Prinzipien, unter denen der Bürgerdialog über Energiefragen ablaufen sollte“ unverändert umgesetzt werden sollten, einzig die inhaltlichen Schwerpunkte wurden erweitert. „Dabei gehe es darum, eine offene Diskussion, in der jedes sachliche und ehrliche Argument eine Chance hat, zu gewährleisten, sowie auch die Meinung zu respektieren, die man selbst nicht teilt.“ (BMFT 1980 ‚BMFT-Mitteilungen‘: 33). Rückblickend berichtete Volker Hauff im Zeitzeugen-Interview, wie entsprechend unzufrieden, ja unglücklich er mit dem Verlauf der Dinge hinsichtlich der Entscheidung zum Standort Gorleben gewesen sei und wie wenig das Vorgehen des niedersächsischen Ministerpräsidenten, den Standort ohne vorige Absprache und Konsultation einfach zu verkünden, zu seinen Vorstellungen von der Notwendigkeit einer offenen Diskussion (und auch den Planungen im BMFT) gepasst habe (Zeitzeugen-Interview Hauff).

#### **4.2.4 Thematische Schwerpunktsetzungen und Erweiterungen in den Folgejahren 1976-1981 laut Jahresberichten der Bundesregierung**

Was als Bürgerdialog Kernenergie begann, wandelte sich im Laufe der Jahre 1976 bis 1981 hin zum Bürgerdialog „Kernenergie und ihre Alternativen“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung o. J., ‚Bonner Almanach 1980/81‘:196). Auch in der Zusammenarbeit mit Dritten wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Verlagerungen Teil der Abstimmungen im jährlichen Haushaltsverfahren mit dem Deutschen Bundestag waren. Hierzu konnten jedoch keine Dokumente identifiziert werden mit Ausnahme der Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses für den Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie. Unterlagen über Ausschusssitzungen

werden typischerweise im Bundestag nicht archiviert, Ausnahmen bilden Dokumente, die bspw. vom Bundesrechnungshof angefordert wurden. Im Haushaltsplan für das Jahr 1979 wurde noch von „Unterrichtung der Öffentlichkeit über Notwendigkeit und Sicherheit der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ gesprochen, später vom Bürgerdialog Kernenergie (BT-Drucksache 08/2121 vom 14.12.1978; BT-Drucksache 08/3391 vom 16.11.1979).

Ein grober, aber als zuverlässig einzustufender Überblick über den Bürgerdialog Kernenergie und sich ändernde Schwerpunktsetzungen findet sich in den Veröffentlichungen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung. Im Bonner Almanach 1980/1981 mit dem Untertitel „Politik zum Nachschlagen“ ist eine Kurzbeschreibung des Bürgerdialog Kernenergie enthalten:

„Große Resonanz findet die vom Bundesminister für Forschung und Technologie im Auftrag der Bundesregierung geführte öffentliche Diskussion über 'Kernenergie und ihre Alternativen'. Zahlreiche gesellschaftliche Gruppen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände beteiligen sich mit finanzieller und fachlicher Unterstützung des BMFT an der Energiediskussion. Nicht nur Notwendigkeit und Sicherheit, Nutzen und Risiken der Kernenergie werden dabei angesprochen, sondern auch die umfassenden Zusammenhänge zwischen Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Lebensqualität.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung o. J. ‚Bonner Almanach 1980/81‘: 196)

Die Schwerpunktsetzung in den Einzeljahren waren in den Jahresberichten des BMFT als Teil der Jahresberichte der Bundesregierung verankert. In den ersten beiden Jahren nach dem offiziellen Start, 1976 und 1977, wurde dort auf die Notwendigkeit der Nutzung der Kernenergie und die bessere Unterrichtung über die mit der Kernenergie verbundenen Risiken und Vorteile seitens der Bundesregierung fokussiert (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1977: 477; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1978: 518f.). Erwähnt wurde des Weiteren ein begonnenes intensives Gespräch mit Bürger\*innen, Gruppen und Verbänden. Verwiesen wurde für das Jahr 1977 auch auf eigene Veranstaltungen und Seminare des BMFT. Für das Jahr 1978 wurde die Darstellung dann um die Förderung von Veranstaltungen von Trägern der Erwachsenenbildung, für das Jahr 1979 auch der Jugendbildung erweitert (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1979: 534; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1980: 464). Die breite Öffnung des Bürgerdialogs für andere Themen wurde dann im Jahresbericht für das Jahr 1980 deutlich mit dem Hinweis, dass „im Bereich der Gesamtökologie, der sozialen Folgewirkungen neuer Energietechnologien und der Kohleveredelung aufgenommen“ wurden (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1981: 442). Spätestens ab diesem Zeitpunkt wurde öffentlich sichtbar, dass der Bürgerdialog den engeren Pfad des Dialogs über den Ausbau der Kernenergie verlassen hatte und seinem Titel „Kernenergie“ nur noch in Teilen entsprach, denn der Abschnitt trug die Überschrift Bürgerdialog Energie, eine Bezeichnung, die ab diesem Zeitpunkt, wenn auch nicht durchgängig, auch im Deutschen Bundestag für diese Maßnahme verwendet wurde (siehe Kapitel 4.1).

Auch im Rückblick auf das Jahr 1981 war im Jahresbericht vom Bürgerdialog Energie die Rede, eine Bezeichnung, die sich auch vereinzelt an anderen Stellen findet, sich aber vielleicht auch wegen des politischen Auslaufens des Bürgerdialog Kernenergie nicht durchsetzen konnte. Der Bürgerdialog Kernenergie wird nicht mehr in einem eigenen Stichwort gewürdigt, sondern in den Abschnitt Öffentlichkeitsarbeit des BMFT integriert. Dies illustriert die abnehmende Bedeutung. Auch wurden für dieses und das Folgejahr mit Jugendlichen und Lehrer\*innen andere Zielgruppen der Informationsarbeit benannt. Beispielsweise wurde im Jahresbericht 1982 erwähnt, dass eine Zeitbild-Ausgabe mit dem Titel „Kernenergie und Entsorgung – wohin mit dem nuklearen Abfall“ mehr als 1 Millionen Mal an alle Schulen verteilt wurde, die gemeinsam von Zeitbild-Redaktion und BMFT verantwortet wurde (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1983: 464). Als Aktivität des Bürgerdialog wurde die Neugestaltung der Ausstellungsabteilung „Energie“ im Deutschen Museum München hervorgehoben. Mit Bezug zum Dialog mit Bürger\*innen und Verbänden war jetzt nur noch von Schwerpunkt-Aktivitäten die Rede.

Für das Jahr 1983 verwies der Jahresbericht, wie auch später der Jahresbericht 1984, nur noch auf Aktivitäten in Niedersachsen in der Informationsstelle in Lüchow zur nuklearen Entsorgung. Dort sei Vor-Ort-Informationsarbeit erfolgreich fortgesetzt worden. Der Jahresbericht ordnet auch die Einrichtung einer weiteren Informationsstelle an der Zeche Konrad in Salzgitter diesem Schwerpunkt zu. Ab diesem Zeitpunkt werden Aktivitäten auf Bundesebene in den Jahresberichten nicht mehr verzeichnet (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1984: 506; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1985: 531).

#### **4.2.5 Aktivitäten des Bürgerdialog Kernenergie im Überblick**

Im Folgenden werden die wichtigsten Aktivitäten des Bürgerdialog Kernenergie in einer Übersicht vorgestellt. Die ausführliche Darstellung der Inhalte sowie Umsetzungsbeispiele erfolgen im darauffolgenden Kapitel zum Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene.

Folgt man der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stahl im BMFT auf eine Anfrage des CDU-MdB Gerstein aus der späten Bürgerdialogphase im Jahr 1982, ordnete das Bundesforschungsministerium die Aktivitäten seit Beginn des Bürgerdialogs im Jahr 1975 in drei Kategorien: (1) Unterstützung von Veranstaltungen der gesellschaftlichen Gruppen zur Information und Diskussion, (2) eigene Veranstaltungen sowie (3) zielgruppenorientiertes Informationsmaterial. Die folgende Aufstellung (Tabelle 5) folgt dieser Klassifizierung, gliedert sie jedoch nach Informations- und Dialogbausteinen und ergänzt fehlende Aktivitäten wie das Schalten von Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, gemeinsam mit Dritten veröffentlichte Materialien sowie die Förderung von Einzelaktivitäten wie Ausstellungen (Stahl 1982 ,BT-Drucksache 09/1667 vom 21.05.1982': 26f.).

**Tabelle 5: Überblick über Aktivitäten sowie Formate/Elemente des Bürgerdialog Kernenergie 1975-1982 auf der Bundesebene**

<b>Aktivität</b>	<b>Formate / Elemente (Auswahl)</b>	<b>Bemerkungen</b>
Schaltung von BMFT-(Coupon)Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, sowie Parteiorganen, insbesondere „vorwärts“	Anzeigenserien und Einzelanzeigen Beilagen zu Publikumszeitschriften	nachgewiesen bis 1980
Broschüren, Dokumentationen und Berichte des BMFT	<i>Kernenergie. Eine Bürgerinformation (1975, 1976, 1978 und 1981)</i> <i>Dokumentation der Bundesregierung Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie (1977)</i> <i>Zwischenbilanz der Energiediskussion (1979)</i> <i>Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977-1980</i> Berichte des Battelle-Instituts zu Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken (1975) sowie zu den Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten (1977)	
Magazine des BMFT	<i>Informationsbrief Kernenergie (1976 bis 1977), dann Energiediskussion. Informationen – Argumente -Meinungen (1977-1981)</i>	eingestellt ab 1982
Verlagsveröffentlichungen in Kooperation mit dem BMFT, Sonderdrucke	<i>Matthöfer (1976) Interviews und Gespräche zur Kernenergie</i> Schriftenreihe <i>Argumente in der Energiediskussion</i> <i>Amery, Matthöfer (1976): Die Frage heisst: Wie wollen wir zukünftig leben</i>	eingestellt ab 1981
Informationsmaterial für Zielgruppen wie Schüler*innen und Lehrer	Sonderdruck Zeitbild zu Kernenergie und Entsorgung	1982

<b>Aktivität</b>	<b>Formate / Elemente (Auswahl)</b>	<b>Bemerkungen</b>
Audiovisuelle Materialien	Medienpaket Sichere Energie Filme Regenerative Energien, Energiesparen und Entsorgung	1978, 1979
Eigene Veranstaltungen	Kongresse Fachtagungen Seminare mit Lehrer*innen	siehe hierzu auch Schriftenreihe „Argumente in der Energiediskussion“
Unterstützung von Veranstaltungen von gesellschaftlichen Gruppen und Bildungsträgern zur Information und Diskussion	Etwa 1.200 Zuwendungen zu Veranstaltungen u.a. von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, Gewerkschaften, Parteien und politischen Stiftungen, Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Bildungseinrichtungen	1977-1980 (vereinzelt bereits 1976)
Austausch mit Vertreter*innen der gesellschaftlichen Gruppen auf Einladung des BMFT	Fünf Gesprächskreise zwischen März 1977 und Januar 1981 (Gesprächskreis Kernenergie-dialog)	18.03.1977, 13.12.1977, 24.01.1979, 28.02.1980, 20.01.1981
Beteiligungen des BMFT an Messen	Schwerpunktveranstaltung „Jugend und Technik“ anlässlich der Hannover-Messe zum Thema Energie	1982
Förderung von sonstigen Formaten Dritter wie Ausstellungsgestaltungen	u.a. didaktisch aufbereitete Ausstellung mit Objekten und Demonstrationen zu den Themen: Physikalische Grundlagen der Kernspaltung, Reaktordynamik und - technologie, Brennstoffkreislauf, Energiebedarf, Sicherheit und Umweltschutz; Neugestaltung des Ausstellungsbereichs Energie, beide im Deutschen Museum München	1978, 1982

Quellen: BT-Drucksache 9/1667 vom 21.05.1982; BArch, B 145/16855; Röhlein 1979: 70, 87; <https://foerderportal.bund.de/foekat/>. Eigene Zusammenstellung, eigene Ergänzungen.

#### **4.2.6 Administrative Zuordnung im BMFT und Kostenüberblick laut der Beantwortung von Anfragen im Deutschen Bundestag**

Der Bürgerdialog Kernenergie war im BMFT der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zugeordnet, damals von Thilo Schmidt geleitet. Für den Bürgerdialog wurden bis zu zwei Stellen geschaffen, die zunächst mit Dr. Klaus Lang, dann Peter Niederelz und Harald Uhl besetzt waren (Zeitzeugen-Interviews Lang, Niederelz). Eine eigene Organisationseinheit im BMFT wurde nicht eingerichtet, ein Umstand, den Niederelz im Zeitzeugen-Interview im Rückblick aufgrund der resultierenden geringeren Durchschlagskraft und Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeiten bedauerte (Zeitzeugen-Interview Niederelz). In den Zeitzeugen-Interviews mit früheren Mitarbeitern des BMFT wurde deutlich, dass eine Anbindung an eine fachlich für Kernenergie oder Energiefragen zuständige Abteilung des BMFT offensichtlich nicht gewünscht gewesen war, wohl weil in Teilen des BMFT in der Nachfolge des früheren Bundesministeriums für Atomfragen bzw. Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft eine zu klare Pro-Kernenergie-Haltung bei den dort tätigen Mitarbeitern vermutet wurde (Zeitzeugen-Interviews Niederelz, Hauff).

Die Arbeit der Abteilung wurde seit 1977 durch den Projektträger Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR, heute Projektträger DLR) unterstützt. „Es war damals bewußt eine ‚neutrale‘ Stelle ausgewählt worden, die nicht im Verdacht stand, aufgrund eigener Forschungsarbeiten pro Kernenergie argumentieren zu müssen“ schrieb Ministerialdirektor Dr. Borst vom BMFT rückblickend im Oktober 1983 an den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der DVFLR (Borst, BArch, B 196/1073271). Der Projektträger unterstützte insbesondere die Bearbeitung und Abwicklung von Zuwendungen an Dritte sowie später die institutionell-administrative Abwicklung der Informationsstelle Lüchow. Allerdings diente er auch als Ersatzarbeitgeber für Mitarbeiter wie Niederelz, die tatsächlich im Ministerium arbeiteten, aber (zunächst) über die DVFLR angestellt waren (Zeitzeugengespräch Niederelz). Die Unterlagen des Projektträgers liegen im Bundesarchiv Koblenz nicht mehr vor, auch in den Jahresberichten des Projektträgers sind keine Hinweise auf den Bürgerdialog enthalten. Somit sind Einzelaufstellungen von Ausgaben und wofür diese getätigt wurden, sofern nicht an anderer Stelle archiviert, verloren gegangen. Dies erschwert die Zuordnung von Maßnahmen zum Bürgerdialog erheblich.

Allerdings sind Übersichten zum Budget des Bürgerdialog in den Antworten des BMFT auf kleine und große Anfragen von Fraktionen und Abgeordneten im Deutschen Bundestag gut aufbereitet enthalten, wenn auch auf recht hohem Aggregationsniveau, sofern die jeweiligen Details denn Gegenstand von Anfragen waren. Wie oben dargestellt, oblagen der Mittelumfang und die Mittelverwendung des Bürgerdialog Kernenergie der Abstimmung des BMFT mit dem Deutschen Bundestag und der Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch das Parlament. Während für das Jahr 1975 eine „Sonderlösung“ aus Mitteln eines anderen Haushaltstitels erreicht wurde, sind die Mittelverwendungen in den Folgejahren überwiegend auf den Bürgerdialog Kernenergie

hin ausgerichtet, werden in späteren Jahren jedoch auch mit einer weiteren Dialogmaßnahme zum Thema „Technologischer Wandel“ zusammengefasst.

Insgesamt wurden – laut einer Zusammenstellung der öffentlichen Ausgaben für die Kernenergie – 19.953 Mio. DM für den Bürgerdialog Kernenergie ausgegeben (Fraktion der SPD 1987 ,BT-Drucksache 11/13 vom 19.02.1987': 53). In dieser langjährigen Übersicht sind die Jahresangaben für den Bürgerdialog Kernenergie nur für das Jahr 1979 mit 4,84 Mio. DM spezifiziert, der Wert stimmt jedoch überein mit den in der Bundestagsdrucksache 11/1818 vom 12.02.1988 genannten Jahresausgaben.

Die im Haushaltsplan für den Bürgerdialog Kernenergie vorgesehenen Mittel überstiegen die Höhe der Mittel des BMFT für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in anderen Positionen. Zum Vergleich: In anderen Positionen standen im Jahr 1979 nur 700.000 DM (Öffentlichkeitsarbeit) bzw. 850.000 DM (Fachinformation) und damit zusammengenommen etwa nur ein Drittel der Summe des Bürgerdialog Kernenergie zur Verfügung. Auch wenn bei der Bewertung berücksichtigt werden muss, dass von den Mitteln des Bürgerdialog Kernenergie Fördermittel an Dritte vergeben wurden und ab 1979 ein hoher Anteil zweckgebunden für die Informationsarbeit gemeinsam mit dem Land Niedersachsen (Abbildung 4) zu verwenden war, ist die Höhe der Mittel als erheblich einzustufen.

Die Ausgaben für den Bürgerdialog sind in Tabelle 6 aufgelistet.

**Tabelle 6: BMFT-Ausgaben für den Bürgerdialog Kernenergie 1975-1979**

<b>Jahr</b>	<b>Ausgaben in Mio. DM (in Preisen von 1980, deflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts)</b>
1975	0,8 (aus Haushaltstitel „Förderung der Reaktorentwicklung“ des BMFT, hier in Preisen von 1975)
1976	3,198
1977	3,999
1978	4,500
1979	4,844 (einschließlich Standort Gorleben laut Verwaltungsvereinbarung)

Quelle: BT-Drucksache 11/1818 vom 12.02.1988: 34. Deflationiert im Original. Eigene Darstellung

Zum Vergleich: 4 Mio. DM im Jahr 1980, die Zuordnung, mit der die obigen Zahlen des Bürgerdialogtitels deflationiert wurden, entsprechen heute etwa 5,2 Mio. Euro (DataQualityApps, DM-Eur-Rechner inkl. Inflation, Berechnung vom 15.01.2023), auch wenn der Vergleich nur mit Einschränkungen möglich ist, weil sich z.B. durch Internetdienste die Kommunikationswege der Regierungs-PR hin zu den Bürger\*innen massiv verändert haben.

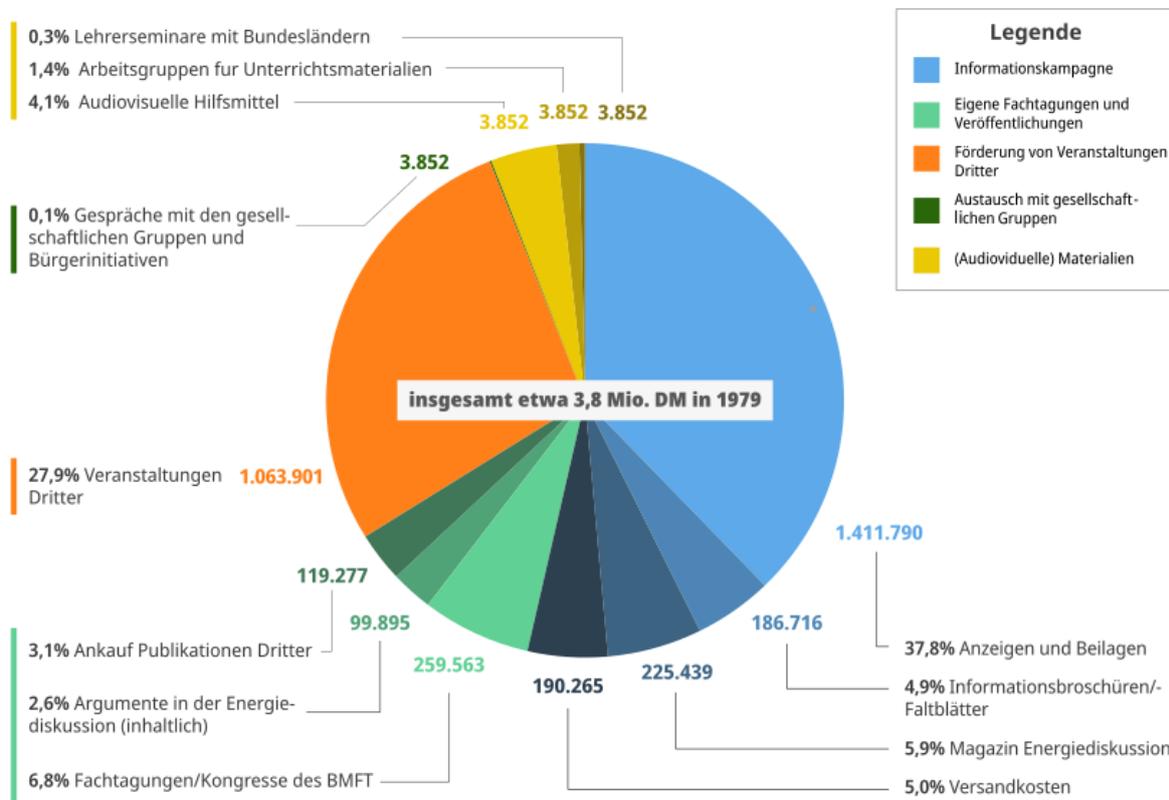
Die Originaltabelle in der Bundestagsdrucksache enthält auch Zahlenangaben für die weiteren Jahre, die nicht eindeutig dem Bürgerdialog Kernenergie zugeordnet werden können und deswegen nicht in der obigen Tabelle 6 aufgeführt wurden. Es erfolgte zu diesem Zeitpunkt ein Zusammenlegen des Bürgerdialog Kernenergie mit dem Bürgerdialog Technologischer Wandel in einem Haushaltstitel.

Auch wenn weitere Zahlen für die Jahre 1980 bis 1986 nicht in dieser Vollständigkeit vorliegen: Laut BMFT (Probst 1988 ,BT-Drucksache 11/1818 vom 12.02.1988') wurden im Zeitraum 1975 bis 1986 insgesamt 19.953 Mio. DM für den Bürgerdialog Kernenergie aufgewendet. Damit verbleibt rechnerisch nur ein im Vergleich zu den Vorjahren geringer Betrag von etwa knapp 3,4 Mio. DM für die Jahre 1980 bis 1986, der wohl zu hohen Anteilen für bereits vertraglich vereinbarte Aktivitäten oder für Vorhaben, die sich an Jugendliche und Lehrer\*innen richteten, verwendet wurde. Im Förderkatalog des Bundes, der Datenbank mit Vorhaben der Projektförderung des Bundes, sind beispielsweise für das Jahr 1982 auch Zusatzaktivitäten bei Jugend + Technik während der Hannover-Messe 1982 oder die Bearbeitung des Basisbuches und des Informationsteils zur Tonbildschau „sichere Energie“ im Förderprofil Technologie und Innovation für 1982 vermerkt. Allein die Kosten für die „Technische und Administrative Abwicklung der Informationsstelle für Nukleare Entsorgung in Luechow“ sind im Förderkatalog des Bundes für den Zeitraum 1982 bis 1986 mit etwa 1,5 Mio. DM vermerkt und betragen damit durchschnittlich 300.000 DM pro Jahr. Dieser Position wurden die Betriebs- und Personalkosten der Vor-Ort-Informationsarbeit in Luechow und Salzgitter (Schacht Konrad) zugeordnet.

#### **4.2.7 Mittelaufteilung am Beispiel des Jahres 1979**

Detailübersichten über die Mittelverwendung liegen in den Akten des Bundesarchivs insgesamt nur lückenhaft, allerdings vollständig für das Jahr 1979 vor. Auffällig ist, dass diese Übersichten nicht in den Akten des BMFT, sondern in denen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (BArch, B 145/16855) archiviert wurden. Für den überregionalen Bürgerdialog (ohne den standortbezogenen Dialog zur Entsorgung in Niedersachsen) wurden demnach etwa 3,8 Mio. DM im Jahr 1979 aufgewendet. Das folgende Diagramm gibt die Ausgaben sowohl in Prozent als auch in DM wieder. Die Ausgaben wurden nach Rubriken gebündelt und sind jeweils farblich unterschieden (Abbildung 4).

**Abbildung 4: Ausgaben für den Bürgerdialog Kernenergie auf Bundesebene im Jahr 1979 in DM und Prozent**



Quelle: BArch, B 145/16855. Eigene Darstellung.

- Informationskampagne: Deutlich werden die hohen Anteile, die das BMFT für die Informationskampagne aufwendete. Dieser Gruppe können sowohl die Anzeigen und Beilagen, Informationsbroschüren und Falbblätter, das BMFT-eigene Magazin Energiediskussion als auch die zugehörigen Versandkosten und damit fast 53 % der Ausgaben zugeordnet werden.
- Eigene Fachtagungen und Veröffentlichungen: Für die gesamte Laufzeit des bundesweiten Bürgerdialog Kernenergie typisch sind BMFT-eigene Großveranstaltungen, Expertengespräche und Fachtagungen. Vor allem die Großveranstaltungen wurden in einer eigenen Buchveröffentlichungsreihe mit 11 Bänden, den Argumenten in der Energiediskussion, dokumentiert. In dieser Gruppe sind auch Veröffentlichungen in weiteren Verlagen, die vom BMFT in hohen Stückzahlen erworben wurden, sowie die Kosten für den Entsorgungsbericht der Bundesregierung aufgeführt. Im Jahr 1979 können gut 12 % der Kosten den BMFT-eigenen wissenschaftlich ausgerichteten Veranstaltungen und Veröffentlichungen zugeordnet werden.
- Förderung von Veranstaltungen Dritter: Mit fast 28 % der Ausgaben machen die Kosten für Veranstaltungen Dritter den zweitgrößten Anteil aus. In dieser Gruppe werden etwa 1.200 Veranstaltungen Dritter gefasst, die im Rahmen der Projektförderung des BMFT bezuschusst wurden. Diesem Schwerpunkt des Bürgerdialog Kernenergie widmet sich das Kapitel 5.3 dieser Studie.

- Austausch mit gesellschaftlichen Gruppen: Der kleinste Posten in der Jahresaufstellung umfasst die Gespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen und Bürgerinitiativen. Hierunter fallen die Kosten für den Gesprächskreis zwischen BMFT und den gesellschaftlichen Gruppen.
- (Audiovisuelle) Materialien: Im Kostenplan anschaulich werden auch Aktivitäten, die sich gezielt an Lehrer\*innen richten, wie die Erstellung audiovisueller Materialien. Die summierten Ausgaben entsprechen einem Anteil von etwa 10 % an den Gesamtausgaben. Die an Lehrer\*innen und Schüler\*innen adressierten Aktivitäten werden in den Akten des Bundesarchivs nicht spezifiziert, als audiovisuelle Hilfsmittel werden jedoch eine Tonbildschau, eine Filmserie sowie Ausstellungen zugeordnet.

#### **4.2.8 Auslaufen des Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene**

Hinweise zum Zeitpunkt des Auslaufens des Bürgerdialog Kernenergie und zu den Begründungen hierfür sind spärlich und lassen sich nur über Umwege und die Haushaltsgesetze des Deutschen Bundestages zum Einzelplan 30, Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie, rekonstruieren. Dort werden die Leistungen unter unterschiedlichen Begrifflichkeiten aufgeführt: Neben der Förderung des Bürgerdialog Kernenergie in den ersten Jahren der Maßnahme finden sich auch die Bezeichnungen „Unterrichtung der Öffentlichkeit über Notwendigkeit und Sicherheit der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ und später „Bürgerdialog Energie“. In den Dokumenten zum Einzelplan zeichnete sich ein wachsendes Hinterfragen der Notwendigkeit des Bürgerdialog Kernenergie im Bundestag und Mittelkürzungen nach 1979 – auch vor dem Hintergrund der zweiten Ölkrise und den entsprechenden Auswirkungen auf die Staatsfinanzen (siehe Kapitel 3.1.5) – ab.

In der Beschlussempfehlung zum Haushaltsgesetz 1980 (Einzelplan 30, Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie, Drucksache 08/3391) vom November 1979 wurden Mittel für die Förderung des Bürgerdialogs über die Nutzung der Kernenergie sowie – neu und als ein zweites Bürgerdialog-Thema – über den technisch-sozialen Wandel und die dadurch verursachten Beschäftigungsprobleme zusammengefasst. Auch für spätere Haushaltsjahre erfolgte diese Zusammenführung in den Haushaltsgesetzen, so dass ein Verfolgen der Ausgaben für den Bürgerdialog in Parlamentsdokumenten im Einzelnen nicht mehr möglich ist. Vorgesehen war für das Jahr 1980 zunächst eine Summe von 4 Mio. DM. Diese Empfehlung wurde jedoch eingeschränkt durch den Hinweis, dass die Leistung der Ausgaben der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bedarf.

Das Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages konnte weitere, nicht über das Dokumentations- und Informationssystem des Deutschen Bundestages zugängliche Protokolle des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestag zur Höhe der Förderung des Bürgerdialog Kernenergie bereitstellen, darunter ein Protokoll zur 85. Sitzung, leider

ohne Datum. Hieran wird deutlich, dass die Sinnhaftigkeit von Bürgerdialogen, durchgeführt von der Bundesregierung, und die finanzielle Förderung von Bürgerdialogen durch das Parlament von Seiten der CDU/CSU-Fraktion grundsätzlich hinterfragt wurden. Der baden-württembergische CDU-Abgeordnete Lutz Stavenhagen kritisierte die durch das BMFT geplante wesentliche Erweiterung des Bürgerdialog Kernenergie um einen zweiten Schwerpunkt „Technologischer Wandel“ (siehe Kapitel 4.2.6) und in diesem Zuge sogar Bürgerdialoge insgesamt mit folgenden Worten:

„[D]ies könne nicht Aufgabe eines Bundesministers sein. Wenn die bedeutsamen Gruppen der Gesellschaft darüber einen Dialog führen wollten – und sie müßten ihn führen –, dann bedürften sie nicht der Moderation und der finanziellen Unterstützung der Bundesregierung. Nachdem man bereits den Bürgerdialog Kernenergie habe, würde eine Ausweitung auf alle brisanten Themen der Zukunft, die dann von der Bundesregierung moderiert würden, den Nerv der parlamentarischen Demokratie berühren.“  
(Stavenhagen ohne Datum, PA-DBT 3106 8. Wahlperiode Protokoll Nr. 85)

CDU-MdB Stavenhagen verwies auf die Position des Haushaltsausschusses, dass der Bürgerdialog Kernenergie eine Aufgabe für eine bestimmte Zeit sei, die unter Effizienzkriterien zu bewerten sei. Da die Erreichung des Ziels, also eine Akzeptanzsteigerung in der Bevölkerung, nicht zu erkennen sei, hielt er „eine allmähliche Rückführung des Ansatzes gegen Null in den nächsten Jahren für notwendig und richtig.“ (Stavenhagen ohne Datum, PA-DBT 3106 8. Wahlperiode Protokoll Nr. 85).

Im Zuge der weiteren Diskussionen des Haushaltsausschusses wurde dann entschieden, die bislang bestehende Sperre von Haushaltsmitteln fast vollständig aufrechtzuerhalten. Von den zunächst gesperrten Mitteln in Höhe von 2,5 Mio. DM wurden nur 650 Tsd. DM freigegeben und somit 1,85 Mio. DM im Haushaltsjahr 1980 gekürzt. Auch der Jahresbericht der Bundesregierung für 1981 sprach von erheblich verminderten Haushaltsmitteln (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1982 ‚Jahresbericht der Bundesregierung 1981‘). Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung hatte noch im Juli 1980 für die Haushaltsjahre bis 1983 Mittel in Höhe von 5,5 Mio. DM pro Jahr vor vorgesehen (Hauff 1980 ‚BT-Drucksache 08/4371‘: 4).

Aussagen von Bundesforschungsminister Hauff sprechen dafür, dass die Leitung des BMFT mit dem Bürgerdialog Kernenergie ein Konzept verband, das für weitere Technologiethemen und damit verknüpfte gesellschaftliche Debatten als passend und zielorientiert eingestuft wurde. In der Rückschau im Zeitzeugengespräch erklärte Hauff, dass er – ganz im Sinne dessen, was Bud und Trischler (2018) als „öffentliche Technologie“ definieren – gesellschaftliche Debatten im Hinblick auf technologische Zukunftsentscheidungen für wichtig hielt (Zeitzeugen-Interview Hauff). Hauff erklärte diese Absicht u.a. im Januar 1979 vor den Mitgliedern des Bürgerdialog-Gesprächskreises mit den gesellschaftlichen Gruppen:

„Der ‚Bürgerdialog Kernenergie‘ ist ein Teil des Versuchs, technologiepolitische Probleme, deren Tragweite weit über die Technik im engeren Sinne hinausreicht, reicht, zum Gegenstand öffentlicher, kontroverser Diskussionen zu machen, ohne dabei die Handlungsfähigkeit zu

verlieren. Und dieser Versuch ist kein Dialog, der nach kurzfristigen Aktualitätsgesichtspunkten begonnen und beliebig wieder abgebrochen werden könnte.

Im Gegenteil: Wir werden diesen Weg in Zukunft nicht nur bei Kernforschung und Kerntechnik, sondern auch in vielen anderen Forschungs- und Entwicklungsbereichen einschlagen müssen.“ (Hauff 1979 'Fragen der Energiepolitik': 86).

Ob der Ansatz, das Themenspektrum auszuweiten, der Fortführung des Bürgerdialogs geschadet hat, ist aufgrund der vorliegenden Dokumente nicht abschließend zu belegen. Es ist zu vermuten, dass die sich auseinanderentwickelnden Positionen und internen Kontroversen der Parteien zur Kernenergie, zu deren Notwendigkeit und zur Durchsetzbarkeit eine Rolle spielten. Eventuell flossen auch (landes-)parteiliche Gegensätze zwischen dem baden-württembergischen SPD-Politiker Hauff und dessen CDU-Landsmann Stavenhagen ein, der in der öffentlichkeitswirksamen und steuerfinanzierten Selbstpräsentation Hauffs im Bürgerdialog möglicherweise vor allem Wahlkampfhilfe vermutete.

Daneben variierte sicher auch die Einschätzung, wie sinnvoll, effektiv und demokratisch bzw. demokratiefördernd Informations- und Dialogkampagnen waren. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre, als gesellschaftlich-technische Langfristvisionen unter breiter Beteiligung und als Umsetzung von „Mehr Demokratie wagen“ parteiintern in der SPD engagiert diskutiert wurden, nutzten sich solche Formate zunehmend ab. So erläuterte es Hauff in der Rückschau unter Verweis auf den am 14. November 1975 vom Mannheimer Parteitag der SPD für die Jahre 1975 bis 1985 beschlossenen „Orientierungsrahmen 1985“ für die Jahre 1975 bis 1985 (Oertzen 1976; Zeitzeugen-Interview Hauff). Gerade vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Krisen und eher reaktiver Krisenpolitik von Helmut Schmidt, begann zudem die Vorstellung der rationalen Plan- und Gestaltbarkeit der Zukunft zu bröckeln (Lieb 2022; Seefried 2022). Auch dies verringerte die Attraktivität solcher gesellschaftlicher Debattenformate, die auch die traditionelle Entscheidungshoheit von Unternehmen und Staat einzuschränken drohten.

Es ist davon auszugehen, dass der Wechsel von Bundesminister Hauff in ein anderes Ressort im November 1980 zum Auslaufen des Bürgerdialogs beigetragen hat. Mit seinem Nachfolger Andreas von Bülow verbinden Zeitzeugen, die im Rahmen dieses Projekts interviewt wurden, darunter Volker Hauff selbst, einen anderen Politikstil und andere Prioritäten (Zeitzeugen-Interviews Hauff, Kulke, Niederelz).

### **4.3 Der Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben**

Wie bereits im Kapitel 4.2. für den Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene, erfolgt im Folgenden ein Überblick über den Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben. Ausgehend von der Verwaltungsvereinbarung des BMFT mit dem Land Niedersachsen wird die Maßnahme in Beziehung zum Bürgerdialog Kernenergie auf Bundesebene gesetzt und mit ihren Zielen, Schwerpunktsetzungen sowie zeitlich-

finanziellem Rahmen vorgestellt. Dem Prozess und den Aktivitäten in Lüchow-Dannenberg ist eine Fallstudie im Kapitel 6 dieses Berichts gewidmet.

### **4.3.1 Beschluss für einen Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben und Übertragung der Grundsätze der Kernenergie Diskussion auf die Aktivitäten des BMFT in Lüchow-Dannenberg**

Basis der BMFT-Aktivitäten in Niedersachsen war die Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen vom 26.02.1979 (BArch, B 196/107327:114256). Die BMFT-Haushaltsmittel für die Umsetzung dieser Maßnahme wurden in einem eigenen Haushaltstitel verankert. Bereits Ende 1978 in der 63. Sitzung des Haushaltsausschusses am 16.11.1978 verwies Bundesminister Hauff auf ein vorgesehenes Budget in Höhe von 1 Mio. DM pro Jahr für diese Maßnahme. Die Verwaltungsvereinbarung würde nicht nur das geplante Informationszentrum betreffen, sondern sei hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit breit angelegt: „Es gehe darum, wie die Abstimmung bei gemeinsamen Anzeigen und bei Veranstaltungen der Meinungsträger aussehe, sowie darum, wie die Arbeit der Informationsstelle gestaltet werden solle.“ (Hauff 1978, PA-DBT 3106\_8.WP-Prot. 63.) Die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit begründete Hauff mit dem Ziel, „den sogenannten Wyhl-Effekt in Gorleben zu vermeiden, der sich einstelle, wenn man sich zu spät der öffentlichen Diskussion stelle“ (Hauff 1978, PA-DBT 3106\_8.WP-Prot. 63.).

- Bundesforschungsminister Hauff verdeutlichte sein Aufgabenverständnis auf einem Abstimmungstermin im Rahmen des Gesprächskreises Kernenergie mit den gesellschaftlichen Gruppen (siehe Kapitel 5.5.1) am 24. Januar 1979 in Bonn und somit noch vor der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Land Niedersachsen, als er von einer Reihe von Schritten sprach, die auch bei einer pauschalen Fragestellung ‚Gorleben – ja oder nein‘ vollzogen und geprüft werden müssten, damit Entscheidungs- und Handlungsspielräume deutlich würden. Das Ergebnis dieser Prüfung sei nicht vorprogrammiert, ggf. müsse eine andere Richtung eingeschlagen werden, so Hauff. Gleichzeitig warnte er vor einer „Schlacht um Gorleben“ oder vor einem „letzten Gefecht“ um die Nutzung der Kernenergie in Deutschland, da so ein Stück „Substanz unseres demokratischen Staates“ verloren gehen würde (Hauff 1979 ‚Schwerpunkte der Energiediskussion: 4).
- Hauff kündigte gleichzeitig einen Diskussionsprozess am Standort Gorleben über das Konzept der „Integrierten Entsorgung“ an, nach den gleichen Grundsätzen wie für die Kernenergie Diskussion insgesamt.

### **4.3.2 Wechsel vom Bundes-Bürgerdialog hin zur Vor-Ort- Informationsarbeit in Lüchow in der BMFT- Außendarstellung**

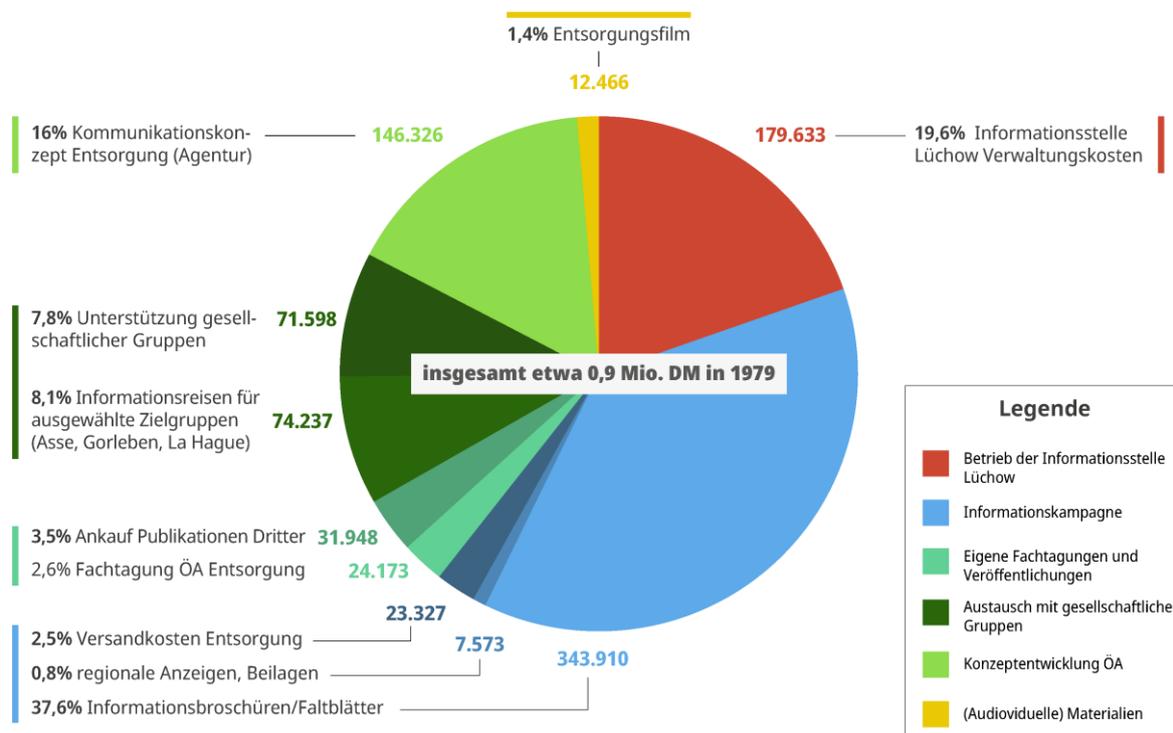
Im Jahr 1982 löste die Vor-Ort-Informationsarbeit die Erwähnung des Bürgerdialog Kernenergie in den Jahresberichten des BMFT ab. Obwohl die Aktivitäten in Niedersachsen bereits seit 1979 liefen, wurden diese jetzt erstmalig erwähnt: „Die erfolgreiche Vor-Ort-Arbeit der Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung in Lüchow, die der Bund 1979 gemeinsam mit dem Land Niedersachsen eingerichtet hat, wurde fortgesetzt.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1983 ‚Jahresbericht Bundesregierung 1982‘)

Auch später, ab dem Jahr 1983 wurde dann in den Jahresberichten nur noch auf die „Vor-Ort-Informationsarbeit“ Bezug genommen und gemeinsam mit dem Land Niedersachsen über die nukleare Entsorgung in Lüchow (Kreis Lüchow-Dannenberg) und nicht mehr über den Bundes-Bürgerdialog berichtet. Ergänzend findet sich ab dann auch ein Hinweis auf eine zweite Informationsstelle in Salzgitter, die die Öffentlichkeit über die Aktivitäten des Bundes zur Erforschung der Erzgrube Konrad als mögliches Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle informieren sollte. Es kann gefolgert werden, dass diese zweite Informationsstelle auch im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung von Bund und Land Niedersachsen finanziert wurde (siehe Kapitel. 6.3.2 zur Infostelle in Salzgitter).

### **4.3.3 Mittelaufteilung und Ausgabenhöhe in der Region Gorleben**

Die Vergleichbarkeit der Mittelverwendung und Ausgabenhöhe mit dem Bundes-Bürgerdialog wird an den BMFT-Ausgaben für den Bürgerdialog in Gorleben deutlich (Abbildung 5). Die Rubriken Ausgaben auf Bundesebene finden sich hier weitgehend wieder und spiegeln auch die Elemente von Informations- und Dialogaktivitäten (siehe Kapitel 4.2.7). Typisch war jetzt der Fokus auf Entsorgung, der sich durch alle Teilausgabengruppen wie ein roter Faden zog. Nicht ausgewiesen wurden Magazine des BMFT, die Ende des Jahres 1981 eingestellt wurden. Ein vergleichbares, auf Lüchow-Dannenberg ausgerichtetes und vom BMFT gefördertes Magazin hat es nicht gegeben.

**Abbildung 5: BMFT-Ausgaben für den Bürgerdialog am Standort Gorleben im Jahr 1979 in DM und Prozent**



Quelle: BArch, B 145/16855. Eigene Darstellung.

In ihrer Höhe erreichten die Ausgaben im Jahr 1979 fast das geplante Jahresbudget von einer Mio. DM pro Jahr, die geringfügig abweichende Höhe ist wohl der erst im Februar erfolgten Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung geschuldet.

In einer Bundesdrucksache wurden im Mai 1982 die Anzahl der Personalstellen für die Arbeiten im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen sowohl im Bundesforschungsministerium als auch für die Vor-Ort-Informationsarbeit in Lüchow spezifiziert (BT-Drucksache 9/1667 vom 21.05.1982: 26f.). Demnach waren zu diesem Zeitpunkt im BMFT ein Referent und ein Sachbearbeiter (jeweils teilweise) beschäftigt. Die Wahrnehmung der Mehrzahl der Aufgaben lag beim Projektträger DFVLR. Dort waren im Auftrag des Bundesministeriums ein Mitarbeiter des höheren Dienstes, ein Sachbearbeiter und eine Schreibkraft beschäftigt, die in der Informationsstelle in Lüchow tätig waren. Für die übrigen Bürgerdialog-Aktivitäten wurde ein Mitarbeiter des höheren Dienstes und eine Halbtags-Schreibkraft in den Büros des Projektträgers beschäftigt.

#### 4.3.4 Auslaufen des Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben

Wie beim Bürgerdialog auf der Bundesebene ist das Auslaufen des Bürgerdialog Kernenergie zeitlich schwer zu fassen, kann jedoch grob auf den Spätsommer 1983 festgelegt werden. Nach einem Schreiben von BMFT-Ministerialdirektor Borst an den

stellvertretenden Vorsitzenden des Projektträgers DFVLR von Oktober 1983 wurde der Bürgerdialog nicht mehr fortgesetzt (BArch, B 196/107327: 114280, Stichwort Hasenclever). Allerdings hatte der DFVLR im Juli des Jahres 1983 den Auftrag bekommen, die Informationsarbeit in Lüchow fortzuführen (BArch, B 196/107327: 114209, laut <https://foerderportal.bund.de/foekat/> sogar bereits 1982). Weitere Hinweise zum Ende des Bürgerdialog Kernenergie finden sich im Bundesarchiv nicht.

Ein öffentlich bekannt gegebenes „Aus“ am Standort Gorleben gab es nicht.

Die Umsetzung der BMFT-Bürgerdialog-Aktivitäten in Lüchow-Dannenberg sind vor allem mit dem Namen Wilhelm Kulke verbunden. Er hatte die Arbeiten des BMFT am Standort Gorleben über einen Zeitraum von vier Jahren, von kurz nach der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung bis hin zum Juli 1983, nicht nur geleitet, sondern im Miteinander der gesellschaftlichen Gruppen in Inhalt und Stil geprägt. Sein Weggang fiel mit dem Ende des Bürgerdialog Kernenergie zusammen, obwohl noch ein Nachfolger bestellt wurde. Dies wird im Kapitel 6 zum standortbezogenen Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg bestätigt. Nach Recherchen des Gorleben Archivs wird der Bürgerdialog Kernenergie in Lüchow-Dannenberg öffentlich ab dem Zeitpunkt des Weggangs von Kulke nicht mehr erwähnt.

## 4.4 Fazit

In diesem Kapitel wird ein Gesamtüberblick über den Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene sowie am Standort Gorleben in Niedersachsen gegeben. Deutlich wird, dass die Umsetzung auf Bundesebene seit 1975 und ab 1979 in Lüchow-Dannenberg vergleichbaren Mustern folgten, die vom BMFT in den ersten Jahren als Ziele und Prinzipien entwickelt worden waren. Typisch ist sowohl für die Aktivitäten auf der nationalen Ebene als auch für die Aktivitäten am Standort Gorleben die Aufteilung erstens in eine Informationsaktion, vor allem durch Broschüren und Veröffentlichungen, sowie zweitens in eine Diskussionsaktion, vor allem durch den Austausch mit gesellschaftlichen Gruppen sowie Veranstaltungen mit Bürger\*innen.

Innerhalb der Bundesregierung fiel die Umsetzung dem BMFT zu. Die finanziellen Mittel wurden aus dem Bundeshaushalt des Ministeriums bestritten und mussten für den Bürgerdialog auf Bundesebene jährlich in den Haushaltsverhandlungen mit dem Deutschen Bundestag geregelt werden. Diese jährlichen Befristungen standen dem BMFT-Interesse für eine langfristige Verstetigung der Maßnahme entgegen und führten nach fünf Jahren zu einer deutlichen Reduktion von Haushaltsmitteln und schließlich auch zu einem politischen Aus. Für die Umsetzung am Standort Gorleben bildete eine Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen einen verlässlichen mehrjährigen Rahmen. Die Entscheidung für die Nicht-Fortsetzung fiel dann in der Bundesregierung und nicht im Parlament.

Was als Aufklärungsaktion über die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken und als Bürgerdialog Kernenergie begann, wurde unter unterschiedlichen Nomenklaturen administrativ und auch der Öffentlichkeit gegenüber positioniert. Dies spiegelt wider,

dass der Bürgerdialog effektiv nicht nur Kernenergie im Blick hatte, sondern gerade aus dem Problemverständnis der Minister Matthöfer und Hauff heraus ein vielfältiges technologie- und energiepolitisches Maßnahmenpektrum im Fokus war, mit dem Ziel, Kernenergie und andere Energietechniken als Techniken in der Öffentlichkeit (Bud, Trischler 2018) zu diskutieren. Vor allem ab 1980 wurde von den Behörden verstärkt der Begriff Bürgerdialog Energie propagiert. In den Jahren zuvor war die Bezeichnung Bürgerdialog Kernenergie und ihre Alternativen ein Indiz dafür, dass das BMFT in diesen Jahren auch die Anfänge von Forschungsaktivitäten über Wind- und Sonnenenergie oder Fernwärmeausbau verantwortete und in den Bürgerdialog integrierte. Damit ging das BMFT auf die Forderungen aus den Bürgerinitiativen nach alternativen Energiequellen jenseits der Atomkraft ein, was half, den politischen Konflikt um die Energie der Zukunft zu entschärfen. Im Laufe der Jahre war deutlich geworden, dass der Ausbau der Kernenergie ebenso wie die nukleare Entsorgung in der Bevölkerung zunehmend hinterfragt und in der Folge auch blockiert wurden.

Das Zustandekommen des Begriffs Bürgerdialog kann zeitlich auf das zweite Halbjahr 1975 eingengt werden, die Beweggründe für diese Begriffswahl sind jedoch nicht klar nachzuvollziehen. Für den Begriff sind weniger ähnliche Aktivitäten und Informationskampagnen in europäischen Nachbarstaaten Vorbild, sondern eher Äußerungen von Matthöfer und Hauff, die früh und kontinuierlich die Bedeutung der Diskussion mit Bürger\*innen über technologiepolitische Entscheidungen und damit die Legitimierung durch die Bürgerschaft betonten und auch 1974 bereits den Begriff „Dialog“ in diesem Zusammenhang verwendeten. Diese Problemsicht und die Wirksamkeit von Informations- und Diskussionskampagnen als Instrumente der Entschärfung des Atomkonflikts wurde im Deutschen Bundestag nicht von allen Parlamentariern geteilt. Im Bundestag gab es parteiübergreifend zudem viele Parlamentarier\*innen, die statt Austausch eher Akzeptanzbeschaffung im Blick hatten. Nicht zuletzt forcierte die grundsätzliche Frage im Gefolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit, ob diese Aktivitäten überhaupt in den Aufgabenbereich der Bundesregierung fallen, den deutlichen Einschnitt der Finanzierung der Bürgerdialog-Maßnahme.

Die Bundesregierung selbst zog 1979 im sechsten Forschungsbericht ein Resümee zur zukünftigen gesellschaftlichen Diskussion über neue Technologien aufgrund der Erfahrungen, die sie mit dem Bürgerdialog Kernenergie zuvor bereits gemacht hatte. Dort heißt es sowohl im Rückblick auf die Kernenergie-Kontroverse als auch mit Bezug zum staatlichen Handeln:

„Damit in Zukunft in der Auseinandersetzung um die Einführung und Nutzung neuer Technologien einer für die sachliche Auseinandersetzung unzuträglichen Meinungspolarisierung und einem entsprechenden Verlust an Differenzierung in den Argumenten und Lösungsvorschlägen wirksam vorgebeugt wird, ist es insbesondere erforderlich, die sachliche Diskussion um Vor- und Nachteile einer neuen Technologie zu führen, ehe ihr großtechnischer bzw. kommerzieller Einsatz vor der Tür steht und entsprechende ‚Sachzwänge‘ Fakten schaffen, die der politischen Entscheidung voraneilen. Darüber hinaus muß die Aufmerksamkeit

staatlicher Instanzen im Hinblick auf Technologiefolgen und ihre Beurteilungskompetenz erhöht sowie die Entwicklung technologischer Alternativen frühzeitig in Angriff genommen werden, auch wenn ihre Nutzung zunächst weniger aussichtsreich erscheint.“ (Bundesregierung 1979 ,BT-Drucksache, 08/3024 vom 28.06.1979':18)

Ganz offenbar vertrat das Ministerium damit ein Verständnis von Technik, wie es Bud und Trischler (2018) als „öffentliche Technologie“ beschrieben, wiesen also der Gesellschaft eine wichtige Rolle in der Technik-Entwicklung und Technik-Akzeptanz zu.

## 5 Der Bürgerdialog auf der Bundesebene: Umsetzungsbeispiele und Analysen zur Informations- und Dialogkampagne

### 5.1 Einführung

Betrachtet man die bundesweite Informations- und Dialogaktion „Bürgerdialog Kernenergie“ vor allem in seiner Hauptphase unter den Bundesforschungsministern Matthöfer und Hauff in den Jahren 1975 bis 1980, gibt es zwei vorrangige Gruppen von Aktivitäten, die den Bürgerdialog nach außen prägten: Dies war zunächst eine Informationskampagne (siehe Kapitel 5.2), die sich vorrangig an die Bevölkerung richtete. Des Weiteren wurden Veranstaltungsangebote in einer Dialogkampagne unterbreitet, die sowohl vom BMFT selbst als auch von gesellschaftlichen Gruppen durchgeführt wurden (siehe Kapitel 5.3 sowie 5.4). Diese Veranstaltungen richteten sich mehrheitlich an die Bevölkerung, allerdings wurden seitens des BMFT auch Fachveranstaltungen für Zielgruppen wie Pädagog\*innen durchgeführt. Das BMFT nutzte Konferenzen und Fachtagungen, um das Wissen unterschiedlicher Akteur\*innen zusammenzutragen. Im Rahmen eines Gesprächskreises von BMFT und gesellschaftlichen Gruppen suchte es den Austausch nicht nur mit Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, sondern auch mit Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien.

Die Bundesregierung hatte beschlossen, mit Anzeigen, Broschüren und Verlagsveröffentlichungen einen möglichst breiten Kreis von interessierten Bürger\*innen anzusprechen. Ihr war es nach eigener Aussage wichtig, dabei alle Fragen zu berücksichtigen, „die im Zusammenhang mit der Abwägung der Vor- und Nachteile der Kernenergie diskutiert werden müssen.“ (Die Bundesregierung 1975 ,BT-Drucksache 07/3871 vom 16.07.1975': 10). Andere Aktivitäten richteten sich am Ziel des Zusammentragens wissenschaftlicher Erkenntnisse in Dokumentationen oder am Aufzeigen unterschiedlicher Perspektiven von Gegner\*innen und Befürworter\*innen der Kernenergie aus (siehe Kapitel 5.2).

Das BMFT formulierte den Anspruch auf die „Gewährleistung einer offenen Diskussion [fest], in der jedes sachliche und ehrliche Argument eine faire Chance hat, in der auch die Meinung, die man selbst nicht teilt, respektiert wird. Dabei wird jeweils die Haltung der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie verdeutlicht.“ (Bundesregierung 1980 ,BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980': 4). Das Ministerium hob dabei die Rolle von gesellschaftlichen Gruppen sowie Umweltverbänden und Bürgerinitiativen hervor, die im Gegensatz zu großen Industrieunternehmen und Wirtschaftsverbänden geringere Möglichkeiten hätten, in der Kontroverse mit ihrem Wissen und ihren Sichten Gehör zu finden (siehe Kapitel 3 und 4).

Mit den Zusammenstellungen und Analysen in diesem Kapitel soll vor dem Hintergrund der eigenen Ansprüche des BMFT und anhand der Aktivitäten und Umsetzungen der

Informationsaktion ein Überblick gegeben und beispielhaft geprüft werden, ob und inwieweit diese Ansprüche umgesetzt wurden und ob ihnen Resonanz seitens der Bürger\*innen und Zielgruppen zuteil wurde.

## **5.2 Informationskampagne: Informationen für die Bevölkerung zum Thema Kernenergie und ihren Alternativen**

### **5.2.1 Broschüren zum Thema Kernenergie (Bürgerinformation und Dokumentation-Kernenergie)**

Zwei Textformate prägten den Beginn der Informationskampagne des Bürgerdialog Kernenergie: Broschüren zum Thema Kernenergie sowie Anzeigen, mit denen u.a. auf diese BMFT-Schriften hingewiesen werden sollte.

Das BMFT veröffentlichte zwei Broschüren mit Sachinformationen zur Kernenergie: (1) das Taschenbuch „Kernenergie. Eine Bürgerinformation“, welches zwischen Herbst 1975 und 1981 in vier überarbeiteten, teils erweiterten Auflagen erschien, sowie (2) die Dokumentation der Bundesregierung „Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“, im Jahr 1977 vom BMFT herausgegeben (Abbildung 6). Während das Taschenbuch (je nach Ausgabe) 100 bis etwa 125 Seiten im DIN A5-Format umfasste, zählte die Dokumentation mehr als 400 Seiten in einem typischen Fachbuchformat. Das Taschenbuch erhob laut Vorwort von Bundesforschungsminister von Bülow zur vierten Ausgabe keinen Anspruch auf Vollständigkeit; es wollte vorrangig technische und energiepolitische Zusammenhänge verdeutlichen (Bundesminister für Forschung und Technologie 1980 ‚Bürgerinformation‘). Im Gegensatz dazu verstand sich die Dokumentation, so Matthöfer in seinem Vorwort 1977, als Betrachtung „aller Vor- und Nachteile der Kernenergie und eine Prüfung denkbarer Alternativen“, ausgehend von der Überzeugung, dass eine Einzelbetrachtung „etwa spezieller Umwelt- oder Sicherheitsfragen oder künftiger Energieversorgungsschwierigkeiten dem komplexen Problem Kernenergie nicht gerecht werden kann“ und somit auch nicht zu einem ausgewogenen Urteil über die Kernenergienutzung beitragen konnte (Bundesminister für Forschung und Technologie 1977 ‚Zur friedlichen Nutzung‘). Dies entsprach der These, dass die Bevölkerung nur informiert werden müsse, um Sorgen und in der Folge auch Kritik zu zerstreuen. Das BMFT betonte, dass die Dokumentation nicht nur von Wissenschaftler\*innen aus Forschungszentren verfasst worden sei, sondern auch von anderen unabhängigen und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen unterstützt würde.

Schwerpunktthemen sowohl des Taschenbuchs als auch der Dokumentation waren u.a.

- Energieverbrauch und Energieversorgung
- alternative Energiequellen (erneuerbare und fossile Energien)

- Kernenergie und Radioaktivität
- Aufbau von Kernkraftwerken
- Entsorgung von Kernkraftwerken
- Kernenergie und Umwelt
- Genehmigungsverfahren und Kontrollen.

Bereits an diesem Spektrum wird die Techniklastigkeit der Broschüren – ergänzt um Aspekte von formal-rechtlichen Verfahrensfragen – deutlich. Ebenso deutlich wird die Einbettung in die Argumentationskette der Bundesregierung, die eine ausreichende Energieversorgung zur Gewährleistung von Wachstum und Beschäftigung ohne die Nutzung der Kernenergie als nicht zu gewährleisten einschätzte. Beide Broschüren wurden im BMFT vom Referat für Grundsatz- und Planungsfragen in der Unterabteilung Energieforschung und -technologie betreut, zu dessen Aufgaben „die Erstellung einer umfassenden, wissenschaftlich fundierten Dokumentation über Nutzen und Risiken der Kernenergie, sowie die Herausgabe eines Informations-Taschenbuches“ zählten (Matthöfer 1975 ‚BT-Drucksache Plenarprotokoll 07/203 vom 27.11.1975‘: 14129).

Vom Taschenbuch „Kernenergie“ wurden fast eine Million Exemplare im Laufe der fünf Bürgerdialog-Jahre gedruckt. Eine erste Anzeige des BMFT im August 1976 in Tageszeitungen, die einen Coupon zum Anfordern des Taschenbuchs beinhaltete, führte zu 70.000 Anforderungen. Im Juli 1976 berichtete Matthöfer, dass bereits 200.000 Exemplare bestellt worden seien (Matthöfer 1976 ‚Tiger‘: 9). Die Anzahl stieg im folgenden halben Jahr um weitere 80.000 Exemplare (Schmidt-Kuester, Popp 1977: 24; Tabelle 7). Das Taschenbuch war also auch ein „Streuartikel“, der jedoch, wie die hohe Druckauflage und die hohen Anzahlen von Coupon-Anforderungen verraten, offensichtlich auf eine hohe Nachfrage und tatsächliches Interesse in der Bevölkerung stieß und nicht einfach nur „mitgenommen“ wurde (Die Bundesregierung 1980 ‚BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980‘: 5).

**Tabelle 7: Informationsmaterialien des BMFT, Auflagenhöhen und Anzahl der Versendungen. Stand 01.12.1977 (Auswahl)**

<b>Informationsmaterialien</b>	<b>Auflagenhöhe</b>	<b>Versand Ende 1977</b>
Taschenbuch Kernenergie. Eine Bürgerinformation	230.700	230.700
Gespräche und Interviews zur Kernenergie	200.000	174.6000
Dokumentation zur friedlichen Nutzung der Kernenergie	35.000	33.700
Streitgespräch Amery - Matthöfer	100.900	100.900
Zeitgespräch - Unter der Wolke des Atom	50.000	50.000

Quelle: BMFT 1977 ‚Kurzbericht‘. In: BArch, B 136/10904.

Matthöfer verwies in einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt auf die hohen Druckkosten am Beispiel der Dokumentation mit einem Umfang von etwa 450 Seiten. Diese wurde deshalb in geringer Auflage gedruckt. Um auch Bürger\*innen Einblick zu gewähren, wurde sie an alle Bibliotheken der Bundesrepublik übermittelt sowie Abgeordneten und einschlägigen interessierten Verbänden, Bürgerinitiativen, Journalist\*innen und Firmen angeboten (Matthöfer ‚Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 25.07.1977‘, BArch, B 136/10903).

Das Konzept des Taschenbuchs zur Bürgerinformation wurde 1979 durch das BMFT am Standort Gorleben auf das Thema Nukleare Entsorgung übertragen (BMFT 1979 ‚Nukleare Entsorgung‘). Das BMFT veröffentlichte eine Broschüre von etwa 125 Seiten, in Stil und Format dem Taschenbuch Kernenergie ähnelnd und ebenfalls als Bürgerinformation untertitelt. Neben der Darstellung technischer und rechtlicher Grundlagen wurde auf die Maßnahmen zur Vermeidung von Gefahren verwiesen. Die Bürgerinformation gliedert sich in die folgenden Schwerpunktthemen:

- Hintergründe und Zusammenhänge, u.a. Bedeutung der Kernenergie für die Sicherheit der Energieversorgung, Bedeutung der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit
- Angst vor der Atomkraft, so u.a. in Bezug zu Unfallrisiken und Risiken für das Klima, die als vergleichbar zu Kohl, Öl und Gas eingestuft wurden
- Rolle der Radioaktivität, u.a. mit der Aussage, dass es den Verantwortlichen stets darum ginge, die Risiken der Radioaktivität auszuschalten, aber nicht die Radioaktivität an sich „wie verschiedene kritische Stimmen zur Kernenergie glauben machen wollen“ (BMFT 1979 ‚Nukleare Entsorgung‘: 28). Verwiesen wurde u.a. auf natürliche Strahlenbelastung und auf medizinische Strahlennutzungen sowie auf Schutzmaßnahmen gegen eine Erhöhung der radioaktiven Belastung, auch laut Strahlenschutzverordnung in Bezug auf die zusätzliche Strahlenbelastung durch kerntechnische Anlagen
- Teilschritte der Entsorgung und Wiederaufarbeitung, Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung, Abfallbehandlung und Endlagerung
- Entsorgungskonzept der Bundesregierung, wobei ausgehend von vorläufigen Lösungen wie der Wiederaufarbeitung von in der Bundesrepublik Deutschland angefallenen abgebrannten Brennelementen in der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague bis zu Zwischenlagerungskapazitäten an deutschen Kernkraftwerkstandorten argumentiert wurde, dass „die mit der Lösung des Entsorgungsproblems aufgetretenen Fragen in Ruhe diskutiert und beantwortet werden können, ohne Zeitdruck und ohne Einschränkungen auf nukleartechnischem oder -medizinischem Gebiet befürchten zu müssen“ (BMFT 1979 ‚Nukleare Entsorgung‘: 66). Vorgestellt wurden die Planungen für das Entsorgungszentrum in Niedersachsen einschließlich der vorangegangenen Prüfungen zur Eignung. Dabei wurde auf die Regierungserklärung der niedersächsischen Landesregierung verwiesen, nach der der Bau eines

nuklearen Entsorgungszentrums ohne zusätzliche Risiken für die Bevölkerung möglich sei, aber eine Wiederaufbereitungsanlage nicht gebaut werden solle, solange breite Schichten der Bevölkerung nicht von der Notwendigkeit und sicherheitstechnischen Vertretbarkeit überzeugt seien

- das Genehmigungsverfahren zur Errichtung des Entsorgungszentrums auf Grundlage des Atomgesetzes in der überarbeiteten Fassung des Jahres 1976

Ein Abdruck der Regierungserklärung der niedersächsischen Landesregierung und eine erste Stellungnahme der Bundesregierung, in der begrüßt wurde, dass Niedersachsen die Umsetzung des Entsorgungskonzept für machbar hielte und mit Tiefbohrungen beginnen wolle, schlossen die Bürgerinformation ab. In seinem Vorwort ordnete Bundesforschungsminister Hauff die Broschüre als eine erste, kurz gefasste Grundinformation und als Beitrag zum Diskussionsprozess über die Kernenergie ein (BMFT 1979 ‚Nukleare Entsorgung‘: 10).

Die Bürgerinformation zur Nuklearen Entsorgung wurde aus den Haushaltsmitteln für die Debatte zum Bau von Entsorgungsanlagen am Standort Gorleben auf Basis der Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen und damit nicht aus den Haushaltsmitteln für den Bürgerdialog Kernenergie auf Bundesebene finanziert (siehe Kapitel 4).

**Abbildung 6: Erstaussgabe des Taschenbuchs Kernenergie und der Dokumentation zur Kernenergie**



Quelle: BMFT.

War das Taschenbuch Kernenergie nun eine Veröffentlichung, die, rückblickend betrachtet, nur für Personen mit gehobener Allgemeinbildung geeignet war? Die Publikation versuchte den Bogen zwischen Genauigkeit und Verständlichkeit zu schlagen, war klar gegliedert und erläuterte Aspekte der Technik und der Energieversorgung im Text und mit Schaubildern. Einzelthemen wurden farblich abgesetzt in gesonderten Blöcken hervorgehoben. Im Vordergrund stand, so der Eindruck, die Bereitstellung von Sachwissen, auch wenn die Bundesregierung ihre Aufgaben zum Schutz von Bevölkerung und Umwelt gleichfalls hervorhob und somit wohl auch Vertrauen aufbauen wollte. Typisch hierfür sind Aussagen wie „Die Strahlenschutzbestimmungen sind daher so gestaltet, daß ...“ (Bundesminister für Forschung und Technologie 1980 ‚Bürgerinformation‘: 127). Sie motivierte eher zum „Blättern“ und Rezipieren von für Leser\*innen interessanten Teilabschnitten und lieferte dann kompakte Informationen. Damit reichte sie über die vom Bundeskanzleramt für die Informationskampagne benannte Gruppe der Parlamentarier\*innen, Lehrenden, Ärzt\*innen und Meinungsführer\*innen von Bürgerinitiativen hinaus.

Seitens der gesellschaftlichen Gruppen wurde kaum Kritik an den beiden Broschüren laut. Eine Ausnahme bildete der Beitrag des Deutschen Lebensschutz-Verbände und Bürgerinitiativen e.V. „Kritik an der Rasmussen-Studie“ im BMFT-Magazin Energiediskussion 3/78. Dort wurde bemängelt: „Im Taschenbuch ‚Kernenergie. Eine Bürgerinformation‘ des Bundesministers für Forschung und Technologie wird auch die Rasmussen-Studie über das Risiko von Kernkraftwerken zitiert. Leider wird nicht mitgeteilt, daß diese Studie von zahlreichen Wissenschaftlern [der Union of Concerned Scientists, die Verfasser\*innen] sehr kritisiert wird“ (Deutsche Lebensschutz-Verbände und Bürgerinitiativen e. V. 1978: 32). Die Umweltverbände und Bürgerinitiativen verfolgten demnach die Inhalte der BMFT-Veröffentlichungen. Der Rasmussen-Baustein der Bürgerinformation wurde später in der vierten Taschenbuchausgabe durch die Ergebnisse einer deutschen Risikostudie ersetzt. Die Kurzfassung der Studie der Union of Concerned Scientists (UCS) wurde in derselben Ausgabe des Magazines Energiediskussion wie die Kritik von den Deutschen Lebensschutz-Verbänden und Bürgerinitiativen veröffentlicht und damit ausführlich dargestellt (Union of Concerned Scientists (UCS) 1978: 4ff.). Es ist davon auszugehen, dass die Kritik der Verbände die Veröffentlichung der UCS-Kurzfassung im BMFT-Magazin befördert hat.

Das BMFT finanzierte aus den Mitteln des Bürgerdialog Kernenergie neben Kernenergie-Broschüren auch Informationsmaterialien zu anderen Energie- und Energiepolitik-Themen. Dies verdeutlicht, dass der Bürgerdialog Kernenergie nicht nur Kernenergie-Themen im Fokus hatte, sondern Energieversorgung und Energiepolitik mitberücksichtigte. Sofern diese Materialien in Coupons von Anzeigen und Magazinen des Bundesforschungsministeriums beworben wurden, sind sie im Anhang dieses Berichtes gelistet. Aufgenommen wurden dort nicht nur Broschüren, sondern auch Verlagsveröffentlichungen, sofern das BMFT diese kostenlos in hoher Stückzahl erwarb und verbreitete. Beispielsweise sind die Interviews und Gespräche zur Kernenergie „Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt“ in einem Karlsruher Verlag erschienen und vom BMFT hiervon angekaufte Exemplare 250.000-mal verteilt worden (Röthlein 1977: 86).

## 5.2.2 BMFT-Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften

Auch im BMFT und im Bundeskanzleramt wurden Überlegungen zu Kommunikationsstil und Wirkung von Anzeigen angestellt. Anzeigen sollten einerseits auf die Bestellmöglichkeiten von Broschüren des BMFT verweisen und einen Kommunikationskanal zu den Bürger\*innen öffnen, indem sie einen Wegweiser für die Zusendung von Materialien anboten. Sie sollten aber laut Konzeptskizze des Bundeskanzleramts auch

„je nach Zeitung und Leserschaft Zielgruppen-orientiert argumentieren; dabei wird wohl die Vertrauenswerbung hinsichtlich der Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsgesichtspunkten bei Bundes- und Landesregierungen sowie den beteiligten Behörden in den Vordergrund treten gegenüber ‚Aufklärung‘ im eigentlichen Sinn.“ (Eisenbeiß 1975 ‚Anlage zur Vorlage vom III/1-270 82-Po 16/75‘, BArch, B 136/27667)

Die Anzeigen verfolgten demnach ein anderes Ziel als die Broschüren, indem sie die sachliche Darstellungsebene verließen und die Bevölkerung einseitig pro Kernenergie zu überzeugen versuchten. Wortprägungen wie „Entsorgung“ wurden zwar in den Anzeigentexten verwendet, blieben aber außerhalb der Fachsprache hinsichtlich ihrer Bedeutung vage (Haß 1991: 332) oder gewannen wie „Restrisiko“ und wiederum „Entsorgung“ erst im Verlauf der Polarisierung der öffentlichen Diskussion zur Kernenergie an sprachlicher Brisanz (Jung 1994: 70). Andere Wortverwendungen, wie der Schutz der Bevölkerung vor Strahlung oder auch Umweltverträglichkeit, sollten Menschen von Politikentscheidungen überzeugen.

Das BMFT hatte zum Zeitpunkt der Planungen der ersten Anzeigen zwei sozialwissenschaftlich ausgerichtete Auftragsstudien an das Battelle-Institut vergeben, die in einem inhaltlichen Bezug zum Bürgerdialog Kernenergie gesehen werden können (Battelle-Institut 1975 ‚Bürgerinitiativen‘; Battelle-Institut 1977 ‚Einstellungen und Verhalten‘). Der erste Bericht mit dem Titel „Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken“ hatte die Aufgabe, die gesellschaftspolitische Bedeutung von Bürgerinitiativen im Bereich von KKW empirisch zu untersuchen. Er behandelte die Entstehungsgeschichte von Bürgerinitiativen in der Nähe von Kernkraftwerken, die Zusammenarbeit von Initiativen sowie die Wirkungen auf andere Akteure bzw. Planungsprozesse. Neben einer Medienanalyse von Veröffentlichungen im Zeitraum 1970 bis 1974 wurden Interviews und teilnehmende Beobachtungen in den Regionen Wyhl und Ludwigshafen durchgeführt. Die Studie wurde im Februar 1975 fertig gestellt. Die zweite Studie basiert auf viermaligen Befragungen von jeweils 300 Personen an drei Standorten – Voerde in Ballungsrandlage mit Kohlekraftwerk, Mannheim/Ludwigshafen als Ballungskern mit einem Kernkraftwerk in Planung zum Zeitpunkt der Befragungen sowie Landkreis Emmendingen im ländlichen Raum mit einem Kernkraftwerk – im Zeitraum November 1975 bis November 1976. Sie wurde im Juni 1977 dem BMFT übergeben. Vor allem die zweite, vom Konzept her aufwendigere Untersuchung fokussierte sich auf längerfristige Wahrnehmungen der Bevölkerung gegenüber unterschiedlichen Energieformen und damit auch der Kernenergie. Diese Studie zu Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen

Energiegewinnungsarten ordnete die Thematik in größere wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge und Umfeldbedingungen ein. Sie untersuchte auch regionale Aspekte der Bevölkerungseinstellungen (Battelle-Institut 1977 ‚Einstellungen und Verhalten‘, Berichtsband).

Die Anzeigentexte des BMFT sind bis auf Ausnahmen nicht in den BMFT-Akten des Bundesarchivs archiviert. Allerdings finden sich Listen mit Presseorganen und Daten, zu denen Anzeigen geschaltet wurden. Das BMFT machte zur Verbreitung jedoch im Bundestag verlässliche Angaben und listete die Themen und Organe der Anzeigenveröffentlichungen auf (Matthöfer 1978 ‚Antwort, Plenarprotokoll 08/66 vom 20.01.1978‘: Anlage 154, siehe auch Anhang, Tabelle 13).

Bereits dieser Überblick gewährt einen Eindruck von der BMFT-Strategie. Laut Plenarprotokoll wurden Anzeigenserien bundesweit in Tageszeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Es herrschten Anzeigenserien vor, die bundesweit mit hohem Kostenaufwand abgedruckt wurden. Allein für die ersten drei Anzeigenserien des Jahres 1975 wurden fast DM 628.000 und damit ein Großteil der für 1975 veranschlagten Mittel von DM 800.000 ausgegeben (Matthöfer 1975 ‚Antwort, BT-Drucksache 07/203 vom 27.11.1975‘: Anlage 98).

**Abbildung 7: BMFT-Anzeigen „Kernenergie ist in der Bundesrepublik nicht denkbar ohne breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung“ von August 1975, „Bundesminister Hans Matthöfer antwortet auf kritische Fragen“ von April 1976 sowie „Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie“ von August 1976.**

## Kernenergie ist in der Bundesrepublik nicht denkbar ohne breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung.

Viele Bürger stehen der Kernenergie mit Unbehagen gegenüber. Das ist durchaus verständlich. Die intensive Diskussion in der Öffentlichkeit über Nutzen und Risiken wird von der Bundesregierung ausdrücklich begrüßt.

Kernenergie ist Teil einer Gesamtstrategie zur Sicherung unserer Energieversorgung. Dazu gehört die Erschließung neuer Energiequellen (z. B. der Sonnenenergie) ebenso wie das Bemühen, mit der Energie sparsamer und umwelt-schonender umzugehen. So wollen wir die bei der Elektrizitätserzeugung entstehende Abwärme sinnvoll in Fernheizsystemen nutzen, anstatt mit ihr die Umwelt zu belasten.

Die Sicherheit für den Bürger hat Vorrang vor allen anderen Interessen. Die Sicherheitsvorschriften unserer Behörden sind die strengsten der Welt. Unsere Aufwendungen für die Reaktorsicherheitsforschung sind beispielhaft.

Die Bundesregierung bereitet eine Informationsschrift über den Einsatz der Kernenergie vor. Nutzen Sie bitte den Coupon dieser Anzeige und informieren Sie sich.

Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie

**Hans Matthöfer**





---

**Informations- und Diskussions-Coupon**

An den Bundesforschungsminister Hans Matthöfer  
53 Bonn 12, Postfach  
Info: Kernenergie-Dialog

Bitte senden Sie mir die Informationsschrift „Kernenergie – die Bundesregierung informiert.“

Mir reicht ein Buch nicht aus, ich möchte an einer Diskussion über Kernenergie teilnehmen. Bitte nennen Sie mir Veranstaltungsorte.

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

## Bundesminister Hans Matthöfer antwortet auf kritische Fragen

### Brauchen wir Kernenergie? Wir haben doch Kohle und Erdöl.

Die Berechnungen der Fachleute sagen: Die Weltvorräte an Erdöl und Erdgas reichen noch 40 oder 50 Jahre. Richtig ist, daß die Kohlevorräte um ein Vielfaches größer sind und wir daraus unseren Energieverbrauch noch sehr viel länger decken könnten. Wir dürfen aber unsere Kohle nicht nur verbrennen. Wir werden Kohle brauchen, um durch sie, z. T. in flüssiger und gasförmiger Form, Erdöl und Erdgas als Treibstoff und als Rohstoff in der chemischen Industrie zu ersetzen. Diese Entwicklungen werden durch die Bundesregierung gefördert. Zur Erzeugung von Wärme und Elektrizität müssen rechtzeitig neue Energiequellen eingesetzt werden. Sonnenenergie wird einen Teil des Wärmebedarfs decken können. Es bleibt aber ein wachsender Fehlbedarf, der – wenn wir keine neue Energiequelle erschließen – immer größer wird. Je länger wir die Erschließung neuer Energiequellen vor uns herschieben, um so schwieriger wird sich das Energie-defizit später auswirken.

### Wenn fossile Energiequellen nicht ausreichen – können nicht Sonnen- und Windenergie verstärkt genutzt werden?

Die Bundesregierung fördert die Sonnenenergienutzung. Erste Ergebnisse z. B. der Sonnenhäuser in Aachen und Essen zeigen, daß Sonnenenergie die Warmwasserversorgung und Heizung von Gebäuden wirtschaftlich sicherstellen kann; die wirtschaftliche Direktverwendung von Sonnenenergie in elektrische Energie ist, jedenfalls in unseren Breiten, in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten. Windenergie kann einen Beitrag zur dezentralen Energieversorgung leisten, ist aber stark standortabhängig. Ihr großtechnischer Einsatz bringt viele Probleme. Erdwärme, Geleichenenergie oder Meereswellen werden in der Bundesrepublik keinen wesentlichen Beitrag leisten können.

### Gibt es ein zuverlässiges Verfahren zur Beseitigung des radioaktiven Abfalls?

Die bei der Kernenergienutzung entstehenden radioaktiven Abfälle müssen zur Vermeidung von Gefahren über lange Zeiträume sicher gelagert werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wird dazu ein Konzept verfolgt, das eine Verfestigung der radioaktiven Abfälle und ihre Einlagerung in tiefliegende, seit Millionen Jahren geologisch stabile Salzstöcke vorsieht. Dadurch wird gewährleistet, daß die radioaktiven Abfälle nicht mit dem Lebensbereich von Mensch, Tier oder Pflanzen in Berührung kommen. Dieses Verfahren – im Versuchslager ASSE II seit Jahren erprobt – gilt international als sehr gut geeignet.

Ausführliche Antworten zu diesen und vielen anderen Fragen enthält die 2. Auflage des Taschenbuchs „Kernenergie“, die jetzt erschienen ist.

Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie

**Hans Matthöfer**





---

**An den Bundesminister für Forschung und Technologie, Hans Matthöfer**  
5300 Bonn 12, Postfach

Bez.: Bürgerdialog Kernenergie

Senden Sie mir bitte das Taschenbuch „Kernenergie“ (2. Auflage)

Ich möchte an einem Informations-Seminar teilnehmen. Nennen Sie mir die Veranstaltungsorte.

(Bitte Ihren Name anzugeben.)

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

## Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie

Der Bürgerdialog Kernenergie verfolgt vier Ziele. Wir wollen

- über die Stellung der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie im Rahmen ihrer Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung informieren;
- Kenntnisse über physikalisch-technische Sachverhalte der Kernenergie unter besonderer Berücksichtigung der Reaktorsicherheit und der Umweltauswirkungen verbreiten;
- das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit demokratischer Prozesse auch in der Auseinandersetzung um die Kernenergie stärken;
- Vertreter der verschiedenen Standpunkte in der Kernenergie-Diskussion – auch die kritischen und ablehnenden – am Dialog beteiligen.

### Lebhaft

#### Beteiligung am Kernenergie-Dialog

Die bisherigen Schritte des Bürgerdialogs entsprachen dieser Zielsetzung. Das Angebot der Information und des Gesprächs wurde sehr stark in Anspruch genommen. Viele Bürger haben an öffentlichen Diskussionen und Seminaren teilgenommen, 270.000 Taschenbücher Kernenergie wurden an Interessenten verteilt. Auch das neue Taschenbuch „Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt“ mit der Darstellung der wirtschafts- und sozialpolitischen Zusammenhänge der Kernenergienutzung ist auf breites Interesse gestoßen. Ich danke allen, die bisher an dem Dialog teilgenommen haben.

Doch die Diskussion um die Kernenergie wird damit nicht abgeschlossen sein. Dabei darf das Problem der Kernenergienutzung nicht isoliert behandelt werden. Es geht hier um die langfristige Sicherung unserer Energieversorgung als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, um die Sicherung der Arbeitsplätze und um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

### Mehr Lebensqualität durch sichere Energieversorgung

Wir alle wollen mehr Lebensqualität. Dazu gehören neben sicheren Arbeitsplätzen und einem hohen Lebensstandard, die es ohne sichere Energieversorgung nicht geben wird, der Schutz und die Erhaltung der Umwelt. Wenn wir die Versorgung einer weltweit noch wachsenden Zahl von Menschen mit lebenswichtigen Gütern über lange Zeiträume sichern wollen, müssen wir mit endlichen Rohstoff- und Energiequellen schonender umgehen. Die Forschungspolitik der Bundesregierung hat deshalb auch die Entwicklung energie- und rohstoffsparender Technologien zum Ziel. Das Energieforschungsprogramm, das wir für die nächste Legislaturperiode vorbereitet haben, wird auf die rationale Nutzung aller verfügbaren Energiequellen und die Verminderung der Umweltbeeinträchtigung ausgerichtet sein. Dazu gehört auch die weitere Entwicklung im Bereich neuer Primärenergiequellen, wo wir z. B. nach zwei Jahren intensiver Sonnenenergieforschung heute schon mit konkreten Ergebnissen aufräumen können. Trotz all dieser Anstrengungen können wir nicht darauf verzichten, die Chancen der Kernenergie zu nutzen.

Es ist wichtig, daß in den nächsten Jahren die Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum, Lebensqualität, Energieversorgung und Schonung natürlicher Ressourcen noch stärker in das öffentliche Bewußtsein dringen. In der Kernenergie-Diskussion sind eine Reihe von Problemen angesprochen, die nicht nur unmittelbar mit der Nutzung der Kernenergie zusammenhängen, die aber in den nächsten Jahren große Bedeutung bei der Erarbeitung nationaler und internationaler politischer Handlungsperspektiven erlangen werden.



**Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie**

**Hans Matthöfer**

Quelle: BMFT. Anzeigenserie „Kernenergie ist in der Bundesrepublik nicht denkbar ohne breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung“, abgedruckt u.a. in Badische Neueste Nachrichten vom 28.08.1975. Anzeigenserie „Bundesminister Hans Matthöfer antwortet auf kritische Fragen“, abgedruckt u.a. in Süddeutsche Zeitung vom 01.07.1976. Anzeigenserie „Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie“, abgedruckt u.a. in Nordwest Zeitung, Oldenburger Ausgabe, vom 27.08.1976. Siehe auch Anhang, Tabelle 13).

Von den Anzeigenschaltungen des BMFT im Bürgerdialog Kernenergie konnten 20 Beispiele in Zeitungen und Zeitschriften aufgefunden und ausgewertet werden. Die

Anzeigen bzw. Anzeigenserien wurden von August 1975 bis 1980 in Zeitungen und Zeitschriften geschaltet (siehe Anhang Tabelle 13). Die Auflagenhöhe in diversen Zeitungen und Zeitschriften betrug bspw. für die Anzeigenserie „Kernenergie und ihre Alternativen“, geschaltet im April 1977, 17 Mio. DM (BMFT 1977 ‚Kurzbericht‘, BArch, B 136/10904). Die Anzeigen unterscheiden sich in ihrer Optik und ihrem Aufbau kaum. Die ersten Anzeigenbeispiele sind dafür typisch (Abbildung 7).

Abbildung 8: BMFT-Anzeige „Energie für die Zukunft“ von Januar 1978.

<h1>Energie für die Zukunft</h1>	<h2>Umstrittene Energiequellen – Kernspaltung und Kernfusion</h2>
<p>Eine gesicherte Energieversorgung ist eine wichtige Grundlage für Industrie und Wirtschaft, für Transport und Verkehr, für öffentliche und private Dienstleistungen, für die individuelle Lebensgestaltung. Vollbeschäftigungspolitik ist ohne vorausschauende Energiepolitik dauerhaft nicht zu verwirklichen.</p>	<p>Die öffentliche Auseinandersetzung um die <u>Kernenergie</u> zeigt, daß die Probleme der Energieversorgung nicht nur technischer, sondern auch politischer Natur sind. Blühträume von einer sorgenfreien Zukunft mit der Kernenergie sind zerronnen. Bedenken gegen einen übereilten Ausbau der Kernenergie werden heute ernst genommen. Aber wir können auf die Kernenergie und ihre technische Weiterentwicklung nicht ganz verzichten. Wir brauchen im Interesse einer weltweit und langfristig gesicherten Energie- und Rohstoffversorgung ein Versorgungssystem, das auf keine Quelle ganz verzichtet. Die Hoffnung auf die Nutzung der <u>Kernfusion</u> ist heute wenig mehr als eine Spekulation. Aber die Tür zur Zukunft einer von den technischen Möglichkeiten her bedeutenden Energiequelle muß offengehalten werden.</p>
<p>Die Energieversorgung der Zukunft muß die Schonung der Vorräte, den Schutz der Umwelt und die Sicherung der Arbeitsplätze zum Ziel haben.</p>	<p>Zur Verringerung des Risikos der Kernenergie-Nutzung gilt es, die <u>Reaktorsicherheitsforschung</u> weiter zu fördern, die <u>Genehmigungs- und Kontrollverfahren</u> so durchsichtig und unabhängig wie möglich zu gestalten und den <u>nuklearen Brennstoffkreislauf</u> – bei Beachtung aller notwendigen Sicherheitserfordernisse – zügig zu schließen.</p>
<h3>Energie – vernünftig nutzen</h3>	<h3>Alte Energiequellen – neu entdeckt</h3>
<p>Die langfristig drohende Verknappung von Energiequellen und steigende Umweltbelastungen sind die entscheidenden Gründe für einen <u>sparamen und rationellen Umgang</u> mit Energie.</p>	<p>Sonne und Wind, Erdwärme und Meereswellen, Meeresströmungen und Gezeiten sind als Energiequellen nicht neu. Neu ist die Absicht, sie in größerem Maßstab gezielt zur Deckung unseres Energiebedarfs einzusetzen. Am wichtigsten ist dabei in unseren Breiten die Nutzung der <u>Sonnenenergie</u> für Heizung und Warmwasserbereitung. Für Forschung und Entwicklung steht hierfür mehr Geld zur Verfügung als je zuvor: Fast 250 Mio DM bis 1980. Zur Erleichterung der Anwendung und des Übergangs zur billigen <u>Serienfertigung von Solaranlagen</u> dient ebenfalls das 4,35-Milliarden-Investitionsprogramm. Noch gibt es Hindernisse zu beseitigen, z. B. im Baurecht und in der Bauleitplanung. Bei vielen Neubauten ist es heute schon sinnvoll, Solaranlagen einzuplanen. Die <u>Chancen der Sonne als Energiequelle</u> gilt es jetzt zu nutzen.</p>
<p>Dazu gehört der <u>Ausbau von Fernwärmesetzen</u> als Ersatz für die vielen umweltschädlichen Einzelfeuernungen und zur Nutzung der Abwärme aus Kraftwerken.</p>	<h3>Energieversorgung geht uns alle an</h3>
<p>Dazu gehören eine verbesserte <u>Wärmedämmung</u> und der Einsatz von <u>Wärmepumpen</u>.</p>	<p>Energieforschung ist eine wichtige Aufgabe des Staates zur Zukunftssicherung. Damit wir in Zukunft eine gesicherte und umweltfreundliche Energieversorgung und neue Arbeitsplätze haben.</p>
<p>Eine <u>Verbesserung der Wirtschaftsstruktur</u> in Richtung energie- und rohstoffsparender Produktionsbereiche ist Voraussetzung für eine vernünftige Energie- und Umweltpolitik.</p>	<p>In der Energiediskussion gibt es heute viele, oft kontroverse Argumente und ein breites Interesse in der Bevölkerung. <u>Die Bundesregierung führt daher die Information und Diskussion über Kernenergie und ihre Alternativen fort.</u> Wenn Sie sich informieren wollen, schreiben Sie bitte an</p>
<p>Durch <u>sinnvoll abgestimmte Verkehrssysteme</u> von öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln und <u>energiebewußtes Verkehrsverhalten</u> können beträchtliche Mengen Energie gespart werden.</p>	<p>Hans Matthöfer Bundesminister für Forschung und Technologie Postfach 120 370, 5300 Bonn 12</p> 
<p>Eine bessere <u>Nutzung industrieller Kraftwerkskapazitäten</u> für die allgemeine Strom- und Wärmeversorgung kann den Bedarf an neuen Kraftwerken ebenfalls bremsen.</p>	<p>Bitte Absender deutlich angeben und die gewünschte Information ankreuzen.</p>
<p>Die Bundesregierung hat viel getan, um den sparsamen Umgang mit Energie zu fördern: Auf dem Gebiet der Forschung und der Entwicklung neuer Technologien mit knapp 600 Mio DM bis 1980 und zur Förderung einer breiteren Anwendung mit einem Investitionsprogramm von 4,35 Milliarden DM bis 1981. Vieles bleibt noch zu tun. Für Bund, Länder und Gemeinden, aber auch für jeden einzelnen.</p>	<p><input type="radio"/> Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977-1980</p> <p><input type="radio"/> Programm Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie 1977-1980</p> <p><input type="radio"/> „Sichere Energie für eine lebenswerte Zukunft“ (Kurzinformation über Ziele und Schwerpunkte der Energieforschung)</p> <p><input type="radio"/> Taschenbuch „Kernenergie, eine Bürgerinformation“, 3. überarbeitete Auflage SZ 2</p>
<h3>Neue Chancen für die Kohle</h3>	
<p>Mit Energiesparen allein ist es nicht getan. Selbst wenn wir alle Möglichkeiten nutzen, wird mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bedarf weiter zunehmen. Dies darf uns aber nicht in noch stärkere Abhängigkeiten führen. Darum müssen der Kohle – dem wichtigsten heimischen Energieträger – neue Möglichkeiten eröffnet werden. Die Kohleforschung hat ein weites Aufgabenfeld vor sich. <u>Umweltfreundliche Kraftwerkstechnologien</u> werden mit Hochdruck entwickelt.</p> <p>Ganz neue Anwendungsbereiche sollen der Kohle in den 90er Jahren erschlossen werden:</p>	
<p><u>Kohleverflüssigung</u> und <u>Gaserzeugung aus Kohle</u>. Fast 1 Milliarde DM sind bis 1980 für die Kohleforschung vorgesehen.</p>	

Quelle: BMFT. Anzeigenserie „Energie für die Zukunft“, abgedruckt u.a. in Süddeutsche Zeitung vom 25.01.1978. Siehe auch Anhang, Tabelle 13.

Die Anzeigen waren oft einspaltig über die gesamte Seitenlänge der Zeitung oder Zeitschrift aufgebaut. Der Text wurde eingerahmt von einem markanten Titel oben und dem Schriftzug des Bundesforschungsministeriums mit dem Bundesadler-Logo. Das Foto des Bundesforschungsministers sollte sicherlich eine persönliche Note verleihen, diente aber auch dem Imagegewinn von Hans Matthöfer und in späteren Anzeigen

seinem Amtsnachfolger Hauff. Üblich waren in der Mehrzahl der Anzeigen sogenannte Coupons, die an das Bundesforschungsministerium zurückgesandt werden konnten, um die dort jeweils benannten Informationsmaterialien zu bestellen (Aufstellung im Anhang). Diese Coupons eröffneten einen einfach strukturierten Rückkanal zum Ministerium, der mutmaßlich von der Poststelle einfacher zu bearbeiten war als Briefe, Postkarten oder sogar Telefonanrufe. Durch den Aufbau hatten die Anzeigen einen hohen Wiedererkennungswert. Für Zeitungsanzeigen blieb diese Gestaltung üblich, auch wenn das einspaltige Längsformat später oft einem kompakteren, zweiseitigen Format wich, wie die obige Abbildung 8 zeigt.

Die Veröffentlichung der Anzeigen erfolgte bundesweit in Tageszeitungen wie der Süddeutschen Zeitung oder der Nordwest Zeitung, Zeitschriften wie Vorwärts, Deutsches Monatsblatt, Sozialdemokrat-Magazin oder Berliner Studentenmagazin (Anhang, Tabelle 13). Die Anzeigen richteten sich nicht nur an die Bevölkerung, sondern teils speziell auch an SPD-Mitglieder, wie die Liste der Zeitschriften zeigt. Die Frage, ob damit insbesondere die Unterstützung der Parteibasis gewonnen werden sollte, oder ob es darum ging, dem eigenen Parteiorgan unter die Arme zu greifen, kann auf Basis der Dokumentenlage nicht beantwortet werden.

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die Botschaften typischer, längerer Anzeigentexte. Ebenso gibt sie die Lese-Komplexität in den Stufen niedrig-mittel-hoch wieder, wobei die Stufe „niedrig“ für die Anzeigentexte nicht vergeben wurde.

**Tabelle 8: Anzeigen des BMFT in Zeitungen und Zeitschriften – Auswahl, Botschaften und Komplexität**

<b>Anzeigentitel und Zeitraum</b>	<b>Botschaften des Anzeigentextes</b>	<b>Komplexität des Textes</b>
Kernenergie ist in der Bundesrepublik nicht denkbar ohne breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung (August 1975)	Kernenergie ist Teil einer Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung; Sicherheit für den Bürger hat Vorrang	mittel
Die Bundesregierung sorgt für Sicherheit – auch mit der Kernenergie (November 1975)	Sichere und vom Ausland weniger abhängige Energieversorgung ist für wirtschaftliches Wachstum und langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen besonders wichtig; auf die Kernenergie als einzige einsatzfähige neue Energiequelle kann nicht verzichtet werden; Kernenergie muss sicher sein, Forschungsaufwendungen für Reaktorsicherheit sind hoch	mittel

<b>Anzeigentitel und Zeitraum</b>	<b>Botschaften des Anzeigentextes</b>	<b>Komplexität des Textes</b>
Kernenergie – Der Dialog geht alle an (Dezember 1975)	Einführung der friedlichen Nutzung der Kernenergie hat in der Bundesrepublik Deutschland zu lebhaften Diskussionen geführt; die Entscheidung über den Beitrag der Kernenergie geht alle an; die Bundesregierung hält im Rahmen ihrer Gesamtstrategie zur Sicherheit der Energieversorgung die weitere Entwicklung der Kernenergie für erforderlich; die Sicherheit des Bürgers und der Schutz der Umwelt haben Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen	mittel
Bundesminister Hans Matthöfer: Drei Antworten im Bürgerdialog Kernenergie (Mai 1976)	Versorgung mit Uran ist sicher (keine Abhängigkeit wie bei Erdöl); Reaktorsicherheitsforschung weiter nötig, um Störfällen vorzubeugen, für Wartungs- und Reparaturfreundlichkeit; Einführung der Kernenergie ist aufgrund weitreichender Bedeutung ein Thema nicht nur für Fachleute und Politiker; sachliche Argumente der Bürgerinitiativen sind ein begrüßenswertes belebendes Element in der öffentlichen Diskussion	hoch
Bundesminister Hans Matthöfer antwortet auf kritische Fragen (Juni 1976)	Zur Sicherheit der Erzeugung von Wärme und Elektrizität müssen rechtzeitig neue Energiequellen eingesetzt werden; Kohle wird nicht nur zum Verbrennen genutzt, sondern auch als Ersatz für Erdöl und Erdgas als Treibstoff und als Rohstoff in der chemischen Industrie; Bundesregierung fördert Sonnenenergie, Windenergie, aber Einsatz noch nicht wirtschaftlich bzw. standortabhängig; großtechnischer Einsatz alternativer Energie bringt Probleme; Erdwärme, Gletscherenergie oder Meereswellen werden in Deutschland keinen wesentlichen Beitrag leisten können; radioaktive Abfälle müssen zur Vermeidung von Gefahren über lange Zeiträume gelagert werden; in Deutschland wird Konzept zur Einlagerung in Salzstöcke verfolgt; so Berührung mit dem Lebensbereich von Mensch, Tier und Pflanzen ausgeschlossen, Verfahren gilt international als sehr gut geeignet	hoch
Was der Bundesminister für Forschung und Technologie mit Ihrem Urlaub zu tun hat (Neue Energiequellen) (August 1976)	Sonne, Wasser und Wind als alternative Energiequellen für morgen; Energiesparen als wichtige Energiequelle der Zukunft; Kernenergie für die Lücke, aber Sicherheit hat Vorrang	mittel

<b>Anzeigentitel und Zeitraum</b>	<b>Botschaften des Anzeigentextes</b>	<b>Komplexität des Textes</b>
Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie (Dezember 1976)	Bürgerdialog Kernenergie verfolgt vier Ziele: Information über die Stellung der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie im Rahmen der Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung, Verbreitung von physikalisch-technischen Kenntnissen unter Berücksichtigung von Reaktorsicherheit und Umweltauswirkungen, Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in demokratische Prozesse auch in der Auseinandersetzung um die Kernenergie, Beteiligung von Vertretern verschiedener Standpunkte am Dialog	hoch
Forschung für die Sicherheit von Kernkraftwerken (Mai 1978)	Absolute Sicherheit bei Kernkraftwerken nicht erreichbar; Verringerung des Restrisikos durch Reaktorforschung; zusätzliche Strahlung durch Kernkraftwerke möglichst weit unter Grenzwerten halten; Sicherheitsforschung für Schutz von Arbeitnehmern und Bevölkerung; Bundesregierung fördert Reaktorsicherheitsforschung; über Fragen der Kernenergie soll offen informiert und diskutiert werden	mittel
Wir geben mehr als 2 Milliarden Mark aus, um nicht nur auf Kernkraft angewiesen zu sein (Juni 1979)	Erster bescheidener Beitrag der Sonnenenergie zur Energieversorgung; Wind, Sonne und Geothermik werden zusammen in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 etwa 5 Prozent des Energieverbrauchs decken; auf weitere Entwicklung der Kernenergie kann nicht verzichtet werden; Energiediskussion muss öffentlich und in Offenheit geführt werden	mittel
Vielleicht sollten wir manche unserer Energieprobleme ein bisschen rückschrittlicher lösen (Juni 1979)	Energiediskussion dreht sich nicht nur um Kernkraft, sondern Kraftwerke insgesamt; das BMFT fördert alternative Energiekonzepte für stärker dezentrale Energieversorgung; Windenergieanlage Growian, Sonnenenergie, Wärmepumpen, kleine Blockheizkraftwerke; neben alternativen Energien muss auch Beitrag der Kernkraft geprüft werden; Antworten auf technische, politische, wirtschaftliche Fragen stehen noch aus; Beteiligung der Öffentlichkeit/Bürger an Energiediskussion wichtig	mittel

Eigene Zusammenstellung von BMFT-Anzeigentexten sowie eigene Auswertungen zur Komplexität der Texte berechnet nach LIX-Index, siehe Kapitel 2.

Die Häufigkeit der Anzeigschaltungen zum Erreichen der Zielgruppe „Zeitungsleser\*innen“, der Stil der Umsetzung und auch die damit verbundene Steigerung der Bekanntheit des Bundesforschungsministers blieben in der Forschung zur politischen Kommunikation und auch bei Kernkraftgegner\*innen nicht unbemerkt.

Der Sprachwissenschaftler Rolf Bachem untersuchte den Text der „Zwischenbilanz“-Anzeige (Abbildung 7) in seinen Analysen zur deutschen politischen Kommunikation in einer Fallstudie. Er hob in seiner Kurzanalyse hervor (Bachem 1986: 167 f.):

- Vertrauenswerbung: Der Forschungsminister wirkte durch die Anzeigen auf breite Kreise der Bevölkerung und vor allem die gehobenen Schichten ein. Damit versuchte er nicht nur, die „Bürger zu beschwichtigen und zur Zustimmung zu seinen Entscheidungen zu bewegen“, sondern vor dem Hintergrund der öffentlichen Diversen auch den Einfluss von Bürgerinitiativen einzudämmen.
- Mit dem Text wurde eine persuasive Strategie verfolgt. Bachem hob als Belege hervor: „a) Minister und Bürgerschaft befinden sich mitten im ‚Dialog‘ (der Ausdruck weckt die Erwartung von gegenseitigem Geben und Nehmen und schließlichem Konsensus) – ‚Zwischenbilanz‘ (Ausdruck der Wirtschaft, klingt nach ehrlichem Offenlegen der Fakten). b) Die Bürgerschaft nimmt dem Minister bereitwillig Informationsmaterial ab (Zahlen!). (Man bedenke die Vorbildlichkeit dieses Verhaltens in den Augen der Herrschenden. Die Bürger werden beschrieben als bloß empfangende, passive, rezeptive.) Für diese Haltung wird gedankt (Bestärkung). [...] c) Die Regierung tut alles Menschenmögliche: sie liefert ‚Information‘, setzt ‚Forschung‘ in Gang, plant und steuert verantwortlich (‚rohstoffsparend‘, ‚schonender‘, sorgt für ‚Verminderung der Umweltbeeinträchtigung‘).“
- Der Argumentationsgang war teils implizit durch den Hinweis, dass das Dilemma der Technik in der Anzeige nicht detailliert rekonstruiert werden könne. Argumentiert wurde weiter mit hehren Zielen wie steigender Lebensqualität und Arbeitsplatzsicherheit, für die die Nutzung der Kernenergie, im Zusammenspiel mit anderen Energietechnologien, erforderlich sei.
- Die Anzeige versuchte ein Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht nur zwischen Regierung und Bevölkerung zu wecken („Wir alle wollen“, „wir müssen“). Durch auffällig häufige Verwendung der Begriffe „Dialog“ und „Diskussion“ wurde laut Bachem der Eindruck von Partnerschaft und Gleichberechtigung im demokratischen System geweckt, die häufige Verwendung von Wortzusammensetzungen mit der Silbe „sicher“ sollten Sicherheitsgefühle stärken, was auch durch die Vermeidung des Begriffs „Gefahren“ verstärkt wurde.
- Beschönigenden und beruhigenden Begriffen kam im Anzeigentext hohe Bedeutung zu: Verbesserung, Versorgung, Schonung (von Ressourcen) signalisierten Vorsorge für Umwelt und Bevölkerung.

Aus Sicht von Bachem hatte diese BMFT-Anzeige nicht das Ziel, sachlich und neutral zu informieren, sondern im Gegenteil, einseitig für die Bundesregierung – und damit auch das staatliche Handeln – Vertrauenswerbung zu betreiben. Das BMFT nahm

offensichtlich für sich in Anspruch, nicht nur den Sorgen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, sondern auch Vorsorge zu betreiben.

Der zweite zeitgenössische wissenschaftliche Beitrag zur Kernenergiewerbung stammt vom Kernenergiegegner Hartmut Gründler, als Lehrer auch ausgebildeter Sprachwissenschaftler. Seine Analyse zur Kernenergiewerbung erschien zuerst 1977 kurz vor seinem Tod durch Selbstverbrennung zum Zeitpunkt des SPD-Parteitags im Dezember des Jahres in Hamburg und wurde 1988 nachgedruckt. Gründler ging in seiner grundlegenden Sprachkritik über die enger gefasste Textarbeit an einer Anzeige von Rolf Bachem hinaus, aber auch Gründler verwies mit Bezug zur Atomenergie auf beschönigende Begriffe im Kontext der Atom- bzw. Kernenergie, sogenannte Euphemismen (zu denen auch der Begriff „Entsorgung“ zählt). Er führte u.a. folgendes Beispiel aus:

„Ein hochkomplexes, äußerst störanfälliges technisches Gebilde nennen Atomphysiker einen Meiler, als wären sie Kohlenbrenner. Der Glaube an die Zähmung des atomaren Feuers ist, sprachlich gesehen, ein Köhlerglaube.“  
(Gründler 1977 ‚Kernenergiewerbung‘: 71)

Er betonte, dass darin grundsätzlich nichts Verwerfliches liege, solange, in seinen Worten, die „Magie“ erkannt und auch anderen vermittelt werde. In einer facettenreichen und „blumigen“ Sprache entwickelte Gründler seine Argumentationskette und auch Anforderungen an die Kernenergiewerbung und verband damit seine Kritik an den politisch Verantwortlichen, namentlich Hans Matthöfer, komplexe Zusammenhänge in einem hochkomplexen wissenschaftlich-technischen Umfeld zu rasch dahinzusagen und damit in ihrer Problematik und Bedeutung zu verharmlosen: „Zehn Halbwertszeiten, rund 250000 Jahre Endlagerung für Plutonium 239“, das spricht ein Minister Matthöfer gelassen aus (Ev. Akademie Bad Boll, Februar 1976: 72)“ zitierte Gründler den Bundesforschungsminister (Gründler 1977 ‚Kernenergiewerbung‘: 72). Gründler kritisierte, dass es Mitte des letzten Jahrhunderts sehr schnell gelungen sei, die Atomenergie zu verharmlosen und meint damit auch die von Wirtschaft und Staat propagierte „friedliche“ Nutzung der Kernenergie.

Beispielhaft verwies Gründler u.a. darauf, dass

- die Atomlobby das Wort „Atom“ „möglichst vermeidet, da es unerwünschte, wiewohl sachlich zutreffende Assoziationen zur Atombombe weckt“ und stattdessen die Silbe „Kern“ nutze, die an Obst und Gemüse erinnere,
- Müll im öffentlichen Bewusstsein zwar als im Alltag lästig, aber nicht als gefährlich gewertet werde und damit in der Regel nicht – wie erforderlich – sofort mit Radioaktivität und entsprechenden Gefahren gleichgesetzt werde,
- Entsorgung selbst Mitte der 1970er Jahre und damit mehr als 30 Jahre nach den industriellen Wurzeln noch nicht als Problem kommuniziert, sondern verharmlost werde,
- als Beispiel für Kernenergie-Euphemismen, der Begriff „Brennstäbe“ eher an Kaminholzscheite denken lassen als an Uran und ein Brennstoffkreislauf

keinerlei Gemeinsamkeiten mit dem Kreislauf der Natur habe (Gründler 1977: 72 ff.).

Hartmut Gründler diskutierte in seiner Schrift auch den Dialog und ordnete Äußerungen der BMFT-Leitung als „schizophren“ ein. So berichtete er von einer Äußerung des BMFT-Pressesprechers Steinke Ende April 1976 in Bergisch Gladbach, in der dieser zwischen der Schiene des ergebnisoffenen Dialogs und der Schiene des ordnungsgemäßen Planfeststellungsverfahrens unterschieden haben soll und u.a. die These vertreten habe, dass zwischen diesen keine Verbindung bestehe (Gründler 1977 ‚Kernenergiewerbung‘: 78; Hädecke 1979). Er kritisierte damit nicht nur die Sprachverwendung, sondern die Auffassung und Kommunikation der Bundesregierung im Themenfeld. Die sprachliche Prägung „Verursacherprinzip“ führe beispielsweise dazu, dass die Verantwortlichen nicht benannt würden. Auch sei die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums für Lebensqualität zu hinterfragen. Aussagen, dass sich Verbräuche alle paar Jahre verdoppelten, würden Gesetzmäßigkeit suggerieren, statt Prüfungen von Pfadwechseln in Energiepolitik und Gesellschaft anzudiskutieren. Gründler kommt mit der Schrift „Kernenergiewerbung“ damit der Verdienst zu, bereits früh die kritikwürdigen Sprachverwendungen herausgearbeitet zu haben und diese nicht nur an PR-Maßnahmen der Industrie, sondern auch an Politiker-, Wissenschafts- und sogar Alltagssprache zu belegen.

### **5.2.3 BMFT-Magazine „Informationsbrief Kernenergie“ und „Energiediskussion“**

Die Bundesregierung hielt es für erforderlich, im Rahmen der im Bürgerdialog Kernenergie herausgegebenen Schriften auch Beiträge von Kernenergie-Skeptiker\*innen und -Kritiker\*innen zur Diskussion zu stellen und damit auch kontroverse Sichtweisen in die Debatte einfließen zu lassen. „Die Bundesregierung hält an der Gewährleistung einer offenen Diskussion fest, in der jedes sachliche und ehrliche Argument eine faire Chance hat, in der auch die Meinung, die man selbst nicht teilt, respektiert wird. Dabei wird jeweils die Haltung der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie verdeutlicht.“ (Bundesregierung 1980 ‚BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980‘: 4)

Das BMFT veröffentlichte aus Mitteln des Bürgerdialogs zwei Magazine, die in der zentralen deutschen „Datenbank für Titel- und Besitznachweise fortlaufender Sammelwerke“, der Zeitschriftendatenbank (ZDB), aufgeführt werden. Als Herausgeber wird ab Ausgabe 5/1978 das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BMFT benannt, dem die Bürgerdialog-Mitarbeiter Lang und Niederelz zugeordnet waren (Zeitzeugen-Interviews Lang und Niederelz). Des Weiteren wird auf eine redaktionelle Mitarbeit des Verlags C. F. Müller verwiesen, der auch für die Gesamtherstellung zuständig war. Während der Informationsbrief noch eher den Charakter einer gehefteten Loseblattsammlung hatte, wirkte die Energiediskussion im Aufbau strukturiert und verfügte beispielsweise über ein Inhaltsverzeichnis mit wiederkehrenden Rubriken (Abbildung 9). Zuerst erschien der Informationsbrief Kernenergie, dem dann die

Energiediskussion nachfolgte. Die erste Ausgabe des Informationsbriefs erschien 1976, die letzte Ausgabe der Energiediskussion 1981. Das BMFT bezeichnete sie als Magazine. Beide Zeitschriften wurden jeweils in einer Auflage von 130.000 Exemplaren gedruckt und verschickt (Redaktion Energiediskussion 1980 ‚Energiediskussion 3/1980‘: 3) und konnten via Coupon angefordert werden. Vor allem die Energiediskussion war so aufgebaut, dass das BMFT (und andere staatliche Stellen) den ersten Teil für eigene Informationen und zu wechselnden Themenkomplexen wie „Reaktorsicherheit“ oder „Nukleare Entsorgung“ nutzten. Dies waren typischerweise Redebeiträge der Leitungsebene oder Pressemitteilungen des Hauses, wie sie beispielsweise auch in den BMFT-Mitteilungen oder dem Bulletin der Bundesregierung erschienen, oft für den Magazin-Beitrag gekürzt. Dann gab es Raum für „Argumente in der Energiediskussion“ mit vertiefenden wissenschaftlichen Abhandlungen. Danach kam die Rubrik „Diskussion in den gesellschaftlichen Gruppen“ gefolgt von „Meinungen und Argumente“ beispielsweise in Form von Leserbriefen. Der Aufbau änderte sich im Laufe der Jahre etwas, aber die Verteilung und Gewichtung blieben in etwa gleich.

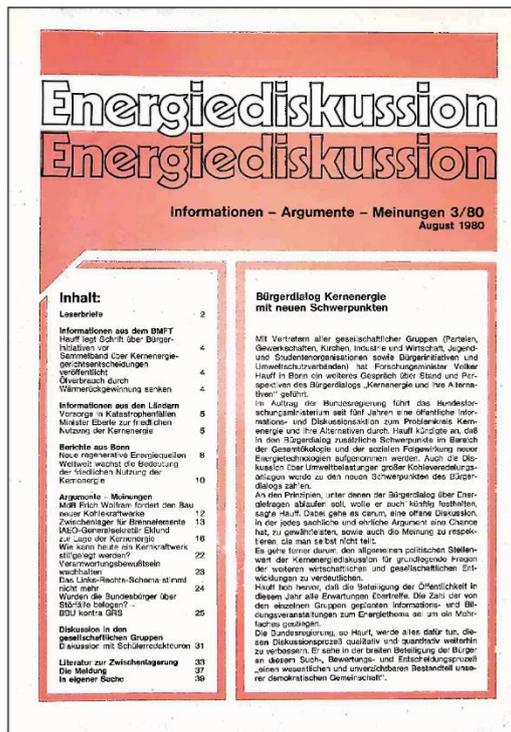
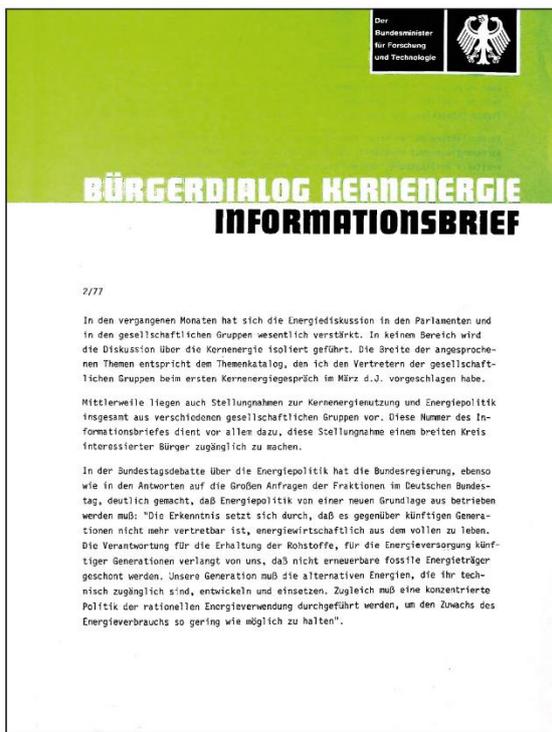
Im Vorwort der ersten Ausgabe des Informationsbrief Kernenergie formulierte Bundesforschungsminister Matthöfer deutlich den Anspruch, dass die Bürgerinitiativen zu Wort kommen sollten:

„Sie [die Bürgerinitiativen, die Verfasserinnen] haben dazu beigetragen, das öffentliche Problembewusstsein auf diesem Gebiet zu schärfen. Die Bürgerinitiativen müssen mit ihren Argumenten und Bedenken mit in die Diskussion einbezogen werden.

Bürgerinitiativen müssen daher und sollten sich ihrerseits bemühen, die von ihnen vertretenen Anliegen in den gesamten politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß einzubringen. Parteien, Parlamente und Regierungen sollten die Argumente der Bürgerinitiativen ernstnehmen, sich mit ihnen auseinandersetzen und berechtigten Bedenken entsprechen.“ (Matthöfer 1976 ‚Informationsbrief 1/76‘: 1f.)

Die Redaktion des Magazins Energiediskussion (namentlich nicht benannt) wurde in der ersten Ausgabe des Jahres 1980 noch deutlicher und betonte, man verstehe sich nicht als „Sprachrohr“ des Bundesministers für Forschung und Technologie oder der Bundesregierung, sondern als „Forum [...] für alle fairen und ehrlichen Argumente und Meinungen zur Energieproblematik. [...] Das Magazin Energiediskussion kann naturgemäß nur in bescheidenem Maße Plattform für Meinungsverschiedenheiten über Energiefragen sein – aber das immerhin will es.“ (Redaktion Energiediskussion 1980 ‚Energiediskussion 1/2/80‘: 2). Auch die Positionen der Jugendorganisationen der Parteien, Umweltverbände und Bürgerinitiativen wurden gezielt im Magazin wiedergegeben und meist im direkten Vergleich gegenübergestellt.

**Abbildung 9: Titelseiten des Informationsbriefs Kernenergie 2/77 sowie der Energiediskussion 3/80**



Quelle: BMFT.

Tatsächlich wiesen die Magazine eine Besonderheit auf: Es fehlten weitgehend Beiträge von Reaktorindustrie und Energiewirtschaft, nur vereinzelt fand sich ein Hinweis, wie der, dass auch beim Deutschen Atomforum Materialien bestellt werden konnten, sowie einmal eine kurze Stellungnahme des Deutschen Atomforums zu Forderungen nach einem Kernenergie-Moratorium in der Energiediskussion 4/77. Des Weiteren wurde ein Auszug aus einem technischen Bericht zu Betriebserfahrungen mit Kernkraftanlagen im Magazin 5/78 aufgenommen. In der Doppelausgabe 5/6/80 nahm der Präsident des Atomforums Stellung zu der von Kardinal Höpfer geäußerten Sorge um die Zukunft des Menschengeschlechts. Auch finden sich vereinzelt Berichte über Reden, die auf Veranstaltungen des Atomforums gehalten wurden.

In den BMFT-Magazinen mussten die umwelt- und zivilgesellschaftlichen Initiativen also nicht mit den „finanzstarken“ PR-Abteilungen konkurrieren. Der Redaktion schien die Veröffentlichung der alternativen Sichtweisen wichtig gewesen zu sein. Dass gesellschaftliche Gruppen mehrfach um einen Beitrag für das Magazin Energiediskussion gebeten wurden, ist durch Schwerpunktthemen belegt. Neben der Anfrage im März 1979 zu „nuklearer Entsorgung“ (Lang 1979 ‚Schreiben vom 19.3.1979‘, BArch, B 136/10904) informierte das BMFT im September 1978 das Kanzleramt über eine Anfrage zum Schwerpunktthema „Gerichtsurteile zu Kernkraftwerken“ (Baars 1978, BArch B 136/10904), mit der um Wertungen zu gefällten Urteilen gebeten wurde. Im Mai 1979 wurden Beiträge zu „Harrisburg und die Folgen“ (Lang 1979 ‚Schreiben an die gesellschaftlichen Gruppen vom 25.5.1979‘, BArch, B 136/10904) angefragt, im Juli 1979 folgte eine Aufforderung zum Thema „Energiesparen“ (Bangemann 1979, BArch, B

136/10904). Dort wurde auch die gewünschte Länge der Beiträge mit zwei bis drei Schreibmaschinenseiten spezifiziert.

In der Ausgabe 3/79 mit dem Schwerpunktthema „nukleare Entsorgung“ waren u.a. der Deutsche Lebensschutz-Verbände und Bürgerinitiativen e.V., das Collegium Humanum, der Bund für Umwelt und Naturschutz – Landesverband Baden-Württemberg, der Weltbund zum Schutz des Lebens / Bundesverband Deutschland, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der Bund für Umwelt und Naturschutz, der Deutsche Bund für Lebensschutz / Bundesverband für Umwelt und Lebensschutz sowie die deutschen Jungdemokraten vertreten. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz – Landesverband Baden-Württemberg e. V. sowie der BBU wendeten sich in ihren Beiträgen gegen den Bau einer WAA in Gorleben. Angeführt wurde, dass die Wiederaufbereitung weder notwendig noch ökonomisch sinnvoll sei. Zudem sei die Plutoniumwirtschaft aufgrund der Giftigkeit, der Sicherheitsrisiken der Anlage und der möglichen Verwendung des Plutoniums für militärische Zwecke abzulehnen. Da kein endgültiges Endlagerkonzept vorliege, solle zukünftig kein neuer Atommüll produziert werden. Als Vorschlag für die Zwischenlagerung des produzierten Mülls wurde die Lagerung in Abklingbecken der jeweiligen AKW vorgeschlagen. Auch der Weltbund zum Schutz des Lebens führte das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis von Wiederaufbereitungsanlagen an. Zudem wurden Sicherheitsrisiken angeführt und die Fachkompetenz der DWK in Frage gestellt. Auch Personalschwierigkeiten, die den Bau und den Betrieb der Anlagen (Gefahr durch gesundheitsschädliche Strahlenbelastung für Mitarbeitende) betreffen, würden dafürsprechen, entsprechende Anlagen nicht zu bauen. Der Bundesverband für Umwelt und Lebensschutz stellte in seiner Argumentation ungelöste technische Schwierigkeiten in den Vordergrund und beklagte das Fehlen einer Risikoanalyse. Er forderte die Entwicklung einer risikoärmeren Entsorgungsstrategie ohne Plutoniumrezyklktion. Bis ein optimales Endlagerkonzept gefunden werde, solle der weitere Bau neuer Kernkraftwerke eingestellt und eine Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke vollzogen werden. Die Deutschen Jungdemokraten argumentierten mit der Gefahr eines Gaus und dessen Auswirkungen auf die Bevölkerung in Gorleben und forderten ebenfalls die Einstellung des Betriebs und des Neubaus von Kernkraftwerken. Gegen die Wiederaufbereitungsanlage sprächen außerdem die hohen Kosten für den Anlagenbau und die möglichen ökologischen Gefahren durch den Anlagenbetrieb. Auch sie sprachen sich für die Zwischenlagerung in den Abklingbecken der jeweiligen Kernkraftwerke aus, bis ein endgültiges Endlagerkonzept gefunden sei.

Die Redaktion war mit der Anzahl der von den gesellschaftlichen Gruppen eingereichten Beiträgen nicht zufrieden. Dies belegt auch die Antwort der Redaktion auf einen Leserbrief in Ausgabe 3/1980:

„Ein [...] Punkt, der oft angesprochen wird: die Vertretung der Bürgerinitiativen. Vor jedem Erscheinen wird ein mühsames Verfahren in Gang gesetzt. Bürgerinitiativen müssen angeschrieben und „bekniet“ werden, uns mit Material zu versorgen. Das klappt leider nicht immer so, wie wir uns das vorstellen. Mitunter bleiben Antworten aus – warum eigentlich? Eine Auflage von 130 000 Exemplaren, wie sie die Energiediskussion

vorweisen kann, ist kein Klacks. Das sollten auch die Vertreter von Bürgerinitiativen bedenken, die auf die Chance verzichten, abgedruckt zu werden.“ (Redaktion Energiediskussion 1980 ‚Energiediskussion 3/1980‘: 3)

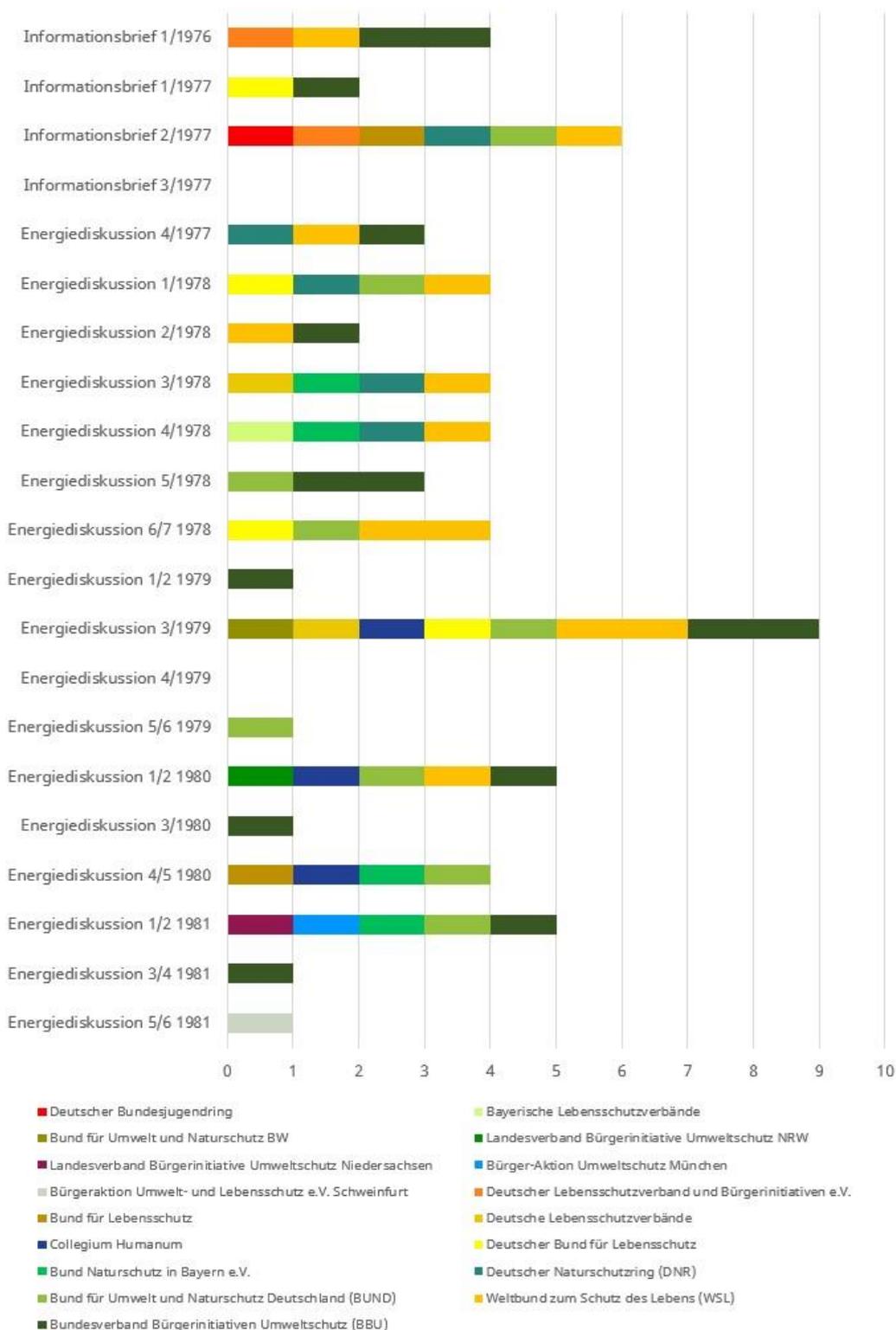
In Stellungnahmen in den Magazinen des BMFT (z.B. zur Kernenergie von sechs Bürgerinitiativen und acht weiteren gesellschaftlichen Gruppen im Informationsbrief 2/77, von zwei Bürgerinitiativen und von sieben gesellschaftlichen Gruppen zur Energiedebatte in der Energiediskussion 1/2/79) machten die gesellschaftlichen Gruppen ihre Standpunkte klar in Bezug auf die Energiepolitik bzw. zur öffentlichen Kernenergie- und Energiediskussion und äußerten Kritik am Vorgehen der Bundesministerien und der Regierung hinsichtlich der Kernenergienutzung in allen möglichen Facetten. Hier nahmen sie „kein Blatt vor den Mund“. Das war mitunter ironisch (Bund Natur und Umweltschutz an den Bundesinnenminister (‚Informationsbrief 2/77‘: 44): „Sie haben bereits in den nächsten Wochen Gelegenheit, die Ernsthaftigkeit Ihrer diesbezüglichen Äußerungen unter Beweis zu stellen.“), sehr politisch (Deutscher Bundesjugendring (‚Informationsbrief 2/77‘: 46): „Die Parteien sind ihrer gesellschaftspolitischen Aufgabe, umfassend und ausführlich zu informieren und ohne Vorwegnahme einer endgültigen Entscheidung Alternativmöglichkeiten zu erarbeiten und sich in einer so zentralen Frage, Mandate bei den Bürgern zu holen, nicht nachgekommen.“) oder zeigte Offenheit für den Prozess (BBU (‚Informationsbrief 1/76‘: 11): „Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat [dem Dialog] zugestimmt, weil vieles, was die möglichen Auswirkungen der Kernenergie betrifft, nach unserer Ansicht bisher verschwiegen oder verharmlost wurde. Wir haben zugestimmt, weil unsere Argumente einer Kritik der breiten Öffentlichkeit standhalten. Diskussion, Erörterung aller Tatbestände und Meinungsbildung in Freiheit ist unser Ziel!“).

Die Beiträge der gesellschaftlichen Gruppen hatten sehr unterschiedliche Textlängen. Manche Stücke passten in eine Spalte, mit seinem „Plädoyer für eine gesellschaftliche Gesamtreform“ füllte der BBU dagegen rund elf Seiten (‚Energiediskussion 1/2 1980‘: 54 ff.). Auch Streitgespräche wurden abgedruckt, wie die zusammengefasste Kontroverse zwischen BBU und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) (‚Energiediskussion 3/1980‘: 25 ff.).

17 Bürgerinitiativen (manche als Untergruppe größerer Verbände) nahmen neben den gesellschaftlichen Gruppen der politischen Stiftungen, Jugendorganisationen, Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden diese Chance wahr, den Informationsbrief und die Energiediskussion als Plattform für ihre Informationen zu nutzen. Insgesamt verfassten sie 64 Beiträge in den Rubriken „Diskussion in den gesellschaftlichen Gruppen“ und später dann auch noch in der Sektion „Meinungen und Argumente“. Die meisten Stellungnahmen und Meinungsäußerungen gab der BBU (14) ab, gefolgt vom Weltbund zum Schutz des Lebens (12). Im Zeitverlauf ist zu bemerken, dass sich der BBU recht gleichbleibend über alle Ausgaben hinweg beteiligte, der WSL ließ seinen letzten Beitrag in der Ausgabe 1/2 1980 veröffentlichen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (bis zur Ausgabe 5/1978 unter dem Namen Bund Natur und Umweltschutz) veröffentlichte neun Beiträge und legte eher gegen Ende zu. Sieben Bürgerinitiativen beteiligten sich mit zwei bis fünf Beiträgen, ebenfalls sieben Bürgerinitiativen veröffentlichten im gesamten Erscheinungszeitraum nur einmalig

etwas. Abbildung 10 gibt die Verteilung der Beiträge über den Veröffentlichungszeitraum der Magazine wieder.

**Abbildung 10: Verteilung der Beiträge von Bürgerinitiativ- und Umweltverbänden in den BMFT-Magazinen Informationsbrief Kernenergie und Energiediskussion**



Eigene Darstellung und Analyse.

Über die eigenen Beiträge der gesellschaftlichen Gruppen hinaus wurden die Verbände mitunter in der Rubrik „Die Meldung“ erwähnt (z.B. o. V. 1980 ‚BBU ist enttäuscht‘, Energiediskussion 3/1980: 38) und erhielten so eine weitere „Bühne“ in der Publikation.

Der Bundesverband für Umwelt und Lebensschutz äußerte Kritik an der Gliederung der Zeitschrift „Energiediskussion“, in der keine ausgewogene Darstellung von Pro- und Kontraargumenten stattfinden würde, denn kritische Meinungen würden mehrheitlich in der Rubrik „Meinungen in gesellschaftlichen Gruppen“ vorkommen, Pro-Argumente der Bundesregierung und Beratungsgremien dagegen mehrheitlich in den Rubriken „Information“ und „Argumente“ (Der Deutsche Bund für Lebensschutz 1979: 51). Die Redaktion berücksichtigte, so die Ergebnisse einer Durchsicht der Inhaltsverzeichnisse der Folgeausgaben der Energiediskussion, diese Kritik kaum. Nur vereinzelt finden sich Positionen der gesellschaftlichen Gruppen später auch in der Rubrik „Argumente – Meinungen“, dort aber in Gegenüberstellung zu anderen Akteuren. Ein Beispiel hierfür ist ein BBU-Beitrag mit dem Titel „Wurden die Bundesbürger über Störfälle belogen? - BBU kontra GRS“ in der Energiediskussion Ausgabe 3/80 zu einer Kontroverse zwischen dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) zur Anzahl der gravierenden Unfälle in Kernkraftwerken. In der Energiediskussion wurden in einem redaktionellen Beitrag Auszüge aus den Memoranden von BBU und GRS veröffentlicht.

Der letzten Ausgabe der Energiediskussion 5/6/1981 lag eine Notiz bei, mit dem Hinweis auf die finanzielle Situation, die dazu zwinge, das Magazin einzustellen. In der Wahrnehmung der Redaktion hätte „Energiediskussion einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung des Klimas, in dem die öffentliche Diskussion über unsere gegenwärtige und zukünftige Energieversorgung stattfindet, geleistet“ (Redaktion Energiediskussion 1981 ‚Beilage zu Energiediskussion 5/6/1981‘, Energiediskussion 5/6/1981).

### **5.3 Öffentlicher Dialog des BMFT: Diskussionsveranstaltungen, Konferenzen und Seminare**

#### **5.3.1 Diskussionsveranstaltungen mit dem Bundesforschungsminister**

Das BMFT führte in den ersten sieben Monaten des Jahres 1976 sechs Diskussionsveranstaltungen mit dem Bundesforschungsminister (einmal vertreten durch Staatssekretär Hauff) durch. Sie fanden in Essen, Darmstadt, Schweinfurt, Hannover, Koblenz und Frankfurt statt. Auf diesen Veranstaltungen waren jeweils auch Vertreter\*innen der Wirtschaft und der Bürgerinitiativen vertreten, und zwar ohne Honorarzahungen des BMFT, im Falle der Bürgerinitiativen sogar ehrenamtlich (Buchholz 2022). Durchschnittlich nahmen etwa 388 Personen daran teil. Die Ansprache von Matthöfer auf der ersten Veranstaltung in Essen wurde im Bulletin des Presse- und

Informationsamtes der Bundesregierung vollständig abgedruckt (Matthöfer 1977 ‚Essen‘: 167). Matthöfer ordnete hier unter anderem den Bürgerdialog Kernenergie als Aufgabe ein, die Entwicklung von Großtechnologien aufgrund von „mangelnder Informiertheit“ nicht nur den „technokratischen Eliten“ zu überlassen. Um Widerstandsaktionen zu vermeiden, bedürfe es „neuer Formen der Bürgermitarbeit, des Dialogs zwischen Fachleuten, Politikern und Bürgern“. Er hob hervor, dass „formale demokratische Legitimation“ nicht ausreiche, sondern man müsse sich um eine „gründliche Auseinandersetzung mit den Meinungen und den Bedürfnissen der Betroffenen bemühen“, um Motivationen untersuchen und „berechtigten Einwänden und Forderungen“ entsprechen zu können. Die Entwicklung der Kernenergie könne, so Matthöfer weiter, nur bei „vollem Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit der Entwicklung und in die Verlässlichkeit der Kontroll- und Aufsichtsinstanzen vorangetrieben“ werden (Matthöfer 1977 ‚Essen‘: 167). Auch die Tagesschau berichtete über die Veranstaltung in Essen, wobei der Bürgerdialog Kernenergie kurz erläutert wurde: „Bürgerdialog Kernenergie war das Motto der Veranstaltung in Essen, auf der Forschungsminister Matthöfer seinen Standpunkt darlegte. Dieser Begegnung mit Bürgern sollen noch mehrere folgen. Sie finden in Absprache mit den Bundesländern statt. Ziel ist es, ein Gespräch mit den Bürgern zu beginnen und dabei den Ausbau der Kernenergie auch unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu erörtern.“ (Stephan/Münchow 1976 ‚Kernenergie-Informationsschau in Essen‘, ARD, 31.01.1976)

Eine weitere Veranstaltung am 02.07.1976 in Koblenz ist durch einen Ufa-Wochenschau-Beitrag in Ausschnitten dokumentiert und belegt unter anderem die Teilnahme des BBU-Vorsitzenden Wüstenhagen neben einem Vertreter eines Energieversorgungsunternehmens als Redner und auf dem Podium. Wüstenhagen hob hier hervor, dass es nicht um die Sicherheit der Kernenergie, sondern um die Sicherheit der Bevölkerung ginge. Matthöfer wird mit einer harschen Antwort auf die Aussage einer Bürgerin wiedergegeben. Auf die These, er sei gekommen, um das „Vertrauen der Bevölkerung zurückzuerobern“ erwiderte Matthöfer: „Ich bin hier, um einen rationalen Dialog über Risiken und Nutzen der Kernenergie zu organisieren und das Informationsniveau der Bevölkerung zu heben.“ (UFA 1976 ‚UFA-Kinowochenschau vom 20.07.1976‘, BArch, UFA-Dabei 1043/1976).

### **5.3.2 Wissenschaftliche Konferenzen des BMFT und Buchveröffentlichungen in der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“**

Die sogenannte „Rote Reihe“ – offiziell „Argumente in der Energiediskussion“ – war eine 12-teilige Publikationsreihe des BMFT, die von 1977 bis 1980 unter Herausgeberschaft des jeweiligen Forschungsministers erschien. Sie sollte Probleme thematisieren, die in Zusammenhang mit der Kernenergienutzung standen, sowie den energie-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kontext der Diskussion herausarbeiten. Auch die Veröffentlichungen in dieser Reihe folgten den Prinzipien des Bürgerdialogs, nämlich „die unterschiedlichen und gegensätzlichen Standpunkte zu Wort“ kommen zu lassen

(Redaktion Energiediskussion 1977 ‚Energiediskussion 4/77‘: 23). Zunächst stellten diese Buchveröffentlichungen Dokumentationen der wissenschaftlichen Konferenzen dar, die das BMFT im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie selbst ausrichtete. Aber auch kleinere Fachveranstaltungen wurden dokumentiert. Mit der Dokumentation der Veranstaltungen in Buchform vergrößerte das BMFT das Fachpublikum der Konferenzen. Der erste Band erschien 1977 als Protokoll des Expertengesprächs „Schnelle Brüter. Pro und contra.“, das am 19.5.1977 im Bundesministerium für Forschung und Technologie geführt worden war. Die Themen der darauffolgenden Bände waren Energiebedarf, Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen, Energie, Wachstum und Arbeitsplätze, Energieversorgung und Lebensqualität, Energiediskussion in Europa, Reaktorsicherheitsforschung, Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Gerichtsentscheidungen zu Kernkraftwerken, Kernenergie und Medien sowie Handlungsspielräume der Energiepolitik. Im Anhang dieser Studie sind die Publikationen der Reihe aufgeführt.

Im BMFT-Magazin Energiediskussion wurde die neue Schriftenreihe wie folgt vorgestellt und die Motivation dahinter erläutert:

„Die einzelnen Bände der Reihe sollen eine breite Diskussion und das Eingehen auf die gegensätzlichen Argumente fördern, um auf dieser Grundlage energiepolitische Entscheidungen zu finden und sie auf ein breiteres Verständnis alternativer energiepolitischer Möglichkeiten mit ihren weltweiten Auswirkungen, ihren Zusammenhängen mit wirtschafts- und strukturpolitischen Entscheidungen und ihren Bezügen zu einer Verbesserung der Qualität des Lebens zu stützen.“ (Redaktion Energiediskussion 1977 ‚Argumente in der Energiediskussion‘: 23)

### 5.3.3 BMFT-Seminare

Das Bundesministerium veranstaltete und bewarb eigene Seminare und Fachtagungen, deren Zielrichtung dem der größeren Konferenzen und Expertengespräche ähnelte. Die Veranstaltungen wurden durch das Pressereferat des BMFT, zuständig für die Umsetzung des Bürgerdialog Kernenergie, konzipiert und organisiert. Seminare für Bürger\*innen und weitere Zielgruppen wie Lehrer\*innen oder Behördenmitarbeiter\*innen wurden nicht dokumentiert, aber Beiträge auf wissenschaftlich-technischen Fachtagungen erschienen oft in der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“, beispielsweise in den Bänden „Schnelle Brüter. Pro und contra“ (Matthöfer 1977 ‚Schnelle Brüter‘) oder „Energiebedarf und Energiebedarfsforschung“ (Matthöfer 1977 ‚Energiebedarf‘). Laut BMFT ging es bei den Fachtagungen darum, den „Stand der wissenschaftlichen Diskussion zu einem Themenbereich aufzuarbeiten und die Relevanz bestimmter Forschungsergebnisse im Gespräch zwischen Wissenschaftlern, Politikern und interessierten Bürgern für die Kernenergie Diskussion zu erörtern“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 1977 ‚Kurzbericht‘, BArch, B 136/10904).

Das BMFT trug bei diesen Seminaren die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, nur die Reisekosten mussten von den Teilnehmer\*innen selbst übernommen werden. Es liegen Flyer zu diesen Veranstaltungen für das zweite Halbjahr 1976 und das Jahr 1977 vor (Abbildungen 10 und 11), die Themen und Teilnehmerinformationen belegen. Laut BMFT nahmen im Jahr 1976 etwa 1.115 Teilnehmer\*innen an insgesamt 2.000 Teilnehmertagen teil. Die Anzahl der Teilnehmenden betrug 30 bis 100 Personen pro Veranstaltung. 450 Personen musste aufgrund der fehlenden Kapazität der Tagungshäuser abgesagt werden (Lang 1976 ‚Statistischer Bericht‘, BArch, B 136/10903). Im Jahr 1977 wurden ebenfalls 1.000 Teilnehmer\*innen, jetzt jedoch mit 3.000 Teilnehmertagen vermerkt. Für den Anstieg der Teilnehmertage im Verhältnis zu den Personen ist die hohe Zahl von Veranstaltungen für Fachleute ursächlich (Bundesministerium für Bildung und Forschung 1977 ‚Kurzbericht‘, BArch, B 136/10904).

Die BMFT-Aufstellung für 1976 verweist auch auf Veranstaltungen zum Thema Entsorgung, die unter Beteiligung des BMFT durchgeführt wurden. Hierzu liegen keine Daten und Kennzahlen in der BMFT-Statistik vor.

**Abbildung 11: Flyer des BMFT „Bürgerdialog Kernenergie. Veranstaltungen im 2. Halbjahr 1976“ (Vorderseite)**



Quelle: BArch, B 136/10903.

## Abbildung 12: Flyer des BMFT „Bürgerdialog Kernenergie. Veranstaltungen im 2. Halbjahr 1976“ (Rückseite)

Im zweiten Halbjahr 1976 werden vom Bundesministerium für Forschung und Technologie im Rahmen des „Bürgerdialog Kernenergie“ folgende Seminare durchgeführt:

**13**  
5270 Gummersbach, Theodor-Heuss-Akademie  
Freitag, 8. Oktober, 18.00 Uhr, bis  
Samstag, 9. Oktober 1976, 20.00 Uhr

**Alternativen zur Kernenergie**  
Die Notwendigkeit der Kernenergie wird immer wieder mit dem dem wirtschaftlichen Wachstum entsprechenden steigenden Energiebedarf begründet.  
Bei diesem Seminar soll über Modelle und Möglichkeiten geringeren Energieverbrauchs und neuer Deckungsmöglichkeiten ohne Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums gesprochen werden.  
Als Einzelthemen sollen behandelt werden:  
– Möglichkeiten der Energieeinsparung  
– rationale Energieverwendung  
– neue Energiequellen

**14**  
7752 Insel Reichenau / Familienerholungsheim  
Samstag, 6. November, 14.00 Uhr, bis  
Sonntag, 7. November 1976, 16.00 Uhr

**Kernenergie – Notwendigkeit und Sicherheit**  
In der öffentlichen Kernenergie Diskussion spielen immer zwei Fragen eine wichtige Rolle: „Brauchen wir Kernenergie überhaupt?“ und: „Wie sicher ist die Kernenergie?“  
An Hand des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Energiebedarf, der Einsatzmöglichkeiten herkömmlicher und neuer, nichtnuklearer Energiequellen, soll der erste Themenbereich behandelt werden.  
Zu der zweiten Frage sollen die Grundsätze der Sicherheitstechnologie, die Ergebnisse der Reaktorsicherheitsforschung und die Praxis der Sicherheitsüberwachung bei kerntechnischen Anlagen dargestellt und kritisch diskutiert werden.

**15**  
8500 Nürnberg, Caritas-Pirckheimer-Haus  
Freitag, 12. November, 19.00 Uhr, bis  
Sonntag, 14. November 1976, 13.00 Uhr

**Energieforschung und Arbeitsplatzsicherung**  
Energie schafft Arbeitsplätze! Energie vernichtet Arbeitsplätze!  
Diese beiden Positionen stehen in der Diskussion um die Kernenergie einander gegenüber.  
Auf dem Seminar soll – mit Vertretern der zuständigen Ministerien, der Gewerkschaften, der Industrie und der Bürgerinitiativen – der Zusammenhang zwischen wirtschaftl. Entwicklung und Energiebedarf, zwischen Energieeinsatz und Rationalisierung (als Wegfall von Arbeitsplätzen) und der direkte Zusammenhang zwischen neuen Energietechnologien und Arbeitsplätzen näher beleuchtet werden.  
Als Einzelthemen sollen behandelt werden:  
– Energiebedarf und wirtschaftliche Entwicklung  
– Wachsender Energiebedarf in der Industrie – Instrument der Rationalisierung oder der Humanisierung des Arbeitslebens?

**16**  
7821 Falkau, Haus Gertrud  
Freitag, 3. Dezember, 19.00 Uhr, bis  
Sonntag, 5. Dezember 1976, 13.00 Uhr

**Kernenergie und Umwelt**  
Die Strahlenbelastung und die Abwärme sind die wichtigsten Probleme, die aus der Sicht des Umweltschutzes bei kerntechnischen Anlagen vorhanden sind.  
Auf dem Seminar sollen Fragen der Strahlenbelastung, der Strahlenwirkung und des Strahlenschutzes und Probleme der Abwärmebelastung und ihrer Auswirkung auf die Flüsse und das Kleinlima behandelt werden.

**17**  
5413 Bendorf, Hedwig-Dransfeld-Haus  
Samstag, 11. Dezember, 14.00 Uhr, bis  
Sonntag, 12. Dezember 1976, 17.00 Uhr

**Forschungspolitik und Umweltschutz**  
Der Aufwand für die nukleare Energieforschung wird vielfach nicht zuletzt deshalb kritisiert, weil diese Forschung in Ergebnis und Anwendung angeblich zu einer wesentlich verstärkten Umweltbelastung beiträgt.  
Dabei wird vielfach übersehen, daß eine entsprechende Forschungspolitik im Rohstoff-, Energie-, Biologie- und Technikbereich Voraussetzungen für effektiven Umweltschutz schaffen kann und schaffen muß.

ANMELDUNG

Name: \_\_\_\_\_ (Name)  
Anschrift: \_\_\_\_\_ (Straße) \_\_\_\_\_ (Ort)  
Hiermit melde ich mich für das Seminar Nr.: \_\_\_\_\_ (PLZ) \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_ an \_\_\_\_\_ (Unterschrift)  
in \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Quelle: BArch, B 136/10903.

Eine Liste der vom BMFT veranstalteten Seminare der Jahre 1976 und 1977 findet sich im Anhang. Wenige weitere Seminare und Fachtagungen sind durch Veröffentlichungen in der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“ belegt. Die Angaben in der Tabelle 14 im Anhang wurden um diese sowie weitere Einträge ergänzt, sofern Hinweise in den Archivalien gefunden wurden.

Seminare für interessierte Bürger\*innen und weitere Zielgruppen erweiterten ab 1976 und ersetzen ab 1977 das „Gespräch mit dem Bürger“ (Matthöfer 1977 ‚Informations- und Diskussionsaktion‘, BArch, B 136/10903) im Rahmen der öffentlichen Diskussionsveranstaltungen mit Bundesforschungsminister Matthöfer. Übersichten und „Veranstaltungskalender“ dieser BMFT-Seminare sind nur für 1976 und 1977 belegt.

Für das Jahr 1977 veröffentlichte das BMFT in einem Flyer die Konzeption der durch das BMFT selbst organisierten Seminarreihen über „die öffentliche Diskussion über die friedliche Nutzung der Kernenergie und ihre Alternativen“ mit dem Ziel „einen breiteren Konsens in energiepolitischen Grundfragen zu erreichen“ (Matthöfer 1977 ‚Öffentliche Diskussion‘: Vorwort). Diese Seminare ergänzten 1977 die gleichzeitig von freien Trägern durchgeführten Veranstaltungen. Die BMFT-Seminare richteten sich einerseits an interessierte Bürger\*innen, aber auch zielgruppenspezifisch an Vertreter\*innen der zuständigen Behörden, von Gewerkschaften und Industrie und „nicht zuletzt“ der Bürgerinitiativen (Matthöfer 1977 ‚Öffentliche Diskussion‘: Vorwort).

Im Jahr 1977 gliederten sich die Seminare in vier Reihen:

Reihe A „Seminare für interessierte Bürger“: Hier stellten Fachreferenten die Bedeutung der Energieversorgung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung vor. Der zweite Fokus lag auf der Diskussion, wobei Befürworter\*innen und Kritiker\*innen gleichrangig zu Wort kommen sollten. Thematische Schwerpunkte der Seminare für Bürger\*innen waren die Notwendigkeit und Sicherheit der Kernenergie, die Bedeutung der Energieversorgung für die Lebensqualität, auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Möglichkeiten der Energieeinsparung und Erschließung neuer Energiequellen, um den Bedarf an Kernenergie zu reduzieren.

Reihe B „Konfliktbereiche und Konfliktmodelle in der Kernenergiediskussion“: Diese Seminarreihe verstand das BMFT als Diskussion zu einem Zielkonflikt zwischen dem Allgemeininteresse der Sicherung des Energiebedarfs einerseits und den besonderen Interessen der Bevölkerung vom Ausbau von Kernkraft- und Kohlekraftwerken in den betroffenen Regionen andererseits. Dabei ging es dem BMFT nicht um die Harmonisierung, sondern um die Herausarbeitung der Konfliktlinien zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen beispielsweise mittels Planspielen.

Reihe C „Seminare für Schulpädagogen und Erwachsenen-Bildner“: Auf diesen zielgruppenorientierten Veranstaltungen sollte zunächst durch Fachreferenten ein Überblick über Themen gegeben werden, die auch im Rahmen der Seminarreihe A im Blick standen. Darüber hinaus wurden didaktische und methodische Fragen der Entwicklung von Unterrichtseinheiten behandelt.

Reihe D „Fachtagungen“: Die Fachtagungen sollten den Austausch zwischen Energieexpert\*innen der gesellschaftlichen Gruppen fördern. Als gesellschaftliche Gruppen wurden im Veranstaltungsflyer die für Kernenergiefragen zuständigen Ministerien, Gewerkschaften und Industrie, Wissenschaften und Bürgerinitiativen benannt. Neben dem wissenschaftlichen Austausch bildete die „möglichst repräsentative“ politische Diskussion die zweite Säule der Fachveranstaltungen. Die Referate der Fachveranstaltungen waren zur Veröffentlichung vorgesehen. Die Fachtagungen widmeten sich u.a. Fragen der Energiebedarfsforschung, des Zusammenhangs zwischen Energiebedarf und Arbeitsplätzen, nichtnuklearen Energiealternativen sowie der Legitimation und Partizipation in der Energiediskussion (Bundesministerium für Bildung und Forschung 1977 ‚Öffentliche Diskussion‘). Diese Beispiele spiegelten sich auch in den Veröffentlichungen der vom BMFT herausgegebenen Buchreihe.

Der Vollständigkeit halber seien an dieser Stelle auch Journalist\*innen-Veranstaltungen aufgeführt, die nicht im Veranstaltungskalender öffentlich beworben wurden. Für das Jahr 1977 waren vier Journalist\*innenreisen geplant zu den Themen „Urananreicherung“ (zur Urananreicherungsanlage in Almelo), zu „Wiederaufbereitung“ (nach Cap La Hague) sowie ohne Spezifizierung der Reiseziele zu „regenerativen Energiequellen und zur Kohleforschung“. Des Weiteren wurden drei „Kerntechnische Informationsveranstaltungen für in- und ausländische Journalisten“ in Bonn, Hannover und Stuttgart durchgeführt (Matthöfer 1977 ‚Informations- und Diskussionsaktion‘, BArch, B 136/10903).

Es kann davon ausgegangen werden, dass die mit den Informationsseminaren für Bürger\*innen verbundenen Ziele ab 1978 nicht mehr durch vom BMFT selbst konzipierte Seminare, sondern mit den Veranstaltungen in der Regie freier Träger (siehe Kapitel 5.3) umgesetzt wurden. So verwies das BMFT in der Vorlage zum Kernenergiegespräch mit den gesellschaftlichen Gruppen im Dezember 1977 zwar einerseits darauf, dass Argumentation und Sachlichkeit der Diskussion im Laufe von Bürgerseminaren anstiegen und die Glaubwürdigkeit der Energiepolitik der Bundesregierung zunehme. Andererseits betonte es, dass bei den Informationsseminaren für Bürger\*innen der Aufwand zu hoch sei. Das BMFT kündigte an, sich zukünftig nur noch auf die qualifizierten Veranstaltungsformen wie Expertengespräche und Fachtagungen sowie auf Seminare für professionelle Zielgruppen beschränken zu wollen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 1977 ‚Kurzbericht‘, BArch, B 136/10904).

## **5.4 Veranstaltungskampagne: bezuschusste Veranstaltungen unter der Regie freier Träger**

### **5.4.1 Einführung**

Neben eigenen Kongressen und Fachveranstaltungen bezuschusste das BMFT Veranstaltungen von Dritten. Ziel der folgenden Auswertung war es, diesen wichtigen Baustein des Bürgerdialog Kernenergie zu verstehen, mit dem für gesellschaftliche Gruppen durch Fördermaßnahmen die Möglichkeit geschaffen wurde, eigene Akzente in der Kernenergie Diskussion zu setzen. Dies erfolgte zwar im Rahmen der Vorgaben des BMFT, aber auch mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung des BMFT (z.B. bei der Referent\*innensuche).

Es konnten im Laufe der Recherchen in Archivalien und Presseartikeln Nachweise gefunden werden, die darauf hinweisen, dass zwischen 1976 und 1983 bezuschusste Veranstaltungen stattgefunden hatten. Eine genaue Anzahl an Veranstaltungen über den gesamten Zeitraum lässt sich auf Basis der Datenlage nicht beziffern (siehe Kapitel 6) (Stahl 1982 ‚Antwort vom 19. Mai‘, ‚BT-Drucksache 9/1667‘: 26f.; Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B145/16855). Es gibt Hinweise, dass weitere Veranstaltungen nach 1981 unter der Trägerschaft der gesellschaftlichen Gruppen durchgeführt wurden, wenn wohl auch in stark abnehmender Zahl. Hierzu zählen im Verständnis des BMFT auch Umweltverbände und Bürgerinitiativen. Mögliche Erklärungsansätze für die späten Veranstaltungen sind, dass für einige Veranstaltungen noch Förderzusagen vorgelegen hatten, diese späteren Veranstaltungen als Einzelförderungen oder unter Eigenregie des BMFT liefen oder diese ohne Fördermittel, aber unter dem Titel Bürgerdialog durchgeführt wurden.

Zur Vorgehensweise der Recherchen ist es wichtig, anzumerken dass nur diejenigen Veranstaltungen dem Bürgerdialog Kernenergie zugeordnet wurden, für die entweder die finanzielle Förderung des BMFT belegt werden konnte und/oder die Begriffe

„Bürgerdialog“ oder „Energiedialog“ im Titel oder in der Ankündigung im Einladungsschreiben oder in einem Pressetext trugen. Es handelt sich folglich bei den zugeordneten Veranstaltungen um eine Auswahl, für die die Bezuschussung nicht immer nachzuweisen, aber wahrscheinlich ist. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass weitere Veranstaltungen stattfanden, die aber aufgrund fehlender Informationen nicht in den Auswertungen berücksichtigt werden konnten.

Oft konnten Veranstaltungen anhand von zwei oder mehr Quellen, teilweise aus unterschiedlichen Archiven, belegt werden. Auf dieser Basis ließen sich Typ, Format und Themenfelder abschätzen. Fundstellen mit Veranstaltungskonzeptionen oder Transkripten waren jedoch selten, so dass tiefere Analysen zu Programm und Diskussionsverlauf nur in Ausnahmefällen möglich waren. Dies ist wohl einerseits darauf zurückzuführen, dass Unterlagen des mit der Abwicklung betrauten Projektträgers im Bundesarchiv nicht aufbewahrt wurden. Andererseits war die Förderung pro Veranstaltung so gering, dass die Erstellung von Publikationen nur in Ausnahmefällen erfolgte.

Eine mehrtägige Veranstaltung in der Evangelischen Akademie Loccum im März 1980, zu der umfassendes Material in Form von Briefen, Skripten der Referent\*innen und Protokollen vorliegt (LkAH, E46, Nr. 1395; LkAH, E46, Nr. 929; BArch, B 196/52926), wurde einer tieferen Analyse unterzogen. Sie wird detailliert dargestellt und hinsichtlich Formvorgaben und Zielsetzungen des Bürgerdialog Kernenergie bewertet (siehe Abschnitt 5.2.8.1). Weitere Kurzprofile von bezuschussten Veranstaltungen anderer Träger ergänzen diese Auswertung.

#### **5.4.2 Rahmen und Förderkonzept des BMFT**

Das BMFT ermöglichte einer Vielzahl von Trägern und Organisationen die Durchführung von Veranstaltungen. Die Zuschüsse wurden von politischen Stiftungen und Parteien, Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen, Volkshochschulen, Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbänden sowie Jugend- und Studierendenverbänden beantragt. Auch für sonstige Träger war das Antragsverfahren offen. Um einen inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmen für die Antragsteller\*innen zu bieten, stellte das BMFT ein verpflichtendes Merkblatt mit Förderbedingungen zur Verfügung. Dieses Merkblatt veröffentlichte das BMFT zwischen 1978 und 1980 jährlich fast unverändert, so dass von einem weitgehend gleichbleibenden Förderkonzept gesprochen werden kann. Jedoch wurden bereits 1976 und 1977 Zuschüsse an Träger vergeben, ab 1977 abgewickelt durch den Projektträger DFVLR (BMFT 1977 ‚Vorschlag zur fachlichen und finanziellen Unterstützung‘, BArch, B 136/10904; BMFT 1977 ‚Kurzbericht‘, BArch, B 136/10904; BMFT 1978 ‚Merkblatt‘, BArch, B 136/10904; BMFT 1980 ‚Merkblatt‘, BArch, B 136/10860; siehe Anhang, Abbildung 13 und Kapitel 4).

Im Merkblatt war geregelt (BMFT 1978 ‚Merkblatt‘, BArch, B 136/10904):

„Im Einzelnen muß der Träger der Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe folgendes gewährleisten:

- Das Konzept der Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe wird mit dem BMFT abgesprochen.
- In der Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe werden die unterschiedlichen Einstellungen zur Kernenergienutzung vorgetragen und zur Diskussion gestellt, so daß eine ausgewogene Gesamtinformation sichergestellt ist.
- Das BMFT oder von ihm benannte Fachleute sind zu den Veranstaltungen als Referenten oder Experten einzuladen.
- Einem vom BMFT benannten Experten ist auf der Veranstaltung Gelegenheit zu einer angemessenen Darlegung zum Thema der Veranstaltung zu geben.
- Auf Wunsch des BMFT werden zu der Veranstaltung vom BMFT benannte interessierte Bürger (Einsender von Kernenergie-Coupons aufgrund von Zeitungsanzeigen) in angemessener Zahl eingeladen.
- Die Tagungsunterlagen werden dem BMFT zur Verfügung gestellt.“ (BT-Drucksache 04/4381 vom 02.07.80: 8)

Während das übergeordnete Thema mit „Öffentliche Diskussion Kernenergie und ihre Alternativen“ festgelegt war, konnten die Träger Themenbereiche, Fragestellungen und Problemfelder aus einem breit gefächerten Kanon wählen (Tabelle 9, BT-Drucksache 04/4381 vom 02.07.80: 8). Aus internen Unterlagen des BMFT lässt sich herauslesen, dass sich die Träger und damit Fördermittelnehmer nicht genau an die Vorgaben und an das Merkblatt hielten. Der beim Projektträger DFVLR beschäftigte und dort für die Betreuung der Förderung zuständige Joachim Böhm bemängelt hier für die Veranstaltungen des Jahres 1980 unter anderem formelle Fehler bei der Antragsstellung einschließlich mangelhafter Veranstaltungskonzeptionen, die dann später zu thematischen Veränderungen oder zu zeitlichen Verschiebungen oder sogar geringeren Teilnehmertagen als geplant führten. Böhm bemängelt des Weiteren die geringe Anzahl von Veranstaltungen in „Entsorgungsgebieten“. Zur Themenauswahl konstatierte er, dass unter allen gesellschaftlichen Gruppen „die Darstellung von Basiswissen sowohl im Sektor der allgemeinen Energiefragen wie auch in der der Kernenergie“ am häufigsten beantragt wurde (Böhm 1981, BArch, B 136/10904). Das BMFT unterstützte bei Bedarf bei der Vermittlung von Referent\*innen. Eine Übersicht des BMFT für das Jahr 1977 gibt beispielsweise die Teilnahme von Referenten an Veranstaltungen Dritter mit 241 an, davon 53 direkt vom BMFT (BMFT 1977 ‚Kurzbericht‘, BArch, B 136/10904).

**Tabelle 9: Themenbereiche, Fragestellungen und Problemfelder für bezuschusste Veranstaltungen laut BMFT-Merkblatt für Antragsteller**

<b>Themenbereich</b>	<b>Fragestellungen und Problemfelder</b>
Wirtschaftliches Wachstum – Beschäftigung – Lebensqualität	Struktur, Konsequenzen und Meßgröße für wirtschaftliches Wachstum
	Grenzen des Wachstums
	Qualität des Wachstums und Lebensqualität: Meßgrößen für qualitatives Wachstum
	Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung
	Zielsetzung und Instrumente für das qualitative Wirtschaftswachstum
Wirtschaftliches Wachstum und Energieverbrauch	Wirtschaftliches Wachstum und politische Ethik
	Sektoren des Energieverbrauchs
Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung	Struktur des Energieverbrauchs
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• nach Energieart</li> <li>• nach Primärenergiequellen</li> <li>• nach Sekundärenergiesystemen</li> <li>• nach Verbrauchssektoren</li> </ul>
	Mögliche Einsparpotentiale beim Energieverbrauch
	Einsparpotentiale beim Stromverbrauch
Künftiges Potential einzelner Energiequellen	Voraussetzungen und Instrumente für Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• im Haushalt und Kleinverbrauch</li> <li>• in der Industrie</li> <li>• im Verkehr</li> </ul>
	Energieeinsparung und Arbeitsplatzsicherung
Künftiges Potential einzelner Energiequellen	Potential herkömmlicher, fossiler Energiequellen: Kohle, Gas, Öl, Uran
	Entwicklung und Nutzung neuer Energiequellen: Sonne, Wind, Geothermik, Wasser, Kernfusion

<b>Themenbereich</b>	<b>Fragestellungen und Problemfelder</b>
Sicherheits- und Umweltprobleme bei Energiegewinnung und Energieverbrauch	Umweltbelastung und Risikoakzeptanz als moralisches Problem
	Sicherheits- und Umweltrisiken bei verschiedenen Energiequellen
	Risiken der Kernenergie
	Risikoabwägung und politisches Handeln
	Rolle der Wissenschaft in der Risikoanalyse und politischen Entscheidungshilfe
	Gesellschaftliche Kontrolle verantwortbarer Risiken: Ziele und Organisation entsprechender Kontrollinstanzen
Planung und Bürgerbeteiligung	Gestaltung von Planungsverfahren im Zusammenspiel von Verwaltungshandeln – Rolle der Parlamente – Bürgerinteressen
	Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligung in der parlamentarischen Demokratie
	Bedingungen und Instrumente für eine energiepolitische Gesamtplanung

Quelle: BMFT 1977 ,Informationsbrief 3/77': 2f. Eigene Darstellung.

Im Protokoll des Kernenergiegesprächskreises am 24.01.1979 äußerten verschiedene gesellschaftliche Gruppen den Wunsch, das Themenspektrum für Beantragungen von Veranstaltungen der freien Träger zu erweitern. So finden sich hier beispielsweise die Anmerkungen von Georg Werner Haverbeck (WSL), „daß sich gezeigt habe, daß die Themen zur Kernenergie wesentlich weniger Interesse gefunden haben als die Themenbereiche ‚Alternativen zur Kernenergie‘ und ‚neue Technologien‘. Der bisherige Themenkatalog sollte daher ausgeweitet werden.“ Jo Leinen (BBU) führte ebenfalls aus, dass auch beim BBU „das Interesse an dem Thema Kernenergie zurückgegangen sei und die Diskussion schnell auf Themen komme, die sich mit Wirkungen der Kernenergie und neuen Technologien und ihren Folgen auseinandersetzt.“ Klaus Lang als zuständiger Mitarbeiter des BMFT erwiderte darauf, „daß der Themenkatalog '77 noch gültig sei und wies darauf hin, daß immer noch die zentrale Frage im Seminar-Gesamtkonzept ‚Nutzen und Risiken der Kernenergie‘ sei.“ (Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ,Protokoll', BArch, B 136/10904).

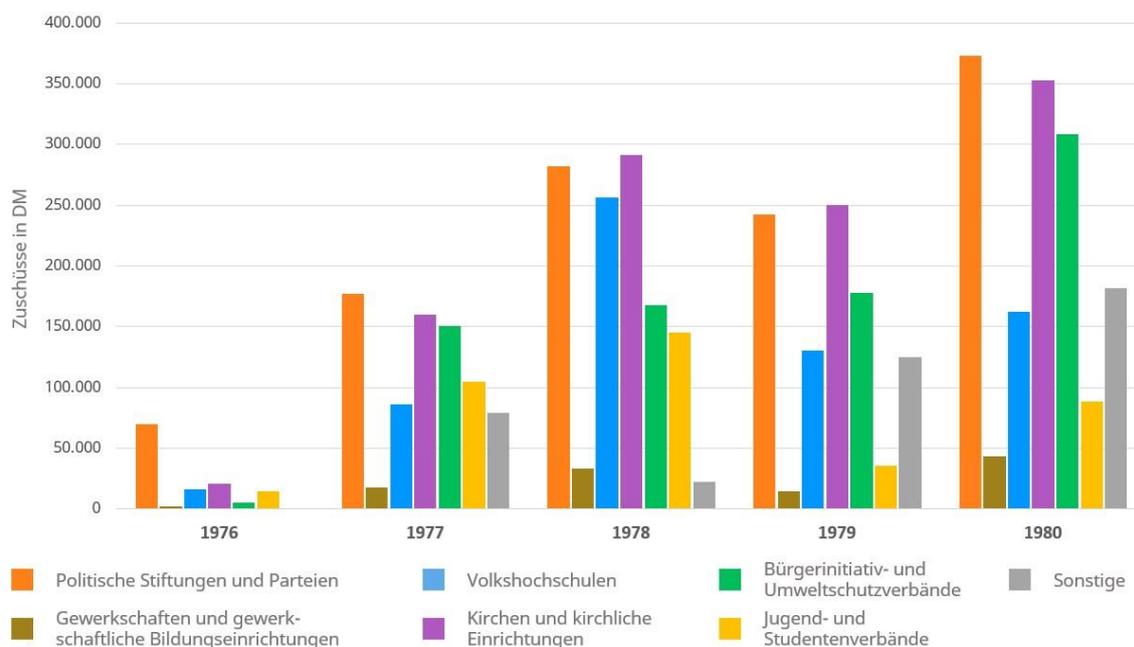
Der Versendung des Protokolls war dann aber das Merkblatt 1979 „nebst erweiterem [sic] Themenkatalog“ beigefügt, in dem der Fokus Kernenergie fast in den Hintergrund gerückt scheint (Lang 1979 ,Begleitschreiben', BArch, B 136/10904). Als Anlage zum

Merkblatt 1979 von Januar 1979 fand sich denn eine mit Tabelle 12 identische Auflistung, mit einer Ergänzung: Der Themenbereich „Einführung neuer Technologien – Voraussetzungen und Folgewirkungen“ war neu hinzugekommen (Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979, Themenbereiche', BArch, B136/10904).

### 5.4.3 Höhe und Verteilung von Zuschüssen für Veranstaltungen freier Träger

Das BMFT veröffentlichte für den Zeitraum 1976 bis 1980 folgende Übersicht über Zuschüsse an Träger von Veranstaltungen nach gesellschaftlichen Gruppen (Die Bundesregierung 1980, BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980'; Abbildung 12).

**Abbildung 13: Zuschüsse an Träger von Veranstaltungen nach gesellschaftlichen Gruppen 1976-1980**

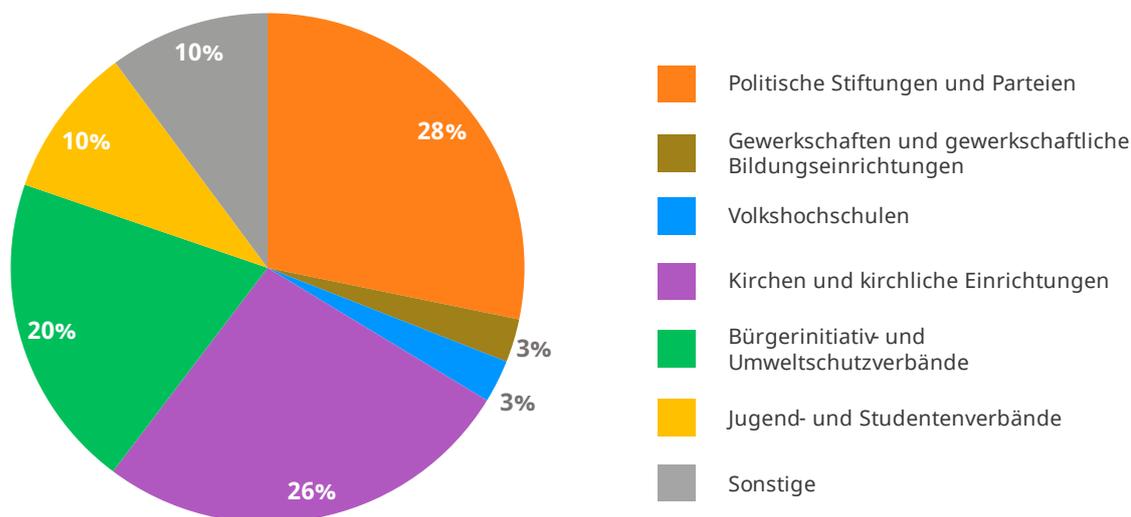


Quelle: BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980. Eigene Darstellung.

Das BMFT selbst weist die Anzahl von gut 1.100 bezuschussten Veranstaltungen nach, ohne Einzelheiten zu den Veranstaltungen wie Teilnehmendenzahl oder Dauer zu nennen. Setzt man diese in Relation zu den Ausgaben des BMFT für diese Position, errechnet sich ein durchschnittlicher Zuschuss in Höhe von etwa DM 3.700 pro Veranstaltung. Bei einer ebenfalls vom BMFT benannten Teilnehmendenzahl von durchschnittlich 30 Personen pro Veranstaltung entspricht dies etwa DM 125 pro Person (Die Bundesregierung 1980, BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980': 2). Diese Berechnungen sind Schätzwerte. Auch muss berücksichtigt werden, dass das BMFT von einer angemessenen Eigenbeteiligung der Träger ausging, von der aber im Einzelfall abgesehen werden konnte.

Aufgeschlüsselt nach gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden verteilt sich die Förderung wie Abbildung 14 zeigt:

**Abbildung 14: Zuschüsse an Träger von Veranstaltungen nach gesellschaftlichen Gruppen**



Quelle: BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980. Eigene Darstellung.

#### 5.4.4 Veranstaltungskonzepte und Formate

Auf Basis einer Datenbank der im Projekt recherchierten Veranstaltungen konnten die Einträge zu den bezuschussten Veranstaltungen der freien Träger hinsichtlich der Verteilung der Formate und Konzepte ausgewertet und abgeschätzt werden. Daraus ergaben sich Hinweise, welche Intention bei den Trägern verfolgt wurde, auch wenn es Überschneidungen geben kann:

- Am weitaus häufigsten war das Format „Diskussionsveranstaltung“.
- Das Format „Seminar“ wurde ebenfalls häufig umgesetzt.
- Die Formate „Tagung“ und „Informationsveranstaltung“ kamen im Vergleich selten vor.

Die Formate drücken den offenen Charakter des Ablaufs bei den Veranstaltungen aus. Vorrangig sollte es um Dialog gehen. Bei der Analyse der Formate vor allem bei „Diskussionsveranstaltung“ und „Seminar“ spiegelte sich die Absicht des BMFT wider, Räume zu schaffen, in denen sich die unterschiedlichen Zielgruppen wiederfinden und informieren konnten. Hier stand sehr deutlich der Austausch unter den Teilnehmenden bzw. mit den Referent\*innen im Vordergrund. Das Format „Seminar“ legt den Charakter einer Fortbildung nahe.

### 5.4.5 Teilnehmendenzahl und Zielgruppen

Bei gut 1.000 Veranstaltungen von 1976 bis 1980 und einer durchschnittlichen Teilnehmendenzahl von 30 Personen betrug die Gesamtzahl der Teilnehmenden allein an den bezuschussten Veranstaltungen der Träger etwa 30.000 Personen (Die Bundesregierung 1980 ,BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980': Anlage 1).

Bei der Auswertung des Profils der Besucher\*innen der bezuschussten Veranstaltungen bestehen Einschränkungen durch eine mangelhafte Datengrundlage aufgrund fehlender Angaben und unvollständiger Dokumentationen. Dennoch lassen sich Abschätzungen zu den vorherrschenden Charakteristika der Teilnehmenden vornehmen. In den Merkblättern des BMFT (Bundesregierung 1980 ,BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980': Anlage 2) zur Förderung der Veranstaltungen sind die Zielgruppen nicht näher spezifiziert, aber auch nicht eingegrenzt. Der Bürgerdialog Kernenergie richtete sich demnach an ein breites Publikum. Vom Konzept her sollte niemand ausgeschlossen werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Profile der Träger und die Konzeptionen der Veranstaltungen maßgeblich waren. Allerdings spezifiziert das Merkblatt für Veranstaltungen: „Auf Wunsch des BMFT werden zu der Veranstaltung vom BMFT benannte ‚interessierte Bürger‘ (Einsender von Kernenergie-Coupons aufgrund von Zeitungsanzeigen) in angemessener Zahl eingeladen.“ (Bundesregierung 1980 ,BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980': Anlage 2)

Die Träger\*innen der bezuschussten Veranstaltungen richteten sich mit ihren Veranstaltungsangeboten teils an klar definierte Zielgruppen. Es finden sich Beispiele für die gezielte Ansprache von Gewerkschaftler\*innen und jungen Menschen.

### 5.4.6 Träger von Veranstaltungen

Das BMFT gab die Träger und damit die Fördermittelnehmer wie folgt an:

„Für Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen, die dieser Zielsetzung entsprechen, können auf Antrag Trägern der Jugend- und Erwachsenenbildung auf Bundesebene und vergleichbaren Institutionen Zuwendungen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt werden. In Ausnahmefällen können die Zuschüsse auch regionalen oder lokalen Trägern gewährt werden, sofern diese keiner Bundesorganisation angehören, die Anträge im Rahmen der Informations- und Diskussionsaktion stellt.“ (Bundesregierung 1980 ,BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980': Anlage 2)

Für das Jahr 1978 liegt als Beispiel eine Übersicht über die Fördermittelvergabe nach Trägern vor (Tabelle 10). Erkennbar ist das breite Spektrum, in dem sehr verschiedene Träger mit Fördergeldern ausgestattet wurden.

**Tabelle 10: Zuschüsse 1978 an Träger für Veranstaltungen im Bürgerdialog Kernenergie (Auswahl von Trägern mit mehr als 10.000 DM).**

Zuwendungsempfänger	DM
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn	162.652
Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, Bonn	153.379
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft f. Erwachsenenbildung, Bonn	116.999
Bundesverband Bürgerinitiativen, Karlsruhe	100.000
Gustav-Stresemann-Institut, Bonn	66.980
Landeszentrale für Politische Bildung, Stuttgart	65.601
Jungsozialisten, Bonn	60.000
Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn	51.400
Neue Gesellschaft, Hamburg	46.777
Pädagogische Arbeitsstelle Baden-Württemberg, Stuttgart	38.110
Bund für Lebensschutz, Schlangenbad	35.000
Hanns-Seidel-Stiftung, München	34.265
Studentenverband z. Förderung f. Bildungsarbeit, Harzburg	25.000
Collegium Humanum, Vlotho	15.931
Junge Union, Saarbrücken	15.834
Evangelische Studentengemeinde, Stuttgart	15.629
Deutsche Angestelltengewerkschaft, Hamburg	12.430
Deutsche Bürgerinitiativen für Energieversorgung, Bochum	11.827
Junge Europäische Föderalisten, Bonn	10.800

Quelle: o. V. (1980): Übersicht über die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der öffentlichen Diskussion Kernenergie 1978. In: BArch, B 145/16855. Eigene Darstellung. Dies war also recht breit gefasst, aber etwas genauer analysiert ergibt sich ein vielseitiges Bild, unterlegt von den Statistiken des BMFT (Deutscher Bundestag 1980 ‚BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980‘: Anlage 1).

Zusammengefasst ergeben sich die folgenden fünf Kategorien, mit Beispielen:

- Politische Stiftungen: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung

- Kirchen und kirchliche Einrichtungen: Allianz der ev. Akademie Tutzingen, Evangelische Akademie Loccum, Evangelische Akademie Baden, Arbeitskreis katholisch-sozialer Bildungsstätten, Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
- Volkshochschulen, über Dachorganisation beantragt
- Gewerkschaften: Deutsche Angestelltengewerkschaft, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, DGB-Landesbezirk Niedersachsen
- Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbände: Arbeitskreis Ökologische Politik, Umweltzentrum Karlsruhe, Gruppe Ökologie Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover, Bund Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg e.V., BBU

Im Jahr 1980 wurde laut Projektträger DFVLR beispielsweise den Kirchen und politischen Stiftungen mit je 23 % der größte Anteil der Fördersumme zugesprochen, was aus den „zahlreichen und überregionalen Aktivitäten beider Gruppierungen“ resultierte (Böhm 1981, ‚Vorläufige Statistik und Analyse‘, BArch, B 136/10904).

Auch wenn einzelne Akteure, beispielsweise die Friedrich-Ebert-Stiftung, eine maßgebliche Stellung als Trägerin von Veranstaltungen einnahmen, so ergab sich doch ein heterogenes Spektrum. Auf den ersten Blick kleine und eher lokal verankerte Träger wie das Umweltzentrum Karlsruhe (Baden-Württemberg) führten ebenfalls regelmäßig Veranstaltungen mit dem Titel Bürgerdialog Kernenergie durch und erhielten dafür finanzielle Förderung.

Konnten interessierte Personen aus dem gesamten Bundesgebiet an Veranstaltungen mit einem vertretbaren Aufwand, also einem kurzen Anreiseweg, das Angebot der bezuschussten Veranstaltungen nutzen? Das Urteil fällt hier gemischt aus.

Aus den Quellen ließen sich ca. 300 Veranstaltungen identifizieren, bei denen der Ort der Veranstaltung angegeben war. So lassen sich geografische Schwerpunkte der Veranstaltungen abschätzen, die sich quer über das damalige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verteilten und häufig Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte abdeckten: Bonn und Umgebung, Hamburg und Gorleben, Hannover und Loccum, Saarbrücken, etwas untergeordnet Würzburg und Karlsruhe. Es gab jedoch auch „blinde Flecken“, in denen seltener Aktivitäten stattfanden. Die Bundesländer Hessen und Berlin waren ebenso wie Bayern im Vergleich eher unterrepräsentiert.

#### **5.4.7 Vorstellung von zwei Trägern bezuschusster Veranstaltungen und ihrer Bürgerdialog-Kernenergie-Angebote**

Im Folgenden werden beispielhaft zwei Träger und die von ihnen durchgeführten bezuschussten Veranstaltungen näher betrachtet, die sich in der Organisationsgröße unterscheiden: zum einen der dominierende Träger mit zahlreichen Tagungsstätten

(Friedrich-Ebert-Stiftung), zum anderen ein eher kleinerer, aber sehr aktiver Verein (Umweltzentrum in Karlsruhe).

### **Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn Bad-Godesberg**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) griff als SPD-nahe politische Stiftung naturgemäß Themen der Regierungsarbeit unter Bundeskanzler Schmidt und gesellschaftlich kontroverse Fragen auf. Dabei bediente sie sich der eigenen dezentral gelegenen Tagungshäuser (zum Beispiel in Bergneustadt, Bad Münstereifel und Saarbrücken), die damals noch Heimvolkshochschulen hießen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung war der Träger, der die meisten geförderten Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie durchführte. Dies belegen die Jahresberichte der politischen Stiftung, die über das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn verfügbar sind. So war im Jahresbericht 1976 der Stiftung zu lesen:

„Erstmals wurden in diesem Jahr Wochenseminare zur Problematik der Kernenergienutzung veranstaltet. Technologische und naturwissenschaftliche Grundkenntnisse sind hier wichtig für den Dialog mit den Bürgern. Um diese Grundkenntnisse auch dem interessierten Laien zugänglich zu machen, war jeweils die Besichtigung eines Kernkraftwerks und seines Informationsbüros geplant. Dieser Ausflug in die Praxis erwies sich als die beste Einführung in die Theorie. Unser Anliegen war es, die oft sehr emotional geführte Diskussion über den Bau von Kernkraftwerken zu versachlichen und den Teilnehmern an diesen Seminaren zu verdeutlichen, daß die Entscheidung für oder gegen Kernkraftwerke in erster Linie keine technisch legitimierbare ist, sondern daß es sich um eine politische Entscheidung handelt, an der alle Bürger ihren Anteil haben sollten.“  
(Friedrich-Ebert-Stiftung 1976: 8)

Im Jahr 1977 wies der Jahresbericht bereits 20 Seminare mit insgesamt 495 Teilnehmenden aus, die im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie durchgeführt wurden (Friedrich-Ebert-Stiftung 1977: 31). Die Entscheidung für das Format „Seminar“ wurde im Jahresbericht 1980 folgendermaßen erklärt: „Wesentlich an der Seminarkonzeption war, daß hier versucht wurde, die Auseinandersetzung, um neue Technologien nicht im Kreis von technischen Experten zu belassen, sondern sie als einen gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozeß im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie zu begreifen.“  
(Friedrich-Ebert-Stiftung 1980: 9)

Gemessen an der Zahl der Seminare und der Teilnehmenden nahm das Engagement im Jahr 1978 noch einmal zu. 31 Seminare mit dem Titel „Energie und qualitatives Wachstum – wie wollen wir zukünftig leben?“ wurden von insgesamt 923 Personen besucht (Friedrich-Ebert-Stiftung 1978: 19). Die Intention wurde in der Zusammenfassung der Seminare deutlich: „Seit einigen Jahren beteiligt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung an diesem Diskussionsprozeß, um den Seminarteilnehmern ein differenziertes Urteil zu ermöglichen, mehr Verständnis für entgegengesetzte Positionen zu wecken und die öffentliche Diskussion zu versachlichen. Dabei soll der Dialog über entscheidende Fragen

unserer gesellschaftlichen Entwicklung offen gehalten werden.“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 1978: 6)

In den beiden darauffolgenden Jahren 1979 und 1980 fanden je 47 Seminare statt, die jeweils insgesamt von rund 1.150 Personen besucht wurden (Friedrich-Ebert-Stiftung 1979: 21; Friedrich-Ebert-Stiftung 1980: 27). Der Titel der Seminare lautete „Energie und qualitatives Wachstum“.

In den Jahren 1981 bis 1983 und dem allmählichen Auslaufen des Bürgerdialogs nahm das Engagement des FES in diesem Feld ab, was auch den Haushaltskürzungen und einem geringeren Budget geschuldet war. Auch waren Seminare nun in den Statistiken zu „Energiepolitik“ zusammengefasst. Dass ab 1981 aufgrund der Haushaltskürzungen im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie keine neuen Förderzusagen mehr erteilt wurden, sondern nur noch bereits vereinbarte Zahlungen getätigt wurden, hatte Auswirkungen auf die Planungs- und Finanzierungssicherheit von Veranstaltungen der FES und führte auch beim größten Träger zu einer Abnahme des Engagements. Kernenergie nahm keine so zentrale Stellung bei Seminarthemen mehr ein (Friedrich-Ebert-Stiftung 1981: 7; Friedrich-Ebert-Stiftung 1982: 7; Friedrich-Ebert-Stiftung 1983: 7).

### **Umweltzentrum Karlsruhe**

Zwischen August 1977 und November 1979 konnten sechs Veranstaltungen nachgewiesen werden, die vom Umweltzentrum Karlsruhe durchgeführt wurden. Es lässt sich zwar – mangels erhaltener Aktenüberlieferung – nicht völlig zweifelsfrei nachweisen, dass diese Veranstaltungen vom Bürgerdialog finanziert wurden. Dass die Veranstaltungen Teil des Bürgerdialog Kernenergie waren und sich auch als solche präsentierten, lässt sich aber aus der Zeitungsberichterstattung über eine der Veranstaltungen entnehmen. Der Bericht erläuterte den Bürgerdialog Kernenergie als Maßnahme des Ministeriums inklusive der Ziele und der Finanzierung der Referenten ausführlich (Badische Neueste Nachrichten vom 06.12.1977).

Das Umweltzentrum mit Sitz in Karlsruhe vereinte zu Zeiten des Bürgerdialog Kernenergie eine kleinere Zahl von Initiativen aus der Stadt und Umgebung, die sich mit ökologischen und gesellschaftlichen Themen und dem Naturschutz beschäftigten und wird vom Trägerverein Zentrales Oberrheingebiet (BUZO) getragen. In vier Fällen trugen die Veranstaltungen den Titel „Kernenergie-Seminar“, die beiden anderen wurden als „Der schnelle Brüter – eine Lösung unseres Energieproblems“ sowie „Kernenergie-Seminar mit Befürwortern und Gegnern der Kernenergie-Nutzung“ bezeichnet (Umweltzentrum 1979 ‚Kernenergie-Seminar‘, Generallandesarchiv Karlsruhe, Akte 498). Diese Veranstaltungen fügten sich in Serien ein, die das Umweltzentrum als Jahresprogramm zu verschiedenen Umweltthemen organisierte (Mannheimer Nachrichten vom 26.08.1976, Generallandesarchiv Karlsruhe, Akte S Umweltschutz 772; Umweltzentrum 1977 ‚Agenda Bürgeraktion Umweltschutz‘ Generallandesarchiv Karlsruhe, Akte S Umweltschutz 772, Teil 1.).

Beispielsweise fand am 3. Dezember 1977 eine Veranstaltung mit dem Titel „Kernenergie-Seminar mit Befürwortern und Gegnern“ entsprechend der im Merkblatt festgeschriebenen Förderbedingungen des „Bürgerdialogs des

Bundesforschungsministeriums“ statt (Umweltzentrum 1977 ‚Agenda Kernenergie-Seminar‘, Generallandesarchiv Karlsruhe, Akte S Umweltschutz 772, Teil 1). Das Konzept gliederte sich ähnlich wie andere Veranstaltungen in die Blöcke „Kernenergie – notwendig und sicher?“ und „Wiederaufarbeitung und Entsorgung“. Hier wurde das Konzept Rede-Gegenrede jeweils am Vormittag und am Nachmittag realisiert. Auch die Diskussionszeiten waren mit etwa zwei Stunden nach jedem inhaltlichen Block reichlich bemessen. Drei Tage später am 6. Dezember berichtete die lokale Tageszeitung, die Badischen Neuesten Nachrichten, auf einer halben Seite über das Seminar recht ausführlich mit der Überschrift „Ernst mit dem Bürgerdialog Kernenergie“ (Badische Neueste Nachrichten vom 06.12.1977). Der Artikel referierte die Argumente der Referenten – Befürwortern und ein Gegnern - im Hinblick auf den Ausbau der Kernkraft und der für Wiederaufarbeitung dar und machte sie für die Zeitungsleser\*innen transparent, so dass sich diese ein eigenes Bild machen konnten. Der Befürworter Dr. Kröbel vom Kernforschungszentrum Karlsruhe führte beispielsweise aus, dass es im Hinblick auf die Wiederaufarbeitung kerntechnischer Brennstoffe auch international gute Erfahrungen gäbe und dass das eine sichere Endlagerung ermöglichende Verglasungsverfahren ja vor Ort in Karlsruhe entwickelt worden sei. Dem entgegnete der kritische Referent Richard Ratke von der Universität Heidelberg: Die kerntechnischen Anlagen, die Kernelemente aufbereiteten, seien schon wieder stillgelegt oder es habe es Störfälle gegeben. Auch nähme die Anlage in La Hague in Frankreich keine abgebrannten Stoffe aus Deutschland mehr an (Badische Neueste Nachrichten vom 06.12.1977).

Zu den Teilnehmenden liegen keine weiteren Informationen vor, ebenso wenig wie Protokolle oder Mitschriften der Diskussionen. Die Veranstalter setzten den vom BMFT gesetzten Rahmen für Veranstaltungen in dem Sinne um, dass ein Raum für Austausch, Meinungsbildung und gemeinsames Lernen geschaffen wurde.

#### **5.4.8 Im Detail: Analyse der Veranstaltung der Evangelischen Akademie Loccum „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie“ im März 1980**

Im Rahmen der Literatur- und Veranstaltungsrecherche dieser Studie konnten nur wenige Veröffentlichungen und Dokumentationen von bezuschussten Bürgerdialog Kernenergie-Veranstaltungen nachgewiesen werden. Neben der im Folgenden ausführlichen Darstellung einer Veranstaltung in der Evangelischen Akademie in Loccum, zu der zwar der Prozess dokumentiert ist, aber keine Abschlussveröffentlichung vorliegt, sind dies drei weitere Veranstaltungen, die in Kapitel 5.4.2 vorgestellt werden. Die vorgestellten Veranstaltungen sind nur bedingt als beispielhaft zu betrachten, da durch die Bandbreite der Trägerschaft und das breite thematische Feld eine große Vielfalt entstand. Die dargestellten Veranstaltungen sind also als Einblick in den Prozess zu verstehen, der einen Ausschnitt wiedergibt, aber keine Repräsentativität gewährleisten kann.

Ziel der vorliegenden Analyse war es zu untersuchen, inwieweit die verschiedenen Ziele des Bürgerdialog Kernenergie bei einer finanziell geförderten Veranstaltung wie hier der Tagung in Loccum 1980, durch die Umsetzung der BMFT-Vorgaben im engeren Sinne des Merkblatts, implizit verfolgt bzw. erreicht wurden. Im Versuch einer Verallgemeinerung soll außerdem betrachtet werden, inwiefern der Anspruch an Bürgerbeteiligung des BMFT, der sich in den kommunizierten Zielen und in den Merkblättern zur Förderung von Veranstaltungen manifestierte, durch eine solche geförderte Veranstaltung umgesetzt werden konnte bzw. inwiefern die Veranstalter\*innen sich vom BMFT und dessen Vorgaben absetzten.

### **Kontext und Auswahl der Veranstaltung**

Die evangelische Kirche war in den 1970/1980er Jahren auch in der Kernkraft-Debatte eine wichtige gesellschaftliche Gruppe, wobei die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover die mitgliederstärkste Landeskirche darstellte. Als Seminarhaus griff die Evangelische Akademie Loccum seit ihrer Gründung kurz nach dem Zweiten Weltkrieg mit eigenen Veranstaltungen verschiedene gesellschaftliche Themen auf. Sie stand damit in der Tradition anderer Häuser, zum Beispiel den Evangelischen Akademien in Bad Boll und Tutzing. Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie gehörten neben Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit zu den wichtigsten Veranstaltungsthemen. Sie waren mit durchschnittlich 100 Teilnehmenden in der Regel sehr gut besucht.

Die Planung und Durchführung der Tagung in der Evangelischen Akademie in Loccum im März 1980 ist außergewöhnlich gut dokumentiert. Zu keiner anderen Veranstaltung ließ sich vergleichbar umfassendes Quellenmaterial ermitteln. Sowohl im Landeskirchlichen Archiv Hannover als auch im Zeitzeugen-Interview mit dem damaligen Tagungsleiter Meinfried Strigenitz, ebenso wie vereinzelt in der zeitgenössischen Literatur und in Presseberichten fanden sich Belege und Einblicke in die Veranstaltung.

Zeitlich lag die Veranstaltung 1980 bereits nach dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Atomkraft und auch der ersten bundesweiten Bürgerdialogaktivitäten 1976/1977 sowie nach dem Atomunfall von Harrisburg und dem Aus für die Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben 1979. Inzwischen hatten sich viele Menschen eine Meinung zur Kernenergie gebildet; der Schwerpunkt der öffentlichen Debatte und Proteste hatte sich mit dem NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 auf die Frage der Atomwaffen verlagert. In Niedersachsen allerdings blieb die Frage der Entsorgung mit dem Plan für das Endlager in Gorleben weiter virulent. Auch der bundesweite Bürgerdialog verlagerte sich zunehmend auf Veranstaltungen in der Region Lüchow-Dannenberg bzw. Niedersachsen.

### **Hintergrund und Ziele der Tagung**

Die Evangelische Akademie Loccum richtete vom 7. bis 9. März 1980 die Tagung „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie“ aus (siehe Anhang, Abbildung 21 ‚Tagungsprogramm‘). Sie war Teil eines neuen Programmschwerpunkts an der Schnittstelle von Naturwissenschaft, Technik und Gesellschaft (Striegenitz 1980 ‚Blanko-Einladungsschreiben vom 11. Februar 1980‘, LkAH,

E 46, Nr. 1395). Die Akademie kennzeichnete ihre Aufgabe als Beitrag zur verantwortlichen Planung zukünftiger Entwicklungen (§ 2, 1b der Verordnung mit Gesetzeskraft über die Evangelische Akademie Loccum; Evangelische Akademie Loccum 1978). So war es vor dem Hintergrund der vehementen, öffentlich geführten Kontroverse um die Kernenergie das explizite Ziel der Tagung, nicht in diese Auseinandersetzung selbst einzugreifen und zu ihr beizutragen, sondern es ging – praktisch auf einer Metaebene – darum ein besseres gegenseitiges Verständnis der Standpunkte der Befürworter\*innen sowie der Skeptiker\*innen und Gegner\*innen der Kernenergie zu ermöglichen (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Tagungsvorhaben der Evangelischen Akademie Loccum‘, BArch, B 196/52926). In der Einladung war das Ziel der Tagung auf den Punkt gebracht:

„Unter Berufung auf Wissenschaftlichkeit treffen in der öffentlichen Diskussion Expertise und Gegen-Expertise aufeinander. Anhand der zentralen Problemfelder dieser Kontroverse will die Tagung das wechselseitige Verhältnis von ‚öffentlicher‘ und ‚wissenschaftlicher‘ Diskussion untersuchen.“ (May, Striegnitz 1980 ‚Informationen zur Tagung‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Konkret veranschaulichte der Tagungsleiter Striegnitz das Ziel der Tagung an dem Beispiel, dass es in der Diskussion der Konfliktparteien nicht darum gehen solle, ob geringe Strahlendosen gefährlich seien oder nicht, sondern darum, „wie dieses Thema diskutiert wurde, ob und welche Konsequenzen sich aus dieser Diskussion ergeben haben.“ (Striegnitz 1979 ‚Brief an Dr. Helga Nowotny vom 28.11.1979‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

An anderer Stelle betonte er, wie wichtig er es finde, dass es „auf übereilte und einseitige wissenschaftliche, ökonomische und politische Entwicklungen und Entscheidungsprozesse“ öffentliche Kritik und Diskussion gebe. Diese Kontroll- und Korrektivfunktion wolle er positiv unterstreichen (Striegnitz 1979 ‚Brief an Professor Bleck-Neuhaus vom 29.11.1979‘, LkAH, E46, Nr. 1395).

Im Zeitzeugen-Interview erklärte er rückblickend, dass

„...in der öffentlichen Diskussion [...] in der Regel darauf verkürzt [wird], was der Konflikt zwischen den Parteien ist. Dann werden nur die Konfliktpunkte beleuchtet. Was völlig im Dunkeln bleibt, sind die Konsensinseln, wo die Wissenschaftler Konsens haben und gar nicht kontrovers sind. Das geht in der Öffentlichkeit verloren. Wie groß ist denn eigentlich der Konsens? Und wo? Worin besteht er überhaupt überall? Und wo sind eigentlich die Konfliktlinien oder Konfliktpunkte? [...] Und dann auf dieser Grundlage [...] konsensual den Dissens gemeinsam beschreiben zu lassen. Und dann, wenn man Glück hat, noch einen Schritt weiterzugehen, zu sehen, wie jetzt eigentlich mit wissenschaftlichen Methoden in diesem Dissensbereich weiter aufgeklärt werden könnte.“ (Zeitzeugen-Interview Striegnitz)

Mit diesem Anspruch sollte einerseits zu einem gesteigerten Verständnis der Argumente sowie Sichtweisen und Rollen der Gegenseite beigetragen werden, um so die

Mechanismen des Konflikts aufzudecken (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Tagungsvorhaben der Evangelischen Akademie Loccum‘, BArch, B 196/52926). Andererseits sollten Erfahrungen für andere, ähnlich gelagerte gesellschaftliche Konfliktfelder – insbesondere im Bereich neuer Technologien – gesammelt werden, um u.a. den Akzeptanzproblemen bei großtechnischen Nutzungen wie der Kernenergie zu begegnen.

Um mit Akzeptanzproblemen in Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien wie der Kernenergienutzung umzugehen, hätten „die verschiedenen Seiten der Wissenschaftspolitik die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Bürgerbeteiligung betont“ (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Tagungsvorhaben der Evangelischen Akademie Loccum‘, BArch, B 196/52926). Daraus folgte die konkrete konzeptionelle Leitfrage der Evangelischen Akademie Loccum für die Tagung:

„Welche Rolle soll, welche Rolle kann die öffentliche Diskussion einnehmen, wenn es um forschungs- und technologiepolitische Entscheidungen geht, bei denen naturwissenschaftlich-technische Sachverhalte eine wesentliche Rolle spielen?“ (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Tagungsvorhaben der Evangelischen Akademie Loccum‘, BArch, B 196/52926)

### **Ablauf der Tagung „Wissenschaft und Öffentlichkeit“ in Loccum 1980**

Die Tagung begann mit drei einführenden Vorträgen: Prof. Dr. Radkau sprach zu Kernenergie-Kontroverse und historischem Zusammenhang von kerntechnischer Entwicklung und Anti-AKW-Bewegung, Peter Niederelz aus dem BMFT zog eine Zwischenbilanz des Bürgerdialog Kernenergie und Gotthard Bechmann und Günter Frederichs vom Kernforschungszentrum Karlsruhe referierten über Probleme und Perspektiven der Akzeptanzforschung (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Detailliertes Tagungsprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit“‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Der Bürgerdialog Kernenergie stellte im Kontext der Auseinandersetzung der Tagung mit dem Problem der Akzeptanz einen relevanten Tagesordnungspunkt dar, in dem über Funktion, Zielsetzung und bisherige Erfahrungen berichtet werden sollte (Striegnitz 1980 ‚Brief an Peter Niederelz vom 11. Februar 1980‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Unter dem Titel „Die öffentliche Diskussion über die Kernenergie und ihre Alternativen – Bürgerbeteiligung in der parlamentarischen Demokratie“ (Niederelz 1980, LkAH, E46, Nr. 1395) spannte der BMFT-Mitarbeiter einen weiten Bogen von der Welt- und Energiepolitik hin zu der Forderung aus der Gesellschaft nach mehr Bürgerbeteiligung, auch im Bereich von Forschung und Technologie. Er verwies auf die Verantwortung staatlicher Stellen, Informations- und Diskussionsangebote zu schaffen, um kontroverse Diskussionen zu ermöglichen. Den Bürgerdialog Kernenergie stellte er als Antwort der Bundesregierung dar, den Bedenken und Ängsten der Bevölkerung in Hinblick auf die Großtechnologie Kernenergienutzung zu begegnen, die er in den Kontext von Wirtschaftswachstum und Gesellschaftsfragen wie Generationenkonflikte einbettete. Er betonte die Notwendigkeit eines breiten Diskussionsprozesses – in Form des Bürgerdialogs – der der Komplexität und Vielfalt der Thematik zu entsprechen habe und weiter: „Der Bürgerdialog ist also nicht ein Instrument der Durchsetzung, sondern eine institutionalisierte Chance für Verständigung und Diskussion über alle kontroversen

Standpunkte hinweg. Er kann den Politikern ihre Entscheidungen nicht abnehmen, seine Ergebnisse müssen aber in die politische Meinungs- und Willensbildung einfließen.“ Niedererz stufte den Bürgerdialog Kernenergie als neue Form der Bürgerbeteiligung, als den Versuch einer Reform, der beispielhaft sein könne für „stärkere[...], frühzeitigere[...] und direktere[...] Bürgerbeteiligung in anderen Bereichen“. Seiner Erfahrung nach sei das Vertrauen in Experten und Politiker zunehmend zurück gegangen. Für die 80er Jahre kündigte er einen Schwerpunkt des Bürgerdialog Kernenergie auf Information und Diskussion über Möglichkeiten der nuklearen Entsorgung, unter Nennung des Stichworts *Gorleben*, an. Insgesamt zeigte er sich sehr zufrieden mit der Beteiligung am Bürgerdialog Kernenergie und zog ein positives Fazit. Sein Vortrag schloss mit den Worten: „Wir dürfen uns keine Illusionen über schnelle Wirkungen unserer Arbeit im Sinne von mehr Akzeptanz machen. Aber es kann uns gelingen, den Informationsstand zu erhöhen, was dazu führen kann, daß rationaler, nüchterner über die Probleme gesprochen wird. Von Rückschlägen dürfen wir uns nicht entmutigen lassen.“

In der sich dem Vortrag anschließenden Diskussion wurde vor allem „das Problem des Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlusts der Konfliktparteien untereinander und insbesondere gegenüber Regierung, Parlament und staatlichen Stellen“ thematisiert (Striegnitz 1980 ‚Bericht über den Ablauf der Tagung‘, LkAH, E46, Nr. 1395). In der Diskussion wurde die harsche Kritik geäußert „[...]“, dass der von Ihnen favorisierte Bürgerdialog wohl doch nur ein Wunsch gewesen ist. [...] Bürgerdialog, wenn nur Schlagwort, ist einfach Nonsens.“ (Arndt 1980 ‚Diskussion nach dem Referat Niedererz‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Der BMFT-Mitarbeiter Niedererz verwies in seiner Antwort darauf, dass es allen Bürgern freistehe, einen offenen Brief in der *Energiediskussion* zu veröffentlichen und so der eigenen Stimme im Dialog deutlich Gehör zu verschaffen und dass die Schriftenreihe „Argumente in der Energiediskussion“ ein ernsthaft ausgewogenes Verhältnis von kritischen und befürwortenden Beiträgen enthielte. In der weiteren Diskussion betonte er seine Überzeugung, dass der Bürgerdialog Kernenergie einen konkreten Einfluss auf die Politik habe, indem Kritik mithilfe der Kampagne „viel öffentlicher, viel breiter, mit viel mehr Durchsetzungsvermögen“ geäußert habe werden können, womit das öffentliche Bewusstsein und dadurch auch die Politik verändert worden seien. Er verwies auch auf den 4. Gesprächskreis und dass die Struktur des Bürgerdialog Kernenergie von all jenen mitbestimmt werde, die sich daran beteiligten.

Im Laufe des Wochenendes wurde das oben bereits erwähnte „wechselseitige Verhältnis von ‚öffentlicher‘ und ‚wissenschaftlicher‘ Diskussion“ (May, Striegnitz 1980 ‚Informationen zur Tagung‘, LkAH, E46, Nr. 1395) analysiert. Der zweite Tagungstag begann mit der Wissenschaftssoziologischen Analyse eines Konflikts von Dr. Helga Nowotny, Direktorin des Europäischen Zentrums für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt in Wien. Danach teilten sich die 87 Teilnehmenden (Ev. Akademie Loccum 1980 ‚Teilnehmer der Tagung‘, LkAH, E46, Nr. 1395) in Arbeitsgruppen (AG) auf, die sich jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Dimensionen und Kontroversen um die Kernenergie und der Frage der Energieversorgung widmeten:

1. Unfallproblematik – Sicherheitsfragen
2. Radioökologie – Wirkung geringer Strahlendosen

3. Endlagerung
4. Brennstoffkreislauf – Proliferation
5. Alternativen zur Kernenergie – Energiebedarf

Arbeitsgruppe 3 und 4 wurden spontan zusammengelegt, aufgrund von Krankheit des Moderators von AG 4 und einer geringen Teilnehmerszahl in beiden Gruppen (Striegnitz 1980 ‚Bericht über den Ablauf der Tagung‘, LkAH, E46, Nr. 1395).

Jede Arbeitsgruppe wurde eingeleitet mit je zwei bis drei Vorträgen, mit denen die thematische Basis für die folgende Arbeitsgruppendifkussion geschaffen werden sollte. Einen der beiden 20-minütigen Kurzvorträge zu Arbeitsgruppe 4 hielt beispielsweise Dr. von Osten aus dem BMFT (Striegnitz 1980 ‚Brief an Dr. von Osten / BMFT vom 21.01.1980‘, BArch, B 196/52926), den anderen Prof. von Ehrenstein von der Universität Bremen. Moderiert wurde jede Arbeitsgruppe von Experten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, deren Aufgabe es jeweils war, die Diskussion zwischen der Pro- und Kontra-Kernenergie-Seite zu leiten. Tabelle 17 im Anhang listet die Arbeitsgruppen sowie die Moderatoren, Experten und Teilnehmerszahlen auf.

Den Moderatoren war im Vorfeld ein umfassender Fragenkatalog zur Verfügung gestellt worden, anhand dessen sie sicherstellen sollten, dass sich die Diskussion nicht auf der Sachebene verlor, sondern gemäß dem Ziel der Tagung auf der Metaebene Einblicke über den Konflikt an sich gesammelt werden konnten (siehe Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Leitfragen für die Arbeitsgruppen‘, LkAH, E46, Nr. 1395). In den Worten von Tagungsleiter Striegnitz:

„Den Moderatoren fällt die wichtige Aufgabe zu, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Diskussion nicht auf der sachlichen Ebene festfährt, sondern immer wieder zu der Frage nach dem Wie der Auseinandersetzung zurückfindet.“  
(Striegnitz 1980 ‚Brief an Dr. Helga Nowotny vom 22.01.1980‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Genau diese Aufgabe bewertete Dr. Helmut Hirsch als sehr herausfordernd, nämlich „in der Diskussion über die Kontroverse nicht immer wieder in die kontroverse Diskussion selbst zu verfallen“ (Hirsch 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 3‘, LkAH, E46, Nr. 929: 1). Er war der Moderator von Arbeitsgruppe 3, die sich dem Thema „Endlagerung“ widmete. Zum Zeitpunkt der Tagung war er am Institut für angewandte Ökologie in Hannover beschäftigt (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Detailliertes Tagungsprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit“‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Die Kurzvorträge hielten Werner Bechthold vom Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH zu der Frage „Entsteht durch das Endlager eine Gefahr für die Umwelt?“ (Bechthold 1980, LkAH, E46, Nr. 929) und Dr. Mauthe von der Universität Hannover, der über verschiedene Aspekte bei der Frage nach der Rolle von Öffentlichkeit und Wissenschaft in der Kontroverse Endlagerung referierte (Mauthe 1980 ‚Kurzreferat‘, LkAH, E46, Nr. 929). In die Teilnehmerlisten der AG 3 und 4 trugen sich neben Hirsch und Mauthe noch sechs weitere Personen ein (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 3‘ und ‚Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 4‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Die Arbeitsgruppe begann mit der Identifizierung wissenschaftlicher Streitfragen bzgl. der Frage der Endlagerung sowie der Proliferation

(Hirsch 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 3‘, LkAH, E46, Nr. 929). Dabei gab es innerhalb der Gruppe zu beiden Themen geteilte Meinungen, zum Beispiel hinsichtlich der Machbarkeit oder auch der Relevanz einzelner Streitfragen. Der zweite Diskussionspunkt der AG war die öffentliche Diskussion (Hirsch 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 3‘, LkAH, E46, Nr. 929). Hier bestand Einigkeit in der Gruppe, dass diese vor allem von einer Vertrauenskrise gegenüber Betreibern und Behörden bestimmt werde. Ein Teil der Gruppe schlussfolgerte, dass „die Informationspolitik von Behörden und Betreibern falsch, z.T. naiv, nicht ausreichend“ sei und dass es zur Erlangung von Akzeptanz offene und verständliche Information brauche. Der andere Teil der Gruppe sah neben ungelösten Fragen nicht nur ein Akzeptanz- sondern auch ein Transparenzproblem. Einig waren sich alle, dass „gigantomanische[...] technische[...] Strukturen“ den Einzelnen machtlos machten und Angst und Misstrauen förderten (Hirsch 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 3‘, LkAH, E46, Nr. 929). Der dritte Punkt auf der Agenda war der Informationsfluss zwischen Öffentlichkeit und Experten aus Industrie und Großforschungseinrichtungen. Wenn auch auf inhaltlicher Ebene kein Konsens erreicht werden konnte, zog der Moderator Hirsch für die Metaebene doch ein positives Fazit: Das Ziel sei erreicht worden, „den Diskussionspartner als ehrlichen und offenen Menschen zu akzeptieren, obgleich, oder vielleicht gerade weil, die Auseinandersetzung z. T. etwas heftig war.“ (Hirsch 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 3‘, LkAH, E46, Nr. 929).

Die Abschlussveranstaltung am Sonntag bildete eine Schlussdiskussion, die von einem Vortrag von MdB Reinhard Ueberhorst eingeleitet wurde, der den Titel trug „Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der Enquetekommission ‚Zukünftige Kernenergie-Politik‘“.

### **Überprüfung der Erfüllung formaler Förderbedingungen des BMFT**

Bevor die Ziele des Bürgerdialogs betrachtet werden, soll einleitend überprüft werden, inwiefern die formalen Förderbedingungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) für Veranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Diskussion über Nutzen und Risiken der Kernenergie erfüllt wurden. Die Kriterien sind nachzulesen im „Merkblatt 1980“ des BMFT von August 1979 (Bundesregierung 1980 ‚BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980‘: Anlage 2).

Im „Antrag auf Zuwendung zu Veranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Diskussion über Nutzen und Risiken der Kernenergie“ erkannte der Akademiedirektor von Loccum Hans May die Bedingungen des Merkblatts mit seiner Unterschrift explizit an (May 1980 ‚Antrag auf Zuwendung zu Veranstaltungen‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Wie in der nachfolgenden Analyse entlang der fünf Kriterien des Merkblatts des BMFT gezeigt wird, ist davon auszugehen, dass dies auch der Fall war.

1. Das Konzept der Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe wird mit dem BMFT abgesprochen

Es finden sich mehrere Hinweise darauf, dass das Veranstaltungskonzept mit dem BMFT abgesprochen worden war. So wird in mehreren Briefen erwähnt, dass Tagungsleiter Striegnitz im Vorfeld der Tagung im Austausch mit dem Ministerium stand (z.B. Striegnitz 1979 ‚Brief an Prof. Dr. Herbert Paschen vom 3. Dezember 1979‘, LkAH, E46, Nr. 1395).

2. In der Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe werden die unterschiedlichen Einstellungen zur Kernenergienutzung durch Referenten vorgetragen und zur Diskussion gestellt, so daß eine ausgewogene Gesamtinformation sichergestellt ist.

Es wurde bei der Tagung sehr darauf geachtet, Vertreter\*innen der Pro- und der Kontraseite sowohl als Vortragende also auch als Plenumsteilnehmer\*innen einzuladen. Im Zeitzeugen-Interview beschrieb Meinhard Striegnitz rückblickend seine Intention wie folgt:

„Ich habe dann Tagungen zu Umweltfragen organisiert, wo ich immer versucht habe, Vertreter der Hauptakteursgruppen einzuladen und sie miteinander in ein strukturiertes Gespräch zu bringen. Und typischerweise habe ich dann immer Leute aus Industrie und Wirtschaft, Leute aus Umweltverbänden und Bürgerinitiativen, Leute aus der Politik und aus der Verwaltung, Leute aus Wissenschaft und Forschung und Leute aus den Medien eingeladen. Ich habe dann versucht, Referate und Diskussionsphasen so zu komponieren, dass die wesentlichen Positionen, die ich da meinte auszumachen, im Programm vertreten sind und dass die jeweiligen Vertreter dann ins Gespräch kommen. Das hat eigentlich auch ganz gut geklappt.

Dieses Bemühen geht auch aus zeitgenössischen Korrespondenzen, Notizen und Protokollen hervor (Striegnitz 1980 ‚Brief an Dr. Sobottka vom 11. Januar 1980‘, LkAH, E46, Nr. 1395; Striegnitz o.D. ‚Notiz Gespräch Herr Halbritter‘, LkAH, E46, Nr. 1395).

Die Diskussionen auf der Tagung selbst schienen zwar intensiv geführt worden zu sein, aber in der Regel mit dem notwendigen Respekt und einer um Objektivität bemühten Moderation (siehe z.B. Budnick 1980, LkAH, E46, Nr. 1395). So berichtete Hannes Edelhäuser aus dem Bundesministerium des Inneren, Moderator von AG 2, dass

„bei der Diskussion in den Fachkreisen durchaus gegenseitiges Verständnis und eine sachliche Diskussion möglich sind und daß dabei zumindest eine Annäherung in den Ergebnissen, in vielen Bereichen auch ein Konsens erreicht werden kann.“ (Edelhäuser 1980 ‚Berichte aus den Arbeitsgruppen‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Auch aus AG 3 wurde berichtet, dass

„das Verhalten der Kontrahenten [...] auf offizieller Ebene höflich und kalt [war].“ (Mauthe 1980, LkAH, E46 Nr. 929)

„Auch in dieser Gruppe wurde [...] das Ziel erreicht, den Diskussionspartner als ehrlichen und offenen Menschen zu akzeptieren, obgleich, oder vielleicht gerade weil, die Auseinandersetzung z. T. etwas heftig war.“ (Hirsch 1980, LkAH, E46 Nr. 929)

Einzelne Kommentare deuten allerdings auch hier an, dass die „Fronten“ verhärtet waren. So berichtet oben genannter Hannes Edelhäuser aus AG 2:

„Hier stellt man auch von der Pro- und Kontra-Seite gegenseitig die Glaubwürdigkeit in Frage, wobei die Diskussion allerdings gestern in der Arbeitsgruppe keinen einzigen Fall erbracht hat, wo echte Manipulation, d. h. also wissentliche Verdrehungen oder Auslassung von Tatsachen, unterstellt wurde.“ (Edelhäuser 1980 ‚Berichte aus den Arbeitsgruppen‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Auf dieselbe Art resümierte Moderator Dr. Günter Küppers von der Universität Bielefeld über AG 5:

„[Die Atmosphäre] war nicht nur aus den bereits eingangs erwähnten technischen Gründen schwierig. Sie war auch sehr emotionsgeladen. Immer wieder wurde die Glaubwürdigkeit der einzelnen Vertreter angezweifelt und ihnen Unredlichkeit unterstellt. Daß die Diskussion dennoch zu Ende geführt werden konnte, zeigt die Bereitschaft beider Seiten, den Dialog fortzuführen.“ (Küppers 1980, LkAH, E46, Nr. 929)

Von Seiten der Teilnehmenden wurde zum Teil Gegensätzliches festgestellt. So teilte ein\*e Teilnehmer\*in im Feedbackbogen zur Tagung Folgendes mit:

„Unangemessenes Verhältnis von Vortragsdauer und Diskussionszeit führt zwangsläufig zu ständigem Abwürgen von Diskussionen. Diese sind aber eigentlich das Wesentliche. Diskussionsbeiträge wollen generell keine Diskussionen, sondern wollen meist nur eigene Meinungen verkünden. Man muß die Hand schon verdammt schnell oben haben, um überhaupt zu Worte zu kommen. Eine mühsam erkämpfte Gelegenheit nutzt man dann nicht, um zu diskutieren, sondern um zu sagen, was man schon immer sagen wollte.“ (o.V. 1980 ‚Tagungsbeurteilung‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Nichtsdestoweniger scheinen Vorkehrungen getroffen worden zu sein, um die Bedingungen einer konstruktiven Diskussion zu gewährleisten, womit diese Bedingung als erfüllt betrachtet werden kann.

3. Das BMFT oder von ihm benannte Fachleute sind zu den Veranstaltungen als Referenten oder Experten einzuladen. Einem vom BMFT benannten Experten ist auf der Veranstaltung Gelegenheit zu einer angemessenen Darlegung zum Thema der Veranstaltung zu geben.

Auch dieser Punkt ist erfüllt worden. Aus dem BMFT waren Peter Niederelz aus dem Pressereferat des BMFT und dort inhaltlich mit dem Bürgerdialog Kernenergie betraut sowie der weitere BMFT-Mitarbeiter Dr. Wolf von Osten mit Vorträgen vertreten (siehe Tagungsprogramm im Anhang). Mit Reinhard Ueberhorst als Vorsitzender der Enquetekommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ des Deutschen Bundestages, der den Abschlussvortrag hielt, und Hannes Edelhäuser aus dem BMI, der Arbeitsgruppe 2 moderierte, waren zwei weitere Vertreter aus der Bundespolitik auf der Tagung.

4. Auf Wunsch des BMFT werden zu der Veranstaltung vom BMFT benannte interessierte Bürger (Einsender von Kernenergie-Coupons aufgrund von Zeitungsanzeigen) in angemessener Zahl eingeladen.

Diese Anforderung kann anhand der Aktenlage nicht belegt werden, entsprechende Nachweise hierfür sind nicht zu finden. Jedoch waren Vertreter\*innen von Bürgerinitiativen vertreten.

5. Die Tagungsunterlagen und Protokolle werden dem BMFT zur Verfügung gestellt.

Es liegen keine Dokumente vor, die beweisen, dass Tagungsunterlagen und Protokolle explizit dem BMFT zur Verfügung gestellt wurden. Ein Protokollband zur Veröffentlichung war jedoch geplant gewesen (May 1980 ‚Antrag Arbeitsmaterialien‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Auf Nachfrage bei der Evangelischen Akademie in Loccum bestätigte der damalige Tagungsleiter Striegnitz, dass der geplante Protokollband mit einer „Gesamtübersicht über die Tagung sowie die Referate, Arbeitsgruppenberichte, Ergebnisse und Beurteilungen von Teilnehmern“ (Striegnitz 1980 ‚Brief an Hannes Edelhäuser vom 12. Februar 1980‘, LkAH, E46, Nr. 1395) nicht erschienen ist (Persönliche E-Mail-Kommunikation mit Bibliotheksmitarbeiterin Britta Papenhausen vom 24.03.2023). Als Grund nannte er das Ausbleiben wichtiger Beiträge, die aufgrund von Zeitnot nicht zugeliefert werden konnten, und damit einhergehend eine gravierende zeitliche Verzögerung im redaktionellen Herstellungsprozess. Nichtsdestoweniger liegen zahlreiche Berichte aus den Arbeitsgruppen, Beiträge von Referenten sowie Korrespondenzen und Protokolle im Landeskirchlichen Archiv Hannover vor (LkAH, E46, Nr. 1395 und Nr. 929). Des Weiteren ist belegt, dass dem Bundesministerium des Inneren seinerzeit Dokumente zur Tagung zugeschickt wurden (Striegnitz 1981 ‚Brief an den Bundesminister vom 15. Juli 1981‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Es ist davon auszugehen, dass diese dem BMFT ebenfalls zur Verfügung gestellt wurden.

### **Analyse der Tagung in Loccum im Kontext des Bürgerdialog Kernenergie**

Für die Analyse der Tagung in Loccum anhand der Zielsetzungen des Bürgerdialogs ist es wichtig, sich die eingangs erwähnte Zielsetzung der Tagung bewusst zu machen, die nicht primär darauf ausgerichtet war, die Partizipation der Bürger\*innen in politischen Entscheidungsfindungsprozessen zu ermöglichen. Anstatt in die Kontroverse einzugreifen, wollte man über die Kontroverse an sich reden und so zu einem besseren Verständnis der Sichtweisen der jeweiligen Gegenseite (Pro- und Kontra-Seite) beitragen.

Im Folgenden sollen fünf Ziele des Bürgerdialogs daraufhin untersucht werden, inwiefern die Tagung in Loccum zu deren Erreichung im Sinne des BMFT beigetragen hat.

Wie in Kapitel 4 dargelegt, formulierte der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie Volker Hauff 1977 vier Ziele des Bürgerdialog Kernenergie (Hauff 1977 ‚Zwischenbilanz‘: 1 f.). Diese dienen im Folgenden als Untersuchungsgrundlage. Demnach sollte der Bürgerdialog Kernenergie

1. umfassende Informationen über die Vor- und Nachteile der Kernenergienutzung und über den Standpunkt der Bundesregierung zu Nutzen und Risiko der Kernenergie [...] liefern;

Auch wenn das Ziel der Tagung nicht war, über die Vor- und Nachteile der Kernenergienutzung an sich zu sprechen, so gab es doch mehrere Arbeitsgruppen, die sich diesem Thema widmeten, nämlich einerseits AG 1 „Unfallproblematik – Sicherheitsfragen“ und andererseits AG 2 „Radioökologie – Wirkung geringer Strahlendosen“ (Tagungsprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit“ Loccum, Anhang). Die Einladung einschlägiger Experten sowohl der Pro- also auch der Kontraseite stellte darüber hinaus sicher, dass diese Themen umfassend diskutiert werden konnten. Dies ergibt sich bspw. aus dem Bericht von Leopold Barleon, Moderator von AG 1, der sagte, dass „sehr ausführlich über die Frage diskutiert [wurde], welches ... die zentralen Streitfragen in diesem Themenbereich [sind]“ (Barleon 1980 ‚Berichte aus den Arbeitsgruppen‘, LkAH, E46, Nr. 929). Auch aus dem Bericht von Hannes Edelhäuser, Moderator von AG 2, kann eine Übersicht über die diskutierten Konfliktfelder dieses Themenbereichs nachgelesen werden (Edelhäuser 1980 ‚Berichte aus den Arbeitsgruppen‘, LkAH, E46, Nr. 1395).

2. allen Meinungen, auch denen der Kritiker und Gegner der Kernenergienutzung, Gelegenheit zu geben, ihre Argumente den interessierten Bürgern darzulegen und zur Diskussion [...] stellen;

Wie eingangs erwähnt, wurde bei der Tagung sehr darauf geachtet, ein ausgewogenes Verhältnis von Vertretern\*innen der Pro- und Kontraseite sicherzustellen (siehe oben). Zur Frage, inwiefern „interessierte Bürger“ anwesend waren, d.h. die Veranstaltung also frei zugänglich war, beschreibt Tagungsleiter Striegnitz im Zeitzeugen-Interview:

„Die Tagungen wurden ja dann angekündigt und offen ausgeschrieben – und wie gesagt, das waren offene Foren. Jeder, der Interesse hatte, war eingeladen zu kommen.“ (Zeitzeugen-Interview Striegnitz)

In einem zeitgenössischen Brief erwähnte er darüber hinaus, dass er „mit folgenden Teilnehmergruppen rechne: Wissenschaftler und Techniker aus den Gebieten Kernforschung und Kerntechnik, engagierte Mitarbeiter, Vorstandsmitglieder etc. aus Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen, auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik und des Umweltschutzes tätige Mitarbeiter von Verwaltungen und Politiker, Sozialwissenschaftler, die über die hier angesprochenen Themen arbeiten“ (Striegnitz 1980 ‚Brief an Dr. Helga Nowotny vom 22.01.1980‘, LkAH, E46, Nr. 1395). Im Tagungsvorhaben selbst wird von folgenden Zielgruppen gesprochen:

„An der Diskussion um die Kernenergie beteiligte Parteien, insbesondere:  
 1) Wissenschaftler, 2) Bürgerinitiativen, 3) kerntechnische Industrie,  
 4) Wissenschaftspolitiker, 5) Wissenschaftsjournalisten,  
 6) Wissenschaftsverwaltung“ (Evangelische Akademie Loccum 1980  
 ‚Tagungsvorhaben‘, BArch, B 196/52926)

Interessant unter diesem Aspekt ist der anscheinend sehr hohe Grad an fachlichem Wissen unter allen Teilnehmenden, was wiederum die Frage aufwirft, inwiefern „interessierte Bürger“ anwesend waren. So beschreibt AG 2-Moderator Edelhäuser aus dem Bundesministerium des Inneren:

„Man hätte eigentlich erwarten können, nachdem bei einer solchen Veranstaltung relativ viele interessierte Laien da sind, daß der Anteil von Nichtfachleuten gerade in dieser Gruppe [AG 2 – Radioökologie] größer sein würde. In Wirklichkeit war er außerordentlich niedrig. Es waren sehr viele Fachleute und besonders qualifizierte Laien, die man nicht mehr als Laien in diesem Sinne ansprechen kann.“ (Edelhäuser 1980 ‚Berichte aus den Arbeitsgruppen‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich im Zuge der breiten gesellschaftlichen Diskussion weite Teile der Bevölkerung dezidiert mit mitunter hochtechnischen Details der Kernenergienutzung auseinandersetzten und somit viele als „besonders qualifizierte Laien“ gelten konnten (Renn 1977: 61 f.).

Es finden sich jedoch auch vereinzelt Stimmen, die die effektive Vertretung der Öffentlichkeit in Frage stellten. Zum Beispiel beschrieb ein\*e unbekannt\*e\*r Teilnehmer\*in im Feedback-Bogen:

„Auswahl der Referenten bedingt, daß nur von Wissenschaft und nicht ernsthaft von Öffentlichkeit die Rede ist. Im angesprochenen Mißverhältnis ist übrigens auch eine Form der Unterrepräsentation von Öffentlichkeit.“ (o.V. 1980 ‚Tagungsbeurteilung‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Dessen ungeachtet richtete sich das Ziel nicht auf die Vertretung der Öffentlichkeit unter den Referent\*innen, sondern darauf, sicherzustellen, dass unter den Referent\*innen alle Positionen vertreten waren und der Öffentlichkeit vorgetragen werden konnten.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass über die Tagung in der Zeitung berichtet wurde (Andres 1980 und o.V. 1980 ‚Akzeptanzforschung untersucht Verhaltensweisen‘, LkAH, E46, Nr. 929). Auch ist ein gewisser Multiplikatoreffekt durch die Teilnehmenden denkbar, d.h. dass sie die Ergebnisse der Tagung in ihre jeweiligen Bürgerinitiativen getragen und somit in der Öffentlichkeit verbreitet haben.

Alles in allem kann dieses Kriterium als erfüllt bewertet werden.

3. die gesellschaftlichen Gruppen - Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und deren Bildungseinrichtungen - anregen, die Information und das Gespräch mit dem Bürger selbständig mit fachlicher und finanzieller Unterstützung des BMFT durchzuführen;

Die Tagung wurde organisiert von der Evangelischen Akademie in Loccum und finanziell gefördert durch das BMFT entsprechend der Vorgaben des BMFT (Bundesregierung 1980 ‚BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980‘: Anlage 2).

4. die Frage der Kernenergie-Nutzung im Gesamtzusammenhang [...] diskutieren, in dem letztlich die Frage diskutiert wird: Wie wollen wir in Zukunft leben?

Auch dieser Punkt wurde sehr intensiv in den AGs diskutiert, obgleich das Ziel der Tagung weniger eine Sachdiskussion als vielmehr eine Metadiskussion der Kontroverse an sich war. Hier ist insbesondere AG 5 hervorzuheben, in der Alternativen zur Kernenergie sehr

kontrovers diskutiert wurden. Energieverbrauchs- und -einsparungs-Szenarien bis zum Jahr 2030 wurden genauso diskutiert, wie verschiedene Technologien sowohl im Kernkraftbereich als auch in der Kohleverstromung und den erneuerbaren Energien (Müller-Reißmann 1980, LkAH, E46, Nr. 929).

Ein ergänzendes Ziel lässt sich aus Zeitungsanzeigen (z.B. Die Zeit vom 27.8.1976 in Bachem, 1985 [1979]: 166) aus der frühen Phase des Bürgerdialog Kernenergie entnehmen, das sich nicht wie die oben genannten Ziele an ein akademisches oder doch zumindest politisch interessiertes Fachpublikum, sondern an die „interessierten Bürger“ richtete. Demnach sollte der Bürgerdialog u.a.

5. das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit demokratischer Prozesse auch in der Auseinandersetzung um die Kernenergie stärken

Ob dieses Ziel erfüllt wurde, lässt sich schwer belegen. Das allgemeine Feedback zur Veranstaltung scheint positiv ausgefallen zu sein. Auch wurden die Ziele der Tagung – auf der Metaebene das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit zu beleuchten – wohl zufriedenstellend erfüllt. So beschreibt Tagungsleiter Striegnitz im Abschlussbericht:

„Durch Betrachtung des Diskussionsverlaufs, durch Gespräche mit Teilnehmern am Rande und nach der Tagung sowie durch einige schriftliche Rückmeldungen von Teilnehmern kommen wir zu der Beurteilung, daß die Tagung bei den Teilnehmern einen Beitrag dazu geleistet hat, in dem langwierigen Prozeß der wechselseitigen Vertrauensbildung einen Schritt weiterzukommen und damit Grundlagen für einen gesellschaftlichen Konsens in dieser zentralen Streitfrage zu gewinnen.

Insbesondere kann gesagt werden, daß

- zu einem breiteren Verständnis des Gesamtzusammenhanges und der Mechanismen des Konfliktes um die Kernenergie beigetragen werden konnte;
- durch die Gesamtschau des Problemfeldes die Konfliktparteien ihre eigene Rolle und die Rolle der anderen Beteiligten im größeren Zusammenhang sehen können;
- dies ein Beitrag zu einem besseren Verständnis und zur gegenseitigen Achtung der Konfliktpartner war.“ (Striegnitz 1980 ‚Bericht über den Ablauf der Tagung‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

In einer Notiz, mutmaßlich von Tagungsleiter Striegnitz, wird die kritische Einstellung mancher Teilnehmender hinsichtlich der Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie im Allgemeinen zusammengefasst, wobei aus den Akten nicht ersichtlich wird, für wen oder aus welchem Anlass diese Notiz verfasst wurde:

„Kritiker der Kernenergie sehen Gesprächsangebote nicht nur von seiten der Betreiber und Errichter kerntechnischer Anlagen, sondern auch von seiten der staatlichen Stellen mit großer Skepsis: Entsprechend ihrer Sichtweise der

Situation werden gleichzeitig mit dem Angebot zum Gespräch Maßnahmen zum weiteren Ausbau der Kernenergie vorangetrieben. Auch wenn diese Maßnahmen zum Teil nur vorbereitend sind oder Untersuchungscharakter haben, wird aus ihrer Durchführung, den zum Teil damit verbundenen hohen Kosten etc. geschlossen, oder zumindest befürchtet, daß eine positive Entscheidung für die Kernenergie schon gefallen sei oder wenigstens angestrebt werde, so daß entgegen dem Gesprächsangebot die Entscheidungssituation nicht mehr offen sei. Dies führt bei den Kernenergie-Kritikern zu einem Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust bezüglich Regierung, Parlament und bezüglich staatlicher Stellen.“ (o.V. 1980 ‚Notiz zum Problem der Glaubwürdigkeit‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

Gleichzeitig wurde auch Verständnis für die Befürworter der Kernenergienutzung signalisiert, für die ein „derartiges, völliges Offenhalten der Situation durch Einstellung aller Maßnahmen als faktische Entscheidung gegen den Ausbau der Kernenergie erscheinen“ müsse (o.V. 1980 ‚Notiz zum Problem der Glaubwürdigkeit‘, LkAH, E46, Nr. 1395).

Auch ein Bericht aus AG 3 zeigt auf, dass das Vertrauen der Kernenergiekritiker\*innen in die staatlichen Instanzen und Mechanismen erschüttert war und auch durch diese Veranstaltung anscheinend kaum verbessert werden konnte:

„Die öffentliche Diskussion bzw. der öffentliche Widerstand hat zweifellos Einfluß auf technologiepolitische Entscheidungen... Allerdings beschränkt sich dieser Einfluß in seiner Wirkung letztlich auf einen Verzögerungseffekt bei der Realisierung eines vor Eintritt in die Diskussion festgelegten technologiepolitischen Konzepts. Durch die inzwischen – gleichfalls verzögert – geschaffenen Fakten wandelt sich zudem die eigentliche Entscheidung immer mehr zu einem Durchführungsplan bzw. zu einer Durchführungsverordnung.“ (Mauthe 1980, LkAH, E46, Nr. 929)

Diese Sichtweise spiegelte sich auch in weiteren Kommentaren von Teilnehmenden wider, die konstatierten, dass sich „ein wohl ziemlich verfänglich bzw. täuschendes Mass (sic!) von Konsens ... zu formen [schien]“ (o.V. 1980 ‚Tagungsbeurteilung‘, LkAH, E46, Nr. 1395) und dass „die Standpunkte der Einzelnen [...] allerdings kaum verändert [sind]. Hypothesen u. Prognosen stehen sich eben so hart gegenüber, wie am Anfang.“ (o.V. 1980 ‚Tagungsbeurteilung‘, LkAH, E46, Nr. 1395).

Beachtet werden muss an dieser Stelle jedoch, dass es große Unterschiede zwischen den Arbeitsgruppen gegeben zu haben scheint. AG 5 zu Alternativen zur Kernenergie war die mit Abstand am besten besuchte Gruppe (20 Teilnehmende verglichen mit jeweils weniger als zehn in den anderen Gruppen) und gleichzeitig die mit den intensivsten Diskussionen. So hat AG 5 als einzige Arbeitsgruppe nicht die Metaebene diskutiert, sondern ist in Sachfragen stecken geblieben. Dies wurde wie folgt zusammengefasst von Tagungsleiter Striegnitz:

„In den Arbeitsgruppen ist es mit Ausnahme der Gruppe 5 „Alternativen zur Kernenergie – Energiebedarf“ überall gelungen, auf die berühmte Metaebene

zu steigen. Nach einer anfänglichen Runde in den Sachproblemen hat man sich dann mehr oder weniger stark an den Leitfragen orientiert und hat sich mit den dort angeführten Fragen auseinandergesetzt. Die Teilnehmer haben diese Diskussion als nicht alltäglich empfunden, und wie sie selber sagten, einiges, über Struktur und Mechanismen der Kernenergie-Kontroverse und der darin engagierten Parteien gelernt. In der Gruppe 5 gab es Schwierigkeiten, aus der vergleichenden Diskussion der beiden vorgeführten Energie-Szenarien... Der Hauptgrund hierfür liegt wohl darin, daß die Diskussion sich zur Zeit sehr stark auf den Vergleich von Energie-Szenarien konzentriert, die das derzeit wohl aktuellste Thema darstellen. Daraus folgt eine gewisse Aktualität und Brisanz dieser Frage sowie ein Informationsbedarf in der Sache. Dies hat auf die Arbeitsgruppe 5 durchgeschlagen. Teilweise wurde dies von Teilnehmern der Gruppe auch explizit formuliert, daß ihnen Informationen auf der Sachebene so wichtig und so aktuell erschienen, daß sie zunächst einmal hierüber sprechen müßten, ehe man auf das Verhältnis Wissenschaft und Öffentlichkeit kommen könne.

Ansonsten ist es aber ganz gut gelaufen, insbesondere glaube ich, daß der Versuch gelungen ist, die Konfliktparteien an den zentralen Streitpunkten des Konfliktes die Mechanismen und Strukturen der Auseinandersetzung zu reflektieren.“ (Striegnitz 1980 ‚Brief an Bechmann und Frederichs vom 14. März 1980‘, LkAH, E46, Nr. 1395)

### **Abschließende Überlegungen zur Tagung in Loccum in Hinblick auf Partizipation und Lehren für kommende gesellschaftliche Konflikte**

Abschließend sollen noch einige Überlegungen zum Thema Partizipation aus Sicht der Bürger\*innen angestellt werden. Zunächst soll noch einmal betont werden, dass die Tagung nicht zum Ziel hatte, eine Bürgerbeteiligung in Fragen zur Kernenergie zu ermöglichen, sondern die Debatte zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit an sich zu beleuchten. So sollte das Verständnis für die jeweilige Gegenseite im Konflikt gestärkt und Lehren für kommende gesellschaftliche Konflikte gezogen werden. Wie die obigen Analysen zeigen, wurde dieses Ziel am Beispiel Kernenergie verfolgt.

Die Intention hinter der Tagung kann als eine Stärkung der Position der Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Diskussionsprozess gedeutet werden. So wurde die Bedeutsamkeit hervorgehoben, die Bürger\*innen in wichtige politische Entscheidungen einzubinden und zu einem gesellschaftlichen Konsens zu finden. Dies betonte Reinhard Ueberhorst, MdB und Vorsitzender der Enquetekommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ des Deutschen Bundestages, in seiner Tagungsabschlussrede:

„Wenn ein humaner technischer Fortschritt nicht automatisch kommt, dann kann er nur durch politische Orientierungsdaten gesteuert werden, die in einem sozialen Kommunikationsprozeß entwickelt und verbindlich gemacht werden müssen... Niemand kann das konkrete Humanum aus einer technologischen Kompetenz heraus ex cathedra verkünden und gar die

humane Qualität einer Technik aus anerkannten sozialen Grundwerten deduktiv ableiten. Für die konkrete Begründung einer konkreten Humanität, einer konkreten technischen Entwicklung gibt es in Konfliktfällen keine Alternative zum sozialen Diskurs und der Bemühung, einen sozialen Konsens herzustellen.“ (Ueberhorst 1980, LkAH, E46, Nr. 1395)

Ein weiteres Ziel der Tagung war, dass die Lehren, die aus der Kontroverse und dem Verhalten der jeweiligen Gegenseite gezogen wurden, dazu beitragen sollten, dass der Prozess der Bürgerbeteiligung in kommenden gesellschaftlichen Konfliktsituationen besser gestaltet werden könnte, wodurch die Interessen der Öffentlichkeit besser berücksichtigt werden könnten. Dieser Anspruch wurde beispielsweise in den Leitfragen für die Moderatoren der Arbeitsgruppen formuliert: „Lassen sich allgemeine Erfahrungen formulieren, die sich auf andere Konfliktfälle übertragen lassen?“ (Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Leitfragen‘, LkAH, E46, Nr. 1395) Einige Antworten auf diese Fragen konnten in den Arbeitsgruppen gefunden werden und in diese soll im Folgenden ein Einblick gegeben werden.

Ein Ergebnis von Arbeitsgruppe 1 war, dass Transparenz in Genehmigungsverfahren notwendig sei und den Prozess verschlanken könne (Barleon 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 1‘, LkAH, E46, Nr. 929). Des Weiteren hielten die Teilnehmenden fest, dass die Diskussion um die Kernenergienutzung eine Stellvertreterfunktion erfülle für die gesellschaftliche Diskussion zu Großtechnik und alternative Technologien (Barleon 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 1‘, LkAH, E46, Nr. 929).

Arbeitsgruppe 2 arbeitete heraus, dass die Prämissen, unter denen Menschen zu ihrer Meinung kämen, sich oft grundlegend unterschieden, ebenso wie der Wissenschaftsbegriff unterschiedlich gedeutet werde, und es so quasi unmöglich sei zu einem Konsens zu kommen (Edelhäuser 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 2‘, LkAH, E46, Nr. 929). Es wurde auch konkret über die Wirksamkeit des Bürgerdialog Kernenergie gesprochen. Dazu wurde geäußert, der Dialog sei zu spät begonnen worden, weshalb eine Emotionalisierung und Polarisierung der Diskussion nicht verhindert habe werden können. Die Medien stellten Sachprobleme zudem auf emotionalisierende Weise dar.

Helmut Hirsch, Moderator von Arbeitsgruppe 3 und 4, resümierte, dass es nicht möglich gewesen sei, allgemeine Lehren für den zukünftigen Konfliktverlauf zu ziehen, da es keinen Konsens darüber gegeben habe, was das Ziel der öffentlichen Diskussion sei, allein schon aus dem Grund, „da über Mach- und Wünschbarkeit der Kernenergie kein Konsens bestand“ (Hirsch 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 3‘, LkAH, E46, Nr. 929).

Arbeitsgruppe 5 arbeitete heraus, dass es sich bei der Debatte um die Kernenergienutzung keineswegs um eine wissenschaftliche, sondern um eine politische Diskussion handelte (Küppers 1980 ‚Bericht Arbeitsgruppe 5‘, LkAH, E46, Nr. 929). Dennoch müsse die Wissenschaft die Gesellschaft und Einwände von Seiten der Bürger\*innen erst nehmen.

Folgende Punkte lassen sich aus den Ergebnissen ableiten, die einen positiven Diskussionsverlauf im Konfliktfall begünstigen und zur Konsensfindung beitragen können:

- Ein gemeinsames Verständnis über das Ziel der Diskussion
- Verständigung über die Prämissen der Diskussion und Bedingungen in deren Rahmen eine Entscheidung gefunden werden soll
- Frühzeitiger Start eines Bürgerdialogs zum Einbezug der Bürger\*innen bei Entscheidungen über die Einführung neuer Technologien
- Sachliche Darstellung der Probleme in den Medien
- Mehr Transparenz im Verfahren bspw. über die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes (nach Vorbild des US-amerikanischen „Freedom of Information Act“)
- Augenhöhe zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Politik.

Ob und wie diese Lehren später umgesetzt wurden, lässt sich nicht aus den Dokumenten ableiten. Auch ob und inwiefern die Ergebnisse der Tagung auf die Politik und das öffentliche Leben Einfluss hatten, ist fraglich. Zum einen ist der Protokollband nach der Tagung entgegen der ursprünglichen Planung nicht veröffentlicht worden (siehe oben). Es ist damit schwer vorstellbar, wie die gezogenen Lehren über die Natur der Diskussion zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit in der Folgezeit wirklich erörtert und umgesetzt werden konnten. Sicherlich ist ein gewisser Multiplikatoreffekt durch die Teilnehmenden, wie oben beschrieben, nicht auszuschließen, doch wird sich dieser ohne offizielles Resümee auf die persönlichen Eindrücke und Auslegungen der Einzelnen beschränkt haben. Zum anderen hielt sich die Akademie explizit zurück, öffentliche Positionen zu beziehen oder die Teilnehmenden der Tagung zu einer solchen zu drängen. So beschreibt Tagungsleiter Striegnitz im rückblickenden Zeitzeugen-Interview:

„Wenn wir wirklich dieses offene Forum sein wollen, diese Art Institutionalisierung einer idealen Diskursgemeinschaft, dann soll das nicht unter dem Druck stehen, dass am Ende ein Positionspapier rauskommt, was die Personen unter Druck setzt, jetzt wieder für oder gegen irgendetwas Position zu beziehen.“ (Zeitzeugen-Interview Striegnitz)

Hinsichtlich der Verteilung der Geschlechter lässt sich festhalten, dass von 87 Teilnehmenden lediglich zwölf weiblich waren, obwohl in der Anti-Atom-Bewegung die Beteiligung von Frauen auf der Grass-Roots-Ebene recht hoch war. Von den 16 Vorträgen und Referaten wurde lediglich ein Vortrag von einer Frau gehalten und die fünf Arbeitsgruppen wurden ausschließlich von Männern moderiert.

### **Zusammenfassung**

Die Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum war gewissenhaft vorbereitet, organisiert und durchgeführt worden. Bei der Planung war sehr darauf geachtet worden, Vertreter\*innen der Pro- und der Kontra-Kernenergie-Seite als Referent\*innen einzuladen, um so einen ausgewogenen Überblick über die Standpunkte und Motivationen der beiden Seiten zu erlangen. Die Tagung war gut besucht – u.a. von Teilnehmer\*innen aus Bürgerinitiativen, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft – und die

Teilnehmer\*innen verhielten sich in den Diskussionen respektvoll und konstruktiv, wenngleich höflich distanziert. Auch wurden alle formalen Förderbedingungen des BMFT zum Bürgerdialog erfüllt. Alles in allem kann also davon ausgegangen werden, dass die Veranstaltung durchaus im Sinne des Bürgerdialog Kernenergie ausgetragen wurde.

Inwiefern die Ergebnisse der Tagung einen Eindruck auf die Politik und die Entwicklung der gesellschaftlichen Debatte um die Kernkraftnutzung ausüben konnten, lässt sich schwer einschätzen. Die Aussagen von Peter Niederelz geben Anlass zu der Vermutung, dass die Diskussionen im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie, also auch der hier im Detail analysierten Veranstaltung, Einfluss auf die Politikgestaltung hatten. In den Debatten in den Arbeitsgruppen und einigen Tagungsbeurteilungen wurde andererseits jedoch auch die große Skepsis mancher Teilnehmenden deutlich, die nicht nur die Atompolitik, sondern auch den Bürgerdialog kritisch hinterfragten und dessen Wirksamkeit sowie die Aufrichtigkeit von Seiten der Politik anzweifelten. Trotz aller Kontroversen hatte aus Sicht von Tagungsleiter Striegnitz bei der Tagung auf beiden Seiten Vertrauensbildung stattgefunden, was er als Gewinn im Ringen um gesellschaftlichen Konsens wertete. Dass viele Teilnehmende sich trotz ihrer harschen Kritik an der Regierung, dem Bürgerdialog und dem Vertrauensverlust in staatliche Institutionen und die Demokratie an der Diskussion beteiligten, spricht für den Bürgerdialog als Instrument der politischen Meinungs- und Willensbildung.

Die Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum „Wissenschaft und Öffentlichkeit“ im März 1980 wurde für die Analyse beispielhaft ausgewählt, da die Akademie als Teil der Evangelischen Kirche Deutschland zu einer der großen und auch der engagiertesten gesellschaftlichen Gruppen zählte. Beispielsweise nahm die EKD an allen fünf Gesprächskreisen teil (siehe Kapitel 5.5.1). Darüber hinaus befasste sich die Tagung mit einem der Kernthemen des Bürgerdialogs. Eine der Zielsetzungen der Veranstaltung war es gewesen, eine Debatte auf der Metaebene zu führen, bei der es eben – wie beim Bürgerdialog Kernenergie – nicht darum gehen sollte, unbedingt einen fachlichen Konsens herzustellen, sondern anzuerkennen, dass es unterschiedliche Sichtweisen und Standpunkte gibt, die alle ihren Platz in der Diskussion um Nutzen und Risiken der Kernenergie bekommen sollten, also einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen (Striegnitz 1980 ‚Einleitung‘, LKAH, E46, 1395). Darüber hinaus war die Veranstaltung überdurchschnittlich gut dokumentiert, was eine große Analysetiefe ermöglichte.

#### **5.4.9 Kurzvorstellung von drei weiteren Bürgerdialog Kernenergie-Veranstaltungen**

Neben den Materialien zu der Veranstaltung in der Evangelischen Loccum liegen noch für drei weitere Bürgerdialog-Veranstaltungen in freier Trägerschaft ausführlichere Dokumentationen vor. Die drei bzw. vier Träger (inkl. der Evangelischen Akademie Loccum) zeigen, wie unterschiedlich die Veranstaltungen in Größe und Format sein konnten und gleichzeitig finden sich auch Gemeinsamkeiten im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie. Die erste war vom Evangelischen Bildungswerk und der Gesellschaft für Zukunftsfragen ausgerichtet worden, die zweite vom politischen

Arbeitskreis Schulen (PAS) und der Jungen Presse Nordrhein-Westfalen und die dritte vom Haus der Gewerkschaftsjugend und der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstands. Diese werden im Folgenden kurz vorgestellt.

### **Berliner Haus der Kirche: „Die Plutoniumgesellschaft“**

Vom 25.-27. Januar 1980 fand im Berliner Haus der Kirche ein Seminar unter dem Titel „Die Plutoniumgesellschaft“ statt. Veranstalter waren das Evangelische Bildungswerk Berlin und die Gesellschaft für Zukunftsfragen (Mez, Richter 1981).

Rund 60 Personen nahmen an dem Seminar teil, das die Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft unter dem Vorzeichen einer „Plutoniumgesellschaft“ thematisierte, wobei die Zusammenhänge von Wirtschaft, Militär und sozialen Aspekten bei der Kernenergienutzung aufgezeigt werden sollten (Voß 1980).

Der Aufbau des Seminars sah vor, dass das Thema „Plutoniumgesellschaft“ von sieben Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Kirche und Wirtschaft ganzheitlich, aus verschiedensten Perspektiven vorgestellt wurde. Außerdem umfasste das Programm eine öffentliche Podiumsdiskussion mit den Referenten, Vertretern politischer Parteien sowie dem Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche Kurt Oeser.

Die Teilnehmenden sollten am Ende des zweitägigen Seminars „in der freien Aussprache die zuvor vermittelten Pro- und Contra-Argumente erörtern und von den unterschiedlichen Interessen und Standpunkten in der Kernenergie Diskussion zu einer eigenen Einschätzung der gesellschaftlichen Folgen der Plutoniumökonomie kommen“ (Mez, Richter 1981: 7).

Das Seminar wurde mit einem Grußwort vom Direktor am Evangelischen Bildungswerk, dem Pfarrer Manfred Richter, als Gastgeber im Haus der Kirche eröffnet, in dem er unter anderem den Einsatz der Erwachsenenbildung zur Unterstützung der Bürgerinitiativen betonte (Richter 1981: 10). Zudem erläuterte er die Verortung der evangelischen Kirche in der gesellschaftlichen Diskussion (Richter 1981: 11). Hier zitierte er unter anderem die Empfehlung des Weltrats der Kirchen von Juli 1979 an die Regierung zu einem 5-jährigen Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke (Richter 1981: 12).

Ihm folgte Professor Neider aus der Bundesanstalt für Materialforschung und der Strahlenschutzkommission mit einem Vortrag, der allerdings nicht Teil der Dokumentation ist und über dessen Teilnahme nur über das Presseecho etwas zu erfahren ist (Baier 1980; Evangelischer Pressedienst 1980; Jakobus 1980).

Der erste dokumentierte Vortrag wurde von Wolfgang Stoll als Industrievertreter und Geschäftsführer der mit Wiederaufbereitungstechnologie befassten Firma ALKEM GmbH gehalten (Stoll 1981: 13 ff.). Er referierte über physikalische, biologische und medizinische Aspekte der Plutoniumnutzung. Nach ihm sprach Gerhard Memmert vom Institut für Kerntechnik an der TU Berlin über Plutonium als Energiequelle (Memmert 1981: 49 ff.).

Der Friedensforscher und wissenschaftliche Mitarbeiter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt Harald Müller warnte vor der

friedensgefährdenden Dimension von Plutonium in der Kernenergienutzung, das bei militärischer Nutzung zur gefährlichen Waffe würde (Müller 1981: 65ff.).

Georg C. Goy vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung beleuchtete die volkswirtschaftlichen Aspekte der Plutoniumökonomie (Goy 1981:75ff.).

Lutz Mez als Projektleiter am Institut für Zukunftsforschung präsentierte in Ermangelung eines Vertreters der Gewerkschaften selbst die Gegenüberstellung deutscher und französischer gewerkschaftlicher Positionen in Zusammenhang mit der Plutoniumnutzung und -wiederaufarbeitung (Mez 1981: 87 ff.).

Manfred Siebker, ehemaliger Mitarbeiter von Euratom und zwischenzeitlich Mitglied im Club of Rome, Physiker und Philosoph sprach über die ideologischen Grundlagen und „Sachzwänge“ der Plutoniumgesellschaft und zeigte Alternativen dazu auf (Siebker 1981: 101 ff.).

Hans Wolfgang Levi vom Hahn-Meitner-Institut hatte seinen Vortrag zum Thema Entsorgung aufgebaut (Levi 1981: 117 ff.). Levi sprach zunächst darüber, dass die Frage der nuklearen Entsorgung nicht nur technische, sondern auch politische Problemlösungen erfordere und die politischen Fragestellungen seiner Ansicht nach in besonderem, vermutlich übertriebenem Maße, diskutiert worden seien. Dann referierte er über die Energie- und Energieforschungspolitik der Bundesregierung und die Aufwendungen für die nukleare Entsorgung. Bezüglich der deutschen Entsorgungspolitik begann er mit der Definition des Verursacherprinzips, gefolgt von einem Absatz über die staatliche Verantwortung für den radioaktiven Abfall und das technische Konzept für die nukleare Entsorgung, das sogenannte integrierte Entsorgungskonzept, das auf der Idee eines geschlossenen Brennstoffkreislaufes basiert. Auch über das typisch deutsche Konzept der räumlichen Integration in nuklearen Entsorgungszentren sprach er. Ein wichtiges Element der Entsorgungspolitik sei die Entsorgungsvorsorge, die besage, dass Genehmigungen für den Bau oder die Inbetriebnahme neuer KKW nur erteilt werden dürften, wenn ein Entsorgungskonzept existiere. Abschließend für diesen Themenkomplex fasste Levi die Vorgänge in Gorleben zwischen 1977 und 1979 zusammen, an deren Ende die Feststellung des niedersächsischen Ministerpräsidenten gestanden hätte, „daß er [der Ministerpräsident] zwar keine sicherheitstechnischen Bedenken habe, es aber nicht in vollem Umfang für politisch realisierbar halte. Seitdem steht Gorleben nur noch als möglicher Standort für Brennelementzwischenlager und unterirdisches Endlager zur Verfügung, d.h. eine Wiederaufarbeitungsanlage soll in Gorleben nicht entstehen“ (Levi 1981: 120). Das integrierte Entsorgungskonzept würde von Bund und Ländern weiterhin verfolgt. Levi bewertete diese Handhabung als flexibler und technisch vernünftiger ohne Einschnitte bei Sicherheitstechnik oder politischen Gesichtspunkten. Anschließend beschrieb er die kommenden Stufen der Entsorgung, die von der Regierung geplant seien (Levi 1981: 121). Diese sollten zunächst die Sicherung der Entsorgung durch Verträge mit der französischen Gesellschaft für nukleare Brennstoffkreisläufe Cogéma umfassen. Im zweiten Schritt seien Kompaktlager an den Kernkraftwerken und regionale Zwischenlager für Brennelemente geplant. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sollte feststehen, inwiefern der Gorlebener Salzstock zur Endlagerung hochaktiver Abfälle

geeignet sei. Außerdem sollte an einem noch nicht bestimmten Ort eine kleinere Wiederaufarbeitungsanlage entstehen. Zeitgleich sollten Untersuchungen zur direkten Endlagerung abgebrannter Brennelemente im Salz durchgeführt werden.

Im zweiten Teil seines Vortrags ging Levi auf die Förderpolitik der Bundesrepublik ein, u.a. im Bereich der Entsorgung. Demnach entfielen mehr als 10% des 6,745 Milliarden DM umfassenden Budgets des Energieprogramms auf die Entsorgung (Levi 1981: 123). Mit der Auflistung der Ausgaben für Energieforschung und -technologie in den Jahren 1977 bis 1980 endet die Dokumentation des Vortrags.

Im veröffentlichten Dokumentationsband findet sich auch ein ausgewähltes Medienecho. Dies ist die einzige Quelle für die Podiumsdiskussion, die sich am zweiten Tag abspielte. Der Evangelische Pressedienst (Jakobus 1980) skizzierte die „außerordentlich kontrovers geführte [...] Podiumsdiskussion“. Teilnehmer der Diskussion seien einerseits Prof. Neider, Prof. Memmert, Dr. Stoll, Prof. Dr. Levi, allesamt Naturwissenschaftler und Befürworter der Kernkraft gewesen, die sowohl die Nutzung der Kern- und Plutoniumtechnologie für gefahrlos hielten als auch die prinzipielle Klärung der Entsorgungsfrage als unkritisch angesehen hätten (Jakobus 1980). Auf der Kritikerseite beteiligten sich Dr. Siebker, George C. Goy, Harald Müller und Luz Metz. Neben den genannten Referenten waren Parteienvertreter von CDU, SPD und Alternativer Liste sowie Pfarrer Oeser für die EKD auf dem Podium. Oeser mahnte an, die Energiefrage holistischer zu betrachten, und in Hinblick auf neue Formen des Zusammenlebens zu diskutieren. Er habe das Wissensgefälle zwischen Industrievertretern und Laien kritisiert, das von ersteren ausgenutzt worden sei (Jakobus 1980).

Im Beitrag in der Berliner Morgenpost vom 27.01.1980 (Baier 1980) wurde ein vernichtendes Urteil gefällt: Die Kernkraftgegner hätten die Redner respektlos behandelt, die Diskussionsleiter seien unfähig gewesen, die Diskussion auf einer sachlichen Ebene zu halten und die ausgelegte Literatur sei ebenfalls einseitig gewesen. Auch andere Journalisten berichteten von Kontroversen und „Frontenbildung“ zwischen Gegner\*innen und Befürworter\*innen (Laufer 1980).

In Hinblick auf die Kriterien des BMFT, die im Merkblatt 1980 (BMFT 1979 ‚Merkblatt 1980‘) festgehalten waren, ist davon auszugehen, dass die Veranstaltung die Voraussetzungen und auch die Ziele des Ministeriums erfüllte, wenn auch hinsichtlich der Ausgewogenheit der Argumentation Kritik vonseiten der Teilnehmenden geäußert worden war. Dennoch waren sowohl Positionen der Pro- als auch der Kontra-Seite vertreten, sodass eine „ausgewogene Gesamtinformation sichergestellt“ war und alle Beteiligten hatten „Gelegenheit zu einer angemessenen Darlegung zum Thema der Veranstaltung“ (BMFT 1979 ‚Merkblatt 1980‘). Ob Experten vom BMFT vorgeschlagen worden waren, ist nicht ersichtlich, auch nicht, ob „vom BMFT benannte interessierte Bürger [...] in angemessener Zahl eingeladen“ worden waren. Mindestens in Form der zitierten Dokumentation wurden die Tagungsinhalte dem Ministerium zur Verfügung gestellt, dieses Kriterium ist also erfüllt worden.

Auch die 1977 von Volker Hauff in seiner damaligen Funktion als Staatssekretär formulierten Ziele des Bürgerdialog Kernenergie (Hauff 1977 ‚Zwischenbilanz‘: 1f.; siehe

Kapitel 4 und 5.2.8.1) wurden mit der Veranstaltung verfolgt und, soweit sich das beurteilen lässt, in weiten Teilen erreicht.

### **PAS-Jugendkongress „Schüler diskutieren mit Experten“**

Eine weitere detaillierter dargestellte Veranstaltung war der PAS-Jugendkongress in Düsseldorf, dokumentiert in der Energiediskussion 3/1980 (o.V. 1980 ‚Energiediskussion in Schulen‘: 31 f.). Es war eine von zwei Fachtagungen des PAS im Jahr 1980 im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie (Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B 145/16855). Das genaue Datum ist nicht bekannt. Veranstalter waren der politische Arbeitskreis Schulen (PAS) und die Junge Presse Nordrhein-Westfalen. Dementsprechend war auch der Kreis der Teilnehmenden zusammengesetzt: Anwesend waren mehr als 100 Jugendredakteur\*innen aus dem gesamten Bundesgebiet, denen aufgrund der Reichweite ihrer Publikationen (ca. 3.000 Jugendzeitungen mit einer jährlichen Gesamtauflage von 8 bis 12 Millionen Exemplaren) von den Veranstaltern eine zunehmende Relevanz zugesprochen wurde. Das Thema des Kongresses war die Nutzung von Kernenergie und ihre Alternativen. Ziel der Veranstaltung sollte es sein mit Experten zu diskutieren, Informationen zu sammeln, und die redaktionelle Aufbereitung der Themen untereinander zu besprechen, „Forum des Erfahrungsaustausches“, „Wissenslücken auffüllen“, „strittige Sachfragen mit namhaften Wissenschaftlern klären“.

Es handelte sich um eine Kombination aus zentraler Vortragsveranstaltung und Arbeitskreisen. Acht Arbeitsgruppen diskutierten verschiedene Aspekte der Kernenergie und ihrer Alternativen unter Anleitung „fachkundiger Referenten“ (nicht weiter benannt). Die Diskussionsführung oblag den Schülerinnen und Schülern selbst. Anscheinend wurden Verlaufsprotokolle der Arbeitskreissitzungen erstellt, die allerdings nicht vorliegen. Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften mit anschließender Plenumsrunde. Unter den Referenten der Podiumsdiskussion „Droht uns der Atomstaat?“ befanden sich keine Mitarbeitenden des BMFT. Bei der Diskussion wurden verschiedene Perspektiven abgedeckt und mit der Nutzung der Atomenergie einhergehende Probleme thematisiert, wobei die Sicht der Gegner\*innen der Atomkraft tendenziell stärker vertreten war. Es diskutierten Professor Dr. Robert Jungk, Zukunftsforscher und Autor mehrerer Bücher zu dem behandelten Thema, Dr. Klaus Traube, früher führender Kernenergiemanager, zum Zeitpunkt der Veranstaltung freier Wissenschaftler, Horst Niggemeier, Mitglied im Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie, Chefredakteur der „Einheit“, Bürgermeister von Datteln, Heinz Brandt, führender Kritiker der Kernenergie in den Reihen der Gewerkschaften sowie Dr. Peter Engelmann, Vorstandsmitglied der Kernforschungsanlage Jülich (o.V. 1980 ‚Energiediskussion in Schulen‘: 31). Der Diskussionsleiter Alexander von Cube war Mitarbeiter des WDR.

Die Teilnehmenden teilten überwiegend die Kritik an der einseitigen Konzentration auf die Kernenergie als Energieträger (o.V. 1980 ‚Energiediskussion in Schulen‘: 32). Alternativen seien von allen Verantwortlichen zu lange nicht erwogen worden, womit die Jugendredakteur\*innen die Hauptverantwortung an der misslichen energiepolitischen Situation bei den Entscheidungsträgern sahen. Sie wünschten sich eine vermehrte

Erforschung erneuerbarer Energiequellen, auch um eine Schädigung der deutschen Wirtschaft abzuwenden.

Die Veranstalter zogen ein durchweg positives Fazit. Besonders hoben sie die inhaltliche Ausrichtung des Kongresses hervor. Es schien eine Seltenheit zu sein, dass sich diese Gruppe zu einem „wichtige[n] politischen Gegenwartsthema“ traf und nicht die „Jugendpresse an sich zum Gegenstand hatte“ (o.V. 1980 ‚Energiediskussion in Schulen‘: 32). Die beim Kongress übermittelten Informationen bewerteten die Veranstalter als kraftvolles Werkzeug zur Stärkung der „Durchsetzungsfähigkeit der Jugendzeitungen gegen Repressionen seitens Schulverwaltungen oder Kultusbürokratie“ (o.V. 1980 ‚Energiediskussion in Schulen‘: 32). Die inhaltliche Vertiefung einzelner Themen wurde ebenfalls sehr positiv bewertet. Eine Folgeveranstaltung im darauffolgenden Jahr unter Einbezug der Lerneffekte und damit einer noch breiteren Aufarbeitung des Themas Kernenergienutzung wurde angekündigt.

Die Werte des Bürgerdialog Kernenergie wurden in der Veranstaltung transportiert z.B. in der Betonung der „Toleranz gegenüber der Meinung des Andersdenkenden“ (o.V. 1980: 31), ebenso wie die inhaltlichen Ziele in Form der Kontextsetzung bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Fragen der Kernenergienutzung, sowie der zukünftigen Energiesicherung vs. Sicherheitsdiskussion. Sprachlich fällt ein Absatz auf, in dem sehr plakativ, fast reißerisch das potentiell unangemessene Verhalten sowohl von zivilgesellschaftlicher als auch von staatlicher Seite angeprangert wurde: „Daneben wollte der Kongreß all denen eine klare Absage erteilen, die ihre Argumentearmut durch das Beschmieren von Hauswänden oder das Werfen von Farbbeuteln zu überdecken versuchen und denen, die demokratische Entscheidungen durch das Abhören von Telefonen oder den Einsatz des Gummiknüppels unterlaufen möchten.“ (o.V. 1980 ‚Energiediskussion in Schulen‘: 31)

Es ist eine starke Fokussierung auf die Wissensvermittlung und die Information über technische Aspekte festzustellen, aber auch eine ganzheitliche Einordnung des Themas in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Insofern sich das anhand einer selbstgeschriebenen Rezension bewerten lässt, waren die Veranstalter und die Veranstaltung in Übereinstimmung mit den Vorgaben des BMFT.

Aus Sicht des Bürgerdialog Kernenergie konnte die Veranstaltung auch hinsichtlich der Zielgruppe als von herausragender Qualität eingeordnet werden: eine junge, gebildete Zielgruppe mit multiplikativer Funktion und enormer Reichweite in ihrer Kohorte und großem Interesse an Informationen zur Deckung von „Wissenslücken“ (o.V. 1980 ‚Energiediskussion in Schulen‘: 31).

### **DGB-Forum: „Kernenergie und Gewerkschaft“**

Im Juni 1981 veranstalteten das Haus der Gewerkschaftsjugend und die Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstands ein 2-tägiges Forum zum Thema Kernenergie und Gewerkschaft, wobei explizit über den Bereich „Energieversorgung und Kernkraft“ diskutiert wurde. Die Veranstaltung war als Mischung aus Vorträgen und Arbeitsgruppen organisiert.

Im Protokoll des Forums liegen die Dokumentationen von sechs Vorträgen vor (Haus der Gewerkschaftsjugend; Abteilung Jugend, DGB-Bundesvorstand 1981: 4 ff.). Den Anfang machte Dr. Friedrich Kienle als Vertreter der Elektrizitätswirtschaft mit seinem Vortrag unter dem Titel „Kernenergie als notwendiger Beitrag zur Energieversorgung“ zu den Themen Energieverbrauch und -bedarf (Kienle 1981: 5 ff.). Dieser enthielt vor allem Wissensvermittlung und Kostenrechnungen. Am Ende gab es vertiefende Nachfragen zur Entsorgung und zum Vergleich der Kosten verschiedener Energieträger.

Als zweites referierte Dieter Teufel vom Öko-Institut in Heidelberg über den Status der Energieversorgung und eine mögliche Lösung der Probleme damit (Stichwort Kraftwärmekopplung), sowie zu bundesweiten und globalen Möglichkeiten zur Bewältigung des Energieproblems (Teufel 1981: 28 ff.).

Unter den Referenten befand sich bei dieser Veranstaltung mit Joachim Böhm ein Vertreter des für das Bundesministerium für Forschung und Technologie tätigen Projektträger DFVLR, der in seinem relativ kurzen Vortrag vor allem zum Energiebedarf und den Ausgaben für verschiedene Energieträger sprach (Böhm 1981: 67 ff.).

Ihm folgten zwei Vertreter der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstands. Botho Riegert begann seinen Vortrag mit einer Reflektion über die Kernkraft-Diskussion im Allgemeinen, wobei er besonderen Wert darauf legte, dass alle Meinungen im Willensbildungsprozess ihre Berechtigung hätten (Riegert 1981: 77 ff.). Anschließend präsentierte er die vielschichtige Position des DGB und griff eine der zentralen Fragen des Bürgerdialog Kernenergie auf: „...da ist eine gesellschaftspolitische Frage zu beantworten: wie wollen wir in Zukunft leben?“ (Riegert 1981: 80). Das zweite DGB-Vorstandsmitglied, Heinz Werner Gabriel, ging näher auf Aspekte rund um die Sicherheitsfrage ein und schnitt auch das Thema Entsorgung sehr kurz an (Gabriel 1981: 105 ff.).

Das letzte Referat wurde von Otthein Rammstedt, Soziologe an der Universität Bielefeld, gehalten, der als Experte für Partizipation und Legitimation über das Verhältnis von Bürgerinitiativen und Gewerkschaften sprach, aber auch über gesellschaftliche, sozialstrukturell bedingte Entwicklungen und einen Wertewandel, der zum Aufschwung der Bürgerinitiativen beigetragen habe, sowie über Risikoforschung (Rammstedt 1981: 117 ff.). Ein Zwischenruf spiegelte die Skepsis am Kern des Bürgerdialog Kernenergie zusammengefasst wider: „[...] die Politiker [bieten] für gesellschaftliche Probleme technische Lösungen an [...], an die sie selbst nicht glauben.“ (Rammstedt 1981: 132)

Die in den beiden dokumentierten Arbeitsgruppen diskutierten Themen deckten ebenso wie die Vorträge zwei sehr unterschiedliche Dimensionen von „Kernenergie und Gewerkschaften“ ab. Die Diskussion in der ersten Arbeitsgruppe war thematisch sehr eng an die tatsächliche Kernenergienutzung angelehnt (o.V. 1981 „Arbeitsgruppe „Sicherheit““: 135 ff.). Hier wurde über Sicherheit diskutiert, und zwar einerseits hinsichtlich technischer Aspekte und andererseits in Bezug auf die Sicherheit der Energieversorgung. Bemerkenswert ist, dass der Berichterstatter bereits in der Einleitung seinen Standpunkt kundtat, dass er die Nutzung von Atomenergie für unnötig hielte. Danach wurden verschiedene, komplexe Aspekte des Themas Sicherheit näher erläutert. In diesem Teil wurde also eine breite Basis an Informationen vermittelt, wobei

– insofern sich das an den Zwischenfragen ablesen lässt – insgesamt eine gute Stimmung herrschte und das Verhältnis zwischen Berichterstatter, Experte und Teilnehmenden harmonisch erscheint. Im Laufe der anschließenden Diskussion (o.V. 1981 „Arbeitsgruppe „Sicherheit““: 157 ff.) gab der Experte den Jugendlichen Tipps, wie sie sich mit ihren Positionen in den gewerkschaftlichen Meinungsbildungsprozess einbringen können. Im Laufe der Diskussion wurden in dieser Arbeitsgruppe auch Fragen aufgeworfen, die sich mit der Überschrift der zweiten Arbeitsgruppe deckten und die aufkommende Konkurrenzsituation zwischen Gewerkschaft und Bürgerinitiativen berührten.

Die zweite Arbeitsgruppe führte ihre Diskussion auf einer selbstkritischen, reflektierenden Ebene und betraf die mit dem Aufkommen der Bürgerinitiativen im Zuge der Kernenergienutzung verbundenen Herausforderungen für die Gewerkschaft (o.V. 1981 „Arbeitsgruppe „Zum Verhältnis von Bürgerinitiativen und Gewerkschaftsbewegung““: 179 ff.). Die sehr lebhaft und mitunter auch konfrontativ geführte Diskussion drehte sich im Kern um die Frage, wie mit Bürgerinitiativen zusammengearbeitet werden könne, wie Menschen dazu bewegt werden könnten sich (weiter) bei den Gewerkschaften zu engagieren statt bei Bürgerinitiativen, welche Hürden, welche Abgrenzungen es gebe zwischen den beiden Organisationsformen. Dabei kam eine gewisse Unzufriedenheit der Diskussionsteilnehmer\*innen an der Starrheit der Gewerkschaften zum Ausdruck. Damit verbunden war die Angst, dass die Gewerkschaften, insbesondere in der Jugend, keinen Zulauf mehr bekommen und die potentiellen Mitglieder sich lieber in den Bürgerinitiativen engagieren würden.

Die Ausgewogenheit unterschiedlicher Positionen war bei der Veranstaltung gegeben. Unter den Wissenschaftlern lieferten sich vor allem Teufel und Kienle eine vielseitige Debatte über die Möglichkeiten verschiedener Energieträger und zu Fragen der Energieversorgung. Soweit sich das aus den Protokollen der beiden Arbeitsgruppen ableiten lässt, war auch hier die Besetzung insofern gut gewählt, da die Experten der 1. Arbeitsgruppe atomkritisch eingestellt schienen und die Diskussion mit den Teilnehmenden überwiegend konfliktarm war, wohingegen sich in der 2. Arbeitsgruppe eher kontroverse Diskussionen entspannen.

In seinem Vortrag kritisierte Teufel das BMFT stark für die Verteilung seiner Forschungsausgaben (Teufel 1981: 64 f.). Er vertrat die Position, dass die erneuerbaren Energien deutlich stärker erforscht und genutzt werden müssten, dass aber von Seiten des Ministeriums die Kernenergie weit überproportional mit öffentlichen Geldern bedacht würde.

Der Vertreter des BMFT ging in seinem Beitrag nicht auf die erneuerbaren Energieträger ein, sondern verwies einmal mehr darauf, dass „große finanzielle Anstrengungen unternommen [werden], um den Bürgern umfassende, frei von wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen getragene Informationen zur Meinungsbildung bereit zu stellen“ (Böhm 1981: 69). Auch die Nachteile der Nutzung von Kohle als Alternative hob er hervor.

Der Protokollband endet mit Begriffserklärungen, Informationen zu Materialien für das Forum sowie Literaturhinweisen. Eine weitere Bewertung oder Einordnung der

Veranstaltung ist schwer möglich, da die Referate und Ergebnisse der Arbeitsgruppen zwar in einem Band dokumentiert sind, allerdings keine Meta-Informationen durch Presseberichte o.ä. vorliegen. Dennoch lässt sich feststellen, dass die vom BMFT formulierten Ziele, wie das, verschiedene Meinungen darzustellen, indem Pro- und Kontraseite zu Wort kämen, oder die Einbettung der Kernenergienutzung in den gesamtgesellschaftlichen Kontext, hier erfüllt wurden. Durch die Teilnahme eines BMFT-Vertreters konnte der Standpunkt des Bundesforschungsministeriums deutlich gemacht werden.

## **5.5 Austausch zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen**

### **5.5.1 Gesprächskreis Kernenergedialog**

Im Vermerk des Bundesministers für Forschung und Technologie zur „Informations- und Diskussionsaktion der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“ von Januar 1977 (Matthöfer 1977 ‚Informations- und Diskussionsaktion‘, BArch, B 136/10903) ist die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen im Bürgerdialog Kernenergie verankert und klar umrissen. So werden Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbände als präferierte Dialogpartner der ersten Stunde genannt, mit denen seit 1975 das Gespräch gesucht worden sei. Diese Sichtweise vertritt Bundesminister Matthöfer in seiner Rede bei der Reaktortagung in Nürnberg im April 1975, wo er sagte (Matthöfer 1975 ‚Kernenergie und Öffentlichkeit‘: 456): „Wir müssen die Sprecher von Umweltinitiativen als Partner in einem Dialog ansehen, der unbeteiligten und passiven Bürgern eine bessere, eigene Meinungsbildung ermöglicht.“ Im o.g. Vermerk von 1977 (Matthöfer 1977 ‚Informations- und Diskussionsaktion‘, BArch, B 136/10903) wird diese Einstellung bestätigt. Die Bürgerinitiativ- und Umweltverbände seien von Beginn an in die Planung und Gestaltung von Seminaren im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie einbezogen worden. Ab 1976 seien auch Träger der Erwachsenenbildung involviert worden, um Veranstaltungen für Bürger\*innen auszurichten.

Ab 1977 konkretisierte der Minister dann den Dialog. Die großen gesellschaftlichen Gruppen Kirchen, Gewerkschaften und Parteien sollten nun vermehrt in intensive Diskussionen eingebunden sein. Ebenso wie bei den Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbänden auf Bundesebene sollte innerhalb der Gruppen genauso wie zwischen ihnen und mit den Bürger\*innen ein breiter Diskussionsprozess in Gang gebracht werden. Dies bestätigt auch das Ergebnisprotokoll einer Hausbesprechung im BMFT zum Bürgerdialog Kernenergie am 25.11.1976. Darin wurde festgehalten, dass Ministerbriefe mit Gesprächseinladungen an die großen gesellschaftlichen Gruppen und Verbände versendet werden sollten, um diese verstärkt „in den öffentlichen Diskussionsprozeß und den Dialog mit dem Bürger über Kernenergie“ einzubeziehen (Lang 1976 ‚Hausbesprechung‘, BArch, B 196/34252). In diesem Protokoll als Adressaten aufgeführt waren DGB, Evangelische und Katholische Kirche, SPD, FDP, CDU, CSU,

Deutscher Volkshochschulverband, BDI / BDA, Deutscher Bundesjugendring, Ring Politischer Jugend sowie Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbände, wobei konkret genannt wurden: BBU, Bund Natur- und Umweltschutz, DNR, WSL, BfL. Außerdem zählten auch ARD und ZDF zu der Liste. Die Verbände und Organisationen sollten dazu eingeladen werden, „sich an der Gestaltung dieses Dialogs zu beteiligen, Vorschläge zu Themen, Struktur [sic!] und Organisation dieses Gesprächsprozesse zu machen“, außerdem sollte Unterstützung von Seiten des BMFT angeboten werden (Lang 1976 ‚Hausbesprechung‘, BAArch, B 196/34252). Es war nicht vorgesehen, in diesem Rahmen inhaltlich zu diskutieren. Gut dreieinhalb Monate später startete im BMFT dazu dann das Format „Gesprächskreis mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen“, auch als „Gesprächskreis Kernenergie-dialog“ bezeichnet, zum Austausch und zur Rückkopplung mit den gesellschaftlichen Gruppen.

In den Jahren 1977 bis 1981 sind fünf Gesprächskreise dokumentiert (BAArch, B 136/10904), die damit in die Amtszeit von drei Ministern fielen. Tabelle 11 gibt einen Überblick über die Eckdaten der fünf Gesprächskreise.

Minister Matthöfer wollte den Kreis der teilnehmenden gesellschaftlichen Gruppen „von Fall zu Fall bei entsprechendem Bedarf zusammentreten“ lassen (Lang 1977 ‚Ergebnisprotokoll 18. März 1977‘, BAArch, B 106/52569), wobei nicht näher ausgeführt wurde, worin genau der Bedarf bestehen würde. Zusätzlich zu den oben genannten Gruppen waren auch Verbandsvertreter\*innen eingeladen, z.B. von Wirtschaftsverbänden, dem Bauernverband oder den Gewerkschaften. Verteilt über die fünf Termine beteiligten sich in wechselnder Besetzung mindestens 47 gesellschaftliche Gruppen mit teilweise mehreren Vertreter\*innen an den Treffen (die genaue Auflistung findet sich im Anhang in Tabelle 15). An allen fünf Treffen beteiligten sich fünf Gruppen: BBU, BUND, DGB, DNR und EKD. Darüber hinaus nahmen Mitarbeitende des BMFT und weiterer Ministerien an den Treffen teil. Die Protokolle der Treffen wurden im Nachgang an „die Mitglieder des Gesprächskreis Kernenergie“ versendet (z.B. Niederelz 1980 ‚Anschreiben vom 9. Mai 1980‘, BAArch, B 145/16855).

Die Teilnehmendenzahl nahm im Laufe der Jahre immer weiter zu, bei den letzten beiden Treffen waren fast gleich viele Gruppen beteiligt. Zu Beginn seien die Gesprächskreise eher formlos gewesen, im Laufe der Zeit hätten sie sich weiter ausdifferenziert (Zeitzeugen-Interview Hauff), was in Hinblick auf die zuletzt erreichte Zahl an teilnehmenden Gruppen auch nicht anders denkbar gewesen wäre. Die Treffen waren von Seiten des Ministeriums sehr umfassend vorbereitet und wurden allem Anschein nach auch über das Ministerium hinaus sehr wichtig genommen. Für den 3. Gesprächskreis im Jahr 1979 ist dokumentiert, dass neben dem Bundesforschungsminister und seinen Mitarbeiter\*innen auch Vertreter\*innen des Bundeskanzleramts, des Bundesinnen- sowie des Wirtschaftsministeriums teilnahmen (Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Teilnehmerliste 24.1.1979‘, BAArch, B 136/10904).

Der zeitweise mit dem Bürgerdialog Kernenergie betraute BMFT-Mitarbeiter Peter Niederelz erklärte im Rückblick, dass die Anregungen aus den Gesprächskreisen durchaus Gehör gefunden hätten und vom Bundesforschungsminister auf Basis der

Protokolle der Treffen zumindest teilweise aufgenommen worden seien (Zeitzeugen-Interview Niederelz). Dementsprechend liegt für alle fünf Treffen mindestens das Ergebnisprotokoll vor, allerdings in unterschiedlicher Ausführlichkeit, Qualität und Tiefe (Lang 1977 ‚Ergebnisprotokoll 18. März 1977‘, BArch, B 106/52569; Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904; Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Protokoll 24. Januar 1979‘, BArch, B 136/10904; Niederelz 1980 ‚Ergebnisprotokoll 28. Februar 1980‘, BArch, B 145/16855; Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B 145/16855). Die ersten vier Treffen wurden vom BMFT in der Energiediskussion aufgegriffen (Matthöfer 1977 ‚Vorwort‘, Energiediskussion 4/77: 1 f.; Bundesminister für Forschung und Technologie / Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 1978 ‚Energiediskussion geht weiter‘, Energiediskussion 1/78: 2 f.; Bundesminister für Forschung und Technologie / Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 1979 ‚Vorschläge und Anregungen‘, Energiediskussion 1/2/1979: 48; Bundesminister für Forschung und Technologie / Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 1980 ‚Neue Schwerpunkte‘, Energiediskussion 3/80: 1). Der letzte Gesprächskreis, unter Beteiligung, aber in Abwesenheit von Minister von Bülow, fand keine Erwähnung mehr, was vermutlich dem nahenden Ende des Bürgerdialogs geschuldet war.

**Tabelle 11: Eckdaten der fünf Gesprächskreise zwischen BMFT und Vertreter\*innen gesellschaftlicher Gruppen**

<b>Nr.</b>	<b>Datum und Titel</b>	<b>Schwerpunkt des Gesprächskreises</b>	<b>Aktueller Minister</b>	<b>Vertretene gesellschaftliche Gruppen</b>
1	18.03.1977 Kernenergiegespräch mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen	Grundsätzliches zum Bürgerdialog und Rahmensetzung für Meinungs- und Willensbildungsprozess innerhalb der Gruppen	Matthöfer	17
2	13.12.1977 Gesprächskreis Kernenergie	Kritik am und Verbesserungsvorschläge für den Bürgerdialog	Matthöfer	20
3	24.01.1979 Gesprächskreis Kernenergie Diskussion	Bereitschaft zum Dialog, Erfahrungsaustausch und Ideen für Weiterentwicklung	Hauff	25

Nr.	Datum und Titel	Schwerpunkt des Gesprächskreises	Aktueller Minister	Vertretene gesellschaftliche Gruppen
4	28.02.1980 Gesprächskreis Kernenergie	Verkündung von und Forderung nach Ausdehnung auf weitere Schwerpunkte, u.a. Entsorgung	Hauff	28
5	20.01.1981 Gesprächskreis Energiedialog / Energiediskussion	Budgetkürzung, große Nachfrage nach Fördergeldern, Diskussion über neue thematische Schwerpunkte	von Bülow (nicht anwesend)	27

Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung. Ausführlicher Überblick im Anhang.

### **18.03.1977: Kernenergiegespräch mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen**

Das erste Treffen dieser Art fand am 18. März 1977 auf Einladung von Bundesforschungsminister Matthöfer statt (Hauff 1977 ‚Zwischenbilanz‘: 2; Matthöfer 1977 ‚Energiediskussion 4/77‘: 1). Unter dem Titel „Kernenergiegespräch“ beteiligten sich 18 Vertreter\*innen von 17 gesellschaftlichen Gruppen, u.a. von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen, den Kirchen, Wirtschaftsverbänden und politischen Parteien. Auch ein Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks war anwesend (Lang 1977 ‚Ergebnisprotokoll 18. März 1977‘, BArch, B 106/52569). Im Vorfeld hatte Minister Matthöfer einen Themenkatalog verteilt, der diskutiert werden sollte und der dem des Merkblatts entsprach. Fragen der Entsorgung oder Endlagerung waren darin nicht aufgeführt. Im Ergebnis des Treffens äußerten sich generell alle Gruppen zustimmend hinsichtlich der Fortführung des Bürgerdialog Kernenergie, auch wenn es inhaltliche Verbesserungsvorschläge gab. Diese Vorschläge und Wünsche zur weiteren thematischen Ausgestaltung des Bürgerdialogs differierten naturgemäß entsprechend der Ausrichtung der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppe. Die Frage der rationellen Energienutzung und -verwendung wurde sowohl vom BBU als auch vom Bund Natur- und Umweltschutz thematisiert, ebenso wie die Frage nach der grundsätzlichen Notwendigkeit der Kernenergienutzung. Von Seiten der CDU kam die Forderung nach mehr Versachlichung und einer Fokussierung auf Fakten. Die Wirtschaftsverbände sprachen sich insgesamt für die Kernenergienutzung aus, von Seiten des DGB wurden mehr Diskussionen und sachliche Informationen über die Risiken der Kernenergie gefordert. Auf Anregung der evangelischen Kirche und der Bürgerinitiativen sollte der Themenkatalog um den Punkt „Moral, Ethik und Wachstumsfragen“ erweitert werden.

Eine Zielsetzung des Gesprächskreises aus Sicht des BMFT war die Anleitung des koordinierten Austausches der Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gruppen sowie

der Meinungs- und Willensbildung in den gesellschaftlichen Gruppen. Den Gruppen wurde vorgeschlagen, die Ergebnisse ihrer internen Meinungs- und Willensbildung in Form von Stellungnahmen zu veröffentlichen (Matthöfer 1977 ‚Thematik und Organisation‘, BArch, B 106/52569). Diese sollten vom BMFT dokumentiert und Parlamenten, Regierungen, den gesellschaftlichen Gruppen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Matthöfer verwies zuletzt auf die finanzielle und fachliche Unterstützung für Aktivitäten wie Seminare (Lang 1977 ‚Ergebnisprotokoll 18. März 1977‘, BArch, B 106/52569). Am Ende des Treffens wurde die Fortführung des Gesprächskreises beschlossen und der Minister beendete die Sitzung mit der Feststellung, es habe ein erfreuliches Gesprächsergebnis erzielt werden können.

### **13.12.1977: Gesprächskreis Kernenergie**

Das zweite Treffen zwischen Minister Matthöfer und 24 Vertreter\*innen von 20 gesellschaftlichen Gruppen fand am 13.12.1977 unter dem Titel „Gesprächskreis Kernenergie“ statt. Matthöfer resümierte darüber in einer Pressemitteilung vom 14.12.1977, die sehr viel Raum zwischen den Zeilen ließ (Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1977 ‚Diskussion wird 1978 fortgesetzt‘, BArch, B 136/10904): „Die genannten Stellungnahmen und Beschlüsse zeigen, daß in den Grundlinien der Energiepolitik und Energieforschungspolitik zwischen der Bundesregierung und den großen gesellschaftlichen Gruppen im Grundsatz weitgehend Übereinstimmung besteht.“

Dem Ergebnisprotokoll ist zu entnehmen, dass der Gesprächskreis mit Erfahrungsberichten und gleichzeitig Verbesserungsvorschlägen für die weitere Kernenergie Diskussion in Form des Bürgerdialog Kernenergie begann (Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904). In der Diskussion wurde unter anderem die Ergebnisoffenheit des Prozesses gefordert bzw. deren Fehlen bemängelt (Haverbeck (WSL) in Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904), ebenso wurde die Konfrontation verschiedener Ansichten zur Kernenergienutzung gewünscht (Genzer (Deutscher Industrie- und Handelstag) in Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904). Minister Matthöfer betonte den Anspruch des Ministeriums, in der Kernenergie Diskussion umfassende Informationen zu ermöglichen und einen größeren energie-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhang herzustellen. Gleichzeitig wies er darauf hin, „daß die Regierung verpflichtet ist, ihren Standpunkt und ihre Politik immer wieder zur Diskussion zu stellen, auch mit der Bereitschaft, die Politik zu ändern, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte“ (Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904).

Der BBU forderte, das Wort „Kernenergie“ zukünftig in Anzeigen nicht mehr zu verwenden, da diese nicht vertretbar sei, und kritisierte, dass v. a. in den BMFT-Publikationen kritischen Stimmen nicht ausreichend Raum gegeben würde. Der Minister verwehrte sich gegen die Kritik der einseitigen Information. Der BBU forderte wie bereits beim ersten Gesprächskreis mehr Aufklärung der Bevölkerung in Hinblick auf sparsamere Energieverwendung (Duffner (BBU) in Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904). Bevor der Minister das Treffen verließ, versuchte

er den kritischen Blick auf die Kernenergienutzung zu relativieren, indem er auf die Gefahren und Probleme anderer Energiequellen verwies und erneut den „Gesamtzusammenhang“ und die Auswirkungen auf die Beschäftigungsproblematik betonte (Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904). Als die Diskussion sich zunehmend in eine inhaltliche Richtung bewegte, verwies BMFT-Mitarbeiter Lang auf die organisatorische Ausrichtung des Gesprächskreises und erinnerte die gesellschaftlichen Gruppen an ihre Verantwortung sich „in strukturierten Diskussionsprozessen stärker an der Meinungs- und Willensbildung [zu] beteiligen“ (Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904). Auch in der „Fortführung der Diskussion“, also bei der konkreten Umsetzung von Veranstaltungen, sah er verstärkt die gesellschaftlichen Gruppen in der Pflicht, hier werde sich das BMFT zukünftig weniger einbringen. Außerdem betonte er, alle Positionen würden innerhalb des Diskussionsprozesses ernst genommen.

Abschließend wurde besprochen, dass bezuschusste Veranstaltungen im Bürgerdialog Kernenergie auch im Jahr 1978 fortgeführt werden sollten, weiterhin mit finanzieller Unterstützung für die gesellschaftlichen Gruppen durch das BMFT (BMFT 1977 ‚Vorschlag zur fachlichen und finanziellen Unterstützung‘, BArch, B 136/10904 als Vorläufer von „Merkblatt zu Anträgen auf Zuwendungen zu Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichen Diskussion über Nutzen und Risiken der Kernenergie“ von Januar 1978, BMFT 1978 ‚Merkblatt 1978‘, BArch, B 136/10904). Für die inhaltliche Ausrichtung sollte weiter der beim letzten Treffen vereinbarte Themenkatalog maßgeblich sein (Matthöfer 1977 ‚Thematik und Organisation‘, BArch, B 106/52569, Tabelle 9). Die gesellschaftlichen Gruppen (Tabelle 15) wurden gebeten, inhaltliche und organisatorische Vorschläge hinsichtlich der Fortführung des Bürgerdialog Kernenergie beim BMFT einzureichen (Lang 1978 ‚Ergebnisprotokoll 13. Dezember 1977‘, BArch, B 136/10904) sowie die Informationen an ihnen ähnliche Institutionen weiterzuleiten (Lang 1978 ‚Brief an die teilnehmenden Organisationen‘, BArch, B 136/10904). Ob und inwiefern von diesem Angebot Gebrauch gemacht bzw. der Bitte nachgekommen wurde, ist nicht dokumentiert. Darüber hinaus wies das BMFT darauf hin, dass Einzelgespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen geplant seien, um die Details der weiteren Beteiligung am Bürgerdialog Kernenergie zu besprechen.

Zwei entsprechende Ministergespräche mit Umweltschutz- und Bürgerinitiativgruppen sind sehr ausführlich dokumentiert: zum einen das Gespräch zwischen dem neuen Bundesminister Volker Hauff und dem Deutschen Bund für Lebensschutz am 20. Juni 1978 (Lang 1978 ‚Unterlagen Gespräch Deutscher Bund für Lebensschutz‘, BArch, B 196/34251), sowie zwei Tage später am 22. Juni 1978 ein Gespräch zwischen Hauff und Vertretern des BBU, namentlich Hans Günter Schumacher und weiteren Vorstandsmitgliedern (Lang 1978 ‚Vorbereitungsmappe Gespräch BBU am 22.6.1978‘, BArch, B 196/34251). Bei beiden Gesprächen wurde über den Bürgerdialog Kernenergie gesprochen sowie Fragen der Energiepolitik und -forschung diskutiert (Bundesminister für Forschung und Technologie 1978 ‚Bundesminister Volker Hauff vor Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbänden‘, Energiediskussion 4/78: 2). Klara Enss vom BfL übte in dem Treffen darüber hinaus direkte Kritik am Gesprächskreis vom 13.12.1977: Die vorbereitenden Sitzungsunterlagen seien nicht im Vorfeld versandt worden, der Kreis

der Teilnehmenden sei vorab nicht kommuniziert worden und der Themenkatalog solle ergänzt werden (Lang 1978 ‚Gespräch mit dem BfL‘, BArch, B 196/34251). Lang schlug dem Minister in seinem Vermerk vor, der Kritik in allen drei Punkten zuzustimmen und für kommende Termine eine Verbesserung zuzusagen. Besonders interessant ist der Vermerk zur Forderung nach der Erweiterung des Themenkatalogs: „Unproblematisch. Entsprechende Ergänzungen sollten zugesagt werden, wenn Themenkatalog neu gedruckt wird.“ (Lang 1978 ‚Gespräch mit dem BfL‘, BArch, B 196/34251) Außerdem sei es notwendig, dass alle teilnehmenden Gruppen vor Beginn des nächsten Treffens eine Übersicht über die eingereichten Vorschläge erhielten. Nur so könne „Übereinstimmung aller Partner über Form und Inhalt eines loyalen Dialogs garantiert werden“ (Enss 1978 ‚Vorschläge‘, BArch, B 196/34251)

Eine vertiefende Betrachtung des Gesprächs mit dem BBU sowie eine kurze Zusammenfassung des Treffens mit dem Deutschen Bund für Lebensschutz folgen im nächsten Kapitel.

#### **24.01.1979: Gesprächskreis Kernenergie Diskussion**

Für den 24.01.1979 lud Hauff, nun Minister, zum dritten Gesprächskreis mit den gesellschaftlichen Gruppen, zur „Kernenergie Diskussion“, ein. Der Termin sollte „dem Erfahrungsaustausch über die öffentliche Kernenergie- und Energiediskussion, sowie dem Gespräch über Vorschläge und Anregungen für die Fortführung der Aktion im Jahre 1979 dienen“ und entsprach damit der Zielsetzung der beiden vorherigen Gesprächskreise (Lang 1978 ‚Brief an Klaus Bölling vom 9. November 1978‘, BArch, B 145/16855). In der Einladung an die gesellschaftlichen Gruppen bat der Minister zur Vorbereitung des Treffens um Zusendung von Stellungnahmen zur öffentlichen Kernenergie- und Energiediskussion aus Sicht der Organisationen. Neun Stellungnahmen gingen ein auf deren Basis die Positionen der Absender in der Energiediskussion 1/2/1979 veröffentlicht wurden (Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Vorschläge und Anregungen‘, Energiediskussion 1/2/1979: 48). Alle Gruppen äußerten Kritik oder machten konstruktive Verbesserungsvorschläge, aber keine Gruppe lehnte die Fortsetzung des Bürgerdialogs grundsätzlich ab. Von Seiten der organisierten Zivilgesellschaft reichte lediglich der Deutsche Naturschutzring eine Stellungnahme ein, die auf „eingehender Diskussion“ des entsprechenden Arbeitskreises basierte (Engelhardt 1978, BArch, B 145/16855). Sehr dezidiert äußerte der Verband darin Kritik und stellte Forderungen hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung des Prozesses (DNR 1978 ‚Stellungnahme‘, BArch, B 145/16855). Beispielsweise kritisierte der DNR die überproportionale Beteiligung von Vertretern der Kernenergie bei einer Tagung im August 1978, die zu einem „reichlich euphorischen Bild der Sicherheitslage“ geführt habe. Mit Bezugnahme auf die Aufforderung von Minister Hauff, Persönlichkeiten im Bereich des Umweltschutzes vorzuschlagen, die die Contra-Seite in der Diskussion mit objektiven Argumenten abdecken könnten, war dem Schreiben eine Liste mit neun Experten beigelegt, verbunden mit der Bitte, diese zum kommenden Gesprächskreis einzuladen. Keiner der Namen findet sich auf der Teilnehmerliste des 24.01.1979 wieder. Sicherheitstechnische Fragen sollten nach Ansicht des DNR stärker berücksichtigt werden, ebenso wie der Zusammenhang zwischen ökologischer, ökonomischer und

sozialer Sicherheit. Der Weltbund zum Schutz des Lebens reagierte zwar ebenfalls auf den Brief des Bundesministers, legte seinem Antwortschreiben aber keine Stellungnahme bei (Haverbeck 1978, BArch, B 145/16855).

Die Akten erlauben keine Rückschlüsse darauf, warum sich andere Umwelt- und Bürgerinitiativverbände nicht mit einer Stellungnahme beteiligten. Auf die Frage nach den Gründen für die generell mangelnde Beteiligung in Form von Stellungnahmen fand auch die Redaktion des BMFT-Magazins *Energiediskussion* keine Antwort (siehe Kapitel 5.2.3).

Am Beispiel der 3. Sitzung ist gut belegt ist, dass den gesellschaftlichen Gruppen sehr umfangreich Einblick in die Zahlen hinter dem Bürgerdialog Kernenergie gegeben wurde, beispielsweise in Hinblick auf Kosten und Umfang der Aktivitäten im Rahmen der Aktion (BMFT 1978 ‚Übersicht über die Öffentlichkeitsarbeit 1978‘, BArch, B 145/16855).

Beim Gesprächskreis am 24.01.1979 waren 25 gesellschaftliche Gruppen mit 31 Personen vertreten (Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Teilnehmerliste 24. Januar 1979‘, BArch, B 136/10904), allesamt „Teilnehmer des Bürgerdialog Kernenergie, mit Hilfe dessen sich das BMFT bemüht, den Informationsstand der Bevölkerung über die Kernenergie zu erhöhen und die Akzeptanz zu steigern“ (Buß 1979 ‚Internes Ergebnisprotokoll‘, BArch, B 145/16855). Die grundsätzliche Ausrichtung des Bürgerdialogs, der sowohl kernkraftfeindliche als auch die friedliche Nutzung bejahende Positionen zu Wort kommen ließe, wurde begrüßt. Von Seiten der gesellschaftlichen Gruppen standen neben der unterstellten „Unentbehrlichkeit der Kernenergienutzung“ u.a. die Wünsche nach Priorisierung der Sicherheit der Bevölkerung und eine Verbesserung des Katastrophenschutzes (Buß 1979 ‚Internes Ergebnisprotokoll‘, BArch, B 145/16855). Ihre Ablehnung gegenüber der Kernenergienutzung betonten die Jungdemokraten und die teilnehmenden Umweltverbände, nichtsdestotrotz stimmten sie generell der weiteren Beteiligung am Bürgerdialog zu (Buß 1979 ‚Internes Ergebnisprotokoll‘, BArch, B 145/16855). Wie in Kapitel 5.4.2 bereits dargelegt, forderten mehrere gesellschaftliche Gruppen eine thematische Ausweitung des Bürgerdialog Kernenergie (Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Protokoll 24.01.1979‘, BArch, B 136/10904). Der Vertreter der Evangelischen Kirche verkündete, seine Institution wolle sich zukünftig – inhaltlich neutral – am Bürgerdialog Kernenergie beteiligen, was sie bis dato abgelehnt hätte, „da sie ihn als Teil einer Durchsetzungsstrategie für die Anwendung der Kernenergie“ gesehen habe (Buß 1979 ‚Internes Ergebnisprotokoll‘, BArch, B 145/16855). In der vorab versandten Stellungnahme hatte Pfarrer Kurt Oeser dargelegt, dass bisher der mangelnde dialogische Charakter des Bürgerdialogs gegen die Beteiligung der EKD am Bürgerdialog Kernenergie gesprochen habe (Oeser 1978, BArch, B 145/16855). In der Stellungnahme schrieb Oeser von einem Erfahrungsaustausch mit dem BMFT am 14.12.1978, der also nur wenige Tage vor dem Verfassen des Papiers stattgefunden haben soll und zu dem keine weiteren Unterlagen vorliegen. Dieser habe gezeigt, dass die Positionen der Evangelischen Akademien respektiert und anerkannt würden. Das war die Grundlage für eine zukünftige Beteiligung der Evangelischen Kirche am Bürgerdialog Kernenergie, da dort vom BMFT betont wurde „aus dem ‚Bürgerdialog Kernenergie‘ tatsächlich einen Dialog werden zu lassen“ (Oeser 1978, BArch, B 145/16855). Die Zustimmung der

Evangelischen Kirche zur Beteiligung am Bürgerdialog Kernenergie ebnete den Weg für die Ausrichtung großer, geförderter Veranstaltungen wie der Tagung „Wissenschaft und Öffentlichkeit“ vom 7.-9. März 1980 (siehe Kapitel 5.4.8).

Laut internem Protokoll des Vertreters des Bundespresseamts äußerte Minister Hauff in der Sitzung die Willensbekundung (Buß 1979 ‚Internes Ergebnisprotokoll‘, BArch, B 145/16855): „Niemand wird mich für ein Verfahren gewinnen, daß [sic!] die Vokabeln ‚Durchsetzung‘, ‚Kostensituation‘, ‚Sachzwang‘ für wichtiger hält als das Bemühen, im Gespräch mit dem Bürger sozial verträgliche Lösungen zu finden.“ Insofern das der Dokumentation des Treffens zu entnehmen ist, war es kooperativ und wenig konfrontativ. Unbesehen der gegensätzlichen Positionen zur Kernenergienutzung erklärten sich alle Beteiligten weiter zum Dialog bereit.

### **28.02.1980: Gesprächskreis Kernenergie**

Am 28.02.1980 fand der vierte Gesprächskreis Kernenergie statt. Minister Hauff, zehn Mitarbeiter\*innen aus dem BMFT und ein Mitarbeiter der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) – zuständig für die Fördermittelabwicklung – trafen mit 31 Personen aus 28 gesellschaftlichen Gruppen zusammen (Niederelz 1980 ‚Teilnehmerliste 28.02.1980‘, BArch, B 145/16855). Das Treffen begann mit einem Statement von Minister Hauff in dem er über die politische Diskussion im Energie- und Umweltbereich resümierte (Niederelz 1980 ‚Ergebnisprotokoll 28. Februar 1980‘, BArch, B 145/16855). Er sprach wie bei den vergangenen Treffen Nutzen und Risiken unterschiedlicher Energieträger an und erklärte, dass im Bereich der Entsorgung in Übereinstimmung zwischen Bundesregierung und den Ministerpräsidenten alternative Technologien geprüft würden. Er nannte drei Prioritäten im Energieprogramm: 1. Sparsame und rationelle Energieverwendung, 2. Vorrang für die Kohle und 3. Verstärkte Entwicklung und Förderung von Alternativen zur Kernenergie. Damit griff er Themen auf, die unter anderem in vergangenen Gesprächskreisen immer wieder von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen thematisiert worden waren. Minister Hauff verkündete außerdem die geplanten neuen Schwerpunkte im Bürgerdialog Kernenergie, die Fragen der Gesamtökologie und der sozialen Folgewirkungen neuer Energietechnologien betreffen. Des Weiteren sollte der Bürgerdialog in seinen Grundzügen weitergeführt werden wie bisher. Der Minister hob die bemerkenswert hohe Beteiligung der Öffentlichkeit am Diskussionsprozess zum Energiethema ebenso hervor wie das Engagement der gesellschaftlichen Gruppen. Darin sehe er „einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil unserer demokratischen Gemeinschaft“ (Niederelz 1980 ‚Ergebnisprotokoll 28. Februar 1980‘, BArch, B 145/16855). In der anschließenden Diskussion standen alternative Energieträger, Energiesparmöglichkeiten sowie aus der Richtung der Verbände und Bürgerinitiativen auch Fragen nach der Entsorgung im Fokus. So stellte beispielsweise ein Vertreter der Wirtschaft fest, dass ein integriertes Entsorgungskonzept von Bund und Ländern einen Fortschritt darstellen würde, und der Vertreter des BBU warf die Frage auf, ob die Bundesregierung davon ausgehe, dass der Atommüll entsorgbar sei. Das sehr kurz gehaltene Protokoll enthält keine Antwort des Ministers auf diese beiden Beiträge. Pfarrer Oeser (EKD) befürwortete eine Diskussion

über die Entsorgungsfrage ebenfalls, seiner Ansicht nach sei bislang „jede Art von Entsorgungstechnik [...] gut abzulehnen“ (Niederelz 1980 ‚Ergebnisprotokoll 28. Februar 1980‘, BArch, B 145/16855). Außerdem wurde über die Fördermöglichkeiten und den Umfang der finanziellen Unterstützung gesprochen, sowie übereinstimmend aus mehreren Gruppen über eine mögliche Ausweitung des Konzepts auf andere Themen wie beispielsweise neue Technologien und Folgenabschätzung. In seiner Antwort auf diese Beiträge verwies Hauff auf die um 500 % gestiegene Nachfrage nach Fördergeldern im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie und äußerte seine Hoffnung auf eine Steigerung der finanziellen Möglichkeiten in 1981. Dass diese stattdessen gekürzt werden sollten, war zum Zeitpunkt des Treffens noch nicht klar gewesen. Zur Bilanzierung der Positionen der gesellschaftlichen Gruppen und Einbezug ihrer Stellungnahmen in die Überlegungen des Ministeriums wurde am Ende der Sitzung eine Arbeitstagung zugesagt (Niederelz 1980 ‚Ergebnisprotokoll 28. Februar 1980‘, BArch, B 145/1685). Wer daran teilnehmen sollte, ist dem Protokoll nicht zu entnehmen, auch liegen zu dieser Arbeitstagung keine weiteren Informationen oder Dokumentationen vor, so dass nicht gesichert ist, ob sie tatsächlich stattfand.

Die Größe des Gesprächskreises hatte natürlich direkte Auswirkungen auf die Dynamik in der Runde, die einzelnen Diskussionsbeiträge wurden im Protokoll zusammengefasst und es gab nicht den Anschein einer kontroversen Debatte. Dass nicht auf Fragen eingegangen wurde wie im Falle des Einwands von Seiten des BBU zur Entsorgungsfrage, dürfte für das Gesprächs- und Vertrauensverhältnis nicht förderlich gewesen sein.

### **20.01.1981: Gesprächskreis Energiedialog / Energiediskussion**

Das letzte Treffen am 20.01.1981 unter der Ministerschaft von Andreas von Bülow signalisierte schon im Titel „Gesprächskreis Energiedialog“, dass eine Änderung des Bürgerdialog Kernenergie bevorstand. Der Minister selbst war nicht anwesend, das Treffen wurde von Peter Niederelz geleitet und wurde als Vorbereitung für ein Treffen mit dem Minister am 30.03.1981 kommuniziert (Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B 145/16855). Für das Zustandekommen dieses angekündigten Treffens fanden sich allerdings in den recherchierten Unterlagen keine weiteren Hinweise oder Belege, was darauf hindeutet, dass es nicht mehr stattgefunden hat.

27 gesellschaftliche Gruppen waren mit 33 Personen vertreten, von Seiten des BMFT waren fünf Personen und ein Mitarbeiter des DFVLR auf der Teilnehmendenliste verzeichnet (Niederelz 1981 ‚Teilnehmerliste 20.1.1981‘, BArch, B 145/16855). Dieses Verhältnis, vor allem im Vergleich mit dem vierten Gesprächskreis knapp ein Jahr zuvor, lässt Schlüsse darauf zu, welchen Stellenwert der Bürgerdialog unter dem neuen Minister im BMFT hatte. Im Zeitzeugen-Interview bestätigte Peter Niederelz das geringere Engagement von Andreas von Bülow: Dieser habe sich weniger für den Bürgerdialog Kernenergie eingesetzt als seine Vorgänger und das habe man auch gemerkt (Zeitzeugen-Interview Niederelz). Der neue Pressesprecher habe den Bürgerdialog ebenfalls nicht sehr ernst genommen.

Bereits im ersten Absatz des Ergebnisprotokolls der Sitzung wird auf die „verengte Haushaltssituation“ und die damit einhergehende strengere Anwendung der

Förderkriterien und verschärfte Zielgruppenorientierung hingewiesen (Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B 145/16855). Ansonsten sollten die Prinzipien des Bürgerdialog Kernenergie unverändert bleiben. Das verknappte Budget wurde im Verlauf des Treffens noch mehrfach vom BMFT thematisiert und von den gesellschaftlichen Gruppen aufgegriffen, beispielsweise vom BBU, der sich gegen eine drohende nurmehr „symbolische Förderung“ verwehrt. Laut dem Projektträger DVFLR hatten 1980 nur 30,75% der Anträge für Veranstaltungen Dritter positiv beantwortet werden können (Böhm 1981, BArch, B 136/10904). Dementsprechend gaben mehrere gesellschaftliche Gruppen an, bereits 1980 Veranstaltungen ohne Förderung des BMFT durchgeführt zu haben (Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B 145/16855). Veranstaltungen als Format zur Information waren schließlich nicht neu oder eine Wirkung des Bürgerdialogs – Vorträge von Expert\*innen hatte das Battelle-Institut bereits 1975 als wirkungsvolles und gewinnbringendes Mittel der Informationsbeschaffung von Bürgerinitiativen identifiziert (Battelle 1975: 146). Andere gesellschaftliche Gruppen erklärten, dass Veranstaltungen aufgrund der fehlenden finanziellen Unterstützung nicht hätten stattfinden können (Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B 145/16855).

Die Aktivitäten im Rahmen des Bürgerdialogs bezeichnete Niederelz als „Vertrauensarbeit‘ in und für unsere demokratische Gesellschaft“ (Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B 145/16855). Er gab einen umfassenden Überblick über Veranstaltungen, Aktionen und Informationsmaterialien im Jahr 1980 von Seiten des BMFT. Die Zeitschrift Energiediskussion, die Beiträgen und Leserbriefen der gesellschaftlichen Gruppen viel Platz einräumte, wurde als sehr beliebte Publikation beschrieben. Nach dem Bericht des BMFT referierten verschiedene Gruppen über ihre Aktivitäten, die durchweg positiv bewertet und als im Wachstum begriffen beschrieben wurden. Neue Themen seien beispielsweise ökologische Fragen oder Fragen der Energiepolitik sowie die nukleare Entsorgung gewesen. Letzteres Thema erwähnten der BBU, die Deutsche Angestelltengewerkschaft, die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Deutsche Naturschutzring, wobei die Knappheit des Protokolls keine Vollständigkeit garantiert. Von verschiedener Seite wurde eine thematische Erweiterung des Bürgerdialogs angeregt, zum Beispiel in Richtung Sicherheitspolitik, Entsorgungsfragen und ein allgemeineres Verständnis der Themen Technologie und Energie. Dem begegnete das BMFT mit konkreten Plänen für den neuen Schwerpunkt „Nukleare Entsorgung“ sowie den drei prioritären Themen des Energieprogramms rationelle Energieverwendung, Risikovergleich verschiedener Energieerzeugungsarten und bei der Kohle verortet sein sollten. Dem bundesweit gesteigerten Interesse an der Schwerpunkthematik „Nukleare Entsorgung“ sollte mit geeigneten Informationsmaterialien und Veranstaltungen begegnet werden. Auch sollten neue, audiovisuelle Medien verstärkt zum Einsatz kommen. Abschließend lobte Niederelz die „wichtigen Anregungen durch die Teilnehmer“ sowie die engagierte Mitarbeit der gesellschaftlichen Gruppen. Damit verbunden sein sollte die Berücksichtigung ihrer Interessen durch „eine direkte Mitwirkung der beteiligten Gruppen, Verbände und Organisationen bei der Vorbereitung der Aktivitäten für das kommende Jahr“ (Niederelz 1981 ‚Ergebnisprotokoll 20. Januar 1981‘, BArch, B145/16855). Er sagte zu, dass die Anregungen, die die Gruppen auch schriftlich noch nachreichen könnten, im geplanten

Gespräch mit Minister von Bülow rund acht Wochen später schwerpunktmäßig diskutiert werden sollten, das mutmaßlich nicht zustande kam.

Aus der vertieften Betrachtung der Protokolle der fünf Gesprächskreise geht hervor, dass die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und gesellschaftlichen Gruppen ernsthaft und mutmaßlich konstruktiv war. Im Zeitzeugen-Interview erinnert sich Peter Niederelz, dass Rückmeldungen an das Ministerium Gehör fanden. Ein Beleg für diese Aussage lässt sich beispielsweise in der Erweiterung des Themenkatalogs des Merkblatts im Anschluss an das vierte Treffen finden, die sich als Reaktion auf die Rückmeldungen der gesellschaftlichen Gruppen und deren Einfluss auf die Gestaltung des Bürgerdialogs deuten lassen. Auch die von Kurt Oeser (EKD) zitierte enge Zusammenarbeit und daran anschließende veränderte Ausrichtung des Bürgerdialogs hin zu einem dialogischeren Charakter (vgl. Gesprächskreis am 24.01.1979) stützt dies.

Vor allem beim letzten Treffen wurde vielfach kommuniziert, dass der Bürgerdialog Kernenergie innerhalb der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen angekommen war, dass er genutzt wurde zur Meinungsbildung und dass großes Interesse an der finanziellen Förderung für von den Gruppen selbst organisierte Veranstaltungen bestand. De facto ging aus der Analyse des Projektträgers DFVLR hervor, dass bei vielen Veranstaltungen nicht alle Vorgaben aus dem Merkblatt erfüllt worden waren und es vielerlei „formelle Lücken und fehlende Angaben“ in den Anträgen gegeben hatte (Böhm 1981, BArch, B 136/20904). Auch seien die Planungsvorbereitungen vor allem bei umfangreichen Sammelanträgen oft zu oberflächlich gewesen und die vorgeschriebene Mitteilungspflicht sei teilweise ignoriert worden. In dem Dokument wurde angeregt aufgrund der beschriebenen mangelhaften Umsetzung auf Seiten gesellschaftlicher Gruppen über Konsequenzen nachzudenken.

Im Protokoll zum fünften Gesprächskreis findet sich zu dieser Thematik kein Gesprächspunkt. Hier wurde der Dialog im Großen und Ganzen befürwortet und die wiederholte Nachfrage nach einer Themenausweitung zeigt auch, dass das Format generell nachgefragt und als sinnvoll betrachtet wurde. Zwischen den Zeilen eines Ergebnisprotokolls, das keine Emotionen vermittelte und an vielen Stellen auch geglättet worden sein dürfte, lässt sich dennoch eine etwas aufgeraute Stimmung erahnen. So gab es verärgerte Kommentare, v.a. in Bezug auf die geringen finanziellen Fördermöglichkeiten, und das Begleitschreiben zur Übersendung des Protokolls an die gesellschaftlichen Gruppen endete mit dem Satz: „Es wäre schön, wenn wir unsere gegenseitige Kommunikation noch weiterhin verbessern könnten.“ (Niederelz 1981 ‚Sitzung vom 20. Januar 1981‘, BArch, B 136/10904)

Die kritische Einordnung des Bürgerdialog Kernenergie unter den Bürgerinitiativen und Umweltverbänden zeigt beispielhaft ein Zitat aus der Jubiläumsbroschüre des BUND von 2015, in der rückblickend festgehalten wurde:

„Dass der BUND aber nicht nur auf Kooperation setzte, wurde schnell erkennbar. H. Weinzierl lehnte z.B. im Namen des BUND öffentlich das Angebot von Forschungsminister Matthöfer ab, einen ‚Bürgerdialog Energie‘ zu führen. Nach seiner Meinung handelte es sich lediglich um eine

‚Feigenblattveranstaltung‘ bzw. der ‚Dialog‘ war nicht ernst gemeint.“ (BUND 2015: 15)

Trotzdem war Herr Weinzierl bei den ersten beiden Gesprächskreisen anwesend – bei den drei folgenden ein anderer Vertreter des BUND.

## **5.5.2 Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Gruppen am Beispiel der beiden Ministergespräche mit BfL und BBU**

Zwei Treffen zwischen dem Forschungsminister und jeweils einer Gruppe der organisierten Zivilgesellschaft werden im Folgenden detailliert dargestellt, um einen Einblick in die Wechselwirkung zwischen BMFT und gesellschaftlichen Gruppen zu vermitteln.

### **Gespräch zwischen BfL und BMFT am 20. Juni 1978**

Das erste skizzierte Treffen fand zwischen neun Vertreter\*innen des Bund für Lebensschutz (BfL) und dem Bundesminister für Forschung und Technologie, Volker Hauff, am 20. Juni 1978 statt. Zur Auswertung lagen die vorbereitenden Dokumente vor: Tagesordnung, Liste der Gesprächsteilnehmer, Entwurf Eingangsstatement für den Minister, Kritikpunkte und Forderungen des BfL sowie ein Vermerk für den Minister mit vorgeschlagenen Erwidern darauf. In den Akten fand sich allerdings kein Protokoll. Das Treffen umfasste zwei inhaltliche Bereiche: einerseits den Bürgerdialog Kernenergie und die Energiediskussion, explizit Seminare, Expertengespräche, Publikationen sowie die Beteiligung von Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbänden, andererseits Energieforschungspolitik, Energiepolitik und andere Bereiche der Forschungspolitik (Lang 1978 ‚Tagesordnung BfL‘, BArch, B 196/34251). In der Eröffnungsrede, die im Entwurf vorliegt, dankte der Minister den Ehrenamtlichen in leicht belehrendem Ton für ihr Engagement und wies sie gleichzeitig auf die Grenzen ihrer Wirksamkeit hin. Vor der Einrichtung einer „Grünen Liste“ warnte er. Die Rede klang wenig nach einer Einladung zum Dialog auf Augenhöhe, beispielsweise wenn der Minister sagte: „[Ein konstruktiver Dialog] wird aber nur dann möglich und erfolgreich sein, wenn – bei allen Gegensätzen – ein Minimum [sic] an Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten bestehen bleibt und wenn Umweltschützer und Bürgerinitiativen sich selbst und ihre Forderungen nicht verabsolutieren.“ (Lang 1978 ‚Begrüßungsansprache BfL‘, BArch, B 196/34251). Dass in dem Rede-Entwurf zudem stand: „Ich wäre froh, wenn es in dieser Diskussion gelänge, auch den Handlungsspielraum z.B. für eine konsequente Energiesparpolitik und für Fortschritte beim Umweltschutz zu erweitern“ lässt unbeantwortet, ob die Erweiterung des Handlungsspielraums in Fragen der Kernenergienutzung zur Diskussion stand (Lang 1978 ‚Begrüßungsansprache BfL‘, BArch, B 196/34251).

Der zweite Vermerk, der zum Treffen vorliegt, schlug dem Minister Erwidern auf die „wichtigsten Punkte der Kritik von Frau Enns“ vor. Neben den in Kapitel 5.5.1 bereits genannten, konkret auf den 2. Gesprächskreis bezogenen Kritikpunkten bemängelte der BfL nämlich noch einige weitere Punkte. Übergeordnet war allerdings die Forderung

nach der Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes als Bedingung zur Fortführung des Bürgerdialog Kernenergie (Enss 1978 ‚Voraussetzung‘, BArch, B 196/34251). Nur auf Grundlage völliger Transparenz sei es für alle Dialogpartner möglich, eine wissenschaftliche, sachgemäße Beurteilung des komplexen Themas vorzunehmen. Zu dieser grundlegenden, bedingenden Forderung findet sich in den Unterlagen keine Reaktion von Seiten des Ministeriums. Zu den untergeordneten Kritikpunkten wurde dagegen Stellung genommen. Frau Enns kritisierte das Missverhältnis hinsichtlich des finanziellen Engagements von Seiten des BMFT für Expertenveranstaltungen einerseits und Veranstaltungen für interessierte Bürger\*innen andererseits (Enss 1978 ‚Vorschläge‘, BArch, B 196/34251). Weiter stellte Enns in Frage, dass das BMFT „im kommenden Jahr“ keine Veranstaltung mehr für interessierte Bürger\*innen veranstalten wolle, sondern nur noch Expertengremien geplant seien. Bei den Veranstaltungen Dritter sah Enns eine Benachteiligung der Bürgerinitiativen, Natur-, Umwelt- und Lebensschutzverbände „zu Lasten von finanzstarken Berufs- und Interessenverbänden (Gewerkschaften, Bauernverband, BDI)“. Aus Sicht des BMFT waren alle diese Vorwürfe ungerechtfertigt: In Expertengesprächen und Fachtagungen sah das BMFT keine Benachteiligung für Bürgerinitiativen, sondern auch für diese den Vorteil, sich intensiv mit Experten zu einem Thema auseinandersetzen zu können; Mittel würden fair verteilt, der BDI etwa habe überhaupt keine Förderung erhalten (Lang 1978 ‚Gespräch mit dem BfL‘, B 196/34251). Strukturelle Benachteiligung entstünde laut Enns dadurch, dass Bürgerinitiativen zum größten Teil durch ehrenamtliche Arbeit getragen würden und die Förderung von Veranstaltungen Dritter durch das BMFT nicht ausreiche. Dabei stünden sie hauptamtlich Beschäftigten in Verwaltung und „finanzstarken einseitigen Berufs- und Interessenverbänden“ gegenüber (Enss 1978 ‚Vorschläge‘, BArch, B 196/34251). Weiter kritisierte der BfL, dass die Positionen von Bürgerinitiativen im Informationsbrief von geringerer Qualität (Schriftgröße etc.) seien als die Veröffentlichungen des Ministeriums. Diese beiden Kritikpunkte beantwortete das BMFT nicht. Dafür bezog es Stellung zu der Forderung, eine Fernsehserie „Bürgerdialog Kernenergie“ zu finanzieren, in der alle Positionen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt würden (Enss 1978 ‚Vorschläge‘, BArch, B 196/34251): Unter dem Hinweis auf die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Sender lehnte das BMFT diesen Vorschlag ab (Lang 1978 ‚Gespräch mit dem BfL‘, B 196/34251). Des Weiteren kritisierte Enns die unzureichende Verfügbarkeit von Publikationen wie beispielsweise der Battelle-Studie „Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken“ unter dem Hinweis: „Da wurde über sie [die Bürgerinitiativen, Natur-, Umwelt- und Lebensschutzverbände] eine Studie gefertigt, ihnen aber nicht zur Beurteilung überreicht.“ (Enss 1978 ‚Vorschläge‘, BArch, B 196/34251). Die Antwort des BMFT ist sehr vage und geht auf den Vorwurf nicht direkt ein (Lang 1978 ‚Gespräch mit dem BfL‘, BArch, B 196/34251). Schließlich forderte Enns die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie für die Atommüllanlage in Niedersachsen, da sie ansonsten eine einseitige „Pro-Werbung“ von Seiten des Ministeriums unterstelle (Enss 1978 ‚Vorschläge‘, BArch, B 196/34251). Das BMFT bestätigte, dass die „Öffentlichkeitsarbeit Entsorgung“ Teil des Bürgerdialogs sei und damit auch der kontroversen Diskussion sowie Informationen über Pro- und Contra-Argumente unterliege. Allerdings sei auch die Notwendigkeit der Abstimmung mit dem Land

Niedersachsen zu berücksichtigen (Lang 1978 ‚Gespräch mit dem BfL‘, BACh, B 196/34251). Das Briefing für den Minister endete mit dem Hinweis, dass es sinnvoll sei, den BfL zu fragen, inwiefern die Bürgerinitiativen und Verbände sich konstruktiv in den Diskussionsprozess eingebracht hätten, z.B. mit Inhalten zur Energieeinsparung, und inwiefern die Bürgerinitiativen auch die positiven Seiten des Bürgerdialog Kernenergie kommunizierten. Aus den vorliegenden, vorbereitenden Dokumenten entsteht der Eindruck, dass die Dialogbereitschaft von Seiten des Ministeriums im Austausch von Argumenten bzw. Er widerungen auf die Kritikpunkte des Verbands bestand.

### **Gespräch zwischen BBU und BMFT am 22.06.1978**

Das zweite oben genannte Treffen zwischen dem Forschungsminister und einer Gruppe der organisierten Zivilgesellschaft fand am 22.06.1978 mit fünf Vertretern des BBU statt und war in dieser Konstellation das siebte seiner Art innerhalb von drei Jahren (Bundesminister für Forschung und Technologie 1978 ‚Bundesminister Volker Hauff vor Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbänden‘: 2). Es ist das einzige, das in dieser Tiefe dokumentiert vorliegt, die hohe Frequenz gibt jedoch Aufschluss über die Intensität des Austauschs. Auf der Tagesordnung standen ähnliche Themen wie beim zwei Tage zuvor abgehaltenen Treffen mit dem BfL: Bürgerdialog – Voraussetzungen, Wirkungen; Forschungspolitik; Energiepolitik – Allgemeine Politik (Lang 1978 ‚Tagesordnung Gespräch BBU am 22.06.1978‘, BACh, B 196/34251).

Das Statement, das Minister Hauff zu Beginn des Treffens abgab, entsprach in großen Teilen dem vor dem BfL am 20.06.1978. Es war allerdings weniger offensiv, deutlich diplomatischer und enthielt Absätze wie „Ich sehe in Ihnen einen politischen Gesprächspartner, der sich auch über die Realisierung und Durchsetzbarkeit politischer Forderungen Gedanken macht.“ (Lang 1978 ‚Entwurf Statement BBU‘, BACh, B 196/34251) Dieser Satz fehlt bspw. im Entwurf für den BfL. Darüber hinaus wird deutlich, dass Hauff dem BBU auch persönlich verbunden war und es in der Vergangenheit schon zahlreiche gemeinsame Schnittpunkte gegeben hatte. In der Rede vor dem BfL wurde außerdem Kritik an einer „grünen Liste“ geäußert. Dieser Absatz ist in der Version für den BBU ebenfalls nicht enthalten. Die Veränderungen am Text könnten auch damit zu tun haben, dass dieser Entwurf bei der nach dem Treffen stattfindenden Pressekonferenz verteilt werden sollte (Lang 1978 ‚Vermerk vom 21.06.1978‘, BACh, B 196/34251). Die Forderung des BBU nach einer Verbesserung der Informationspolitik griff Hauff in seinem Statement ebenfalls auf. Er sagte zu, Informationen soweit möglich zur Verfügung zu stellen und verwies darauf, dass vom BMFT in Auftrag gegebene Studien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden seien (Lang 1978 ‚Entwurf Statement BBU‘, BACh, B 196/34251)

Die Dokumentation in den Akten des Bundesarchiv Koblenz zeigt, dass die Vorbereitung auf das Treffen mit dem Vorstand des BBU von Seiten des BMFT zeitaufwändig und intensiv war. Dem Minister lag ein ausführlicher Vermerk vor, der zu allen wissenschaftlichen Argumenten und Stellungnahmen des BBU eine ausführliche Antwort oder die entsprechende Gegenposition des BMFT lieferte (Lang 1978 ‚Zusammenfassung von BBU-Vorschlägen und Stellungnahme BMFT‘, BACh, B 196/34251). Es entsteht der deutliche Eindruck, dass das Gespräch zum Ziel hatte, die

Argumente zu entkräften, um die Gegenseite, den BBU, von der eigenen Position zu überzeugen.

Unter TOP 2 diskutierten BBU und BMFT den Bürgerdialog in Hinblick auf Voraussetzungen und Wirkungen. Der erste Punkt bezog sich auf die Expertengespräche: Der BBU bemängelte, dass Informationen den Umweltschutzverbänden nicht in gleichem Maße zugänglich seien wie der Gegenseite: „Wenn derartige Veranstaltungen nicht lediglich Alibicharakter haben sollen, gehört zu einem echten Dialog ein gleicher, oder zumindest stärker angenäherter Informationsstand.“ (Lang 1978 ‚TOP 2: Bürgerdialog – Voraussetzungen, Wirkungen‘, BArch, B 196/34251). In der Antwort des BMFT wurde darauf hingewiesen, dass Informationen in ausreichendem Maße und fair zur Verfügung gestellt würden, wobei Entscheidungen über den Umfang der verfügbar gemachten Informationen im Einzelfall getroffen werden müssten.

Der zweite Kritikpunkt des BBU bezog sich darauf, dass die BMFT-Publikation *Energiediskussion* „immer noch geprägt sei von Stellungnahmen, die die Problemlage unvollkommen, unrichtig und tendenziös wiedergeben“, verbunden mit der Drohung, die Mitarbeit daran einzustellen (Lang 1978 ‚TOP 2: Bürgerdialog – Voraussetzungen, Wirkungen‘, BArch, B 196/34251). Dieser Kritik begegnete das BMFT mit der Erklärung, die Publikation spiegle nicht ausschließlich die Meinung des BMFT wider, sondern umfasse unter anderem eine Sammlung von Beiträgen gesellschaftlicher Gruppen und Studien, der BBU könne gerne einen Kommentar verfassen. Das BMFT bemängelte sogar den unzureichenden „Material- und Informationsfluss“ von Seiten des BBU für die *Energiediskussion* und gab damit die Verantwortung in dieser Frage zurück an den BBU. Es folgte ein Austausch von Argumenten in Bezug auf Forderungen des BBU, wie der nach Zugang zu bestimmten, mitunter regierungsinternen Unterlagen (Lang 1978 ‚TOP 3: Forschungspolitik – Energieforschung‘, BArch, B 196/34251). Im Anschluss gab der Minister dezidiert Rückmeldung zu den Aussagen und Forderungen zu Forschungspolitik und Energieforschung, die der BBU in seiner Stellungnahme in der *Energiediskussion* Ausgabe 2/78 (Schumacher 1978: 25 ff.) sowie in seinem alternativen Arbeitspapier zur Energiepolitik (BBU 1977 ‚Alternatives Arbeitspapier‘, BArch, B196/34251) formuliert hatte, beispielsweise in Hinblick auf die Gefahren, aber auch die bezweifelte Notwendigkeit der Kernenergienutzung.

Bemerkenswert sind die inhaltliche Tiefe und Komplexität der Diskussion, die der BBU führte. Seine Vertreter waren sehr gut informiert und verfügten über enorme Sachkenntnis der wissenschaftlichen Zusammenhänge, wodurch Kritik auf sehr hohem Niveau geübt wurde. Wie im Kapitel über den Gesprächskreis beschrieben, wurden die Anregungen und Informationen aus den gesellschaftlichen Gruppen wie Bürgerinitiativen und Umweltverbänden ernst genommen, im Sinne der „Bereitschaft der Bundesregierung, sich mit ihrer Politik der kritischen Diskussion zu stellen [...]. Gerade die von uns geführte Kernenergie-Diskussion zeigt dies exemplarisch.“ (Lang 1978 ‚Entwurf Statement BBU‘, BArch, B 196/34251)

Gleichzeitig zeigt eine handschriftliche Notiz unbekanntem Absenders in den BMFT-Akten, dass der Umfang der Kommunikation und der Stellungnahmen des BBU im

Ministerium auch kritisch hinterfragt wurde: „Gibt es eigentlich etwas, wozu der BBU keine Stellung nimmt?“ (o.V. 1978 ‚Kommentar unter dem Brief von Dr. Wolfgang Sternstein vom 18.08.1978‘, BArch, B 196/34251).

Der BBU arbeitete zwar mit dem BMFT zusammen, beteiligte sich am Gesprächskreis, reichte Beiträge zu BMFT-Publikationen ein und nahm finanzielle Förderung für Veranstaltungen in Anspruch. Doch bei alledem hielt der Verband sich nicht mit Kritik zurück bezüglich des Vorgehens des BMFT in Fragen der Energiepolitik im Allgemeinen und in Hinblick auf die Kernenergienutzung im Speziellen. Der BBU nutzte die Instrumente des Bürgerdialog Kernenergie im besten Sinne von Minister Hauff, wenn dieser darauf pochte, dass es beim Bürgerdialog darum gehe, „eine offene Diskussion, in der jedes sachliche und ehrliche Argument eine faire Chance habe, zu gewährleisten und somit auch die Meinung zu respektieren, die man selbst nicht teile.“ (Niederelz 1980 ‚Ergebnisprotokoll 28. Februar 1980‘, BArch, B 145/16855). Der BBU nutzte dieses demokratische Verständnis weitestgehend aus. Bei einer Veranstaltung des Bürgerdialog Kernenergie formulierte der Stellvertretende Vorsitzende des BBU den Anspruch seines Verbands folgendermaßen: „...möchte ich zunächst feststellen, dass wir uns nicht mit der Sicherheit im Sinne des Atomgesetzes befassen, sondern mit der Sicherheit der Bevölkerung, im Sinne der Bevölkerung. Und das ist der wesentliche Punkt, das ist der Kernpunkt jeder Diskussion um das Pro oder Contra einer Kernenergie.“ (UFA 1976 ‚UFA-Kinowochenschau vom 20.07.1976‘, BArch, UFA-Dabei 1043/1976).

Dementsprechend setzte sich der BBU mit allen Mitteln gegen die Kernenergienutzung ein, was auch die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und des BMFT betraf. In einem Brief vom 18.8.1978 übte der Verband zum Beispiel direkte Kritik an Bundesminister Hauff und an der vermeintlichen Zweigleisigkeit des BMFT (Sternstein 1978, ‚Brief an Minister Hauff vom 18.8.1978‘, BArch, B 196/34251): Einerseits mache das Ministerium ein Dialogangebot beziehungsweise vermittele ein Gefühl von Ergebnisoffenheit des Prozesses, andererseits tätige es Forschungsausgaben in Milliardenhöhe für eine Technologie über die laut Bürgerdialog erst noch entschieden werden sollte. Dies schade dem Vertrauen der Bürger\*innen. Der Kritik folgte die Ankündigung von fortlaufendem Widerstand des BBU und den Bürger\*innen gegen die Atompolitik der Bundesregierung.

Ein anderes Beispiel für die kompromisslos wirkende Vorgehensweise des BBU ist ein Beitrag im Sammelband „Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen“ der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“ des BMFT, in dem der damalige geschäftsführende Vorsitzende des BBU, Hans Günter Schumacher, seine Mitglieder eindringlich vor einer Teilnahme an Studien des Battelle-Instituts warnte, Bezug nehmend auf die vom BMFT beauftragte Studie „Bürgerinitiativen und Atomkraftwerke“ (Schumacher 1977: 223; siehe Kapitel 5.6). Im gleichen Absatz sprach er die Bundesregierung direkt an und appellierte „derartige, unsaubere Tricks zukünftig zu unterlassen“. Im weiteren Verlauf des Texts erhob er weitere Vorwürfe und Schuldzuweisungen. Doch bei aller Kritik an Parteien, Politik und Verwaltung schrieb er auch:

„[Die Bürgerinitiativen] wollen und können auch nicht den verfassungsmäßig legitimierten Entscheidungsträgern die Verantwortung für Entscheidungen abnehmen.“ (Schumacher 1977: 229)

Diese Verfassungstreue – ebenso wie seine Bedeutung für die öffentliche Meinungsbildung und das bundesdeutsche Umweltbewusstsein – hielt der Parlamentarische Staatssekretär von Schoeler dem umtriebigen BBU zugute. Der Regierungsvertreter schützte den BBU damit vor Angriffen der CDU, die die Rechtmäßigkeit der Förderung an den Verband in Frage stellte, und hob hervor, dass Kritikfreude nicht zum Verwehren von Fördergeldern herangezogen werden dürfe:

„Der BBU hat sich die Vertiefung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel gesetzt. Ausschließlich diesem Zweck dienen auch die Maßnahmen, zu deren Durchführung der BBU Förderungsmittel des Bundes erhalten hat. Der Wirkungsgrad dieser Mittel war aufgrund des Multiplikatoreffekts des BBU höher, als es bei unmittelbarer Verwendung durch die Bundesregierung möglich gewesen wäre.

Zeitungsmeldungen über politische Erwägungen seines Vorsitzenden können kein Grund sein, an der Verfassungstreue des BBU zu zweifeln. Innerhalb des Rahmens staatsbürgerlicher Verfassungstreue jedoch darf politisches Wohlverhalten nicht als Voraussetzung für die Förderungswürdigkeit begrüßenswerter Projekte eines Verbandes betrachtet werden.“ (von Schoeler 1977 ,BT-Drucksache 08/30 vom 27.05.1977': 2198)

Innerhalb der Umweltverbände gab es ein breites Spektrum an Meinungen bezüglich des Bürgerdialogs, da dem BBU 1977 rund 950 Gruppen mit mehr als 300.000 Mitgliedern angehörten (Schumacher, 1977: 232 f.). Auch wenn an manchen Stellen kooperiert wurde, spiegelte das keineswegs eine verbandweite einheitliche Meinung wider. In der BBU-Zeitschrift *BBU aktuell* von 1978 erklärte Heide von Bernstorff, Mitglied der Wählergemeinschaft „Atomkraft – nein danke“, die Frustration über den „Täuschungsversuch“ Bürgerdialog als mitverantwortlich für die Gründung von Anti-Atom-Parteien. Im gleichen Interview brachte sie Hoffnung und Desillusionierung des BBU in Zusammenhang mit dem Bürgerdialog Kernenergie auf den Punkt:

„Wir haben, wie viele andere AKW-Gegner auch, die Erfahrung gemacht, daß der sog. Bürgerdialog uns nicht weitergebracht hat. Der Versuch, durch unsere besseren Argumente die verantwortlichen Politiker zu überzeugen, ist gescheitert. Das lag nicht an unseren Argumenten. Das lag daran, daß diese Leute sich nicht überzeugen lassen wollen.“ (von Bernstorff 1978: 15)

## **5.6 Kritik am Bürgerdialog hinsichtlich der Bürgerbeteiligung in der zeitgenössischen Literatur**

Die Einstellung zu und der Umgang mit Bürgerbeteiligung von Seiten des BMFT und weiterer staatlicher Stellen im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie lösten auch über

die Umweltverbände und Bürgerinitiativen hinaus vielfältige Kritik aus. Die Rahmenbedingungen des Bürgerdialog Kernenergie hätten eine Institutionalisierung von Partizipation geradezu verhindert, konstatierten zeitgenössische Kritiker wie der Wissenschaftler und ehemalige Battelle-Mitarbeiter Heino Galland (Galland 1980: 243): Beispielsweise sei das dialogische Format entkoppelt gewesen von konkreten Planungen auf der Projekt- und Programmebene.

Die lauteste und grundsätzlichsste Kritik wurde an der dem Bürgerdialog zugrunde liegenden Annahme geübt, dass eine „Aufklärung“ der Bevölkerung mithilfe einer „versachlichten“ Diskussion sowie einer Verbesserung der Kommunikation letztendlich bei den Atomkraftgegner\*innen zu mehr Akzeptanz der Kernenergienutzung führen würden. Diese These wurde rasch von der sozialwissenschaftlichen Forschung widerlegt (Nelkin, Pollack 1977: 344; Eisenhardt, Krebsbach 1978: 5; Hennen, Peters 1990: 21), wird aber von Befürworter\*innen der Kernenergie teilweise auch heute noch vertreten.

In diese Kritik stimmte auch der Zukunftsforscher Jungk (1977: 90) ein, dessen Ideen den Bürgerdialog mutmaßlich beeinflusst hatten (vgl. Jungk 1970; Matthöfer 1976 ‚Eröffnungsrede‘: 1). Er kritisierte die mangelnde frühzeitige Beteiligung von Bürger\*innen bei Fragen zum Ausbau der Kernenergie und bezeichnete den Bürgerdialog als ein Verfahren, das dieses Versäumnis nun nachholen solle: „Allerdings ist die von ‚oben‘ gebotene Belehrung höchst einseitig.“ Aus seiner ironischen Formulierung lässt sich seine Meinung über den Bürgerdialog herauslesen:

„Das Bonner Ministerium für Forschung und Technologie startet einen landesweiten ‚Bürgerdialog‘, in dem die Untertanen die Herren Staatssekretäre, Professoren und gelegentlich sogar den Herrn Minister selber um ihre Meinung fragen dürfen.“ (Jungk 1977: 90)

In seiner Wahrnehmung ging es also nicht darum, dass die Entscheider\*innen den Bürger\*innen Gehör schenken, sondern ganz im Gegenteil sollten die Bürger\*innen mithilfe verstärkter Information die Entscheidungen der Regierung befürworten. In einem Streitgespräch, das Matthöfer 1976 mit dem Schriftsteller und Umweltaktivisten Carl Amery in der SPD-Zeitung *vorwärts* führte, bestätigte er genau diese Vermutung, dass nämlich eine Kursänderung der Bundesregierung im Grunde nicht zur Diskussion stand (Fischer, Rosenbaum 1976: 6 f.). Stattdessen beabsichtigte die Regierung, die Zustimmung, Einsicht und Akzeptanz der Bürger\*innen zu erreichen. Der Bürgerdialog wurde von staatlicher Stelle als „langfristiger demokratischer Aufklärungsprozess“ bezeichnet (Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Zwischenbilanz‘: 4). Bereits 1970 hatte der Politologe Claus Offe kritisiert, mit dem Euphemismus „Aufklärung“ werde oft erhöhte Zustimmung bzw. Sympathie angestrebt, was zwar zum Mitmachen anregen solle, aber echte Mitbestimmung der Bürger\*innen nicht zulasse (Offe 1970: 88). Außerdem spreche die „politische Bildung“ – in Form von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Kursen und Seminaren – laut Offe (1970: 90) vor allem Bürger\*innen an, die sich als engagierte, rationale und aktive Menschen sähen. Damit würde nur eine sehr kleine Gruppe der Bevölkerung in den Blick genommen (Offe 1970: 90).

Die vom BMFT beauftragte Studie des Battelle-Instituts von 1975 „Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken“ kam zu dem Schluss, dass sich bis dato die Beteiligungsmöglichkeiten am Planungsprozess von Infrastrukturgroßprojekten wie Kernkraftwerken auf die erste bis dritte Stufe von Arnsteins „Partizipationskontinuum“ beschränkten, also zwischen Manipulation und Information einzuordnen seien, und zwar zum gesetzlich vorgeschriebenen Zeitpunkt (Battelle-Institut 1977 [1975]: 134 f.). Das deckt sich mit der Einordnung, dass in den frühen 1970er Jahren die indirekten Formen der Beteiligung überwogen (Buse, Nelles 1975: 80 f.). Im gesetzten Rahmen des politischen Systems, dem es an der Infrastruktur einer partizipatorischen Demokratie mangle, hatte Offe bereits 1970 (1970: 91) die spätestmöglich umgesetzte „Aufklärung der Öffentlichkeit“ als autoritäre propagandistische Anstrengung kritisiert.

Die Partizipationsstufe „Information“, die neben der Diskussion vom BMFT vielfach als Ziel des Bürgerdialogs kommuniziert worden war, bewertete Arnstein (1972: 201) kritisch, wenn es bei dieser keinen Rückkanal gebe und dementsprechend auch keine Verhandlungsmacht der Bürger\*innen. Sie brachte den Kern der Unzufriedenheit, die sich in Zusammenhang mit Bürgerbeteiligung unter der (machtlosen) Bevölkerung ergeben könnte, auf den Punkt (Arnstein 1972: 194):

„Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem bloßen Ritual der Beteiligung und der effektiven Macht, das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses zu beeinflussen. [...] Beteiligung ohne Neuverteilung von Macht [ist] für die Machtlosen ein leerlaufender und enttäuschender Prozeß [...]. Er ermöglicht den Mächtigen zu behaupten, alle betroffenen Parteien seien berücksichtigt worden, und erlaubt zugleich, daß nur einige dieser Parteien praktische Vorteile haben. Der Status quo bleibt erhalten.“

Das Battelle-Institut legte nahe, dass politische Entscheidungen, denen es an Partizipation und Legitimation fehlte, zu verstärktem bürgerschaftlichen Engagement führen würden (Battelle 1975: 144 f.). Das Erscheinen der Studie fällt in den gleichen Zeitraum wie die Konzeption des Bürgerdialog Kernenergie – die Vermutung, dass die Studienergebnisse in die konzeptionellen Überlegungen einfließen, liegt nahe.

Die Bewertung der Strategie hinter dem Bürgerdialog Kernenergie des Sozialwissenschaftlers Schluchter, der aufgrund dieser Veröffentlichung fristlos vom Battelle-Institut entlassen wurde, wo er seit 1976 angestellt gewesen war, liest sich denn auch wie ein Übertrag von Arnsteins Thesen auf den konkreten Fall (Schluchter 1977 ‚Bürgerdialog und Partizipation‘: 91):

„[...] der Versuch, die Bürgerinitiativen in die Meinungsbildung der administrativen und politischen Entscheidungsstrukturen einzubeziehen, um von vornherein das Konfliktpotential unter Kontrolle zu haben; bestimmte Zugeständnisse können dabei gemacht werden. Praktisch werden den Bürgerinitiativen jedoch Zügel angelegt; gleichzeitig werden sie von der tatsächlichen Entscheidungsfindung ausgeschlossen.“

Beate Devivere, ehemalige Leiterin des zweiten oben genannten BMFT-Forschungsprojekts „Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber

verschiedenen Energiegewinnungsarten“, legte ihre Arbeit am Battelle-Institut aus Protest nieder (Devivere 1977: 19). Sie machte öffentlich, welche Absichten sie dem BMFT mit dem Bürgerdialog hinsichtlich der Politikgestaltung unterstellte, nämlich dass das Ministerium mit dem Projekt die Bevölkerung spalten und manipulieren wolle, um so die eigene Agenda, und dabei zuvorderst die Kernenergienutzung, durchzusetzen. Dieses Vorgehen hätte mit einem angemessenen Umgang mit dem „mündigen Bürger“ nichts gemein und zeichnete ein Verständnis, das von Augenhöhe weit entfernt sei. In Zusammenhang mit den vom BMFT beauftragten sozialpsychologischen Battelle-Studien warf auch Jungk (1977: 94 f.) der Regierung vor, mithilfe der hier erlangten Erkenntnisse die Bevölkerung beeinflussen zu wollen.

Das Battelle-Institut hatte im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren (BMI) im Januar 1978 einen Bericht erstellt, dessen Zusammenfassung beim Bund-Länder-Arbeitskreis am 17.05.1978 ausgegeben wurde (BMFT 1978 ‚Bund-Länder-Arbeitskreis 17.05.1978 – Arbeitsunterlage Battelle-Institut‘, BArch, B 136/10904). In der Untersuchung mit dem Titel „Stereotype Wahrnehmung“ kamen die Wissenschaftlerinnen Eisenhardt und Krebsbach zu dem Ergebnis, dass weder eine Versachlichung der Probleme noch eine Verbesserung und Vermehrung von Information noch die Verbesserung der Kommunikationstechnik geeignet seien, die Art von Konflikten zu lösen, die Dialogveranstaltungen scheitern ließen (Eisenhardt, Krebsbach 1978: II ff.). Außerdem müsse das Planungsgeschehen verbessert werden, beispielsweise durch eine frühere Beteiligung der Bürger\*innen. Kombiniert mit einer zu späten oder zu geringen Beteiligung könne Information dem ersten Battelle-Bericht zufolge zu einem „Planungsschock“ führen (Battelle-Institut 1975: 135): „Die Betroffenen organisieren sich, um ihre Interessen im künftigen Entscheidungsprozeß effektiver vertreten zu können“. Denn Bürger\*innen wollen nicht nur verhindern; sie wollen an Planungen beteiligt sein, auch selbst Projekte mitgestalten: Bürger(iniativen) trafen fundierte Entscheidungen (Eisenhardt, Krebsbach 1978: 29). Zu dem Tagesordnungspunkt in dessen Zusammenhang die Studie präsentiert worden war, ergab sich laut Protokoll eine „ausführliche Diskussion“ zu deren Inhalt allerdings keine detaillierten Angaben vorliegen (BMFT 1978 ‚Protokoll Bund-Länder-Arbeitskreis 17.05.1978‘, BArch, B 136/10904).

Der Soziologe Rammstedt (1977: 5) unterstützte die Ansicht, dass mehr Informationen nicht zur Lösung der von den Bürgerinitiativen thematisierten Fragen führen würden. Was zähle, sei die positive Einstellung der Bürger\*innen gegenüber der Kernkraft, nicht das Wissen über die Fakten, zu wenig Information als Ablehnungsgrund wurde nicht als plausibel bewertet (Frederichs, Loeben 1979: 23 f.). Die Perzeption des Risikos, also die intuitive Vorstellung oder Wahrnehmung des Risikos, das mit der Kernenergienutzung einhergeht, wurde in den späten 1970er Jahren zunehmend zum entscheidenden Faktor hinsichtlich der Ausprägung des Protests gedeutet (Renn 1977: 61): Wenn es gelänge, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sie das Risiko als gering bewertet, würde der Protest sich verringern. Steige die Risikowahrnehmung, könne auch der Protest schnell anwachsen.

Neben der Akzeptanz zielte eine zweite Deutung der Strategie hinter dem Bürgerdialog Kernenergie auf Legitimation: „Vollendete Tatsachen“, die sich auf dem Atomgesetz von

1959 sowie dem 4. Atomprogramm der Bundesregierung gründeten und in bereits gebauten Kernkraftwerken manifestierten, sollten mithilfe des Bürgerdialog Kernenergie demokratisch legitimiert werden (Schluchter 1977 ‚Bürgerdialog und Partizipation‘: 85; Rucht 1980: 202; Brand, Büsser, Rucht 1986: 97; Gloede 1988: 85, 88 f., 104). Dem Parlament wurde unterstellt, sich in der Diskussion um die Kernenergienutzung zurückgezogen zu haben, zulasten eines stärkeren Einflusses von Betreibern und Herstellern sowie der Energiewirtschaft (Gloede 1988: 87).

Damit decken sich auch retrospektive Einschätzungen: So kam beispielsweise der Politologe Bachem in seiner Auswertung einer BMFT-Anzeige (1985: 169) zu dem Schluss, das Ministerium habe sich hier überlegen gezeigt und mit dem Bürgerdialog keine Entscheidung auf der Sachebene diskutieren, sondern lediglich das Vertrauen und die Zustimmung der Bevölkerung zu dieser Entscheidung erlangen wollen. Diesen Eindruck bestätigte Klaus Lang, damals verantwortlicher Mitarbeiter im BMFT, in einem Interview aus dem Jahr 2004 (Litz 2004: 78): Obschon er versucht habe, den Dialog fair und offen zu gestalten, sei es „schon ein durchsetzungsorientierter Dialog der Bundesregierung“ gewesen. Die Kritiker\*innen sollten mit den überlegenen Argumenten der Expert\*innen überzeugt werden (Roose 2010: 90). Auf Grundlage der vorliegenden Quellen bestätigt sich das dem Bürgerdialog von Seiten der Bundesregierung zugrundeliegende Verständnis der Bürger\*innen als Lernende, Verstehende, auch Diskutierende – als Teilnehmende an der politischen Willensbildung, vor allem jedoch als Empfänger\*innen von Fakten.

Bei aller Kritik am partizipatorischen Stellenwert des Bürgerdialog Kernenergie und an dem Umstand, dass die zivile Kernenergienutzung in der BRD bereits 20 Jahre zuvor begonnen hatte, bleibt festzustellen, dass es sich dabei um den „ersten Versuch einer organisierten, offenen Kommunikation auf der Ebene von Programmplanung“, also im Sinne staatlicher Programmplanung wie zum Beispiel für Energieprogramme, handelte (Galland 1980: 230 ff. und 241). Aus Sicht von Galland stellte der Bürgerdialog schon allein deshalb einen Meilenstein der Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland dar, der trotz aller Mängel sehr innovative Elemente aufwies. Immerhin bekamen die Atomkraftkritiker\*innen eine Plattform, auf der sie im gesetzten Rahmen gleichberechtigt ihre Argumente vertreten konnten (Rucht 1980: 88). Mithilfe dieser „neue[n] und bessere[n] Artikulationsmöglichkeiten“ konnten sie letztendlich ihre Position stärken und in sehr geringem Maß auch Einfluss auf die Planungen des BMFT nehmen, wofür Galland in der Veränderung im Etat des Energieforschungsprogramms des BMFT einen Beleg sah (Galland 1980: 242).

## **5.7 Der Bürgerdialog Kernenergie: (K)Ein Thema in TV-Beiträgen?**

### **5.7.1 Vorbemerkung**

Für die Aufarbeitung des Bürgerdialog Kernenergie kann auch die Resonanz in TV-Sendungen einbezogen werden. Das folgende Kapitel befasst sich mit der Repräsentation der Kernenergie-Thematik bzw. der Schnittstelle hin zur nuklearen Entsorgung in TV-Sendungen zur Zeit des Bürgerdialog. Übersichten zu allen TV-Beiträgen, die für diese Untersuchung durch die Archive der Medienanstalten bereitgestellt wurden, sind im Anhang dieses Berichts aufgeführt. Es handelt sich um die von den Archiven ermittelten Beispiele und nicht um eine vollständige Liste der ausgestrahlten Beiträge.

Im Blickpunkt der Analyse stand die Frage, ob der Prozess bzw. das Vorhaben Bürgerdialog Kernenergie ein Thema in der medialen Öffentlichkeit war, das von den Redaktionen aufgegriffen oder sogar mit Bezug zur Informations- und Dialogkampagne des BMFT behandelt wurde. In den Suchanfragen an die Archive der einzelnen Rundfunkanstalten wurde als Ausgangspunkt für die Recherchen insbesondere um Videodateien zu den Stichworten „Bürgerdialog Kernenergie“, „Matthöfer OR Hauff AND Kernenergie“, „Matthöfer OR Hauff AND Diskussionsveranstaltung OR Informationsveranstaltung“ gebeten. Zu „Wiederaufbereitung“ und „Frankenberg“ wurden die entsprechenden regionalen Rundfunkanstalten ergänzend angefragt, ebenso wie der NDR zu „Wiederaufarbeitung“ und „Zwischenlager“. Vor allem über die Suchbegriffe „Kernenergie“ bzw. zur Entsorgung auch „Gorleben“ wurden die Archive nach eigener Aussage fündig. Im Folgenden soll beispielhaft ein Eindruck von der Aufbereitung des Themas in den 1970/80er Jahren vermittelt werden.

### **5.7.2 Kernenergie in Fernsehsendungen**

#### **Berichterstattung in Tagesschau und Tagesthemen**

Aus den Ausgaben von Tagesschau und den Tagesthemen im Zeitraum von Ende 1974 bis Sommer 1983 wurden 17 Beiträge übermittelt. Darunter wurden vier Interviews mit den Bundesforschungsministern Matthöfer und Hauff ausgestrahlt sowie fünf Berichte über Diskussionsveranstaltungen zur Kernenergie- und Endlagerthematik, unter anderem zum Gorleben-Hearing. Der erste Bericht fokussierte auf das Treffen von Bundesforschungsminister Matthöfer mit Vertretern von Bürgerinitiativen aus der gesamten Bundesrepublik. Interviewt wurde neben Matthöfer Jo Leinen als Sprecher der Bürgerinitiativen (Ising 1975 ‚Bundesforschungsminister Matthöfer führte in Bonn Gespräche mit Vertretern der Bürgerinitiativen über das Pro und Contra von Kernkraftwerken (1975)‘, Tagesschau, ARD, 22.07.1975, NDR-Archivnummer: 70552). Der letzte Bericht vom 28.05.1983 begann mit der Fertigstellung des Rohbaus des

Zwischenlagers in Gorleben und ließ dann Kritiker\*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, hier den Geologen Klaus Duphorn und aus der Region Gorleben Undine von Blotnitz zu Wort kommen (Döcke 1983 ‚Gorleben-Informationsveranstaltung‘, Tagesschau, ARD, 28.05.1983, NDR-Archivnummer: 99221). Diese beiden Veranstaltungen sind dem Bürgerdialog Kernenergie zuzuordnen, ebenso wie der Bericht der Veranstaltung am 31.01.1976 unter dem Motto „Bürgerdialog Kernenergie“. Dort hieß es:

„Bürgerdialog Kernenergie war das Motto der Veranstaltung in Essen, auf der Forschungsminister Matthöfer seinen Standpunkt darlegte. Dieser Begegnung mit Bürgern sollen noch mehrere folgen. Sie finden in Absprache mit den Bundesländern statt. Ziel ist es, ein Gespräch mit den Bürgern zu beginnen und dabei den Ausbau der Kernenergie auch unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu erörtern. Gegenüber den Zuhörern warnte Matthöfer davor, zu große Erwartungen in die Sonnenenergie zu setzen.“ (Stephan, Münchow 1976 ‚Kernenergie-Informationsschau in Essen‘, Tagesschau, ARD, 31.01.1976, NDR-Archivnummer: 72481).

Insgesamt wurde in den ausgewählten Tagesschau-Berichten mehrheitlich über die politischen Positionen und Sichtweisen zu den Themen „Kernenergie“ und „Endlagersuche“ auf Bundesebene berichtet. Die oben aufgeführten drei Beispiele weisen die engsten thematischen Bezüge zum Bürgerdialog Kernenergie auf. Beispielsweise für das Jahr 1974 ist eine Tagesschau-Einschaltquote von 38 % gemessen an der Gesamtzahl der Fernsehteilnehmer\*innen bekannt (Buß, Darschin 2004: 19).

### **Beispiele aus der Berichterstattung des Hessischen Rundfunks**

Am 23.11.1979 wurde im Hessischen Rundfunk eine Gesprächsrunde zum Thema „Kernenergie – Basis unserer Energiepolitik?“ ausgestrahlt. An der Diskussion nahmen politische Vertreter\*innen und Journalisten teil. Helga Schuchardt (FDP) gab darin Folgendes zu bedenken:

„...In diesem Zusammenhang scheint es mir aber legitim zu sein, dass Politiker deutlich machen der Bevölkerung, was es eigentlich bedeutet, eine Hinwendung zur Kernenergie, nämlich wie viele Gorlebens brauchen wir. Wieviel Schnelle Brüter haben wir eigentlich in der Landschaft stehen, mit all den Problemen, die damit zusammenhängen? Wie viel Tonnen spaltbares Material, hochradioaktiven Material, kommt eigentlich auf die Bürger zu? Das heißt, man muss deutlich machen sicherlich über die Menge, was für Gefahren, was für gesellschaftliche Auswirkungen hiervon ausgehen. Und dann muss man sagen, ob man diese gesellschaftlichen Auswirkungen hinnehmen will, tragen will oder ob man sagt: Hier gibt es für uns nur die Möglichkeit der Alternativen.“ (Schuchardt 1979 ‚Kernenergie – Basis unserer Energiepolitik?‘, HR, 23.11.1979, HR-Archivnummer: 62119).

Mit Bezug zur Standortsuche für eine Wiederaufarbeitungsanlage wurden im Hessischen Rundfunk zehn Fernsehbeiträge im Jahr 1982 ausgestrahlt. Dabei handelte es sich zunächst um zwei kurze Berichte in der Hessenschau. In drei weiteren Beiträgen kamen

Vertreter\*innen gesellschaftlicher Gruppen zu Wort. Ein Beitrag vom 03.05.1982 gab die Position der Kirche in der Region wieder (Kersten 1982 ‚Katholische Kirche und Bürgerinitiativen. Ein Beispiel aus Hessen‘, HR, 03.05.1982, HR-Archivnummer: 60655). Kirchenvertreter sprachen sich dabei gegen die WAA in Waldbrunn aus. Bürger\*innen äußerten ihre Ansprüche an die Kirche, sich in der Standortfrage zu positionieren. Am 21.07.1982 wurden Reaktionen der Bevölkerung auf die Entscheidung der Hessischen Landesregierung als Standort für den möglichen Bau einer WAA in Frankenberg gezeigt: Sie wollten nicht zur nächsten Wahl gehen (Breithaupt 1982 ‚Frankenberg: Reaktionen auf Standortentscheidung‘, HR, 21.07.1982, HR-Archivnummer: 18897).

Im November 1982 wurde ein Interview mit dem DWK-Vorstand ausgestrahlt, in dem er das Selbstverständnis der DWK erläuterte (Breithaupt 1982 ‚DWK, der unbekannte Riese‘, HR, 03.11.1982, HR Archivnummer: 19209). Am 16.11.1982 berichtete die Hessenschau über die Entscheidung der DWK, dass in Hessen keine WAA errichtet werden solle und das Interesse nun Standorten in Bayern und Niedersachsen galt (Schmid 1982 ‚Wiederaufarbeitung‘, HR, 16.11.1982, HR-Archivnummer: 19378). Erste Reaktionen auf diese Entscheidung gaben der Bürgermeister aus Frankenberg und Bürger aus Wangershausen ab.

### **Beispiele aus der Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks**

Im Bayerischen Rundfunk ließen sich zwei Beiträge zum Thema Kernkraft im Allgemeinen finden sowie ein Beitrag zum Thema WAA. Am 02.03.1980 wurde ein Beitrag zum Thema „Wie leben Sie mit dem Reaktor?“ aus Gundremmingen ausgestrahlt (Hoffmann 1980 ‚Gundremmingen (1980)‘, BR, 02.03.1980, BR-Archivnummer: 802289). Der Bürgermeister erwähnte finanzielle Vorteile und die Bevölkerung gab an, keine Angst gegenüber dem Kernkraftwerk zu verspüren. Im März 1983 ging es in einem weiteren Beitrag um den Ausbau der Kernkraftwerke in der Region (Hoffmann 1983 ‚Kernenergie in Schwaben‘, BR, 06.03.1983, BR-Archivnummer: 832217). Der Bürgermeister plädierte für einen Ausbau, Bürger\*innen der Nachbargemeinde sprachen sich dagegen aus.

Im Oktober 1982 wurde in der Sendung „Aus Schwaben und Altbayern“ ein Beitrag über den Protest gegen eine WAA ausgestrahlt, denn auf dem Gelände der stillgelegten Braunkohlezeche Wackersdorf im Raum Schwandorf sollte eine Wiederaufarbeitungsanlage für Atombrennstäbe errichtet werden (Demmel 1982 ‚Protest gegen Wiederaufarbeitungsanlage‘, BR, 10.10.1982, BR-Archivnummer: 825494). Gleichzeitig hofften ehemalige Arbeiter des Braunkohlewerks auf die WAA und neue Arbeitsplätze.

### **Beispiele aus der Berichterstattung des Norddeutschen Rundfunks**

Für den Norddeutschen Rundfunk konnten neun relevante Beiträge im Zeitraum von 1976 bis 1983 über die Entwicklungen in Niedersachsen identifiziert werden. Zudem wurde die Endlager-Thematik in der Sendung „Auf der Suche nach der Welt von morgen – Kampf um die Kernenergie“ in zwei Folgen aufgegriffen (Proske 1975, NDR, Teil 1: 13.10.1975, Teil 2: 10.11.1975, NDR-Archivnummern: 1030996, 1031066). Redakteur dieser

Sendungen war Rüdiger Proske, der auch Filme für das Deutsche Atomforum produzierte und mit dem BMFT im Austausch stand und einen Beitrag in der Reihe „Argumente der Kernenergie“ im Medienschwerpunkt veröffentlichte. „Die Sendung versucht, den ‚Kampf um die Kernenergie‘ zu entemotionalisieren und zu zeigen, wo die eigentlichen Gefahren der Kernenergie liegen“, hieß es in der Sendungsbeschreibung. Außerdem ging es laut Sendungsbeschreibung nicht um die Frage „Kernenergie – ja oder nein?“, sondern um die Frage „Kernenergie – wie und wo? – besonders im Hinblick auf den Brennstoffkreislauf und die Handhabung der atomaren Abfälle“. In der Sendung kamen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zu Wort.

Die Beiträge des NDR begleiteten und beschrieben die Entwicklungen rund um die Endlagersuche in Niedersachsen. Dabei berichteten sie von Demonstrationen und ließen die betroffenen Bürger\*innen zu Wort kommen. Die Beiträge unterschieden sich damit von den Beiträgen der Tagesschau, die die politische Perspektive im Blick hatten.

### **Beispiele aus der Berichterstattung des Westdeutschen Rundfunks**

Im Westdeutschen Rundfunk wurden sechs Beiträge mit Bezug zur Endlagerproblematik gezeigt. Auch hier kamen unterschiedliche Akteurs- und gesellschaftliche Gruppen zu Wort. Zudem enthielten zwei Beiträge Diskussionsrunden mit Politikern sowie Fachleuten aus der Wissenschaft sowie der DWK. Der WDR berichtete zudem über die Entwicklungen in Gorleben. Das Format „Hierzulande – Heutzutage“ informierte etwa 30 Minuten über das Thema Atomkraftwerke. Kritiker und Befürworter kamen zu Wort (Rüdiger 1974 ‚Handel und Wandel. Atomkraftwerke – Eine Bestandsaufnahme‘, WDR, 04.12.1974, WDR-Archivnummer: 605895)

In der Reihe Neues Wissen vom 10.07.1976 stellten sich der Bundesforschungsminister Matthöfer und sein Abteilungsleiter für Energie Schmidt-Küster kritischen Fragen. Wissenschaftliche Kontroversen zur Endlagerfrage wurden in Kurzbeiträgen erläutert und diskutiert (Siefarth 1976 ‚Studiogespräch‘, WDR, 10.07.1976, WDR-Archivnummer: 101134).

### **Beispiele aus der Berichterstattung des Südwestrundfunks**

Im SWR wurde ebenfalls über die Kernenergie in unterschiedlichen Formaten wie Abendschaubeiträgen, Diskussions- sowie Hintergrundsendungen berichtet. Auch hier kam Bundesforschungsminister Matthöfer zu Wort. Herauszuheben ist eine Sendung, die über das Thema der „Politisierung der Umweltschützer“ berichtete und Politiker, Wissenschaftler und Journalisten in einer Gesprächsrunde darüber diskutieren ließ (Klein 1975 ‚Politisierung der Umweltschützer‘, SWR, 18.03.1975, SWR-Archivnummer: 201092). Eine ähnliche Konstellation lag in der Sendung „Sorgen für morgen – Fragen zur Kernenergie“ vor. Dort diskutierten zwölf Diskussionspartner umfassend und fast zwei Stunden über das Thema Kernenergie. Ziel der Sendung war es laut Moderator, „die Kluft zwischen dem Wissen der Wissenschaftler und dem Nicht-Wissen der Nicht-Wissenschaftler zu verkleinern“. Zuschauer\*innen konnten zudem telefonisch Fragen an die Experten stellen (Bähr 1975 ‚Diskussion zum Thema „Sorgen für morgen“ – Fragen zur Kernenergie‘, SWR, 27.06.1975, SWR-Archivnummer: 201134).

## 5.8 Fazit

Jede Kampagne muss sich an den selbst gesetzten Zielen messen lassen. Im Falle des Bürgerdialog Kernenergie stellen sich – abgeleitet aus den formulierten Zielen – folgende Fragen: Wurde ein möglichst großer Kreis von Bürger\*innen sowohl mit den Informations- als auch den Dialogangeboten erreicht? Waren die Aktivitäten des BMFT den vom Bundesministerium selbst gesetzten Zielen angemessen? An dieser Stelle sollen wenige Merkmale am Beispiel des Bürgerdialog Kernenergie auf der Bundesebene hervorgehoben werden.

Eine Anzeigen- und Broschüren-Kampagne als erstes Standbein der Informations- und Diskussionsaktion bildete vor allem in den ersten Projektjahren 1975 bis 1977 den Kern des Bürgerdialog Kernenergie. Ziel war es, überhaupt über die Kernkraft, ihre Vorteile und Probleme aufzuklären, zu informieren und auch zu überzeugen. Über Presse und Rundfunk wurde der Bürgerdialog Kernenergie in der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Das Taschenbuch „Kernenergie. Eine Bürgerinformation“, das vor allem einen Überblick und ein Verständnis für die Technik und Fragen der Energieversorgung gab, stieß auf hohe Nachfrage in der Bevölkerung. Die Anzahl der bereits auf die ersten Anzeigenschaltungen zurückgesandten Anzeigen-Coupons und folglich die hohe Anzahl der Anforderungen von Materialien wird das BMFT in seiner Herangehensweise bestätigt haben. Dies konnte insbesondere das Bundesministerium als Erfolg und (Image-)Gewinn für seinen Bundesminister verbuchen, der prominent in einer recht personalisierten Kampagne als Vertrauensperson und „Dialogpartner“ auftrat. Der Rück-Kanal der Coupon-Anzeigen hin zu den Bürger\*innen, also die gesammelten Adressen, wurde später auch für die Verbreitung anderer Materialien genutzt. Rückschlüsse aus der Quantität der Broschüren auf die erwünschte Wirkung der Informationsmaterialien – bis hin zum ursprünglichen Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern mit dem Ziel der Akzeptanzsteigerung des Kernkraftwerkbaus und der Kernenergie in der Bevölkerung – können allerdings nicht gezogen werden. Auch weitere Materialien wurden in hohen Auflagen vom BMFT verbreitet.

Für andere Materialien, darunter die Verlagsveröffentlichungen mit ihren Dokumentationen von Konferenzen und Fachtagungen, lagen die Auflagenzahlen deutlich niedriger. Diese hatten aber auch einen anderen Zweck, wie Zeitzeugen-Interviews belegen. Vor allem Bundesforschungsminister Matthöfer hatte mit den Fachveranstaltungen des Bürgerdialog Kernenergie die Absicht verfolgt, Wissenschaftler\*innen und Fachleute aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenzubringen, um Wissen zusammenzutragen und zu veröffentlichen.

Ein Leitgedanke der Leitungsebene des BMFT war es gewesen, auch den Sichtweisen von Kernenergie-Skeptiker\*innen, -Kritiker\*innen und -Gegner\*innen in der Öffentlichkeit mehr Gehör zu verschaffen und damit wohl auch ein Gegengewicht zur aufwendigen Industrie-PR in diesem Themenfeld zu ermöglichen. Vergleicht man die zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen der Politik im Vergleich zur Wirtschaft konnte das allein durch den Bürgerdialog Kernenergie wohl nicht gelingen. Aber dennoch gab es bemerkenswerte Ansatzpunkte des BMFT. Deutlich wird dies an den Magazinen *Informationsbrief* und *Energiediskussion*. Hier wurde offensichtlich ein

„Fahrplan“ des Ministeriums umgesetzt: Neben aktuellen Informationen aus BMFT und Bundesregierung (teils auch den Bundesländern) rückten aktuelle Hinweise in den Fokus. Ein gesonderter Block blieb den gesellschaftlichen Gruppen vorbehalten, um ihre jeweiligen Positionen in den Magazinen darzustellen. Die Redaktion motivierte die gesellschaftlichen Gruppen, dass zahlreiche Beiträge auch zu Schwerpunktthemen eingereicht wurden. Gleichzeitig wurde Industrie und Wirtschaft in den Magazinen keine Plattform zur Selbstdarstellung geboten. Dies entsprach der Einschätzung davon, dass es ein Ressourcen-Ungleichgewicht zwischen Industrie und Zivilgesellschaft gab, ein Thema, das auch die Sozialwissenschaft und Soziale Bewegungsforschung der 1970er Jahre unter dem Stichwort „Ressourcen-Mobilisierung“ entdeckte und problematisierte (McCarthy, Zald 1973; 1977). Das Spektrum der in Magazinbeiträgen vertretenen Organisationen der gesellschaftlichen Gruppen war breit gefächert, die wesentlichen gesellschaftlichen Initiativen mit Bedeutung in der Kernenergie Diskussion jener Zeit waren vertreten. Offensichtlich wurden auch keine „Maulkörbe verpasst“, wie die Veröffentlichungen kritischer Stimmen zeigen. Insgesamt lieferten die Magazine aktuelle Informationen, Vielfalt und einen Fundus an Beiträgen über themenspezifische oder aktuelle energiepolitische Themen. Diese werden in Vor-Internet-Zeiten auch Leser\*innen gefunden haben, die hinsichtlich Ministeriums-Veröffentlichungen skeptisch eingestellt waren (und blieben).

Das zweite Standbein – neben der Informationskampagne – waren Veranstaltungen, untergliedert in den eigenen „öffentlichen Dialog“ des BMFT und die bezuschussten Veranstaltungen in der Verantwortung freier Träger. Das BMFT schaffte mit seinem öffentlichen Dialog in den ersten Jahren bis 1977 durch Bürgerversammlungen und Seminare, die sich an die interessierte Bevölkerung richteten, Aufmerksamkeit für den Bürgerdialog Kernenergie. Hier engagierte sich auch Bundesforschungsminister Matthöfer persönlich, wenn wohl auch nicht immer, wie der kurze Eindruck aus der UFA-Wochenschau zeigt, auf Augenhöhe mit dem Publikum. In dem Wochenschau-Beitrag wurde deutlich, dass er in seinem Minister-Habitus durchaus herablassend wirken konnte – ein Eindruck, den wir im Jahre 2023 eventuell aber stärker empfinden als die oft noch durch das Erbe autoritärer Gesellschaften geprägten Menschen der 1970er Jahre. Neben Ministeriumsvertretern kamen auf den BMFT-Veranstaltungen Wirtschafts- und wissenschaftlich-technische Akteure sowie Vertreter\*innen von Bürger- und Umweltinitiativen zu Wort, die sich ohne Honorar, im Falle der Bürgerinitiativen ehrenamtlich, beteiligten. Weitere Säulen waren Fachtagungen für spezielle Zielgruppen, darunter Meinungsträger wie Lehrer\*innen oder Pressevertreter\*innen.

Die bezuschussten Veranstaltungen folgten der Logik der BMFT-eigenen Bürgerveranstaltungen. De facto verlagerte das Bundesforschungsministerium die aufwendige Organisation und Durchführung von Veranstaltungen für Bürger\*innen an freie Träger – ähnlich wie das auch 1974 in Schweden und 1974 bis 1976 in Dänemark praktiziert worden war (Nelkin, Pollak 1977 ‚The Politics of Participation‘; Meyer 2020 Atomkraft – Nej tak). Insgesamt wurde eine sehr große Personenzahl mithilfe der Veranstaltungskampagne erreicht. Die Ziele und Grundsätze des Bürgerdialog Kernenergie, wie beispielsweise die ausgewogene Besetzung, die sowohl Pro- als auch Contra-Argumenten Raum bot, wurden vom BMFT hochgehalten, wenn auch von den

Veranstaltern nicht immer genauso buchstäblich umgesetzt. Dass damit allerdings eine Erhöhung der Akzeptanz für die Kernenergienutzung erreicht wurde, lässt sich nicht belegen. Ein Beitrag zur Stärkung und besseren Vernetzung der Bürgerinitiativen und weiterer gesellschaftlicher Gruppen und Kernenergiegegner\*innen durch den Bürgerdialog Kernenergie ist dagegen sehr wahrscheinlich – effektiv also eine Ressourcen-Mobilisierung zugunsten der Bürgerinitiativen (Rucht 2020).

Mit den bezuschussten Veranstaltungen wurde die Ansprache von interessierten Bürger\*innen im Rahmen der Dialogaktion also an die Regie freier Träger übergeben. Für diese Veranstaltungen wurde ein inhaltlich-organisatorischer und finanzieller Rahmen gesetzt, der auch die Grundsätze des Bürgerdialog Kernenergie festschrieb. Schließlich mussten die Fördermittel gegenüber dem Deutschen Bundestag und dessen Haushaltsausschuss gerechtfertigt werden. Dies zeigt auch die Analyse einer Tagung in der Ev. Akademie Loccum bei Hannover 1980 in diesem Bericht. Aber die Mittel wurden nicht nur für die großen gesellschaftlichen Gruppen oder vorrangig für Kernenergie befürwortende Organisationen verausgabt. Der Bundesforschungsminister verteidigte diesen breiten Ansatz in Plenarsitzungen des Deutschen Bundestags und in Antworten auf Anfragen aus dem Parlament klar, wenn einzelne Gruppen oder auch die mangelnde Ausrichtung auf Akzeptanzbeschaffung kritisiert wurden. Die Auswertung der vorliegenden Statistiken zu den Fördermittelnehmern zeigt eine breite Verteilung und gibt lediglich Hinweise darauf, dass die SPD vor allem mit der Friedrich-Ebert-Stiftung das eigene Netzwerk etwas über Gebühr bediente.

Anhand der vorliegenden Informationen zu den bezuschussten Veranstaltungen zeigt sich auch die Vielfalt, die für die Themensetzungen der Veranstaltungen gegeben war und die über die Jahre hinweg die Themenpalette deutlich um Nicht-Kernenergie-Themen erweiterte, aber auch die aus Sicht der Bundesregierung gegebene Bedeutung der Kernenergie für die Energieversorgung und Lebensqualität der Bevölkerung verankerte. Im Verlauf des Bürgerdialog Kernenergie gewannen alternative Energien, Technologien und Entsorgungsfragen im Bürgerdialog Kernenergie an Bedeutung.

Auf Grundlage des BMFT-Merkblatts entsprachen die Veranstaltungen in ihrem Ablauf einem grundsätzlich einheitlichen Standard. Von vielen gesellschaftlichen Gruppen wurde das Angebot der Fördermittel gern und umfassend angenommen. In den letzten Jahren der Bezuschussung von Veranstaltungen überstieg die Nachfrage das Angebot bei Weitem.

Die Aktivitäten des BMFT müssen auch mit Blick auf die Austauschbeziehungen mit den gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen des Gesprächskreises Kernenergie bewertet werden. Insgesamt konnten mindestens 45 Organisationen aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft identifiziert werden, die daran teilnahmen. Das BMFT informierte diese Gruppen über den Verlauf des Bürgerdialog Kernenergie und forderte sie auch zu inhaltlichen Rückmeldungen auf. Der zweite Schwerpunkt lag auf der Einbindung in die Dialogaktivitäten, bei denen den gesellschaftlichen Gruppen sowohl durch die Mitwirkung von Referent\*innen, insbesondere aber als Träger von Veranstaltungen Bedeutung zukam. Der direkte Dialog des Ministeriums mit den gesellschaftlichen

Gruppen im Rahmen des Gesprächskreis Kernenergie kann als eigene Säule der Informations- und Diskussionsaktion eingestuft werden.

In Fernsehsendungen, hier am Beispiel von Berichten und Beiträgen der ARD geprüft, trat der Bürgerdialog Kernenergie als Maßnahme der Bundesregierung nur vereinzelt in Erscheinung. Allerdings wurde über die Kernenergiekontroverse anhand von Ereignissen und politischen Entscheidungen berichtet.

Ob der Bürgerdialog Kernenergie sein oft schlechtes Image in vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen insgesamt verdient hat, ist schwer zu beantworten, denn im Detail zeigen sich Aktivitäten und Leitgedanken, die Nachahmung finden könnten und sollten. So bemühte sich das BMFT aufrichtig um Sachinformation und um Neutralität in vielen Aspekten, beispielsweise durch die Besetzung eines nicht der Kernenergieförderung behafteten Projektträgers und das Schaffen einer „Bühne“ für gesellschaftliche Gruppen und kontroverse Sichten zur Kernenergie in Veranstaltungen und durch Magazinbeiträge. Die Anzeigenkampagne mit ihrer Persuasionsstrategie, die weniger auf Überzeugen als auf Beeinflussung mit sprachlichen Mitteln geprägt war, lässt daran andererseits wieder zweifeln. An der Kritik wird deutlich, dass die Bewertung der BMFT-Aktivitäten nur schwerlich losgelöst von den politischen Debatten und Kontroversen der Zeit erfolgen kann, in denen der Bürgerdialog Kernenergie seinen Ursprung nahm und denen er sich in seinem Verlauf kontinuierlich stellen musste.

## **6 Der standortbezogene Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg: Entsorgung**

### **6.1 Begründung, Quellenlage und Aufbau der Fallstudie**

Um den Bürgerdialog Kernenergie im Hinblick auf seine Stärken, Schwächen und Grenzen zu untersuchen, muss man auch nach Gorleben schauen. Die kleine Gemeinde im Landkreis Lüchow-Dannenberg wurde im Februar 1977 von niedersächsischer Seite zum Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) benannt. Gorleben ist der einzige Atomstandort, an dem sich im Rahmen des Bürgerdialogs die Praxis staatlicher Kommunikation, ihre Wirkung und Wechselwirkung mit der Zivilgesellschaft über einen längeren Zeitraum verfolgen lässt.

Der Bürgerdialog Kernenergie war ab 1974 zunächst als eine bundesweite Aufklärungskampagne konzipiert, um die breite Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der Kernenergie und alle damit zusammenhängenden Fragen zu informieren. Dazu dienten bundesweite Anzeigenserien, verschiedene Publikationen und Filme sowie Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen in der ganzen Bundesrepublik. Ab 1977, dem Zeitpunkt der Standortbenennung von Gorleben, begannen sich die Schwerpunkte zu verschieben – inhaltlich und auch geografisch. Ein „besonderer Akzent“ wurde nun auf das Thema Entsorgung gelegt (Matthöfer 1977 ‚Informations- und Diskussionsaktion‘, BArch, B 136/10903). Gleichzeitig fand sich in der Region um Gorleben eine Häufung von Veranstaltungen, die mit Mitteln des Bürgerdialogs gefördert wurden. Zwischen November 1980 und Mai 1983 beschränkte sich der Bürgerdialog dann – abgesehen von einer kurzen Episode in Salzgitter zu Schacht Konrad – ausschließlich auf Lüchow-Dannenberg und die in Gorleben geplanten Entsorgungsprojekte.

Ab Mitte 1983 war der Bürgerdialog am Standort Gorleben praktisch beendet. Zwar stellte die von Bund und Land betriebene gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung in Lüchow erst 1987 ihre Arbeit endgültig ein. Aber nach der dritten Informationsveranstaltung vor dem Schachtabteufen im Mai 1983 und der Entscheidung des Bundeskabinetts im Juli 1983 für eine untertägige Erkundung im Salzstock Gorleben wurden Aktivitäten im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie, die teilweise auch unter dem Titel Energiedialog firmierten, in Lüchow-Dannenberg öffentlich nicht mehr erwähnt – weder in den Berichten der Lokalpresse, noch in den offiziellen Verlautbarungen des BMFT.

Aus zwei Gründen lohnt es sich, die staatliche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Lüchow-Dannenberg genauer zu betrachten. Zum einen fand der Bürgerdialog Kernenergie in der Region um Gorleben über einen Zeitraum von fast sechs Jahren, zwischen Ende 1977 und Mitte 1983, kontinuierlich statt. Zum anderen sind diese Aktivitäten sowie ihre Rezeption durch die Zivilgesellschaft und Medien umfangreich dokumentiert – durch die staatlichen Stellen selbst und durch die örtliche Bürgerbewegung. So stammen die in dieser Fallstudie ausgewerteten Quellen

überwiegend aus Aktenbeständen der ehemaligen „Gemeinsamen Informationsstelle zur Nuklearen Entsorgung Bund-Land“ in Lüchow, des BMFT im Bundesarchiv in Koblenz, dem Landesarchiv Hannover und dem Gorleben Archiv e.V., einer zivilgesellschaftlichen Einrichtung, die neben den internen Vorstandsprotokollen, Pressemitteilungen und Publikationen der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg auch über Personenbestände von ehemaligen Teilnehmer\*innen des Bürgerdialogs sowie eine umfassende Pressesammlung verfügt. Einen besonderen Stellenwert nimmt hier die Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) ein, die wichtigste Lokalzeitung in der Region, die ab dem Tag der Standortbenennung fast lückenlos über den Gorleben-Konflikt berichtete. Nicht nur die redaktionellen Beiträge, sondern auch die Anzeigen- und Leserbriefseiten der EJZ bildeten die Atom-Debatte in Lüchow-Dannenberg ab. Die Informationspolitik von Bund, Land und Betreibern wurde dabei eine hohe Aufmerksamkeit zuteil.

Die Fallstudie beginnt in Kapitel 6.2 mit einem kurzen Abriss des historischen Hintergrunds mit dem Schwerpunkt auf Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit sowie solchen Ereignissen, die thematisch beim Bürgerdialog in Gorleben eine besondere Rolle spielten. Das folgende Kapitel 6.3 gibt zunächst einen detaillierten Überblick über die Praxis und unterschiedlichen Phasen des Bürgerdialogs in der Region Lüchow-Dannenberg, wobei auch auf die Aktivitäten in Salzgitter kurz eingegangen wird. Danach werden die staatlichen Maßnahmen – vor allem die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation mit den Bürgerinitiativen – am Beispiel ausgewählter Veranstaltungen genauer betrachtet. Kapitel 6.4 nimmt noch einmal den gesamten Bürgerdialog in Gorleben in den Blick. Dargestellt wird die Wahrnehmung des Dialogprozesses durch die verschiedenen Akteursgruppen und auf dieser Grundlage mögliche Wechselwirkungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft analysiert. Im Schlusskapitel 6.5 folgt eine zusammenfassende Bewertung der Untersuchungsergebnisse, besonders in Bezug auf die vom Staat kommunizierten Ziele des Bürgerdialogs.

## **6.2 Historischer Hintergrund**

### **6.2.1 Die Standortbenennung bis zum Verzicht auf die Wiederaufarbeitungsanlage (1976-1979)**

#### **6.2.1.1 Die Standortbenennung**

Am 22. Februar 1977 benannte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg offiziell zum vorläufigen Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) mit Wiederaufarbeitung und Endlagerung. Die Entscheidung kam unerwartet, denn Gorleben war vorher nicht in der engeren Wahl. Die vom Bund schon 1973 mit der Standortsuche beauftragte Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft (KEWA) hatte zunächst drei Orte in Niedersachsen mit unterirdischen Salzvorkommen favorisiert – Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh. Grundlage war eine Studie, in der die KEWA Auswahlkriterien entwickelt hatte mit dem

Ziel, in einer vergleichenden Bewertung mehrere Alternativstandorte in der Bundesrepublik zu ermitteln und dann die günstigsten weiter zu erforschen (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 68). Solche vergleichende Standortanalysen seien um 1975/76 in den Geowissenschaften schon Stand von Wissenschaft und Technik gewesen, gab später der Sachverständige Jürgen Kreuzsch im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) Gorleben zu Protokoll (Kreusch 2010 ‚Protokoll Nr. 6 der Sachverständigenanhörung‘, Anlage zur BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013: 38).

Nach heftigen Bürgerprotesten wurden die Probebohrungen aber an allen drei Orten im August 1976 wieder eingestellt. Der Abbruch der Erkundungsmaßnahmen geschah auf Anweisung des BMFT, aber auf Ansuchen des Ministerpräsidenten, der im Januar 1976 ins Amt gewählt worden war und eine Minderheitsregierung anführte (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 71, 370). Im Abschlussbericht des PUA Gorleben wird in einem Sondervotum der oppositionellen Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen dargelegt, dass sich an den drei Orten Widerstand nicht nur von Bauern und Landbesitzern regte, sondern gerade auch von Seiten der Politik. So hätten der CDU-Bundestagsabgeordnete Rudolf Seiters und der CDU-Landtagsabgeordnete Walter Remmers beide versucht, ihren Parteifreund Albrecht von den Plänen für ein Nukleares Entsorgungszentrum etwa im Emsland abzubringen. Albrecht mit seiner geschwächten Minderheitsregierung habe in Bonn vor allem deshalb den Wunsch nach einem Stopp der Probebohrungen in Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh geäußert, „weil er den Verlust von Wählerstimmen befürchtete“ (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 405f.). Vieles spricht also dafür, dass der Abbruch der Probebohrungen an den drei Standorten aus (lokal)politischen Gründen erfolgte und nicht – wie es im gegenwärtigen Standortauswahlverfahren angestrebt wird – auf einer Abwägung wissenschaftlicher Eignungskriterien basierte.

Kurz darauf wurde auf Landesebene ein Interministerieller Arbeitskreis (IMAK) eingesetzt, der eine eigene und vom Bund unabhängige Standortbewertung vornehmen sollte. Laut Kabinettsbeschluss vom 16. November 1976 erhielt die streng vertraulich tagende Gruppe den Auftrag, innerhalb von drei Wochen für die Landesregierung eine Vorlage zu erarbeiten, die eine vorläufige Standortentscheidung ermöglichen sollte (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 383). Wenige Tage zuvor, am 11. November 1976, hatte ein denkwürdiges Ministergespräch zwischen Bund und Land zur weiteren Standortplanung für ein Entsorgungszentrum stattgefunden, bei dem von Seiten der niedersächsischen Landesregierung erstmals auch der Standort Gorleben als mögliche Alternative erwähnt worden war. Die Bundesregierung hatte daraufhin erklärt, dass dieser Standort „durch seine unmittelbare Lage an der innerdeutschen Grenze nicht in Betracht gezogen“ werde (BMFT 1976 ‚Ergebnisvermerk über Besprechung am 11. November 1976‘, zitiert in BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013: 381).

Dennoch präsentierte der IMAK Anfang Dezember 1976 eine Liste, auf der Gorleben an erster Stelle stand (Deutscher Bundestag 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 387). An diesem Vorschlag hielt Albrecht bis zu seiner Entscheidung im

Februar 1977 fest – gegen den Willen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD), der wegen der Grenznähe des Standorts zur DDR mehrfach große Bedenken äußerte (Schmidt 1977 'Brief an Albrecht vom 28.01.1977', BArch, B 136/10135 (2), Blatt 425f.). Von seinem Pressesprecher wurde Albrecht damals mit den Worten zitiert, „die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut“ (Albrecht 1977 ‚Vermerk von Schwowe‘, zitiert in BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013: 416).

Warum Gorleben plötzlich auf die IMAK-Liste geriet und Albrecht diesen Standort unbedingt durchsetzen wollte, lässt sich nicht endgültig beantworten. Unbestritten ist aber, dass die Suche nach einem geeigneten Standort für das NEZ wesentlich bestimmt war durch die von den oberirdischen Anlagen ausgehenden Gefahren wie beispielsweise der Abluft aus den Schornsteinen der WAA oder einer möglichen Kontamination der Böden. Kriterien wie günstige Windverhältnisse, geringe Milchwirtschaft oder eine sichere Wasserversorgung für die Kühlung hatten bei der Auswahl ein deutlich größeres Gewicht als die Endlagergeologie, die nur mit knapp dreizehn Prozent in die Bewertung eingegangen war (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 384). In einer im Dezember 1976 verfassten internen Vorlage von Abteilungsleiter Gerhard Konow an Bundeskanzler Schmidt wurde ein weiterer Grund für die „Präferenz des niedersächsischen Wirtschaftsministers für Gorleben“ genannt. Dort heißt es, bei diesem Standort könnten „die Möglichkeiten der innerpolitischen Durchsetzung am günstigsten beurteilt werden; es handelt sich um ein abgelegenes, dünn besiedeltes Gebiet mit einfachen Eigentumsstrukturen“ (Konow 1976 'Vermerk für die Sitzung des Kabinetts am 08.12.1976', BArch, B 136/10858). Die Landesregierung glaubte also, im strukturschwachen Lüchow-Dannenberg, wo die CDU seit Jahrzehnten über stabile Mehrheiten verfügte, ein Entsorgungszentrum leichter durchsetzen zu können.

### **6.2.1.2 Reaktion der Bevölkerung**

Viele Lüchow-Dannenger empfanden die Nachricht, dass im Gorlebener Forst ein nuklearer Industriekomplex entstehen sollte, als einen Schock (Mahlke 2019 ‚Ein Lernprozess‘; Gorleben Archiv 2019: 102). Schon drei Tage nach der Bekanntgabe demonstrierten Bauern und Bäuerinnen mit ihren Treckern. Anfang März 1977 gründete sich die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg als eingetragener Verein. Und trotz der verbreiteten Sorge vor militanten Aktionen rief die BI bundesweit zu einer Kundgebung am geplanten Baugelände auf, wo sich am 12. März 1977 rund 20.000 Menschen zur ersten Großdemonstration in Gorleben versammelten (Wilde in Deutschlandfunk Kultur vom 21.11.2011).

Der Atomkonflikt spaltete die Landkreisbevölkerung für viele Jahrzehnte in zwei Lager. Die Gegner\*innen kamen aus sehr unterschiedlichen sozialen Milieus. Sie gehörten zum örtlichen Bildungsbürgertum, waren Hausfrauen, Landadelige, Kunstschaffende, Aussteiger oder Städter mit einem Zweitwohnsitz auf dem Land. Bei den Landwirt\*innen waren es vor allem die Söhne und Töchter, die schon früh gegen das Entsorgungszentrum demonstrierten und sich 1978 zur Bäuerlichen Notgemeinschaft zusammenschlossen. Auf über fünfzehn Quadratkilometern waren eine WAA, eine

Brennelementfabrik und zwei Zwischenlager sowie im darunterliegenden Salzstock ein Endlager für hochradioaktive Abfälle geplant – die größte Industrieanlage Europas. „Uns wurde klar, dass unsere Existenz dann auf jeden Fall bedroht ist, weil wir Bauern unsere Produkte gar nicht mehr absetzen können“, erinnerte sich Hans-Werner Zachow, Mitbegründer der Bäuerlichen Notgemeinschaft, später im Interview mit dem Gorleben Archiv (Zachow 2019: 81). Im Lager der Befürworter\*innen, unter ihnen viele Kommunalvertreter und Gewerbetreibende, hoffte man dagegen auf neue Arbeitsplätze, Strukturhilfen und Steuereinnahmen für einen der ärmsten Landkreise der Republik. Als eine Art politisches Gegengewicht zur Bürgerinitiative wurde im Januar 1978 auf Anregung des damaligen CDU-Kreis- und Landtagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill die Gorleben-Kommission gegründet – ein Zusammenschluss von Vertreter\*innen des Kreistags und der Samtgemeinden, allesamt Befürworter\*innen des NEZ. Das Gremium hatte vor allem den Zweck, von den Landes- und Bundesbehörden unabhängig von der Bürgerinitiative über das Gorleben-Projekt informiert zu werden (Kulke 1981 ‚Hinweise zu den kommunalen Gremien und Gruppen‘, BASE-Ordner 786).

### 6.2.1.3 Öffentlichkeitsarbeit der DWK

Auf beiden Seiten gab es einen großen Bedarf an Informationen. Allerdings hielten sich die staatlichen Stellen bei der Öffentlichkeitsarbeit zunächst zurück (Tiggemann 2010, 440). Sie überließen diese Aufgabe der Betreibergesellschaft der geplanten WAA – der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), einem Zusammenschluss der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Die DWK startete schon wenige Tage nach der Standortbenennung eine eigene Informationskampagne mit Postwurfsendungen, einer eigenen Zeitung („DAN“) und einem Informationsbus, der im gesamten Landkreis Aufklärungsarbeit betreiben sollte. Hauptsächlich wurde dabei eine aufwendig gestaltete Broschüre mit dem Titel „Deutschland braucht Kernenergie“ verteilt. Darin wurde das Entsorgungszentrum im Stil einer Werbeschrift mit farbigen Schaubildern als notwendig, sicher und sauber beschrieben. Das Projekt sei eine Investition in die Zukunft, die Land und Gemeinden Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze und schon während der Bauphase „einige Hundert Millionen DM Steuergeld“ beschere würde (Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen 1977: 7).

Die atomkritischen Bürger\*innen reagierten mit Empörung auf die als einseitig empfundene Informationspolitik der DWK, in diversen Veröffentlichungen und Leserbriefen war von „Propaganda“ die Rede (Borchert 1977 sowie Horstmann 1977, Leserbriefe, EJZ vom 12.03.1977). So wurde der Informationsbus schon im ersten Jahr wieder aus dem Verkehr gezogen, weil er bei seinen Fahrten über die Dörfer auf massive Behinderungen gestoßen war. Die BI-Zeitung „Gorleben Informiert“ berichtete: „In Gedelitz wurde Schweinemist auf die Treppe gekippt (...); in Meetschow wurde der Bus in Klopapier eingewickelt, in Kapern alle Reifen zerstoßen.“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ‚Gorleben Informiert No. 3 vom November 1977‘: 3). Auch die von der DWK finanzierten Besichtigungsreisen zum Kernforschungszentrum in Karlsruhe oder zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England, zu denen hauptsächlich Kommunalpolitiker und Honoratioren mit ihren Ehefrauen eingeladen

wurden, lehnten die Atomgegner\*innen als „atomare Butterfahrten“ ab (Ehmke 1987: 26).

Statt die Skeptiker\*innen zu überzeugen, trug die Öffentlichkeitsarbeit der DWK vermutlich eher dazu bei, die Glaubwürdigkeit von Politikern und Betreibern zu beschädigen. Denn die Bürgerinitiativen waren nicht an den Hochglanzbroschüren der Atomwirtschaft interessiert, sondern erwarteten detaillierte Sachinformationen, um diese mit Hilfe unabhängiger Expert\*innen zu überprüfen. „Wir sollten die nächste Zeit nutzen, um all das auf seine Richtigkeit zu überprüfen, was in der Diskussion um das Entsorgungszentrum immer wieder im Gespräch ist“, erklärte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Anfang März 1977 in einem Leserbrief in der EJZ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1977 ‚Atom Müll-Information‘, Leserbrief, EJZ vom 05.03.1977).

#### **6.2.1.4 Staatliche Informationspolitik**

In diesem Zusammenhang kam es auch im Dialog zwischen der Bevölkerung und dem Ministerpräsidenten schon kurz nach der Standortbenennung zu einem Vertrauensbruch. Albrecht hatte im März 1977 bei einem Treffen mit Lüchow-Dannenger Bürger\*innen in Hannover zugesagt, eine Kopie des 3.000 Seiten starken DWK-Sicherheitsberichtes für das geplante Entsorgungszentrum sofort an die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zu übersenden. Dieses Versprechen hielt er aber nicht ein (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1977 ‚Pressemitteilung vom 03.03.1977; Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1978 ‚Pressemitteilung vom 10.07.1978‘). Hintergrund waren rechtliche Bedenken innerhalb der Landesbehörden, da eine Zustimmung der DWK als Antragsteller nicht vorlag und sich der Sicherheitsbericht auch noch in der Überarbeitung befand, also unvollständig sei. In der Landesregierung befürchtete man außerdem „ein nicht zu übersehendes Maß an Mehrarbeit“, da jede einzelne Herausgabe an Interessenten der Zustimmung der Antragsteller bedurft hätte (Schoepffer 1979 ‚Vermerk vom 26.01.1979 zu ‚Atomrechtlichen Verfahrensfragen‘).

Bei einem Treffen am 18. August 1977 mit Vertretern niedersächsischer Bürgerinitiativen sowie Mitgliedern des Landes- und Bundesverbandes der Bürgerinitiativen für Umweltschutz (LBU und BBU) in der Landeshauptstadt bot Albrecht seinen Besucher\*innen stattdessen an, den Sicherheitsbericht im Sozialministerium in Hannover einzusehen. Den Bürgerinitiativen reichte das aber nicht aus. Sie werteten dieses Vorgehen als Wortbruch des Ministerpräsidenten und brachen die seit fünf Monaten andauernden Gespräche mit dem Ministerpräsidenten ab (Landeszeitung für die Lüneburger Heide vom 19.08.1977). Wie angekündigt, wurde im September 1977 der dreizehn Aktenordner umfassende Sicherheitsbericht in Hannover ausgelegt. Aber für die interessierte Öffentlichkeit bestand keine Möglichkeit, ihn zu kopieren oder abzuschreiben, so dass die Unterlagen auch nicht ausgewertet werden konnten (Rucht 1980: 126). Insgesamt zog sich der Konflikt um die Herausgabe des Sicherheitsberichts über zwei Jahre hin, bis Albrecht im Mai 1979 das Aus für die WAA in Gorleben verkündete.

Albrechts Weigerung, den Bürgerinitiativen den ursprünglich zugesagten Sicherheitsbericht auszuhändigen, verstärkte das Misstrauen der Bürgerbewegung gegenüber der staatlichen Informationspolitik und beeinflusste auch ihre Sicht auf den Bürgerdialog Kernenergie. „So ist jedes Vertrauen zwischen Landesregierung und Bürgern bereits im Keime erstickt“, heißt es dazu in einem Leserbrief der EJZ (Beißwenger 1977, Leserbrief, EJZ vom 16.09.1977). Im Informationsblatt der BI Lüchow-Dannenberg findet sich in diesem Zusammenhang die – missverständliche – Formulierung, man habe „den Bürgerdialog mit Albrecht“ abgebrochen (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ‚Gorleben Informiert No. 3 vom November 1977‘: 10). Dass für den Bürgerdialog Kernenergie gar nicht das Land Niedersachsen, sondern das BMFT die Federführung hatte, spielte in der Außenwahrnehmung offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle. Überhaupt lässt die Quellenlage vermuten, dass der Bürgerdialog in dieser Phase in der Gorlebener Anti-Atom-Szene relativ wenig Beachtung erfuhr. In den Protokollen des Erweiterten Vorstandes (E.V.) der BI Lüchow-Dannenberg, der regelmäßig alle zwei Wochen tagte, wurde der Begriff „Bürgerdialog“ zwischen 1977 und 1979 nur vier Mal erwähnt (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ‚Protokolle des E.V. vom 12.08.1977, 04.11.1977, 04.02.1978, 19.05.1978‘). Zweimal gab es kurze Hinweise auf Veranstaltungen, die mit Mitteln des Bürgerdialogs gefördert worden waren, einmal den Vorschlag, den Bürgerdialog zum Thema einer eigenen Veranstaltung zu machen. Zitat: „Kein Einvernehmenlassen der BI in staatlich organisierten Bürgerdialog!“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1978 ‚Protokoll des E.V. vom 12.08.1978‘). Belege, dass dieser Plan tatsächlich umgesetzt wurde, finden sich aber nicht.

Nur das BI-Protokoll vom 19. Mai 1978 deutet auf eine ausführlichere Debatte über den Bürgerdialog hin. Dabei ging es um die Frage, ob die Bürgerinitiative an einer Veranstaltung des niedersächsischen Sozialministeriums teilnehmen sollte, um sich den Vorschlag über ein Sachverständigengutachten zu den regionalwirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des geplanten Entsorgungszentrums anzuhören. Im Protokoll heißt es: „Lange Diskussion, inwieweit wir uns in den Bürgerdialog (...) einlassen und die abgebrochenen Gespräche mit Albrecht wieder aufnehmen, wenn wir an dieser Veranstaltung teilnehmen.“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1978 ‚Protokoll des E.V. vom 19.05.1978‘) Am Ende wurde die Entscheidung vertagt. Die Protokollnotiz unterstreicht, dass die Lüchow-Dannengerger Anti-Atom-Initiativen den Bürgerdialog zumindest in der Anfangsphase nicht als eine isolierte, von der Bundesregierung allein verantwortete Maßnahme verstanden, sondern seine Wahrnehmung durch das Handeln der Landesregierung mitgeprägt wurde.

Dass der Bürgerdialog am Standort Gorleben zunächst keine große Bedeutung beigemessen wurde, hing vermutlich auch damit zusammen, dass in den ersten zwei Jahren nach der Standortbenennung weder die Bundesregierung noch die Landesregierung eine gezielte Informationspolitik betrieben. So hat es in Lüchow-Dannenberg auch keinen klaren Auftakt des Bürgerdialogs gegeben. Grund waren interne Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Land über die Zuständigkeiten bei der Öffentlichkeitsarbeit. „Die standortbezogene Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ist nach Auffassung der Bundesregierung in erster Linie, soweit es

sich um staatliche Aufgaben handelt, Angelegenheit der Länder“, hieß es im Januar 1977 in einer Vorlage von Bundesforschungsminister Matthöfer für ein Gespräch des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder (Matthöfer 1977, 'Informations- und Diskussionsaktion', BAArch, B 136/10903). Nachdem dann Albrecht den Standort Gorleben benannt und die Bundesregierung im Juli 1977 zugestimmt hatte, signalisierte Matthöfer aber gegenüber der Landesregierung seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 13. Juli 1977 drängte er auf Maßnahmen, die zwischen Bund und Land abgestimmt werden und den Prinzipien des Bürgerdialogs entsprechen sollten: „Über Anzeigen hinaus ist die Erweiterung eines Informations- und Diskussionsprozesses notwendig, in dem alle interessierten Gruppen ihre Meinung, auch ihre Bedenken und Besorgnisse hinsichtlich des Entsorgungszentrums, einbringen können“ (Matthöfer 1977, Schreiben an Albrecht vom 13.07.1977', NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92). Albrecht war dagegen der Meinung, dass die Landesregierung dafür nicht zuständig sei – auch weil man als Träger des Genehmigungsverfahrens nicht den Eindruck der Voreingenommenheit erwecken wolle. „Es ist Sache des Bundes, Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt Gorleben zu betreiben. Bei entsprechenden Aktivitäten Niedersachsens könnte anderenfalls der Eindruck erweckt werden, daß es sich bei dem NEZ um ein nieders. Projekt handelt“, steht in einem Vermerk über eine Besprechung in der niedersächsischen Staatskanzlei im Juli 1978 (Niedersächsische Staatskanzlei 1978, 'Aktenvermerk über Treffen am 26.07.1978', NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 79).

Besonders die Lüchow-Dannenberg Kommunalvertreter beschwerten sich immer wieder über den Mangel an Informationen. Eine entsprechende Resolution des Kreistags wurde dem niedersächsischen Ministerpräsidenten schon im August 1977 von einer Delegation gewählter Kreis- und Gemeindevertreter übergeben. Wie die EJZ berichtete, äußerten sich die Kommunalpolitiker „beunruhigt über den Informationsvorsprung ‚anderer Leute‘“ und forderten mehr Aufklärung durch die Regierung und mehr Beteiligung in der Gorleben-Frage. Dazu wird der Ministerpräsident sinngemäß mit den Worten zitiert: „Die Landesregierung kann hier als Genehmigungsbehörde nicht viel tun, weil sie sich neutral verhalten muß“ (EJZ vom 18.08.1977). Nach Auffassung des damaligen Oberkreisdirektors (OKD) Klaus Poggendorf, ein entschiedener Befürworter des NEZ, bekam die Protestbewegung vor allem deshalb immer mehr Zulauf, weil die „Kernkraftgegner mit Unterstützung der regionalen und z.T. auch überregionalen Publikationsorgane diese Informationslücke für sich nutzten und durch von Nichtfachleuten schwer widerlegbare Behauptungen die Bevölkerung verunsicherten“ (Poggendorf 1979: ‚Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 7. November 1979', BASE-Akten, Ordner 794). Sein Amtsvorgänger Wilhelm Paasche sprach von einer „Negativpropaganda“ (Paasche 1977, EJZ vom 08.06.1977).

Wegen der Unstimmigkeiten zwischen Bund und Land beschränkte sich die staatliche Öffentlichkeitsarbeit am Standort Gorleben zwischen 1977 und 1979 weitgehend auf das – im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie bundesweit geltende – Angebot, Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit Bezug zu energiepolitischen Themen zu besuchen. Vor dem Hintergrund des Gorleben-Konflikts wurde diese Möglichkeit in Lüchow-Dannenberg auch zunehmend von verschiedenen Institutionen genutzt. Die

Antragsteller\*innen waren Bildungseinrichtungen, Vereine oder Verbände, die sich für Themen wie die Risiken der Kerntechnologie oder die Nutzung erneuerbarer Energien interessierten. Zwischen November 1977 und Juni 1979 sind in der EJZ für Lüchow-Dannenberg immerhin zehn Vortragsveranstaltungen, Seminare und Workshops dokumentiert, die mit Mitteln des Bürgerdialogs gefördert wurden (Tabelle 12 am Ende dieses Kapitels). Dazu passte auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom Juli 1980, die u.a. eine Frage nach den Förderkriterien des BMFT enthielt. In der Antwort hieß es: „Herausragende Veranstaltungen und Aktivitäten im Bereich von potentiellen und tatsächlichen Standorten nuklear-technischer Anlagen werden verstärkt berücksichtigt“ (Bundesregierung 1980 ‚Antwort‘, BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980).

Solche Veranstaltungen konnten eine gezielte standortbezogene Informationspolitik von Seiten des Staates aber aus Sicht der Kommunalvertreter\*innen nicht ersetzen. Sie drängten deshalb auf die Einrichtung einer staatlichen Informationsstelle vor Ort, um die Bevölkerung besser über das geplante Entsorgungszentrum aufzuklären. Diese Maßnahme hatte Bundesforschungsminister Hauff der Gorleben-Kommission schon im März 1978 zugesagt (Poggendorf 1978 ‚Schreiben an BMFT vom 14. Juli 1978‘, BASE-Akten, Ordner 794). Allerdings strebte er eine von Bund und Land gemeinsam getragene Informationsstelle an. Wie sich aus einem Ergebnisvermerk über ein Gespräch zwischen Bund und Land im August 1978 ergibt, lagen der Landesregierung die Entwürfe für eine entsprechende Kooperationsvereinbarung spätestens seit Juli 1978 vor (Bundesministerium des Innern 1978 ‚Ergebnisvermerk‘, NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 79). Doch die Landesregierung zögerte das Vorhaben hinaus. „Eine Informationsstelle vor Ort wird vor allem dann nötig werden, wenn es auf dem Gelände Aktivitäten geben wird, wie beispielsweise die in Aussicht genommenen Probebohrungen“, schreibt der niedersächsische Regierungssprecher Hilmar von Poser an BMFT-Pressesprecher Thilo Schmidt am 18. August 1978 (von Poser 1978 ‚Brief an Schmidt vom 18.08.1978‘, NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92). Albrecht wollte erst nach dem geplanten Gorleben-Hearing (Kap. 6.2.1.5) eine Grundsatzentscheidung über den Bau eines NEZ in Gorleben treffen und auch erst dann am Standort verstärkte Öffentlichkeitsarbeit betreiben. (Bundesministerium des Innern 1978 ‚Ergebnisvermerk‘, NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 79).

Derweil wurde der politische Druck aus Lüchow-Dannenberg immer größer. Im Protokoll einer Sitzung der Gorleben-Kommission am 21. Februar 1979 wird ein Mitglied mit den Worten zitiert: „Die Kommission sei nicht der Prellbock zwischen Landesregierung und Bürgerinitiative. Die Bundesregierung solle endlich ihre Zusage zur Einrichtung einer Informationsstelle in Lüchow einhalten und polemische Leserbriefe von fachlicher Stelle richtig stellen [sic] lassen“ (Gorleben-Kommission 1979 ‚Sitzung am 21.02.1979‘, NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 333). Zu diesem Zeitpunkt hatten Bundes- und Landesregierung die Verwaltungsvereinbarung über eine „Information der Öffentlichkeit über das geplante nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) in Gorleben“ bereits unterzeichnet (Die Bundesregierung, Land Niedersachsen 1979 ‚Verwaltungsvereinbarung‘, BArch, B 196/107327:114256), obwohl das Gorleben-Hearing erst Ende März 1979 stattfand und Albrecht seinen Verzicht auf eine WAA am Standort

erst im Mai 1979 verkündete. Als schließlich die „Gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land“ im August 1979 in Lüchow offiziell eröffnet wurde, war die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben schon Geschichte. „Die Informationsarbeit von Bund und Land setzte zu spät ein“, urteilte OKD Poggendorf im November 1979 in seinem Brief an den Bundeskanzler (Poggendorf 1979 ‚Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 7. November 1979‘, BASE-Akten, Ordner 794). Zumindest ein Teil der Kommunalvertreter ging zu diesem Zeitpunkt also davon aus, dass frühzeitige und ausreichende Informationen den Konflikt möglicherweise befriedet und das Aus für die WAA verhindert hätten.

### **6.2.1.5 Hannover-Treck und Gorleben-Hearing – Verzicht auf die WAA**

Zu Albrechts Verzicht auf die WAA hatte eine aufsehenerregende Protestaktion beigetragen. Unter dem Motto „Albrecht, wir kommen!“ war am 25. März 1979 in Lüchow-Dannenberg ein Konvoi mit mehreren hundert Traktoren in Richtung Hannover gestartet, um gegen das Entsorgungszentrum zu protestieren. Eine Woche später erreichte der Gorleben-Treck die Landeshauptstadt und wurde dort von 100.000 Menschen empfangen. Es war die bis dahin größte Anti-Atom-Demonstration in Deutschland. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses erklärte Albrecht einige Wochen später, die Wiederaufarbeitungsanlage sei sicherheitstechnisch zwar realisierbar, aber „politisch nicht durchsetzbar“. Es sei nicht richtig, eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen, „solange es nicht gelungen ist, breite Schichten der Bevölkerung von der Notwendigkeit und sicherheitstechnischen Vertretbarkeit zu überzeugen“ (Albrecht 1979 ‚Regierungserklärung vom 16. Mai 1979‘: 111). Allerdings hielt der Ministerpräsident an seinem Plan fest, in Gorleben ein Endlager zu bauen. Vor diesem Hintergrund lagen seinem Nein zur WAA in Gorleben auch taktische Überlegungen zugrunde, wie Albrecht kurz darauf in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt offenbarte. Darin äußerte er die Vermutung, „daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage aus den Planungen herausgenommen wird“. Entscheidend sei es allerdings, „daß die Bevölkerung uns glaubt, daß das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird“ (Albrecht 1979 ‚Brief an Bundeskanzler Schmidt vom 8. Juni 1979‘, Gorleben Nachrichtendienst 6/82).

Dass der Protestzug der Lüchow-Dannengerer eine so große Wirkung erzielte, hing auch mit einem Zufall zusammen. Am 28. März 1979 gab es im AKW Three Mile Island bei Harrisburg (USA) einen schweren Atomunfall, was dem Treck eine besondere Brisanz verlieh und bundesweit zu einer enormen Mobilisierung für die Abschlusskundgebung in Hannover führte. Durch das gestiegene Medieninteresse für den Treck rückte ein weiteres Ereignis in den Fokus der Öffentlichkeit, welches der eigentliche Anlass für die Aktion gewesen war. Zeitgleich fand in Hannover nämlich das – im vorigen Kapitel bereits erwähnte – internationale Hearing statt, auf dem rund sechzig Wissenschaftler in Form von „Rede und Gegenrede“ über die Probleme der Wiederaufarbeitung und Endlagerung diskutierten. Das von der Landesregierung veranstaltete und dem Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker geleitete Symposium sollte die Frage klären, ob ein wie in

Gorleben geplantes nukleares Entsorgungszentrum „grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist“ (Hatzfeldt, Hirsch, Kollert 1979: 11). Albrecht war damit einer Forderung aus der betroffenen Zivilgesellschaft nachgekommen. Der aus Gartow in der Nähe von Gorleben stammende Waldbesitzer Andreas Graf von Bernstorff, der sein Land und seine Salzrechte nicht an die DWK verkaufen wollte, hatte ein solches Hearing vorgeschlagen. Grundlage sollte eine unabhängige und kritische Überprüfung des Sicherheitsberichts der DWK sein sowie die seit Oktober 1977 vorliegende Stellungnahme der Reaktorsicherheits-Kommission (RSK) und Strahlenschutzkommission (SSK), die die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums positiv beurteilt hatten.

Einer der Initiatoren des sogenannten Gorleben-Hearings, Hermann Graf Hatzfeldt, veröffentlichte zusammen mit einigen Wissenschaftlern der Kritikerseite eine Zusammenfassung des Symposiums. Darin wurde anerkannt: „Es ist Albrecht hoch anzurechnen, daß er die Idee im Januar 1978 aufgriff und unterstützte, obwohl es später bisweilen den Anschein hatte, als wäre seine Ministerialbürokratie am liebsten dieses unbequeme Kuckucksei wieder losgeworden“ (Hatzfeldt, Hirsch, Kollert 1979: 10). Es hätten auch große Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung bestanden. So sei der Sicherheitsbericht der DWK erst nach zähen Verhandlungen der Gutachtergruppe zugänglich gemacht worden, und viele der vorgelegten Informationen seien „entweder veraltet oder nicht überprüfbar“ gewesen. Die Autoren stellten fest: „Es war die konsistente Politik der Betreiber, so wenig Information wie möglich so spät wie möglich zur Verfügung zu stellen“ (Hatzfeldt, Hirsch, Kollert 1979: 12).

Am Ende des Symposiums gab es zwischen den Pro- und Kontra-Experten zwar keine Einigkeit. Aber die Argumente der Kritiker\*innen – vor allem gegen die Technologie der Wiederaufarbeitung – hatten durch den Treck eine große Öffentlichkeit erreicht und zu Albrechts Verzicht auf die WAA in Gorleben beigetragen. Für die Protestbewegung in Lüchow-Dannenberg war dieser Erfolg eine prägende Erfahrung, die in der Folge auch Einfluss auf ihren Umgang mit dem Bürgerdialog hatte. Wie noch gezeigt wird, diente das sogenannte Gorleben-Hearing den Bürgerinitiativen als Vorbild für einen offenen wissenschaftlichen Diskurs, wie sie ihn – auch in Bezug auf das Endlager und Zwischenlager – immer wieder forderten. Durch die, wenn auch nur bedingte, Teilnahme am Bürgerdialog bot sich ihnen prinzipiell die Möglichkeit, diese Forderung direkt an die politischen Entscheidungsträger zu übermitteln und an ihrer Umsetzung mitzuwirken.

## **6.2.2 Zwischenlager und Salzstockerkundung (1980-1983)**

Nach dem Aus für die WAA, dem Kernstück des geplanten Entsorgungszentrums, wurde das sogenannte Integrierte Entsorgungskonzept mit räumlich voneinander getrennten Anlagen entwickelt. In Gorleben rückten vor allem zwei Projekte in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion: der geplante Bau eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente und die Erkundung des Gorlebener Salzstocks auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle. Im Folgenden werden die für den Bürgerdialog relevanten Ereignisse für beide Projekte in jeweils eigenen Unterkapiteln dargestellt, um

auf dieser Grundlage die staatlichen Aktivitäten und Wechselwirkungen mit der Zivilgesellschaft besser analysieren zu können.

### **6.2.2.1 Genehmigungsverfahren für den Bau eines Zwischenlagers**

Das in Gorleben geplante Zwischenlager für hochradioaktiv abgebrannte Brennelemente sollte als Genehmigungsvoraussetzung für weitere Atomkraftwerke dienen. Grundlage dieses Junktims zwischen dem Nachweis von Zwischenlagerkapazitäten und dem Ausbau der Kernenergie waren die von Bund und Ländern 1980 verabschiedeten Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke (Der Bundesminister des Innern, Regierungschefs von Bund und Ländern 1980). Die Zeit drängte also, denn der Weiterbau des AKW Brokdorf hing von der Realisierung des Zwischenlagers ab. Antragsteller war die BLG (Brennelementlager Gorleben GmbH), zuständig für die sicherheitstechnische Genehmigung des Transportbehälters die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt (PTB). Der Konflikt zwischen einerseits den Kommunalvertretern, die wegen der zugesagten Strukturhilfen an einer zügigen Realisierung des Projekts interessiert waren, und andererseits den atomkritischen Bürger\*innen vor Ort spitzte sich zu, als der Kreistag am 11. Juli 1980 mit großer Mehrheit den Bau des Zwischenlagers befürwortete. Die Bürgerinitiative sprach in diesem Zusammenhang von „Bestechungsgeldern der DWK“, immerhin würde durch die zugesagten „Strukturbeihilfen“ allein die Gemeinde Gorleben künftig ihren jährlichen Haushalt auf jeden Fall verdoppeln (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 ‚Protokoll des E.V. vom 25.07.1980‘).

Die Atomkraftgegner\*innen befürchteten, dass in Gorleben „scheibchenweise“ Fakten geschaffen werden sollten (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1982 ‚Protokoll des E.V. vom 22.01.1982). Sie sahen in dem Brennelement-Lager vor allem ein Präjudiz für das am Standort geplante Endlager, obwohl der Salzstock noch gar nicht abschließend auf seine Eignung untersucht worden war. Mit allen rechtlichen Mitteln, aber letztlich erfolglos, versuchten sie, die mit der Genehmigung verbundenen Verfahrensschritte wie die Aufhebung des Landschaftsschutzgebietes oder die Veränderung des Flächennutzungsplans zu verhindern. Ein Kritikpunkt der Bürgerinitiative: Die Genehmigung des Zwischenlagers sollte nach Paragraph 6 des Atomgesetzes (AtG) erfolgen, so dass – anders als beim Zwischenlager am Standort Ahaus, wo von der Landesregierung eine Anhörung in Anlehnung an Paragraph 7 des AtG durchgeführt wurde – die Öffentlichkeitsbeteiligung einen unverbindlichen Rechtscharakter haben würde (Kulke 1981 ‚Beschreibung des bisherigen Diskussionsverlaufes‘, BASE-Akten, Ordner 786).

Die von den Gegner\*innen des Vorhabens angeführten Sicherheitsbedenken bezogen sich vor allem auf die Technik der Castor-Transportbehälter, in denen die Brennstäbe über Jahrzehnte oberirdisch aufbewahrt werden sollten. Zum Themenkomplex Zwischenlager fanden – finanziert mit Mitteln des Bürgerdialogs – zwei sehr kontroverse Seminare in der Heimvolkshochschule Görden statt, bei denen Wissenschaftler der Pro- und Kontra-Seite beteiligt waren und die in einem späteren Kapitel detailliert erörtert

werden (siehe Kapitel 6.3.5). Die Bürgerinitiative warf anschließend der DWK als Antragstellerin und den Genehmigungsbehörden vor, wichtige dem Sicherheitsbericht zugrundeliegende Gutachten etwa zum Deckelsystem der Transportbehälter der Öffentlichkeit vorzuenthalten (o.V. 1980 in EJZ vom 09.12.1980; Fritzen 1981 ‚Brief an die Ratsherren vom 14.06.1981‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Marianne Fritzen). Auch die Gruppe Rechtshilfe Gorleben – eine Initiative, die die verwaltungsgerichtlichen Klagen gegen die Atomanlagen mit Spendenkampagnen und juristischen Gutachten unterstützte – erklärte, in entscheidenden Passagen der Sicherheitsberichte werde auf unveröffentlichte Berechnungen und Untersuchungen von Instituten verwiesen, die in der Regel für die Atomindustrie arbeiten würden. Auch werde mit keinem Wort auf Dichtigkeits-Tests eingegangen, die an den Castor-Behältern durchgeführt worden sein sollten (co 1980 in EJZ vom 20.11.1980).

Das zweite dieser Seminare diente außerdem zur Vorbereitung einer größeren Anhörung, bei der im Zusammenhang mit der Zwischenlagerung Fragen und Einwendungen der Bürger\*innen erörtert werden sollten. Diese Veranstaltung war der BI von staatlicher Seite zugesagt worden, hatte rechtlich aber keinen verbindlichen Charakter. Auf der zweitägigen Anhörung, die Ende Januar 1981 in Lüchow stattfand, eskalierte der Streit um die aus Sicht der Atomkraftgegner\*innen mangelhafte Informationspolitik der PTB und der Betreiber, so dass die Zwischenlager-Gegner\*innen schon am ersten Tag aus Protest den Saal verließen (Heintz 1981). Die Aktion wurde später in der BI intern sehr kritisch diskutiert (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 ‚Protokoll des E.V. vom 13.02.1981‘). Diese von der PTB veranstaltete Anhörung gehörte rein formal nicht zum Bürgerdialog. Sie wird in diese Studie aber mit einbezogen, weil sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den vorbereitenden Seminaren stand und in der Folge fast zum vorzeitigen Ende des Bürgerdialogs in Gorleben geführt hätte (siehe Kapitel 6.3.6.2).

Trotz zahlreicher Proteste von Anwohner\*innen stimmte die Lokalpolitik – Kreistag, Samtgemeinderat Gartow und Gemeinderat Gorleben – zwischen Mai und Juni 1981 auf teilweise turbulenten Sitzungen dem Bau des Brennelement-Zwischenlagers zu. 1982 erfolgte der erste Spatenstich und im September 1983 wurde die Aufbewahrungsgenehmigung erteilt. Betroffene Anwohner\*innen klagten jedoch gegen jeden Schritt in dem mehrstufigen Genehmigungsverfahren bis hin zur Transportgenehmigung für die Castorbehälter, was langwierige juristische Auseinandersetzungen zur Folge hatte. Technische Pannen beim Beladen der Behälter sowie Sicherheitsbedenken der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) sorgten 1994 für weitere Verzögerungen. So erreichte der erste Castor-Transport mit hochradioaktiven Abfällen das Zwischenlager in Gorleben nicht 1986, wie ursprünglich geplant, sondern erst 1995.

### **6.2.2.2 Tiefbohrungen und Entscheidung über die untertägige Erkundung im Salzstock Gorleben**

Neben dem Bau des Zwischenlagers standen vor allem die Tiefbohrungen zur Erkundung des Salzstocks Gorleben im Fokus des Bürgerdialogs in Lüchow-Dannenberg. In diesem

Rahmen wurde auch BMFT-Vertreter Kulke als Leiter der Informationsstelle zu einem immer wichtigeren Akteur. Schon im September 1979 war mit den ersten Tiefbohrungen im Salzstock Gorleben an der Bohrstelle 1003 und im Januar 1980 an der Bohrstelle 1002 begonnen worden. Protestaktionen der Atomkraftgegner\*innen hatten sie nicht stoppen können. Die örtlichen Anti-Atom-Initiativen befürchteten, dass mit dem Beginn der Erkundungsbohrungen vollendete Tatsachen geschaffen würden, obwohl es weder einen wissenschaftlichen Kriterienkatalog für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Salzstöcken, noch eine vergleichende Untersuchung mehrerer Standorte gab. Sie planten deshalb, mit bundesweiter Unterstützung auf der nächsten vorgesehenen Tiefbohrstelle 1004 eine Platzbesetzung durchzuführen, mit der am 1. Mai 1980 auch begonnen wurde. Mehrere hundert Atomkraftgegner\*innen errichteten auf dem Bohrplatzgelände ein Hüttendorf und riefen als Akt des zivilen Ungehorsams die Freie Republik Wendland aus. In einer „Bekanntmachung“ erklärten sie: „Da andere Salzstöcke nicht untersucht werden, besteht der begründete Verdacht, dass der gläubigen Bevölkerung mit den Tiefbohrungen nur eine Prüfung des Salzstockes vorgespielt wird. Dies bestätigen auch die nicht eingehaltenen Versprechungen von Politikern, deren Kriterienkatalog bis heute nicht existiert“ (Republik Freies Wendland 1980 ‚Bekanntmachung‘ vom 3. Mai 1980). Während der 33 Tage dauernden Platzbesetzung wurde auch überregional in allen bedeutenden Medien über die spektakuläre Aktion berichtet.

Im Vorfeld der Räumung hatten die Dorfbewohner\*innen ein auch vom BBU, der BI, der Bäuerlichen Notgemeinschaft und zahlreichen Prominenten unterzeichnetes Schreiben an den für die Endlager-Genehmigung zuständigen Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) gerichtet. Darin wurde noch einmal betont, dass die Fortführungen der Tiefbohrungen über dem Gorlebener Salzstock jeglicher „wissenschaftlich verantwortbaren Grundlage“ entbehre, da es selbst nach Angaben der PTB „keine gültigen Kriterien für die Eignung von Salzstöcken als Endlager für hochradioaktiven Müll“ geben würde. Als Voraussetzung für eine freiwillige Räumung wurde gefordert, die Bohrungen zu stoppen, die Bohrprotokolle zu veröffentlichen und vor allem den „Eintritt in eine breite öffentliche Diskussion über das gesamte Entsorgungskonzept der Bundesregierung u.a. durch ein großes Hearing über die Probleme der Zwischen- und Endlagerung“ zu vollziehen (Bewohner des Dorfes 1004 1980 ‚Erklärung vom 12.05.1980‘, Gorleben Archiv). Baum wollte die Besetzung unbedingt friedlich beenden. Bei einem Treffen am 30. Mai 1980 in Hannover sicherte er einer Delegation der Platzbesetzer\*innen zu, die Bohrergebnisse in einer öffentlichen Anhörung auszuwerten. Später bestätigte er noch einmal schriftlich – auch im Namen des BMFT – „meine Bereitschaft zur Durchführung einer öffentlichen Anhörung über die Ergebnisse der Bohrungen vor einer Entscheidung über einen eventuellen Schachtanlagenbau“ (Baum 1980 ‚Brief an den BBU vom 4. August 1980‘, Gorleben Archiv). Dagegen müssten aber weitere Bohrungen akzeptiert werden. Die Platzbesetzer\*innen gingen auf diese Bedingung nicht ein, begrüßten das Angebot eines „Hearings“ über die Bohrergebnisse aber als „einen Schritt in die richtige Richtung“ (Janning 1980 ‚Brief an Baum vom 1. Juni 1980‘, Personenbestand Janning, Gorleben Archiv).

Aus einem internen Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums vom 11. Juli 1980 geht hervor, wie man dort die Zusage Baums verstanden haben wollte. Darin heißt es, diese Zusage „wurde als Informationsbereitschaft, nicht jedoch als Mitsprache des BBU bei den Entscheidungsprozessen definiert“. Sie sei nicht als eine „Gegenleistung für irgendein Wohlverhalten der Bohrplatzbesetzer oder Bürgerinitiativen zu verstehen, sondern als Teil der offenen Informationspolitik, die die Bundesregierung für die gesamte Öffentlichkeit, nicht nur für bestimmte Gruppen betreibt“ (Der Bundesminister des Inneren 1980 'Vermerk vom 11.07.1980', BArch, B 196/107311: 78016ff.).

Am 2. Juni 1980 wurde das Hüttendorf in einem der bis dahin größten Polizeieinsätze der Nachkriegszeit geräumt. Dabei hielten sich die Besetzer\*innen an ihr Konzept des passiven Widerstands, so dass die von vielen befürchtete „Schlacht um Gorleben“ ausblieb. Baum fühlte sich trotz polizeilicher Räumung an seine Zusage gebunden. So fanden zwischen 1981 und 1983 in Lüchow-Dannenberg im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie drei große öffentliche Veranstaltungen statt, auf denen Wissenschaftler\*innen der Pro- und Kontra-Seite die vorläufigen Erkundungsergebnisse debattierten. Kulke als Leiter der Informationsstelle fiel dabei die Aufgabe zu, während der Vorbereitungen die Kooperation zwischen den staatlichen Akteuren, der Bürgerinitiativen und den atomkritischen Experten zu moderieren – ein schwieriger Balanceakt, wie noch genauer dargelegt wird.

Es bleibt festzuhalten, dass am Standort Gorleben ein bedeutender Teil der Bürgerdialog-Aktivitäten nur auf Druck einer öffentlichkeitswirksamen und zumindest als Ordnungswidrigkeit einzustufenden Protestaktion zustande kam. Die letzte Anhörung im Rahmen des Bürgerdialogs, der auch als Energiedialog bezeichnet wurde, fand im Mai 1983 statt. Während der Vorbereitungen für diese Veranstaltung erklärte die BI im Dezember 1982 allerdings ihren Ausstieg aus dem Bürgerdialog, was sie damit begründete, dass das BMFT bereits Aufträge für bauvorbereitende Maßnahmen erteilt hatte (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1982 'Pressemitteilung vom 14.12.1982'). Am 13. Juli 1983 stimmte das neue Bundeskabinett unter Helmut Kohl (CDU) der zügigen Aufnahme einer „untertägigen Erkundung“ für die abschließende Eignungsaussage des Salzstocks Gorleben zu. In dem Beschluss hieß es außerdem: „Aufgrund der Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben ist derzeit die Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich“ (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 124). Der Bürgerdialog Kernenergie war zu diesem Zeitpunkt auch bundesweit praktisch beendet.

Belastet wurde die letzte Phase des Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben zudem durch einen neuen Konflikt. Im November 1982 gab die Landesregierung den Plan bekannt, im 30 Kilometer von Gorleben entfernten Dragahn eine WAA zu errichten. Unter den Atomkraftgegner\*innen in der Region herrschte Fassungslosigkeit über diesen „Wortbruch“ des Ministerpräsidenten (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1982 'Pressemitteilung vom 14.12.1982'). Denn Albrecht hatte noch im Mai 1981 dem Bürgermeister der Samtgemeinde Gartow, Heinz Rathje, schriftlich bestätigt, „daß die Landesregierung einem etwaigen Antrag auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf keinen Fall zustimmen wird, von wem auch immer der Antrag gestellt werden mag“ (Albrecht 1981

'Brief an Samtgemeindebürgermeister Rathje vom 21. Mai 1981', zitiert nach 1. Untersuchungsausschuss 2011 ,Protokoll Nr. 66 vom 20.12.2011': 5f.). Dass er nur ein Jahr später den in Lüchow-Dannenberg gelegenen Standort Dragahn benannte, löste in der Region ein politisches Beben aus. Schon am 13. November 1982 versammelten sich rund 2.000 Menschen und 270 Trecker in Dannenberg, um gegen die neuen WAA-Pläne des Ministerpräsidenten zu demonstrieren (Gorleben Nachrichtendienst ,Trecker-Demonstration', Ausgabe 6/82). Die stießen auch in gesellschaftlichen Gruppen auf Kritik, die sich in der Öffentlichkeit zuvor zurückgehalten hatten, wie beispielweise der Kirche (Mahlke 2019 ,Ein Lernprozess'; Gorleben Archiv 2019: 104). So verfassten sämtliche 12 Pastoren aus dem Kirchenkreis Dannenberg Anfang Dezember 1982 eine Resolution, in der sie Albrecht öffentlich vorwarfen, „unverantwortlich mit der Wahrheit“ umzugehen und die Empörung in der Bevölkerung darüber fälschlich als „Kampagne einiger Splitterorganisationen und Einzelpersonen“ zu bezeichnen. Dazu erklärte der Lüneburger Landessuperintendent Tielko Tilemann: „Daß sich Kirchenvertreter zu dem Problem Glaubwürdigkeit äußern, darüber darf man sich in Hannover nicht wundern“ (Gorleben Nachrichtendienst, Ausgabe 7/82 vom 9.12.82, Seite 3 und 6, Gorleben Archiv).

Wie sehr die Kehrtwende des Ministerpräsidenten die Glaubwürdigkeit der Regierenden – und damit auch des Bürgerdialogs – beschädigte, belegt auch eine Anzeige, die im Mai 1983 in der EJZ erschien und sich gegen die WAA-Pläne in Dragahn wandte. Die großformatige Annonce war überschrieben mit der rhetorischen Frage „?Bürgerdialog?“ und von zahlreichen Bürgerinitiativen, Gemeinderäten, Kreistagsfraktionen, Berufsverbänden und Gewerkschaftsgruppen unterschrieben, die einen großen Teil des gesellschaftlichen Spektrums in Lüchow-Dannenberg widerspiegeln (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1983 ,Anzeige Bürgerdialog', EJZ vom 11. Mai 1983). Aufgrund der heftigen Proteste in der Region entschied die DWK schließlich im Februar 1985, die WAA nicht im Dragahner Forst, sondern im bayerischen Wackersdorf zu bauen, wo das Vorhaben dann aber ebenfalls scheiterte.

## **6.3 Der Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben – detaillierte Darstellung der staatlichen Aktivitäten**

### **6.3.1 Veranstaltungen im Zeitraum 1977-1979**

Die Darstellung des Bürgerdialogs am Standort Gorleben stützt sich – neben anderen Quellen – in wesentlichen Teilen auf die Artikel der EJZ. Dass die wichtigste Lokalzeitung in Lüchow-Dannenberg im hier betrachteten Zeitraum kontinuierlich und umfassend über den Gorleben-Konflikt berichtete, ist ein Glücksfall für die vorliegende Forschungsarbeit. Nur mit Hilfe dieser im Gorleben Archiv gesammelten Berichte war es möglich, den Ablauf der lokalen Aktivitäten und Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialogs relativ genau zu rekonstruieren. Leserbriefe und Anzeigen, die von den unterschiedlichen Akteursgruppen praktisch immer in der in der EJZ platziert wurden, ergänzen das Bild.

Wie einleitend erwähnt, lässt sich der Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben grob in zwei Phasen unterteilen. Die Unterschiede betreffen vor allem die Art der Förderung, Organisation und inhaltlichen Ausrichtung der Aktivitäten. Die ersten Veranstaltungen ab November 1977 bis zur Eröffnung der vorläufigen Informationsstelle in Lüchow im Frühjahr 1979 (Abbildung 15) waren Seminare oder Vorträge, die sich grundsätzlich mit Themen wie dem Energieprogramm, Problemen der nuklearen Entsorgung, Strahlenrisiken oder der Nutzung alternativer Energien befassten. Entsprechend den Förderrichtlinien wurden solche Veranstaltungen mit Mitteln des Bürgerdialogs unterstützt, aber von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen organisiert. Bedingung war, dass „die unterschiedlichen Einstellungen zur Kernenergienutzung vorgetragen und zur Diskussion gestellt“ wurden und auch vom BMFT benannten Experten „Gelegenheit zu einer angemessenen Darlegung zum Thema der Veranstaltung“ bekamen (Die Bundesregierung 1980 ‚Antwort auf Kleine Anfrage der CDU/CSU Bürgerdialog Kernenergie‘, BT-Drucksache 8/4371 vom 02.07.1980). In der Praxis wurde das aber sehr unterschiedlich gehandhabt, wie sich in Lüchow-Dannenberg zeigte. Bis zur Eröffnung der Informationsstelle für nukleare Entsorgung im Frühjahr 1979 fanden die über den Bürgerdialog geförderten Veranstaltungen überwiegend ohne vom BMFT entsendete Experten statt. Teilweise wurden diese Veranstaltungen auch von der Bürgerinitiative beworben, intern aber kaum thematisiert. Sie waren weniger konfliktrichtig, weil sie keinen unmittelbaren Bezug zu den am Standort geplanten Entsorgungsanlagen hatten.

Abbildung 15: Anzeige des BMFT zur Eröffnung der Informationsstelle in Lüchow

Am meisten  
Sorgen am Projekt  
Gorleben macht  
der Mangel  
an Information.

---

Ab heute nimmt die vorläufige  
Informationsstelle des Bundes-  
ministeriums für Forschung und  
Technologie ihre Arbeit auf.

---

*Volker Hauff,  
Bundesminister für Forschung und  
Technologie:*

»Wir haben einen längerfristigen  
Diskussionszeitraum vor uns. Und wir  
sollten diesen Zeitraum weiterhin  
nutzen, um ernsthaft und ehrlich, selbst-  
verständlich auch kontrovers, darüber  
zu diskutieren, ob wir das vorliegende  
Entsorgungskonzept unter dem  
Gesichtspunkt einer Erhöhung der

Sicherheit für die Beseitigung des  
radioaktiven Abfalls verbessern können.  
Um einem Mißverständnis  
vorzubeugen: Die Bereitschaft zum  
Überdenken und Prüfen bedeutet kei-  
nen Verzicht auf Entscheidungen.  
Was zur Lösung des Entsorgungs-  
problems heute getan werden muß,  
muß auf der Basis des heutigen Wissens-  
standes eingeleitet werden. Nur be-  
deutet der Beginn der Realisierung des  
heute als optimal eingeschätzten  
Konzepts nicht, daß damit mit dem  
Nachdenken, mit der ständigen kriti-  
schen Überprüfung des eingeschla-  
genen Weges oder auch mit der Suche  
nach anderen Möglichkeiten aufgehört  
würde.

Wir haben in den nächsten Jahren  
eine Reihe von Schritten zu voll-  
ziehen und jeweils zu prüfen. Das Er-  
gebnis ist eben nicht von vornherein  
vorprogrammiert und wir können und  
müssen deshalb im Einzelfall durchaus  
eine andere  
Richtung einschlagen.«

*Vorläufige Informationsstelle des Bundes-  
ministeriums für Forschung und Technologie  
Hotel Jahn, Burgstraße 2  
3130 Lüchow, Telefon 0 58 41/49 33*

Quelle: BMFT

### 6.3.1.1 Veranstaltungen ohne direkten Bezug zum geplanten Entsorgungszentrum

Als Beispiel sei hier die erste in Lüchow-Dannenberg dokumentierte Bürgerdialog-Veranstaltung genannt. Das dreitägige Seminar zum Thema „Möglichkeiten umweltfreundlicher Energieerzeugung“ wurde vom Sozialpolitischen Arbeitskreis (AG SPAK) organisiert und fand im November 1977 in der Heimvolkshochschule (HVHS) Göhrde statt. Zu den Teilnehmer\*innen gehörte eine dänische Gruppe der Reisenden Hochschule Tvind. Zusammen mit Gleichgesinnten aus ganz Norddeutschland tauschten sie Erfahrungen aus und informierten sich vor Ort über konkrete Biogasprojekte. Auch BI-Mitglieder waren eingeladen (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1977, Protokoll des E.V. vom 04.11.1977; Bund Deutscher Pfadfinder 1978: 79). Es war eine klassische Weiterbildungsveranstaltung, wie sie von der HVHS Göhrde vermutlich häufiger ausgerichtet wurde.

Von staatlicher Seite gab es in dieser Phase keine systematische Information der Bevölkerung über die Entsorgungsanlagen (siehe Kapitel 6.2.1.4). Die passive Rolle des BMFT bei der Öffentlichkeitsarbeit wurde auch am Beispiel einer sechsteiligen

Vortragsreihe deutlich, die unter dem Motto „Mensch-Umwelt-Energie“ im Februar/März 1978 stattfand und von der „Arbeitsgruppe Gartower Bürger“ in Eigenregie organisiert wurde. Die Informationsreihe, begleitet von einer Ausstellung, war in Folge eines persönlichen Gesprächs mit Bundesforschungsminister Matthöfer im August 1977 in Bonn entstanden (Römmig 1978, Leserbrief, EJZ vom 11.03.1978). Die Gruppe, die aus Mitgliedern der Bürgerinitiative und des Gartower Gemeinderats bestand, hatte sich gegenüber dem Minister über fehlende Informationen zu den Problemen der Kernenergie beklagt. In der EJZ hieß es, Matthöfer habe bei diesem Treffen auf den Bürgerdialog Kernenergie verwiesen, „bei dem Befürworter und Kritiker der Kernenergie die Probleme der Kerntechnik aus ihrer Sicht vor der Öffentlichkeit darstellen und sich ihr im Gespräch stellen“ würden (o.V. 1978 in EJZ vom 05.02.1978). Im Protokoll einer BI-Vorstandssitzung findet sich dazu lediglich die handschriftliche Notiz: „OG [Ortsgruppe] Gartow macht im Alleingang Pro und Contra Seminare mit Matthöfer“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1977 'Protokoll des E.V. vom 21.10.1977').

Die EJZ berichtete vier Monate später ausführlich über die Eröffnungsveranstaltung der Informationsreihe mit dem Titel „Wie viel Energie brauchen wir in Zukunft wirklich?“, bei der der Referent gleich zu Beginn seine Ablehnung gegenüber dem Bau einer WAA erklärte. Der Ökonom führte aus, die WAA-Pläne würden auf falschen Prognosen für das Wirtschaftswachstum und den künftigen Strombedarf basieren. Statt auf die Risiken der Kernenergie einzugehen, empfahl er, eine dezentrale Energieerzeugung durch Sonne, Wind und Biogas (br 1978 in EJZ vom 15.02.1978). Die folgenden Vorträge waren inhaltlich ähnlich ausgerichtet. Ein Strahlenschutzexperte legte dar, wie auch kleinste Dosen radioaktiver Strahlung das menschliche Erbgut schädigen und zu Missbildungen bei Neugeborenen oder Krebserkrankungen führen könnten. Sein Fazit: Wenn sich die Betreiber von Kernkraftwerken auf eine „gesetzlich zulässige Dosis“ beriefen, so seien sie wissenschaftlich nicht auf dem neuesten Stand (Brunk 1978 in EJZ vom 21.02.1978). Auch der Direktor des kernphysikalischen Instituts der Universität München, Erich Huster, hielt als prominentester Redner ein eindringliches Plädoyer gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke, weil sie energiewirtschaftlich überflüssig, die Gefahr schwerer Unfälle zu groß und die Probleme der Entsorgung völlig ungelöst seien (br 1978 in EJZ vom 07.03.1978).

Vertreter des BMFT waren bei dieser in der EJZ als Teil des Bürgerdialog Kernenergie angekündigten Informationsreihe nicht vertreten und nahmen inhaltlich offenbar auch keinen Einfluss auf das Programm (EJZ vom 05.02.1978). Das erklärt, warum als Referenten ausschließlich Experten eingeladen wurden, die der Kernenergie sehr kritisch gegenüberstanden. Nicht ganz klar ist, ob die Veranstaltungen am Ende tatsächlich mit Mitteln des Bürgerdialogs gefördert wurden. In einem Vorstandsprotokoll der BI heißt es, das BMFT hätte sich aus Zeitgründen zurückgezogen (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1978 'Protokoll des E.V. vom 04.02.1978'). Bei der Abschlussveranstaltung kündigte Gudrun Scharmer als eine der Organisatorinnen zwar an, das BMFT gedenke, die Veranstaltungsreihe in den nächsten Monaten fortzuführen (br 1978 in EJZ vom 09.03.1978). Hinweise auf eine solche Fortsetzung finden sich aber nicht.

### 6.3.1.2 Die Ausnahme: Informationsveranstaltung für die Gorleben-Kommission

Eine Ausnahme bildete in dieser Phase das vom BMFT im Rahmen des Bürgerdialogs organisierte Wochenendseminar „Nukleare Entsorgung“, das am 22./23. April 1978 in der Heimvolkshochschule Barendorf stattfand. Die Veranstaltung richtete sich ausschließlich an die Gorleben-Kommission, die sich aus Vertretern des Kreistages und der Samtgemeinden zusammensetzte. Von staatlicher Seite nahmen ranghohe Regierungsvertreter teil, beispielsweise der BMFT-Pressereferent Klaus Lang, der die Veranstaltung auch leitete, oder der stellvertretende Pressesprecher der Landesregierung, Joachim Schlüchtermann. Experten der DWK, des BMFT und staatlicher Fachbehörden wie der PTB und BGR sprachen über die Ziele des nationalen Entsorgungskonzepts sowie die – aus ihrer Sicht gewährleistete – Sicherheit der Wiederaufarbeitung und Endlagerung. Ob der Salzstock Gorleben dafür geologisch geeignet sei, müsse zwar noch untersucht werden. Die Experten zeigten sich aber zuversichtlich, dass das nukleare Entsorgungszentrum in naher Zukunft am Standort Gorleben gebaut werden könnte (tt 1978 in EJZ 1978 vom 26.04.1978).

Auch die BI-Vorstandsmitglieder Marianne Fritzen und Jörg Janning waren als Referent\*innen eingeladen. Zitat aus einem Vorstandsprotokoll: „Dies war eine Bedingung, die wir dem einladenden BMFT gestellt haben“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 'Protokoll des E.V. vom 21.04.1978'). Die EJZ schrieb in ihrem Bericht, dass das Bundesforschungsministerium „mit diesem Seminar endlich die seit langem fälligen Informationsveranstaltungen für die betroffenen Lüchow-Dannenger eingeleitet“ hätte (tt 1978 in EJZ vom 26.04.1978). Allerdings beschränkte sich der Teilnehmerkreis in diesem Fall auf eine Gruppe von Kommunalvertretern, obwohl sich der Bürgerdialog ja gerade an die Bevölkerung, insbesondere die Bürgerinitiativen richten sollte. Immerhin wurde auch die Meinung der Kritikerseite mit einbezogen, so wie es den Prinzipien des Bürgerdialogs entsprach.

Abgesehen von diesem Wochenendseminar, gab es bis zur Einrichtung der Informationsstelle nukleare Entsorgung in Lüchow ein Jahr später keine weiteren staatlichen Initiativen. Ein Sonderfall war das sogenannte Gorleben-Hearing im März 1979 in Hannover, auf dem Pro- und Kontra-Experten – die Veranstalter sprachen hier von „Kritikern und Gegenkritikern“ – über die Machbarkeit des geplanten Entsorgungszentrums debattierten (siehe Kapitel 6.2.1.5). Dieses Hearing mit dem Titel „Rede und Gegenrede“ gehörte nicht zum Bürgerdialog, sondern wurde von der Landesregierung in Hannover ausgerichtet. Mit seinem besonderen Format hatte es aber für die Bürgerbewegung eine Art Vorbildfunktion und damit indirekt auch Auswirkungen auf den Bürgerdialog in seiner späteren Phase.

### **6.3.2 Gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land (1979-1983)**

Mit der Einrichtung einer vorläufigen Informationsstelle für nukleare Entsorgung von Bund und Land in Lüchow im März 1979 ergriff das BMFT dann endgültig die Initiative bei der Öffentlichkeitsarbeit zu den Entsorgungsprojekten. Eine solche Kontaktstelle war der Gorleben-Kommission schon im März 1978 versprochen worden (rz 1978 in EJZ vom 17.03.1978), aber zum Unwillen der Kommunalvertreter\*innen dauerte es noch ein Jahr, bis die Ankündigung umgesetzt wurde. Grundlage war eine Vereinbarung zwischen Bund und Land, in der gemeinsame Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit beschlossen wurden. Neben der Informationsstelle gehörte dazu auch die „Durchführung von Veranstaltungen für besondere Zielgruppen und nach einem einvernehmlich beschlossenen Konzept“. Diese gemeinsamen Aktivitäten zur Information der Öffentlichkeit sollte das BMFT mit einem jährlich festzulegenden Betrag bis zur Höhe von einer Million DM finanzieren (Die Bundesregierung, Land Niedersachsen 1979 ‚Verwaltungsvereinbarung‘, BArch, B 196/107327:114256). Die EJZ berichtete später, es seien „Pro- und Contra-Veranstaltungen“ geplant, um etwa die Fragen der Eignung des Salzstockes „unter Hinzuziehung von anerkannten Experten der kritischen wie auch der befürwortenden Seite“ zu erörtern (o.V. 1979 in EJZ vom 23.06.1979).

Nachdem die Informationsstelle am 15. März 1979 zunächst provisorisch in einem Hotel ihre Arbeit aufgenommen hatte, wurde sie im Juni in eigenen Räumen offiziell eröffnet. Laut eines Berichts des BMFT waren dort für Bund und Land zwei gleichberechtigte Leiter mit getrenntem Haushalt und eigenen Mitarbeiter\*innen tätig. Administrativ gehörte die Informationsstelle des Bundes zu einem vom BMFT finanzierten Projekt bei der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (DFVLR), fachlich unterlag sie den Weisungen des Referates für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BMFT. Die Informationsstelle des Landes gehörte dagegen personell und finanziell zur niedersächsischen Landespressestelle. Die Einrichtung sollte „auf der Grundlage des Bürgerdialogs Kernenergie“ die Bevölkerung des Landkreises über die nuklearen Entsorgungsprojekte des Bundes unterrichten.

In dem BMFT-Bericht wurden die konkreten Aufgaben der Informationsstelle so umschrieben: Sie sollte Ansprechpartner sein für interessierte Einzelpersonen oder Gruppen in Bezug auf alle Fragen, die dieses „Großprojekt von nationaler Bedeutung“ betreffen, wobei im Bedarfsfall die nötigen Auskünfte von den staatlichen Stellen eingeholt werden könnten. Vorgesehen war auch die Organisation von Großveranstaltungen, bei denen eine „annähernde Ausgewogenheit der Referenten beider Seiten“ hergestellt werden sollte. Damit verbunden sei die Teilnahme an einer Vielzahl von Sitzungen im Landkreis und von Bundesseite, um „die Einbettung in den aktuellen Informationsfluß“ zu gewährleisten. Grundsätzlich dürfe die Dialog-Stelle nicht mit einer „Werbeagentur für Kernenergie“ verwechselt werden und müsse ansprechbar für alle Seiten sein. Gleichzeitig gelte: „Die Kernenergiepolitik der Bundesregierung kann und muß aber dennoch klar und unmißverständlich vermittelt werden“ (BMFT 1983 ‚Bericht Tätigkeit Informationsstelle vom 12.01.1983‘, BArch, B 196/107327: 114259).

Die Leitung als Beauftragter des Bundes übernahm der DGB-Umweltexperte und Forstamtsrat Wilhelm Kulke, Vertreter des Landes war der Geologe Jens Becker-Platen, der Ende 1981 von seinem Fachkollegen Hans Gerhardy abgelöst wurde. Über die Stellenbesetzung hatte es im Vorfeld Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundes- und Landesregierung gegeben. Kulke sei „als Forstamtsrat fachlich nicht geeignet, der Bevölkerung für sachkundige Informationen zu Kernenergiefragen zur Verfügung zu stehen“, schrieb Albrecht an Bundesforschungsminister Volker Hauff (SPD) (Der Spiegel vom 08.04.1979 ‚Nicht gut genug‘). Kulke selbst berichtete 2020 im Zeitzeugen-Interview: „Albrecht hat sich dagegen gewehrt. Er wollte nicht einen Förster, sondern einen Kernphysiker dort haben“ (Zeitzeugen-Interview Kulke). Aber Hauff setzte seinen Kandidaten mit Unterstützung des Bundeskanzlers durch. Nach Kulkes Erinnerung war für seine Berufung das Hauptargument, dass er bereits über gute Kontakte in die Region verfügte: „Sie sagten, sie brauchen jemand, der mit den Leuten reden kann. Es muss nicht ein Physiker sein“ (Zeitzeugen-Interview Kulke).

Dieser scheinbar nebensächliche Disput deutet daraufhin, dass Albrecht und Hauff die Rolle der Informationsstelle unterschiedlich verstanden. Während der Ministerpräsident offensichtlich davon ausging, die Bevölkerung am ehesten durch fachliche Kompetenz und „sachkundige Informationen“ zu überzeugen und so die Kritik zu beseitigen, stand für den Bundesforschungsminister die vermittelnde Funktion der Informationsstelle im Vordergrund. Ihr Sprecher sollte vor allem ein guter Kommunikator sein, „mit den Leuten reden“ können, um den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteur\*innen und Experten zu moderieren. Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Informationsstelle unterstrich Hauff noch einmal die aus seiner Sicht zentralen Ziele des Bürgerdialogs: „Der Dialog (...) muss unter breiter Beteiligung aller Bürger erfolgen. Alle sachlichen und kritischen Argumente müssen eine faire Chance haben, und wir müssen es schaffen, auch die Meinungen zu respektieren, die man selbst nicht teilt“ (EJZ vom 23.06.1979).

Im Juni 1983 beendete Kulke auf eigenen Wunsch seine Tätigkeit als Bundesbeauftragter und Leiter der Informationsstelle in Lüchow-Dannenberg. Im Zeitzeugen-Interview nannte er dafür „familiäre Gründe“ (Zeitzeugen-Interview Wilhelm Kulke), er hatte seinen Wohnsitz in der Nähe von Hannover beibehalten. Kulke äußerte aber auch die Einschätzung, dass der Bürgerdialog Kernenergie zu diesem Zeitpunkt „erledigt“ war. Rückblickend bewertete er den Regierungswechsel im Herbst 1982, durch den der CDU-Politiker Heinz Riesenhuber das Bundesforschungsministerium übernommen hatte, als Wendepunkt: „Der Bürgerdialog Kernenergie ist im Prinzip mit der neuen Bundesregierung, also Kohl-Regierung, mit Genscher zusammen, zu Ende gegangen (...) Dadurch hatte sich der Bürgerdialog Kernenergie erledigt. Es ist nur noch 1983 diese Veranstaltung [Dritte Veranstaltung in Hitzacker zu den Ergebnissen der Salzstockerkundung vor der Entscheidung über den Bau einer Schachanlage und eines Bergwerks im Salzstock Gorleben, die Verfasser] (Tabelle 12) durchgeführt worden, wo sich die Kritiker auch äußern konnten (...). Aber die Offenheit, die unter Hauff und von Bülow noch vorhanden war, um die Bürgerinitiative miteinzubeziehen, gab es nicht mehr“ (Zeitzeugen-Interview Kulke).

Während seiner vierjährigen Amtszeit bemühte sich Kulke mit großem persönlichem Einsatz, die ihm zugedachte Vermittlerrolle auszufüllen. Das zumindest wurde bei seiner Verabschiedung im Juni 1983 von allen Seiten gewürdigt. Der CDU-Landtagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill, einer der vehementesten Befürworter der Atomanlagen in Gorleben, nannte ihn laut EJZ einen „Vermittler in die Ministerien“, mit dem man nie die Möglichkeit verloren habe, „über gewisse Ecken miteinander zu reden, wenn ein direktes Gespräch nicht mehr möglich sei“ (by 1983 in EJZ vom 13.06.1983). Und die atomkritische taz schrieb: „Für die Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg wurde er schnell zum wichtigsten Informationsvermittler, wurde in Verhandlungen eingeschaltet, organisierte Fachgespräche und gemeinsam mit der BI öffentliche Großveranstaltungen mit befürwortenden und kritischen Wissenschaftlern.“ Aus Sicht vieler Kritiker\*innen des Bürgerdialogs war allerdings genau das ein Problem, wie auch die taz anmerkte: „Von außen wurde jedoch kritisiert, die BI lasse sich in endlose Gespräche verwickeln, statt den Widerstand zu organisieren, und gerade das sei die Aufgabe von Kulke gewesen“ (Dickel 1983 in taz vom 15.07.1983).

Zur Zusammenarbeit zwischen Bund und Land in der Informationsstelle sagte Kulke im Zeitzeugen-Interview: „Wir hatten keine Konflikte. Ich denke, Becker-Platen war froh, dass ich gute Kontakte zur BI hatte. Nicht öffentlich, aber intern. Das Land Niedersachsen hat auch keine eigenen Veranstaltungen durchgeführt, sondern hin und wieder Vertreter geschickt, die aus den Ministerien oder irgendwoher kamen. Die hat er als Landesvertreter betreut“ (Zeitzeugen-Interview Kulke). Bei der Frage, wie der Dialog mit den Bürger\*innen am besten zu führen sei, vertraten die beiden Leiter der Informationsstelle allerdings unterschiedliche Konzepte. Während Kulke öffentlichen Veranstaltungen mit Pro- und Kontra-Experten aufgeschlossen gegenüberstand, plädierte Becker-Platen für Gespräche in geschlossenen Gruppen. „Es hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, daß Veranstaltungen in kleinen Gruppen (Verbände, Vereine usw.) eher die Möglichkeit bieten, den Bürger zu informieren und mit ihm zu diskutieren. (...) Derartige Veranstaltungen wurden mit Handwerkerinnungen, Bezirksverbänden des Landvolkes, politischen Parteien u.a. durchgeführt“, schrieb er im Mai 1980 in einem Erfahrungsbericht. „Bei jedermann zugänglichen Veranstaltungen, welche von unserer Informationsstelle durchgeführt werden, besteht (...) die Gefahr, daß Gruppen von Gegnern versuchen, die Diskussion einseitig in ihrem Sinne zu führen bzw. die Veranstaltung zu sprengen“ (Becker-Platen 1980 ‚Erfahrungsbericht Mai 1980‘, NLA HA, Nds. 800 Acc. 2017/74 Nr.303).

Ganz ähnlich hatte sich auch OKD Poggendorf Ende 1979 in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt geäußert: „Der (...) Versuch, durch öffentliche Versammlungen Informationen an den Bürger heranzutragen, hat sich jedoch als untauglich erwiesen. Die Kernkraftgegner besetzen bei solchen Gelegenheiten lange vor Veranstaltungsbeginn die Versammlungsräume und funktionieren diese Informationsabende, insbesondere bei Anwesenheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen zu einem Forum für ihre Selbstdarstellung um“ (Poggendorf 1979 ‚Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 7. November 1979‘, BASE-Akten, Ordner B-45 Nr. 794). Kulke hielt dem entgegen: „Auch wenn öffentliche Veranstaltungen eine gewisse Problematik in sich bergen, kann man auch in Zukunft nicht ganz auf diese verzichten.“

Schließlich seien nicht alle Bürger des Landkreises auch Mitglieder in Vereinen oder Verbänden (Kulke 1979, Vermerk ‚Schreiben von OKD Poggendorf‘, 29.11.1979, BASE-Akten Ordner B-45 Nr. 794). Kulke und Becker-Platen nahmen bei ihrer Informationstätigkeit offensichtlich unterschiedliche Rollen wahr – der eine als Vertreter des BMFT, der andere als Beauftragter der Landesregierung. Während Kulke gute Beziehungen zur Bürgerinitiative pflegte, hob Becker-Platen in seinem Erfahrungsbericht die gute Zusammenarbeit mit der DWK, der PTB und dem Atomforum hervor, einem Lobbyverband der Nuklearindustrie.

Im BMFT selbst wurde über Kulkes Arbeit gegen Ende seiner Amtszeit ein positives Fazit gezogen. In einem internen Vermerk des BMFT vom April 1983 heißt es: „Die Entwicklung, die 1979 zur Einrichtung einer Informationsstelle in Lüchow führte, zeigt, dass die Bundesregierung einen erheblichen Vertrauensvorschuß bei den Kommunalpolitikern und der Bevölkerung hat, der für eine sachliche Information im Hinblick auf eine zügige Realisierung der Anliegen des Bundes genutzt werden sollte. Die Erfahrungen mit der Informationsstelle des Bundes bestätigen diese Aussage nachdrücklich.“ Auch sei die Präsenz eines Beauftragten der Bundesregierung durch nachgeordnete Institutionen des Bundes nicht zu ersetzen, da sich etwa die PTB oder DBE in der Regel „eng auf ihren unmittelbaren Zuständigkeitsbereich beschränken“ würden. Im Hinblick auf die geplante Einrichtung einer Informationsstelle in Salzgitter nahe Schacht Konrad wird ergänzt: „Aufgrund genereller Erfahrungen bei der Informationsarbeit ist es vorteilhaft, wenn die Personen aus der Region Lüchow-Dannenberg bzw. Salzgitter kommen (Ollig, Aretz 1983 ‚Informationskonzept zur nuklearen Entsorgung des BMFT vom 29.04.1983‘, BArch, B 196/107327: 114119). Wieder wurde argumentiert, eine „sachliche“ und in einen größeren Rahmen eingebundene Informationspolitik reiche aus, um die Bevölkerung zu überzeugen und die geplanten Entsorgungsanlagen durchzusetzen. Dass die Bürgerinitiativen zu diesem Zeitpunkt ihre Teilnahme am Bürgerdialog bereits aufgekündigt hatten, fand dabei keine Beachtung,

Etwa zum Zeitpunkt, als Kulke aus seinem Amt ausschied, baute die Landesregierung ihre Öffentlichkeitsarbeit in der Informationsstelle weiter aus. Der bei den Atomkritiker\*innen wenig angesehene und von einem Besucher der Informationsstelle als „Meister der Ausflüchte“ titulierte Landesbeauftragte Gerhardy (han 1983: 3) erhielt ab Mitte 1983 Verstärkung durch zwei neue Mitarbeiter – einen gelernten Journalisten und einen Strahlenschutzexperten (o.V. 1983 in EJZ vom 28.06.1983). Der vom Land bestellte Chemiker Wolfgang Schorr trat seinen Dienst vor Ort allerdings erst im November 1983 an (o.V. 1983 in EJZ vom 18.11.1983). Das galt auch für den Geologen Klaus Spannbrucker, der vom BMFT als neuer Bundesbeauftragter eingesetzt wurde (db 1983 in EJZ vom 17.11.1983).

Das veränderte personelle Gefüge in der Informationsstelle ging einher mit einer inhaltlichen Neuorientierung der Öffentlichkeitsarbeit. Einerseits hatte das Thema Salzstockerkundung durch den Beschluss der Bundesregierung für den Bau von Erkundungsschächten in Gorleben im Juli 1983 an Brisanz verloren. Andererseits verschärfen sich die Diskussionen über Dragahn als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage (Kap. 6.2.2.2). Im BMFT wurde vermerkt: „Die personelle Besetzung zeigt, daß das Land offensichtlich einen neuen Schwerpunkt in Richtung

Wiederaufarbeitung setzen will, nachdem in den letzten Jahren das geplante Bundesendlager in Gorleben im Vordergrund stand“. Eine ähnliche Aufstockung auf Seiten des Bundes wurde dagegen nicht für notwendig befunden, auch wenn das zu einem personellen Ungleichgewicht führen würde (Ollig, BMFT 1983 ‚Vermerk ‚Informationskonzept‘ vom 29.04.1983, BArch B 196/107327).

Die ab Mitte 1983 von der Landesregierung und dem Thema Dragahn dominierte Arbeit der Informationsstelle stieß in der Bevölkerung schon bald auf deutliche Kritik. Im Oktober 1983 beklagten zahlreiche Kommunalpolitiker von SPD, FDP, FU, FWG und UWG aus den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Uelzen in einem Brief an den Ministerpräsidenten, bei der Bewertung des WAA-Sicherheitsberichtes für den Standort Dragahn stünde die Informationsstelle Bund-Land „nicht als objektiv abwägender Partner zur Verfügung“. Vielmehr beweise deren Praxis „eindeutig eine Parteinahme für den Betreiber; denn der Auftrag der Informationsstelle besteht ja wohl darin, die Akzeptanz für das Vorhaben WAA in unserer Region zu erhöhen und Kritik abzuwiegeln“.

Die Unterzeichner baten Albrecht um Kostenübernahme für ein „Bürgerbüro, das mit einem Koordinator und einer Schreibkraft besetzt sein sollte,“ sowie um WAA-Gutachten, die dieser Koordinator in Auftrag geben sollte (o.V. 1983 in EJZ vom 21.10.1983). Die Vermutung liegt nahe, dass diese Forderung auf den Besuch des SPD-Politikers Reinhard Ueberhorst zurückzuführen war, der wenige Wochen zuvor auf einer SPD-Veranstaltung in Dannenberg gesprochen hatte. Thema: „Welche Chancen haben die Bürger, die Kernenergiepolitik zu beeinflussen?“ In seinem Vortrag hatte der ehemalige Vorsitzende der Enquete-Kommission zur friedlichen Nutzung der Kernenergie „Waffengleichheit“ für alle Beteiligten gefordert. Auch die Bürger\*innen müssten über die Möglichkeit verfügen, Gutachten und Studien zu erstellen. Ueberhorst nannte es die „Meinungserarbeitungsfreiheit“. Dafür brauchten die betroffenen Bürger\*innen ein „Bürgerbüro“ mit qualifizierten Wissenschaftler\*innen (by 1983 in EJZ vom 21.09.1983). Dieser Vorschlag ging auf eine im selben Jahr veröffentlichte Studie zur Gestaltung von „Bürgerbeteiligungsprozessen im Zusammenhang mit nuklearen Großprojekten“ zurück, die Ueberhorst im Auftrag der hessischen Landesregierung vor dem Hintergrund der Pläne für eine WAA in Frankenberg erstellt hatte. Darin hatte er das Konzept eines staatlich finanzierten, aber unabhängigen „Bürgerbüros“ entwickelt, das die Bürgerinteressen vertreten und auch berechtigt sein sollte, sogenannte „Bürgergutachter“ zu beauftragen (Ueberhorst 1983 ‚Planungsstudie‘:158ff.). Auf die Forderung der Lüchow-Dannenger Kommunalpolitiker ging die Landesregierung allerdings nicht ein.

Seit dem Beschluss der Bundesregierung im Sommer 1983, im Gorlebener Salzstock ein Erkundungsbergwerk zu errichten, wurden der Bürgerdialog Kernenergie oder auch der Begriff Energiedialog am Standort Gorleben offiziell nicht mehr erwähnt, wie eine Auswertung der im Gorleben Archiv nahezu vollständig gesammelten EJZ-Veröffentlichungen über den Gorleben-Konflikt ergab. „Der Bürgerdialog Kernenergie wird inzwischen nicht mehr weitergeführt“, erklärte das BMFT in einem Schreiben vom 6. Oktober 1983 an den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der DFVLR, Wolfgang Hasenclever, und äußerte die Bitte, dass die DFVLR für die administrative Betreuung der Informationsstellen des Bundes auch künftig zur Verfügung stehe. Gleichzeitig wurde in

dem Schreiben darauf hingewiesen, dass der Vertrag zwischen dem BMFT und der DFVLR über die Abwicklung dieser Informationsstellen bis Ende 1986 abgeschlossen sei (Borst, BArch, B 196/107327:114279ff.). 1987 wurde die inzwischen nach Gartow verlegte Informationsstelle ganz geschlossen.

### **Exkurs: Informationsstelle nukleare Entsorgung in Salzgitter – Bürgerdialog am Standort Konrad**

Seit April 1983 unterhielt das Bundesforschungsministerium auch in Salzgitter am Standort Konrad die Einrichtung einer Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung (o.V. 1983 in EJZ vom 12.04.1983). In dem stillgelegten Eisenerz-Bergwerk sollte ein Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle entstehen. Nachdem die Schachanlage zwischen 1976 und 1982 geologisch auf ihre Eignung untersucht worden war, startete 1982 das Genehmigungsverfahren. Die Informationsstelle in Salzgitter wurde zunächst von Wilhelm Kulke zusätzlich zu der in Lüchow ansässigen Informationsstelle geleitet – im Rahmen des „Bürgerdialogs Energie“, wie es in einem bereits zitierten Vermerk des BMFT vom April 1983 heißt. Und weiter: „Der im Titel ‚Bürgerdialog‘ veranschlagte Mittelansatz würde die Finanzierung von zwei Informationsstellen zulassen. (Lüchow: 360 TDM/a; Salzgitter 300 TDM/a)“ (Ollig, BMFT 1983, Vermerk ‚Informationskonzept‘ vom 29.04.1983, BArch B 196/107327, Blatt 114122 – 114125). Fakt ist also: Noch Ende April 1983 sprach man im BMFT mit Blick auf die zukünftigen Planungen vom „Bürgerdialog“, den man dann aber im Oktober 1983 für inzwischen beendet erklärte. Wann und aus welchen Gründen genau so entschieden wurde, lässt sich anhand der BMFT-Akten nicht nachvollziehen.

Ab Mitte 1982 hatte Kulke bereits an den Vorbereitungen für die Informationsstelle in Salzgitter mitgewirkt. Diese Tätigkeit stand aber unter keinem guten Stern. Schon bei einer ersten Bürgerdialog-Veranstaltung am 21. Juni 1982 in Salzgitter war der Polizei von einer Landtagsabgeordneten der Grünen vorgeworfen worden, sie hätte die Kennzeichen von Autos von Besucher\*innen der Veranstaltung registriert (HAZ 1982 ‚Bespitzelung‘, 28.09.1982). Auf einer folgenden Bürgerdialog Veranstaltung, auf der Wissenschaftler der Pro- und Kontra-Seite auf dem Podium saßen, kam es dann am 23. September 1982 zum Eklat. Wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) berichtete, zeichnete die Polizei in einem Nebenraum Diskussionsbeiträge auf und begründete diese Überwachungsmaßnahmen später mit dem „notwendigen Schutz“ der rund 500 Teilnehmer\*innen. Mit den Tonbandaufnahmen habe man Beweismittel für Beleidigungen oder Aufforderungen zu Straftaten sammeln wollen (p.s. 1982 in HAZ vom 28.09.1982).

In mehreren Zeitungen der Anti-Atom-Bewegung wurde dieser Vorfall anschließend scharf kritisiert und dabei vor allem Kulkes Rolle problematisiert. Man habe den „Gorleben-erprobten Bürgerdialogsspezialisten“ Kulke beim Kungeln mit der Polizei ertappt (Atomwüstzeitung ‚Kulke‘, Nr. 21, 11/82: 10). Kulke erklärte dagegen später, der Mitschnitt der Polizei sei ohne seine Kenntnis angefertigt worden, er habe erst nach Veranstaltungsende davon erfahren. Er fügte an: „Diese Begleitumstände und ihre Folgen haben mich betroffen gemacht und mich erkennen lassen, daß ein Dialog unter

Polizeimaßnahmen dieser Art – von denen ich mich distanzieren – unmöglich ist“ (Atom Express ‚Atomstaat‘, Nov./Dez. 1982: 24).

In einem im Januar 1983 verfassten Bericht des BMFT, als dessen Autor Kulke vermutet werden kann, wird resümiert: Bei Veranstaltungen, bei denen man sich bemüht habe, „eine annähernde Ausgewogenheit der Referenten beider Seiten herzustellen, kann von einem ruhigen und sachlichen Verlauf der Diskussion ausgegangen werden“. Großveranstaltungen in Lüchow und Hitzacker hätten dies unter Beweis gestellt. Das Konzept sei aber nicht auf jede Region übertragbar, wie eine Veranstaltung in Salzgitter gezeigt habe. „Für geplante vertrauensbildende Informationsveranstaltungen ist es nicht hilfreich, wenn diese bei erkennbaren Störungen nur mit starker polizeilicher Absicherung durchgeführt werden.“ Dadurch würden interessierte Bürger von einer Teilnahme abgehalten und die „Absicht des Veranstalters, einen offenen Meinungsaustausch anzustreben ins Gegenteil verkehrt“ (BMFT 1983 ‚Bericht über die Tätigkeit Informationsstelle des Bundes vom 12.01.1983‘, BArch, B 196/107327: 114259f.).

Wie oben ausgeführt, war die Einrichtung der Informationsstelle in Salzgitter noch eindeutig dem Bürgerdialog zuzuordnen. Allerdings wurde dieser in der Eröffnungsrede von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber anscheinend gar nicht erwähnt. Aus einem EJZ-Bericht geht hervor, dass der CDU-Politiker vor allem über die aufwendigen und von der Bundesregierung geförderten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Sicherheit der nuklearen Entsorgung referierte. Zum Dialog mit der Bevölkerung wird er lediglich mit den Worten wiedergegeben, er werde „auch in Zukunft in der politischen Auseinandersetzung denen am deutlichsten widersprechen, die den Ausbau der Kernenergie an die Gewährleistung der Entsorgung knüpfen, gleichzeitig aber die Errichtung von Entsorgungsanlagen erschweren oder sogar bekämpfen“ (o.V. 1983 in EJZ vom 12.04.1983). Damit setzte der neue Bundesforschungsminister inhaltlich einen deutlich anderen Schwerpunkt als etwa sein Vorgänger Hauff, der sich anlässlich der Eröffnung der Informationsstelle in Lüchow ja ausführlich zu den Grundprinzipien des Bürgerdialogs bekannt hatte. Weitere Äußerungen Riesenhubers zu diesem Thema wurden nicht gefunden, was die Einschätzung Kulkes stützt, Riesenhuber habe an einer Weiterführung des Bürgerdialogs kein Interesse gezeigt.

Kulke selbst war nach seinem Abschied in Lüchow Mitte Juni 1983 noch bis zum 31. August 1983 in Salzgitter tätig. Wie in Lüchow wurde auch dieser Posten einige Monate später neu besetzt (Schreiber, Höfling 1983: ‚Schreiben des DFVLR vom 08.08.1983‘, BArch, B 196/107327: 114211f.). Die Informationsstelle des Bundes in Salzgitter bestand noch einige Jahre, firmierte aber nicht mehr unter Bürgerdialog.

### 6.3.3 Besuche von Bundespolitikern in Lüchow-Dannenberg

#### 6.3.3.1 Besuche von Bundesforschungsminister Volker Hauff (1978-1980)

Während sich am Standort Gorleben die Auseinandersetzung um das geplante Entsorgungszentrum, später um das Zwischenlager und die Erkundung des Salzstockes zuspitzte, besuchten mehrere Bundesminister sowie der Bundeskanzler die Region, um sich im Gespräch mit der Bevölkerung und Kommunalvertreter\*innen vor Ort ein Bild zu machen. Den Auftakt machte der gerade ins Amt gekommene Bundesforschungsminister Hauff, der sich im Mai 1978 bei einer von der örtlichen SPD veranstalteten Podiumsdiskussion der Öffentlichkeit stellte. Teilnehmer\*innen waren neben Vertretern des BMFT, der DWK und des Kernforschungszentrums Karlsruhe auch Kritiker\*innen der Kernenergie wie der Physiker Dieter von Ehrenstein von der Universität Bremen und die BI-Vorsitzende Marianne Fritzen, die ihr Misstrauen gegenüber der staatlichen Kernenergieplänen deutlich zum Ausdruck brachte. „Im Saal brodelte es“, berichtete die EJZ. Hauff verteidigte die Pläne für eine WAA, wurde aber gleichzeitig mit dem Schlusssatz zitiert: „Wir können diese schwierige Frage nur dann klären, wenn keiner das Recht für sich in Anspruch nimmt, recht behalten zu wollen“ (co 1978 in EJZ vom 06.05.1978). Hauff wollte also mehr als nur zu informieren und aufzuklären, so wie es den ursprünglichen Zielen des Bürgerdialogs entsprach. Sein Plädoyer für einen offenen und unvoreingenommenen Diskurs wies deutlich darüber hinaus, auch wenn er den Bürgerdialog an dieser Stelle nicht explizit thematisierte.

Dass Hauff auch dem direkten Dialog mit den Bürger\*innen große Bedeutung beimaß, zeigte sich im Februar 1980, als er Lüchow-Dannenberg erneut besuchte. Der Forschungsminister absolvierte dort laut EJZ einen „Gesprächsmarathon“ mit Kommunalpolitiker\*innen, Bauern und Bäuerinnen, Bürger\*innen und Beamte\*innen. Hauff erklärte, er sei gekommen, „um zuzuhören“ (co 1980 in EJZ vom 16.02.1980). Abends nahm er auf Einladung der Bürgerinitiative an einer öffentlichen Diskussionsrunde teil, die die BI als direkten Dialog beworben hatte: „Bürger fragen – Volker Hauff antwortet“ (Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 in EJZ vom 14.02.1980). Dazu wird im Protokoll einer BI-Vorstandssitzung von Anfang Februar vermerkt: „Die SPDler Abraham und Drechsler nebst CDUGrill [Kurt-Dieter Grill] hätten die Veranstaltg. gern als einheim. Politiker durchgeführt, aber Hauff legt wohl Wert auf eine Art „Bürgerversammlung“, sodaß die BI (evtl. zusammen mit Notgem. [Notgemeinschaft]) einlädt“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 'Protokoll des E.V. vom 01.02.1980', Gorleben Archiv).

Die Notiz weist darauf hin, dass auf Seiten der Kommunalvertreter\*innen teilweise der Eindruck bestand, die Bonner Politiker\*innen würden der Bürgerinitiative und Bäuerlichen Notgemeinschaft mehr Aufmerksamkeit widmen als den gewählten Volksvertretern. Kulke schrieb in diesem Zusammenhang an den BMFT-Pressereferenten Thilo Schmidt: „Aufgrund der Hinweise der örtlichen SPD- und CDU-Verbände ist davon Abstand genommen worden, die öffentliche Veranstaltung mit Minister Hauff (...) nur mit der Bürgerinitiative allein zu gestalten.“ Und: „Die Parteien legten größten Wert darauf,

daß die Gesprächsleitung nicht in den Händen der Bürgerinitiative liegen sollte“ (Kulke 1980 'Schreiben an BMFT zu Besuch von Bundesminister Hauff vom 30.01.1980', BASE-Akten Ordner 785). Auf dieser Bürgerversammlung, die dann von Kulke geleitet wurde, meldeten sich aber hauptsächlich die Atomkraftgegner\*innen zu Wort. Zwar habe Hauff nicht alle Fragen beantworten können, sich aber dennoch „wacker“ geschlagen, urteilte die EJZ (co 1980 in EJZ vom 18.02.1980). Deutlich wurde bei diesem Besuch aber auch der hohe Zeitdruck, unter dem Politiker und Betreiber vor allem bei der Realisierung des Zwischenlagers standen. Hauff erklärte, „wenn eine sichere Entsorgung der Atommeiler bis 1985 nicht sichergestellt sei, werde von diesem Termin an keine im Bau befindliche Atomanlage eine Betriebsgenehmigung erhalten“ (co 1980 in EJZ vom 16.02.1980).

### **6.3.3.2 „Blitzbesuch“ von Bundeskanzler Helmut Schmidt (1981)**

Im Gegensatz zum Bundesforschungsminister vermied der Bundeskanzler Helmut Schmidt das direkte Gespräch mit der Bevölkerung. Bei einem unangekündigten Besuch, der ihn am 6. April 1981 zusammen mit Ehefrau Hannelore nach Lüchow-Dannenberg führte, traf sich Schmidt nur mit Kommunalvertretern, von denen keine Kritik zu erwarten war. „Das Risiko von Störungen sollte kleingehalten werden“, hieß es in einer internen Vorlage für den Bundeskanzler vom 18. März 1981. Unter anderem wurde darin eine „sehr vertrauliche Behandlung des Besuchstermins und des -programms“ und die „Durchführung des Besuches mit einem gewissen Überraschungsmoment“ vorgeschlagen. Außerdem wurde ein Treffen des Kanzlers mit Vertreter\*innen des Landvolkverbandes, des Ausschusses ‚Kirche und Gorbleben‘ und der Bürgerinitiativen befürwortet: „Ein Gespräch mit Mitgliedern dieser Gruppen in einem überschaubaren Rahmen, von denen die Hälfte gegen die Entsorgungsanlagen im Landkreis eingestellt sein dürfte, erlaubt die Herausstellung, daß Sie sich kontroverse Standpunkte haben darlegen lassen.“ Durch die Einbindung von Vorstandsmitgliedern der BI bestünde außerdem „am ehesten die Gewähr, daß die Bürgerinitiativen auf Störungen und Gegenveranstaltungen verzichten“ (Steinbrück 1981 ‚BK-Besuch im Landkreis Lüchow-Dannenberg‘, BArch, B 136/33273). Am Ende wurden die Pläne für ein Treffen des Bundeskanzlers mit zivilgesellschaftlichen Gruppen aber wieder fallengelassen. Schmidts Sorge vor öffentlichen Protestaktionen war anscheinend zu groß.

Dagegen stand in Gartow ein Mittagessen mit Kommunalpolitikern auf dem Programm, das so überraschend kam, dass einige Ratsherren von der Feldarbeit geholt werden mussten. Schmidt äußerte sich anschließend erfreut darüber, „wie geschlossen die Kommunalpolitiker, gleich welcher Couleur, das Entsorgungskonzept des Bundes und der Länder unterstützten“ (co 1981 in EJZ vom 07.04.1981). Zum Widerstand der Gorbleben-Gegner\*innen wurde er mit den Worten wiedergegeben, „dieser sei ein Zug der Zeit, der binnen kurzem abgefahren sei, dann würden diese Schreihälse der Geschichte angehören“. Anschließend begab sich das Kanzlerpaar auf einen privaten dreistündigen Ausflug in die Feuchtgebiete der Region, wo es laut EJZ balzenden Bekassinen und Kranichen begegnete (co 1981 in EJZ vom 07.04.1981).

Die Berichterstattung löste eine Flut von Leserbriefen aus, die Schmidts „Blitzbesuch“ überwiegend ironisch kommentierten. Einer schreibt: „Das war er also, der längst überfällige Besuch des Herrn Bundeskanzler in unserem Kreis“. Es zeuge „von dem

Demokratie-Verständnis dieses Mannes, daß er sich zwar drei Stunden Zeit nimmt, mit den Kranichen zu sprechen, nicht aber eine Minute Zeit für die Leute, die von Gorleben nach Hannover gezogen sind“ (Nierth 1981, Leserbrief, EJZ vom 11.04.1981). In anderen Briefen ist von „Schmidtchen Schleicher“ die Rede (Koch 1981, ,Leserbrief, EJZ vom 08.04.1981), von einem Kanzler, der die „mündigen Bürger“ als „Schreihäse“ diffamiere (Fritzen 1981, Leserbrief, EJZ vom 09.04.1981). „Und kein Widerspruch, keine Zurückweisung kommt von unseren Kommunalvertretern“, kritisierte der ehemalige BI-Sprecher Jörg Janning. Er sah eine Parallele zum Umgang mit der Bürgerinitiative, die einerseits im „Bürgerdialog“ als „gesellschaftlich bedeutend“ eingestuft und andererseits vom eigenen Kreistag heruntergemacht werde, wenn ihre Stellungnahme die Machtfrage berühren würde (Janning 1981, Leserbrief, EJZ vom 14.05.1981).

### **6.3.3.3 Bürgerdialog mit Bundesforschungsminister Andreas von Bülow (1982)**

Das Verhalten des Kanzlers stand in deutlichem Gegensatz zum Auftreten von Hauff, der sich bei seinen Besuchen darum bemüht hatte, gerade gegenüber der atomkritischen Bürgerbewegung seine Wertschätzung und Gesprächsbereitschaft zu bekunden – eine der Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Bürgerdialog. An diese Regel hielt sich auch Hauffs Nachfolger, Andreas von Bülow (SPD), der das Amt des Bundesforschungsministers nach der Bundestagswahl im November 1980 übernommen hatte. Im Rahmen des niedersächsischen Wahlkampfs kam er im Februar 1982 zu einem zweitägigen Besuch nach Lüchow-Dannenberg, der von der SPD ausdrücklich als „Bürgerdialog“ angekündigt wurde (SPD Lüchow-Dannenberg 1982 in EJZ vom 25.02.1982). Zitat aus einem Protokoll der BI-Vorstandssitzung vom Januar 1982: „Besuch von Bülow 26.2.: Geplant sind 2 einstündige Gespräche einmal mit der Gorleben-Kommission und mit Vertretern der BI, NG [Notgemeinschaft] und RH [Rechtshilfe]. Wir verzichten, fordern eine öffentliche Veranstaltung in Lüchow“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1982 'Protokoll des E.V. vom 29.01.1982').

So wurde es dann auch gemacht. Nach einem Treffen mit der Gorleben-Kommission fand in Lüchow eine große öffentliche Veranstaltung statt, auf der sich von Bülow den Fragen der Bürger\*innen stellte. Der Berichterstattung zufolge verlief die Diskussion in einer emotional aufgeheizten Atmosphäre – auf der einen Seite ein Minister, der die Haltung der Bundesregierung mit „kühler Sachlichkeit“ vertrat, auf der anderen Seite das überwiegend aus Kernkraftgegner\*innen bestehende Auditorium, das dem Politiker teilweise mit „Gefühlsausbrüchen“ und „polemischen Äußerungen“ begegnete. So wurde ihm vorgehalten, dass ihn „die Sorgen und Ängste vieler Lüchow-Dannengerer kalt ließen, er lediglich Sachzwänge, nicht aber menschliche Probleme sehe“ (co 1982 in EJZ vom 01.03.1982). Misstrauisch blieb man im Publikum auch, als der Forschungsminister erklärte, der Zug für die WAA in Niedersachsen sei „endgültig abgefahren“.

Bülow wurde außerdem vorgeworfen, dass dies „kein Bürgerdialog“, sondern eine Wahlveranstaltung sei (co 1982 in EJZ vom 01.03.1982). Von der Sache her ließ der Minister keinen Zweifel an der Dringlichkeit der geplanten Atomanlagen. Das

Zwischenlager verteidigte er als Entsorgungsnachweis für die Genehmigung neuer Kernkraftwerke. Bis zu deren Inbetriebnahme würden weitere acht Jahre vergehen, und bis dahin könne man davon ausgehen, dass das Entsorgungsproblem „unmittelbar vor der Lösung steht“. Auf der Abschlusspressekonferenz sprach er ein weiteres hoch umstrittenes Thema an. Die niedersächsische Landesregierung sei schuld daran, dass zurzeit alternative Erkundungen nicht möglich seien: „Gleichwohl wären uns drei Standorte lieber.“ (co 1982 in EJZ vom 01.03.1982).

### **6.3.4 Bürgerdialog zwischen Polizei, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft (1980)**

Ab dem Zeitpunkt der Eröffnung der Informationsstelle nukleare Entsorgung in Lüchow fanden im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie in Lüchow-Dannenberg fast nur noch Veranstaltungen statt, die sich inhaltlich auf die am Standort geplanten Entsorgungsanlagen bezogen. Vereinzelt wurden sie vom Landesbeauftragten, in der Regel aber vom Bundesbeauftragten der Informationsstelle organisiert. Eine Ausnahme bildeten zwei vom Bildungszentrum Gohrde veranstaltete Bürgerdialog-Seminare mit dem Thema „Gorleben im Meinungsstreit“, bei dem Polizei- und Grenzschutzbeamte, Kommunalpolitiker sowie Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz miteinander ins Gespräch kommen sollten (co 1980 in EJZ vom 20.11.1980). Die erste Veranstaltung fand Ende September 1979 statt, wobei sich in den Akten darüber keine genaueren Informationen fanden. Einziger Hinweis: Ein Brief von Kulke an den bekannten Gewerkschafter und Atomkraftgegner Heinz Brandt, den er daran erinnerte, dass sie im Herbst 1979 in der Gohrde gemeinsam das Wochenendseminar „Polizei und Bürgerinitiative“ durchgeführt hätten (Kulke 1980 'Brief an Brandt vom 13.06.1980', BASE-Akten, Ordner Nr. 785).

Auch über das zweitägige Fortsetzungsseminar im November 1980 existiert nur ein knapper EJZ-Bericht, der sich auf ein Pressestatement der Beteiligten stützte. Ziel sei es gewesen, „in gemeinsamer Diskussion vorhandene Spannungen und gegenseitig Vorurteile anzusprechen.“ Es seien Fragen zur Anwesenheit der Polizei im Landkreis, zum Gewaltbegriff sowie die Situation der Kommunalpolitiker\*innen im Kreis erörtert worden. Die Gespräche unter Leitung von Kulke seien „teilweise sehr kontrovers und engagiert geführt worden, wodurch die unterschiedlichen Standpunkte besser dargelegt werden konnten“ (co 1980 in EJZ vom 20.11.1980). In den Akten der Informationsstelle befindet sich unter dem Stichwort „Dialog zwischen Polizei – BI – Kommunalpolitikern“ das Kurzprotokoll über ein Vorbereitungstreffen für diese Veranstaltung. Als Teilnehmer werden Martin Mombaur als Mitglied der BI und des BBU-Vorstandes ebenso aufgeführt wie der in der örtlichen Anti-Atom-Bewegung äußerst umstrittene Polizei-Pressesprecher Meyer. In dem Papier heißt es unter anderem, Presse und Beobachter\*innen der PTB oder DBE würden bei dem Seminar nicht zugelassen, man wolle im Anschluss aber eine gemeinsame Presseerklärung herausgeben (Gemeinsame Informationsstelle 1980 'Kurzprotokoll Vorbesprechung Wochenendseminar am 21.10.1980', BASE-Akten, Ordner Nr. 785).

Intensiver befasste sich offensichtlich die Bürgerinitiative mit der geplanten Bürgerdialog-Veranstaltung. Zwischen August und November 1980 wurde auf vier Vorstandssitzungen über eine mögliche Beteiligung debattiert. Die Diskussion ist deshalb interessant, weil sie – wenn auch bei einem für die Standortfrage unbedeutenden Seminar – als Muster für den pragmatischen Umgang der BI mit den Veranstaltungen des Bürgerdialogs gelten kann. Vor dem Hintergrund der Erfahrung von drei Jahren teilweise harter Auseinandersetzungen mit der Polizei beschloss der Vorstand der Bürgerinitiative schon im August 1980, „daß die BI dort nicht als BI teilnehmen kann, da [es] ein Dialog mit Leuten [ist], die auf Grund ihrer Funktion hier im Landkreis nichts anderes zu tun haben, als uns auszuspionieren [sic], oder mitzuhelfen uns zu kriminalisieren [sic]. Es wäre sehr gut, wenn die BI vor Beginn des Seminars ihre Haltung öffentlich begründet und möglichst bei Beginn des Seminars von einem/ einer Teilnehmer\*in dort verlesen wird. Wenn die BI dort nicht offiziell teilnimmt, so sollten aber doch allerhand Mitglieder sich dort anmelden“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 22.08.1980).

Deutlich wird, dass für die BI bei der Frage, ob teilnehmen oder nicht, der Symbolcharakter sowie die Außenwirkung eine entscheidende Rolle spielen. Um sich dem Gespräch aber nicht gänzlich zu entziehen, wählte man einen Mittelweg: teilnehmen ja, möglichst zahlreich sogar – aber nicht in offizieller Funktion, sondern als Privatperson. So sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck vermieden werden, dass die BI die Polizei als legitimen Dialog-Partner akzeptiert und dass man dadurch reale Veränderungen bewirken könne. Gleichzeitig wollte sich die BI die Möglichkeit zur persönlichen Präsenz offenhalten. In einem späteren Protokoll heißt es: „Der Leiter des Bildungszentrums Göhrde, Herr Bensch, ist entsetzt, daß unsere BI am Polizeiseminar nicht teilnehmen will“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 05.09.1980). Anscheinend gelangte man aber zu einer Lösung, denn kurz vor Beginn des Polizeiseminars wurde in einem weiteren Protokoll-Eintrag festgehalten: „Die Fragwürdigkeit von gemeinsamen Veranstaltungen mit der Polizei wurde erneut erörtert. Klargestellt werden soll auf jeden Fall, daß jeder Teilnehmer als Privatperson und nicht als Vertreter der BI teilnimmt“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 14.11.1980).

### **6.3.5 Veranstaltungen zum Sicherheitskonzept des Zwischenlagers (1980-1981)**

Nach einem ähnlichen realpolitischen Ansatz verfuhr die Bürgerinitiative auch bei den Bürgerdialog-Veranstaltungen zum geplanten Zwischenlager. Dabei ging es um ein neuartiges Trockenlager, in der die verbrauchten und in Castor-Behältern verpackten Brennelemente aus Atomkraftwerken so lange aufbewahrt werden sollten, bis ein Endlager zur Verfügung stehen würde. Expert\*innen sprechen auch vom Transportbehälterlager (TBL). Von zentraler Bedeutung für den sicheren Betrieb der Anlage ist der Castor-Behälter, speziell das Deckelsystem, das die hochradioaktiven Brennstäbe zuverlässig einschließen soll.

Ab Ende 1979 bis Juni 1981, bis also die Kommunalpolitik dem Projekt endgültig zustimmte, war am Standort Gorleben die Kontroverse um die Genehmigung des Zwischenlagers – neben dem Konflikt um die Salzstockerkundung – das beherrschende Thema in der Öffentlichkeit (siehe Kapitel 6.2.2.1). Als Leiter der Informationsstelle bat Kulke das BMFT deshalb ab Oktober 1979 immer dringlicher um Unterstützung durch Informationsmaterial und fachkundige Referenten. In einem im Entwurf vorliegenden Schreiben von Kulke an das BMFT hieß es: „Wie zu erwarten, hat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg schon erste Informationsveranstaltungen, auf denen dieses Thema aus deren Sicht dargestellt wurde, durchgeführt“ (Kulke 1979 'Schreiben zur Auswahl an Referenten an BMFT vom 16.11.1979', BASE-Akten, Ordner Nr. 796). Im Dezember 1979 schrieb das BMFT an die Kernforschungsanlage (KfA) Jülich: „Für die Arbeit der Informationsstelle des Bundes aber auch (...) für den Bürgerdialog Kernenergie wird das Problem ‚Zwischenlager‘ immer aktueller. Ich bitte Sie daher, einen Einsatz von Mitarbeitern der KfA als Referenten zu prüfen bzw. diese Anfrage weiterzuleiten. (...) Das Informationsbedürfnis der Bevölkerung zum Thema Zwischenlager ist hier genau wie in Ahaus besonders hoch“ (Baars/BMFT 1979, Schreiben ‚Öffentlichkeitsarbeit‘ an KfA Jülich, 03.12.1979', BASE-Akten, Ordner Nr. 796)

### **6.3.5.1 Erstes Zwischenlager-Seminar (Mai 1980)**

Mitte Mai veranstaltete das Bildungszentrum Görde im Rahmen des Bürgerdialogs ein erstes vom BMFT gefördertes Seminar zu offenen Fragen der Zwischenlagerung. Die BI lehnte in einem Schreiben an Bundesforschungsminister Hauff offiziell eine Teilnahme ab. Man sei nicht bereit, „bereits getroffene Entscheidungen im Nachhinein in Form des sog. Bürgerdialogs politisch zu legitimieren“. Ohne Information der interessierten Öffentlichkeit hätten sich schon der Kreistag und die Räte in Gartow und Gorleben für ein Zwischenlager ausgesprochen. Auch der Bauantrag der DWK liege bereits vor. Vor diesem Hintergrund sei „der von Ihrem Hause geförderte ‚Bürgerdialog‘ nur als ein grobes Täuschungsmanöver an dem Bürger selbst anzusehen (Fritzen u.a., Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 'Brief an Bundesforschungsminister Hauff zu Zwischenlagerseminar vom 09.05.1980', BASE-Akten, Ordner Nr. 796). In einem von Kulke formulierten Antwortschreiben, das nur im Entwurf vorliegt, wies Kulke auf das „vielfältige Informationsangebot“ zum Zwischenlager von seiner Seite hin. Mit Anzeigen in der EJZ habe man dazu aufgefordert, die Informationsstelle aufzusuchen, Gespräche zu führen und Material anzufordern. Kommunalvertreter und Parteien seien laufend unterrichtet worden. Außerdem habe man im Januar 1980 über 50 Vereine und Verbände im Landkreis angeschrieben und angeboten, bei ihnen Veranstaltungen zum Thema Zwischenlager durchzuführen, was bei verschiedenen Vereinigungen wie etwa dem Landvolkverband oder der Kreishandwerkerschaft geschehen sei. Dass davon im Landkreis so unterschiedlich Gebrauch gemacht worden sei, liege „an der von Ihnen allgemein geübten Zurückhaltung gegenüber dem ‚Bürgerdialog Kernenergie‘“ (Kulke 1980, ‚Entwurf eines Antwortschreibens an BI‘, 12.06.1980, BASE-Akten, Ordner Nr. 785).

Diese Aktion der Informationsstelle hatte zuvor auch schon Becker-Platen in seinem Erfahrungsbericht vom Mai 1980 beschrieben. Etwas abweichend von Kulke hieß es da:

„Ende letzten Jahres wurde vom Vertreter des Bundes über 60 Vereinen und Verbänden schriftlich eine breite Palette von Informationsveranstaltungen (Redner zu verschiedenen Themen, wie Entsorgung, Energiesicherung, Salzstock Gorleben u.a.m.) angeboten. Als Antwort kam nur eine Anforderung. Dies ist symptomatisch für die Reaktion auf offizielle Informationsangebote. Allein der Weg, bestimmte, in Vereinen, Verbänden usw., führende Damen und Herren persönlich anzusprechen und um Informationsmöglichkeiten zu bitten, verspricht größeren Erfolg“ (Becker-Platen 1980 ‚Erfahrungsbericht‘ Mai 1980, NLA HA, Nds. 800 Acc. 2017/74 Nr.303).

Das Zwischenlager-Seminar selbst entwickelte sich zu einem kommunikativen Misserfolg für das BMFT. Im Anschluss wurde in zwei von Seminarteilnehmer\*innen und dem zuständigen Seminarleiter verfassten Erklärungen scharf kritisiert, dass der vom BMFT als Experte für Transportbehälter-Entwicklung benannte Wissenschaftler der KFA Jülich, Gerd Haag, zu einer Vielzahl von Fragen keine Auskunft geben konnte. Er habe selbst klargestellt, dass „auch er nur unzureichend informiert sei, da ihm wesentliche Unterlagen der DWK sowie der Reaktorsicherheitskommission nicht zur Verfügung ständen“. Das Seminar sei deshalb vorzeitig beendet worden. Die Verfasser\*innen forderten, „daß bei den nächsten Kursen im Rahmen des Bürgerdialogs kompetentere Referenten Rede und Antwort stehen“ (Teilnehmer eines Seminars der Heimvolkshochschule Gohrde ‚Erklärung vom Mai 1980, BASE-Akten, Ordner Nr. 796; Mombaur 1980, ‚Sachbericht‘, BASE-Akten, Ordner Nr. 796). Über den Vorfall wurde sowohl in der EJZ wie auch der taz berichtet, wobei sich beide Artikel darauf beschränkten, die Kritik der Seminarteilnehmer\*innen wiederzugeben. Die taz titelte: „Verarschung statt Information – Bürgerdialog im Landkreis“ (o.V. 1980 in EJZ vom 12.05.1980; o.V. 1980 in taz vom 13.05.1980).

In seiner Stellungnahme hatte Martin Mombaur, BI-Mitglied und Dozent am Bildungszentrum Gohrde, auch betont, dass man dem Referenten ja schon vorher angekündigt habe, „daß die Seminarteilnehmer einige Vorkenntnisse mitbringen würden“ (Mombaur 1980 ‚Sachbericht‘, BASE-Akten, Ordner Nr. 796). In seiner Antwort vom 23. Mai 1980 sprach der der Inkompetenz bezichtigte Referent Haag von einer „irreführenden“ oder „zumindest verharmlosenden“ Bezeichnung. Richtig sei, „daß der Zuhörerkreis nur aus etwa 10 bis 15 Personen bestand, von denen sich eine nicht erkennbare Anzahl von Wissenschaftlern aus Bremen und Herr Hirsch vom Ökoinstitut befanden“. Mit „spitzfindigen Fragen“ hätten sie sich über das eigentliche Informationsbedürfnis der Bürger hinweggesetzt. „Das Ziel bestand meiner Meinung nach darin, mir durch ausgewählte Fragen Inkompetenz nachzuweisen, um dadurch – wie man glaubte – die Informationspolitik des BMFT diskreditieren zu können“ (Haag 1980, BASE-Akten, Ordner Nr. 796).

Die Auseinandersetzung dokumentierte den sich verschärfenden Konflikt zwischen den staatlichen Experten einerseits und den atomskeptischen Wissenschaftlern andererseits, die die Bürgerinitiativen vertraten. Diese Spaltung prägte zunehmend die Kontroverse um die Entsorgungsanlagen. Sie setzte sich später auch bei einem zweiten Seminar zum Thema Zwischenlager fort, welches das BMFT den Kritiker\*innen nach der missglückten ersten Veranstaltung anbot, um „mit einem erweiterten Kreis von Referenten“ alle noch ausstehenden Fragen zu beantworten (Schmidt 1980 ‚Zwischenlager-Information‘,

Leserbrief, EJZ vom 17.05.1980). Auf das zweite Zwischenlager-Seminar, das im November 1980 ebenfalls im Rahmen des Bürgerdialogs im Bildungszentrum Göhrde stattfand, wird später noch eingegangen.

### **6.3.5.2 Konflikt um den Sicherheitsbericht für das Zwischenlager (Oktober 1980)**

Nachdem sich die Debatte um die Göhrde-Seminare zunächst gelegt hatte, verschärfte sich die Kritik der BI an der staatlichen Informationspolitik an anderer Stelle. Wie schon drei Jahre zuvor beim NEZ entwickelte sich ein zähes Ringen um den Zugang zu den für die Genehmigung grundlegenden Dokumenten. Es begann Anfang Oktober 1980 mit der öffentlichen Auslegung der Sicherheitsberichte für das Zwischenlager und das Abfalllager für schwach- und mittelradioaktiven Müll. In einem Brief an die PTB mit Kopie an Bundesinnenminister Baum schilderte die BI-Vorsitzende Marianne Fritzen ihre Erfahrungen bei dem Versuch, Einsicht in die umfangreichen Akten zu nehmen. Schwer verständliche Kapitel „müssten wir unseren Fachleuten zum Durcharbeiten überlassen können“, schreibt Fritzen. Ihre Bitte um eine Kopie der Sicherheitsberichte für die Bürgerinitiative habe die PTB aber abgelehnt. Jeder Person sei es nur erlaubt, an Ort und Stelle 10 Kopien „zum Wucherpreis von DM 1,- pro Kopie“ herzustellen. Zwar sei es kein Problem, auf diesem Wege Kopien des gesamten Berichtes anfertigen zu lassen. „Nur, ich halte diese Vorgehensweise für menschenunwürdig. In einer gut funktionierenden Demokratie dürfte der Bürger nicht zu solchen Tricks gezwungen werden. Ausserdem [sic] wird der sog. ‚Bürgerdialog‘ ad absurdum geführt, wenn sich die Bürger unehrlicher Methoden bedienen müssen, die zudem offenkundig sind“ (Fritzen 1980 ‚Auslegung der Sicherheitsberichte, Brief an die PTB vom 08.10.1980‘, BASE-Akten, Ordner Nr. 796).

Baum stimmte Fritzen in seiner Antwort zu: „Es ist der Sinn einer öffentlichen Auslegung, daß jedermann sich mit den Unterlagen gründlich beschäftigen kann (...) und ich sehe keinen sachlichen Grund, warum nicht auch die gewünschten Kopien verfügbar gemacht werden sollten“ (Baum 1980 ‚Brief an Fritzen vom 08.10.1980‘, BASE-Akten, Ordner Nr. 796). Seine Intervention hatte offensichtlich Erfolg. Schon kurz nach ihrem Protestschreiben bekam Fritzen einen Telefonanruf sowie einen Brief von der PTB. Darin wurde ihr mitgeteilt, man könne nun doch unbegrenzt und sogar kostenlos Fotokopien machen, „wenn die Einsichtnehmenden das Papier selbst zur Verfügung stellen“. Vom Antragsteller – in diesem Fall das Unternehmen Brennelementlager-Gorleben (BLG), ein Tochterunternehmen der DWK – habe man die erforderliche Zustimmung erhalten (PTB 1980 ‚Brief vom 22.10.1980‘, BASE-Akten, Ordner Nr. 796). Diese Episode hatte zwar keinen direkten Bezug zum Bürgerdialog, beeinflusste aber seine Wahrnehmung durch die Bürgerinitiative, wie der Brief von Fritzen an den Bundesinnenminister belegt. Man mag diesen Vorfall schlicht mit bürokratischer Engstirnigkeit oder als Relikt obrigkeitsstaatlichen Gebarens erklären, es könnte aber auch politisches Kalkül dahintergestanden haben. Entsprechende Vermutungen gab es zumindest bei der Bürgerinitiative. „Offensichtlich ist es Strategie der Betreiber, die technischen Einzelheiten so spät wie möglich bekannt zu geben, damit die unabhängigen Wissenschaftler eine Begutachtung zur Zeit noch nicht vornehmen können“, heißt es

schon im Juli 1980 in einem Vorstandsprotokoll (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 25.07.1980).

### **6.3.5.3 Zweites Zwischenlager-Seminar (November 1980)**

Ab Herbst 1980 bereitete sich die Bürgerinitiative intensiv auf zwei geplante Veranstaltungen zum Thema Zwischenlagerung vor. Dabei ging es zunächst um das vom BMFT für Dezember 1980 angekündigte zweite Göhrde-Seminar im Rahmen des Bürgerdialogs. Im Januar 1981 folgte eine größere, rechtlich aber unverbindliche Anhörung zum geplanten Zwischenlager.

Beide Veranstaltungen wurden schon im August 1980 auf einem Vorstandstreffen der Bürgerinitiative erwähnt, wobei die Vorstandsmitglieder vor allem ihr Vorgehen beim Zwischenlager-Seminar erörterten. Im Protokoll heißt es: „(...) hier sehen wir es als unsere Pflicht an, uns soviel Wissen zur Problematik der Technologie und ihrer Folgen zu erarbeiten wie möglich. Allerdings muß auch hier von uns herausgestellt werden, daß dies kein Bürgerdialog ist, oder besser gesagt dieser damit nicht zufrieden gestellt werden kann.“ Und zur geplanten großen Anhörung wird festgestellt: „Die eigentliche Information des BMFT sollte im Gildehaus [in Lüchow, G.H.] laufen und zwar möglichst nach dem Göhrdeseminar, da wir dann hoffentlich qualitativ, bessere Informationen haben. Damit möglichst viel an Informationen dort [in der Göhrde, die Verfasser\*innen] vermittelt werden, empfiehlt es sich, Fragen die jetzt schon feststehen möglichst zu formulieren und an die Veranstalter\*innen zu geben, damit die gleich wissen, wie groß unser Wissensdurst ist. Da sich auf dem Seminar hoffentlich auch viele Kommunalpolitiker zur Einholung von Information einfinden werden ist es auch von Nutzen sich für die Herren schon Fragen vorzubereiten. Motto: Das Seminar ist sehr sinnvoll – ersetzt aber nicht die Aufklärung der Bevölkerung!“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 22.08.1980).

Hier deutet sich an, dass Seminar und Anhörung aus Sicht der Bürgerinitiative unterschiedliche Funktionen hatten. Das Seminar wollte man vor allem zur eigenen Weiterbildung nutzen und sich darauf systematisch vorbereiten. Die örtlichen Anti-Atom-Initiativen, neben der BI wird auch die Bäuerliche Notgemeinschaft erwähnt, gingen dabei arbeitsteilig vor. Der inzwischen verfügbare Sicherheitsbericht wurde vervielfältigt, eine „Lesehilfe“ erstellt, Arbeitsgruppen gegründet und ein Wissenschaftler in die Auswertung miteinbezogen (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 'Protokolle der E.V.-Sitzungen vom 03./17./31.10.1980'). Die „generelle Richtlinie“ in dem Verfahren sollte sein: „fordern, fordern, fordern! Eine Anhörung kann zu diesem Thema erst erfolgen, wenn zu allen offenen Fragen entsprechende Gutachten vorliegen“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 03.10.1980'). Parallel war auch die Informationsstelle mit der Vorbereitung des Zwischenlager-Seminars beschäftigt. In einem Brief bat Kulke die DWK, für die Veranstaltung fachkundige Referenten zu entsenden. Er warnte: „Vermutlich wird die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg auch ihnen nahestehende Fachleute aus Bremen, Hannover usw. heranziehen, die der DWK sicher bekannt sein dürften (...), so daß man sich auch auf diesen Personenkreis einstellen muß“ (Kulke 1980 'Wochenendseminar, Schreiben an die BLG vom 23.09.1980', BASE-Akten, Ordner Nr. 785).

Das zweite Görde-Seminar wurde aus Sicht der BI ein ähnliches „Fiasko“ wie die erste Veranstaltung (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 'Pressemitteilung vom 15.12.80'). Auch andere Quellen stimmen damit überein. Die EJZ berichtete, der referierende Mitarbeiter der DWK habe bei spezifischen Fragen, „die von einem fundierten Wissen der Teilnehmer zeugten“, mehrmals passen müssen und sich „als nicht sachkompetent“ erklärt. Auch Kulke habe sich „mit Befremden“ darüber geäußert, dass sich die DWK nicht an ihre Zusage gehalten habe, „kompetente Fachleute zu entsenden, damit auch ins Detail gehende Fragen beantwortet würden“ (hl 1980 in EJZ vom 04.12.1980). In einem Schreiben an Bundesforschungsminister von Bülow erklärte die BI-Vorsitzende Marianne Fritzen, das Seminar sei „ein ebenso großer Reinfall wie das bereits am 10. Mai 1980“ gewesen. Es habe sich herausgestellt, dass der Sicherheitsbericht für das Zwischenlager Gorleben „erhebliche Mängel“ aufweise. So würden Belege für sicherheitstechnisch wichtige Behauptungen fehlen. In diesem Zusammenhang „wird verwiesen auf interne Reports u.a. der KFA Jülich, der NIS [Nuklear-Ingenieur-Service GmbH] und der GNS, die nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Herausgabe dieser Reports wurde von dem DWK Vertreter [sic] abgelehnt“. Fritzen erinnerte den Minister daran, dass sein Amtsvorgänger Hauff gegenüber der BI schriftlich bemerkt habe, „daß die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung auch von der Veröffentlichung aller Daten abhängt“. Sie hoffe, „daß auch Sie, Herr Minister, diesen Grundsatz im Rahmen von ‚mehr Demokratie wagen‘ gerecht werden“ (Fritzen 1980, Brief an Bundesforschungsminister von Bülow vom 02.12.1980, BASE-Akten, Ordner Nr. 796).

Die Auseinandersetzung um die zurückgehaltenen Gutachten und noch offenen Fragen zum Sicherheitsbericht verweist auf ein prinzipielles Problem, das die Informationsstelle am Standort Gorleben in ihren Handlungsspielraum stark einschränkte. Der BMFT-Beauftragte Kulke stieß immer dann an Grenzen, wenn die Informationsinteressen der betroffenen Bürger\*innen mit den Geheimhaltungsinteressen des Antragstellers – in diesem Fall der BLG als einem Tochterunternehmen der DWK – kollidierten. Diese Abhängigkeit führte vor allem dann zu Konflikten, wenn es um die Herausgabe von sicherheitstechnischen Detailinformationen ging, die der Genehmigung zugrunde lagen – sei es beim Entsorgungszentrum oder beim Zwischenlager. Da zeigte sich auch beim Görde-Seminar. Angesprochen auf Informationslücken im Sicherheitsbericht, die die Konstruktion des Deckelsystems bei den Transportbehältern betrafen, hatte der DWK-Referent laut einer Pressemitteilung der BI geantwortet, daß „wegen des Know-How-Schutzes keine Detailaussagen gemacht werden können“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 'Pressemitteilung vom 13.01.1981'). Für den BBU fügte Jörg Janning an, daß es hier um eine „grundsätzliche Frage des Sicherheitskonzeptes der DWK“ ginge. Wenn die PTB für die Beantwortung nun auf die Anhörung im kommenden Januar verweise und gleichzeitig feststelle, dass „rechtlich bindende Konsequenzen aus der Anhörung für das Genehmigungsverfahren nicht abgeleitet werden können, dann zeigt sich für den betroffenen Bürger eine ausschließlich auf Durchsetzung orientierte Küngelei zwischen Betreiber und Genehmigungsbehörde“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 'Pressemitteilung vom 13.01.1981').

Die beiden Zwischenlager-Seminare waren die letzten mit Mitteln aus dem Bürgerdialog geförderten Veranstaltungen im Bildungszentrum Göhrde. Im Frühjahr 1981 wurde bekannt, dass alle Zuwendungen aus den Bürgerdialog-Mitteln für die Heimvolkshochschule Göhrde wie auch für die von Gorleben-Gegner\*innen gegründete „Schule für lebensnotwendige Alternativen Rodel“ gestrichen worden waren (o.V. 1981 in EJZ vom 15.05.1981). Ab diesem Zeitpunkt konzentrierten sich die unter dem Titel „Bürgerdialog“ veranschlagten Haushaltsmittel offenbar auf die Finanzierung der Informationsstelle des Bundes und deren Aktivitäten in Lüchow-Dannenberg. Wie oben dargelegt, wurden diese Mittel 1983 – kurz vor dem Auslaufen des Bürgerdialogs – für die Einrichtung einer zusätzlichen Informationsstelle in Salzgitter sogar noch einmal aufgeteilt (Kap. 6.3.2).

#### **6.3.5.4 Zwischenlager-Anhörung (Januar 1981)**

Die eigentliche Anhörung zum Thema Zwischenlager fand am 28. und 29. Januar in Lüchow statt. Diese Veranstaltung wurde von der PTB durchgeführt, gehörte also offiziell nicht zum Bürgerdialog. Gleichwohl setzte sich dort die inhaltliche Kontroverse (siehe Abbildungen 16 und 17) fort, die auf den vorangegangenen Bürgerdialog-Seminaren zum Zwischenlager begonnen hatte. Wie erwähnt, sollte das Brennelemente-Lager nach Paragraph 6 des Atomgesetzes (ATG) genehmigt werden, so dass eine formell rechtswirksame Bürgerbeteiligung unmittelbar Betroffener ausgeschlossen war. Die Atomkritiker\*innen hielten dieses Vorgehen für rechtswidrig. Ihrer Meinung nach hätte Paragraph 7 (ATG) angewendet werden müssen, weil das geplante Zwischenlager bei einer Betriebsdauer von bis zu 50 Jahren grundsätzlich als eine atomare Anlage einzuordnen sei (co 1980 in EJZ vom 16.12.1980). Bundesinnenminister Baum hatte der BI Lüchow-Dannenberg und dem BBU dagegen nur eine informelle Anhörung zugesagt, auf der die Einwände der Bürger\*innen mündlich erörtert werden sollten. Wie die Presse berichtete, nahmen rund 350 bis 400 Lüchow-Dannenger\*innen an dieser Veranstaltung teil (joe 1980 in HAZ vom 29.01.1980; U.S./J.St. 1981 in taz vom 29.01.1981). Zuvor hatten 244 betroffene Anwohner\*innen insgesamt 204 Einwände gegen das Zwischenlager eingereicht, zu denen die PTB-Experten bei der Anhörung Stellung beziehen sollten (HAZ 1981, ‚Bürger fragen‘, 28.01.1981).

Abbildung 16: Transparent



© Günter Zint/Gorleben Archiv e.V.

**Abbildung 17: Transparent bei der Zwischenlager-Anhörung in Lüchow am 28. Januar 1981**



© Günter Zint/Gorleben Archiv e.V.

Schon im Vorfeld hatte die BI in einer Pressemitteilung erklärt, dass „diese Veranstaltung – organisiert und abhängig vom Wohlwollen der PTB – mit scheinbar demokratischen Mitteln der Öffentlichkeit eine breite Bürgerbeteiligung vortäuschen [solle ...] Wenn wir als betroffene Bürger dennoch diese Veranstaltung aufsuchen, heißt das nicht, daß wir damit einverstanden sind. Wir nehmen diese Veranstaltung erneut zum Anlaß, unsere Sorge um die Zerstörung der Landschaft, in der wir leben, deutlich zu machen“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 ‚Pressemitteilung vom 13.01.1981‘). Die Anti-Atom-Initiativen bereiteten sich intensiv auf dieses Ereignis vor. So wurden bundesweite Sammelwidersprüche verfasst und unterschiedliche Einzelwidersprüche formuliert, um sie im Landkreis gezielt zu verteilen. „Es sollen so viel wie möglich Einsprüche bei der PTB eintrudeln“, heißt es in einem BI-Vorstandsprotokoll. Aber der 28. Januar betreffe nicht nur die Leute, die Einsprüche eingebracht haben. „Deshalb gehen wir auch mit vielen, mit sehr vielen, zu einem gemeinsamen Termin dort hin! Dabei erinnern wir uns an die Art und Weise, wie wir Anhörungen abhalten!“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 ‚Protokoll der E.V.-Sitzung vom 28.11.1980‘).

Deutlich wird, dass die Bürgerinitiativen diesen Anhörungstermin nicht zur Wissensvermehrung, sondern als öffentlichkeitswirksame Bühne für ihre Kritik an dem Verfahren nutzen wollten. Geplant war kein Dialog, sondern eine Art Protestaktion. Für zusätzlichen Zündstoff sorgte die Tatsache, dass PTB-Abteilungsleiter Werner Heintz die Anhörung leiten sollte (Joe 1980 in HAZ vom 29.01.1980; U.S., J.St. 1981 in taz vom 29.01.1981). Heintz war einer der Protagonisten des sogenannten Intercity-Gesprächs, das ein halbes Jahr vorher in der Anti-Atomkraft-Bewegung für Empörung gesorgt hatte. Dieser Vorfall hatte nicht direkt mit dem Zwischenlager zu tun, sondern betraf das Thema Endlagerung, belastete den Bürgerdialog am Standort Gorleben aber insgesamt und wird deshalb hier kurz erläutert.

Hintergrund war der Beschluss des Bundesinnenministeriums, die Salzstockerkundung nach Bergrecht und nicht nach Atomrecht zu genehmigen. Dieses Vorgehen war juristisch umstritten. Der Entscheidung gingen monatelange Diskussionsprozesse zwischen Bundes- und Landesregierung voraus, mit dem sich 2013 auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) Gorleben in seinem Abschlussbericht befasste. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob das Niederbringen der Erkundungsschächte schon als Errichtung des Endlagers zu bewerten sei und für die Genehmigung daher eines atomrechtlicher Planfeststellungsbeschluss nach Paragraph 9 ATG notwendig sei oder eine übliche bergrechtliche Betriebsplanzulassung ausreichen würde (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 170). Das Problem aus staatlicher Sicht: Eine Genehmigung nach Atomrecht hätte ein zeitaufwendiges Planfeststellungsverfahren zur Folge gehabt, wodurch sich nach Auffassung der damaligen niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) „der Abschluß der Untersuchungsarbeiten und damit auch die mögliche Inbetriebnahme des Endlagers um einen nicht kalkulierbaren Zeitraum verzögern“ und die „gesamte Entsorgungsfrage vor neue Probleme und Fristen stellen“ würde (Breuel 1981 ‚Schreiben an BMI und BMFT, 23.06.1981‘, Ausschnitt zitiert in BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013: 173). Eine Genehmigung nach Bergrecht bedeutete dagegen, dass nur

bergtechnische Maßnahmen genehmigt werden konnten, die keinerlei präjudizierende Wirkung im Hinblick auf die spätere Nutzung als Endlager haben durften.

Am 23. Juni 1980 diskutierten Vertreter der niedersächsischen Genehmigungsbehörden, des BMFT und der PTB – unter ihnen PTB-Abteilungsleiter Heintz – im Speisewagen eines Intercitys die Frage, wie man ohne ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren die Erkundungsschächte im Gorlebener Salzstock dennoch von vorneherein so breit bauen könne, dass sie später auch als Zugang für ein fertiges Endlager dienen könnten. Der Hamburger Geschichtspräsident Helmut Bley wurde am Nachbartisch zufällig Zeuge der Unterhaltung und machte sie öffentlich. Bley schrieb in seinem Gedächtnisprotokoll, am Ende des Gesprächs habe einer der Betreiber das Ergebnis sinngemäß so zusammengefasst: „Der Weg, den wir gehen müssen, ist also klar, wir brauchen ein Gutachten, daß eine Schachtbreite von 7,50 m für eine Erkundungsbohrung als notwendig oder wünschenswert erklärt“. Bley resümierte, dass nach seinem Verständnis „der Beamte aktiv einer Gesetzesumgehung Vorschub geleistet und jegliche Unabhängigkeit gegenüber den Betreibern“ habe vermissen lassen (Bley 1981 ‚Schreiben an die BI Lüchow-Dannenberg‘ in BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013: 169). Heintz erklärte später, dass das Gespräch „für das Erkennen der Problematik sehr nützlich, die Auflösung des Widerspruches zwischen Erkundung und Errichtungsbeginn aber nicht gefunden worden sei. Die Unterhaltung im Speisewagen habe für keinen der Beteiligten präjudizierend gewirkt“. Laut Werner Chory, Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium, seien in dem Gespräch lediglich „Rechtsansichten ausgetauscht“ worden (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 169f.). Die Atomkritiker\*innen sprachen dagegen von einem „Manipulationsversuch“ und weiterem Beleg für die Vermutung, dass in „Gorleben unter dem Deckmantel der Erkundung ein Endlager gebaut werden“ sollte (Wollny 1998: 67ff.).

Bei der PTB-Anhörung eskalierte die Auseinandersetzung, als Diskussionsleiter Heintz erneut bekräftigte, die Sicherheitsgutachten für das Zwischenlager seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt (Heintz 1981: 75). Es kam zu tumultartigen Szenen, parodistischen Theatereinlagen mit Konfetti und mehrfachen Unterbrechungen. Schließlich inszenierten die Atomkraftgegner\*innen geschlossen ihren Auszug aus dem Saal, nachdem Marianne Fritzen erklärt hatte: „Es gibt manchmal Happening und ich hab das Gefühl, es gab hier zwei. Einmal eins mit Konfetti und eins da oben auf dem Podium mit Kragen und Schlips. Die sind für meine Begriffe gefährlicher“ (Heintz 1981: 109). Auf der folgenden Vorstandssitzung der Bürgerinitiative wurde der Ablauf der Anhörung und das eigene Vorgehen allerdings kritisch bewertet. Man hätte die PTB-Veranstaltung „noch mehr dazu nutzen müssen Informationen zu vermitteln. Durch Theatereinlagen an falschen Stellen, Konfetti etc wurde dies zusätzlich erschwert“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 ‚Protokoll der E.V.-Sitzung vom 13.02.1981‘).

### **6.3.6 Veranstaltungen zu den Zwischenergebnissen Salzstock Gorleben (1979-1983)**

Das geplante Endlager am Standort Gorleben war zwischen 1979 und 1983 neben dem Zwischenlager das zweite große Thema, bei dem die Informationsstelle in Lüchow in ihrer Rolle als Organisatorin und Vermittlerin gefordert wurde. Konkret ging es um die Frage, ob der Salzstock Gorleben zur Endlagerung radioaktiver Abfälle „eignungshöflich“, also potentiell überhaupt geeignet war. Die Antwort sollten Tiefbohrungen liefern, die 1979 begannen. Im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie oder auch Energiedialogs wurde zwischen 1981 und 1983 auf drei öffentlichen Veranstaltungen über die Ergebnisse des Erkundungsprogramms berichtet und debattiert. Dabei war die dritte Tagung als eine große öffentliche Anhörung geplant, um die Bohrergebnisse abschließend zu diskutieren und zu bewerten. Erst auf dieser Grundlage würde die Bundesregierung darüber entscheiden, ob im Gorlebener Salzstock Schachtanlagen und ein Bergwerk gebaut werden oder nicht. So hatte es Bundesinnenminister Baum der Bürgerinitiative und dem BBU während der Bohrplatzbesetzung im Mai 1980 zugesagt – auch im Namen des Bundesforschungsministers. Neben den staatlichen Experten sollten auch Wissenschaftler der Kritikerseite gehört werden (siehe Kapitel 6.2.2.2). Die erste Informationsveranstaltung, die ein späteres Hearing nur vorbereiten sollte, fand Mitte Mai 1981 in Lüchow statt. Sie war am Standort Gorleben aber nicht der erste Versuch, im Rahmen des Bürgerdialogs das Thema Endlagerung zu debattieren.

#### **6.3.6.1 Vorgeschichte – gescheitertes „Streitgespräch“ über Endlagerung (1979)**

Schon Ende August 1979 hatte das BMFT im Rahmen des Bürgerdialogs zu einer Informationsveranstaltung über eine mögliche Endlagerung im Gorlebener Salzstock nach Lüchow eingeladen. Es war vorgesehen, in Arbeitsgruppen mit Pro- und Kontra-Wissenschaftlern und der Bevölkerung zu diskutieren. „Bund lädt zum Streitgespräch“, betitelte die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) daraufhin einen Artikel, in dem sie die Veranstaltung ankündigte (o.V. 1979 in HAZ vom 14.08.1979). Als Reaktion auf die HAZ-Veröffentlichung beschwerte sich das Niedersächsische Sozialministerium in einem internen Schreiben an die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten, dass das Land vom Bund nicht über die geplante Veranstaltung informiert worden sei. Ausdrücklich wurde auf die Vereinbarung zwischen Bund und Land verwiesen, nach der beide Seiten verpflichtet seien, „sich gegenseitig über Informationsvorhaben zu unterrichten“ (Die Bundesregierung, Land Niedersachsen 1979 ‚Verwaltungsvereinbarung‘, BArch, B 196/107327:114256). Man wolle einen Mitarbeiter als Beobachter entsenden, sich aber als Genehmigungsbehörde nicht an den Streitgesprächen beteiligen, um „jeglichem Mißtrauen der Bevölkerung über eine unparteiische Amtsausübung der Planfeststellungsbehörde vorzubeugen“ (Niedersächsisches Sozialministerium 1979, ‚Öffentlichkeitsarbeit‘, NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92).

Das BMFT verschickte dann doch eine Einladung an die niedersächsische Landesregierung (Bundesministerium für Forschung und Technologie 1979

„Informationsveranstaltung, Schreiben an die niedersächs. Landesregierung vom 17.08.1979“, NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92). Laut Anlage standen drei Themen auf dem Programm – das Entsorgungskonzept des Bundes, die Planungen der PTB zur Endlagerung radioaktiver Abfälle und der Stand von Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet. Vorgesehen war, nach einer Präsentation des Bundes mit „Kritikern“ in Arbeitsgruppen darüber zu diskutieren. Aber die Veranstaltung kam nicht in der geplanten Form zustande, weil die Expert\*innen der Kritikerseite ihre Teilnahme abgesagt hatten. Im entsprechenden Vorstandsprotokoll der Bürgerinitiative heißt es dazu, dass „der Bund ihren Forderungen nicht nachkommen wollte: 1. Kriterien der Standortentscheidung Gorleben 2. Eignung des Salzstockes Gorleben 3. Veröffentlichung der bisherigen Bohrerergebnisse. Der Bund wollte nur allgemein über die Atommüllbehandlung reden“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1979, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 17.08.1979). Das BMFT-Seminar fand daraufhin ohne die kritischen Expert\*innen statt. Die wiederum organisierten kurzfristig zusammen mit der Bürgerinitiative eine eigene Veranstaltung, um „eine ausgewogene Information der Öffentlichkeit zu erreichen“ (Öko-Institut 1979 'Schreiben an nds. Sozialministerium, 22.08.1979', NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 126/1).

In ihrer 1982 erschienen Broschüre „Argumente gegen die Atomenergienutzung“ setzte sich die Gruppe Ökologie, Nachfolgeorganisation des Öko-Institut Hannover, am Beispiel dieser Veranstaltung kritisch mit dem Bürgerdialog Kernenergie auseinander. Die Wissenschaftlergruppe erläuterte ihre These, dass „technologische, wirtschaftliche und politische Systeme immer komplexer und undurchschaubarer werden und die zu ihrem Verständnis und ihrer Kontrolle erforderlichen Informationen teilweise durch bewußte Verschleierung immer unzugänglicher“ seien. Dies führe zu einer „Aushöhlung demokratischer Mitbestimmung“. Veranstaltungen wie der „Bürgerdialog Kernenergie“ sollten diese Entwicklung verschleiern, seien aber „sehr leicht als Alibifunktion erkennbar“, wobei durchaus einzuräumen sei, dass „einzelne mitwirkende Funktionäre dies nicht durchschauen und mit unbestreitbarer persönlicher Ehrlichkeit am Werk“ seien. Und weiter: „Der Alibicharakter wurde besonders manifest im August 1979, als das Forschungsministerium kritische, unabhängige Wissenschaftler zu einem Dialog über die Endlagerung radioaktiver Abfälle nach Lüchow lud, dabei aber die allerbrennendsten und bisantesten [sic] Fragen – wie die nach der Eignung des Salzstockes Gorleben-Rambow als Endlager radioaktiver Abfälle – ausklammern wollte“ (Gruppe Ökologie 1982: 40ff.).

Die Forderung der atomkritischen Wissenschaftler\*innen nach einer Veröffentlichung der geologischen Eignungskriterien für die Standortentscheidung war ein zentraler Konfliktpunkt in der Auseinandersetzung um ein mögliches Endlager in Gorleben. Denn tatsächlich existierten nur wenige und sehr vage geologische Kriterien, auf deren Grundlage der Salzstock bewertet werden sollte. Diese Kriterien, so fürchteten die Initiativen in Lüchow-Dannenberg, könnten nachträglich an die geologischen Befunde angepasst werden (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 ‚Kriterienkatalog‘, Gorleben Informiert No. 13 vom März 1980). Die Debatte über einen fehlenden wissenschaftlichen Kriterienkatalog zog sich durch den gesamten Gorleben-Konflikt und trägt als Hintergrundinformation auch zum Verständnis der Bürgerdialog-

Veranstaltungen zur Salzstockerkundung bei. Sie war zudem eng verknüpft mit der Frage, wie es überhaupt zu der Entscheidung für den Standort Gorleben gekommen war und inwieweit geologische Aspekte dabei eine Rolle gespielt hatten. Zur Klärung dieses Komplexes wurde viel später sogar ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘).

### **6.3.6.2 Erste Informationsveranstaltung zu den Zwischenergebnissen Salzstock Gorleben (Mai 1981)**

Die erste der drei großen Informationsveranstaltungen zu den Zwischenergebnissen der Salzstockerkundung sollte noch nicht das große „Hearing“ sein, das die Platzbesetzer\*innen von 1004 – wohl in Anlehnung an das Gorleben-Hearing zum NEZ – gefordert hatten. Das wurde während des ersten Vorbereitungsgesprächs am 13. November 1980 in Lüchow klargelegt. „Termin des Gr. Hearings evtl. 1982 – 1983“, heißt es in den handschriftlichen Notizen von Janning, der nicht nur als Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg, sondern auch als neu gewähltes Mitglied des BBU-Vorstandes an dem Treffen teilnahm (Janning 1980 ‚Notizen Vorbereitungsgespräch am 13.11.1980‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning). Dennoch wurde der geplanten Informationsveranstaltung von allen Beteiligten große Bedeutung beigemessen. Auf den Teilnehmerlisten der Vorbereitungstreffen sind sowohl die staatlichen Institutionen (BMFT, BMI, Niedersächsisches Sozialministerium, PTB, BGR, DBE, GRS) wie auch die Kommunalpolitik (Landkreis, Kreistag, Gorleben-Kommission) und die atomkritische Zivilgesellschaft (BBU, BI-Lüchow-Dannenberg, Bäuerliche Notgemeinschaft, Graf von Bernstorff als Vertreter des Eigentümergebietes Gorleben, Öko-Institut Hannover) prominent vertreten. Dazu kamen Vertreter\*innen der evangelischen Landeskirche, der Handwerkerschaft, des Landvolks und der industrienahen Pro-BI (Gemeinsame Informationsstelle 1980/1981 ‚Teilnehmerlisten, Vorbereitungsgespräche am 13.11.1980 und 14.01.1981‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Janning).

Es war also fast das gesamte Spektrum der gesellschaftlichen Gruppen in Lüchow-Dannenberg bei der Planung von Beginn an miteinbezogen. Wohl selten, wenn überhaupt, hat es während des Gorleben-Konflikts eine so breit und heterogen zusammengesetzte Gesprächsrunde gegeben. Dazu kommt: Angefangen von den drei Vorbereitungsgesprächen über den eigentlichen Ablauf bis zur öffentlich kommunizierten Bewertung der Ergebnisse ist diese erste große Bürgerdialog-Veranstaltung zum geplanten Endlager im Mai 1981 besonders gut dokumentiert. Sie bildet deshalb einen Schwerpunkt in diesem Kapitel, auch weil die hier aufgetretenen Konflikte exemplarisch für den Bürgerdialog am Standort Gorleben waren.

Wie bereits ausgeführt, hatte Innenminister Baum am 4. August 1980 in einem Brief an den BBU noch einmal die auch beim BMFT bestehende Bereitschaft bestätigt, eine öffentliche Anhörung über die Ergebnisse der Bohrungen „vor einer Entscheidung über einen eventuellen Schachtanlagenbau“ sowie eine „Anhörung über Zwischenergebnisse bereits zu einem geeigneten früheren Zeitpunkt“ durchzuführen (Baum 1980 ‚Brief an den BBU vom 04.08.1980‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Janning). Allen Seiten

musste also klar sein, dass die Lüchow-Dannenberg Atomkritiker\*innen an einer vom BMFT ausgerichteten und als „Bürgerdialog“ angekündigten Veranstaltung über die Bohrerergebnisse nur teilnehmen würden, wenn dieser Dialog ergebnisoffen sein würde. Im Verlauf der Vorgespräche, die zwischenzeitlich sogar zu scheitern drohten, kamen BBU-Vertreter Janning an diesem Punkt aber offenbar Zweifel. In einem Schreiben an Baum vom 9. April 1981 beklagte er zunächst, dass die Vorbereitungsgespräche zwischendurch sechs Wochen lang verzögert worden seien, wofür Kulke interne Gründe angegeben habe, und dass die Mittel für die atomkritischen Wissenschaftler\*innen drastisch gekürzt worden seien. „Dies (...) ist nicht geeignet, besonderes Vertrauen in die von Ihnen gemachten Zusagen zu gewinnen.“ In Bezug auf die Entscheidung über einen eventuellen Schachtanlagenbau heißt es weiter: „Ich muß Sie bitten, klar und unmißverständlich die Offenheit dieser Entscheidungen zu bestätigen“ (Janning/BBU 1981 ‚Hearing über Zwischenergebnisse, Brief an Baum vom 09.04.1981‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Janning). In seiner Antwort vom 11. Mai 1981 versicherte Baum erneut, „daß vor einer Entscheidung über das Abteufen von Erkundungsschächten nochmals eine öffentliche Anhörung über die Ergebnisse der Erkundungsbohrungen stattfinden wird“ (Baum 1981 ‚Informationsveranstaltung, Brief an Janning/BBU vom 11.05.1981‘, BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Anders als in Baums Brief vom 4. August 1980 ist in diesem Schreiben allerdings nicht mehr von einem „eventuellen“ Schachtanlagenbau die Rede – ein kleiner, aber bedeutsamer Unterschied.

### **Erstes Vorbereitungsgespräch**

Beim ersten Vorbereitungsgespräch am 13. November 1980 gab es den Quellen zufolge keine gravierenden Differenzen. Das BMFT stellte seinen Programmentwurf mit verschiedenen Themenbereichen vor, zu denen während der Veranstaltung jeweils Referenten des Bundes und der Bürgerinitiativen ihre Positionen darlegen sollten. Für die Diskussionsleitung schlug BMFT-Pressereferent Peter Niederelz den ARD-Fernsehjournalisten Dieter Lueg als „eine allseitig anerkannte Persönlichkeit“ vor, wogegen es keine Einwände gab. Die Frage einer möglichen finanziellen Förderung der BI-Referenten durch den Bund sollte im Ministerium noch geprüft werden (Gemeinsame Informationsstelle 1980 ‚Ergebnisvermerk über Vorbereitungsgespräch am 13.11.1980‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Janning). Anfang Dezember teilte der Physiker Helmut Hirsch vom Öko-Institut Hannover dann Kulke schriftlich mit, dass er im Auftrag des BBU und der BI Lüchow-Dannenberg die Veranstaltung für die Bürgerinitiativen vorbereiten werde. Es sei aus Gründen der „Chancengleichheit“ nötig, die Arbeit der – institutionell wie geographisch getrennten – Wissenschaftler\*innen, die von den Bürgerinitiativen benannt werden sollten, zu koordinieren. Hirsch, der diese Aufgabe bereits beim großen Gorleben-Hearing in Hannover wahrgenommen hatte und inzwischen als Beisitzer in den BBU-Vorstand gewählt worden war, veranschlagte dafür ein Pauschalhonorar von 10.000 DM, das aus seiner Sicht das BMFT zu übernehmen hätte. Auch die Teilnahme des Hydrologen Harro Stolpe, der freiberuflich tätig sei, wäre nur möglich, wenn er vom BMFT ein Pauschalhonorar von 10.000 DM erhalten würde.

## Zweites Vorbereitungsgespräch

Das zweite Vorbereitungsgespräch fand am 14. Januar 1981 in Lüchow statt. Über das Treffen existiert ein 17 Seiten langes Protokoll, das offensichtlich auf der Grundlage eines Tonbandmitschnitts erstellt wurde und von der späteren offiziellen „Ergebnisniederschrift“ teilweise abweicht (Gemeinsame Informationsstelle 1981 'Protokoll des 2. Vorbereitungsgesprächs für eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19.01.1981', BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Auch wenn es sich dabei nur um ein Vorgespräch zur Planung der eigentlichen Bürgerdialog-Veranstaltung handelte, lässt sich auf der Grundlage dieses fast wörtlichen Transkripts gut nachvollziehen, wie der Diskussions- und Entscheidungsprozess zwischen dem BMFT und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verlief. Auf dieses – vermutlich nur als interne Vorlage gedachte – Protokoll wird deshalb im Folgenden genauer eingegangen. Zum besseren Verständnis sei angemerkt, dass es bei der Standortfrage nicht nur unterschiedliche Interessen zwischen den staatlichen Vertretern und der Bürgerbewegung, sondern auch eine tiefe Spaltung innerhalb der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen gab. In seiner Begrüßungsrede sagte Kulke, er könne durch seine etwas distanzierte Tätigkeit in der Informationsstelle beobachten, „wie die Bürger in dieser Region die Geschütze aufeinander richten, sich z.T. mit Schmutz und Mißtrauen überhäufen und immer weiter auseinander laufen [sic]“. Nur durch eine „offene, ehrliche Informationspolitik, die ein Pro und Kontra zulässt“, sei es möglich, „mehr Vertrauen bei seinem Gegenüber zu erreichen“ (Kulke 1981 'Begrüßungsrede zum 2. Vorbereitungsgespräch, 14.01.1981', Gorleben Archiv, Bestand Janning).

Die Voraussetzungen für einen konstruktiven Dialog waren also schwierig. Wie das Protokoll belegt, entwickelte sich dennoch eine bemerkenswert offene Diskussion. Zunächst ging es dabei um die Frage, welche Kriterien der vorläufigen Standortentscheidung zugrunde gelegen hätten und ob dieses Thema ins Programm der geplanten Veranstaltung aufgenommen werden sollte. Bundesregierung und Bürgerinitiative hatten dazu konträre Positionen. Kulke stellte schon zu Beginn klar, dass die Minister Baum und Hauff der Bürgerinitiative zwar zugesagt hätten, „eine Diskussion über die Zwischenergebnisse durchzuführen, wobei jedoch nicht über den Standort und ‚Warum Salzstock Gorleben?‘ diskutiert werden soll“ (Gemeinsame Informationsstelle 1981 'Protokoll des 2. Vorbereitungsgesprächs für eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19.01.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Die Bürgerinitiative und ihre Mitstreiter\*innen interessierte aber genau das. Wie aus handschriftlichen Aufzeichnungen von Janning hervorgeht, hatten sie sich am selben Tag bereits in Gartow getroffen, „um das Hearing zu besprechen“. Janning hatte dazu vermerkt: „Welche Kriterien für Gorleben? – Anhörung Ziel: andere Standorte zu untersuchen“ (Janning 1981 'Notizen, Treffen in Gartow um das Hearing zu besprechen, 14.01.1981', Gorleben Archiv, Personenbestand Janning). Beim eigentlichen Vorbereitungsgespräch wollte der BI-Vertreter also wissen, „welche Überlegungen zum Standort Gorleben geführt haben“, und forderte „ein Raster der Entscheidungsfindung, das für alle offengelegt werden soll“. BMFT-Referent Reinhold Ollig antwortete, dazu müsse man die niedersächsische Landesregierung befragen, „die Entscheidung sei in Niedersachsen intern gefallen“ (Gemeinsame Informationsstelle 1981 'Protokoll des 2. Vorbereitungsgesprächs für

eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19.01.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786).

Einmal eröffnet, war die Debatte offensichtlich nicht mehr aufzuhalten. Die Gorleben-Kritiker wie Janning, Bernstorff oder Hirsch fragten hartnäckig nach den geologischen Kriterien der Standortentscheidung. Man könne die Standortfrage nicht dem Land zuschieben und den Bund aus der Verantwortung entlassen. Die Vertreter des Bundes wie Ollig und Prof. Venzlaff von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hielten dagegen, dass sie zum Standort Gorleben keine Stellung beziehen könnten. Schließlich war es der Vertreter der evangelischen Landeskirche, Folker Thamm, der in der Diskussion für die entscheidende Wendung sorgte. Thamm schlug vor, das Programm der Veranstaltung „dahingehend zu ergänzen, daß auch die Kriterien für die Auswahl diskutiert werden. Kenntnisse darüber fehlten in der Öffentlichkeit weitgehend“. Der Lüchower Samtgemeindebürgermeister Eberhard von Plato, CDU-Politiker und Mitglied der Gorleben-Kommission, schloss sich an: Ob der Bund jemanden benennen könne, der zu den Auswahlkriterien etwas sagen könne? „Zur Akzeptanz von Seiten des Bundes – ja, zum Standort müsse das Land Auskunft geben“, antwortete BGR-Vertreter Venzlaff, der schließlich selbst die Fragestellung für den neuen Programmpunkt formulierte: „Aus welchen geologischen Gründen wurde der Salzstock als untersuchungswürdig akzeptiert?“ (Gemeinsame Informationsstelle 1981 'Protokoll des 2. Vorbereitungsgespräches für eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19.01.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Alle Teilnehmer\*innen stimmten dem Vorschlag zu.

Fazit: Gegen die ursprüngliche Intention des Bundes gelang es der Kritikerseite, die Gesprächsrunde zu überzeugen und das Veranstaltungsprogramm um ein aus ihrer Sicht zentrales Thema zu erweitern. Für die BI war das ein kleiner Schritt, um so die Fragwürdigkeit des Auswahlverfahrens vor einer größeren Medien-Öffentlichkeit zu verhandeln. Das protokollierte Gespräch ist dabei in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Es stützt auch die Vermutung, dass sich die kommunalpolitischen Akteure beim Bürgerdialog gegenüber der BI im Nachteil fühlten. Ein Beispiel: Als die Teilnehmer\*innen aufgefordert wurden, für die einzelnen Themenblöcke Referent\*innen vorzuschlagen, gab der CDU-Kreistagabgeordnete Kurt-Dieter Grill zu Protokoll, die Gorleben-Kommission würde keine eigenen Expert\*innen benennen. Man „wolle nicht das nehmen, was von Bund oder BI übrig bleibt [sic]“. Er ließ jedoch anfragen, ob die Kommission wegen der Vorbereitungen für die Veranstaltung eine finanzielle Unterstützung erhalten könne. BMFT-Vertreter Niederelz äußerte Bedenken und betonte in diesem Zusammenhang, „Gesgesprächspartner seien das BMFT und die Bürgerinitiative Umweltschutz“. Daraufhin stellte Grills Kommissions-Kollege von Plato „mit einiger Schärfe“ fest: „Noch sind wir die Vertreter des Kreises.“ Laut Protokoll schwächte Niederelz seine Aussage etwas ab. Er unterstrich aber, bei organisatorischen Fragen sei „die BI das Pendant, die Gorleben-Kommission habe damit nichts zu tun. Das sei eine Informationsveranstaltung für die Bürger“ (Gemeinsame Informationsstelle 1981 'Protokoll des 2. Vorbereitungsgespräches für eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19.01.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Mit „Bürger“ war hier

offensichtlich die atomkritische Zivilgesellschaft gemeint, die von der Bürgerinitiative und nicht den kommunalen Gremien vertreten werde.

Das Bundesforschungsministerium sah also bei den Bürgerdialog-Veranstaltungen am Standort Gorleben die Bürgerinitiative und – teilweise in Personalunion – den BBU als seine vorrangigen Gesprächspartner an. Das galt zumindest für die Informationsveranstaltungen zum Salzstock Gorleben, die Baum und Hauff ja den Platzbesetzer\*innen zugesagt hatten. Ein ähnliches Muster lässt sich aber auch für die Zwischenlager-Seminare belegen, wenngleich die Entstehungsgeschichte dort eine andere war. Auf diesen Aspekt wird später noch genauer eingegangen.

Die Frage, wie die Finanzierung der von der BI und dem BBU benannten Wissenschaftler sichergestellt werden könnte, entwickelte sich dennoch zu einem Dauerkonflikt zwischen Staat und Bürgerbewegung. Immerhin teilte Niederelz bei diesem zweiten Vorbereitungsgespräch mit, er habe aus dem Etat des Bürgerdialog Kernenergie als Obergrenze 20.000 DM veranschlagt. Man denke daran, sie zu gleichen Teilen zwischen der Pro-Seite, also der Informationsstelle, und der Kontra-Seite aufzuteilen. Der Honorarvorschlag, den Hirsch der Informationsstelle schon Monate vorher übermittelt hatte, blieb weiterhin unbeantwortet. Dagegen schien die Frage der Diskussionsleitung geklärt. Kulke berichtete, der Fernsehjournalist Ernst-Dieter Lueg sei zur Übernahme der Diskussionsleitung bereit. „Lueg bringt Glanz in die Veranstaltung und die Medienvielfalt ist größer“, bemerkte Niederelz. Zur weiteren Vorbereitung der Detailfragen wurde einvernehmlich ein Ausschuss benannt, dem neben Vertretern des BMFT, der BGR und der PTB auch Janning für die BI, Grill für die Gorleben-Kommission und ein Vertreter der Kirche angehören sollten (Gemeinsame Informationsstelle 1981 'Protokoll des 2. Vorbereitungsgesprächs für eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19.01.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Das nächste Treffen war für den 20. Februar 1981 in Hannover geplant, wurde aber später abgesagt.

### **Pro- und Kontra-Konzept auf der Kippe**

Zwischen Februar und Ende März 1981 stockten die Vorbereitungsgespräche. Wie Janning in seinem Brief vom 9. April 1981 an Baum erwähnte, hatte Kulke gegenüber der Bürgerinitiative dafür „interne Gründe innerhalb der Ministerien“ angegeben (Janning 1981 'Brief an Baum vom 09.04.1981', Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning). Aufschlussreicher sind einige Briefe des Bundesbeauftragten an das BMFT, die sich in den Akten der Informationsstelle finden. Daraus geht hervor, dass es bei Teilen im Ministerium einen Meinungsumschwung gegeben hatte. „Wie ich vernommen habe, wird im BMFT die Frage erörtert, ob es dienlich erscheint, Wissenschaftler, die der Standorterkundung des Bundes in Gorleben kritisch bis ablehnend gegenüberstehen als Referenten bei der geplanten o.a. Mai-Veranstaltung mit einzubinden und ihr Tätigwerden auch bis zu einem gewissen Umfange finanziell zu honorieren“, schreibt Kulke am 19. Februar 1981 und erinnert daran, dass dies vom BMI und BMFT bereits zugesagt worden sei. Er rate „dringend davon ab, in dem jetzt so weit fortgeschrittenen Stadium eine Konzeptänderung“ herbeizuführen. Sollte das BMFT aber daran festhalten und nur noch Referenten des Bundes zulassen, „so muß ich Sie aufgrund meiner Ortskenntnisse darauf hinweisen – hierzu bin ich verpflichtet –, daß diese Veranstaltung

zum Scheitern verurteilt sein muß“. In dem Fall halte er es eher für sinnvoll, die Veranstaltung ganz abzusagen, „um nicht mit einem großen Potential von Fachwissenschaftlern die Kulisse für ein BI-Spektakulum den Medien zu bieten“ (Kulke 1981, ‚Informationsveranstaltung über Zwischenergebnisse‘, Brief an das BMFT vom 19.02.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786).

Kulke schrieb auch, dass eine Änderung des jetzigen Konzepts „zu einer erheblichen Vertrauenskrise für unsere Informationsarbeit in Lüchow-Dannenberg führen“ würde. Als Beispiel nannte er die „nicht sehr erfolgreich verlaufene“ Veranstaltung des BMFT Anfang September 1979 (siehe Kapitel 6.3.6.1), als sich die BI-Referenten noch vor dem Termin zurückgezogen hatten, weil ihnen keine Einsicht in die Bohrerergebnisse ermöglicht worden war. Am zweiten Tag hätten ca. zwanzig Referenten des Bundes nur noch etwa zehn Zuhörer\*innen gegenübergesessen, „was wenig nutzbringend war“. Dagegen habe man die Erfahrung gemacht, „daß bei einer Einbeziehung der örtlichen BI von einem ruhigen Veranstaltungsablauf ausgegangen werden kann“. Kulke kam außerdem auf den „unerfreulichen“ Verlauf der von der PTB veranstalteten Zwischenlager-Anhörung zu sprechen (siehe Kapitel 6.3.5.4), die aber aus seiner Sicht mit der geplanten BMFT-Veranstaltung im Mai nicht zu vergleichen wäre (Kulke 1981, ‚Informationsveranstaltung über Zwischenergebnisse‘, Brief an das BMFT vom 19.02.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Tatsächlich hatten wohl die Vorfälle bei der Zwischenlager-Anhörung Ende Januar 1981 innerhalb des BMFT zu einer Debatte über die Frage geführt, ob man für die im Mai 1981 geplante Bürgerdialog-Veranstaltung zur Salzstockerkundung das Pro- und Kontra-Konzept überhaupt noch beibehalten sollte. „Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Diskussion über die Konzeption der Veranstaltung hier im Hause noch nicht ganz abgeschlossen ist und eventuell auf die Beteiligung der Kritiker durch eigene Vorträge verzichtet wird“, schreibt BMFT-Sprecher Uhl am 18. Februar 1981 an das Bundeskanzleramt. Hintergrund seien die „Ereignisse bei der Anhörung zum Zwischenlager“ (Uhl 1981 ‚Brief an Bundeskanzleramt vom 18.02.1981, BArch, B 136/33273). Dazu passt auch, dass Niederelz schon Anfang Februar die BI-Vorsitzende Marianne Fritzen brieflich aufgefordert hatte, die Verantwortung für einen „reibungslosen Ablauf“ der Mai-Veranstaltung zu übernehmen (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1978 ‚Protokoll des E.V. vom 13.02.1981‘).

Nachdem eine Antwort vom BMFT an Kulke offenbar ausblieb, hakte der Gorleben-Bbeauftragte am 6. März in einem zweiten Schreiben nach. Er sei in „großer Sorge“ und wolle „noch einmal auf die Konsequenzen, die sich aus solch einer Entscheidung für den Bürgerdialog auf Bundes- und Ortsebene ergeben, hinweisen. Die Glaubwürdigkeit des Bürgerdialogs und die des BMFT werde durch die mögliche Ausladung der BI-Referenten in weiten Bereichen ernsthaft gefährdet. Das Vertrauen, das von der Informationsstelle mühsam entwickelt worden sei, werde „zumindest in den Bevölkerungskreisen, die uns zwar kritisch gegenüberstehen, jedoch noch gesprächsbereit waren, zerstört“. Aber auch „in der unbeteiligten Öffentlichkeit“ werde man kaum Verständnis dafür haben, eine einmal eingegangene Zusage ohne zwingenden Grund zu brechen (Kulke 1981, ‚Informationsveranstaltung über Zwischenergebnisse, Brief an das BMFT vom 06.03.1981‘, BASE-Akten, Ordner Nr. 786).

Was Kulke zu diesem Zeitpunkt noch nicht wusste: Offenbar stand im BMFT zwischenzeitlich die gesamte Öffentlichkeitsarbeit am Standort Gorleben zur Debatte. Seit dem 24. Februar 1981 lag dort anscheinend eine Leitungsvorlage zur „Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der nuklearen Entsorgung“ vor, die sich in einem Abschnitt auch direkt auf die Arbeit der Informationsstelle in Lüchow-Dannenberg bezog. In einem Schreiben an seine vorgesetzte Behörde vom 24. März 1981 äußerte sich Kulke mit „Verwunderung und Kritik“ darüber, dass diese Passage nicht mit ihm als dem Leiter dieser Informationsstelle abgestimmt worden sei. Er habe erst am 20. März, also vier Wochen später, zufällig von der Vorlage erfahren (Kulke 1981, Stellungnahme zum Energiedialog, Brief an das BMFT vom 24.03.1981', BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Kulke widersprach auch entschieden der in dem Papier offensichtlich vertretenen Auffassung, eine „mobile Informationsstelle“ könnte evtl. das Informationsbedürfnis in den Entsorgungsbrennpunkten besser abdecken als eine „stationäre“ Informationsstelle wie in Lüchow. Er schrieb: „Jegliche solide Informationsarbeit mit kritischen Bevölkerungsgruppen kann nur auf einer vorher geschaffenen Vertrauensbasis aufbauen. Diese Vertrauensgrundlage habe ich m.E. nach knapp 2-jähriger Tätigkeit zu Befürwortern und Gegnern des Gorleben-Projektes hergestellt.“ Eine „fliegende Kolonne“ könne dies nicht erreichen. Es sei außerdem zweifelhaft, ob dann die „ruhige und noch geschäftssoffene Situation – trotz kontroverser Meinungen – bestehen bleiben würde“ (Kulke 1981, Stellungnahme zum Energiedialog, Brief an das BMFT vom 24.03.1981', BASE-Akten, Ordner Nr. 786).

Was bei der Entscheidungsfindung innerhalb des Bundesforschungsministeriums letztlich den Ausschlag gab, lässt sich anhand der vorliegenden Quellen nicht beantworten. Jedenfalls setzte das Bundesforschungsministerium diese Pläne nicht um. Die Informationsstelle in Lüchow blieb erhalten, und auch die Vorbereitungsgespräche für die Veranstaltung im Mai 1981 wurden wieder aufgenommen.

### **Drittes Vorbereitungsgespräch**

Das dritte Vorbereitungstreffen in kleinerer Runde fand mit sechswöchiger Verspätung am 1. April 1981 in Hannover statt. Laut Protokoll sprach sich eine Mehrheit der Teilnehmer „äußerst negativ“ über die Terminverschiebung aus. Kulke begründete das mit einer „Konzeptüberdenkung“ etwa bei der Frage der Finanzierung. Das BMFT bot nun an, für bis zu zehn von der BI benannten Referenten jeweils ein Honorar von 500 DM zu bezahlen (Kulke 1981, Ergebnisniederschrift über das 3. Vorbereitungsgespräch am 09.04.1981', BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Die Kosten für eine Koordination der Ko-Referenten wollte man aber nicht übernehmen. Der ursprünglich zugesagte Betrag war damit etwa halbiert. Für Unmut sorgte außerdem die Mitteilung, dass der zuvor als Diskussionsleiter gemeinsam beschlossene ARD-Journalist Lueg, auf Wunsch des BMFT und ohne Rücksprache, durch den Publizisten und Kernkraftbefürworter Heinz Haber ersetzt werden sollte. Wie sehr sich die Stimmung inzwischen verschlechtert hatte, lässt sich auch den kritischen Reaktionen auf die von der Informationsstelle verschickte „Ergebnisniederschrift“ entnehmen. So schrieb der Lüchow-Dannengerger Pastor Wolfgang Ritter, mehrere Punkte seien „lückenhaft oder euphemistisch dargestellt“ (Ritter 1981 'Brief an Kulke vom 21.04.1981', Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg

Janning). Auch der Geologe Detlef Appel, der anstelle von Hirsch an dem Treffen teilgenommen hatte, merkte an, das Protokoll würde sich „in einigen Punkten nicht vollständig mit meinen Erinnerungen und Aufzeichnungen“ decken (Appel 1981, ‚Ergebnisniederschrift, Brief an Kulke vom 20.04.1981‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning). Janning wandte sich direkt an das BMFT und teilte Niederelz mit, er werde das Protokoll nicht gegenzeichnen, sondern Kulke um eine Neufassung bitten (Janning 1981 ‚Veranstaltung Zwischenergebnisse‘, Brief an Niederelz/ vom 19.04.1981‘, Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning).

In den verschiedenen Schreiben wurde vor allem moniert, der Ärger über das eigenmächtige Vorgehen des BMFT in der Moderatorenfrage und die Kürzung der Mittel für die Ko-Referenten würde sich im Protokoll nicht ausreichend wiederfinden. Janning monierte außerdem die Darstellung, er hätte erklärt, dass die Bürgerinitiative „bemüht sein wird, das in ihrer Macht stehende zu veranlassen, zu einem ruhigen Ablauf der Veranstaltung beizutragen“. Er schrieb an Niederelz, die BI besitze gar nicht die „Macht“, um für einen ruhigen Ablauf der Veranstaltung zu sorgen. Richtig müsse es in dem Protokoll heißen: „Die Bürgerinitiative, die Bäuerliche Notgemeinschaft, der BBU gehen davon aus, daß alles Beteiligten in Wort und Tat sich so verhalten, daß ein ruhiger und vollständiger Ablauf möglich ist“. Diese Formulierung war vermutlich im Hinblick auf die eigene Basis sorgfältig gewählt, da die Beteiligung der Bürgerinitiative am Bürgerdialog in der Anti-Atomkraft-Bewegung ohnehin umstritten war. Im Protokoll einer BI-Vorstandssitzung vom 24. April 1981 ist zum Thema „Endlageranhörung“ vermerkt: „BI tritt nicht als Mitveranstalter auf, außerdem werden von uns die Kritikpunkte an der Veranstaltung eingangs vorgebracht“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 ‚Protokoll der E.V.-Sitzung vom 24.04.1981‘).

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 11. Mai 1981 begründeten die BI und der BBU noch einmal ihre Zuarbeit zu der jetzt angesetzten Informationsveranstaltung. Die sei deshalb so wichtig, weil sie ein großes internationales Hearing vorbereiten werde, dessen Ergebnis „in die Entscheidung über ein Ja oder Nein einer Schachanlage im Gorlebener Salzstock einfließen“ solle. Zugleich kritisierten sie scharf die „hoheitlich-rigide Verhandlungsweise“ des BMFT, die deutlich zeige, „wie sehr sich an verantwortlicher Stelle die Politik des Durchsetzens gegenüber der des offenen kritischen Dialoges mit dem Bürger verfestigt hat“ (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz/ Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 ‚Pressemitteilung vom 11. Mai 1981, Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning).

## **Veranstaltung**

Entgegen den Befürchtungen des Bundesforschungsministeriums verlief die Informationsveranstaltung am 15. und 16. Mai 1981 in Lüchow ohne Zwischenfälle. Die EJZ berichtete, im Saal des Gildehauses hätten sich über 200 Teilnehmende eingefunden (co 1981 in EJZ vom 16.05.1981). Alois Ziegler vom BMFT, der die Veranstaltung am ersten Tag alleine leitete, erklärte einleitend, die Veranstaltung sei „auch ein gewisser Testfall. Es soll sich nämlich zeigen, ob ein Dialog möglich ist in einer fast wissenschaftlichen Form, so wie diese Tagung aufgezo- gen ist, oder ob wir andere Formen der Kommunikation, der Mitteilung von Ergebnissen, wählen müssen in kleineren Gruppen

oder in noch anderer Weise“ (BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 4). Auch Janning, der als Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg mit auf dem Podium saß, bekräftigte, die Veranstaltung sei „ein Prüfstein für die Stichhaltigkeit eines Entsorgungskonzeptes, aber auch ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der dafür politisch Verantwortlichen“ (BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 9). Er äußerte außerdem die Erwartung, „daß unter Einbeziehung der Untersuchungsergebnisse auch von anderen Standorten und vor Eintritt in Genehmigungsschritte und Planfeststellung ein umfassendes Hearing als politische Veranstaltung in der Art Rede – Gegenrede zur Technik der Wiederaufarbeitung auch hier zum Konzept der Endlagerung durchgeführt wird“ (BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 8).

Die EJZ urteilte, man habe mit „großer Sachlichkeit“ diskutiert, gleichzeitig sei deutlich geworden, „dass bei der Gorleben-Frage die Kluft zwischen den beiden Lagern der Wissenschaftler größer geworden zu sein“ scheine (co 1981 in EJZ vom 16.05.1981). Immer wieder sei erwähnt worden, „daß nicht die Wissenschaft, sondern die Politik Gorleben als Standort benannt hätte“, schrieb die Lokalzeitung. BMFT-Referent Rolf-Peter Randl bestätigte das indirekt. Er sagte: „Aus wissenschaftlicher Sicht“ sei er überzeugt, „dass es sinnvoller gewesen wäre, wenn wir das vom Bund damals vorgeschlagene Konzept weiter verfolgt hätten, an mehreren Standorten zu untersuchen und den besten Standort dann auszusuchen“. Die niedersächsische Landesregierung hätte sich diesem Vorschlag aber nicht angeschlossen (BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 61).

Auch Werner Jaritz von der BGR räumte ein, die vom Bund vorgesehenen Untersuchungen der Salzstöcke Wahn, Lichtenhorst und Weesen-Lutterloh seien „auf Grund politischer Widerstände“ gestoppt worden. Gorleben habe aber allen geologischen Bedingungen genügt und sei nur wegen seiner Lage unmittelbar an der Grenze zur DDR nicht in die engere Wahl gezogen worden, (Jaritz 1981 ‚Vorkenntnisse‘ in: BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 17). Skeptisch äußerten sich dagegen die Wissenschaftler der Kritikerseite. Die Untersuchungsergebnisse hätten die Bedenken nicht beseitigt, sondern noch verstärkt, erklärte der Geologe und Ko-Referent Detlef Appel. Die bisherigen Befunde deuteten auf einen „komplizierten Innenbau“ des Salzstocks und „komplizierte hydrologische Verhältnisse im Kontaktbereich Salzstock/Deckgebirge“ hin. Appel forderte, es sei höchste Zeit, in eine Diskussion über Eignungskriterien einzutreten, anhand derer die Befunde bewertet werden könnten. „Gäbe es sie (wie z.B. in den Niederlanden) – Gorleben befände sich längst nicht mehr unter den ‚eignungshöffigen‘ Standorten“ (Appel 1981 ‚Kenntnisse vor der Auswahl‘ in: BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 24).

Am Schluss der zweitägigen Diskussionsveranstaltung erklärte Moderator Heinz Haber, die Bürgerinitiative habe nach seiner Meinung ihre Probleme ordentlich und sinnvoll dargestellt und „trotz der Heftigkeit des Anliegens eine bewundernswerte Disziplin an den Tag gelegt“ und (BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 535). Auch BMFT-Vertreter Ziegler lobte das große Interesse und die hohe Sachkenntnis des Publikums und resümierte: „Der Testfall ist gelungen. (...) Wir haben gesehen, daß es möglich ist, eine öffentliche Diskussion, die es ja war, mit einem wissenschaftlichen Charakter durchaus durchzuführen, in allem Ernst, den wissenschaftliche Diskussionen verlangen.“ Sorgen bereiteten ihm dagegen einige der Untersuchungsergebnisse, die in Lüchow bekannt geworden waren. Zur Frage der Eignung des Salzstockes sagte Ziegler, das Wissen über den Standort Gorleben habe durch die Tagung zugenommen, und einiges habe ihn

„nachdenklich gestimmt“ (BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 560f.). Konkret bezog sich Ziegler dabei auf zwei Erkenntnisse, die von dem Kieler Geologen Klaus Duphorn vorgetragen worden waren. Der von der PTB offiziell mit der Begutachtung der Bohrerergebnisse beauftragte Duphorn hatte auf eine in der Eiszeit von Gletschern ausgeschliffene und wasserführende Rinne hingewiesen, die sich auf einer sieben Quadratkilometer großen Grundfläche quer über den Salzstock zog und über 40 Meter in das Salzstockgebirge hineinreichte (Duphorn 1981 ‚Erste quartärgeologische Ergebnisse‘, BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 218). Die Folge war, dass erstens über dem Salzstock eine durchgehende Tonschicht fehlte und zweitens auf dem Salzstock unmittelbar großflächig Wasser auflag. Zudem bestanden hydraulische Verbindungen zwischen der sogenannten Gorlebener Rinne und höheren Grundwasser-Stockwerken, so dass „Salzwasser vom Salzstock Gorleben in breiter Front bis auf 70 Meter unter Gelände aufgestiegen“ sei (Duphorn 1981 ‚Erste quartärgeologische Ergebnisse‘, BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 218). Dazu Ziegler in seinem Abschluss-Statement: „Dies nehme ich als nachdenkliche Stimmung mit. Ich kann aufgrund der Verantwortung, die ich habe, und der Anstöße, die ich an andere Ressorts, die letztlich solche Entscheidungen tragen müssen, geben kann, dies aufgreifen und weiter ins Rollen bringen“ (BMFT 1981 ‚Entsorgung‘: 561).

Nach Ansicht der BI Lüchow-Dannenberg war durch diese neuen Erkenntnisse „einer der Hauptbedingungen – kein direkter Kontakt von Wasser mit dem Salzstock –“ in Gorleben nicht erfüllt (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 ‚Grundwasserkontakt nicht ausgeschlossen‘, Pressemitteilung vom 16.05.1981, Gorleben Archiv, Personenbestand Janning). Der Befund war besonders brisant, weil sich das Land Niedersachsen weigerte, mehrere Salzstöcke auf ihre Eignung zu untersuchen. Wie die EJZ berichtete, wies darauf auch das BMFT noch während der Veranstaltung in einer öffentlichen Erklärung hin, in der es hieß: „Sollte sich – was zu keinem Zeitpunkt ausschließbar war – herausstellen, daß der Salzstock von Gorleben nicht geeignet wäre, so würden erhebliche Zeitverluste eintreten, weil man dann mit der Erkundung eines anderen Salzstockes wieder von vorne anfangen müßte“ (o.V. 1981 in EJZ vom 18.05.1981).

Die Existenz der sogenannten Gorlebener Rinne wie auch andere ungünstige Bohrerergebnisse, die auf der Bürgerdialog-Veranstaltung in Lüchow vorgetragen wurden, kamen selbst für das Bundesforschungsministerium überraschend. In einem internen Vermerk vom 20. Mai 1981 stellte BMFT-Mitarbeiter Ziegler fest: „Auch die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt als die für das Projekt verantwortliche Behörde hat erst rund eine Woche vor der Veranstaltung von diesen Ergebnissen gehört.“ Sein Fazit: „Die bisherige Formel ‚Es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstockes bei Gorleben Zweifel aufkommen lassen‘ kann nicht mehr beibehalten werden.“ Stattdessen könnte eine neue Formel lauten, dass einige Ergebnisse Fragen aufwerfen, „die einer sorgfältigen Prüfung im Hinblick auf die Eignung des Salzstockes bei Gorleben für die Einlagerung radioaktiver Abfälle bedürfen“ (Ziegler 1981 ‚Vermerk vom 20.05.1981‘, BArch, B 136/33275). Kurz darauf erklärten das BMI und BMFT in einer gemeinsamen Pressemitteilung dagegen, dass „aufgrund der vorliegenden Berichte bisher keine Tatsachen bekannt sind, die begründete Zweifel an der bisherigen Einschätzung des Salzstockes rechtfertigen“. Es sei zu erwarten, „daß seine Eignung durch die

fortschreitende Erkundung nachgewiesen werden kann“ (Bundesministerium für Forschung und Technologie 1981 'Keine begründeten Zweifel': 64).

Bemerkenswert ist, dass zwischen diesen beiden, sich inhaltlich deutlich widersprechenden Äußerungen nur zwei Wochen lagen. Obwohl das BMFT die Veranstaltung ja selbst als „Testfall“ für einen ernsthaften wissenschaftlichen Dialog bezeichnet hatte, verweist der Vorgang auf den fragwürdigen Umgang der verantwortlichen staatlichen Akteure mit Nicht-Wissen und offenen Fragen. Statt die begründeten Zweifel an der Eignung des Salzstocks in einem weiterführenden und für die Öffentlichkeit nachvollziehbaren wissenschaftlichen Diskurs zu überprüfen, wurden sie schlicht negiert – vermutlich aus Gründen der politischen Opportunität.

Die Einschätzungen über diese erste größere Bürgerdialog-Veranstaltung zu den Zwischenergebnissen der Salzstockerkundung gingen anschließend weit auseinander. Das BMFT erklärte, die Veranstaltung habe „vertrauensbildend“ gewirkt, daher wolle man im nächsten Jahr „in ähnlicher Weise zusammenkommen, um über die Bewertung der Erkundungsergebnisse“ zu sprechen (co/ür/tt 1981 in EJZ vom 18.05.1981). Der „Arbeiterkampf“ – die Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB), die zu diesem Zeitpunkt in der linken Szene in Norddeutschland durchaus Gewicht hatte – urteilte dagegen: „Ein wissenschaftliches Pro-und-Contra-Gespräch ohne vorherige sofortige Einstellung der Salzstockerkundung kann nur die Funktion haben, dem laufenden Projekt in laufenden Abständen das Siegel ‚geprüft‘ zu verpassen, um dem Widerstand gegen die Tiefbohrungen den letzten Wind aus den Segeln zu nehmen.“ Die offizielle Beurteilung durch das BMFT bewiese, „daß die ‚Baum’schen Strategen‘ den Erfolg derartiger Projekte ausschließlich danach messen, inwieweit ihr Konzept ‚Bürgerdialog Kernenergie‘ greift und ob sich (...) die Atomgegner Lüchow-Dannenberg beschwichtigen lassen“ (Arbeiterkampf vom 25.05.1981). In „Gorleben Informiert“, dem unregelmäßig erscheinenden Mitteilungsblatt der BI Lüchow-Dannenberg, befasste sich der Physiker und Atomkritiker Roland Kollert im Februar 1982 noch einmal ausführlich mit den aus seiner Sicht „vernichtenden Erkenntnissen über den Salzstock“, die im Mai 1981 bekannt geworden waren. Er schrieb in diesem Zusammenhang von einer „bemerkenswerten Informationsveranstaltung“, die „durch zähes Beharren der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg“ erreicht worden sei, stellte aber auch fest: „Eine einigermaßen akzeptable Lösung des Atommüllproblems erscheint weiter denn je entfernt“ (Kollert 1982 'Pech bei der Auswahl': 6).

### **6.3.6.3 Zweite Informationsveranstaltung zum Projekt Sicherheitsstudien Endlagerung (Oktober 1982)**

Wie von BMFT-Referatsleiter Ziegler im Mai 1981 angekündigt, war für das folgende Jahr im Rahmen des Bürgerdialogs noch eine weitere Pro- und Kontra-Veranstaltung geplant, die zur Vorbereitung der abschließenden, von Baum zugesagten Anhörung über die Erkundungsergebnisse dienen sollte. Diese Veranstaltung fand am 23. Oktober 1982 in Hitzacker statt (Bundesminister für Forschung und Technologie 1983 'Zwischenergebnisse') – zu einem Zeitpunkt, als die Affäre um den Kieler Geologen Prof. Klaus Duphorn in der Bürgerbewegung intensiv diskutiert wurde. Duphorn hatte im

Auftrag der PTB ein Gutachten über die Geologie des Gorlebener Salzstocks erstellt, dessen Vorab-Fassung im Juni 1982 auf inoffizielllem Wege an die Öffentlichkeit gelangt war. Darin kam der Wissenschaftler zu der Empfehlung, den Salzstock Gorleben nicht weiter zu untersuchen und andere Lagerstätten zu erkunden. Als einer der Hauptgründe wurde das mangelnde Deckgebirge angeführt. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorab-Ergebnisse teilte die Bundesregierung in einer Presseerklärung mit, Duphorn sei „ein anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Quartärgeologie“, aber die von ihm aufgestellten Thesen würden „weit über das Fach der Quartärgeologie“ hinausgehen (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013, BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013: 111ff.). Seitdem wurden die PTB und das BMFT immer wieder aufgefordert, das vollständige Gutachten zu veröffentlichen. Bis zum Oktober 1982 war das aber noch nicht geschehen.

Der Fall Duphorn beförderte das Misstrauen der Bürgerinitiativen in die staatlichen Institutionen, was sich auch auf der Endlager-Veranstaltung bemerkbar machte. Immer wieder kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Kritikerseite und dem BMFT. Jörg Janning erklärte für die Bürgerinitiative: Immer dann, wenn aus den eigenen Reihen fundamentale Kritik komme, „wenn es wirklich an das Eingemachte geht“, würde das BMFT „mit anderen Bandagen“ argumentieren. Das habe der Umgang mit dem Duphorn-Papier gezeigt. Diese Form eines scheinbaren Dialogs, würden die Bürger sehr wohl erkennen (Janning 1983: 257). Auch der Geologe und Ko-Referent Detlef Appel kritisierte laut EJZ, „daß er für seine Arbeit nicht das unter Verschluss liegende quartärgeologische Gutachten von Professor Duphorn habe einsehen können; dieser Umstand werfe ein Licht auf die Qualität des Bürgerdialogs“ (Appel zitiert in EJZ vom 25.10.1982).

Mehrere Redner beklagten außerdem erneut die fehlenden materiellen Voraussetzungen für die unabhängigen Wissenschaftler. Für den eigentlich als Ko-Referent vorgesehenen Hydrogeologen Harro Stolpe wurde in Abwesenheit eine Erklärung verlesen, in der es hieß: „Wenn die zu führende kritische Auseinandersetzung um den Salzstock Gorleben im Punkte Hydrogeologie nicht Alibiveranstaltung sein soll, muß den Korreferenten [sic] eine gleichberechtigte Möglichkeit der Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Untersuchungsmaterial eingeräumt und die hierfür erforderliche materielle Grundlage geschaffen werden“ (Stolpe 1983: 127). Diskussionsleiter Alois Ziegler vom BMFT hielt den Kritiker\*innen entgegen, im Grundgesetz sei das Recht auf freie Meinungsbildung und -Äußerung verankert. An keiner Stelle finde sich jedoch „ein Hinweis darauf, daß die zur freien Meinungsbildung notwendigen finanziellen Aufwendungen von der Allgemeinheit getragen werden müssen“ (Ziegler 1983 'Antwort': 300).

Inhaltlich ging es bei dieser zweiten Informationsveranstaltung nicht – wie im Mai 1981 – um die geologischen Erkundungsergebnisse. Diskutiert wurde ein Zwischenbericht über das „Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung“ (PSE), der von Wissenschaftlern der Technischen Universität (TU) Berlin im Auftrag des BMFT erstellt worden war. Ziel dieser Studie war es, mögliche Sicherheitsrisiken für den Menschen modellhaft zu berechnen und zu bewerten. Das BMFT hatte deshalb angekündigt, dieses Mal werde „der Mensch“ mit seinem „Sicherheits- und Schutzbedürfnis“ im Mittelpunkt stehen (co 1982 in EJZ vom 19.10.1982). Bei der Veranstaltung stellte Ziegler fest, trotz aller Sorgfalt und

menschlichem Bemühen könnte es eine „absolute Sicherheit“ nicht geben. Die hier vorgestellten Untersuchungen beschäftigten sich deshalb „mit den Voraussetzungen für bestimmte Störfälle, der Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts und der resultierenden Freisetzung von radioaktiven Schadstoffen“ (Ziegler 1983 'Begrüßung': 3). Wie Klaus Kühn von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) dann erläuterte, spielte dabei die Kombination der verschiedenen „unabhängigen Barrieren“ wie etwa die Verpackung, die Endlagerformation, das Deckgebirge oder Nebengestein die entscheidende sicherheitstechnische Rolle. Im Fall der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Salzformationen käme „der Barriere Endlagerformation – gleich Salzstock“ die Hauptbedeutung zu (Kühn 1983: 7). Studienleiter Gerhard Memmert führte anschließend aus, dass man bei den Berechnungen „von einem vollständigen ‚Absaufen‘ des Endlagerbergwerkes und von ungünstigsten Verhältnissen im Deckgebirge ausgegangen sei“. Selbst für den schlimmsten Fall habe man für die über das Grundwasser an die Erdoberfläche gelangte Radioaktivität Werte ermittelt, die „zum überwiegenden Teil weit unter der natürlichen Strahlenbelastung“ der Menschen liegen würden (Memmert, zitiert nach EJZ vom 25.10.1982). Die Wissenschaftler stellten zusammenfassend fest, dass die natürlichen Barrieren des Endlagers wie Salz und Deckgebirge „entweder bereits jetzt oder nach Berücksichtigung von bisher vernachlässigten Effekten einen ausreichend wirksamen Schutz für die Bevölkerung darstellen“ (Bundesminister für Forschung und Technologie 1983 'Zwischenbilanz': 74).

Angesichts der bekannten Mängel des Deckgebirges stieß dieses Ergebnis bei Ko-Referenten und Publikum auf heftige Kritik. Der Geologe Friedrich Mauthe bezweifelte, dass die beschriebenen positiven Salzeigenschaften tatsächlich auf Gorleben zutreffen würden, und äußerte laut EJZ die Befürchtung, dass „aufgrund dieser pauschalen Eignungsaussage die einzelnen negativen Befunde im Salzstock Gorleben nicht die Beachtung und Bewertung erfahren, die sie verdienen“ (Mauthe, zitiert nach EJZ vom 25.10.1982). Detlef Appel wies daraufhin, dass die Verhältnisse im Salzstock mit zunehmender Datenmenge immer komplizierter würden, von einer „belastbaren Sicherheitsprognose“ sei man noch weit entfernt (Appel, zitiert nach EJZ vom 25.10.1982). Und der Physiker Roland Kollert kritisierte, die Studie würde Gerichten und Entscheidungsträgern suggerieren, dass man „ohne weiteres ein Absaufen des Salzstocks Gorleben in Kauf nehmen könnte“, weil die Folgen ja unterhalb der Strahlen-Grenzwerte liegen. Tatsächlich hätten diese Rechnungen aber Modellcharakter und seien wie bei jeder komplizierten Risikoanalyse „vor allem subjektiven Annahmen der Bearbeiter unterworfen“ (Kollert 1983: 252). Die Atomkraftgegnerin Undine von Blottnitz befürchtete, dass man sich auf diese Weise „alles zurechtrechnen könnte“ (von Blottnitz 1983: 232). Und die BI-Vorsitzende Marianne Fritzen hielt den BMFT-Wissenschaftlern vor, sie seien von der geologischen Ebene auf eine Ingenieurebene abgerückt. Wenn schon das Deckgebirge nicht in Ordnung sei und Kontakt zum Grundwasser bestehe, würden sie nach Wegen suchen, wie man „diesen Dreck trotzdem unten reinpacken“ könne. „Ich habe das Gefühl, daß der Mensch hier nicht mehr im Mittelpunkt steht, sondern daß der Mensch mittlerweile ein Spielball von technokratischen Machenschaften geworden ist“ (Fritzen 1983: 237).

Und der Bürgerdialog? Dazu gehöre nicht nur die Dialogbereitschaft der Wissenschaftler\*innen, erklärte der Atom-Experte Hirsch, sondern auch der politische Wille, dass dieser stattfinden könne – nicht nur auf einer „Spielwiese“, auf der nicht einmal „Chancengleichheit“ herrsche und die Entscheidungen gar nicht beeinflusst werden könnten (Hirsch 1983: 200). Diskussionsleiter Ziegler widersprach. Was Hirsch schildere, sei eher „ein Kampf wissenschaftlicher Schulen“ als ein Bürgerdialog. Auch Zieglers Resümee fiel weniger optimistisch aus als bei der vorangegangenen Tagung: „Der Wert einer Veranstaltung wie der heutigen liegt einerseits darin, daß Informationen sachlich dargeboten werden. Den Versuch haben wir gemacht. Ob er angekommen ist, ich habe nach der Diskussion der letzten dreiviertel Stunde Zweifel“ (Ziegler 1983 'Diskussionsbeitrag': 261).

#### **6.3.6.4 Dritte Informationsveranstaltung zum Salzstock Gorleben (Mai 1983)**

Ab dem Frühsommer 1982 begannen die Vorbereitungen für die große Endlager-Anhörung, die Innenminister Baum zwei Jahre zuvor der BI Lüchow-Dannenberg, dem BBU und der Bäuerlichen Notgemeinschaft zugesagt hatte. Die PSE-Veranstaltung im Oktober 1982 war als letzte Etappe vor diesem Ereignis gedacht. „Alle sollten sich bewusst sein, daß diese geplante Veranstaltung (und auch die bereits gelaufene) das von der Freien Republik Wendland auf 1004 geforderte Große Hearing zum Endlager nicht ersetzen kann. Dieses Hearing muß weiterhin gefordert werden!“ heißt es dazu in einem Protokoll des BI-Vorstands im März 1982 (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1982 ‚Protokoll des E.V. vom 26.03.1982‘). Der Eintrag unterstreicht, welche Bedeutung dem Hearing von den Lüchow-Dannengerger Atomkraftgegner\*innen beigemessen wurde.

##### **Brief von Bernstorff an Bülow**

Schon im April 1982 verfasste Graf von Bernstorff dazu einen Brief an Forschungsminister von Bülow, der dokumentiert, welche Erwartungen gerade bei den bürgerlichen Teilen der Protestbewegung mit dem Bürgerdialog verbunden waren (von Bernstorff 1982 'Brief an von Bülow vom 19.04.1982 BArch, B 295/1505: 40219ff. Akte kassiert). Ex-CDU-Mitglied Bernstorff, der aus der Partei ausgetreten war, weil ihm wegen seiner Ablehnung der Atompläne ein Ausschlussverfahren drohte (von Bernstorff 2019: 98f.), schrieb: „Um die Ergebnisse der Salzstockuntersuchungen der Öffentlichkeit in einer der Tragweite der Entsorgungsfrage entsprechenden Form vorzustellen, ist es unseres Erachtens erforderlich, ein Hearing in der Qualität des 1979 in Hannover stattgefundenen Gorleben-Hearings durchzuführen.“ Gemessen an der Bedeutung des NEZ für die Atomindustrie sei es nicht selbstverständlich, dass Gorleben „zum Symbol gewaltlosen Widerstands“ geworden sei. Bernstorff führte das darauf zurück, dass das Entsorgungsprojekt „in Form eines Bürgerdialogs zur Diskussion gestellt wurde“. Das Gorleben-Hearing sei als Höhepunkt dieser Diskussion anzusehen, „bei dem jeder die Sicherheit haben konnte, daß seine Standpunkte, egal, mit welchem Lager er sich verbunden wußte, in Form der Rede und Gegenrede in qualifizierten Fachgesprächen wenigstens einmal zur Diskussion gestellt wurden“.

Bernstorff äußerte auch die Vermutung, dass die Ablehnung des NEZ als Folge des Gorleben-Hearings dazu beigetragen habe, „daß ein großer Teil der Kernenergiebefürworter mit dem Bürger-Dialog das Ziel der Durchsetzung der Kernenergie gefährdet ansah“. Hinweise dafür, dass man vom „fairen Prinzip einer Bürgerbeteiligung und -Information“ abrücken möchte, sei „die ständige Beteuerung von Betreiber und Politikern, daß es keinerlei Anzeichen für eine Nichteignung des Salzstocks gibt, obwohl sogar von der PTB beauftragte Gutachter Mängel des Salzstocks aufgedeckt“ hätten. Sollte bei der Bevölkerung der Eindruck entstehen, dass breite Öffentlichkeitsarbeit nicht mehr stattfindet und kritischer Sachverstand nicht ausreichend in die Entscheidungsprozesse einbezogen werde, würde dies „aus meiner Sicht die negativsten Auswirkungen für den inneren Frieden haben“. Da aber die in Deutschland vorhandenen Experten „bereits weitgehend durch Aufträge für die Erkundung des Salzstocks in Gorleben gebunden“ seien, müssten Experten aus dem Ausland hinzugezogen werden. Bernstorff fügte an: „Daß ein solches Hearing nur dann einen Sinn haben kann, wenn die Entscheidung über eine Fortsetzung bzw. eine Beendigung des Erkundungsprogramms noch offen ist, (...) dürfte selbstverständlich sein“ (von Bernstorff 1982 'Brief an von Bülow vom 19.04.1982, BArch, B 295/1505: 40219ff. Akte kassiert). Bülow erklärte in seiner Antwort an Bernstorff Ende Mai, er sei grundsätzlich „gerne bereit, organisatorische oder personelle Anregungen entgegenzunehmen“. Allerdings sei er der Auffassung, dass „auch in diesem Fall allein die Sachkunde und nicht die ablehnende oder befürwortende Haltung die Auswahl der Wissenschaftler bestimmen darf“ (von Bülow 1982 'Brief an von Bernstorff vom 26.05.1982, BArch, B 295/1505: 40217ff. Akte kassiert).

### **Vorbereitungen von BMI und BMFT**

Mitte Mai 1982 schrieb Janning als BBU-Vertreter an Bundesinnenminister Baum und wies darauf hin, dass nach dem inzwischen vorliegendem Rahmenbetriebsplan der PTB für die untertägige Erkundung des Salzstocks der Schachtanlagenbau schon für die zweite Hälfte 1983 geplant sei. Damit keine „Fakten geschaffen sind, die die Fragestellung eines Hearings beeinflussen können“, sei Eile geboten. Er führte ebenfalls das Gorleben-Hearing an, das „unseren Erwartungen zugrunde“ liege (Janning 1982 'Brief an Baum vom 13.05.1982', BArch, B 295/1505: 40213-40214. Akte kassiert).

Auch im Innenministerium wurde man nun aktiv. Laut einem internen Vermerk vom 9. Juni 1982 plante man, die Veranstaltung gemeinsam mit dem BMFT durchzuführen. Als Vorteile wurden dafür genannt: Voller Einsatz der Informationsstelle vor Ort, eine Kostenbeteiligung im Rahmen des „Bürgerdialog Kernenergie“ sowie das Know-how aus der Informationsveranstaltung am 15./16. Mai in Lüchow über den Stand der Salzstockerkundung. Nach diesem Modell solle auch die Anhörung abgewickelt werden – eine ein- bis zweitägige Veranstaltung mit Referaten der Befürworter\*innen, Gegenreferaten der Kritiker\*innen und Aussprache zu den vor dem Schachtabteufen relevanten Themen. Weiter heißt es in dem Vermerk: „Dem Vernehmen nach stellt sich der BBU eine einwöchige Veranstaltung mit internationalen Experten vor wie bei der Veranstaltung ‚REDE-GEGENREDE‘ der Niedersächsischen Landesregierung (...) BBU sollte von BMI/BMFT frühzeitig und nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß eine

solche in großem Stil geführte Gesamtdiskussion der Kernenergie- und Entsorgungsthematik nicht in Frage kommt.“ Nur eine Anhörung zu den Bohrerergebnissen sei zugesagt. Als Termin wurde ein Zeitfenster im März/April 1983 ins Auge gefasst, weil nur dann gewährleistet sei, dass die Ergebnisse der Schachtvorbohrungen vorliegen, aber noch keine „massiven Vorbereitungen für das Schachtabteufen“ getroffen und „damit Sachzwänge geschaffen sind“. Wichtig sei es auch, dass das „Gesetz des Handelns“ jederzeit auf der Bundesseite bleibe. Eine intensive Abstimmung einschließlich der am Vorhaben beteiligten Forschungsinstitutionen sei notwendig, denn anders als bei der Veranstaltung im Mai 1981 müsse „ausgeschlossen werden, daß Bundesressorts und Öffentlichkeit überraschend mit vermeintlich negativen Ergebnissen konfrontiert werden“ (BMI Vermerk vom 09.06.1982, BArch, B 295/1505: 40198ff. Akte kassiert). Gemeint waren die damals bekanntgewordenen Mängel des Deckgebirges (siehe Kapitel 6.3.6.2).

Bei einem Treffen am 16. Juni 1982, bei dem Vertreter des BMI, BMFT und Bundeskanzleramts anwesend waren, wurden die Vorschläge des Innenministeriums weitgehend übernommen. Die technische Seite der Darstellung der Bohrerergebnisse werde vom BMFT erläutert, die juristischen Fragen vom BMI beantwortet. Hinsichtlich der „Hinzuziehung ausländische Kritiker“ solle der BBU mitteilen, an wen er denke. Seitens des Bundes seien keine ausländischen Wissenschaftler\*innen vorgesehen. Im Protokoll heißt es dann, BMFT-Vertreter Ollig habe den Zeitplan für das Schachtabteufen dargestellt. In dem Zusammenhang wird er mit einem brisanten Satz zitiert. Ollig habe ausgeführt: „Die Entscheidung des Bundes für das Abteufen der Erkundungsschächte muß vor dem Zeitpunkt der Anhörung erfolgen.“ Die Ausschreibungen für die Arbeiten seien ab Oktober 1982 vorgesehen, während man die Aufträge dafür erst nach der Anhörung vergeben würde. Die Anhörung müsse so rechtzeitig geschehen, dass keine Verzögerungen im Zeitplan für das Schachtabteufen auftreten würden (Siebertz/BMI ‚Vermerk vom 24.06.1982 über Besprechung am 16. Juni 1982‘, BArch, B 295/1505:40232ff. Akte kassiert).

Der Ergebnisvermerk über dieses Arbeitstreffen im Juni 1982 belegt, dass die Einschätzungen von Staat und Bürgerinitiativen über die Bedeutung der geplanten Bürgerdialog-Veranstaltung weit auseinanderklafften. Fast ein Jahr vor dem eigentlichen Termin wurde vom BMFT in interner Runde bereits offen kommuniziert, dass die Veranstaltung keinerlei Relevanz für die Entscheidung habe, ob im Gorlebener Salzstock die Schachtanlagen und ein Erkundungsbergwerk gebaut werden sollten oder nicht. Zweifel daran, dass diese Entscheidung positiv ausfallen würde, hatte offensichtlich niemand in der Runde. Laut Protokoll gab es zu Olligs Ausführungen auch von den Vertretern des BMI keinen Widerspruch. Das ist insofern bemerkenswert, als Bundeinnenminister Baum der BI und dem BBU nicht nur 1980, sondern auch noch einmal im Mai 1981 schriftlich bestätigt hatte, „daß vor einer Entscheidung über das Abteufen von Erkundungsschächten nochmals eine öffentliche Anhörung über die Ergebnisse der Erkundungsbohrungen stattfinden wird“ (Der Bundesminister des Innern 1981 ‚Schreiben vom 11. Mai 1981 an Jörg Janning und BBU‘, BASE-Akten, Ordner 786); siehe Kapitel 6.3.6.2). Gleichzeitig weisen die in diesem Kapitel erwähnten Briefe von Bernstorff und dem BBU sowie die Äußerungen in den Vorstandsprotokollen der BI

auf die hohen Erwartungen hin, die zumindest Teile der atomkritischen Öffentlichkeit in Lüchow-Dannenberg – trotz aller Zweifel – mit der zugesagten Diskussionsveranstaltung verbanden.

### **Informationsveranstaltung vor dem Schachtabteufen – Ausstieg der BI**

Anfang November 1982 wurde Dragahn als möglicher neuer Standort für eine WAA benannt (siehe Kapitel 6.2.2.2). Diese als „Wortbruch“ bewertete Entscheidung der Landesregierung verstärkte auch die Skepsis gegenüber dem Bürgerdialog und der geplanten Anhörung über die Erkundungsergebnisse. „Es wird andiskutiert, ob eine Teilnahme an der PSE-Veranstaltung (zum Endlager) überhaupt noch sinnvoll ist“, heißt es im November 1982 in einem Vorstandsprotokoll der Bürgerinitiative (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1982 'Protokoll der E.V.-Vorstandssitzung vom 19.11.1982'). Dennoch nahmen zwei BI-Vertreterinnen an einem von der Informationsstelle organisiertem Vorbereitungstreffen für jene Veranstaltung teil, die im Mai 1983 stattfinden sollte. Dabei wurde bekannt, dass mit den bauvorbereitenden Maßnahmen für das Erkundungsbergwerk bereits ab Februar 1983 begonnen werden sollte. Die Aufträge für Erdarbeiten sowie die Verlegung von Strom- und Telefonkabeln hatte das BMFT bereits vergeben. Daraufhin lehnte die Bürgerinitiative eine weitere Mitwirkung an der Bürgerdialog-Veranstaltung ab. In einer Pressemitteilung erklärte sie, diese Arbeiten stünden „in krassem Gegensatz zu den Zusagen“ des BMI und BMFT. Von der sogenannten „Denkpause“, von der wiederholt gesprochen worden sei, bleibe nichts übrig als der zügige Ausbau der Endlagerschächte und die Errichtung des Endlagers. Die BI sei nicht bereit, „sich zum Helfershelfer und zum Spielball von Politikern, Behörden und Betreibern machen zu lassen“ (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1981 ‚Pressemitteilung vom 14.12.1982‘). Faktisch war damit die Teilnahme der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg am Bürgerdialog beendet.

Die von Baum und Hauff ursprünglich als „Anhörung über die Erkundungsergebnisse“ zugesagte fand am 27. und 28. Mai 1983 in Hitzacker statt. Nach dem Ausstieg der BI wurde sie aber vom Veranstalter nur noch als „Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen“ angekündigt. Anders als bei den vorherigen Bürgerdialog-Veranstaltungen zur Endlager-Problematik traten die Wissenschaftler der Kritikerseite nicht als Ko-Referenten auf, saßen aber teilweise im Publikum. So entwickelte sich dennoch eine kontroverse Debatte. Die PTB-Experten zogen aus den vorliegenden Bohrerergebnissen und Modellrechnungen den Schluss, die bisherigen Erkenntnisse hätten eine „Eignungshöflichkeit“ des Salzstockes bestätigt, so dass mit dem Abteufen der Schächte und untertägige Erkundungen begonnen werden könne. BGR-Experte Venzlaff gab zu, dass das „komplizierte Deckgebirge“ als natürliche Barriere nicht in der Lage sei, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“. Er kam jedoch zu dem Schluss, weitere Erkundungen seien notwendig, um die Barrierewirkung des Salzgebirges endgültig zu bewerten (Venzlaff zitiert in EJZ vom 30.05.1983).

Die atomskeptischen Wissenschaftler wiesen dagegen auf das „desolate“ Deckgebirge hin und forderten, andere Salzstöcke zu untersuchen (tt 1983 in EJZ vom 31.05.1983). Der Salzstock in Gorleben habe auf mehreren Quadratkilometern Kontakt zu Grundwasser. Ein zentrales Kriterium, das vor Beginn der Bohrungen als Bedingung für eine Eignung

als Endlager genannt worden war, sei damit nicht erfüllt. Unterstützung bekamen die Kritiker\*innen von dem Göttinger Geologen und PTB-Gutachter Günter Herrmann, der ebenfalls bedauerte, dass die Wissenschaftler nicht die Möglichkeit hätten, „andere Salzstöcke zu erkunden und miteinander zu vergleichen“. Die EJZ zitierte Herrmann mit den Worten, die Auswahl müsste „unter rein geowissenschaftlichen Aspekten erfolgen und nicht – wie im Falle Gorleben – aufgrund politischer Entscheidungen“ (Herrmann zitiert in EJZ vom 31.05.1983). Die Bürgerinitiative erklärte zwischenzeitlich vor der Presse, die Veranstaltung sei unausgewogen, von einer Anhörung könne keine Rede sein. Sie habe lediglich „der Mitteilung der Beschlußlage hinsichtlich des Abteufens der Schachtanlagen“ gedient (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1983 in EJZ vom 30.05.1983). Am 13. Juli 1983 stimmte das Bundeskabinett der zügigen Aufnahme einer untertägigen Erkundung im Salzstock Gorleben zu. Die Erkundung anderer Salzstöcke sei derzeit nicht erforderlich, hieß es in dem Beschluss (Der 1. Untersuchungsausschuss 2013 ‚BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013‘: 124). Der Bürgerdialog Kernenergie war damit am Standort Gorleben beendet.

## **6.4 Bewertungen des Bürgerdialogs – Wechselwirkungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft**

### **6.4.1 Bewertung durch die staatlichen Akteure**

Während des Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben zwischen 1977 und 1983 gab es einen regen personellen Wechsel an der Spitze des Bundesforschungsministeriums und entsprechend auch keine einheitliche Haltung zum Bürgerdialog Kernenergie. Hans Matthöfer (SPD), der das Konzept dieser Maßnahme mitentwickelt hatte, war nach der Standortbenennung von Gorleben nur noch ein Jahr lang im Amt und nahm hinsichtlich des geplanten Entsorgungszentrums kaum Einfluss auf die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort. Sein Nachfolger und Parteikollege Volker Hauff, der das Ministerium knapp zwei Jahre leitete, hatte dagegen im Hinblick auf die Umsetzung des Bürgerdialogs in Lüchow-Dannenberg eine prägende Rolle. Schon kurz nach seiner Amtsübernahme im Mai 1978 stellte er sich dort bei einer von der SPD organisierten Podiumsdiskussion der Öffentlichkeit. Als er Anfang 1980 den Landkreis zum zweiten Mal besuchte, bestand er – zum Missfallen seiner Parteigenoss\*innen – auf einer öffentlichen Bürgerversammlung, die von der BI organisiert und als direkter Dialog beworben wurde (siehe Kapitel 6.3.3.1).

Allerdings blieb das BMFT auch unter Hauffs Führung zunächst bei seiner Haltung, keine eigene vom Land unabhängige Informationsarbeit am Standort Gorleben zu betreiben. Ebenso beharrte die Landesregierung auf ihrem Standpunkt, sich als Träger des Genehmigungsverfahrens aus Neutralitätsgründen bei der Öffentlichkeitsarbeit zurückzuhalten. Dass in den ersten zwei Jahren nach der Standortbenennung von Gorleben sowohl der Bund wie auch das Land die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für das NEZ fast vollständig der von Industrieinteressen geleiteten DWK überließen, hat

das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Entsorgungsplänen verstärkt und die Bedingungen für einen ernsthaften und offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft sicherlich erschwert (siehe Kapitel 6.2.1.4). Es wirft auch die Frage auf, ob es bei den verantwortlichen staatlichen Akteuren in dieser Phase überhaupt den politischen Willen für einen solchen Dialog gab. Erst auf Drängen der Kommunalvertreter wurde er schließlich aktiv. So kam es Anfang 1979 zu einer Vereinbarung von Bundes- und Landesregierung, in der gemeinsame Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit beschlossen wurden. Von besonderer Bedeutung war dabei die Einrichtung einer örtlichen Informationsstelle für nukleare Entsorgung, die den Bürgerdialog in der Standortregion umsetzen sollte.

Ab diesem Zeitpunkt vertrat Hauff das Bürgerdialog-Konzept mit großer Überzeugung. In seiner Erklärung anlässlich der Eröffnung der Informationsstelle in Lüchow hob er noch einmal die aus seiner Sicht wesentlichen Prinzipien des Dialogs hervor – eine breite Beteiligung aller Bürger\*innen, die Einbeziehung aller sachlichen und kritischen Argumente, Respekt auch gegenüber den Meinungen der Gegenseite (siehe Kapitel 6.3.2). Sorgfältig umschiffte er allerdings die Frage, ob diese Meinungen nicht nur respektiert werden, sondern auch in die realen politischen Entscheidungen miteinfließen sollten. Ebenso wie sein Vorgänger unterließ es Hauff, die Ziele und politischen Prämissen des Bürgerdialogs klar zu kommunizieren. Die dadurch bedingten Widersprüche und gegensätzlichen Erwartungen, wurden nicht konsequent offengelegt, was den Dialogprozess am Standort Gorleben während seiner gesamten Dauer belastete.

Hauffs wichtigste Entscheidung bei der Umsetzung des Bürgerdialogs war, den in Lüchow-Dannenberg gut vernetzten, aber fachfremden DGB-Umweltexperten Wilhelm Kulke gegen den Widerstand von Albrecht als Leiter der Informationsstelle des Bundes durchzusetzen. Hauff lag damit richtig. Während sich der vom Land bestellte Geologe Becker-Platen, der zusammen mit Kulke die Informationsstelle leitete, bei der Öffentlichkeitsarbeit vor Ort weitgehend auf die fachliche Erläuterung geologischer Fragen beschränkte, nahm Kulke die Rolle des Vermittlers zwischen Staat und besonders der atomkritischen Zivilgesellschaft aktiv wahr und setzte sich mit großem Engagement für die Ziele des Bürgerdialogs ein. Auch bei der Frage, mit welchen Mitteln diese Ziele am besten zu erreichen seien, vertraten beide unterschiedliche Positionen. Becker-Platen plädierte für „Gespräche in geschlossenen Gruppen“ wie Vereinen, Verbänden oder Parteien. Anders als Kulke lehnte er die Durchführung von „jedermann zugänglichen Veranstaltungen“ ab, weil er fürchtete, dass die Gegner versuchen würden, die Diskussion einseitig zu dominieren oder sogar zu sprengen. Kulke setzte sich dagegen – entsprechend den Prinzipien des Bürgerdialogs – für öffentliche Veranstaltungen mit einer breiten Beteiligung ein, auf denen die Argumente der Pro-Experten ebenso diskutiert werden sollten wie die der Gegenseite (siehe Kapitel 6.3.2).

So gelang es dem Bundesbeauftragten auch, die Anti-Atom-Initiativen zumindest teilweise in die Vorbereitung der Zwischenlager-Seminare sowie die Endlager-Veranstaltungen miteinzubeziehen. Und als im Vorfeld der ersten Endlager-Veranstaltung vom Mai 1981 das Pro- und Kontra-Konzept auf der Kippe stand, setzte sich Kulke vehement und erfolgreich für eine Fortführung des Bürgerdialogs mit seinen

grundlegenden Prinzipien ein. Er warnte davor, die von der BI bereits benannten Referenten wieder auszuladen. In diesem Fall stünde die Glaubwürdigkeit des gesamten Bürgerdialogs auch auf Bundesebene auf dem Spiel (siehe Kapitel 6.3.6.2). Mit hoher Wahrscheinlichkeit hat Kulke so ein vorzeitiges Ende des Bürgerdialogs am Standort Gorleben verhindert. Später resümierte das BMFT, es sei für die Informationsarbeit „vorteilhaft“, wenn die dafür zuständigen Personen aus der Region kommen würden (siehe Kapitel 6.3.2). Trotz einiger Teilerfolge verfehlte der Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg aber sein wichtigstes Ziel. Auch durch die Aktivitäten der Informationsstelle gelang es nicht, die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Kernenergie und das Entsorgungskonzept zu erhöhen. Stattdessen erhielten die örtlichen Anti-Atom-Initiativen im Landkreis immer mehr Rückhalt aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen und politischen Milieus. Der Journalist und Autor Kai Hermann, der seit Anfang der 1970er-Jahre in Lüchow-Dannenberg lebt, erinnerte sich später in einem Interview: „Dieser politische Wandel war wirklich unglaublich (...) Rückblickend habe ich den Eindruck, als wäre es ein Prozess von nur wenigen Monaten gewesen, dass in diesem mehrheitlich wirklich erzkonservativen, obrigkeitshörigem Landkreis die Stimmung plötzlich zugunsten der Atomgegner umschlug. Wo sich auch die politischen Mehrheitsverhältnisse plötzlich änderten, wo aus CDU-Anhängern plötzlich Grüne wurden“ (Hermann 2019 ‚Dieser politische Wandel‘; Gorleben Archiv 2019).

Dieser Wandel schlug sich schon bei der Kommunalwahl im September 1981 nieder, bei der in Lüchow-Dannenberg erstmals die von Atomkritiker\*innen gegründete Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) kandidierte und auf Anhieb einen Stimmenanteil von 18 Prozent erreichte. In der Samtgemeinde Gartow, zu der auch Gorleben gehört, waren es sogar 25 Prozent, während die Pro-Atom-Parteien CDU und SPD deutliche Stimmenverluste von jeweils um die zehn Prozent verzeichneten. Aber auch innerhalb der etablierten Parteien begann die Front der Befürworter zu bröckeln. So hatte sich eine Minderheit der SPD-Kandidaten inzwischen gegen die geplanten Entsorgungsanlagen positioniert, wie Kulke in einem Schreiben an die Bundesregierung berichtete. Und Andreas Graf von Bernstorff – ehemaliger CDU-Ratscherr, Atomgegner und nun Spitzenkandidat der UWG – habe im neuen Samtgemeinderat Gartow die meisten Stimmen überhaupt erhalten. Die Verhältnisse hätten sich „erheblich verschoben“ (Kulke 1981 ‚Schreiben an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Forschung und Technologie vom 28. September 1981‘, BASE-Akten, Ordner 794). Die Kommunalwahl von 1981 markierte in Lüchow-Dannenberg allerdings nur den Beginn einer schrittweisen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse, bis Anfang der neunziger Jahre die Mehrheit der Befürworter\*innen schließlich kippte. Seitdem sind im Kreistag die Gorleben-Gegner\*innen in der Überzahl.

Dass die Informationsstelle selbst – uSchreibnd damit indirekt auch die Arbeit von Kulke – Anfang 1981 plötzlich zur Debatte stand, hatte möglicherweise auch mit dem Wechsel an der Spitze des BMFT tun. Denn im November 1980 hatte der SPD-Politiker Andreas von Bülow das Amt des Bundesforschungsministers übernommen. Auch Bülow rückte offiziell nicht vom Bürgerdialog ab, verhielt sich in der Kommunikation mit den Atomkritiker\*innen aber deutlich distanzierter als sein Vorgänger Hauff. Das zeigte sich

etwa bei seinem ersten Besuch in Lüchow-Dannenberg im Februar 1982 (siehe Kapitel 6.3.3.3). Auch Bülows Antwortschreiben im Mai 1982 an Bernstorff, der ihm in einem Brief ausführlich seine Vorstellungen für das geplante große Endlager-Hearing dargelegt hatte, glich eher einer politischen Pflichtübung, in der der Forschungsminister sein Desinteresse nur oberflächlich kaschierte (siehe Kapitel 6.3.6.4). Dieses Bild stimmt mit der Einschätzung von Hauff überein, der im Zeitzeugen-Interview Bülow als einen „tüchtigen Technokraten“ bezeichnete. Zitat: „Er hatte vermutlich mit so partizipatorischen Ansätzen wenig am Hut.“ (Zeitzeugen-Interview Hauff).

Vieles spricht auch dafür, dass sich Bülow zu diesem Zeitpunkt längst im Klaren darüber war, dass die große Anhörung, die Innenminister Baum den Bürgerinitiativen zwei Jahre vorher zugesagt hatte, keine Relevanz mehr für die zur Debatte stehende Entscheidung über den Bau eines Erkundungsbergwerks hatte. Das wurde bei einem interministeriellen Treffen zwischen dem BMI, BMFT und Vertretern des Bundeskanzleramts am 16. Juni 1982 deutlich kommuniziert (siehe Kapitel 6.3.6.4). Dass die Entscheidung für die untertägige Erkundung des Gorlebener Salzstocks spätestens zu diesem Zeitpunkt endgültig gefallen war, haben aber weder Bülow, noch Baum in der Öffentlichkeit transparent gemacht. Inwieweit Kulke über diese Hintergründe eingeweiht war, muss offenbleiben. Zumindest war er über die internen Vorgänge im BMFT nicht immer im Detail informiert.

Festzuhalten ist, dass der Anspruch, im Rahmen des Bürgerdialogs die Zivilgesellschaft möglichst transparent und umfassend über die Kernenergie und das Entsorgungskonzept aufzuklären, immer dann an Grenzen stieß, wenn die Informationsinteressen der betroffenen Bürger\*innen mit den Interessen der Antragsteller oder verantwortlichen Politiker kollidierten. Das wurde etwa dann offenbar, wenn es – wie im Fall des NEZ oder des Zwischenlagers – um die Herausgabe sicherheitstechnischer Detailinformationen ging (siehe Kapitel 6.2.1.4; Kapitel 6.3.5.2; Kapitel 6.3.5.3). Ein solcher Interessenkonflikt lag auch der Auseinandersetzung um die Veröffentlichung und Bewertung der Erkundungsergebnisse zugrunde. Beispielhaft steht dafür der Konflikt um das Duphorn-Gutachten, das auf Druck der Bundesregierung nur mit Verzögerung und in abgeschwächter Form veröffentlicht wurde (siehe Kapitel 6.3.6.3). Gerade die Zurückhaltung wichtiger Gutachten bestätigten und verstärkten das Misstrauen in der atomkritischen Öffentlichkeit gegenüber der staatlichen Informationspolitik. Und je näher in Gorleben die Entscheidung rückte, desto deutlicher offenbarten sich auch die im Konzept des Bürgerdialog Kernenergie angelegten Widersprüche – die gegensätzlichen Ziele und Erwartungen, die Staat und Zivilgesellschaft damit verbanden. Als diese Widersprüche – trotz aller Bemühungen der Informationsstelle – nicht mehr zu verbergen waren, weil die Entscheidung für eine untertägige Erkundung in Gorleben längst gefallen war und am Standort vorzeitig Fakten geschaffen werden sollten, kündigte die Bürgerinitiative ihre Mitarbeit auf. Damit war der Bürgerdialog Kernenergie in Lüchow-Dannenberg praktisch beendet, auch wenn er offiziell noch einige Monate weiterlief. Aus welchen Gründen genau er dann im Oktober 1983 vom BMFT zumindest intern für beendet erklärt wurde, ist nicht dokumentiert (siehe Kapitel 6.3.2).

## 6.4.2 Bewertung durch die Kommunalvertreter

Von Seiten der Lüchow-Dannenberg Kommunalpolitiker sind weder in den Protokollen der Gorleben-Kommission, noch Presseveröffentlichungen direkte Aussagen oder Bewertungen zum Bürgerdialog Kernenergie dokumentiert. Indirekt finden sich aber vereinzelt Hinweise darauf, wie der Bürgerdialog von den Kommunalvertretern wahrgenommen wurde. Bezug genommen wird hier vor allem auf Äußerungen von Mitgliedern der Gorleben-Kommission und des Lüchow-Dannenberg Oberkreisdirektors Klaus Poggendorf, der sein Amt zwischen 1978 und 1996 innehatte. Wie bereits ausgeführt, war die Anfang 1978 eingerichtete Gorleben-Kommission ein Zusammenschluss von Vertretern des Kreistages und der fünf Samtgemeinden, die alle der Ansiedelung eines Nationalen Entsorgungszentrums positiv gegenüberstanden. Das Gremium mit nur beratendem Charakter hatte vor allem die Funktion, durch die Landes- und Bundesbehörden kontinuierlich über den Stand der Gorleben-Planungen informiert zu werden (siehe Kapitel 6.2.1.2). Vorsitzender war der CDU-Abgeordnete Kurt-Dieter Grill, Mitglied des Kreistags und des Niedersächsischen Landtags und – genau wie Poggendorf – ein vehementer Befürworter des Atomprojekts.

Die Einrichtung einer „Kontaktstelle“ des Bundes hatte Forschungsminister Hauff der Gorleben-Kommission schon im März 1978 versprochen. Nicht zuletzt auf Drängen der Kommunalpolitiker\*innen wurde das Vorhaben im Frühjahr 1979 schließlich auch realisiert (siehe Kapitel 6.3.2). Die Kreisvertreter\*innen, die wegen ihrer Zustimmung zu den Atomplänen zunehmend unter Druck gerieten (so 1979 in EJZ vom 14.05.1979), erhofften sich durch diese Informationsstelle Entlastung durch bessere Informationen und Argumentationshilfen durch den Bund. Wie in Kapitel 6.2.1.4 genauer ausgeführt, waren damals auch die Kommunalvertreter davon überzeugt, dass eine frühzeitige und ausreichende Informationspolitik den Konflikt hätte befrieden und möglicherweise sogar das Aus für die WAA hätte verhindern können. Inwieweit die Kommunalvertreter diese Erwartungen später erfüllt sahen, lässt sich schwer beurteilen. Aber als Kulke im März 1981 erfuhr, dass im Forschungsministerium die Schließung der Informationsstelle erwogen wurde, schrieb er – mit Verweis auf die bevorstehenden Kommunalwahlen – an das BMFT: „Die Kommunalpolitiker würden ohne Zweifel – und vermutlich mit Erfolg – beim Bundeskanzler und den zuständigen Bundesministern gegen eine Veränderung der jetzigen Informationspolitik protestieren, da sie dann mit den Informationsproblemen allein gelassen würden“ (Kulke 1982 'Schreiben an das BMFT vom 24.03.1982' BASE-Akten, Ordner 786). Kurz danach fiel die Entscheidung, dass die Informationsstelle bestehen bleiben sollte.

Oberkreisdirektor Poggendorf äußerte im November 1979 in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt allerdings auch Kritik an der Umsetzung des Bürgerdialogs: „Der (...) Versuch, durch öffentliche Versammlungen Informationen an den Bürger heranzutragen, hat sich jedoch als untauglich erwiesen. Die Kernkraftgegner besetzen bei solchen Gelegenheiten lange vor Veranstaltungsbeginn die Versammlungsräume und funktionieren diese Informationsabende, insbesondere bei Anwesenheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen zu einem Forum für ihre Selbstdarstellung um.“ Um das zu vermeiden, empfahl Poggendorf, „künftig in geschlossenen Veranstaltungen bestimmte

Zielgruppen anzusprechen“, beispielsweise das Landvolk oder die Kreishandwerkerschaft. Bei einem begrenzten Teilnehmendenkreis könne man gezielter und differenzierter informieren (Poggendorf 1979 ‘Brief an Bundeskanzler Schmidt vom BASE-Akten vom 07.11.1979’, BASE-Akten, Ordner Nr. 794). In einem Brief an den Bundeskanzler rechtfertigte Kulke daraufhin seine Arbeit und erklärte, auf öffentliche Veranstaltungen könne man auch in Zukunft nicht ganz verzichten (Kulke 1979 ‘Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 29.11.1979, BASE-Akten, Ordner Nr. 794). Die Vermutung liegt nahe, dass die von Poggendorf geäußerten Zweifel am Nutzen öffentlicher Veranstaltungen auf der Erfahrung gründete, dass die meistens gut vorbereiteten Atomkraftgegner\*innen solche Versammlungen in der Regel dominierten.

In den Akten finden sich auch an anderer Stelle Hinweise darauf, dass sich die Kommunalpolitiker beim Bürgerdialog teilweise an den Rand gedrängt fühlten. Als Forschungsminister Hauff bei seinem Besuch im Februar 1980 auf seinen ausdrücklichen Wunsch an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung teilnehmen wollte, zu der die Bürgerinitiative eingeladen werden sollte, waren seine SPD-Parteikolleg\*innen darüber ebenso verärgert wie die Politiker\*innen der CDU. Das geht aus einer Notiz im Vorstandsprotokoll der Bürgerinitiative hervor (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980 ‘Protokoll des E.V. vom 01.02.1980’, Gorleben Archiv).

Die Kommunalvertreter befürchteten offenbar, die Bonner Politiker würden den Mitgliedern der Bürgerinitiative und Bäuerlichen Notgemeinschaft mehr Aufmerksamkeit widmen als den gewählten Volksvertretern. „Noch sind wir die Vertreter des Kreises“, erinnerte der Lüchower Samtgemeindebürgermeister von Plato den BMFT-Vertreter Niederelz während der Vorgespräche für die erste große Veranstaltung zu den Bohrergebnissen (Gemeinsame Informationsstelle 1981 ‘Protokoll des 2. Vorbereitungsgesprächs für eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19.01.1981, BASE-Akten, Ordner Nr. 786). Damit drückte er deutlich die aus seiner Sicht mangelnde Wertschätzung des Forschungsministeriums für die Kommunalvertreter aus. Die Antwort von Niederelz, es ginge hier eben um „eine Informationsveranstaltung für die Bürger“, weshalb für das BMFT die Bürgerinitiative und nicht die Gorleben-Kommission die Ansprechpartnerin sei, haben diesen Eindruck vermutlich eher noch verstärkt (siehe Kapitel 6.3.6.2). Tatsächlich sah das Bundesforschungsministerium bei den Bürgerdialog-Veranstaltungen in Lüchow-Dannenberg die Bürgerinitiative und den BBU als ihre vorrangigen Gesprächspartner an. So wurde nicht nur bei den von Baum und Hauff zugesagten Endlager-Veranstaltungen verfahren, sondern teilweise auch bei den Zwischenlager-Seminaren. Darauf spielte vielleicht auch der CDU-Kommunalpolitiker Grill in seiner Rede anlässlich der Verabschiedung von Kulke an. Grill würdigte den scheidenden Leiter der Informationsstelle als einen „Vermittler in die Ministerien“, mit dem man nun die Möglichkeit verliere, „über gewisse Ecken miteinander zu reden, wenn ein direktes Gespräch nicht mehr möglich sei“ (by 1983 in EJZ vom 13.06.1983).

### 6.4.3 Bewertung durch die atomkritische Zivilgesellschaft

Der Protest gegen die in Gorleben geplanten Atomanlagen wurde getragen von zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen aus sehr unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus. „Bürger, Bauer, Edelmann und die Freaks“, wurde in Lüchow-Dannenberg scherzhaft gesagt (Harms 2019: 87). Es gab innerhalb der Bewegung deshalb auch keinen einheitlichen Umgang mit dem Bürgerdialog. Die Bandbreite reichte von strikter Ablehnung über Desinteresse bis zur aktiven Teilnahme am Dialogprozess. Dazu kam die Tatsache, dass es schon vor der Standortentscheidung für Gorleben in der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung Erfahrungen mit dem Bürgerdialog gab. Nur drei Wochen nach der Standortverkündung hatte die örtliche Bürgerinitiative zu einer Großkundgebung am geplanten Baugelände aufgerufen, auf der der Gewerkschafter und Atomkraftgegner Heinz Brandt vor 20.000 Menschen erklärte: „Die Patriarchen da oben fordern uns zu einem Dialog auf, zu deutsch: zu einem Gespräch! Wohlan, wir sind bereit, aber nicht zu hohlem, unverbindlichem Geschwätz. Wir sind kein Diskussionsklub, wir wollen kein Gerede über – wir wollen die Abschaffung der Kernspaltpolitik. Und da wollen wir endlich Taten sehen!“ (Brandt 1987: 19).

#### **Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**

So wurde die Haltung der Lüchow-Dannemberger Bürgerinitiative auch beeinflusst durch die Auseinandersetzung der bundesweiten Anti-Atom-Initiativen mit dem Bürgerdialog. Zu nennen ist hier vor allem der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Die zum Zeitpunkt der Standortentscheidung veröffentlichte Meinung des BBU wird hier deshalb kurz referiert. Anfang 1976 erklärte der BBU, man habe sich auf einer erweiterten Bundesvorstandssitzung entschlossen, „unter Anerkennung bestimmter Forderungen durch das BMFT“, am Bürgerdialog Kernenergie teilzunehmen (BBU Bundesverband Bürgerinitiativen-Umweltschutz 1976 ‘Bürgerdialog Kernenergie’: 7f.). Der BBU „hat ihm zugestimmt, weil vieles, was die möglichen Auswirkungen der Kernenergie betrifft, nach unserer Ansicht bisher verschwiegen oder verharmlost wurde. Wir haben zugestimmt, weil unsere Argumente einer Kritik standhalten“, begründete der damalige BBU-Vorsitzende Hans-Helmuth Wüstenhagen diese Entscheidung, und ergänzte: „Von Forschungsminister Matthöfer, von den Parteien in der Bundesrepublik wird es abhängen, wie sich der Dialog entwickelt“ (Wüstenhagen 1976 ‘Kernenergie - ein Bürgerdialog’: 3). Nachdem Matthöfer dann die Vorschläge des BBU, eine Ausstellung der Bürgerinitiativen und ein Filmprojekt zu fördern, abgelehnt hatte, stellte der Bundesverband im Juli 1976 ernüchtert fest: „Uns scheint bisher die Herbeiführung auch nur der bescheidensten Chancengleichheit bei der Diskussion des Pro und Contra der Kernenergie nicht erfüllt.“ Auch die Zusage des Ministeriums, ein Mitteilungsblatt herauszugeben, an dem der BBU zu 50 Prozent beteiligt sein sollte, sei bisher nicht eingehalten worden (BBU Bundesverband Bürgerinitiativen-Umweltschutz 1976 ‘Aus der Arbeit’: 12).

Als auf dem Hamburger Parteitag der SPD im November 1977 beschlossen wurde, „mit allen Mitteln den Bau des Entsorgungszentrums in Niedersachsen voranzutreiben“, resümierte BBU-Vorstandsmitglied Roland Voigt: „Ursprünglich schien die

Bundesregierung bereit, die Frage nach der Kernenergie im Sinne eines offenen Bürgerdialogs mit breiten Kreisen der Bevölkerung zu verhandeln.“ Durch den Parteitagsbeschluss hätten nun wohl auch „die Unentwegtesten“ erkannt, dass der fachlich zuständige Minister Matthöfer, „diesen Begriff ‚Bürgerdialog‘ mißbraucht hat, um seine Durchsetzungspolitik zu maskieren“ (Vogt 1977 'Interview radikal': 2). Und zur erfolgten Aberkennung der Gemeinnützigkeit heißt es Anfang 1978 in einer Presseerklärung des BBU: „Eine Regierung, die den Dialog mit dem Bürger propagiert und ihm zugleich den Mund stopft, macht sich unglaubwürdig“ (BBU 1978 'Presseerklärung vom 08.02.1978'). Dennoch zog sich der BBU aus dem Bürgerdialog nicht vollständig zurück, sondern erklärt im Juni 1978, der Dialog könne nur sinnvoll fortgeführt werden, wenn die Umweltschutzverbände und die sie beratenden Wissenschaftler besser und umfassender informiert würden. Zu einem „echten Dialog“ gehöre „ein gleicher oder zumindest stärker angenäherter Informationsstand“ (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz 1978 'Forderung/Vorschlag BBU', BArch, B 106/89254).

### **Protestbewegung in Lüchow-Dannenberg**

Diese Erfahrungen und Verlautbarungen trugen vermutlich dazu bei, dass die BI Lüchow-Dannenberg gegenüber dem Bürgerdialog schon früh eine skeptische Haltung entwickelte. Vor allem aber der Vorgang um die Zurückhaltung des Sicherheitsberichtes für das NEZ, der von den Bürgerinitiativen als Wortbruch des Ministerpräsidenten gewertet wurde, beschädigten das Vertrauen in die staatliche Informationspolitik (siehe Kapitel 6.2.1.4). Die als „Propaganda“ empfundene Informationskampagne der DWK, die am Standort Gorleben die Öffentlichkeitsarbeit für das NEZ zunächst dominierte, verstärkte diese Tendenz (siehe Kapitel 6.2.1.3). Dass für den Bürgerdialog weder die Landesregierung, noch die DWK verantwortlich war, spielte für Einstellung zum Bürgerdialog offenbar eine untergeordnete Rolle. „Kein Einvernehmenlassen der BI in staatlich organisierten Bürgerdialog!“ heißt es schon Mitte 1977 im Protokoll einer Vorstandssitzung der Bürgerinitiative (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1978 ‚Protokoll des E.V. vom 12.08.1977). Erst im Mai 1978 wurde im Vorstand wieder über den Bürgerdialog diskutiert. Das niedersächsische Sozialministerium hatte die BI zur Vorstellung einer Sachverständigengruppe eingeladen, die im Auftrag der Landesregierung ein Gutachten über die regionalwirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des nuklearen Entsorgungszentrums erstellen sollte. Im Protokoll ist vermerkt: „Lange Diskussion, inwieweit wir uns in den Bürgerdialog (Batelle-Studie) einlassen und die abgebrochenen Gespräche mit Albrecht wieder aufnehmen, wenn wir an dieser teilnehmen. Andererseits besteht die Auffassung, Öffentlichkeit zur Problematik des Gutachtens herzustellen“. Weil die Anwesenden „gleichwertig zur einen wie zur anderen Seite“ tendierten, wurde zunächst kein Beschluss gefasst (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 1980, Protokoll der E.V.-Sitzung vom 19.05.1978).

Die Kontroverse steht beispielhaft für die in der BI geführten Debatten über den Bürgerdialog. Die aus Sicht der Bürgerinitiative mangelnde Transparenz bei der Genehmigung der Entsorgungsanlagen, nicht eingehaltene Versprechen und

zurückgehaltene Gutachten, hatten das Vertrauen der Atomkritiker\*innen in die Dialogbereitschaft des Staates untergraben – unabhängig davon, ob es um das Sicherheitskonzept für das Zwischenlager oder die Bewertung der Bohrerergebnisse im Rahmen der Salzstockerkundung ging. So entwickelte die Bürgerinitiative ein von Taktik geprägtes Verhältnis zum Bürgerdialog. Einerseits wollte man sich nicht vereinnahmen lassen, andererseits die Bürgerdialog-Veranstaltungen aber auch strategisch nutzen. Über eine Kooperation mit dem BMFT wurde deshalb von Fall zu Fall unterschiedlich entschieden. Dieses Vorgehen der BI zog sich durch alle Phasen des Dialogprozesses in Lüchow-Dannenberg. Teilweise ging es den Atomkritiker\*innen darum, sich – wie bei den Zwischenlager-Seminaren – zusätzliche Informationen zu verschaffen (siehe Kapitel 6.3.5.3). Teilweise sahen sie den Bürgerdialog auch als Chance an, um in Anwesenheit zahlreicher Medienvertreter\*innen die eigenen Argumente und politischen Forderungen möglichst öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. So war es etwa bei den ersten großen Informationsveranstaltungen zu den Zwischenergebnissen der Salzstockerkundung (siehe Kapitel 6.3.6.2 und Kapitel 6.3.6.3).

Eine große Rolle spielte dabei die enge Kooperation mit sogenannten kritischen Wissenschaftlern, die durch das Pro- und Kontra-Konzept des Bürgerdialogs sogar noch befördert wurde. Indirekt führte der Bürgerdialog damit zu einer stärkeren Professionalisierung des Anti-Atom-Protestes. Als Vorbild diente den Bürgerinitiativen das sogenannte Gorleben-Hearing, das im März 1979 von der niedersächsischen Landesregierung veranstaltet wurde und auf dem Pro- und Kontra-Experten über die Machbarkeit des geplanten Entsorgungszentrums debattierten. Die Veranstaltung mit dem Titel „Rede und Gegenrede“ trug aufgrund seiner großen Öffentlichkeitswirksamkeit dazu bei, dass Albrecht wenige Wochen später auf die WAA in Gorleben verzichtete (siehe Kapitel 6.2.1.5). Dieses Hearing gehörte zwar nicht zum Bürgerdialog, war für die Protestbewegung am Standort Gorleben aber eine prägende Erfahrung. Auch die große öffentliche Anhörung, die die Bewohner\*innen des Hüttendorfes 1004 von der Bundesregierung forderten, sollte aus ihrer Sicht nach dem Muster des Gorleben-Hearings verlaufen, um so unter Einbeziehung unterschiedlich eingestellter Experten aus dem In- und Ausland einen offenen wissenschaftlichen Diskurs zu gewährleisten.

In seinem Brief an Forschungsminister von Bülow vom April 1982 fasste Andreas von Bernstorff eindrucksvoll zusammen, welche Erwartungen zumindest bei Teilen der Protestbewegung mit dem Bürgerdialog verbunden waren (von Bernstorff 1982 'Brief an von Bülow vom 19.04.1982 BAArch, B 295/1505: 40219ff. Akte kassiert). Bernstorff schrieb: „Um die Ergebnisse der Salzstockuntersuchungen der Öffentlichkeit in einer der Tragweite der Entsorgungsfrage entsprechenden Form vorzustellen, ist es unseres Erachtens erforderlich, ein Hearing in der Qualität des 1979 in Hannover stattgefundenen Gorleben-Hearings durchzuführen.“ Diese Veranstaltung sei als Höhepunkt einer Diskussion anzusehen, „bei dem jeder die Sicherheit haben konnte, daß seine Standpunkte, egal, mit welchem Lager er sich verbunden wußte, in Form der Rede und Gegenrede in qualifizierten Fachgesprächen wenigstens einmal zur Diskussion gestellt wurden“. Nicht zuletzt deshalb, vermutete Bernstorff sogar, sei Gorleben „zum

Symbol gewaltlosen Widerstands“ geworden (von Bernstorff 1982 'Brief an von Bülow vom 19.04.1982 BArch, B 295/1505: 40219ff. Akte kassiert).

Für das BMFT war das dagegen keine wünschenswerte Option. „Dem Vernehmen nach stellt sich der BBU eine einwöchige Veranstaltung mit internationalen Experten vor wie bei der Veranstaltung ‚REDE-GEGENREDE‘ der Niedersächsischen Landesregierung“, heißt es im Juni 1982 in einem Vermerk des Ministeriums. Der BBU müsse nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass eine solche „in großem Stil geführte Gesamtdiskussion“ der Entsorgungsthematik nicht in Frage komme (siehe Kapitel 6.3.6.4). Zu diesem Zeitpunkt hatte die erste größere Bürgerdialog-Veranstaltung zu den Zwischenergebnissen der Salzstockerkundung vom Mai 1981 schon stattgefunden. Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch das BMFT wurden bei dieser Informationsveranstaltung von brisanten Befunden überrascht, so dass auch vom Staat beauftragte Gutachter wie die Geologen Duphorn oder Herrmann die Eignung des Salzstockes als Endlager für radioaktive Abfälle in Frage stellten und die Untersuchung anderer Salzstöcke forderten (siehe Kapitel 6.3.6.2). Aber erst 2020 wurde der Salzstock Gorleben aufgrund der durch das StandAG definierten Kriterien aus dem Suchverfahren ausgeschlossen. Tatsache ist, dass die Bürgerdialog-Veranstaltung im Mai 1981, bei der diese Ergebnisse bekannt geworden waren, auf Druck einer großen öffentlichkeitswirksamen Protestaktion und durch die Beharrlichkeit der Bürgerinitiativen zustande kam.

## 6.5 Fazit

Als die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg im Dezember 1982 bei den Vorbereitungen für die versprochene große Anhörung ihren Ausstieg erklärte, war der Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben zumindest vordergründig gescheitert. Weder hatte die Bundesregierung ihr Ziel erreicht, durch den Bürgerdialog in der örtlichen Bevölkerung die Akzeptanz für die Kernenergie und die Entsorgungsanlagen zu erhöhen, noch war es der atomkritischen Bürgerbewegung in Lüchow-Dannenberg gelungen, die Entscheidung über den Bau eines Erkundungsbergwerks in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Finanzierung des Bürgerdialogs wurde sukzessive zurückgefahren, und der Bau des Erkundungsbergwerks trotz ungünstiger Untersuchungsbefunde und der Bedenken zahlreicher Wissenschaftler und Behördenexperten politisch durchgesetzt. Bei genauerer Analyse fällt die Bewertung differenzierter aus. So lassen sich als Ergebnis dieser regionalen Fallstudie Strukturen des Bürgerdialogs ableiten und komplexe, teilweise versteckte Wirkungszusammenhänge erkennen, die Lernprozesse bewirkt und langfristig den wissenschaftlichen Diskurs über die Endlagerfrage vermutlich befördert haben.

Im Folgenden werden die wesentlichen Entwicklungen, Strukturelemente und Wirkungszusammenhänge des Bürgerdialog Kernenergie am Standort Gorleben knapp zusammengefasst:

Der Bürgerdialog Kernenergie in Lüchow-Dannenberg lässt sich grob in zwei Phasen gliedern. In der ersten Phase zwischen 1977 und Anfang 1979 gab es von staatlicher Seite keine systematische Öffentlichkeitsarbeit zu dem geplanten Entsorgungszentrum (NEZ). Im Rahmen des Bürgerdialogs beschränkte man sich auf die Finanzierung kleinerer Seminare oder Vorträge, die – mit einer Ausnahme – inhaltlich keinen unmittelbaren Bezug zu den geplanten Entsorgungsanlagen hatten (siehe Kapitel 6.3.1.1). In dieser Phase dominierte die durch Industrieinteressen geleitete und von der atomkritischen Bevölkerung als einseitig empfundene Öffentlichkeitsarbeit der DWK. Die Folge war ein zunehmender Vertrauensverlust in die staatliche Informationspolitik, der sich auch auf den Bürgerdialog bezog (Kapitel 6.2.1.3 und 6.2.1.4). Erst mit der Einrichtung der Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land in Lüchow im Frühjahr 1979 begann im Rahmen des Bürgerdialogs die eigentlich standortbezogene Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

In der zweiten und entscheidenden Phase zwischen 1979 und 1983 war die Arbeit der Informationsstelle prägend für die Wahrnehmung des Bürgerdialogs in der Standortregion. Laut einer Vereinbarung zwischen Bund und Land fungierte sie als Anlaufstelle für die interessierte Öffentlichkeit hinsichtlich aller Fragen, die die Entsorgungsprojekte betrafen. Dabei nahmen die beiden Leiter – Becker-Platen als Vertreter des Landes und Kulke als Vertreter des Bundes – unterschiedliche Rollen ein. Becker-Platen arbeitete nach eigener Darstellung gut mit den Aufsichtsbehörden und Vertretern der Nuklearindustrie zusammen und plädierte für den Dialog in kleineren und geschlossenen Runden, um Störungen durch die Atomgegner\*innen zu vermeiden. Der vor Ort bestens vernetzte Kulke, dessen Aktivitäten deutlich im Vordergrund standen, pflegte dagegen gute Kontakte zu den Kritiker\*innen. Er befürwortete das Konzept, durch öffentliche Pro- und Kontra-Veranstaltungen ein möglichst breites Publikum zu erreichen, und setzte es mit großem Engagement um. Dabei gelang es ihm zumindest teilweise, auch die Bürgerinitiativen und ihre Experten mit einzubinden (siehe Kapitel 6.3.2). Der entscheidende Faktor für diesen aus staatlicher Perspektive Teilerfolg: Kulke galt bei den Lüchow-Dannengerger Anti-Atom-Initiativen als ein persönlich vertrauenswürdiger Akteur, der bestimmte Prinzipien des Bürgerdialogs wie etwa die Einbeziehung der Kritikerseite und ihrer Argumente glaubhaft vertrat.

Diese Pro- und Kontra-Veranstaltungen, bei denen laut der Vereinbarung zwischen Bund und Land eine „annähernde Ausgewogenheit der Referenten beider Seiten“ hergestellt werden sollte, wurde zu einem wesentlichen Element des standortbezogenen Bürgerdialogs in Lüchow-Dannenberg. Auch wenn die Experten der Kritikerseite auf Grund ihrer materiellen Voraussetzungen deutlich im Nachteil waren, entwickelten sich vor allem die beiden ersten Großveranstaltungen – im Mai 1981 über die Zwischenergebnisse der Salzstockerkundung und im Oktober 1982 über die Bewertungsmethoden – zu Foren, in denen beide Seiten zumindest miteinander ins Gespräch kamen, wissenschaftliche Argumente ausgetauscht und der Konflikt über die Bedingungen eines ernsthaften Dialogs offen thematisiert werden konnte. Mit Einschränkungen galt das auch für die dritte und letzte Informationsveranstaltung vor dem Bau des Erkundungsbergwerks im Mai 1983. Ein wichtiger Aspekt war dabei auch die Anwesenheit der Medien sowie die Veröffentlichung der Veranstaltungsprotokolle,

sodass die Untersuchungsergebnisse und ihre unterschiedlichen Bewertungen allgemein zugänglich waren (siehe Kapitel 6.3.6).

Das auf Bundesebene besonders von Matthöfer und Hauff und auf der regionalen Ebene von Kulke vertretene Pro- und Kontra-Prinzip führte zu einer engen und kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinitiativen und einer Reihe unabhängiger Experten, die der Atomenergie skeptisch gegenüberstanden. Die sogenannten kritischen Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen verfügten zunehmend über ein hohes Maß an Detailwissen zum Themenkomplex der nuklearen Entsorgung. Diese Zusammenarbeit überdauerte den Bürgerdialog und wurde teilweise über Jahrzehnte fortgesetzt. Ohne hier näher darauf einzugehen, ist anzumerken: Die Kooperation zwischen den Bürgerinitiativen und Experten führte nicht nur zu einer Professionalisierung der Anti-Atom-Bewegung, sondern prägte in vielen Fällen auch die beruflichen Lebenswege der betreffenden Wissenschaftler. Einige von ihnen hatten später in politisch beratender Funktion auch Anteil an der Entwicklung des heutigen Standortauswahlverfahrens – ebenso wie übrigens ein Teil der staatlichen Experten, denen sie auf den Bürgerdialog-Veranstaltungen noch als erbitterte Kontrahenten begegnet waren.

Trotz guter Zusammenarbeit mit dem Leiter der Informationsstelle war die Haltung der atomkritischen Initiativen in Lüchow-Dannenberg grundsätzlich geprägt von Misstrauen gegenüber der staatlichen Informationspolitik. So entwickelte die Bürgerinitiative ein überwiegend taktisches Verhältnis zum Bürgerdialog. Einerseits wollte sie nicht einen aus ihrer Sicht Scheindialog durch ihre offizielle Mitwirkung politisch legitimieren, andererseits diesen aber doch strategisch nutzen, etwa um sich – wie im Fall der Zwischenlager-Seminare – zusätzliche Informationen zu beschaffen. Vor allem betrachteten sie die großen Veranstaltungen zur Endlagerfrage als eine Chance, ihre Argumente und Forderungen möglichst öffentlichkeitswirksam zu verbreiten und so den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen.

Als Vorbild diente den Anti-Atom-Initiativen das von der niedersächsischen Landesregierung 1979 veranstaltete Gorleben-Hearing in Hannover – ein international besetztes Symposium, auf dem unter der Überschrift „REDE-GEGENREDE“ Wissenschaftler eine Woche lang über die technische Realisierbarkeit des in Gorleben geplanten Entsorgungszentrums debattierten und das mit dazu beigetragen hatte, dass Albrecht auf die WAA verzichtete (siehe Kapitel 6.2.1.5). Das Gorleben-Hearing gehörte nicht zum Bürgerdialog, prägte aber die Vorstellung der Atomkraftgegner\*innen von einem offenen wissenschaftlichen Diskurs. So forderten die Besetzer\*innen der Bohrstelle 1004 im Mai 1980 als Bedingung für ihre freiwilligen Abzug auch ein großes Hearing über die Probleme der Zwischen- und Endlagerung. Bundesinnenminister Baum sagte ihnen daraufhin eine öffentliche Anhörung über die Bohrergebnisse noch vor einer Entscheidung über die untertägige Erkundung zu (siehe Kapitel 6.2.2.2). Vor diesem Hintergrund wurden zwischen 1981 und 1983 im Rahmen des Bürgerdialogs die drei großen Endlager-Veranstaltungen durchgeführt, auf denen Experten und Gegenexperten die Zwischenergebnisse der Salzstockerkundung debattierten. Ein bedeutender Teil der Bürgerdialog-Veranstaltungen in Lüchow-Dannenberg kam also auf Druck einer öffentlichkeitswirksamen Protestaktion zustande.

Aus Sicht der Bürgerinitiativen wies der Dialogprozess in Gorleben allerdings gravierende strukturelle Defizite auf, die einen wissenschaftlichen Diskurs auf Augenhöhe untergruben. Das betraf erstens die unzureichende finanzielle Ausstattung der von Kritikerseite benannten und freiberuflich tätigen Wissenschaftler, denen deshalb nach eigener Darstellung eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Untersuchungsbefunden kaum möglich war, besonders im Vergleich zu den gut abgesicherten staatlichen Experten (siehe Kapitel 6.3.6.3). Ein zweiter Faktor: Teilweise wurde den Bürgerinitiativen der Zugang zu grundlegenden Sachinformationen verwehrt, entweder weil die Industrie als Antragsteller wegen des Know-how-Schutzes auf Geheimhaltung bestand, wie im Fall der Transportbehälter für das Zwischenlager (siehe Kapitel 6.3.5.3), oder weil von staatlicher Seite unliebsame Gutachten zurückgehalten wurden – wie im Fall Duphorn, der in seiner Expertise ein Ende der Erkundung am Standort Gorleben und die Untersuchung anderer Salzstöcke empfohlen hatte (siehe Kapitel 6.3.6.3). Noch stärker ins Gewicht fiel der Vorwurf der Kritikerseite, dass dem gesamten Erkundungsprogramm die wissenschaftliche Grundlage fehlen würde, weil es keine gültigen Kriterien für die Bewertung von Salzstöcken als Endlager für hochradioaktive Abfälle gab. Auch ein Vergleich mit anderen Lagerstätten, wie es schon damals dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprach, wurde von staatlicher Seite abgelehnt. Nicht nur Duphorn, sondern auch andere Wissenschaftler und behördeneigene Experten hatten sich für vergleichende Untersuchungen ausgesprochen (siehe Kapitel 6.3.6.4).

Hauptkritikpunkt war aber die fehlende Ergebnisoffenheit des Verfahrens, die aus Sicht der Bürgerbewegung den Prinzipien eines offenen Dialogprozesses widersprach. Über Zweifel und offene Fragen, die sich im Verlauf der Bürgerdialog-Veranstaltungen beispielsweise zur Eignung des Gorlebener Salzstockes ergaben, setzte man sich von staatlicher Seite hinweg, statt sie in einem wissenschaftlichen Diskurs zur Debatte zu stellen und dabei auch die eigenen Positionen zu reflektieren (siehe Kapitel 6.3.6.2). Dieser Konflikt zog sich durch das gesamte Verfahren. Dabei wurden die unterschiedlichen Erwartungen und Intentionen, die dem Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg zugrunde lagen, nie wirklich offengelegt. Aus Sicht der atomkritischen Zivilgesellschaft waren Ergebnisoffenheit und reale Einflussmöglichkeiten die Voraussetzungen für einen ernsthaften und gleichberechtigten Dialog. Der Staat hatte dagegen das Ziel, über Information und Einbeziehung der Kritikerseite die Akzeptanz für die Kernenergie und das Entsorgungsprogramm zu erhöhen. Gerade in Bezug auf die in der Region geplanten Entsorgungsanlagen, die ja im Mittelpunkt der Pro- und Kontra-Veranstaltungen standen, wurde das aber öffentlich nie eindeutig kommuniziert. Enttäuschungen und verlorenes Vertrauen waren quasi vorprogrammiert. In diesem – nicht transparent gemachten – Widerspruch war das vorzeitige Ende des Bürgerdialogs in Lüchow-Dannenberg bereits angelegt. Als klar wurde, dass die Entscheidung für eine untertägige Erkundung in Gorleben längst gefallen war, stieg die Bürgerinitiative aus dem Dialogprozess aus (siehe Kapitel 6.3.6.4).

Ob der Bürgerdialog auf den Konflikt am Standort Gorleben zumindest kurzfristig eine deeskalierende Wirkung hatte, wie von verschiedenen Seiten vermutet oder gar befürchtet wurde, muss offenbleiben. Andreas von Bernstorff, ein Atomkritiker aus dem

konservativen Lager, schrieb 1982 an den Bundesforschungsminister: Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass Gorleben „zum Symbol gewaltlosen Widerstands“ geworden sei, sondern darauf zurückzuführen, dass das Entsorgungsprojekt „in Form eines Bürgerdialogs zur Diskussion gestellt wurde“ (siehe Kapitel 6.3.6.4). Bernstorff bezog sich dabei auf das Gorleben-Hearing, das er als „den Höhepunkt dieser Diskussion“ bezeichnete. Im „Arbeiterkampf“, der Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB), wurde Ähnliches vermutet, politisch aber grundsätzlich anders bewertet. Dort hieß es in einem Artikel, „ein wissenschaftliches Pro-und-Contra-Gespräch ohne vorherige sofortige Einstellung der Salzstockerkundung“ könne nur die Funktion haben, „dem Widerstand gegen die Tiefbohrungen den letzten Wind aus den Segeln zu nehmen.“ Bei dem Konzept des Bürgerdialog Kernenergie ginge es „den Baum’schen Strategen“ ausschließlich darum, die Atomgegner in Lüchow-Dannenberg zu „beschwichtigen“ (siehe Kapitel 6.3.6.2). Tatsächlich hatte Bundesinnenminister Baum 1980 den Platzbesetzer\*innen eine große Anhörung über die Bohrerergebnisse versprochen, weil er hoffte, sie zu einer freiwilligen Räumung zu bewegen und so einen großen Polizeieinsatz zu verhindern (siehe Kapitel 6.2.2.2). Diese Erwartung erfüllte sich jedoch nicht, zu tief saß das Misstrauen der Atomkraftgegner\*innen gegenüber den für die nukleare Entsorgung verantwortlichen Politikern und Behörden. Zwar wurden bei der späteren Räumung gewalttätige Auseinandersetzungen vermieden, weil sich die Besetzer\*innen an ihr Konzept des passiven Widerstands hielten. Das hatte die BI Lüchow-Dannenberg aber schon lange vorher entwickelt und praktiziert. Dennoch kam es auch zu Zeiten des Bürgerdialogs zu teils gewalttätigen, von auswärtigen Gruppen provozierten Auseinandersetzungen mit der Polizei, beispielsweise im September 1982 bei der Aktion „Tanz auf dem Vulkan“ am Baugelände des Zwischenlagers.

Für die These, der Bürgerdialog habe dazu beigetragen, den Gorleben-Konflikt zu entschärfen, finden sich auch in den Protokollen und Presseerklärungen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg keine Belege. Die darin dokumentierten Äußerungen zeugen durchgehend von einer distanzierten und kritischen Haltung gegenüber dem Bürgerdialog und seinen Zielen. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang betont, man wolle sich auf keinen Fall vereinnahmen lassen (u.a. Kapitel 6.2.1.4). Auch führte die Teilnahme am Bürgerdialog bei der Bürgerinitiative offenbar nicht zu einem Vertrauenszuwachs in die staatlichen Institutionen. Andererseits kostete die Mitarbeit an den Pro- und Kontra-Veranstaltungen viel Zeit, Energie und auch Geld für die Finanzierung von Experten. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Ressourcen nun an anderer Stelle fehlten, was die Protestbewegung indirekt geschwächt haben könnte. Es gibt aber auch Gründe für die Annahme, dass genau das Gegenteil passierte – dass nämlich der Bürgerdialog durch sein besonderes Format bei den Kritiker\*innen der Entsorgungsanlagen zusätzliche Ressourcen mobilisierte, vor allem im bürgerlich-konservativem Milieu.

Schon 1979 beim erfolgreichen Protest gegen das Entsorgungszentrum gab es unter den Lüchow-Dannenger Atomgegner\*innen eine Rollenteilung. Während auf dem Gorleben-Treck vor allem junge Aktivisten und Landwirte demonstrierten, waren es auf dem Gorleben-Hearing überwiegend Angehörige der bildungsbürgerlichen Schichten, die die wissenschaftliche Kontroverse verfolgten. Nach einem ähnlichen Muster verlief

später auch die Mitarbeit beim Bürgerdialog. Während die einen lieber mit Mahnwachen, Blockaden oder Besetzungsaktionen gegen die Atomanlagen protestieren, investierten andere viel Zeit und Kraft, um sich beim Bürgerdialog der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen. Langfristig hat diese Verbindung aus zivilem Ungehorsam und wissenschaftlicher Kontroverse den Anti-Atom-Protest am Standort Gorleben vermutlich sogar gestärkt.

„Von Anfang an bis heute ist deutlich zu erkennen, dass sich die Dauerhaftigkeit und der Erfolg der deutschen Antiatomkraftbewegung nicht nur aus den inneren Strukturen des Protests erklären, sondern auch aus Wechselwirkungen zwischen Bürgerprotest, Medien, Politik, Verwaltung, Justiz und Wissenschaft“, schrieb der Historiker Joachim Radkau 2011 (Radkau 2011 'kurze Geschichte': 12). Präziser lässt sich die Geschichte des Gorleben-Konflikts kaum beschreiben. In diesem Wirkungszusammenhang hat auch der Bürgerdialog Kernenergie für den langfristigen Erfolg des Gorleben-Protestes eine nicht unbedeutende Rolle gespielt – allerdings in anderer Weise, als zunächst von staatlicher Seite intendiert. Der Bürgerdialog hat öffentliche Plattformen geschaffen, die den wissenschaftlichen Diskurs zumindest angestoßen haben. Er hat indirekt eine Professionalisierung der Bürgerbewegung bewirkt und den Atomkritiker\*innen die Möglichkeit geboten, ihre Argumente einer größeren Öffentlichkeit zu unterbreiten. Vor allem waren mit dem Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg wertvolle Erfahrungen und Lernprozesse verbunden, die fortwirken. Sie sind nicht nur in den Diskussionsprozess über das heutige gesetzlich geregelte Standortsuchverfahren mit eingeflossen, sondern können auch in der Gegenwart dazu beitragen, diesen Suchprozess als ein lernendes und selbstreflexives Verfahren weiterzuentwickeln (siehe Kapitel 8).

**Tabelle 12: Bürgerdialogveranstaltungen in Lüchow-Dannenberg**

<b>Datum</b>	<b>Veranstaltung</b>
25.-27.11.1977	Seminar der AG SPAK (Sozialpolitischer Arbeitskreis) über „Möglichkeiten umweltfreundlicher Energieerzeugung“ im Bildungszentrum Göhrde
30.01.1978	Energie-Seminar der Chemischen Werke Hüls AG mit Geistlichen beider Konfessionen in Gartow
Januar – März 1978	Informationsreihe im Haus des Gastes in Gartow
darunter am 10.02.1978	Wie viel Energie brauchen wir in Zukunft wirklich?
darunter am 18.02.1978	Strahlenbelastung von Mensch und Umwelt
darunter am 24.02.1978	Das Energieprogramm ein Prüfstein für unsere Demokratie
darunter am 01.03.1978	Risiken der Kernenergie und Probleme von Wiederaufarbeitung und Endlagerung

<b>Datum</b>	<b>Veranstaltung</b>
darunter am 03.03.1978	Möglichkeiten zur technischen Nutzung der Sonnenenergie
darunter am 04.03.1978	Energiesparen mit der Wärmepumpe
22./23.04.1978	Seminar „Nukleare Entsorgung“ in der Heimvolkshochschule Barendorf, veranstaltet vom BMFT und gerichtet an für die Gorleben-Kommission
6./7.05.1978	Veranstaltung mit Podiumsdiskussion in Lüchow mit dem damaligen DGB-Vertreter und späteren Leiter der Informationsstelle Wilhelm Kulke sowie Bundesforschungsminister Volker Hauff
15.03.1979	Einrichtung einer vorläufigen Informationsstelle Bund-Land in Lüchow im Hotel Jahn
März 1979	Vortragsreihe des Salzgeologen Prof. Erich Hofrichter „Probleme um die Kernenergie aus geowissenschaftlicher Sicht“ im Gildehaus, Lüchow
darunter am 10.03.1979	„Ressourcen, Alternativen“
darunter am 17.03.1979	„Endlagerung“
Juni 1979	Offizielle Eröffnung der „Gemeinsamen Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land“ in Lüchow
31.08.-01.09.1979	Informationsveranstaltung des Bundes zum Thema „Geplante Endlagerung radioaktiver Abfälle im Salzstock in Gorleben als Teil der Entsorgungskonzeption der Bundesregierung“ in Lüchow
29./30.09.1979	„Gorleben im Meinungsstreit – Versuch eines Dialogs“, Seminar mit Polizei und Bürgerinitiativen im Bildungszentrum Gohrde*
20.11.1979	Seminar im Bildungszentrum Gohrde zu aktuellen ökologischen Problemen in Lüchow-Dannenberg
29./30.05.1980	Veranstaltung der ÖTV im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie mit Wilhelm Kulke
02.07.1980	Informationsgespräch über Zwischenergebnisse für eine Biogasgemeinschaftsanlage in Gedelitz in Lüchow
11.10.1980	„Strahlenschutz aus ärztlicher Sicht“ - Ärzteseminar in der Diana-Klinik Bad Bevensen

<b>Datum</b>	<b>Veranstaltung</b>
15./16.11.1980	„Dialog zwischen Polizei – BI – Kommunalpolitikern“, Folgeveranstaltung des Seminars „Gorleben im Meinungsstreit vom 29./30.09.1979“
10./11.05.1980	Workshop im Bildungszentrum Göhrde zu den möglichen Risiken des geplanten Zwischenlagers für hochradioaktive Abfälle
29.11.1980	Folgeveranstaltung – zweiter Workshop im Bildungszentrum Göhrde zu den möglichen Risiken des geplanten Zwischenlagers*
12.11.1980	Rechtliche Aspekte der Genehmigung von Zwischen- und Endlagern für radioaktive Abfälle, Informationsveranstaltung im Bildungszentrum Göhrde mit Dr. Schoepffer vom niedersächsischen Sozialministerium
28./29.01.1981	Anhörung zum geplanten Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle – offiziell veranstaltet von der PTB, aber vorbereitet im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie
15./16. Mai 1981	Erste Informationsveranstaltung in Lüchow zu den Zwischenergebnissen Salzstock Gorleben
27.02.1982	Veranstaltung mit Bundesforschungsminister von Bülow in Lüchow im Rahmen des Bürgerdialogs
23.10.1982	Zweite Informationsveranstaltung/Energiedialog in Hitzacker– Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Endlagerung (PSE)
Mitte Mai 1983	Vortrag zweier US-Experten zu den Erfahrungen in den USA über die Strahlenexposition von Arbeitern und Anwohnern beim Betrieb kerntechnischer Anlagen
27./28.05.1983	Dritte Veranstaltung in Hitzacker zu den Ergebnissen der Salzstockerkundung vor dem Schachtabteufen – Salzstock Gorleben

\* von Kulke moderiert, aber unklar, ob im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie finanziert.

Eigene Zusammenstellung.

## **7 Pläne und Kontroverse für eine Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Frankenberg/Hessen 1981/1982. Erfahrungen aus dem Bürgerdialog Kernenergie?**

In der Folge der Entscheidung von Ministerpräsident Albrecht vom Mai 1979 gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Gorleben (siehe Kapitel 3.1.5.4 und Kapitel 6), standen in den frühen 1980er Jahren verschiedene Orte in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hessen und Bayern in der engeren Wahl für den Bau einer solchen Anlage.

Einer dieser Orte war Frankenberg-Wangershausen in Nordhessen. Er wurde Ende 1981 von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), einem Tochterunternehmen der deutschen Energieversorgungsunternehmen, als möglicher Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennstäbe benannt. Im Juli 1982 erfolgte dann der entsprechende Kabinettsbeschluss der Hessischen Landesregierung von SPD-Ministerpräsident Holger Börner, den zugehörigen Genehmigungsantrag für den Bau der Anlage zu prüfen. Aber bereits wenige Monate später, im November 1982, informierte die Betreibergesellschaft DWK die hessische Landesregierung, dass sie Pläne für den Bau dieser Anlage nicht mehr verfolge. (Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik 1981 ‚Presseinformation‘ vom 02.12.1981, HHStAW, 502, 11261; DWK 1982 ‚Brief Scheuren an Börner vom 12.11.1982‘, HHStAW, 2016/1).

Dieses Kapitel beleuchtet am Beispiel der Ereignisse in Nordhessen den Prozess zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Auseinandersetzung um einen WAA-Standort. Ziel ist es herauszuarbeiten, ob und inwieweit hier Elemente und Erfahrungen aus dem bisherigen Bürgerdialog im Prozess und in der Kommunikation zur Anwendung kamen (Anlage, Tabelle 18).

Die Untersuchung fußt auf Dokumenten und Materialien aus staatlichen Archiven in Hessen und auf Bundesebene, auf Tageszeitungen sowie auf Literaturlauswertungen. Insbesondere wurden im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden Akten aus dem Bestand des Ministerpräsidenten zum Verlauf der Planungen sowie zur Kontroverse um die geplante Wiederaufarbeitungsanlage eingesehen, die vor allem relevante Zeitungsartikel umfassen (HHStAW, 502, 11261, HHStAW, 502, 11262).

## 7.1 Vorgeschichte der Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen

Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen war von Atomwaffen-Staaten wie den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich bereits viel früher für militärische Zwecke zur Plutonium-Gewinnung entwickelt und aufgebaut worden (Radkau 1980: 193f.; Brown 2013). Auch die Bundesrepublik verfolgte mit dem 3. Atomprogramm (Laufzeit 1968 bis 1972), das eine Erweiterung der Nutzung der Kernenergie vorsah, das Ziel, diese zukünftig im industriellen Maßstab aufzubauen. Zweck des Baus einer Wiederaufarbeitungsanlage war es einerseits, knappes und teures importiertes Uran einzusparen. Andererseits war diese Technik Voraussetzung für die geplanten Brutreaktoren (Matthöfer 1977 ‚Schnelle Brüter‘), für deren Betrieb das durch die Wiederaufarbeitung gewonnene Plutonium als Brennstoff wichtig war. Auch ging es darum, prestigeträchtig den sogenannten „Brennstoffkreislauf“ im eigenen Lande zu schließen und zu beherrschen (Radkau 1980: 289). Die Wiederaufbereitung bestrahlter Brennelemente wurde in Deutschland seit 1959 von Forschung und Industrie untersucht (KEWA 1975: 3) Am 7. September 1971 wurde die erste deutsche Versuchsanlage für die Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente aus wassergekühlten Reaktoren mit geringer Kapazität in der Bundesrepublik Deutschland am Kernforschungszentrum Karlsruhe in Betrieb genommen (kurz: WAK) (BT-Drucksache VI/3251, Ergänzung: 6). Diese technischen Erfahrungen sollten danach in eine deutlich größere industrielle kommerzielle Anlage mit einer höheren Produktion übertragen werden (Radkau 1980: 289ff.; DWK 1982 ‚Zeittafel‘: 14, 23; siehe Kapitel 3.1.1.5). Die Vorbereitungsarbeiten für das 4. Atomprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1973 bis 1976 führten dazu, dass die ungelöste Frage der Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls verstärkt ins politische Interesse rückte. Die Kosten hierfür sollten, mit Ausnahme der staatlichen Risikoabsicherung, von den Betreibern der Kernkraftwerke und den Energieversorgungsunternehmen getragen werden (Bundeskanzleramt 1979 ‚Betr. Beziehung Niedersachsen-Bund zu Gorleben‘, BArch, B 136/10860). 1973 beauftragte das BMFT die Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungstechnik GmbH (KEWA) mit der Suche nach einem Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ), an dem sowohl Wiederaufarbeitung als auch Endlagerung möglich sein sollten. Die KEWA, im Besitz der Aktiengesellschaften Hoechst, Gelsenberg, BAYER und NUKEM, war 1971 zunächst nur für den Zweck der Wiederaufarbeitung von bestrahlten Kernbrennstoffen als Teil des Brennstoffkreislaufs gegründet worden. Vorgesehen war der Bau einer 1.500-Tonnen-Anlage. Durch ein NEZ mit einem gemeinsamen Standort für Wiederaufbereitung und Endlagerung sollten Transporte hochradioaktiven Materials vermieden werden. Im Auftrag des BMFT ermittelte die KEWA Umwelt-, Sicherheits- und wirtschaftliche Kriterien für die Standortauswahl und führte einen Standortvergleich durch, der wesentlich durch die Anforderungen der Wiederaufarbeitung geprägt wurde, aber das „Vorhandensein von Endlagerpotential“ mit einbezog. Gorleben war nicht unter den Standorten, die in der ersten Studie der KEWA in die engere Wahl gezogen wurden. (BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013: 68ff.; Möller 2009: 279ff.; Tiggemann 2006: 90ff.)

Nicht nur für die EVU und die Kernkraftwerksbauer, sondern auch für den Staat und die Umsetzung der Energieprogramme war die Festlegung des Standorts für diese Anlage von hoher Dringlichkeit, denn die Umweltministerkonferenz im Februar 1976 verknüpfte die Errichtung und den Betrieb weiterer Kernkraftwerke an den Nachweis der „Möglichkeiten der Entsorgung“. Entsprechend einer Änderung des Atomgesetzes, das ein solches „Entsorgungsjunktim“, die „hinreichende Sicherstellung der Entsorgung vor der Baugenehmigung für neue Kernkraftwerke“ (BT-Drucksache 08/2370 vom 08.12.1978: 26) vorschrieb, forderte im Juni des Jahres 1976 das zuständige Bundesinnenministerium als Voraussetzung für die Inbetriebnahme der Kernkraftwerke Biblis B, Unterweser und Brunsbüttel den „Nachweis einer gesicherten Entsorgung“ und kündigte an, diesen zukünftig früh in den Genehmigungsverfahren zu verlangen, um langjährige Zwischenlagerungen von Kernkraftabfällen zu vermeiden. Im September 1976 wurde das Atomgesetz entsprechend abgeändert. (Deutscher Bundestag 2013 ‘BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013’: 71; Bundeskanzleramt 1979 ‚Aufzeichnung von Regierungsrat Steinbrück vom 5. April 1979’: 2; Uekötter 2022: 153; siehe Kapitel 3.1.5 und Kapitel 6)

Dies erhöhte den Druck, zu einer Festlegung des Standortes für das Entsorgungszentrum zu kommen. Prüfungen hatten u.a. in Niedersachsen geeignete Standorte ermittelt. Dies war der Anlass für ein Gespräch der Bundesminister Maihofer, Matthöfer und Friderichs mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht und weiteren Vertreter\*Innen seiner Regierung am 11.11.1976, bei dem Albrecht die Zusage gab, einen Standort für ein Entsorgungszentrum zu benennen (Bundeskanzleramt 1979 ‚Betr. Beziehung Niedersachsen-Bund zu Gorleben’: 2; Rucht 1980: 108f.; siehe Kapitel 3.1.5 und Kapitel 6).

Die Niedersächsische Landesregierung entschied sich am 22. Februar 1977 – anders als von der Bundesregierung erwartet – für Gorleben als Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum bestehend aus Endlager und Wiederaufarbeitungsanlage und begründete dies sowohl mit der geologischen Eignung als auch mit strukturpolitischen Erwägungen (Bundeskanzleramt 1979 ‚Betr. Beziehung Niedersachsen-Bund zu Gorleben’; Rucht 1980: 100, 108ff.).

Nicht zuletzt aufgrund der massiven Proteste, widerrief Albrecht jedoch bereits im Mai 1979 die Entscheidung für den WAA-Standort in Gorleben – um „[m]öglichst viel Ballast ab[z]uwerfen“, wie er es gegenüber dem Bundeskanzler nannte. Öffentlich bezeichnete er die WAA in Gorleben als politisch nicht durchsetzbar (Bundeskanzleramt 1979 ‚Aufzeichnung über das Gespräch Bundeskanzler - MP Albrecht’, BArch, B 136/10860; Uekötter 2022: 154; Schmiechen-Ackermann, Hagemann 2020; siehe Kapitel 6). Er behielt nur die Endlagerzusage für Niedersachsen bei. Damit musste ein alternativer WAA-Standort gefunden werden, um den für den Bau neuer Kernkraftwerke erforderlichen Nachweis der Entsorgung zu ermöglichen.

Im Frühjahr 1980 erklärten sich die Landesregierungen von Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern bereit, nach Standorten in ihren jeweiligen Bundesländern zu suchen (Willems 1997: 349). Jedoch standen nach wie vor auch Standorte in Niedersachsen zur Disposition, da sich die dortige Landesregierung ebenfalls bereit erklärte, sich an der

Suche – allerdings mit Ausnahme von Gorleben – zu beteiligen (Bundesminister des Innern 1981 ‚Bericht der Bundesregierung‘, StadtA FKB, A1, 5002). In Rheinland-Pfalz wurde mit Hambuch-Illerich (auch als Kaiseresch benannt) nur ein Standort diskutiert. In Hessen war es der Ort Diemelstadt mit dem Ortsteil Wethen, der im Juni 1981 als WAA-Standort untersucht, aber schon zwei Monate später wegen geologischer Mängel und Unsicherheiten im Baugrund aufgegeben wurde (Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik 1981 ‚Presseinformation vom 02.12.1981‘, HHStAW, 502, 11261). Weiterhin wurden in Hessen Merenberg und der in diesem Kapitel betrachtete Standort Frankenberg (Wangershausen) benannt. In Niedersachsen wurden durch Gutachten schon 1975 mögliche Standorte benannt. Schließlich standen Dragahn, Aschendorf-Hümmling, Unterlüss und Lichtenmoor (Lichtenhorst) näher zur Debatte, schieden aber ebenfalls nach kurzer Zeit aus der Suche aus (Rucht 1980: 104ff.; Battenberg, Potente 1987: 219ff; Atommüllzeitung 1983: 3; Anlage, Tabelle 19 ‚Atommüllzeitung‘).

Grund für die schnellen Absagen an den verschiedenen Standorten war in der Regel, dass der Protest der Bevölkerung einer schnellen Realisierung im Wege stand. Auch war die Eigentumslage zum Teil hinderlich (Willems 1997: 352). Als letzter Standort stand ab November 1981 Schwandorf in Bayern (in der Öffentlichkeit auch Wackersdorf genannt) zur Disposition. Dort wurde auch mit dem Bau begonnen. Erst 1989 endete das Projekt einer bundesdeutschen Wiederaufarbeitungsanlage mit einem endgültigen Baustopp, nachdem der Betreiber diese für unwirtschaftlich erachtete und stattdessen Verträge über die Aufarbeitung im Ausland einging (Gaumer 2018 :8).

Schon vor 1980 gab es Überlegungen zu einem WAA-Standort in Hessen. Um die bundesdeutsche Energiepolitik und den Ausbau der Kernkraft langfristig abzusichern, hatte die damalige sozialliberale hessische Landesregierung Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre mehrere Standorte in die engere Wahl gezogen. Dort sollten abgebrannte Brennstäbe aus Reaktoren in einer industriellen Anlage wieder aufgearbeitet und spaltbare Materialien für die weitere Verwendung z.B. in Brutreaktoren zurückgewonnen werden (Wochendienst 50/81 vom 12.12.1981: 3). Damit wollte die hessische Regierung unter Führung des SPD-Ministerpräsidenten Holger Börner „der sozialliberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt aus der Notlage helfen, dass die Nutzung der Atomenergie in Deutschland eng mit der Bedingung einer geregelten Entsorgung verknüpft ist, diese jedoch Ende der 1970er Jahre ins Stocken geraten war. Zugleich sollte mit der WAA der strukturschwache nordhessische Raum aufgewertet werden“. Allerdings rechnete die Landesregierung in dieser Region auch mit geringeren Protesten der Bevölkerung. (Felder 2014: 30f.).

Am 3. Oktober 1979 erklärte der damalige hessische Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry (FDP) bei einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technik seine Bereitschaft, einen Antrag zum Bau einer WAA in Hessen entgegenzunehmen. Karry begründete dies dem Ausschuss gegenüber mit der Pflicht und Verantwortung für eine sichere Energieversorgung: „Auch er [Karry] hatte sich dabei auf den Beschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschefs aller Bundesländer vom 28. September 1979 bezogen, wonach die Bundesländer darauf hinwirken sollten, so zügig wie möglich die Voraussetzungen für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zu klären, nachdem die Pläne des Bundes gescheitert waren, in Gorleben in Niedersachsen ein

Entsorgungszentrum mit einer Jahreskapazität von 1.400 Tonnen für die Wiederaufarbeitungsanlage errichten zu lassen.“ (Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik 1981 ‘Presseinformation vom 02.12.1981’, HHStAW, 502, 11261)

Diese Aussage des Ministers, eines expliziten Befürworters der Kernkraft, der inzwischen im Mai 1981 einem terroristischen Attentat zum Opfer gefallen war (o. V. 1981 ‚Karry‘), rief das hessische Wirtschaftsministerium in Erinnerung, als es Ende 1981 ihre Absicht begründete, Standorte in Hessen zu benennen (Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik 1981 ‘Presseinformation vom 02.12.1981’, HHStAW, 502, 11261).

Bereits am 25. Februar 1980 hatte die DWK beim hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik einen Antrag zur Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage gestellt. Untypischerweise für atomrechtliche Verfahren dieser Größe wurde ein konkreter Standort in dieser Phase von der DWK noch nicht genannt (DWK 1981 ‘Auszug’: 4; Ueberhorst 1983 ‘Planungsstudie’: 36).

Die mögliche Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen war Anfang Januar 1980 auch Gegenstand von Anfragen im Deutschen Bundestag. Die Bundesregierung blieb jedoch in den diesbezüglichen Antworten wenig konkret. Der Abgeordnete Laufs (CDU/CSU) stellte die Frage, wie die öffentliche Akzeptanz für hessische Anlagen sichergestellt wird. Der parlamentarische Staatssekretär von Schoeler beim Bundesminister des Innern führte im Januar 1980 nur aus, dass der Bund zum Zeitpunkt mit dieser Angelegenheit nicht befasst sei (Laufs 1980 ‘BT-Drucksache 8/197 vom 18.01.1980’: 23). In einer weiteren Plenarsitzung vom Mai 1980 erklärte von Schoeler deutlich, dass eine Anlage in Hessen konkret, der Standort jedoch noch nicht bestimmt sei: „Ein Standort für die Anlage ist noch nicht benannt.“ Die Bundesregierung ging demnach davon aus, dass der in Hessen gestellte Antrag sorgfältig geprüft werde. „Eine weitergehende Bewertung des Antrages werde sie erst im Anschluss daran vornehmen.“ (Die Bundesregierung 1980 ‚BT-Drucksache 8/217 vom 14.05.1980’: 90). Auch im Juli des gleichen Jahres erklärte die Bundesregierung im Rahmen einer kleinen Anfrage, sie unterstütze das Land Hessen bei der Prüfung für die Errichtung und den Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage. Ebenfalls sei sie bereit, alle Ergebnisse aus Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und sicherheitstechnischen Untersuchungen uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen (Die Bundesregierung 1980 ‚BT-Drucksache 8/4420 vom 23.07.1980’: 3).

## **7.2 Staatliches Handeln der Landesregierung Hessen zur WAA**

Die offizielle Ankündigung, wo in Hessen eine WAA gebaut werden solle, erfolgte schrittweise. In einer Presseerklärung von Anfang Dezember 1981 gab der hessische Wirtschaftsminister Klaus-Jürgen Hoffie, Nachfolger von Heinz-Herbert Karry, zunächst lediglich bekannt, die DWK habe die beiden hessischen Standorte Merenberg und Frankenberg für eine geplante WAA vorgeschlagen. Weiter erläuterte er, es handele sich um eine aufwändige, kritische und gewissenhafte Vorprüfung, es gäbe noch keine Vorentscheidung für oder gegen einen der beiden Standorte. Diese Vorprüfung könne

bis zu einem halben Jahr im ersten Halbjahr 1982 andauern, bevor dann ein mehrjähriges atomrechtliches Genehmigungsverfahren durchgeführt werde. Grundlage der Prüfung sollte ein von Bund und Ländern abgestimmter Kriterienkatalog sein. Darüber hinaus erklärte Hoffie, er habe vor der offiziellen Kundgabe alle Stellen, unter anderem die örtlichen Kommunalpolitiker, über die Pläne informiert. Weitere Erläuterungen zum möglichen Dialog mit der lokalen Bevölkerung gab er nicht (Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik 1981 'Presseinformation vom 2.12.1981', HHStAW, 502, 11261).

Ebenfalls Anfang Dezember 1981 lud Hoffie eine Gruppe von kommunalen Vertreter\*innen aus Frankenberg nach Wiesbaden ein, um über die Pläne für eine WAA zu informieren (Stadt Frankenberg 1981 'Protokoll', StadtA FKB, A1). Bei diesem Treffen äußerten mehrere Vertreter\*innen aus den Kommunen Unmut über die fehlenden, unzureichenden und verspäteten Informationen hinsichtlich der WAA-Pläne. Auch Bürgermeister Sepp Waller beklagte, der Standort Frankenberg sei bereits zwei Wochen vor dem Treffen beim hessischen Landtag in einer Tageszeitung erwähnt worden und die Stadt Frankenberg sei bei der Entscheidung und den Überlegungen zur WAA zunächst gar nicht einbezogen worden (Atomwüllzeitung 1982 'Wer WAA säht').

Erst im Sommer 1982 entschied die Hessische Landesregierung schließlich, in Frankenberg-Wangershausen eine WAA errichten zu wollen. Ein entsprechender Kabinettsbeschluss, der einstimmig angenommen wurde, erfolgte auf der Sitzung am 20. Juli 1982: „Die Hessische Landesregierung ist nach dem Ergebnis des Vorprüfungsverfahrens bereit, den Antrag der DWK auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe am Standort Frankenberg-Wangershausen zu verfolgen.“ (Wochendienst 1982 vom 24.07.1982).

Das Kabinett war sich überdies einig über eine verstärkte Beteiligung der Bevölkerung und äußerte das auch explizit: „Es besteht Übereinstimmung darüber, daß angesichts der mit der Planung und dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zusammenhängenden komplizierten Fachfragen, insbesondere hinsichtlich der Sicherheit einer solchen Anlage, die Bürgerbeteiligung verstärkt werden muss. Dies soll durch ein möglichst frühzeitig durchzuführendes öffentliches Anhörungsverfahren und andere Beteiligungsmodelle erfolgen.“ (Hessische Landesregierung 1982 'Kabinettsbeschluss', HHStAW, 502, 11262). Der zitierte Kabinettsbeschluss gibt keinen weiteren Aufschluss, wie die genauen Ziele und Beteiligungsmodelle aussehen und umgesetzt werden sollten. Die Art und die Modi der Beteiligung waren zu dem Zeitpunkt also noch offen.

Einen Tag nach dem Kabinettsbeschluss teilte der hessische Ministerpräsident Holger Börner mit, dass nach objektiven Grundsätzen entschieden worden sei (Hessischer Rundfunk vom 21.07.1982 'Interview mit Holger Börner', HHStAW, 2016\_1\_469). Angewendet worden sei ein vorab festgelegter Kriterienkatalog, der dazu diene, verschiedene Standorte direkt miteinander zu vergleichen. Dieser bestehe aus nuklear- und nicht-nuklearspezifischen Aspekten und sei vom Bund und vom Land erstellt worden (Wochendienst 1981 vom 12.12.1981). Die Landesregierung kommunizierte weiter, dass der Standort Frankenberg-Wangershausen die Bedingungen für Dauerauswirkungen von Grundwasserstand und die Frage der Ableitung der Kühl- und Abwässer besser

erfülle als der zweite anvisierte Standort Merenberg. Auch sei Merenberg als weniger geeignet eingestuft worden aufgrund eines laufenden Verfahrens zur Anerkennung als Luftkurort. Börner bekräftigte außerdem, dass die Einbeziehung der Bürgerschaft im Verfahren rund um Frankenberg unabdingbar sei: „Und das kann man nur machen, wenn man sich dem Dialog der Bürger stellt.“ (Hessischer Rundfunk vom 21.07.1982 'Interview mit Holger Börner', HHStAW, 2016\_1\_469).

Ein Briefwechsel (Hoffie 1982 ‚Schreiben an Börner‘, BArch, B 136/21877) gibt Hinweise auf eine positive Haltung beim hessischen Wirtschaftsminister und dem hessischen Ministerpräsidenten zu den üblichen gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren der Bürgerbeteiligung und speziell den Anhörungsverfahren bei atomrechtlichen Vorgängen. Hoffie äußerte sich zur Bürgerbeteiligung folgendermaßen: „Alle Überlegungen über eine verstärkte Bürgerbeteiligung müssen davon ausgehen, daß für ein solches Großobjekt in mehreren gleichzeitig durchzuführenden öffentlich-rechtlichen Verfahren eine sehr weitgehende Bürgerbeteiligung zur Wahrung der Individualrechte bereits sichergestellt ist.“ (Hoffie 1982 ‚Schreiben an Börner‘, BArch, B 136/21877). Hoffie vertrat weiter die Auffassung, dass der Dialog über das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren hinaus gehen könne und eine verstärkte Beteiligung und neue Verfahren zu einer „Versachlichung“ beitragen können.

Offensichtlich wollten die staatlichen Stellen die Kontroverse mittels Bürgerbeteiligung reduzieren. Auffällig ist das Stichwort „Versachlichung“. Dies fand auch im Zusammenhang mit dem Bürgerdialog Kernenergie Verwendung: So nahm das BMFT (BMFT 1979 ‚Nukleare Entsorgung‘: 23) für sich in Anspruch, mit „im Rahmen des von der Bundesregierung initiierten Bürgerdialogs bereits in den letzten Jahren eine weitgehende Versachlichung der Diskussion über die Kernenergie“ bewirkt zu haben. Der Begriff war aber nicht unumstritten (BBU 1976 ‚Kernenergie - ein Bürgerdialog‘), weil er den Vorwurf der Emotionalität der Atomkritik im Sinne der Defizitthese implizierte (siehe Kapitel 3.1.1.1) und vor allem von Atomkraft-Befürwortern wie dem prominenten Atomphysiker Carl-Friedrich von Weizsäcker, der eine „Versachlichung“ und „Objektivierung“ der Atom-Debatte einforderte, genutzt wurde (Weizsäcker 1977, Seefried 2014).

Im November 1982 entschied und verkündete die DWK dann allerdings, nun doch keine WAA in Nordhessen bauen zu wollen. In einem Schreiben des Vorsitzenden der DWK Scheuren wurde dies damit begründet, dass in Bayern ein raumordnerisches Verfahren für einen Standort positiv abgeschlossen worden sei und in Niedersachsen ein anderer Standort als Gorleben zur Diskussion stünde. „Angesichts gemachter Erfahrungen haben wir uns im Interesse größtmöglicher Sicherheit in bezug auf das angestrebte Ziel dazu entschlossen, in zwei Bundesländern je ein Genehmigungsverfahren für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage durchzuführen. Im Vordergrund unseres Interesses stehen die Standorte in den Ländern Bayern und Niedersachsen.“ (DWK 1982 ‚Schreiben Scheuren an Börner vom 12.11.1982‘, HHStAW, 2016/1, 469).

Eine Äußerung von Ministerpräsident Holger Börner zur Entscheidung der DWK in der Hessenschau vom 16. November 1982 zeigt seine Enttäuschung darüber, dass in seinen Augen eine wirtschaftliche Chance für die Region vertan wurde:

„Es ist klar, die Wiederaufbereitungsanlage wird in Frankenberg/Wangershausen nun nicht gebaut. Dieses werden die begrüßen, die immer schon gegen die Atomenergie gewesen sind. Andere wiederum werden bedauern, daß hier eine große strukturpolitische Entscheidung nun nicht getroffen wird, denn die mit der Anlage verbundenen Arbeitsplätze werden nun nicht geschaffen. Die Landesregierung hat nun die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß durch andere Industrieansiedlungen der Raum Waldeck/Frankenberg für die 90er Jahre krisenfester gemacht wird.“ (Hessenschau vom 16.11.1982 'Börner zur WAA in Frankenberg', HHStAW, 2016\_1\_469).

### **7.3 Aufgaben und Aktivitäten der Betreibergesellschaft DWK**

Die DWK hatte die Aufgabe, die technischen Voraussetzungen für die Planung und den Bau einer WAA in Deutschland zu schaffen, Anträge und Genehmigungen einzuholen und lokale Bedingungen bei potentiellen Standorten zu eruieren. Sie war kein staatlicher Akteur, sondern handelte privatwirtschaftlich. Zu den Gesellschaftern gehörten zwölf bundesdeutsche Stromversorgungsunternehmen, wie zum Beispiel das Badenwerk Karlsruhe (DWK ca. 1981 'Wiederaufbereitungsanlage in Hessen': 20).

Bei der Standortsuche richtete die DWK ihren Blick 1981 nach Nordhessen: Nach den Plänen sollte die Wiederaufbereitungsanlage auf einer ca. 120 ha großen Fläche in Frankenberg-Wangershausen entstehen (DWK ca. 1981 'Wiederaufbereitungsanlage in Hessen': 20). Der Bund war der Besitzer dieses Wald- und Wiesenstücks (DWK ca. 1981 'Wiederaufbereitungsanlage in Hessen': 18).

Ein Zeitungsartikel aus der Frankfurter Neuen Presse vom 11. Dezember 1981, also nach Bekanntgabe der zwei möglichen hessischen Standorte, beschreibt die geplanten Maßnahmen der DWK für die Kommunikation mit den Bürger\*innen: „Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) richtet sich auf einen langwierigen Dialog mit der Bevölkerung ein. Der Vorstandsvorsitzende der DWK, Gunter Scheuren, erklärte auf einer ersten Pressekonferenz, die Gesellschaft suche das sachliche Gespräch in noch einzurichtenden Informationsbüros und werde in Veranstaltungen ihren Standpunkt vertreten.“ (Fluck 1981 in FNP vom 11.12.1981).

Die DWK gab 1981 eine 20-seitige Broschüre heraus, in der umfassend zur geplanten WAA in Frankenberg informiert wurde (DWK 1981 'Wiederaufbereitungsanlage in Hessen'). Wichtige Elemente waren: Beschreibung der Anlage, Funktionsweise einer WAA, nationale und internationale Erfahrungen, Radioaktivität und Sicherheit. Welche Verbreitung die Broschüre erfuhr, ist nicht bekannt. Sie wurde aber vor Ort in Frankenberg als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Im hinteren Teil der Broschüre erläuterten die Verfasser\*innen auch das Verfahren der atomrechtlichen Genehmigung, die ein formales Anhörungsverfahren mit einem ausführlichen Abwägen des Für und Wider beinhaltet.

Im Frühjahr und Sommer 1982 richtete die DWK mehrere Informationsveranstaltungen aus, installierte einen Info-Bus vor Ort und betrieb ein Kontaktbüro in Frankenberg (Battenfeld, Potente 1987: 220; Schreiber 1981 in FR vom 09.12.1981). Ziel war es, über Planungen zu informieren, die als Grundlage für eine Diskussion dienen sollten (Battenfeld, Potente 1987: 84). All diese Maßnahmen weisen Parallelen zu den Ereignissen am Standort Gorleben auf (siehe Kapitel 6).

Mitarbeitende der DWK referierten bei lokalen Veranstaltungen in Frankenberg und Umgebung, erläuterten die Pläne und technischen Hintergründe. Dies konnte beispielhaft bei einer Info-Veranstaltung, die am 11. Februar 1982 in Röddenau mit 300 Teilnehmenden stattfand, nachvollzogen werden (ZVE 1982 in HA vom 13.02.1982). Hier nahm der für die Standortfrage zuständige Ingenieur der DWK teil und stand einer mitunter kritischen Bürgerschaft Rede und Antwort.

**Abbildung 18: Beispiel von zwei Zeitungsanzeigen, links DWK, rechts die Reaktion der Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg**



**WUSSTEN SIE,**

**daß die DWK sich über die sachlich unrichtigen Anzeigen der BI Umweltschutz Frankenberg wundert? Die Bürgerinitiative sollte wirklich besser informiert sein.**

Die falsche Darstellung von sicheren Sachverhalten und der falsche Gebrauch von allgemein bekannten Tatsachen lassen auf einen unzureichenden Kenntnisstand der BI schließen.

Sachlich richtige Informationen erhalten Sie – und die BI Frankenberg – in unserem Info-Shop. Broschüren, Fachliteratur und Video-Filme stehen Ihnen dort zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Jeden Donnerstag und Freitag von 10.00 – 18.00 Uhr und samstags von 10.00 – 14.00 Uhr.

**Erst informieren – dann diskutieren**  
Nähere Informationen erhalten Sie bei uns

**DWK**  
Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH  
Hugo-Preuß-Straße 8, 3500 Kassel  
Telefon: (05 61) 3 20 85

Büro Hessen

Antwort auf die DWK-Anzeige vom 24. Juni und alle folgenden

**Wußten Sie,**

daß die Frankenger klüger sind, als die DWK sie gerne hätte?

Sie wissen nämlich:

- 1.) Die DWK ist ein Gemeinschaftsunternehmen von 12 Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen, und sie finanziert letztlich alle Aktivitäten – auch Werbung! – über den Verkauf von Kilowatt-Stunden.
- 2.) Die DWK kann die Bedenken und Sorgen der Bürger gegenüber der geplanten WAA nicht mit glaubhaften Argumenten entkräften, deswegen unterstellt sie der BIUF einen „unzureichenden Kenntnisstand“.
- 3.) Wer nachweislich ein Profit-Interesse an einer Sache hat, kann ihr nicht neutral gegenüberstehen. Wir Bürger haben kein Profit-Interesse an der WAA und können jeden – auch die DWK – sachlich richtig und umfassend informieren, und zwar in unserem BI-Büro in Frankenberg, Am Hain 17.

Das BI-Büro ist in den Ferien werktags von 16-18 Uhr und samstags von 10-12 Uhr geöffnet.

Wer den Wahlspruch empfiehlt „Erst informieren – dann diskutieren“, sollte sich selbst auch daran halten: Einseitige Information und Polemik werden vom Bürger erkannt.

Uns stehen keine riesigen Werbeetat zur Verfügung wie der DWK und den Elektrizitätsversorgungsunternehmen. (Natur hat keine Lobby!). Deshalb sind wir auf jede Spende angewiesen. Bitte überlegen Sie, ob sie unsere Arbeit mit unterstützen können. Spenden Sie auf das Konto Ihrer nächstgelegenen Bürgerinitiative! Ihre Umwelt, Ihre Heimat wird es Ihnen danken.

Kreissparkasse Frankenberg, BLZ 533 512 01, Nr. 1255

BIUF (Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg)  
Am Hain 17, 3558 Frankenberg, Telefon (0 54 51) 2 15 15

Quelle: Battenfeld, Potente 1987: 89, 90.

Ab dem Sommer 1982 gestaltete sich die Kommunikation vor Ort in Frankenberg in zunehmendem Maße konfrontativ. Die DWK gab eine Anzeige in einer lokalen Zeitung in Auftrag mit dem Titel „Wussten Sie...“, um für die Angebote der DWK zu werben und der Bürgerinitiative mangelnden Informationsstand vorzuwerfen, um so auf Anzeigen der

lokalen Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg zu reagieren. Die BI Umweltschutz Frankenberg antwortete darauf mit einer eigenen Anzeige im gleichen Duktus und dem Hinweis, dass sie klüger sei als von der DWK erhofft (Battenfeld, Potente 1987: 89m 90, Abbildung 18).

Die DWK informierte in einer Presseerklärung vom 16. November 1982, dass das Unternehmen nicht länger am Standort in Frankenberg interessiert sei. Über weitergehende Gründe für die Entscheidung gegen Frankenberg, informierte die DWK die Öffentlichkeit allerdings nicht (DWK 1982: HHStAW, 2016\_1\_469).

## **7.4 Haltungen in den Kommunen**

### **7.4.1 Stadt Frankenberg und Landkreis Waldeck-Frankenberg**

In einem ersten Gespräch zwischen der kommunalen Spitze in Frankenberg und den Vertretern der DWK, zu dem ein ausführliches Protokoll vorliegt, signalisierte die Stadt zuerst eine neutrale und unterstützende Haltung, äußerte aber gegenüber der DWK deutliche Kritik (Stadt Frankenberg 1981 'Niederschrift', StadtA FKB, A1, 1591).

Zu Beginn des Gesprächs, das am 17. Dezember 1981, etwa 2 Wochen nach der Absichtserklärung der hessischen Landesregierung zu Frankenberg als WAA-Standort, stattfand, äußerte der damalige Bürgermeister Sepp Waller (SPD) Unverständnis und Unzufriedenheit, dass die DWK bisher keine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben habe. Die Bürgergruppen hätten die Gelegenheit genutzt und ihrerseits alle Betroffenen breit informiert. Auch hätten sie bereits Informationsstände und Öffentlichkeitsarbeit organisiert. Damit sei ein Vorsprung entstanden, der schwierig aufzuholen sei. Im Gespräch wurden folgende Themen erörtert: die DWK und ihre Gesellschafterstruktur, Endlagerung an WAA-Standorten, Lebensdauer einer WAA und Abriss, Vorteile der Anlage und Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Struktur des Raumes, Gründe für die Errichtung eines Schornsteins und Freisetzung von radioaktiven Stoffen. Zum Schluss des Gesprächs sicherten die Kommunalpolitiker weitreichende Unterstützung beim Verteilen der Broschüren und der Öffentlichkeitsarbeit im Allgemeinen zu, was wiederum auf eine kooperative Haltung schließen lässt. Auch sagten sie zu, bei der Suche nach Räumlichkeiten für ein Informationsbüro vor Ort in Frankenberg behilflich sein zu wollen (Stadt Frankenberg 1981 'Niederschrift', StadtA FKB, A1, 1591). Weitere Besprechungen und Abstimmungen zwischen der Stadt Frankenberg und DWK sind nicht belegt. Jedoch unterrichtete Bürgermeister Waller alle umliegenden Gemeinden über das Gespräch mit der DWK und den Plänen zur WAA (Stadt Frankenberg 1981 'Niederschrift', StadtA FKB, A1, 1591: 27-35).

Das Frankenberger Stadtparlament äußerte sich gegen die WAA-Pläne und verabschiedete mit einer knappen Mehrheit von 17 zu 16 Stimmen Ende April 1982 eine entsprechende Resolution: „In der bisherigen Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern einer solchen Anlage hat sich gezeigt, daß erhebliche unterschiedliche

Auffassungen bei der Bewertung der gesundheitlichen Risiken und der Beurteilung über die Beeinträchtigung der Umwelt festzustellen waren“ (JM 1982 in FZ vom 30. 04.1982).

Vor diesem Hintergrund nahm der Bürgermeister von Frankenberg Waller in einem Brief an Ministerpräsident Börner vom 5. Mai 1982 eine deutlich kritischere Haltung ein. Er begründete seine Skepsis mit möglichen Nachteilen für die regionale Wirtschaftsstruktur und nach wie vor wahrgenommenen Sorgen beim Strahlenschutz. Diese Bedenken habe der Betreiber bislang nicht ausräumen können (Stadt Frankenberg 1982 'Geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe', S StadtA FKB, A1, 1589). Der Brief schließt mit der Forderung: „Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, diese Bedenken bei ihrer Entscheidung für einen eventuellen Standort Wangershausen zu berücksichtigen und falls sie nicht in der Lage ist, sie zu entkräften, Wangershausen als möglichen Standort für eine WA zu streichen“ (Stadt Frankenberg 1982 'Geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe', S StadtA FKB, A1, 1589).

Eine kritische Haltung kam aus dem lokal politischen Umfeld und seiner eigenen Partei, vor allem den lokal aktiven Jungsozialisten der SPD, die bereits 1980 in Frankenberg eine Stellungnahme herausgegeben hatte. Die Schrift der Jungsozialisten stellte die Kernkraft und die Risiken einer WAA in Nordhessen aus ihrer Sicht dar. Sie erschien zunächst im Dezember 1980, wurde dann im Februar 1981 nachgedruckt und liest sich wie ein sehr kritisches politisches Gegenstück zu den Darstellungen der staatlichen Stellen und der DWK (Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen / Unterbezirk Waldeck-Frankenberg 1981). Die lokale Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen griff auf eine Vielzahl von kritischen wissenschaftlichen Quellen, grauer Literatur, Broschüren, Zeitschriften und Flugblätter zurück, darunter auch die Ausführungen zum neuen Konzept der WAA am Standort Frankenberg, das vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz herausgegeben worden war (BBU 1980 'Wiederaufarbeitung': 2-5).

Der parteilose Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg Karl-Hermann Reccius nahm zu Beginn des Prozesses und in den Monaten danach eine beschwichtigende Rolle ein und versuchte zunächst Informationen zusammenzutragen. Die Zeitung HNA zitierte ihn: „Es kommt jetzt weniger auf Demonstrationen an, sondern vielmehr darauf, die Ruhe zu bewahren und sich zu informieren.“ (ULI 1981 in HNA vom 07.12.1981, HStAM 330 Battenberg Nr. A 452) Die örtliche Presse nahm an, dass der Landrat eher zu den Plänen einer WAA stünde und sie befürwortete (zum Beispiel Ellenberger, Flossmann 1982 in HNA vom 20.02.1982).

## 7.4.2 Nachbargemeinden

Benachbarte Gemeinden sind von den Auswirkungen und Risiken von Atomanlagen betroffen. So gab es auch von dort Kritik und Ablehnung. Beispielsweise wurden in der Gemeinde Battenberg, Nachbarort von Frankenberg und südwestlich des anvisierten Standortes gelegen, in einer Resolution vom April 1982 u.a. die mangelnde

Beherrschbarkeit der Technologie und die nicht gelöste Endlagerproblematik als Gründe für eine ablehnende Haltung gegen die Pläne einer WAA benannt. Auch mögliche wirtschaftliche Vorteile wurden als fragwürdig eingestuft (Stadtverordnetenversammlung Stadt Battenberg 1982 'Resolution vom 22.4.1982', HStAM, 330 Battenberg, A 452). Ähnlich wie in der Region um Wyhl äußerten sich auch in Nordhessen die Nachbargemeinden besonders kritisch (Milder 2017; Kaijser, Meyer 2021).

Auch in der Stadt Hallenbach kam Mitte Januar 1982 der Stadtrat zu einer Sitzung zusammen und zeigte eine geschlossen ablehnende Haltung: „Gegen den möglichen Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Frankenberg-Wangershausen haben sich einmütig alle Ratsmitglieder des Hallenbacher Stadtrats ausgesprochen. Einstimmig wurde beschlossen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Einrichtung einer WAA zu verhindern.“ (ZI 1982 in WLZ vom 19.01.1982).

In der Gemeinde Lichtenfels – nördlich der Standortfläche Wangershausen gelegen – hatte sich die Ablehnung bereits früh etabliert. Einer der Ortsbeiräte, ein Teilorgan der Gemeinde Lichtenfels, tagte bereits am 17. Januar 1982 und sprach sich einstimmig und entschieden gegen eine WAA aus (Ortsbeirat Lichtenfels 1982, 'Niederschrift', HStAM, 330 Lichtenfels, I 49). Die übergeordnete Gemeinde Lichtenfels selbst zeigte sich zunächst abwartend und neutral, und organisierte am 20. April 1982 eine öffentliche Informationsveranstaltung in Lichtenfels (Gemeinde Lichtenfels 1982 'Einladung', HStAM, 330 Lichtenfels, I 49). Wie viele Menschen hieran teilnahmen, ist nicht bekannt. In einer Stadtverordnetensitzung am 2. Juni 1982 positionierten sich die kommunalen Vertreter\*innen dann eindeutig gegen die WAA in Frankenberg (Gemeinde Lichtenfels 1982 'Brief', HStAM, 330 Lichtenfels, I 49).

## **7.5 Bürgerinitiativen und Protest**

### **7.5.1 Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**

Schon 1980, also vor dem Aufkommen der Kontroverse in Frankenberg in den Jahren 1981 und 1982 im Zuge der Pläne für eine Errichtung einer WAA in Hessen, veröffentlichte der BBU ein Rundschreiben an seine Mitglieder unter dem Titel „Wiederaufarbeitung in Nordhessen und Rheinland-Pfalz, 'Neues' Konzept – Alte Probleme“ (BBU 1980 'Wiederaufarbeitung': 1). Der BBU hatte Expertise zur Kernenergie und Wiederaufarbeitung angesammelt, vor allem durch sein Engagement bei Gesprächskreisen und Veranstaltungen des bundesweiten Bürgerdialog Kernenergie und am Standort Gorleben, und allgemein durch die jahrelange Arbeit im Themenfeld. Das Rundschreiben hatte einen sehr technischen Charakter und informierte über die Funktionsweise und den möglichen Nutzen einer WAA, ging auf die Verfahren zur Gewinnung von neuem Brennstoff ein, und wies auf zahlreiche Defizite und Risiken hin, wie zum Beispiel die nicht ausgereifte Technik und die Nachteile einer mit Entsorgung gekoppelten Anlage. Schließlich ging der BBU auch auf die Standortfrage ein: „In

Nordhessen hat die DWK einen Antrag zur Errichtung einer 350-t Anlage gestellt, deren Standort voraussichtlich nahe der Grenze zu Nordrhein-Westfalen liegen wird. Ähnliche Pläne bestehen in Rheinland-Pfalz und vielleicht auch in Bayern.“ (BBU 1980 'Wiederaufarbeitung': 2). Das Rundschreiben endete mit der Bemerkung: „Das für Nordhessen (und Rheinland-Pfalz) vorgesehene Wiederaufarbeitungskonzept weist gegenüber dem Gorleben-Konzept keine Verbesserungen auf. Die Wiederaufarbeitung ist heute so gefährlich, kostspielig und politisch sinnlos wie vor dem Gorleben-Hearing 1979.“ (BBU 1980 'Wiederaufarbeitung': 4).

Auch äußerte sich der BBU überregional zu Frankenberg und warnte die Politik, dass die die Konflikte auch Auswirkungen auf Wahlergebnisse haben könnten. In der Süddeutschen Zeitung vom 22.07.1982 ist der BBU zitiert mit der Äußerung: „[...] der Widerstand werde ähnliche Ausmaße annehmen, wie der Protest gegen die Startbahn-West und sich in den Ergebnissen der Landtagswahlen in Hessen im September niederschlagen“ (HFM 1982 in SZ vom 22.07.1982).

## 7.5.2 Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg (BIUF)

Nachdem die Pläne für eine WAA in Frankenberg Anfang Dezember 1981 bekannt geworden waren, formierte sich schnell Widerstand in der Bevölkerung und Gegenreaktionen wurden organisiert, unter anderem eine erste Demonstration am Abend der Standortbenennung. Mehrere aktive Bürgerinitiativen beteiligten sich mit regelmäßiger Öffentlichkeitsarbeit sowie großen Demonstrationen und Festen. Diese dienten dazu, Gruppen und Kräfte zusammenzuführen, um die WAA in Frankenberg zu verhindern (BIUF 1982: StadtA FKB, A1, 1678).

In den Jahren 1981 und 1982 hatten sich in vielen Ortschaften der Region rund um Frankenberg Bürgerinitiativen gebildet. Battenfeld, Potente (1987: 205) geben die Zahl mit 13 Bürgergruppen an, die sich gegen die drohende Anlage auflehnten.

Ende des Jahres 1981 kam nach der Standortbenennung eine Gruppe von Bürger\*innen zusammen, die sich zur Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg (BIUF) zusammenschloss. Eines der wichtigsten Ziele war die Öffentlichkeitsarbeit, also Informationen zu sammeln, auf die Planungen der WAA am Standort Frankenberg aufmerksam zu machen und damit den Bau zu verhindern. Sie bestand zu Beginn aus ca. 20 Mitgliedern. Finanziert waren die Aktionen und die Druckkosten durch Spenden aus der Bürgerschaft (BIUF 1982, StadtA FKB, A1, 1678).

Das Büro der BIUF fungierte als Dreh- und Angelpunkt für den Widerstand gegen die WAA vor Ort. Vertreter\*innen der bundesdeutschen BBU-Ebene nahmen an Demonstrationen teil und wurden bei Eröffnungsreden willkommen geheißen (Battenberg, Potente 1987: 17, 26, 124). Ob der BBU, der ja sehr dezentral organisiert war, tiefer in den Prozess eingriff oder nur den Titel „BBU-Außenbüro“ für die BI-Stelle in Frankenberg hergab, ist schwer zu beurteilen. Aus der Selbstdarstellung der BI Umweltschutz Frankenberg (BIUF) ist zu erfahren, dass sie die Arbeit im Januar 1981 aufgenommen und sich im Sommer 1981 dem BBU angeschlossen hatte (Battenberg,

Potente 1987: 27). Die Bürgerinitiative beschrieb ihre eigene Tätigkeit mit diesen Worten: „Die BIUF macht’s möglich: Informationsstände, Wanderungen zum Standort und regelmäßige Treffen werden beschlossen und durchgeführt, Kontakte zur BI Merenberg sowie zum BBU-Dachverband geknüpft sowie ein erstes BI-eigenes Büro eingerichtet.“ (Battenberg, Potente 1987: 17)

Die Bürgerinitiative veröffentlichte eine Vielzahl von Rundschreiben, Flugblättern und gab Presseerklärungen heraus. Das erste Rundschreiben der BIUF erschien bereits im Dezember 1981. Gesichert nachgewiesen ist, dass die BIUF zwischen Dezember 1981 und Januar 1983 insgesamt 11 Rundschreiben, eine Selbstdarstellung und eine Pressemitteilung herausgaben (Anlage, Tabelle 20). Damit entstand ein wichtiges Sprachrohr, um kontinuierlich und sehr aktuell über alles rund um die WAA zu berichten und die Agenda der öffentlichen Auseinandersetzung zu beeinflussen. Obwohl die Druckauflage und Zielgruppen der Publikationen meist nicht auf den Dokumenten angegeben waren, ist zu vermuten, dass sie in der Gegend um Frankenberg breit verteilt wurden.

Die BI versuchte die Unterstützung in der Bevölkerung gegen die WAA zu verdeutlichen und führte Unterschriftenaktionen durch, um auf die lokalen Entscheidungsträger einzuwirken. Dies war ein viel genutztes Instrument von Bürgerinitiativen gegen Atomkraft (Presas, Meyer 2021: 99), das 1974 auch in Wyhl die Baden-Württembergische Landesregierung beeindruckt hatte und den dortigen Ministerpräsidenten Hans Filbinger eine Informationsaktion des Bundes einfordern ließ (siehe Kapitel 3.4. und Kapitel 4). Die Anzahl der gesammelten Unterschriften ist nicht belegt, aber die Listen wurden an die Verwaltung der Stadt Frankenberg übermittelt (BIUF 1982, StadtA FKB, A1, 1678).

Wie die Initiative in Gorleben (Tompkins 2020; siehe Kapitel 6) vernetzte sich auch die Bürgerinitiative in Frankenberg rasch mit den Initiativen an anderen möglichen WAA-Standorten und organisierte den gemeinsamen Protest. Dies beschränkte sich nicht nur auf die Gemeinden in Hessen, sondern strahlte auch auf die angrenzenden Regionen in Nordrhein-Westfalen aus (Atom Müllzeitung Nr. 20 vom August 1982 (Sonderausgabe)). Am 4. September 1982 fanden über die Bundesrepublik verteilt am gleichen Tag vier Demonstrationen an den jeweiligen potentiellen WAA-Standorten Schwandorf, Frankenberg, Hambuch und Gorleben statt. Gorleben war jedoch zu diesem Zeitpunkt offiziell kein Standort mehr für eine WAA, allerdings mit dem geplanten Endlager Teil des Entsorgungssystems. In Frankenberg gestaltete sich diese zu einem „WAALd- und Wiesenfest“ direkt am geplanten Standort in Frankenberg-Wangershausen aus (Kulturerbe Niedersachsen 1982: 1).

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg beendete ihre Arbeit 1983, nachdem ihr Zweck erfüllt war: „[...] im Herbst ‘83 verschwindet die Bürgerinitiativbewegung in Frankenberg tatsächlich von der Bildfläche, dann allerdings genauso abrupt, wie sie entstanden ist.“ (Battenberg, Potente 1987: 197).

### 7.5.3 Lokale Protestformen: Demonstrationen und Traktoren-Trecks

Die Ankündigung der hessischen Landesregierung im Dezember 1981, dass eine WAA in Frankenberg entstehen solle, zeigte vor Ort schnell Wirkung: Am 23. Januar 1982 versammelten sich 10.000 Menschen auf dem Marktplatz in Frankenberg, um gegen die geplante WAA zu demonstrieren. Dies geht aus einem Zeitungsartikel von 2012 hervor, der retrospektiv die Situation damals beleuchtet (o.V. in HNA vom 21.07.2012). Charakteristisch war, dass die Teilnehmenden überwiegend aus den umliegenden Orten aus Hessen und dem angrenzenden Nordrhein-Westfalen stammten.

Wenn man davon ausgeht, dass vor allem die lokale Bevölkerung an der Demonstration teilnahm, repräsentieren 10.000 Menschen mehr als ein Viertel der Einwohnerschaft der Gemeinden in der Region um Frankenberg (Hatzfeld, Battenberg, Allendorf Eder, Frankenberg Eder und Vöhl am Edersee), die bei etwa 35.000 lag (DWK 1981 'Statistik von 1980', AdsD, FES-C07-6666).

Frankenberg liegt – wie Gorleben – in einer ländlichen Region, in der sehr viel Landwirtschaft im Haupt- und Nebenerwerb betrieben wird. Wie beim Gorleben-Treck nach Hannover 1979 (Schmiechen-Ackermann, Hagemann 2020) organisierte die „Aktionsgruppe Landwirtschaft gegen Atomenergie“ einen Aufmarsch mit 200 Traktoren. Die Vermutung liegt nahe, dass der Gorleben-Treck als praktisches Vorbild für die Protestzüge in Frankenberg diente. Es ist davon auszugehen, dass dieser den Akteuren bekannt gewesen war. Die Traktor-Protestierer fuhrten am 27. März 1982 auf den Marktplatz der Stadt Frankenberg zu einer Kundgebung und blockierten die Straßen (AT 1982 in FZ vom 29.03.1982). Trecker-Proteste dienten auch immer zur Verdeutlichung, wie sehr der Protest in der lokalen und ländlichen Bevölkerung verwurzelt war. Mit der Symbolik dieser Protestform wollten die Akteure auch den oft geäußerten Vorwürfen entgegen treten, es handle sich nur um städtische „Berufsprotestierer“, die gegen die Anlagen aufträten (Frohn 2003).

Vier Tage nach dem einstimmigen Beschluss des hessischen Kabinetts am 20. Juli 1982 für die Errichtung einer WAA in Frankenberg kam es am 24. Juli 1982 zu einer weiteren Demonstration mit ca. 12.000 Teilnehmenden (Glötz 2012 in FZ vom 23.5.2012).

## 7.6 Neue Konzepte der Bürgerbeteiligung

Im Zuge der Auseinandersetzungen um den möglichen WAA-Standort Frankenberg wurden zeitlich nahezu parallel zwei Konzepte für Bürgerbeteiligung erarbeitet:

- Ueberhorst-Studie: Verbesserte Bürgerbeteiligung in Prüfverfahren
- „Offene Bürgerdiskussion“ der Bürgerinitiativen aus der Region Wangershausen-Frankenberg

## 7.6.1 Ueberhorst-Studie: Verbesserte Bürgerbeteiligung in Prüfverfahren

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Reinhard Ueberhorst erstellte von August 1982 bis März 1983 eine „Planungsstudie zur Gestaltung von Prüf- und Bürgerbeteiligungsprozessen im Zusammenhang mit nuklearen Großprojekten am Beispiel der Wiederaufarbeitungstechnologie“, die die gängige Beteiligung der Bürgerschaft bei Großvorhaben wie beispielsweise atomtechnischen Anlagen verbessern sollte (Ueberhorst 1983 'Planungsstudie': 1). Auftraggeberin war die Landesregierung Hessen.

Die Studie wurde vor dem Hintergrund des massiven Widerstandes am geplanten Standort der WAA Frankenberg in Nordhessen erstellt. Ueberhorst selbst reiste in die Region und führte Gespräche mit Mandatsträger\*innen, Bürger\*innen sowie Unternehmer\*innen (Ueberhorst 1983 'Planungsstudie': 78, 83). „Die Befürchtungen wurden insbesondere von großen Teilen der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrsgewerbes artikuliert. Auch aus der einheimischen Wirtschaft, gab es Stimmen, die negative Auswirkungen auf das Wirtschaftsgefüge der Region befürchteten.“ (Ueberhorst 1983 'Planungsstudie': 106)

Ueberhorst traf sich Anfang September 1982 mit dem Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg, dem Bürgermeister von Frankenberg und anderen Vertreter\*innen aus der Region, um mit ihnen über das neue Konzept der Bürgerbeteiligung in Frankenberg sowie über die Motive der Landesregierung, die sich mit der Studie verbänden, zu sprechen. Er führte aus „daß die Landesregierung beabsichtige, ein gründliches Prüfungsverfahren zur Überprüfung aller kritischen Fragen durchzuführen, die von Bürgern und Wissenschaftlern zu der beantragten Wiederaufarbeitungsanlage vorgebracht werden.“ (Wochendienst 1981 vom 04. 09.1981: 1, HHStAW, 502\_11\_262).

Das Modell der Bürgerbeteiligung sollte auch dazu dienen, in einem Verfahren wissenschaftliche Kontroversen mit der Bevölkerung zu klären. Besonders betont wurde in dieser Presseerklärung, dass die Vorschläge der Frankenberger Bürgerschaft in das Modell einfließen und die Kritiker\*innen explizit gehört werden sollten. Ministerpräsident Börner implizierte weitreichende Konsequenzen: „Es sei selbstverständlich, daß die beantragte Anlage nur genehmigt werden könne, wenn die Bedenken zweifelsfrei ausgeräumt werden.“ (Wochendienst 1981 vom 04.09.1981: 1, HHStAW, 502\_11\_262). Der Ministerpräsident verdeutlichte damit auch die Rolle des Landes Hessen als unabhängige Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde.

Ein Blick in das Vorwort der Planungsstudie mit dem Titel „Für eine Verstärkung der Bürgerbeteiligung“, unterschrieben vom damaligen Ministerpräsidenten Holger Börner, gibt Aufschluss darüber, welche landespolitischen Ziele für den Auftrag für ein neues Modell der Bürgerbeteiligung ausschlaggebend waren. Börner schrieb: „Um die Umsetzung des Kabinettsbeschlusses zu erleichtern, habe ich im August 1982 Herrn Reinhard Ueberhorst, den ehemaligen Vorsitzenden der Enquete Kommission 'Zukünftige Kernenergiepolitik' des Deutschen Bundestages, gebeten, geeignete Vorschläge für eine verstärkte Bürgerbeteiligung zu entwickeln.“ Und weiter: „Meinen

Dank an die Autoren verbinde ich mit der Hoffnung, daß ihre Arbeit nicht nur zu einer Belebung, sondern auch zu einer Versachlichung der Debatte über Nutzen und Risiken technischer Großprojekte beitragen möge.“ (Ueberhorst 1983 ‚Planungsstudie‘: 5).

Ueberhorst griff bei der Erarbeitung auf eine Vielzahl von Vorerfahrungen, Wissensbeständen und Konzepten zurück, und führte sie zu einer Studie zusammen. So nutzte Ueberhorst sein eigenes Wissen, das er als Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Zukünftigen Kernenergie-Politik 1979 und 1980 hatte sammeln können. Darüber hinaus sind die bereits erwähnten Gespräche mit von der Planung der WAA in Frankenberg betroffenen Bürger\*innen hervorzuheben, die als Vor-Ort-Erfahrungen in die Arbeit einfließen. Auch die Dokumente zu einem 1973 entwickelten Verfahren zur Genehmigung und Begutachtung von Großanlagen hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen – der Wiedenfelser Entwurf – (EAD 1973: 263ff.), das Modell der offenen Bürgerdiskussion (Bürgerinitiativen rund um Wangershausen 1982: 207) sowie ein Statusbericht aus der nationalen Informationsstelle zum Entsorgungszentrum in Lüchow (BMFT 1983 ‚Bericht über die Tätigkeit der Informationsstelle‘, HLW 86B42: 282) lagen vor.

Gespräche zwischen Reinhard Ueberhorst und der im Sommer und Herbst 1982 in Frankenberg tätigen DWK kamen nicht zustande, so dass sie keinen Input zur Studie geben konnte. Es bestanden somit keine Kontaktpunkte zwischen dem Betreiber der geplanten WAA und dem Auftragnehmer der Planungsstudie.

Die Planungsstudie setzte an den bestehenden und rechtlich festgelegten Schritten zur Genehmigung von Großanlagen wie einer WAA an. Dabei übte Ueberhorst dezidiert Kritik an jedem einzelnen Schritt, sowie an der Tätigkeit der Gutachter\*innen und der Sachverständigen. Er führte aus, wie wenig Mitspracherechte Betroffene im laufenden Verfahren hätten. Er schlug daraufhin vor, Spielräume für eine deutlich bessere Beteiligung und den Dialog zu nutzen, und später auch rechtlich zu verankern.

Es entstanden Vorschläge, die für die damaligen Verhältnisse überwiegend Neuland und innovativ waren. Zum Beispiel schlug Ueberhorst vor, dass die Bürgerschaft bereits auf hoher Ebene der bundesweiten Energiepolitik mitreden müsse, damit es auf der lokalen Ebene überhaupt zum Gespräch über Großanlagen kommen könne. Bürger\*innen sollten gleichfalls mit Ressourcen ausgestattet werden, Gutachter\*innen sollten ausgeglichen von allen Seiten ausgewählt und akzeptiert sein. Weiterhin sollten Bürgerbüros dazu dienen, die Betroffenen schon zu einem frühen Zeitpunkt und noch weit vor dem offiziellen Erörterungstermin zu informieren.

Ueberhorst begründete seine Vorschläge in der Planungsstudie allesamt ausführlich. Er legte Wert darauf, dass sich alle Ideen im bestehenden rechtlichen Planungsrahmen bewegten. Seines Erachtens fehle nur der Wille und das Wissen bei den staatlichen Stellen, die Spielräume für mehr Bürgerbeteiligung auch auszunutzen. Trotz seiner sehr überzeugten Haltung in der Planungsstudie dafür, „Bürger in die Mitte [zu] rücken und Beteiligung [zu] stärken“ war es jedoch zu keiner Kooperation mit den lokalen Bürgerinitiativen gekommen.

Als Ergebnis der Studie lag im März 1983 ein etwa 300 Seiten umfassendes Gutachten vor. Zu dem Zeitpunkt war der Standort Frankenberg bereits aufgegeben worden. Der Betreiber DWK hatte angekündigt, die WAA in Bayern oder in Niedersachsen bauen zu wollen. Es war vorgesehen, dass die Studie trotzdem weiter diskutiert, verbessert und auf andere Standorte übertragen werden sollte. Die hessische Landesregierung beabsichtigte, die Studie den Bundesländern Niedersachsen und Bayern zur Verfügung zu stellen (Hessische Landesregierung 1982, 'Einstellung', HHStAW, 502, 11262). Jedoch ist nichts über weitere Nutzungen und weiteres Aufgreifen des Konzeptes bekannt.

## 7.6.2 Modell Offene Bürgerdiskussion

Das zuerst auf den 17. Dezember 1982 datierte Modell mit dem Namen „Offene Bürgerdiskussion“ stammt aus den Reihen der „Bürgerinitiativen rund um Wangershausen“ und wurde „im Rahmen des umstrittenen Projektes ‚Atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen‘ 1982“ erstellt. Das mit vier Seiten sehr knapp dargestellte Modell wurde auch im Anhang der Ueberhorst-Studie abgedruckt (Ueberhorst 1983 'Planungsstudie': 278ff.). Das Modell basiere auf den Erfahrungen rund um Frankenberg, so die Herausgeber. Aus den Quellen ist nicht deutlich ersichtlich, welche Erfahrungen das konkret waren. Vermutlich bewegen sie sich zwischen einer allgemeinen Skepsis gegenüber einer kerntechnischen Großanlage, den großen Mühen von Seiten der BIs verlässliche Informationen und ausbalanciertes Wissen zur WAA zu erhalten und dem späten Erhalt von (meist) unvollständigen Unterlagen, die vom Betreiber zur Verfügung gestellt wurden.

Dreh- und Angelpunkt und wohl aktivster Teil aller Bürgerinitiativen war die Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg, die als Herausgeberin identisch ist mit den „BIs rund um Wangershausen“. Um die Kooperation zu stärken und gemeinsame Aktionen wie Demonstrationen zu planen, schlossen sich die Bürgerinitiativen für eine bessere Durchsetzung ihrer Interessen zusammen, auch um mehr Information und Demokratie einzufordern. Näher hieß es:

„Das Modell 'Offene Bürgerdiskussion' sieht vor, daß sich alle betroffenen Bürger bei weitreichenden Entscheidungen bereits in der Vorplanung umfassend und vielseitig informieren können. Der Bauherr eines Großprojektes stellt einen angemessenen Geldbetrag zur Bürgerinformation bereit, eine Gruppe von Informationsbeauftragten aus der Region verwaltet das Geld und die betroffenen Bürger bestimmen selbst das Verfahren.

Entscheidend ist, dass sich die Bürger vor dem Genehmigungsverfahren ohne Druck und Angst über das Projekt und seine Auswirkungen unterrichten und sich eine eigene Meinung bilden. In diesem Sinne wollen wir mit unserem Vorschlag der 'Offenen Bürgerdiskussion' dem Staat mehr Demokratie abfordern.“ (Bürgerinitiativen rund um Wangershausen 1982: 207)

Das von den Bürgerinitiativen rund um Wangershausen als „Gegenvorschlag“ (Bürgerinitiativen rund um Wangershausen 1982: 207) zur Ueberhorst-Studie

bezeichnete Modell wurde bereits vor der Vorstellung der Planungsstudie veröffentlicht. Das Besondere am Modell „Offene Bürgerdiskussion“ bestand darin, dass die Arbeit rein aus der Bürgerschaft heraus entstanden war und aus der Motivation heraus, die Erfahrungen rund um Frankenberg bei den Planungen zur WAA für andere zusammenzufassen. Die Frage der Ressourcenmobilisierung und -ungleichheit (McCarthy, Zald 1973; McCarthy, Zald 1977; Edwards, McCarthy 2007), die dieses Modell ansprach, bleibt tatsächlich für jede soziale Bewegung von Bedeutung.

Das Konzept schloss im Nachwort damit, dass die offene Bürgerdiskussion schon vor 25 Jahren hätte stattfinden müssen, als die ersten Atomkraftanlagen gebaut wurden. Das sei damals versäumt worden. Das Papier sei ein Zwischenergebnis, andere kritische Bürger würden es weiterentwickeln.

## 7.7 Fazit

Wangershausen-Frankenberg wurde von der DWK im Dezember 1981 als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen vorgeschlagen. Nachdem das Land Niedersachsen im Mai 1979 den Bau einer WAA am Standort Gorleben abgesagt hatte, war eine erneute, bundesweite Standortsuche notwendig geworden, um das Ziel des Kernenergieausbaus weiter verfolgen zu können. Im Juli 1982 erklärte das Kabinett Börner per Kabinettsbeschluss die Absicht, den Standort zu prüfen. Die hessische Landesregierung befürwortete Kernenergie und verband damit positive Erwartungen für die Regionalentwicklung.

Die „Fallstudie WAA Frankenberg“ steht somit in der zeitlichen Abfolge der Ereignisse in Gorleben. Wie in Gorleben endete die WAA-Standortsuche ablehnend. In Hessen war dies jedoch nicht nur eine politische Entscheidung der Landesregierung, sondern dem Rückzug der DWK aus dem geplanten Vorhaben geschuldet.

In Frankenberg gab es Informations- und Dialog-Aktivitäten, wie sie auch im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie auf Bundesebene bzw. in Gorleben stattfanden. Der zentrale Akteur, hier die DWK als Betreibergesellschaft und nicht die Landespolitik, suchte den Kontakt zu den Verwaltungen in Frankenberg und den umliegenden Gemeinden, schaltete zur Vor-Ort-Informationsarbeit Anzeigen und informierte mit einer lokalen Informationsstelle Bürger\*innen. Aus Sicht der Lokalpolitik begann diese Informations- und Öffentlichkeitsarbeit aber recht spät. Mit der Teilnahme an Gemeindeversammlungen und Veranstaltungen wurde die Diskussion mit lokalen Akteuren gesucht. Wie in Gorleben wurde in Frankenberg vorrangig von der Industrie die Sicht vertreten, dass der Widerstand durch Informationsarbeit aufzulösen wäre. Diese Ansicht war auch nach mehreren Jahren Erfahrung mit dem Bürgerdialog Kernenergie weiter sehr verbreitet - auch unter staatlichen Akteuren. Die Einschätzung, dass es nötig sei, die „Informationsarbeit [zu] verstärken“ -, hatte auch Albrecht zum Ausdruck gebracht, als er 1979 Gorleben als WAA-Standort aus dem Verkehr zog, um zumindest das Endlagerprojekt in Gorleben weiter verfolgen zu können

(Bundeskanzleramt 1979 ‚Aufzeichnung über das Gespräch Bundeskanzler - MP Albrecht‘, BArch, B 136/10860).

Seitens der Bürgerinitiativen ist die bundesweite Vernetzung und der Austausch von Informationen zwischen den Bürgerinitiativen der Bundesländer hervorzuheben, wie an einem Beispiel der BBU mit einem Außenbüro in Frankenberg illustriert werden konnte.

Die Absicht des Baus einer WAA löste in Frankenberg schnell heftige Protestaktionen aus, bei denen den lokalen Bürgerinitiativen eine Schlüsselrolle zukam. Aber nach Jahren der öffentlichen Diskussion und Information nicht zuletzt im Bürgerdialog Kernenergie, waren inzwischen die Probleme von WAA in der Öffentlichkeit so bekannt, dass auch ohne Organisation viele Bürger\*innen einer WAA kritisch gegenüber eingestellt waren. So protestierten am 23. Januar 1982 in Frankenberg zehntausend Menschen „gegen den WAA-Standort-Poker, bei dem DWK und Landesregierung immer neue Orte ins Gespräch bringen - und schnell wieder fallen lassen“ (Baer, Dellwo 1982: 51).

In den Jahren 1981 und 1982, als Planungen und Konflikte vor Ort in Frankenberg den Höhepunkt erreichten, bestanden schon reichhaltige Erfahrungen mit dem bundesweiten Bürgerdialog Kernenergie sowie der Vor-Ort-Informationsarbeit am Standort Gorleben auf Basis der Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen. Trotzdem ist – überraschenderweise - eine Diskussion oder der explizite Versuch, die Bürgerdialog-Aktivitäten auf Frankenberg zu übertragen, nicht nachzuweisen. Immerhin liefen zu diesem Zeitpunkt noch Bürgerdialog-Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene. Dies ist das zentrale Ergebnis der Fallstudie Frankenberg: Mit Bezug zum Bürgerdialog Kernenergie ergeben sich wenige Parallelen. Eine Wirkung des Bürgerdialog Kernenergie ist in Frankenberg nicht belegt.

Für die Auseinandersetzung in Frankenberg hervorzuheben sind die Konzepte für Bürgerbeteiligung, die entwickelt wurden, jedoch nicht zur Umsetzung kamen. Das Ergebnis der Planungsstudie als Auftrag der hessischen Landesregierung (Ueberhorst 1983, Planungsstudie) war hinsichtlich der konzipierten Erweiterung der Mitspracherechte der Bürgerschaft und verbesserter Prozessformen sicher seiner Zeit voraus und beinhaltet Erkenntnisse und Empfehlungen, die auch am Standort Gorleben zu beobachten waren. Die Studie stand jedoch zu spät zur Verfügung, um in Frankenberg noch Wirkung zu zeigen.

Mit dem zweiten Konzept, der „Offenen Bürgerdiskussion“, wollte ein Zusammenschluss der lokalen Bürgerinitiativen die gewonnenen Erfahrungen mit dem WAA-Protest nach außen tragen. Es galt als Gegenvorschlag zur Planungsstudie von Ueberhorst. Die Bürgerschaft sollte, so die wichtige Forderung, eigene Ressourcen für die Auseinandersetzung mit der Kernkraft erhalten, um sich fachkundiger beteiligen zu können. Dies jedoch war weder für die DWK noch für die Landesregierung ein Thema – allerdings blieb dies eine Forderung auch im weiteren Konflikt um Gorleben (siehe Kapitel 6) und darüber hinaus bis ins heutige Verfahren zur Endlagersuche.

## 8 Fazit

### 8.1 Überblick und Leitfragen

Diese Studie zum Bürgerdialog Kernenergie befasst sich mit Ereignissen und Aktivitäten, die etwa 40 Jahre zurückliegen. Gleichzeitig ist sie aus einem aktuellen Anlass entstanden: Auch nach dem Ende der Nutzung der Atomkraft in Deutschland, das zeitlich mit der Fertigstellung dieser Studie zusammenfällt, bleibt die Suche nach einem nuklearen Endlager in Deutschland eine Aufgabe für die Gegenwart. Das Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz - StandAG) gibt hierfür einen lernenden und selbstreflexiven Prozess vor.

Hintergrund der Studie ist eine Empfehlung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz (kurz: Endlagerkommission). Laut Einsetzungsbeschluss von Bundestag und Bundesrat sollte die parlamentarische Sonderkommission u.a. „gesellschaftspolitische sowie wissenschaftlich-technische Fragestellungen zur Endlagersuche erörtern“ (BT-Drucksache 18/1068 vom 07.04.2014: 2). Die Endlagerkommission empfahl in ihrem Abschlussbericht den Ausbau der Forschung zu „sozialwissenschaftlichen und sozio-technischen Aspekten“ in Vorhaben wie „der Sicherung und wissenschaftlichen Aufarbeitung der Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen um die Kernenergie“ und verwies dabei auch auf den Bürgerdialog Kernenergie als „erste aktive Reaktion“ der damaligen Bundesregierung auf die Kontroverse (Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe 2016: 64, 85). Mit der Vergabe des Forschungsauftrags zu „Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren“ folgt das BASE dieser Empfehlung. Das BASE als behördlicher Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung des gegenwärtigen Endlagersuchverfahrens informiert die Öffentlichkeit über die Endlagersuche und bietet verschiedene Formate für die aktive Beteiligung von Bürger\*innen an. Mit der Reflektion früheren staatlichen Handelns und der Aktivitäten staatlicher Informationsarbeit sowie staatlich organisierter oder bezuschusster Dialogangebote zur Kernenergie-Nutzung und zur nuklearen Entsorgung sind daher auch Erwartungen an Impulse für die Arbeit des BASE verbunden.

- Der Bürgerdialog Kernenergie der 1970er und frühen 1980er Jahre (teils auch als Bürgerdialog Kernenergie und ihre Alternativen oder als Bürgerdialog Energie bezeichnet) – war zeitweise weitgehend in Vergessenheit geraten. Er wurde in dieser Studie erstmals detailliert untersucht und sein Verlauf und seine Wirkungen interdisziplinär beleuchtet. Die Diskussionen, Materialien und Ergebnisse wurden auf der Basis historischer Quellen aus einer Vielzahl von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Archiven, zeitgenössischen Publikationen und Zeitzeugeninterviews rekonstruiert, analysiert und beschrieben. Neben dem bundesweit durchgeführten Bürgerdialog

Kernenergie, der vor allem die ersten Jahre zwischen 1976 und 1980 kennzeichnete, betrachtet diese Studie vertiefend den Bürgerdialog Kernenergie rund um den damals geplanten Endlagerstandort Gorleben, auf den sich die Aktivitäten in der zweiten Hälfte der Laufzeit des Bürgerdialogs 1979 bis 1983 konzentrierten. Ob und inwieweit bereits in zeitlicher Nähe ein Transfer von Prozessen und Erfahrungen des Bürgerdialog Kernenergie auf andere laufende Standortdebatten erfolgte, wurde anhand der ebenfalls untersuchten Auseinandersetzung um eine geplante WAA in Hessen 1981/1982 analysiert. Anhand dieser konkreten Beispiele zeigten sich die besonderen Schwierigkeiten (staatlichen) Handelns im direkten Dialog mit den Bürger\*innen vor Ort sowie der damaligen Umwelt- und Protestbewegung bei Standortsuchverfahren.

Fünf Forschungsfragen standen im Mittelpunkt dieser Untersuchung des Bürgerdialog Kernenergie:

- Was waren Anlässe und Ursprünge des Bürgerdialog Kernenergie, wer die Protagonisten?
- Welche Ziele verfolgte der Bürgerdialog Kernenergie, welche Ideen und Vorbilder lagen ihm zugrunde?
- Welche Wirkungen des Bürgerdialog Kernenergie wurden seitens der staatlichen Akteure erwartet, welche Wirkungen sind eingetreten?
- Aus welchen Aktivitäten bestand der Bürgerdialog Kernenergie, welche Instrumente wurden verwendet, um die Ziele zu erreichen?
- Wie wurde der Bürgerdialog Kernenergie von verschiedenen Seiten wahrgenommen, insbesondere von Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft? Warum wurde er „vergessen“?

Ziel dieses Schlusskapitels ist es, die zentralen, im Rahmen der Studie erarbeiteten Antworten auf diese Fragen zusammenzutragen. Entsprechend ist das Kapitel nach den Forschungsfragen der Studie gegliedert, ergänzt um eine abschließende Bewertung der Stärken, Schwächen und Grenzen des Bürgerdialog Kernenergie als Maßnahme und staatliches Handeln in damaligen Konfliktsituationen.

Gleichzeitig soll die Bedeutung des Bürgerdialog Kernenergie für das heutige Standortauswahlverfahren eingeschätzt werden. Dies kann aufgrund des veränderten Zeitkontextes und des gesellschaftlichen Wandels im Zeitraum der letzten Jahrzehnte nur für ausgewählte Merkmale des Bürgerdialog Kernenergie beispielhaft erfolgen. Abschließend werden einige weitere Forschungsbedarfe, die sich aus dieser Studie ergeben, hervorgehoben.

## 8.2 Was waren Anlässe und Ursprünge des Bürgerdialog Kernenergie, wer die Protagonisten?

In den frühen 1970er Jahren wandelte sich in den Gesellschaften der westlichen Welt die Erwartungen an partizipative Bürgerbeteiligung bei technologischen Entscheidungen und Großprojekten. Dies bezog sich auf Fragen, die bisher durch technokratische Experten in staatlichen Institutionen, Forschungseinrichtungen oder Industrie vorbereitet, im Sinne des auch in Regierungen und Parlamenten verbreiteten Fortschrittsglaubens selten hinterfragt und in der Regel ohne die Einbeziehung der Öffentlichkeit umgesetzt wurden. Es waren vor allem die neu gegründeten Bürgerinitiativen, die Widerstand und Beteiligungserwartungen durch Proteste verschiedenster Art formulierten. Um den Dialog mit der Bürgerschaft sowie Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung zu ermöglichen, setzten gerade sozialdemokratisch dominierte Regierungen Formate wie Hearings in der Kernenergie-Kontroverse um, z.B. in Schweden, den Niederlanden oder Österreich (Nelkin 1977 ‚Technological decisions‘). Der Bürgerdialog Kernenergie – der auch auf den Erfahrungen der Hearings des SPD-Forschungsministers Horst Ehmke und seines Staatssekretärs Volker Hauff zum 4. Atomprogramm 1973 aufbaute – kann als Teil dieser neu entwickelten Formate verstanden werden, mit denen man auch Neuland im Sinne der „eigenständigen Meinungsbildung“ betreten wollte (Hauff 1977 ‚Zwischenbilanz‘: 1).

Die Anlässe und Ursprünge des Bürgerdialog Kernenergie kann diese Studie erstmals genauer aufklären. Bisher lagen sehr unterschiedliche Erzählungen vor (siehe Kapitel 1.4), die sich über Zitationsketten verbreiteten. So lässt sich – anders als in der Literatur (Altenburg 2010; Lieb 2022) verschiedentlich behauptet wurde – der Bürgerdialog Kernenergie nicht auf eine Empfehlung des Mannheimer SPD-Parteitags vom November 1975 zurückführen. In dessen Protokollen findet sich zwar in einem angenommenen Antrag der baden-württembergischen SPD ein Satz, der sich explizit auf Diskussion mit der Öffentlichkeit bezieht (Landesverband Baden-Württemberg 1977: 1265). Dieser Satz ist jedoch nicht die Wurzel des Bürgerdialog Kernenergie. Die These vom Ursprung in Mannheim 1975 scheint eher auf einer Passage aus den Beschlüssen des Hamburger SPD-Parteitags von 1977 zu beruhen. Dort wurde affirmativ rückverweisend und traditionsstiftend auf den Mannheimer Parteitag Bezug genommen und explizit von „Dialog mit dem Bürger“ gesprochen (SPD 1977).

Auch dass die Wyhler Bauplatzbesetzung die wichtigste Ursache des Bürgerdialog Kernenergie gewesen sei, und der konkrete Anlass Gründlers Hungerstreik im Juli 1975, auf den Matthöfer eine Antwort suchte, wie Radkau (2011: 279) es suggeriert, ist so nicht richtig. Der Minister versuchte in der Tat, Gründer vom Abbruch des Fastens zu überzeugen, indem er relativ undefiniert „Dialog“ anbot. Nach Protesten von Aktivist\*innen aus Wyhl in Bonn (Zeitzeugen-Interview Leinen) lud der Forschungsminister die Anti-Atom-Initiativen Ende Juli 1975 zu einem Austausch ins Ministerium. Die Reisekosten hierfür wurden bereits aus den „800.000 Mark“ finanziert, die Matthöfer für 1975 aus einem anderen Topf des BMFT umwidmen konnte, berichteten verschiedene Tageszeitungen. Für die Öffentlichkeit wurde das Gespräch zur Kernenergie-Kontroverse mit einer ersten Dialogrunde des Bundesforschungsministers

mit Vertretern von Bürger(ini)ativen damit erstmals sichtbar. Es war in der Zeitungs-Berichterstattung nur von „Dialog“ die Rede, noch nicht von „Bürgerdialog“ (Hofmann 1975). Dies mag in der Öffentlichkeit und für den Zeitgenossen Radkau den Eindruck ergeben haben, Wyhl und Gründlers medienwirksamer Hungerstreik (Spiegel 1975 ‚Waldeslust und Widerstand‘) seien Ursache und Anlass gewesen.

Erst die umfangreiche Aktensichtung im Rahmen der hier vorliegenden Studie ermöglichte es, diese Ursprünge des Bürgerdialog Kernenergie und seine nicht-öffentliche Vorgeschichte genauer zu ergründen und sie bei den Regierungschefs von Bund und Ländern 1974 zu verorten, worauf in der Literatur bisher nur sehr selten verwiesen worden war (Möller 2009: 335; Tiggemann 2010: 443). Auch dass die „Aufklärung der Bevölkerung“ bereits in der Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung im Herbst 1974 vorgesehen war, wurde bisher in der Literatur nicht mit dem Bürgerdialog Kernenergie in Verbindung gebracht.

Der Mitte der 1970er Jahre rasch zunehmende Protest gegen den Ausbau der Atomkraft, dessen historische Hintergründe in Kapitel 3 dieser Studie erläutert werden, spielte jedoch als Anlass sehr wohl eine zentrale Rolle für das Entstehen des Bürgerdialogs. Diese Proteste, vor allem die fast 100.000 Eingaben gegen Wyhl, motivierten den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger im November 1974, die in der kurz zuvor veröffentlichten Fortschreibung des Energieprogramms versprochene „Aufklärung der Bevölkerung“ bei der Bundesregierung einzufordern und zu verlangen, sie nun auch tatsächlich in Zusammenarbeit mit den Ländern in Angriff zu nehmen. Die Zuständigkeit wurde dann vorrangig beim Bundesministerium für Forschung und Technologie verortet. So war es – trotz aller parteipolitischen Unterschiede im Stil des Umgangs mit den Protesten – eine parteiübergreifende Allianz zwischen CDU-Ministerpräsident und SPD-geführtem BMFT, die den Bürgerdialog Kernenergie (erst ab 1976 dann auch unter diesem Namen) auf den Weg brachte. Dies verwundert weniger, wenn man bedenkt, dass das Ziel des Ausbaus der Kernenergie von allen damals im Bundestag vertretenen Parteien geteilt wurde, auch weil die Mehrzahl der damals weitgehend männlichen Experten aus der Energiewirtschaft in der Kernkraft die einzige Möglichkeit sah, Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern (Meyer 2022 ‚Indispensable‘).

Neues erbrachten die umfassenden Recherchen ebenfalls im Hinblick auf das Ende des Bürgerdialog Kernenergie, über den in der Literatur bisher nichts zu lesen war. Aus den Dokumenten des BMFT sind Hinweise zu entnehmen, dass ursprünglich eine längere Laufzeit der Maßnahme durch das Ministerium angedacht war. Sogar eine Erweiterung des am Beispiel der Kernenergie erprobten Procedere auf andere Technologiefelder, beispielweise auf die damals beginnende Computerisierung der Arbeitswelt, wurde vom BMFT in Betracht gezogen, dann aber nur ansatzweise umgesetzt. Diese Pläne wurden vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages durchkreuzt (siehe Kapitel 4). Die Mehrzahl der dort vertretenen Abgeordneten sahen eine Förderung der gesellschaftlichen Diskussion zu Technologiethemata mit doch erheblichen finanziellen Ressourcen nicht als Aufgabe der Bundesregierung bzw. eines Bundesministeriums an. Hier werden weitere, parteipolitische und ‚ideologische‘ Einflussfaktoren eine Rolle gespielt haben: Vor allem die damals im Bund oppositionelle CDU/CSU blieb der

ursprünglichen politischen Zielsetzung aus dem Jahr 1974 verhaftet, die Bevölkerung zum Zwecke der Akzeptanzsteigerung über die Notwendigkeit der Kernenergie aufzuklären.

Bei den Protagonisten des Bürgerdialog Kernenergie handelte es sich auf staatlicher Seite um – durchweg männliche – Politiker. Verschiedene Rollen sind zu unterscheiden: Während der von heftigen Protesten in seinem Bundesland aufgeschreckte CDU-Ministerpräsident Filbinger der Forderung nach dem Einsatz einer „Aufklärung der Bevölkerung“ im November 1974 Nachdruck verlieh und damit den Anlass zur Etablierung dessen, was dann der Bürgerdialog Kernenergie wurde, gab, waren es auf Bundesebene führende – ebenfalls baden-württembergische und mit dem Konflikt um Wyhl vertraute – SPD-Politiker, die den Bürgerdialog entwickelten, strukturierten und öffentlich vertraten, vor allem die Minister Matthöfer und Hauff. Letzterer war bereits als Staatssekretär bei Matthöfers Vorgänger Ehmke und bei Matthöfer von Anfang an involviert.

Zu den Protagonisten des staatlichen Handelns gehörten auch verschiedene – ebenfalls fast ausschließlich männliche – Mitarbeiter im BMFT, die die Ausgestaltung und Durchführung verantworteten, sowie auch der Leiter der Informationsstelle für nukleare Entsorgung in Lüchow, Wilhelm Kulke. Mit einigen von ihnen konnten die Verfasser\*innen dieser Studie in den Zeitzeugen-Interviews über ihre Erfahrungen sprechen.

Jenseits des direkten staatlichen Handelns waren auch eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen und Bildungseinrichtungen, sowie Bürger\*innen in einem weiteren Verständnis Protagonisten des Bürgerdialogs. Sie prägten nicht nur die Wahrnehmung, sondern auch die konkrete Ausgestaltung des Bürgerdialogs mit. Diese Tatsache – dass Bürgerinformation und -beteiligung auch bedeutete, Kontrolle und Entscheidungsspielräume aus der Hand zu geben und Menschen zu aktiven Protagonisten zu machen – ist ein Aspekt, der für das laufende Standortauswahlverfahren von Relevanz ist. Im Folgenden soll es aber zunächst um die Ziele und Ideen auf der politischen Ebene gehen.

### **8.3 Welche Ziele verfolgte der Bürgerdialog Kernenergie, welche Ideen und Vorbilder lagen ihm zugrunde?**

Die verschiedenen Protagonisten des Bürgerdialog Kernenergie hatten unterschiedliche Ziele, denen unterschiedliche Vorstellungen und Leitbilder von Politik zugrunde lagen. Der sehr konservative Filbinger, ehemaliges NSDAP-Mitglied, der wenige Jahre später 1978 als Folge des Skandals um seine Beteiligung an Todesurteilen als Marinerichter zurücktrat, war stärker durchsetzungsorientiert. In Wyhl zögerte er nicht, mit Polizei gegen die Protestierenden vorzugehen. Mit der Forderung nach einer Aufklärungsaktion zielte er darauf, dem Protest die Basis zu nehmen, um die in seinen Augen ansonsten gefährdete Energieversorgung in seinem Land abzusichern. „Ohne ein Kernkraftwerk Wyhl“ würden zum „Ende des Jahrzehnts ‚die ersten Lichter ausgehen‘“ (wu 1975), warnte

er im Februar 1975 in einer Regierungserklärung, die nachfolgend viel zitiert und oft ironisiert wurde (Radkau 1986: 308).

Als Bundesforschungsminister war der Sozialdemokrat Matthöfer dagegen genereller mit der Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz der Atomtechnik beschäftigt, die für ihn zudem eine Frage des demokratischen Miteinanders war. Kernkraft hielt auch er für notwendig, um Energieversorgung und Arbeitsplätze als materielle Grundlage für die gerade von führenden Sozialdemokraten damals oft beschworene „Lebensqualität“ (Brandt 1972; Offe 1974) zu sichern. Gleichzeitig könne Kernenergie „in unserem demokratischen Rechtsstaat“ aber nicht „ohne ausreichende Vertrauensbasis in der Bevölkerung“ durchgesetzt werden (Matthöfer 1975: 236). Daher war er bereit, die „Sprecher von Umweltinitiativen als Partner in einem Dialog“ anzuerkennen. Für ihn hatte die Diskussion eine wichtige Funktion, nämlich die „eigene Meinungsbildung“ der „beteiligten und passiven Bürger“ zu stärken (Matthöfer 1975: 236). Matthöfer machte dabei schon im ersten Gespräch mit den Bürgerinitiativen in Bonn im Juli 1975 deutlich, dass Dialog und Diskussion keineswegs Mitentscheidung bedeuteten (Hofmann 1975), sondern in der parlamentarischen Demokratie dem Deutschen Bundestag vorbehalten blieben.

Volker Hauff hatte zunächst als Staatssekretär, später selbst als Minister, den Bürgerdialog Kernenergie mit gestaltet. Hauff war es auch, der internationale Vorbilder in die Ausgestaltung der Bürgerdialog-Maßnahmen einbrachte. Durch Reisen nach Schweden und Österreich war er mit der Praxis solcher Kampagnen in anderen Ländern vertraut. In Schweden hatte es 1974 bereits eine breit angelegte staatlich finanzierte Informationskampagne gegeben, die von parteinahen und zivilgesellschaftlichen Gruppen durchgeführt worden war. Dieses Modell, das auch in Dänemark übernommen worden war, diente dann auch als Vorbild für die Beteiligung von Bildungsträgern an der Organisation von Veranstaltungen (siehe Kapitel 3.1.5.3).

Der 1940 geborene Hauff war sehr viel jünger als Filbinger (Jahrgang 1913) und Matthöfer (Jahrgang 1925). Er war entsprechend stärker vom Versprechen Brandts, mehr Demokratie zu wagen, und sozialdemokratischen Ideen von Zukunftsplanung geprägt (Seefried 2022; Zeitzeugen-Interview Hauff). Hier gibt es tatsächlich einen Bezug zum Mannheimer Parteitag. Auf diesem wurde der Orientierungsrahmen `85 (Oertzen 1976) diskutiert, der eine Vision gesellschaftlicher Zukunftsgestaltung aus sozialdemokratischer Sicht aufmachte (SPD 1975). In diese Diskussion ließ sich – in Hauffs Augen (Zeitzeugen-Interview Hauff) – die Debatte um die Zukunft der Energieversorgung einfügen. Hierzu sollte der Bürgerdialog Kernenergie dienen, in dem ja auch über Energiesparen und alternative Energien diskutiert wurde, die das BMFT ebenfalls zunehmend förderte.

Im Ministerium selbst war der Bürgerdialog Kernenergie, wie mehrere Zeitzeugen hervorhoben, eher ein Projekt der jeweiligen Minister als der Fachabteilungen und Fachreferate. Der Bürgerdialog Kernenergie war in der Presseabteilung angesiedelt und wurde von wenigen, teils hierzu neu eingestellten Mitarbeitern, wie dem Theologen Klaus Lang oder später dem Pädagogen Peter Niederelz, betreut. Mit den Personalentscheidungen für Zuständigkeiten des Bürgerdialog Kernenergie (wie auch

zur Projektträgerschaft) wurde der Bürgerdialog Kernenergie von der technokratisch orientierten Verwaltung getrennt. Partizipationserwartungen in diesem Bereich waren in den 1970er Jahren auch international neu (Nelkin 1977 ‚Technological decisions‘) und bedurften aus der Sicht der Minister wohl auch der gezielten Förderung. Innerhalb der Fachabteilungen habe der Bürgerdialog Kernenergie keineswegs einhellige Unterstützung genossen, wurde in Zeitzeugen-Interviews berichtet. Dies war sicher auch durch eine traditionell technokratische Grundeinstellung unter den natur-, ingenieur- oder wirtschaftswissenschaftlich ausgebildeten Fachleuten des Bundesministeriums bedingt. Diese betrachteten in der Regel energiepolitische Entscheidungen als Expertenangelegenheit und hielten die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht für nötig oder zielführend. Trotz verbreiteter Skepsis standen die BMFT-Fachleute allerdings mit ihrem Wissen unterstützend zur Verfügung und traten auf Veranstaltungen auf. Dies lässt sich den durchgeführten Zeitzeugen-Gesprächen sowie Programmen und Publikationen entnehmen.

#### **8.4 Welche Wirkungen des Bürgerdialog Kernenergie wurden seitens der staatlichen Akteure erwartet, welche Wirkungen sind eingetreten?**

Welche genauen Wirkungen man sich erhoffte, wurde auch in überlieferten internen Dokumenten selten ausbuchstabiert. Zunächst ging es sowohl Filbinger und den anderen Regierungschefs von Bund und Ländern darum, den Konflikt zu entschärfen und die Bürger\*innen von der Sicherheit und Umweltfreundlichkeit der Kernkraft sowie den „energiepolitischen und wirtschaftlichen“ Vorteilen zu überzeugen, um so den Bau von Kernkraftwerken zu ermöglichen. Die gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Kernkraft angesichts entsprechender Energiebedarfsprognosen und der Sorge um die Versorgungssicherheit in Folge der Ölkrise stand bei den Regierungen außer Frage. Nach „Ansicht“ der Bundesregierung könnten „unbegründete Vorbehalte nur durch sachliche Information abgebaut werden“ (Die Bundesregierung 1974 ‚BT-Drucksache 7/2061 vom 02.05.1974‘: 1).

Die Erwartung, dass solche Wirkungen, also die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der vermeintlich unzutreffend informierten Bevölkerung und die Schaffung von Akzeptanz insbesondere an konkreten Standorten mittels verbesserter Information erreichbar sei, basierte auf der damals gängigen Defizitthese (siehe Kapitel 3.1.1.1). Filbinger und Matthöfer – und auch dessen Nachfolger – stellten somit die Annahmen der Defizitthese grundsätzlich nicht in Frage. Sie gingen – wie viele Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik seit den 1950er Jahren (Hamblin 2006) – davon aus, dass die „Befürchtungen“ der Bürgerinnen und Bürger auf einem Mangel an Wissen und Rationalität beruhten. Eine Informationsaktion sollte hier Abhilfe schaffen. Durch „Aufklärung“ – wie es sowohl im Energieprogramm von 1974 als auch im Beschluss der Regierungschefs emphatisch hieß – müsste die Bevölkerung von der Notwendigkeit und der Sicherheit der Kernenergie überzeugt werden. Ganz im Sinne der Defizitthese sprach Matthöfer vor der versammelten Atomwirtschaft auf der

Reaktortagung in Nürnberg im April 1975 über den vorgeblichen Wissensmangel der Bevölkerung. Man müsse sich „diesen öffentlichen Diskussionen stellen, wir müssen auch auf Argumente eingehen, die längst erledigt geglaubt waren.“ (Matthöfer 1975: 235).

Dass sich diese Erwartung, durch Aufklärung und Information Unterstützung oder zumindest Akzeptanz für das Kernenergieprogramm zu gewinnen, nicht realisierte, war angesichts der bis Ende der 1970er Jahren sich gerade auch in der SPD ausbreitenden Kritik an der Atomkraft nicht zu übersehen. Auch wissenschaftliche Studien, die die schwedische Informationskampagne ausgewertet hatten, kamen zu dem Ergebnis, dass mehr Information und Diskussion nicht unbedingt zu mehr Unterstützung der Atomkraft führten (Nelkin, Pollak 1977: 344; Kitschelt 1980: 177). Auch Untersuchungen in der Bundesrepublik bestätigten dies: So kam 1977 eine Studie von Ortwin Renn zu einem ähnlichen Ergebnis: Kernenergiegegner waren nicht schlechter informiert als Befürworter (Renn 1977; Kitschelt 1980: 177-178, siehe Kapitel 3.1.1.1).

Mit der Entscheidung für Gorleben als Entsorgungs-, ab Mai 1979 nur noch als Zwischen- und Endlager-Standort und nicht mehr als Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage, wurde Lüchow-Dannenberg für den Bürgerdialog Kernenergie nicht nur zum Schwerpunkt der Aktivitäten, sondern auch zu einer Art Praxistest. Am Standort Gorleben waren es vor allem Forschungsminister Hauff, der für Atomaufsicht und Umweltfragen verantwortliche Innenminister Gerhart Baum von der FDP sowie der Leiter der Informationsstelle für nukleare Entsorgung in Lüchow, Wilhelm Kulke, die sich ernsthaft darum bemühten, die mit dem Bürgerdialog verbundenen Ziele und Erwartungen an eine demokratische, dialogische Herangehensweise umzusetzen. Dabei ging es ihnen nicht nur um eine möglichst umfassende Information der Bevölkerung, sondern auch um einen – wie Hauff es formulierte – „fairen“ Meinungs- und Willensbildungsprozess unter Einbeziehung der Kritikerseite. Vorgesehen war deshalb die Organisation von großen Veranstaltungen, die möglichst ausgewogen mit Referent\*innen beider Seiten besetzt werden sollten. Dieses Pro- und Kontra-Prinzip, das besonders Kulke mit großem Engagement verteidigte, wurde von Seiten der Bürgerinitiativen nicht nur bereitwillig wahrgenommen, sondern – wie beispielsweise im Fall der Platzbesetzung der Bohrstelle 1004 – auch selbst aktiv eingefordert. Die Bürgerinitiativen sahen in solchen Ereignissen eine Möglichkeit, ihre inhaltlichen Argumente und politischen Forderungen in einer größeren Medienöffentlichkeit zu verbreiten. Um diese Chance möglichst effektiv zu nutzen, verstärkten sie auch ihre Zusammenarbeit mit unabhängigen Wissenschaftlern, die der Atomenergie skeptisch gegenüberstanden und als Gegenexpert\*innen (Güttler 2022) fungierten.

So verhalf der Bürgerdialog der Kritikerseite nicht nur zu einer größeren Medienpräsenz, sondern indirekt auch zu dem, was die Forschung zu sozialen Bewegungen als Ressourcenmobilisierung (McCarthy, Zald 1977; Kitschelt 1991; Rucht 2017: 51f.) bezeichnet. Zu diesen Ressourcen gehörte kritisches Kerntechnik-, Protest- und Politikwissen als „Gegenwissen“ (Schwerin 2022), das auf den Veranstaltungen immer wieder geschärft wurde und damit auch zu einer zusätzlichen Professionalisierung der Bürgerinitiativen beitrug. Beides waren entscheidende Faktoren für den langfristigen Erfolg der Protestbewegung in Lüchow-Dannenberg, die – so betont die Forschung zu

sozialen Bewegungen – letztlich dazu führte, dass das Endlagerprojekt schließlich aufgegeben wurde (Rucht 2020). Dies war eine nicht intendierte, langfristig wirksame Folge des Bürgerdialogs.

## **8.5 Aus welchen Aktivitäten bestand der Bürgerdialog Kernenergie und welche Instrumente wurden verwendet, um die Ziele zu erreichen?**

Um die genannten Ziele zu erreichen, entfaltete der Bürgerdialog Kernenergie – wie diese Studie ausführlich darlegt – ein breites Programm von Öffentlichkeitsarbeit, aber auch dialogisch-partizipativer Veranstaltungsformate. Es ist festzustellen, dass diese Verfahren früh festgelegt, sowie unter Matthöfer und Hauff und schließlich auch von Bülow auf konsequenter Linie fortgeführt wurden, auch wenn sich in den Jahren unterschiedliche Akzentuierungen der Themen oder Erweiterungen des Spektrums der Adressaten von Bezuschussungen von Veranstaltungen ergaben. Erst Mittelkürzungen im Haushalt des BMFT für die Durchführung des Bürgerdialog Kernenergie durch den Bundestag führten zum Wegfall von Aktivitäten und Formaten.

So umfasste der Bürgerdialog seit 1976 eine bundesweite, breit angelegte Informationsaktion mit vielfältigen Materialien. Es wurden in großen Auflagen eigens, per Coupon bestellbare und auf Messen verteilte Materialien erstellt. Mit einer Gesamtauflage der unterschiedlichen Ausgaben der Broschüre *Kernenergie. Eine Bürgerinformation* bis in die achtziger Jahre hinein von etwa 1 Million Exemplare war dies bei einer damaligen Zahl der Privathaushalte der Bundesrepublik von knapp 25 Millionen ([https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms\\_permaid=1217938](https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms_permaid=1217938)) eine beachtliche Verbreitung. Diese und weitere Publikationen wurden mittels Anzeigen in regionalen und bundesweiten Zeitungen und Zeitschriften aber u.a. auch im SPD-Parteiorgan *Vorwärts* beworben und richteten sich an alle interessierten Bürger\*innen. Die Kosten der Anzeigen machten dabei einen sehr großen Anteil der Ausgaben des Bürgerdialog Kernenergie in den ersten Jahren der Maßnahme aus.

Stärker dialogisch orientiert waren die Magazine des BMFT für den Bürgerdialog Kernenergie, der *Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief* (ab 1976) und dessen Nachfolger, die *Energiediskussion* (ab 1980). Beide enthielten Informationen und Beschlüsse von staatlicher und parteipolitischer Seite vorwiegend im sachlichen Format von Mitteilungen von Bundesregierung und Bundestag. Um das Dialogische zu betonen und auch den kritischen Stimmen aus der Zivilgesellschaft Raum zu geben, war die andere Hälfte des Umfangs für Statements von Bürgerinitiativen und Verbänden reserviert. Weder die Energiewirtschaft und Reaktorindustrie noch das Deutsche Atomforum als Lobbyverband kamen in den Beiträgen zu Wort. Das war Prinzip: Es sollte sich um einen Dialog von Staat und Zivilgesellschaft handeln und es sollte den gesellschaftlichen Gruppen öffentlich Gehör verschafft werden, selbst dann, wenn die dort vertretenen Positionen gegenläufig zu BMFT und Bundesregierung waren. Hervorzuheben ist auch, dass dem BMFT dieses Format so wichtig war, dass die

zivilgesellschaftlichen Gruppen und Dachorganisationen gezielt und kontinuierlich um ihre Stellungnahmen gebeten wurden.

Neben den Broschüren entstanden Buchpublikationen u.a. auch aus Seminaren, die das Forschungsministerium im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie selbst veranstaltete und in der Reihe *Argumente in der Energiediskussion* in einem Verlag veröffentlichen ließ. Diese Reihe umfasste später auch relevante Studien z.B. zur Energiediskussion in Europa oder zu Gerichtsurteilen (Hauff 1979; Hauff 1980). Diese Studien sind bis heute als Quellen zum Stand des Wissens und der Auseinandersetzung in der Atomdebatte nützlich. Zudem spiegeln sie den Anspruch Matthöfers wider, mit dem Bürgerdialog Kernenergie auch Wissen zu schaffen und öffentlich zugänglich zu machen. Hierbei ließ das Ministerium den Autor\*innen weitgehend freie Hand, was den Inhalt der Publikationen betraf, erinnerte sich einer der an der Reihe Beteiligten (Hintergrundgespräch Mez).

Um den Dialog zwischen den unterschiedlichen Stakeholdern – wie man sie heute nennen würde – und interessierten Bürger\*innen, insbesondere zwischen Befürworter\*innen und Kritiker\*innen zu führen, förderte das Ministerium im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie auf Antrag Veranstaltungen Dritter sowohl finanziell als auch durch die Vermittlung von Fachleuten als Referenten. Zahlenmäßig und für die Breite der Partizipation prägend waren Veranstaltungen, die u.a. Bildungsträger, politische Stiftungen oder kirchliche Einrichtungen organisierten. Die Fülle der Veranstaltungen und die Anzahl der Teilnehmer\*innen ist beachtenswert; in den Dokumenten des Deutschen Bundestags ist die Gesamtzahl von gut 1.000 bezuschussten und von Dritten durchgeführten Veranstaltungen mit durchschnittlich je 30 Teilnehmer\*innen belegt. Der Fokus lag darauf, möglichst viele Personen zu erreichen. Nur in wenigen Ausnahmefällen sind Inhalte, Diskussionsverlauf und Teilnehmerschaft überliefert, wodurch die rückblickende Analyse der Themen und Debatten nur ausnahmsweise möglich ist. Allerdings wird durch die Merkblätter für die Veranstaltungsförderungen deutlich, dass den Veranstaltern große Freiräume hinsichtlich der Themensetzung und Referentenauswahl gelassen wurde. Diese Säule wird dem Begriff „Bürgerdialog“ gerecht, die staatliche Einflussnahme kann als gering eingestuft werden.

Am Beispiel einer der wenigen vollständig dokumentierten Veranstaltungen, einer Tagung zum Thema *Wissenschaft und Öffentlichkeit* an der Evangelischen Akademie Loccum bei Hannover aus dem Jahr 1980, ließ sich zeigen, dass diese Tagung weitgehend die vom BMFT selbst gesteckten Ziele – z.B. im Hinblick auf die Vielfalt der Meinungen und Gruppen – erfüllte. Auch nach heutigem Verständnis lässt sich argumentieren, dass sie den Partizipationsgedanken stärkte. Ebenso sind am Standort Gorleben die Vorbereitungsgespräche besonders für die erste große Endlager-Veranstaltung im Mai 1981 in Lüchow, bei denen nahezu das gesamte gesellschaftliche Spektrum des Landkreises vertreten war, teilweise gute Beispiele dafür, wie ein Dialog auch zwischen Akteur\*innen mit konträren Positionen gelingen konnte. Für die Endlager-Veranstaltung selbst galt das allerdings nur eingeschränkt. So wiesen die von den Bürgerinitiativen benannten unabhängigen Wissenschaftler immer wieder darauf hin, dass wegen

fehlender materieller Voraussetzungen eine gleichberechtigte Auseinandersetzung mit den vorliegenden Untersuchungsergebnissen nicht möglich sei.

Dennoch ist festzuhalten: Das BMFT gab sich große Mühe, verschiedene gesellschaftlichen Gruppen und Bürgerinitiativen auch bei der Planung der Bürgerdialog-Aktivitäten einzubinden und von deren Feedback zu profitieren. Zu diesem Zweck fanden zwischen 1977 und 1981 fünf Gesprächskreise zwischen dem BMFT und Vertreter\*innen gesellschaftlicher Gruppen im Ministerium statt. Bis auf das letzte, in die Amtszeit von Bundesforschungsminister Andreas von Bülow fallende Treffen, nahmen die jeweiligen Bundesforschungsminister, also Matthöfer bzw. Hauff, selbst teil. Dies unterstreicht die Bedeutung dieses Formats in den Augen dieser beiden Minister. Es zeigt ein aktives Bemühen der staatlichen Seite um einen lernenden Prozess und das Interesse an einem respektvollen Miteinander mit den gesellschaftlichen Gruppen. Dieser – vom Verfahren her als Vorbild geeignete – Ansatz förderte auch den Zugang zur Bürgerschaft, indem er vielfältige gesellschaftliche Gruppen als organisierte Vertreter und Impulsgeber nutzte.

## **8.6 Wie wurde der Bürgerdialog Kernenergie von verschiedenen Seiten wahrgenommen, insbesondere von Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft? Warum wurde er „vergessen“?**

Der Bürgerdialog Kernenergie versuchte nicht nur, die Zivilgesellschaft einzubeziehen, auch umgekehrt entstand in den Augen der Zivilgesellschaft ein Bild, eine Wahrnehmung dieser Aktivitäten. Medien beobachteten und bewerteten die Aktivitäten des Ministeriums, und rasch wurde der Bürgerdialog in wissenschaftlichen Veröffentlichungen benannt, wenn auch oft nicht sehr ausführlich und wohl auch meist ohne ausführliches Quellenstudium; so wurden vorgebliche Fakten und Meinungen oft unreflektiert wiedergegeben und selten hinterfragt. In der wissenschaftlichen Literatur überwiegen kritische Urteile selbst dann, wenn dem Bürgerdialog Kernenergie nur wenige Zeilen eingeräumt werden und er nur ‚am Rande‘ erwähnt wird. Für einige Zeit war der Bürgerdialog auch weitgehend vergessen, wie in der Einleitung dieser Studie erörtert wird (siehe Kapitel 1.4).

Wie der Bürgerdialog von der Zivilgesellschaft wahrgenommen wurde und welche Konsequenzen das für sein Gelingen hatte, lässt sich wie im Brennglas in der Region Gorleben zeigen: Unter den Bedingungen eines konkreten Standortkonflikts wurde schnell klar, dass Staat und Zivilgesellschaft mit dem Begriff Bürgerdialog sehr unterschiedliche Vorstellungen und Erwartungen verbanden. Die Politik hatte das Ziel, über Information und Einbeziehung der Kritikerseite die Akzeptanz für die Kernenergie und das Entsorgungsprogramm zu erhöhen und den Konflikt zu entschärfen.

Aus Sicht der organisierten Zivilgesellschaft waren dagegen Ergebnisoffenheit – auch im Sinne einer möglichen vollständigen Abkehr von der Kernenergie – und reale Mitwirkungsmöglichkeiten die Voraussetzungen für einen Dialog. Die Umwelt- und Anti-

Atom-Initiativen gingen wie selbstverständlich davon aus, dass sie durch eine Teilnahme am Bürgerdialog potentiell Einfluss auf die Entscheidungen nehmen könnten. Wenn in diesem Zusammenhang öffentlich immer wieder von einer „Alibiveranstaltung“, einem „Scheindialog“ oder einem „Täuschungsversuch“ die Rede war, dann spiegelte das den Widerspruch zwischen den Wünschen und Erwartungen der Zivilgesellschaft und den – nicht transparent gemachten – staatlichen durchsetzungsorientierten Intentionen bzw. der unzureichenden Kommunikation der Bürgerdialogziele wider. Smeddinck und Semper (2016: 243) verweisen im Hinblick auf die normativen Erwartungen an Dialoge grundlegend auf Habermas und zitieren: „Nicht dialogorientiert ist ein Handeln, das instrumentell oder strategisch vorgeht.“ (Habermas 2013: 34). Dies entspricht auch dem in den 1970er Jahren in Gesellschaft und Partizipationsforschung vorherrschenden Verständnis von Dialog (siehe Kapitel 3.4). Zwar wurden am Standort Gorleben im Rahmen des Bürgerdialogs verschiedene Instrumente der Deeskalation genutzt und durch die Informationsstelle und ihrem engagierten Leiter versucht, Brücken zu bauen. Doch der Eindruck, dass Durchsetzung Vorrang vor dem wissenschaftlichen Diskurs hatte, untergrub dort den Dialogprozess, sodass die Bürgerinitiative und ihre Mitstreiter\*innen ihre Teilnahme Ende 1982 aufkündigten.

Dies zeigt auch, wie wichtig bei der Umsetzung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) die „gemeinsam [insbesondere vom Vorhabensträger und von der betroffenen Bürgerschaft] getragenen Wahrnehmungen und Bewertungen“ sind. Die früheren Auseinandersetzungen zur Kernenergie im Kontext des Bürgerdialogs zeigen auf, wie schwierig es ist, solche Gemeinsamkeiten zu erzeugen, da es in der Natur von Konflikten liegt, dass es positions- und interessenbedingt unterschiedliche, vielleicht gar widersprüchliche Interessen gibt.

Allerdings waren es nicht allein die Probleme bei der Umsetzung des Dialogversprechens, die zum vorzeitigen Abbruch des Bürgerdialogs führten. Vielmehr hatten die zuständigen Ministerien den Anti-Atom-Initiativen in Lüchow-Dannenberg mehrfach, auch schriftlich, die Offenheit des Ergebnisses des Dialogprozesses bestätigt. Eine Entscheidung – etwa über den Bau des Erkundungsbergwerks – sollte erst nach einer großen Anhörung über die Erkundungsergebnisse erfolgen. So war es zugesagt. Allerdings hielten sich die politisch Verantwortlichen nicht an diese Zusage, was die Bürgerinitiativen als bewusste Täuschung wahrnahmen, die Vertrauen untergrub. Wie aus den Akten hervorgeht, wurde bereits im Juni 1982 in einer internen Runde von Vertretern des BMI, BMFT und Bundeskanzleramtes klargestellt, dass die Entscheidung über das Abteufen der Erkundungsschächte im Salzstock Gorleben noch „vor dem Zeitpunkt der Anhörung erfolgen“ müsse (siehe Kapitel 6.4.6.4). Offiziell wurden die Bürgerinitiativen über diesen Sachverhalt aber noch fast ein Jahr lang, bis zur Durchführung der versprochenen Veranstaltung Ende Mai 1983, im Unklaren gelassen. Da allerdings hatte die Bürgerinitiative ihre Mitarbeit bereits aufgekündigt.

An „dialogorientierter Prozessgestaltung“ – wie es heute das StandAG ambitionierter und präziser als Zielmarke nennt – mangelte es damals. Fehlende Transparenz, fehlender Zugang zu wichtigen Gutachten und Sicherheitsberichten und fehlende Ergebnisoffenheit haben in Lüchow-Dannenberg zu Enttäuschungen und dem Verlust von Vertrauen geführt. Exemplarisch dafür war der Umgang des Bundes mit den auf der

Endlager-Veranstaltung im Mai 1981 in Lüchow debattierten Erkundungsergebnissen, die nach Ansicht von Experten die Eignung des Salzstockes in Frage stellten. „Die bisherige Formel ‚Es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstockes bei Gorleben Zweifel aufkommen lassen‘ kann nicht mehr beibehalten werden“, hieß es daraufhin in einem internen Vermerk des BMFT. Doch eine „sorgfältige Prüfung“ der „aufgeworfenen Fragen“, wie von BMFT-Referatsleiter Ziegler empfohlen, fand nicht statt. BMI und BMFT erklärten nur zwei Wochen später öffentlich, es seien keine Tatsachen bekannt, die Zweifel am Salzstock begründen würden. Ursache für diesen Widerspruch war vermutlich die von Seiten des Bundes mehrfach geäußerte Sorge vor Zeitverlusten, falls man im Falle der Nichteignung von Gorleben mit der Erkundung eines anderen Salzstockes von vorne beginnen müsste.

So wurden hier von staatlicher Seite Zweifel und offene Fragen immer wieder zurückgewiesen, statt den wissenschaftlichen Diskurs fortzuführen und im Sinne eines dialogorientierten Prozesses in das Verfahren zu integrieren. Besonders deutlich wurde dies im Verlauf der Debatte über die Zwischenergebnisse der Salzstockerkundung, die für einen möglichen Endlagerstandort Gorleben eine vorentscheidende Bedeutung hatte. Schon die bei der ersten Informationsveranstaltung im Mai 1981 bekannt gewordenen Befunde besonders zur Beschaffenheit des Deckgebirges führten dazu, dass sowohl die atomkritischen Experten wie auch der verantwortliche Referatsleiter im Bundesforschungsministerium, Alois Ziegler, Zweifel an der Eignung des Salzstockes äußerten (siehe Kapitel 6.3.6.2). Ziegler vermerkte intern, dass die „bisherige Formel ‚Es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstockes bei Gorleben Zweifel aufkommen lassen‘, nicht mehr beibehalten werden könne und die bisherigen Ergebnisse Fragen aufwerfen würden, „die einer sorgfältigen Prüfung im Hinblick auf die Eignung des Salzstockes bei Gorleben“ bedürften (Ziegler 1981 ‚Vermerk vom 20.05.1981‘, BArch, B 136/33275). Dieser Vorgang wurde aber nicht transparent gemacht. Obwohl die Bürgerdialog-Veranstaltung im Mai 1981 vom BMFT als „Testfall“ für einen ernsthaften wissenschaftlichen Dialog bezeichnet worden war, setzte man sich dort über die öffentlich und intern geäußerten Bedenken weg und teilte der Öffentlichkeit mit, es seien „keine Tatsachen bekannt sind, die begründete Zweifel an der bisherigen Einschätzung des Salzstocks rechtfertigen“ würden (Bundesministerium für Forschung und Technologie 1981 ‚Keine begründeten Zweifel‘: 64). Auch bei den folgenden Endlager-Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialogs im Oktober 1982 und im Mai 1983 hielt das BMFT an dieser Einschätzung fest (siehe Kapitel 6.3.6.3 und 6.3.6.4).

Die Formel ‚keine begründeten Zweifel an der Eignung des Salzstocks‘ diente dem Bund schließlich auch als Rechtfertigung für den Verzicht auf die vergleichende Untersuchung weiterer Salzstöcke, obwohl unabhängige und staatliche Experten genau das immer wieder gefordert hatten (siehe Kapitel 6.3.6.4). So wurde auch das im Auftrag der PTB erstellte Gutachten des Geologen Klaus Duphorn, in dem empfohlen wurde, den Gorlebener Salzstock nicht weiter zu untersuchen und andere Lagerstätten zu erkunden, von staatlicher Seite monatelang unter Verschluss gehalten und ihr Autor der Kompetenzüberschreitung bezichtigt (siehe Kapitel 6.3.6.3), statt sich mit dessen Thesen in einer kritischen und öffentlichen Debatte wissenschaftlich auseinanderzusetzen und auch die eigenen Positionen zu hinterfragen.

Daneben gab es aus Sicht der Atomkraftgegner\*innen weitere strukturelle Mängel im Dialogprozess, die einen offenen wissenschaftlichen Diskurs auf Augenhöhe verhinderten. Dazu gehörte der fehlende oder nur eingeschränkte Zugang zu sicherheitsrelevanten Detailinformationen, die den Genehmigungen zugrunde lagen. So beklagte die Bürgerinitiative im Konflikt um den Bau des Zwischenlagers, dass wichtige Gutachten von den Behörden zurückgehalten wurden. Begründet wurde dies mit den Geheimhaltungsinteressen der Antragsteller, die Vorrang hatten vor den Informationsinteressen der Öffentlichkeit (siehe Kapitel 6.3.5.3). Ein weiterer Faktor war die unzureichende finanzielle Ausstattung der von der Kritikerseite benannten Wissenschaftler, die wiederholt darauf hinwiesen, dass ihnen für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den vorliegenden Befunden die materiellen Voraussetzungen fehlten (siehe Kapitel 6.3.6.3). Der Physiker und Atomkritiker Helmut Hirsch stellte im Zeitzeugen-Interview rückblickend fest, es habe „in puncto Zugang zu Informationen und der Möglichkeit, sich vertieft mit Themen auseinanderzusetzen“, keine „Waffengleichheit“ bestanden (Zeitzeugen-Interview Hirsch). Auch deshalb scheiterte der Bürgerdialog Kernenergie in Lüchow-Dannenberg.

Allerdings war dieses Scheitern das Ergebnis eines komplexen Wirkungszusammenhangs, der auf lange Sicht gesellschaftliche Lernprozesse angestoßen und die Debatte über ein neues Standortauswahlgesetz stark beeinflusst hat. Nicht zuletzt haben die Erfahrungen in Gorleben dazu beigetragen, dass die künftige Suche nach einem Endlagerstandort in einem gesetzlich geregelten, partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten und selbsthinterfragenden Verfahren erfolgen soll. Auch der Bürgerdialog Kernenergie war – bei aller Widersprüchlichkeit – in dieser Prozessgestaltung ein Impuls, weil seine Umsetzung im Resultat nicht zu einem „Abgleich[s] von Interessen und [der] Herstellung von gemeinsam getragenen Wahrnehmungen und Bewertungen“ (Smeddinck, Semper 2016: 243f. in Anlehnung an Buber 1994: 188ff.) führte, sondern zu einem Vertrauensverlust in die staatlichen bzw. demokratischen Prozesse.

Ob und inwieweit der Bürgerdialog Kernenergie auch andernorts als Vorbild für die Auseinandersetzung von Staat und Gesellschaft bereits zu Beginn der 1980er Jahre bei Standortkonflikten diente und inwieweit versucht wurde, aus ihm zu lernen, ergründet diese Studie an einem Beispiel: In den Jahren 1981 und 1982 war geplant, die Wiederaufarbeitungsanlage für kerntechnische Brennstoffe im nordhessischen Frankenberg zu errichten. Dort signalisierten die staatlichen Akteure und die Betreiber frühzeitig, dass weder die Planung noch der Bau einer WAA zur Disposition stehen würde oder es Modifikation geben könnte. Die Bevölkerung sollte lediglich informiert werden. Auch hier sollte die Umsetzung der Anlage in der Logik der Defizithese durch Broschüren und Informationsstellen vor Ort versachlicht werden. Lokal entstanden rasch Gegenbewegungen, die von existierenden Vorbildern, wie dem Wyhler und Gorlebener Traktor-Protest, und der Kooperation mit dem BBU profitierten. Diese neuen lokalen Bürgerinitiativen konnten innerhalb kurzer Zeit Gegenwissen und fachliche Informationen zur WAA sammeln, aufbereiten und durch Rundschreiben in hohen Auflagen an die Bevölkerung weitergeben. Professionelle PR-Strukturen der Bürgerinitiative konnten zeitnah, auch hier durch Kooperationen wie mit dem BBU,

aufgebaut werden und erfolgreich die Medienöffentlichkeit erreichen. So wurde der Bau der WAA Frankenberg nie verwirklicht: Schon im Herbst 1982 kündigte die Betreibergesellschaft an, einen Standort in einem anderen Bundesland suchen zu wollen.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung – und den bisherigen Erfahrungen mit dem Bürgerdialog – entstanden aber zwei Konzepte für mehr und verbesserte Beteiligung. Eine erste *Planungsstudie* verfasste der von der hessischen Landesregierung beauftragte SPD-Politiker Reinhard Ueberhorst, der bereits die Enquete Kommission des Bundestages zum Thema *Zukünftige Kernenergiepolitik* (Bundestag 1980) geleitet hatte. In dieser *Planungsstudie* verwies er u.a. darauf, dass es nötig wäre, insbesondere die Ressourcen der Bürgerinitiativen zu stärken. Aus Reihen der Bürgerinitiativen entstand ein Papier, das von den Verfasser\*innen als Gegenentwurf gedacht war, sich allerdings in der Frage der Bedeutung von Ressourcen auch für Kritiker\*innen und Gegenexpert\*innen mit Ueberhorst sehr einig war.

Um die Wahrnehmung des Bürgerdialog Kernenergie durch die Zivilgesellschaft einzuschätzen, lässt sich auch auf zeitgenössische sozialwissenschaftliche Forschung zurückgreifen. In der von Ortwin Renn 1984 veröffentlichten Dissertation wurden unterschiedliche Phasen der Resonanz und Akzeptanz im Hinblick auf die Wahrnehmung der Kernenergie insgesamt von 1950 bis 1981 anhand von Umfragen und sozialwissenschaftlichen Studien postuliert (Renn 1984: 207ff.). Die Phase zwischen 1975 und 1981, die sich weitgehend mit der des Bürgerdialog Kernenergie deckt, beschreibt der Autor wie folgt: „Standen die Jahre 1975 bis 1978 im Zeichen der Konfrontation zwischen Gegnern und Befürwortern und der sich daraus ergebenden Polarisierung der Standpunkte, so zeigt sich seit Beginn der Iran Krise und nach dem Harrisburg Unfall eine Tendenz zu einer weniger plakativen Form der Auseinandersetzung und eine verstärkte Bemühung um politisch kompromissfähige Lösungen. Dies darf jedoch nicht als eine Angleichung der Positionen missverstanden werden. Die Fronten sind weder aufgeweicht noch einander nähergekommen, allerdings hat die Auseinandersetzung an Schärfe verloren (teilweise auch aus mangelnder Gelegenheit), wobei beide Lager einen internen Konsolidierungsprozess durchlaufen, um für die zukünftige Auseinandersetzung mit neuen Argumenten und neuen Überlegungen aufwarten zu können“ (Renn 1984: 209).

Obwohl der Bürgerdialog in der Beschreibung der Phasen nicht explizit genannt wird, lässt sich dennoch rückschließen, dass er – neben den anderen von Renn genannten Faktoren – zu einer ‚Versachlichung‘ der Auseinandersetzung und zu einer Aufweichung der Polarisierung zwischen Gegner\*innen und Befürworter\*innen beigetragen haben könnte. Immerhin wurden mit dem Bürgerdialog Plattformen und Foren geschaffen, an denen ein argumentativer Austausch stattfinden konnte und die jeweiligen Lager miteinander ins Gespräch kommen konnten. Eine Einigung war nicht zu erwarten, aber doch zumindest eine Vertiefung des Diskurses. Dies betraf vor allem die Gruppe der Stakeholder: Bürgerinitiativen/Umweltverbände und weitere gesellschaftliche Gruppen sowie Industrie, Aufsichtsbehörden und Kernforschung. Sie kamen im Bürgerdialog zusammen und konnten sich trotz aller gegensätzlichen Positionen und Interessen

miteinander austauschen. Dies wirkte der sich ansonsten abzeichnenden Polarisierung der Fronten entgegen (Renn 1984: 251).

Wie – aber vor allem wie wenig – der Bürgerdialog in den Medien wahrgenommen wurde, zeigt die im Rahmen dieser Studie Recherche von Presseartikeln und Fernsehsendungen. Obwohl diese nicht nur starr nach dem Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“ gesucht wurde, sondern die Berichterstattung auf verwandte Stichwörter ausgeweitet wurde (siehe Kapitel 2), ist eines der zentralen Ergebnisse, dass der Bürgerdialog Kernenergie bzw. die Informations- und Diskussionsaktion als solche kaum Erwähnung in der zeitgenössischen Medien-Berichterstattung fand. Auch wenn einzelne Ereignisse, wie das erste Treffen der Bürgerinitiativen mit Matthöfer im August 1975 Medienresonanz in verschiedenen Tageszeitungen und den damaligen öffentlich-rechtlichen Nachrichtenformaten erzielte und teils das Stichwort „Dialog“ in den Artikeln vorkam (Hofmann 1975), wurde der Bürgerdialog Kernenergie in Medien und Öffentlichkeit nicht zu einem stehenden Begriff. Über den Bürgerdialog Kernenergie als solchen wurde im Fernsehen nicht berichtet. Das Thema Entsorgung hingegen sowie entsprechende Veranstaltungen mit Bürger\*innen zur Standortsuche wurden sowohl in *Tagesschau*-Beiträgen als auch in Berichten der Rundfunkanstalten aufgenommen. Intensivere Resonanz hatte die Teilnahme Matthöfers und des BMFT-Abteilungsleiters Manfred Schmidt-Küster an Diskussionssendungen (1974 - 1976) mit Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten, die Raum für den Austausch kontroverser Argumente zum Thema Kernenergie und Entsorgung boten. Minister und Staatssekretär stellten sich auch kritischen Interviewfragen. Das BMFT wurde somit als Akteur der Kernenergie-Kontroverse vor allem von den Fernsehredaktionen wahrgenommen, auch wenn dies meist nicht mit dem Bürgerdialog Kernenergie verknüpft wurde. Das Agenda-Setting misslang hier, auch wenn Faktenwissen und unterschiedliche Positionen als weitere Säulen der individuellen und öffentlichen Meinungsbildung sehr wohl medialen Widerhall fanden. Der Begriff und dessen Kenntnis blieb vorwiegend intern auf die öffentliche Verwaltung, insbesondere das BMFT, den Deutschen Bundestag und einzelne Partnerinstitutionen beschränkt.

Sowohl in der zeitgenössischen als auch in der aktuelleren wissenschaftlichen Literatur wurde der Bürgerdialog Kernenergie, wie bereits oben angesprochen, nur spärlich, oberflächlich und wenn, dann überwiegend negativ wahrgenommen. Warum war der Bürgerdialog Kernenergie fast vergessen? Und warum überwogen negative Urteile? Warum galt er als wenig gelungen und unglaubwürdig? Und ist das – auf der Basis der Ergebnisse dieser Studie, eine angemessene Würdigung?

Dass der Bürgerdialog Kernenergie so rasch „vergessen“ wurde, lag vielleicht weniger daran, was er umfasste und wie er vorging, sondern viel mehr an einem eher schwachen *branding*. Dies führte dazu, dass er eben nicht zu einer Marke in der Öffentlichkeit wurde, auf die in späteren Auseinandersetzungen Bezug genommen wurde. So war zunächst von „Aufklärung“, dann von „Dialog“, aber erst ab 1976 von „Bürgerdialog Kernenergie“ die Rede. In den Medien wurde Aufmerksamkeit für die Kernenergiedebatte nicht durch den Bürgerdialog, sondern die Berichte über Protestaktionen oder Störfälle erzeugt. Nicht die Informations- und Diskussionsaktion prägte die öffentliche Meinungsbildung, sondern Ereignisse, die Sicherheitsbedenken und Umweltsorgen forcierten.

Allerdings ist auch auf Mängel bei der kontinuierlichen Umsetzung der Informationsaktion zu verweisen. Das mangelnde *branding* und die verschiedenen Bezeichnungen lassen sich anhand der Anzeigen (siehe Kapitel 5.2.3) gut illustrieren. In den Anzeigen erschien der – oft wechselnde – Begriff teils nur recht versteckt in der Rücksende-Adresse (1975: „Betr. Kernenergie-Dialog“; April 1976: „Betr. Bürgerdialog Kernenergie“). Erst in der Anzeige im August 1976 als „Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie“ war er überhaupt prominent in der Überschrift platziert. Und bereits im Januar 1978 sprach die Anzeige gar nicht mehr vom „Bürgerdialog Kernenergie“, sondern stellte heraus: „Die Bundesregierung führt daher die Information und Diskussion über Kernenergie und ihre Alternativen fort.“ Zwar führten das Magazin, also der *Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief* zwischen 1976 und 1977 den Begriff immerhin im Namen; ab Ende 1977 hieß das Magazin aber bereits *Energiediskussion*.

Der Begriff Bürgerdialog Kernenergie hatte weitere Schwächen aufgrund der Assoziationen, die er auslöste. Erstens war durch die Einbeziehung des Terminus Kernenergie bereits ein Pro-Atom-Marker gesetzt, weil – wie nicht nur Gründler (1977) in einem wissenschaftlichen Beitrag überzeugend argumentierte – Kernenergie von der Befürworter-Seite vorwiegend eingesetzt wurde, um die Assoziationen von Atom und Waffen zu vermeiden. Die Gegenseite sprach weiterhin eher – im Bewusstsein dieser Assoziation – von Atomkraft oder Atomenergie, wie ursprünglich auch die Befürworterseite seit der *Atoms-for-Peace*-Kampagne der 1950er Jahre (siehe Kapitel 3.1.1.2). Auch spiegelte die Begriffswahl nicht das Themenspektrum der BMFT-Aktivitäten im Energiebereich wider, das zwar in den ersten Jahren auf Kernenergie fokussierte, aber auch andere Alternativen zum Öl (darunter auch Sonnen- und Windenergie) und grundsätzlichere Energiethemen wie Fragen der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit behandelte. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass die Maßnahmen im Haushalt des Deutschen Bundestag in späteren Jahren auch als Bürgerdialog Kernenergie oder Bürgerdialog Energie geführt wurde und, die Bezeichnung Bürgerdialog Energie u.a. in den Jahresberichten der Bundesregierung verwendet wurde. Zum Oberbegriff, unter dem die BMFT-Informations- und Dialogaktion bis heute bekannt ist, wurde aber die Bezeichnung Bürgerdialog Kernenergie.

Die Begriffe Dialog und Bürgerdialog waren aber insofern problematisch, als sie leicht misszuverstehen waren oder sogar zu hohe Erwartungen für eine Beteiligung an Entscheidungen weckten. Der Begriff führte zu Enttäuschungen, weil er eine Ergebnisoffenheit suggerierte und Mitentscheidungspotential bei politischen Entscheidungen, die nicht gemeint waren. Gleichzeitig scheinen beide Seiten – wie das Beispiel Gorleben vermuten lässt – die Doppeldeutigkeit des Wortes zunächst gern in Kauf genommen zu haben, um überhaupt ins Gespräch zu kommen.

Rasch verlor damit das BMFT auch die Kontrolle über die Verwendung und Deutung des Begriffs. Nicht nur Gründler, sondern auch viele andere aus den Bürgerinitiativen verwandten den Begriff „Dialog“ oder „Bürgerdialog“ als schlagkräftiges Argument in der rhetorischen Auseinandersetzung mit dem BMFT, wie aus vielen Zitaten in dieser Studie ersichtlich wird: Es sei kein echter Bürgerdialog, wenn beispielsweise – wie in

Gorleben – die Beschlüsse bereits gefasst seien. So sei eine Konsenssuche und -bildung im Habermas'schen Sinne von Verständigung nicht möglich.

Wenn man dem Bürgerdialog in der Rückschau – auf der Basis dieser Studie – im Hinblick auf seine Wirkungen und damit seinen „Erfolg“ gerecht werden will, muss man sich noch einmal die Ziele und die Ergebnisse vor Augen führen:

Im Hinblick auf eine der ursprünglichen Zielsetzungen, durch Information Akzeptanz für Kernkraft zu gewinnen, so wurde dieses Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil scheinen die zunehmende Debatte und die Information aus vielfältigen Quellen Kritik und Protest eher noch gestärkt zu haben.

Wenn man aber die vor allem mit Hauff assoziierte Schaffung von Öffentlichkeit als vorpolitischem Raum der demokratischen Meinungsbildung und das Ziel einer öffentlichen Debatte über die großflächige Einführung dieser neuen Technologie zugrunde legt, war der Bürgerdialog sehr wohl erfolgreich. In der Tat haben die Informationsmedien und Schriften des Bürgerdialogs einer Vielzahl von Stimmen – auch von kritischer Seite – Raum gegeben. Der Bürgerdialog Kernenergie wurde in den 1970er Jahren durch hochrangige Politiker auf BMFT-Veranstaltungen unterstützt – sowohl durch den Austausch mit Bürger\*innen als auch mit Vertreter\*innen von gesellschaftlichen Gruppen. Vor allem die durch das BMFT bezuschussten Veranstaltungen – meist in der Regie der in den Austausch eingebundenen gesellschaftlichen Gruppen – ermöglichten vielen Menschen eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema zukünftiger Energieversorgung – auch über das engere Thema der Atomenergie hinaus. In der Tat wirkte der Bürgerdialog ebenfalls daran mit, eine Debatte über erneuerbare und andere alternative Energiequellen und deren Auswirkungen auf Arbeitsmärkte und Wirtschaft zu führen. Auch wenn der genaue Anteil des Bürgerdialog Kernenergie nicht quantifiziert werden kann, trug er in jedem Falle zu einer intensivierten, breiteren öffentlichen Debatte über Atom- und Energiepolitik bei und zur Mobilisierung von Ressourcen und Aufmerksamkeit für die in diesem Bereich engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen. Ob man emphatisch mit Radkau (1986: 307) von einer „neuen Aufklärung“ und der Atomdebatte als „größte[m] und gedankenreichste[m] Diskurs in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik“ sprechen möchte, ist Geschmackssache. Dass der Bürgerdialog Kernenergie hierzu einen Beitrag geleistet hat, steht allerdings außer Frage.

In der wissenschaftlichen Literatur ist die Auseinandersetzung mit dem Bürgerdialog Kernenergie selten und meist oberflächlich erfolgt (siehe Kapitel 1.4). Vor diesem Hintergrund überraschen sowohl die meist negativen als auch die geringere Zahl der positiven Bewertungen von Wissenschaftler\*innen. Diese scheinen, so kann geschlussfolgert werden, wenig differenziert Bewertungen wiederzugeben, die nicht auf eigenen Recherchen und Analysen des Bürgerdialog Kernenergie basieren. Einige wenige wissenschaftliche Studien, wie Dieter Ruchts „Von Wyhl nach Gorleben“ (1980), setzten sich allerdings – wenn auch knapp – mit dem Bürgerdialog Kernenergie auseinander. Rucht (1980: 88f., 243f.) hob dabei hervor, dass im Ministerium die Werbemaßnahmen der Betreiber kritisch gesehen wurden und der Bürgerdialog sich davon unterscheiden sollte. Auch habe die Regierung über die Zeit eine „differenziertere

Position“ (Rucht 1980: 88) eingenommen habe - eine Beobachtung, die auch mit den Ergebnissen dieser Studie übereinstimmt, z.B. im Hinblick auf die Ausweitung des Themenspektrums auf alternative Energien.

## **8.7 Welche Bedeutung haben die Beobachtungen über den Bürgerdialog Kernenergie für das heutige Standortauswahlverfahren?**

Das heutige Standortauswahlverfahren weist auf den ersten Blick nur wenige Gemeinsamkeiten mit dem Bürgerdialog Kernenergie auf. So entstand der Bürgerdialog Kernenergie in einer Zeit des zunehmenden Konflikts zwischen „Entscheider[n] aus Politik und Wirtschaft, unterstützt durch Experten aus Natur- und Technikwissenschaften. In Frontstellung dazu befanden sich [...] Betroffene, vor allem Anwohner an Standorten für geplante oder dann realisierte Kernkraftwerke oder andere kerntechnische Anlagen wie [...] am lange Zeit verfolgten Endlager Gorleben. Ihr Protest weitete sich auf beträchtliche Teile der deutschen Bevölkerung aus.“ Die Folge dessen, was Grunwald in der Rückschau als „Arroganz [...] gegenüber Kritik und Sorgen aus der Bevölkerung“ (Grunwald 2022: 556f.) verdeutlicht und der technokratische und technikzentrierte Lösungsansatz (Bimesdörfer et al. 2016: 409) führten zu Misstrauen gegenüber Staat, Experten und demokratischen Prozessen, der sich über einen sehr langen Zeitraum erstreckte. Ortsnamen wie Wyhl, Gorleben, Brokdorf, stehen für große Proteste, Harrisburg und später Tschernobyl und Fukushima stehen gar für Störfälle oder Katastrophen, die tief nicht nur im kollektiven Bewusstsein von sozialen bzw. Umwelt-Bewegungen, sondern der Gesamtbevölkerung verankert sind. Der Bürgerdialog Kernenergie war eine staatliche Informations- und Diskussionsaktion. Er hatte nie die Aufgabe, den technokratischen Lösungsansatz grundsätzlich in Frage zu stellen und der oppositionellen Gegenbewegung Rechnung zu tragen, sondern er warb im Kern um das Vertrauen in die damaligen auf die umfassende Einführung von Kernenergie ausgerichteten Entscheidungsprozesse in Regierungen, Parlamenten und Energiewirtschaft.

Die heutige Entsorgungsdebatte ist grundsätzlich anders geprägt. In Politik, Wissenschaft und derzeit auch weiten Teilen der Zivilgesellschaft herrscht ein Einvernehmen, dass das *wicked problem* (Bimesdörfer et al. 2016; Brunnengräber 2016) nukleares Endlager nicht nur durch hohe wissenschaftlich-technische Komplexität, sondern auch durch politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Vorgehen und Standorte gekennzeichnet ist und sein muss. Der stetige und langfristige Aufbau von Vertrauen in die demokratischen Prozesse und Entscheidungen des noch jahrzehntelang andauernden Endlagersuchprozesses ist dabei eine der großen Herausforderungen (Bimesdörfer et al. 2016: 409). Das StandAG stellt hier einen Neuanfang – nach dem im Atomgesetz (AtG) verankerten Ausstieg aus der Kernenergie (zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 4.12) – dar (Durner 2019: 242).

Der Erfolg der Umsetzung des StandAG ist in die Zukunft verlagert, ob nun 20, 40 oder mehr Jahre. Er wird von Generationen bewertet werden, die über keine persönliche Erinnerung an die Auseinandersetzungen zur Atomenergie mehr verfügen. Das StandAG will zwar laut § 1 StandAG „unzumutbare Lasten und Verpflichtungen für zukünftige Generationen vermeiden“, schlussendlich sind es jedoch die zum Entscheidungszeitpunkt Betroffenen, heute Noch-Nicht-Betroffenen, die am Standort des zukünftigen Endlagers die Entscheidung aufgrund des gesetzlich verankerten Verfahrens mittragen oder – wie es im Gesetz heißt – tolerieren sollen. Selbst ein gesetzlich verankerter Prozess mit vielfältigen Beteiligungsformaten kann den erfolgreichen Abschluss nur befördern, aber nicht garantieren.

In den 1970er Jahren standen Technikfolgen-, Risiko- oder Beteiligungsforschung noch in ihren Anfängen, die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung entsprechend in den ‚Kinderschuhen‘. Das heutige Verfahren wird von einer lebhaften sozial- wie auch rechtswissenschaftlichen Diskussion um Beteiligungsaspekte begleitet, in der diverse Fragen oft in langjährigen Projekten disziplinübergreifend adressiert werden. Beispielhaft hierfür sind in den letzten Jahren veröffentlichte wissenschaftliche Sammelbände (Hocke-Bergler, Grunwald 2006; Brunnengräber 2016; Brunnengräber, Di Nucci 2019; Brohmann et al. 2021). Diese intensive wissenschaftliche Diskussion wie auch Wissenschaftskommunikation liefern ein solides Fundament.

Neben der institutionalisierten Beteiligung der Öffentlichkeit durch Gremien und spezielle Beteiligungsformate (Nationales Begleitgremium, Fachkonferenz Teilgebiete, Regionalkonferenzen sowie die Fachkonferenz Rat der Regionen) adressiert das StandAG durch Information, Kommunikation und Beteiligung die Bürger\*innen als Einzelbürger bzw. als Öffentlichkeit. Kernelement zur Information der Öffentlichkeit ist eine Internetplattform, aktuell und versehen mit allen wesentlichen Unterlagen (§ 6 StandAG). Diese Ausrichtung der Information auf die allgemeine Bevölkerung als Zielgruppe hat der Bürgerdialog Kernenergie mit dem heutigen Verfahren gemeinsam.

Aufgrund der Umbrüche der öffentlichen Kommunikation in den letzten Jahrzehnten erscheint auf den ersten Blick kaum denkbar, dass aus der historischen Forschung Erkenntnisse für das heutige Verfahren abgeleitet werden können. Nichtsdestotrotz traten im Rahmen des Bürgerdialog Kernenergie Phänomene auf, die durchaus von Relevanz für zukünftige Beteiligung sein können. Diese sollen nachfolgend kurz diskutiert werden, gerade im Hinblick auf die Stärken, Schwächen und Grenzen des Bürgerdialog Kernenergie.

Die Grenzen des Bürgerdialog lagen vor allem in den Rahmenbedingungen: In den 1970er Jahren ging es um massive ökonomische und staatliche Interessen, um die Sicherstellung der zukünftigen Energieversorgung und des Wohlstands. Halbstaatliche Energieversorger und Unternehmen führten ihre eigenen Kampagnen durch, die in ihrem Werbeduktus auch die Glaubwürdigkeit von Aussagen pro Kernkraft untergruben. Der sich zunehmend aufheizende Konflikt schuf einen Wahrnehmungsrahmen auf beiden Seiten, der im Handeln der jeweils anderen Seite böartige Strategien sah. Radikale Akteure wie etwa Hartmut Gründler mit seinen Hungerstreiks, seinen permanenten, anklagenden Briefen an verschiedene Minister und den Bundeskanzler

sowie schließlich seinem Selbstmord stellten das Versprechen und die Praxis des Dialogs auf die Probe (Meyer 2023 ‚Fanal‘).

Die Situation ist heute anders, weil es nicht mehr um den Ausbau der Kernkraft, sondern nur mehr um die Entsorgung geht, die ein „bad“ und kein „good“ mehr ist (Brunnengrüber 2019: 110), mit der auch politisch nicht viel zu gewinnen ist – außer Protestwählerstimmen, was durchaus politische Konsequenzen haben kann. Nichtsdestotrotz wird auch ein zukünftiges Informations- und Partizipationsprogramm ähnlich Grenzen haben, die beispielsweise durch Falschinformationen Glaubwürdigkeit und Konsenssuche erschweren werden.

Die Stärken des Bürgerdialog Kernenergie lagen gerade in der breiten Ansprache der Bevölkerung mit Informationen und Dialogangeboten. Dazu gehörten die regelmäßige Einbeziehung der gesellschaftlichen Gruppen bei Veranstaltungen, die von Bildungsträgern und Zivilgesellschaft unter geringen Auflagen in Eigenregie durchgeführt werden konnten. Ebenso war die Bereitschaft, den Positionen der gesellschaftlichen, auch kritischen, im Magazin des Bürgerdialogs breiten Raum einzuräumen, hervorhebenswert, weil sie ein Gegengewicht zur recht einseitigen, ebenfalls an junge Leute gerichteten Werbung der Industrie war und so die Graswurzel-Öffentlichkeitsarbeit der sozialen Bewegungen um den Zugang zu den BMFT-Rezipient\*innen erweiterte.

Gerade die offene Finanzierung von Veranstaltungen, die von der Zivilgesellschaft selbst organisiert werden, ist ein wichtiges, bis heute angesichts etatistischer Traditionen in Deutschland durchaus innovativ wirkendes Mittel der Förderung von Debatte und Dialog, das auch Bedeutung für zukünftige Dialoge haben könnte. Staatliche Kontrolle aus der Hand zu geben, kann hier Vertrauen stiften.

Die Schwächen des Bürgerdialog lagen vor allem darin, dass – wie oben diskutiert – der Begriff Bürgerdialog problematisch war, weil er – trotz aller Klarstellungen von Minister Matthöfer, dass es sich nicht um ein Mitentscheidungsformat handelte, genau diese Assoziation mit sich trug. Hier fehlte es auch gerade an der Klarheit der Kommunikation der Ziele, die der Bürgerdialog verfolgte. Auch die Bedeutung von passgenauen Bezeichnungen politischer Maßnahmen ist eine Beobachtung, die für zukünftige Partizipation von Bedeutung ist.

Eine weitere Schwäche war der Fokus auf zweiseitige Pro- und Contra-Formate – bei Veranstaltungen, aber auch in Publikationen. Dies verstärkte die Konfrontation, weil Person und Meinung von vornherein festgelegt waren (Hirsch, Nowotny 1977; Hirsch 1977). Das zwang die Beteiligten, sich zu einer Seite zu bekennen und führte zu sterilen „zum Ritual erstarrt[en]“ Schlagabtausch (Radkau 2011: 243). Das sahen auch zeitgenössische Beobachter schon kritisch. So zitiert Radkau den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner mit der auch auf den Bürgerdialog gemünzten Aussage, solcherlei „Hearings“ seien „beinahe für die Katz“ (Radkau 2011: 243).

Diese Beobachtung aus den Erfahrungen des Bürgerdialog zeigt, wie wichtig es ist, nicht nur formal für Fairness zu sorgen, sondern eben auch die kommunikativen Auswirkungen von Partizipationsverfahren immer wieder auf den Prüfstand zu stellen

und hinsichtlich ihrer Methoden und Formate gemeinsam mit den beteiligten Akteur\*innen weiterzuentwickeln.

## 8.8 Welche weiteren Forschungsbedarfe ergeben sich aus dieser Studie?

Vor dem Hintergrund dieser Studie zeigen sich Forschungslücken insbesondere im Bereich der Geschichts- und der Partizipationsforschung.

Die bisher existierende **historische Forschung zum Atomkonflikt** ist interdisziplinär generell sehr offen und untersucht schwerpunktmäßig vor allem die Rolle der Zivilgesellschaft, deren Proteste und Aktivitäten. Sie ist teils konzeptionell inspiriert von der zeitgenössischen Forschung zu sozialen Bewegungen (Klein, Legrand, Leif 1999), indem sie Fragen von Demokratie und Partizipationsforderungen aus der Bewegung in den Mittelpunkt stellt (Milder 2017 ‚Greening‘; Milder 2020; Augustine 2018 ‚Taking‘). Teils richtet sie in transnationaler Perspektive den Fokus auf grenzüberschreitende und europäische Kooperation und Beeinflussung von Protestbewegungen (Tompkins 2016, Tompkins 2020; Kirchhof, Meyer 2021 ‚Revealing‘). Vereinzelt gibt es immerhin auch Studien zu lokalen Befürwortern von Atomanlagen (Götter 2020). All dies ist zweifelsohne innovativ und richtet den Blick auf bisherige blinde Flecken der Zeit- und Umweltgeschichte.

Ein wichtiger blinder Fleck ist aber bisher das staatliche Handeln im Atomkonflikt geblieben, trotz umfangreicher internationaler Forschungsanstrengungen zur Geschichte von Atomkraft und Gesellschaft (Kaijser et al. 2021) in den vergangenen Jahren. Auch dort fehlen detaillierte Vergleiche der Informationskampagnen in den verschiedenen europäischen Ländern. Die hier vorgelegte Studie versucht, diese Lücke für die 1970er und frühen 1980er Jahre zumindest teilweise zu schließen, auch – in Ansätzen – im Hinblick auf den Entsorgungsstandort Gorleben und punktuell in Nordhessen. Hier zeigt sich, dass gerade die Untersuchung regionaler Konflikte neue Einblicke in die konkrete Dynamik an Standorten ermöglicht, die ja auch im Hinblick auf die Endlagersuche instruktiv sind, vor allem dann, wenn, wie hier, interdisziplinär Perspektiven zusammengeführt werden, um historische Ereignisse, Entwicklungen und Dokumente quellenkritisch, aber gleichzeitig unter Einbeziehung der aktuellen interdisziplinären Begrifflichkeiten, Methoden und Forschungsstände der Endlagerforschung zu untersuchen und Aussagen im Hinblick auf aktuelle Problem zu gewinnen (siehe Kapitel 1.5).

Allerdings endete der Atomkonflikt nicht mit der sozialliberalen Koalition, sondern ging in Wackersdorf (Gaumer 2018) und in den verschiedenen Reaktionen auf Tschernobyl (Arndt 2020; Jordan 2018; Kalmbach 2021) und vor allem in Gorleben bis ins neue Jahrtausend weiter. Während die Studie von Gaumer den Konflikt um Wackersdorf in Bayern unter Einbeziehung der staatlichen Seite gründlich untersucht, bleiben die übrigen Studien zu den 1980er Jahren über die Auswirkungen von Tschernobyl auf

mediale und öffentliche Wahrnehmung sowie transnationale und internationale Perspektiven beschränkt.

Historische Studien über staatliches Handeln, die Interaktion von verschiedenen politischen Ebenen und von staatlichem, zivilgesellschaftlichem und Betreiber-Handeln über die längere Dauer des Konflikts fehlen bisher. Solche Erkenntnisse wären aber im Hinblick auf Praxis-Erfahrungen und zum besseren Verständnis des Konflikts über Atomkraft und v.a. Entsorgung von großem Interesse. Zudem wären interdisziplinäre und vergleichende Ansätze enorm instruktiv, weil sie ermöglichen, Regelmäßigkeiten und Muster, Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuklären. Insbesondere fehlen:

- Eine umfassendere Studie zum Gorleben-Konflikt – inkl. staatlichem Handeln – über die ganze Geschichte des Konflikts hinweg – in der langen Dauer; die inzwischen schon etwas ältere Studie von Tiggemann (2004, 2. Aufl., 2010) behandelt nur das erste Jahrzehnt);
- ein systematischer, thematisch und intertemporal angelegter Vergleich der Erfahrungen des länger dauernden Gorleben- und des weit kürzeren Wackersdorf-Konflikts;
- Vergleiche mehrerer regionaler Konflikte um Atomanlagen (Hanau, Brokdorf, Kalkar, Hamm-Uentrop), aber auch weniger konfliktreicher Standorte (Ohu, Emsland) in längerfristiger Perspektive;

Darüber hinaus könnten gerade internationale Vergleiche helfen, die Besonderheiten der Situation in Deutschland besser zu verstehen, aber auch zu zeigen, dass oft angenommene „deutsche Besonderheiten“ möglicherweise gar keine sind. Solche Vergleiche lassen auch Muster gelingender Partizipation erkennen, die möglicherweise instruktiv und teils übertragbar sind.

- internationale historische Vergleiche von kurz- oder langwierigen lokalen Auseinandersetzungen um Standorte von Atomanlagen im Hinblick auf Partizipation und zur Rolle staatlicher Akteure, und
- vergleichende Forschung über Konflikte um (grenzüberschreitende) Atommüll-Transporte (z.B. in Dänemark/Schweden um das Transportschiff MS Sigyn) und die Castor-Transporte in Deutschland

All dies wäre für die Stärkung der Wissensbasis im Hinblick auf die Endlagersuche in Deutschland von großem Interesse und könnten dazu beitragen, die Resilienz des Verfahrens, vor allem in den zukünftigen Diskussionen in den Regionen, zu stärken.

Im Bereich der **Partizipationsforschung** lässt sich aus der Studie klar ersehen, dass jede Form der Beteiligung ein klares Mandat mit genauer Definition der Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen erfordert. Zudem müssen die Frage der Akteure, die an den Beteiligungsmaßnahmen mitwirken sollen, und die Frage nach der Anschlussfähigkeit an die legalen Gremien der politischen Planung und Entscheidungsfindung vorab geklärt werden. In der partizipationswissenschaftlichen Literatur wird dies mit drei Stichworten verbunden: *Inclusion*, *Closure* und *Transfer* (National Research Council 2008; Renn, Schweizer 2009; Renn, Schweizer 2020). *Inclusion*

umfasst die Auswahl der Teilnehmenden, die Frage nach den zu behandelnden Inhalten und die Begrenzung von Raum (Standort, Bundesland, Deutschland, Europa) und Zeit (Planungshorizont). *Closure* beinhaltet das Mandat, den Prozess des deliberativen Verhandeln und die Art der Beschlussfassung (Konsens, Mehrheitsvotum, etc.). *Transfer* beschreibt die weitere Umsetzung der Ergebnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zukünftige Forschung im Bereich der Partizipation kann sich an diesen drei Schlüsselworten orientieren.

- Im Bereich der *Inclusion* ist etwa die Frage offen, wie organisierte Stakeholder, die nicht organisierte Standortbevölkerung und die nicht direkt betroffene Allgemeinheit in den Diskurs eingebunden werden sollen. Auch geht es um eine klare Definition, wer als lokal betroffen eingestuft werden soll.
- Bei *Closure* wird es vor allem darum gehen zu erforschen, welche Spielräume die jeweils eingesetzten Formate für Stakeholder, Anwohnerschaft und Allgemeinbevölkerung im Sinne der Verbindlichkeit für Planungsbehörden und politische Gremien haben sollen. Dabei sind juristische, politikwissenschaftliche und sozialpsychologische Untersuchungen wichtig.
- Weitere Forschung ist vor allem im Bereich des *Transfers* notwendig. Vor allem gilt es zu klären, wer Adressaten bzw. Adressatinnen der Ergebnisse von Beteiligungsmaßnahmen sein sollen. Im föderalen System ist das keineswegs eindeutig. Darüber hinaus ist je nach Mandat auch die Verbindlichkeit von Beteiligungsergebnisse im weiteren Prozess der Umsetzung zu klären. Auch hier ergibt sich wiederum juristischer und politikwissenschaftlicher Forschungsbedarf; denn eine Delegation von kollektiv verbindlichen Entscheidungen ist im Rahmen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland an sehr enge Grenzen gebunden.

Aus der Analyse des Bürgerdialogs lässt sich klar ableiten, dass ein unscharfes, mit unterschiedlichen Erwartungen verbundenes und von den Ministern über die Zeit immer wieder leicht modifiziertes Mandat, die Vorstellung, dass mehr Information zu höherer Akzeptanz führe, und die Hoffnung, dass mehr Dialog auch höhere Konsensbereitschaft nach sich ziehe, Beteiligungsmaßnahmen scheitern lassen können. Allerdings besagt diese Negativliste nicht, welche Formate und Prozesse bei einem Konfliktthema, das hohe politische und emotionale Sprengkraft besitzt, Aussicht auf Erfolg haben. Dazu ist mehr konzeptionelle, aber vor allem empirische Forschung notwendig.

## 8.9 Schlussfolgerungen

Die vier wichtigsten Schlussfolgerungen dieser Studie sollen nachfolgend thesenartig zusammengefasst werden:

**Erstens ist es aufgrund des Unterschieds von damals zu heute schwierig, aus der Geschichte des Bürgerdialogs konkret für die heutige Endlagersuche zu „lernen“.**

Die Unterschiede von Gestern zu Heute sind frappant. Ganz offensichtlich haben sich nicht nur Ansprüche an das Verhalten von Politiker\*innen, sondern auch die Medienwelt und die Zivilgesellschaft geändert. Die Partizipationserwartungen sind weiter hoch und noch selbstverständlicher als in den 1970er Jahren, als dies eher neu war. Auch auf der Ebene der Institutionen und Regeln sind die Unterschiede groß: Anders als bei der Vorentscheidung Albrechts für Gorleben verspricht das heutige Standortsuchverfahren spätestens seit dem Aus für den Standort Gorleben ergebnisoffen zu sein – auch wenn die Notwendigkeit, einen Standort zu wählen, an sich nicht infrage steht. Das Verfahren ist – anders als Ende der 1970er Jahre – gesetzlich geregelt und die einzelnen Verfahrensschritte sind genau und proaktiv definiert. Das Gesetz erfolgte auf Grundlage einer intensiven gesellschaftlichen Debatte über Erfahrungen der Vergangenheit. In Zukunft soll es sich um ein lernendes Verfahren handeln. Obwohl Verzögerungen angesichts der auslaufenden Genehmigungen der Zwischenlager noch immer eine Rolle spielen, ist der Zeitdruck heute viel geringer, als er aufgrund des Entsorgungsjunktimms in den 1970er und 1980er Jahren war.

Dennoch sind auch Gemeinsamkeiten geblieben: Die Schwierigkeit ist nicht nur, einen geologisch geeigneten Standort zu finden, sondern eine letztlich politische Entscheidung herbeizuführen und durchzusetzen, die für die politischen Entscheidungsträger\*innen – wie einst für die am Bürgerdialog beteiligten Politiker – politische Kosten wie z.B. den Verlust an Vertrauen bedeuten kann. Auch wird es trotz der Priorisierung von Wissenschaftlichkeit und Sicherheit unvermeidlich sein, Fragen begrenzter Ressourcen und technischer Möglichkeiten zu berücksichtigen. Die Entscheidung soll im Konsens und muss daher auf Verständigung beruhen. Auch heute müssen die Bürger\*innen informiert werden, und es muss innerhalb der Gesellschaft diskutiert werden, ohne dass die schlussendliche parlamentarisch legitimierte Entscheidung umgangen werden kann. Dieses Dilemma, das auch ein tatsächlich ergebnisoffenes Beteiligungsverfahren zur Endlagerstandort-Frage nicht auflösen kann, wird bleiben.

**Zweitens zeigt sich, dass gerade die Annahmen der Defizithypothese den Bürgerdialog Glaubwürdigkeit gekostet und den Erfolg der Maßnahme nicht gestärkt haben.**

Die implizite, oft auch explizit und öffentlich geäußerte Annahme, dass Bürger\*innen sich aus Unwissenheit oder Mangel an technischem Verständnis gegen Standorte und Atomtechnik wehrten, und vor allem emotional handelten, war unter Atomexperten und -befürwortern wie auch Politikern der 1970er und 1980er Jahre weit verbreitet. Sie führte dazu, dass in Form des Bürgerdialog Kernenergie eine umfassende Informationskampagne durchgeführt wurde, in der Erwartung, mit ausreichenden Informationen würde man die Bürger\*innen überzeugen und die Kritik beseitigen.

In der Tat wurde auf der Basis größeren Wissens mehr Sachorientierung in die Debatte gebracht, aber auch mehr Kritik. Ungewollt hatte dies – um mit Radkau zu sprechen – aufklärerische Effekte, allerdings stärkte es nicht die Akzeptanz, also das, was Filbinger beispielsweise mit „Aufklärung“ in Verbindung gebracht hatte, sondern eher die Kritik an der Atomkraft und den staatlichen Entsorgungsplänen.

Das durch die Defizithypothese geprägte Auftreten von „Experten“ gegenüber – immer besser informierten – „Laien“ führte etwa im Kontext von Gorleben dazu, die Glaubwürdigkeit des Bürgerdialogs zu untergraben, gerade wenn dieser auf informierte, rationale Debatte setzte.

Die Defizithypothese ist heute weniger verbreitet als in den 1970er Jahren. Allerdings ist sie im Habitus wissenschaftlich-technischer Expert\*innen im Bereich der Kerntechnik immer noch vorhanden. Im Hinblick auf zukünftige Information und Partizipation für die Endlagersuche sollte dieses fortwirkende, problematische Erbe interdisziplinär kritisch reflektiert werden und diese Reflexion Teil des lernenden Verfahrens werden.

**Drittens zeigten sich regionale Dynamiken, die den Bürgerdialog prägten und seine Glaubwürdigkeit untergruben.**

Gerade im Raum Gorleben, dem Schwerpunkt der Aktivitäten des Bürgerdialogs, erlebte die Zivilgesellschaft den Bürgerdialog vor Ort im Kontext der Dynamik des sich ausweitenden Konflikts. Informationen, Veranstaltungen, Aussagen und politische Versprechen, die im Rahmen des Bürgerdialogs und außerhalb dessen, in der Landespolitik oder von Betreiber-Vertretern getätigt wurden, verschwammen in den Augen der Bürger\*innen und Aktivist\*innen. Widersprüchliche Statements und der Beginn der Standorterkundung, der als Schaffen von Fakten wahrgenommen wurde, bildete eine Folie, vor deren Hintergrund ein offener und ergebnisoffener Diskurs rasch an Glaubwürdigkeit verlor, obwohl gerade der Leiter der durch den Bürgerdialog mitfinanzierten Informationsstelle in Lüchow sich sehr um Ausgleich bemühte. Eine solche Dynamik untergrub den Bürgerdialog Kernenergie nachhaltig. Ähnliche Dynamiken der Konflikteskalation und des Vertrauensverlusts ließen sich auch bei der Auseinandersetzung in Nordhessen 1981/82 beobachten, wo der Bürgerdialog Kernenergie selbst allerdings gar nicht in Erscheinung trat, sondern vor allem der Betreiber DWK und die Landesregierung.

Man sollte sich bewusst sein, dass eine solche Dynamik auch an künftigen Standorten entstehen könnte. Ob und wie das vermieden werden könnte, ist offen. Voraussetzung ist ein transparentes Verfahren, in dem – anders als am Standort Gorleben – den beteiligten Bürger\*innen glaubwürdig vermittelt wird, dass nicht vorzeitig und unter Umgehung wissenschaftlicher Erkenntnisse vollendete Tatsachen geschaffen werden. Dazu gehört, dass Entscheidungen auf der Grundlage vorher definierter Kriterien erfolgen, dass sie öffentlich und nachvollziehbar begründet werden und dass unabhängige begleitende Kontrollen zur Qualitätssicherung (Peer Reviews) in das Verfahren integriert werden, um die Anwendung der Kriterien zu überprüfen und Fehler im Verfahren frühzeitig zu erkennen.

**Schließlich sollte man vorbereitet sein und von vornherein akzeptieren, dass Bürgerdialoge und Informationskampagnen – aber auch Partizipationsangebote – scheitern können.**

Auch bei einer zukünftigen Standortsuche – und das ist eine ganz praktische Lehre aus der vorliegenden Studie – können Informations-, Dialog- und Partizipationsangebote scheitern, weil eine Vielzahl von Akteuren interagiert, unterschiedliche Aussagen tätigt,

unterschiedliche (politische, wirtschaftliche, persönliche) Interessen verfolgt, Widersprüche erzeugt und damit Glaubwürdigkeit und Vertrauen untergräbt. Selbst eine exzellent geplante Informations- und Partizipationsstrategie ist vor den Konsequenzen solcher komplexen Interaktionen nicht gefeit, die zum ‚Scheitern‘, oder zumindest zum Misserfolg, zum Verlust von Konsens und Vertrauen vor Ort am Endlagerstandort führen können.

## 9 Literatur- und Quellenverzeichnis

### 9.1 Zitierte Literatur und Dokumente

Abelshauer, Werner (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn: Dietz.

acatech (2012): Perspektiven der Biotechnologie-Kommunikation. Kontroversen – Randbedingungen – Formate. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag (acatech Position).

Albrecht, Ernst (1977): Vermerk von Schwope. In BT-Drucksache 17/13700, S. 416.

Albrecht, Ernst (1979): Brief an Bundeskanzler Schmidt vom 8. Juni 1979. In: Gorleben Nachrichtendienst 6/82.

Albrecht, Ernst (1979): Regierungserklärung vom 16. Mai 1979 von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht zum geplanten Nuklearen Entsorgungszentrum (NEZ) in Gorleben. In: Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1979): Nukleare Entsorgung. Eine Bürgerinformation. Bonn, S. 102-113.

Albrecht, Ernst (1981): Brief an den Bürgermeister der Samtgemeinde Gartow, Heinz Rathje, vom 21. Mai 1981. Reproduktion auf einem Plakat der Grünen, Kreisverband Lüchow-Dannenberg. Online abrufbar unter [https://kulturerbe.niedersachsen.de/fullscreen/record\\_kuniweb\\_948171/1/](https://kulturerbe.niedersachsen.de/fullscreen/record_kuniweb_948171/1/), zuletzt geprüft am 19.09.2023.

Alemann, Ulrich von (1975): Einleitung: Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Zur Problematik eines Gegenstandes. In: Ulrich von Alemann (Hg.): Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag (Studienbücher zur Sozialwissenschaft, 19), S. 13–40.

Alemann, Ulrich von (1977): Partizipation. Überlegungen zur normativen Diskussion und zur empirischen Forschung. In: Hans Matthöfer (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3). S. 244-281.

Altenburg, Cornelia (2010): Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse. Zugl.: Bielefeld, Univ., Diss., 2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Andres, Hans (1980): Wie paßt man Werte an die Technik an? In: Vorwärts Nr. 29, S. 10-11, inkl. Manuskript der Leserzuschrift von Gotthard Bachmann und Günther Fredrichs. In: LkAH, E46, Nr. 929.

Appel, Detlef (1981): Betr.: Ergebnisniederschrift vom Vorbereitungstreffen am 1.4.81 in Hannover für die Informationsveranstaltung am 15./16.5. in Lüchow über Zwischenergebnisse der Standorterkundung Gorleben. Brief an Kulke, Gemeinsame Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung Bund-Land vom 20. April 1981. Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning.

Appel, Detlef (1982): Wachsende Kritik an der Studie über Sicherheit des Endlagers Gorleben. Bürgerdialog in Hitzacker - Neue Zweifel an der Eignung des Salzstockes. In: Elbe-Jeetzelt-Zeitung, 25.10.1982.

Arapostathis, Stathis; Bud, Robert; Trischler, Helmuth (2021): Nuclear Energy in Europe. A public technology. In: Arne Kaijser, Markku Lehtonen, Jan-Henrik Meyer und Mar Rubio-Varas (Hg.): Engaging the Atom. The history of nuclear energy and society in Europe from the 1950s to the presence. Morgantown: West Virginia University Press, S. 230–253.

Arbeiterkampf - Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes (1981): „2 Tage Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg“, Ausgabe vom 25.05.1981, Jg.11, Nr. 202.

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen / Unterbezirk Waldeck-Frankenberg (1981): Keine Wiederaufbereitungsanlage in Waldeck-Frankenberg! und auch nicht anderswo! Unter Mitarbeit von Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Waldeck-Frankenberg. 3. Aufl. Arolsen.

Armbruster, Bernt; Leisner, Rainer (1975): Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik. Zur Freizeitaktivität verschiedener Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Beteiligungsfeldern (Kirchen, Parteien, Bürgerinitiativen und Vereinen). Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. (Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, 54).

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners 35 (4), S. 216–224.

Arnstein, Sherry R. (1972): Stufen der Bürgerbeteiligung. In: Lauritz Lauritzen (Hg.): Mehr Demokratie im Städtebau. Beiträge zur Beteiligung der Bürger an Planungsentscheidungen. Hannover: Fackelträger-Verlag, S. 192–218.

AT (1982): Mit über 200 Traktoren durch Frankenberg. Landwirte demonstrierten auf dem Obermarkt gegen den Bau einer WAA. In: Frankenberger Zeitung, 29.03.1982. In: Richard Battenfeld und Hilmar Potente (1987): WAA - nein! Bilder, Texte, Dokumente aus Frankenberg 1981/82. Frankenberg, S. 229.

Atom Express (1982): Atomstaat in Salzgitter. In: Atom Express, Doppelnummer Nov./Dez. 1982. Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V. (Hg.). S. 24.

Atommüllzeitung (1982): Kulke beim Kungeln ertappt. In: Atommüllzeitung/Gorleben Aktuell, Nr. 21, November 1982, S. 10. Online verfügbar unter <http://www.laka.org/docu/magazines/atommullzeitung/atommullzeitung21.pdf>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Atommüllzeitung (1983): Der Kampf gegen die WAA Dragahn. Schafft er den Durchmarsch? In: Atommüllzeitung/Gorleben aktuell, Nr. 22, Februar 1983, S. 3. Online verfügbar unter <http://www.laka.org/docu/magazines/atommullzeitung/atommullzeitung22.pdf>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Atommüllzeitung, Nr. 20 (Sonderausgabe), Lüneburg, August 1982. WAAngershhausen – nie. Online verfügbar unter <http://www.laka.org/docu/magazines/atommullzeitung/atommullzeitung20.pdf>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Auer, Gerhard A.; Hurth, Hanno (Hg.) (2015): Siebenunddreißig Wyhl-Geschichten. Eine Reportage von Gerhard A. Auer. Emmendingen: Landkreis Emmendingen (Kreisjahrbuch »s Eige zeige«, 29).

- Augustine, Dolores L. (2018): Wyhl, Brokdorf, Seabrook. Die Bekämpfung von Anti-AKW Protesten zwischen Reform und Remilitarisierung der Polizei. In: Alexandra Jaeger, Julia Kleinschmidt und David Templin (Hg.): Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren. Essen: Klartext, S. 155–179.
- Baars, Bodo (1978): Nachrichtliches Schreiben an Dr. Schmitz-Wetzel, Bundeskanzleramt, vom 14.9.1978. In BArch, B 136/10904.
- Baars, Bodo (1979): Schreiben ‚Öffentlichkeitsarbeit‘ an KfA Jülich, 03.12.1979. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.
- Bachem, Rolf (1985 (zuerst 1979)): Einführung in die Analyse politischer Texte. Unveränderter Nachdruck, Erstauflage 1979. München: Oldenbourg (Analysen zur deutschen Sprache und Literatur).
- Bacia, Jürgen (2020): Freie Archive als Gedächtnisorte der Neuen Sozialen Bewegungen. In: Hamburger Journal für Kulturanthropologie (12), S. 27–47.
- Bacia, Jürgen (2021): Unsere Geschichte gehört uns! Die Archive der Neuen Sozialen Bewegungen. In: Michael Farrenkopf, Andreas Ludwig und Achim Saupe (Hg.): Logik und Lücke. Die Konstruktion des Authentischen in Archiven und Sammlungen. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 257–278.
- Badische Neueste Nachrichten (06.12.1977): Im Karlsruher Umweltzentrum: Ernst mit dem Bürgerdialog Kernenergie. 2. Seminartag zur Kernenergie behandelte das Thema Wiederaufbereitung und Entsorgung. In: Generallandesarchiv Karlsruhe. Akte S Umweltschutz 772.
- Baer, Willi; Dellwo, Karl-Heinz (Hg.) (2012): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv II. Chronologie einer Bewegung. Hamburg: Laika Verlag (Bibliothek des Widerstands, 19).
- Bähr, Gustav Adolf (1975): Diskussion zum Thema „Sorgen für morgen“ - Fragen zur Kernenergie, In: Südwestrundfunk (Hrsg.): Open End, 27.06.1975, 21:00, SWR Archivnummer: 201134.
- Bahr, Hans-Eckehard (1970): Öffentlichkeit und Partizipation. In: Helga Boss-Stenner und Gernot Gather (Hg.): Partizipation. Aspekte Politischer Kultur. Unter Mitarbeit von Ulrich von Pufendorf und K. Friedrich Schade. Frankfurt a. M.: Westdeutscher Verlag GmbH Opladen, S. 92–102.
- Baier, Walter (1980): Von Plutonium und guten Umgangsformen. In: Berliner Morgenpost, 27.01.1980. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 125-126.
- Baier, Walter; Gabriel, Bernd, Gerking, Erich (1980): Auswirkungen von Kraftwerken auf die Ökologie von Gewässern. Kernthemen. Bonn: Deutsches Atomforum.
- Bangemann, Renate (BMFT) (1979): Bezug Magazin Energiediskussion - Ausgabe 5/79. Schreiben an die Gesellschaftlichen Gruppen vom 09.07.1979. In BArch, B 136/10904.
- Barleon, Leopold (1980): Bericht aus den Arbeitsgruppen. 1. Arbeitsgruppe Barleon. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-6.
- Barschel, Uwe (1977): Bürgerinitiativen und parlamentarische Parteiendemokratie. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 10 (6), S. 129–131.

Battelle-Institut (1977): Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten. Bericht. Teil A: Die empirischen Untersuchungen. Teil B: Gesellschaftliche Bedingungen für Kommunikation und Dialog in der Energiepolitik. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. (Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie)

Battelle-Institut (1977): Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten. Materialien. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie).

Battelle-Institut (Hg.) (1977, zuerst 1975): Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. durchgeführt vom Battelle-Institut e. V.; Februar 1975. Unter Mitarbeit von Shirley van Buiren. 3. Aufl. Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie).

Battenfeld, Richard; Potente, Hilmar (Hg.) (1987): WAA - nein! Bilder, Texte, Dokumente aus Frankenberg 1981/82. Frankenberg: Battenfeld-Bücher.

Baum, Gerhart (1980): Brief an den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vom 4. August 1980. Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning.

Baum, Gerhart (1980): Brief an Marianne Fritzen vom 28. Oktober 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.

Baum, Gerhart (1981): Betr.: Informationsveranstaltung über Zwischenergebnisse der Standorterkundung Gorleben am 15. Und 16. Mai in Lüchow-Dannenberg. Brief an Jörg Janning, BBU, vom 11. Mai 1981. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 786.

Baumgärtner, Norbert (2008): Risiken kommunizieren – Grundlagen, Chancen und Grenzen. In: Tobias Nolting und Ansgar Thießen (Hg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S.41–62.

Bearth, Angela; Siegrist, Michael (2022): The Social Amplification of Risk Framework: A Normative Perspective on Trust? In: Risk analysis 42 (7), S. 1381–1392.

Bechthold, Werner (1980): Entsteht durch das Endlager eine Gefahr für die Umwelt? In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-12

Becker-Platen, Jens Dieter (1980): Erfahrungsbericht über 6 Monate Informationstätigkeit in Lüchow, Mai 1980. In: Niedersächsisches Umweltministerium: Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ): Altbestand. NLA HA, Nds. 800 Acc. 2017/74 Nr.303, Blatt 27 – 34.

Becker-Schaum, Christoph (2008): Überlieferungsbildung der Anti-Atom-Bewegung im Grünen-Archiv. In: Robert Kretzschmar, Clemens Rehm, Andreas Pilger und Wolfgang Kraushaar (Hg.): 1968 und die Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog. Stuttgart: Kohlhammer Verlag (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Serie A, 21), S. 187–191.

Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hg.) (2016): The nuclear crisis. The arms race, Cold War anxiety, and the German peace movement of the 1980s. New York, Oxford: Berghahn Books (Protest, Culture and Society, volume 19).

- Beißwenger, Heidrun (1977): Lügen untergraben die freiheitliche Grundordnung. Leserbrief in der EJZ (16.09.1977). In: Karl F. Kassel (Hg.): Briefe aus einer belagerten Provinz. Leserbriefe und Beiträge aus der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom November 1976 bis September 1979. Frankfurt am Main 1979.
- Bentele, Günter (1998): Stichwort „Öffentlichkeit“. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 695–696.
- Bentele, Günter; Seidenglanz, René (2015): Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Vertrauen und Glaubwürdigkeit. In: Romy Fröhlich, Peter Szyszka und Günter Bentele (Hg.): Handbuch der Public Relations: Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Mit Lexikon. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 411–429.
- Berens, Ernst (1971): Neue Fabriken, aber wo? Umweltschutz mit zwei Seiten. Widerstand gegen Industrieansiedlung und Strukturverbesserung. In: Süddeutsche Zeitung, 24.07.1971 (176), S. 25–26.
- Bernays, Edward L. (1955): The Theory and Practice of Public Relations: A Resumé. In: Edward L. Bernays (Hg.): The engineering of consent. Norman: University of Oklahoma Press, S. 3–25.
- Bewohner des Dorfes 1004 (1980): Erklärung vom 12.05.1980. Anlage zur Pressemitteilung der BI Lüchow-Dannenberg u.a. vom 21. Mai 1980.
- Bimesdörfer, Kathrin; Oerding, Simon; Riemann, Moritz (2016): Endlager benötigen eine gesellschaftliche Betriebserlaubnis Bürgergutachten „Wohin mit unserem Atommüll?“. In Achim Brunnengräber (Hg.): Problemfälle Endlager. Gesellschaftliche Herausforderungen im Umgang mit Atommüll. Baden-Baden: Nomos (Edition Sigma), S. 409–430.
- BIUF (1982) Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg: Unterschriftenlisten gegen die geplante WAA in Frankenberg. Beispiel. Fundstück in: Geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe bei Wangershausen. In: Stadtarchiv Frankenberg StadtA FKB, A1, 1678.
- BMFT (1973): Öffentliche Diskussion des 4. Atomprogramms. In: BMFT-Mitteilungen (1), S. 1–2.
- BMFT (1977): Kurzbericht über die Aktivitäten im Jahre 1977. Vorlage für das Kernenergiegespräch mit gesellschaftlichen Gruppen am 13. Dezember 1977 in Bonn. In BArch, B 136/10904.
- BMFT (1977): Vorschlag zur fachlichen und finanziellen Unterstützung von Veranstaltungen Dritter im Jahre 1978. In: BArch, B 136/10904, S. 1–2.
- BMFT (1978): Archivsystematiken – Sachgebietsschlüssel. In: BArch, B 196/20640, S. 1–21.
- BMFT (1978): Bund-Länder-Arbeitskreis 17.05.1978 – Arbeitsunterlage Battelle-Institut. In: BArch, B 136/10904, S. 1–33.
- BMFT (1978): Merkblatt zu Anträgen auf Zuwendungen zu Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichen Diskussion über Nutzen und Risiken der Kernenergie. In: BArch, B 136/10904.
- BMFT (1978): Protokoll über die Sitzung des Bund-Länder-Arbeitskreises am 17.05.1978 in Bonn. In: BArch, B 136/10904, S. 1–4.
- BMFT (1978): Übersicht über die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der öffentlichen Diskussion Kernenergie 1978. In: BArch, B 145/16855, S. 1–8

- BMFT (1979): Kernenergie Diskussion auf andere Bereiche ausdehnen! Hauff auf dem Schnellbrüterseminar. In: Energiediskussion 1/2/1979, S. 9.
- BMFT (1979): Öffentlichkeitsarbeit über Fragen der nuklearen Entsorgung – hier: Bitte um Referentenvermittlung durch die KFA. Schreiben an die Kernforschungsanlage Jülich vom 3. Dezember 1979. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.
- BMFT (1980): Bürgerdialog „Kernenergie und ihre Alternativen“. Hauff kündigt neue Schwerpunkte des Bürgerdialogs „Kernenergie“ an. In: BMFT-Mitteilungen (3-4) vom 02.04.1980, S. 33.
- BMFT (1980): Merkblatt zu Anträgen auf Zuwendungen zu Maßnahmen im Rahmen der öffentlichen Diskussion über Nutzen und Risiken der Kernenergie. In: BArch, B 136/10860.
- BMFT (1983): Bericht über die Tätigkeit der Informationsstelle. Hessische Landesbibliothek Wiesbaden, Signatur 86B42: 282.
- BMFT (Hg.) (1974): Diskussion über das 4. Atomprogramm. Dokumentation über die Öffentliche Diskussion des 4. Atomprogramms der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973-1976. Bonn.
- BMFT [Pressereferat] (1975): Ergebnisprotokoll der Bund-Länderbesprechung vom 10. Juni 1975 über Informationsaktion Kernenergie: In: BArch, B 136/10901 Band 2.
- BMI (1982): Vermerk vom 09.06.1982. BArch, B 295/1505, Fol. 40198. Akte kassiert.
- Böhm, Joachim (DFVLR) (1981): Referat. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend). S. 67-76.
- Böhm, Joachim (DFVLR) (1981): Vorläufige Statistik und Analyse der Veranstaltungen gesellschaftlicher Gruppen im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie im Jahre 1980. In: BArch, B136/10904, S. 1-6.
- Borchert, Eike (1977): Die „politische Lösung“ Gorleben. Leserbrief in der EJZ (12.03.1977). In: Karl F. Kassel (Hg.): Briefe aus einer belagerten Provinz. Leserbriefe und Beiträge aus der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom November 1976 bis September 1979. Frankfurt am Main, S. 27.
- Borst (1983): Schreiben an den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der DVFLR zu Informationsstellen des Bundes nukleare Entsorgung vom 6. Oktober 1983. In: BArch, B 196/107327, Fol. 114279-114281).
- Bösch, Frank (2019): Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann. München: Verlag C.H. Beck.
- Bösch, Frank (2020): 1979. Protest gegen Atomkraft und Atomkrieg. In: Andreas Fahrmeier (Hg.): Deutschland. Globalgeschichte einer geteilten Nation. München: Beck, S. 764-768.
- br (1978): Die gefährlichen Strahlen. Wenig Hilfe bei Unfällen möglich - Vortragsreihe „Mensch-Umwelt-Energie“. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 21.02.1978.
- br (1978): Die Risiken der Kernenergie. Professor Huster zu Problemen der Atomkraftwerke und ihrer Entsorgung. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 07.03.1978.
- br (1978): Nutzung der Sonnenenergie. Auch Wärmepumpe hilft sparen — Informationsvorträge werden fortgesetzt. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 09.03.1978.

br (1978): Wachstum kaum möglich. Energiebedarf in der Zukunft - Vortrag und Ausstellung im Haus des Gastes. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 15.02.1978.

Brand, Karl-Werner; Büsser, Detlef; Rucht, Dieter (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Aktualisierte Neuausgabe. Frankfurt: Campus Verlag (Reihe Campus, 1011).

Brandt, Heinz (1987): Liebe Leute von Gorleben! In: Wolfgang Ehmke (Hg.): Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf. Köln: Kölner Volksblatt-Verl., S. 17-20.

Brandt, Willy (1969): Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung. In: BT-Drucksache 06/5, S. 20-34.

Brandt, Willy (1972). (1972): Die „Qualität des Lebens“. In: Die neue Gesellschaft <Bonn-Godesberg> 19 (10), S. 739-742. In Die neue Gesellschaft <Bonn-Godesberg> 19 (10), S. 739-742.

Breithaupt, R. (1982): Frankenberg: Reaktionen auf Standortentscheidung, In: Hessischer Rundfunk (Hrsg.): Hessenschau, 21.07.1982, HR Archivnummer: 18897.

Breithaupt, Robert (1982): DWK, der unbekannte Riese. In: Hessischer Rundfunk (Hrsg.): Parlament Parteien Perspektiven, 03.11.1982, HR Archivnummer: 19209.

Brettschneider, Frank; Keller, Kerstin (2021): Die (Un-)Verständlichkeit der Corona-Kommunikation. Eine Analyse der Pressemitteilungen der Bundesregierung 2020-2021. Eine Studie der Universität Hohenheim. Online verfügbar unter [https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Studie\\_Corona.pdf](https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Studie_Corona.pdf) , 12.10.2023.

Breuel, Birgit (1981): Schreiben an das BMI und BMFT vom 23. Juni 1981. Zitiert in: BT-Drucksache 17/13700.

Brohmann, Bettina; Brunnengräber, Achim; Hocke-Bergler, Peter; Isidoro Losada, Ana María (Hg.) (2021): Robuste Langzeit-Governance bei der Endlagersuche. Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen. Bielefeld: transcript (Edition Politik, 115).

Brown, Kate (2013): Plutopia. Nuclear families, atomic cities, and the great Soviet and American plutonium disasters. Oxford: Oxford University Press.

Brunnengräber, Achim (2016): Das wicked problem der Endlagerung. Zehn Charakteristika des komplexen Umgangs mit hochradioaktiven Reststoffen<sup>1</sup>. In: Achim Brunnengräber (Hg.): Problemfalle Endlager. Gesellschaftliche Herausforderungen im Umgang mit Atommüll. Baden-Baden: Nomos (Edition Sigma), S. 145-166.

Brunnengräber, Achim (2019): Ewigkeitslasten. Die „Endlagerung“ radioaktiver Abfälle als soziales, politisches und wissenschaftliches Projekt eine Einführung. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Baden-Baden: Nomos (Edition Sigma).

Brunnengräber, Achim (Hg.) (2016): Problemfalle Endlager. Gesellschaftliche Herausforderungen im Umgang mit Atommüll. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden: Nomos (Edition Sigma).

Brunnengräber, Achim; Denk, A.; Schwarz, Lucas; Themann, Dörte (2023): Monumentale Verdrängung: Die neue Pro-Atom-Troika. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 67 (2), S. 9-12.

- Brunnengräber, Achim; Di Nucci, Maria Rosaria (Hg.) (2019): *Conflicts, Participation and Acceptability in Nuclear Waste Governance*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Buber, Martin (1994): *Das dialogische Prinzip*, Gerlingen: Verlag Lambert Schneider.
- Buchholtz, Hans-Christoph; Mez, Lutz; Zabern, Thomas von (1978): *Widerstand gegen Atomkraftwerke. Informationen für Atomkraftwerkgegner u. solche, die es werden wollen*. Unter Mitarbeit von Wolfgang Beer und Marianne Freudenthal. Wuppertal: Hammer.
- Buchholz, Udo: 50 Jahre Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). In: *FriedensForum* (6), S. 2022. Online verfügbar unter <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/50-jahre-bundesverband-buergerinitiativen>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.
- Budnick, Dietrich (1980): Brief an Meinfried Striegnitz vom 25.03.1980. In: *LkAH*, E46, Nr. 1395.
- Buechler, Steven M. (2007): *The Strange Career of Strain and Breakdown Theories of Collective Action*. In: David A. Snow und Soule, Sarah A., Kriesi, Hanspeter (Hg.): *Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford: Oxford University Press (Blackwell companions to sociology), S. 47–66.
- Bund Deutscher Pfadfinder (1978): *Alternativen in Wendland*. In: *Materialien zur Theorie und Praxis demokratischer Jugendarbeit 1978* (18, April), S. 71-81.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. [BUND] (Hrsg.) (2015): *40 Jahre Bund, Die Geschichte des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., 1975-2015*. Köln. Online verfügbar unter [http://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/\\_migrated/publications/150721\\_bund\\_ueber\\_uns\\_40\\_jahre\\_bund\\_geschichte\\_des\\_bund.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/_migrated/publications/150721_bund_ueber_uns_40_jahre_bund_geschichte_des_bund.pdf), zuletzt geprüft am 24.07.2023.
- Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) (2022): *Atomausstieg in Deutschland. Viele Aufgaben in der nuklearen Sicherheit bleiben*. Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Berlin.
- Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (2019): *Leistungsbeschreibung zum Vorhaben. FKZ: 4719F90101 des Bundesamts für Sicherheit in der nuklearen Entsorgung. Bürgerdialog Kernenergie (1974-1983) – Staatliches Handeln in der Auseinandersetzung um die nukleare Entsorgung und seine Bedeutung für das heutige Standortauswahlverfahren*.
- Bundeskanzleramt (1979): *Aufzeichnung über das Gespräch Bundeskanzler - MP Albrecht am 30. April 1979 betr. NEZ Gorleben, Bonn, 7. Mai 1979 -verschlossen -*. In: *BArch*, B 136/10860.
- Bundeskanzleramt (1979): *Betr.: Beziehung Niedersachsen - Bund zu Gorleben. Aufzeichnung von Regierungsrat Steinbrück, 5. April 1979*. In: *BArch*, B 136/10860, S. 1–3.
- Bundesminister des Innern (1981): *Bericht der Bundesregierung über die Entsorgungslage der Kernkraftwerke. Wiederaufbereitungsanlage Wangershausen*. In: *Stadtarchiv Frankenberg, StadtA FKB, A1, 5002*: S. 6-7.
- Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1979): *Nukleare Entsorgung. Eine Bürgerinformation*. Bonn.
- Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1979): *Zwischenbilanz der Energiediskussion*. Bonn.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1980): Kernenergie. Eine Bürgerinformation. 4. stark überarbeitete Auflage. Bonn.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1981): Entsorgung. Bericht von einer Informationsveranstaltung im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Zwischenergebnisse zum Salzstock Gorleben. Lüchow, Gildehaus, 15.+16.05.1981.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1977): Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Eine Dokumentation der Bundesregierung. Bonn.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1977): Öffentliche Diskussion Kernenergie und ihre Alternativen. Veranstaltungskalender des BMFT für '77. Bonn.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1978): Kernenergie. Eine Bürgerinformation. 3. überarbeitete Auflage. Bonn.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.): Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 1/76 (1976), S. 11.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT): Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 3/77. In: Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 1977 (3).

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hg.) (1975): Kernenergie. Eine Bürgerinformation. Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie Hans Matthöfer. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). 1. Aufl. Bonn.

Bundesminister für Forschung und Technologie / Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hg.) (1978): Bundesminister Volker Hauff vor Bürgerinitiativ- und Umweltschutzverbänden. In: Energiediskussion 4/78, S. 1-2.

Bundesminister für Forschung und Technologie / Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hg.) (1978): Energiediskussion geht weiter. In: Energiediskussion 1/78, S. 2-3.

Bundesminister für Forschung und Technologie / Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (1979): Bürgerdialog Kernenergie '79. Vorschläge und Anregungen der gesellschaftlichen Gruppen. In: Energiediskussion 1/2/1979, S. 48.

Bundesminister für Forschung und Technologie / Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (1980): Bürgerdialog Kernenergie mit neuen Schwerpunkten. In: Energiediskussion 3/80, S. 1.

Bundesministerium für Forschung und Technologie (1979): Betr.: Informationsveranstaltung des Bundes in Lüchow. Schreiben an die niedersächsische Landesregierung vom 17.08.1979. In: Pressestelle der niedersächsischen Landesregierung: Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben. NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr.92. Band 5. 1977 - 1980, Blatt 188 - 190)

Bundesministerium für Forschung und Technologie (1981): Keine begründeten Zweifel am Salzstock Gorleben. In: BMFT Mitteilungen, S. 64-65.

Bundesministerium für Forschung und Technologie (1982). In: Reinhard Ueberhorst (1983): Planungsstudie zur Gestaltung von Prüf- und Bürgerbeteiligungsprozessen im Zusammenhang mit nuklearen Grossprojekten am Beispiel der Wiederaufarbeitungstechnologie. Wiesbaden: Hess. Ministerpräsident, Staatskanzlei, Anlage 8, S. 282-300.

Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) (1976): Ergebnisvermerk vom 10. Dezember 1976 über Besprechung am 11. November 1976. Deutscher Bundestag:

Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. In: BD-Drucksache 17/13700, S. 89.

Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) (1983): Bericht über die Tätigkeit der Informationsstelle des Bundes in der Gemeinsamen Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung Bund-Land vom 12. Januar 1983. In: BArch B 196/107327, Bd 1.

Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.) (1983): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2).

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1976): Kernenergie - ein Bürgerdialog, ja aber...! In: Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.): Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 1/76 (1976), S. 11.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1976): Wahrnehmung Rechte Betroffener aus Sicht der Bürgerinitiativen. In: Informationsbrief 1/76 (1976), S. 12.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1976): Wahrnehmung Rechte Betroffener aus Sicht der Bürgerinitiativen. In: Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.): Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 1/76 (1976), S. 12.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1977): Alternatives Arbeitspapier zur Energiepolitik und Analyse im Blick auf die Entschlüsse von FDP und DGB vom 8.11.77 und die zu erwartenden Entscheidungen von SPD und CDU am 15./18.11.77 bzw. 28.11.77. In: BArch, B 196/34251, S. 1-12.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1978): Forderung/Vorschlag BBU. Vorlage für Bundesinnenminister Baum für Gespräch mit BBU-Vorstand am 22.06.1978. In: BArch, B 106/89254, Band 4.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1978): Pressemitteilung vom 22. Juni 1978. In Afas, NLO.33:386.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1980): Wiederaufarbeitung in Nordhessen und Rheinland-Pfalz: „neues“ Konzept - alte Probleme. Karlsruhe: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) (Informationen zur Kernenergie, 1).

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) (1976): Aus der Arbeit des BBU. In: Umweltschutz aktuell 1976 (3), S. 12-19.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) (1978): Musterprozeß Nichtzusammenarbeit Ziviler Ungehorsam. Presseerklärung vom 08.02.1978. In: BBU aktuell 1978 (2), S. 35.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz/ Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1981): Pressemitteilung vom 11. Mai 1981. Gorleben Archiv, Personenbestand Janning.

Bundesverband Bürgerinitiativen-Umweltschutz (BBU) (1976): Bürgerdialog Kernenergie: In: Umweltschutz aktuell (1/76), S. 7-8.

Bürgerinitiative Lebensschutz Uelzen (1977): Pressemitteilung, 18.08.1977. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (1977): Gorleben informiert, No. 3, Nov. 1977, S.3. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (1977): Gorleben informiert, No. 13, März. 1980. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (1977): Gorleben informiert, No. 15, 1982 (2). Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (1977): Pressemitteilung, 03.03.1977. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (1978): Pressemitteilung, 10.07.1978. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1977): Atommüll-Information. In: Elbe-Jeetzelt-Zeitung (05.03.1977).

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1977): Protokoll des E.V. vom 21.10.1977. Gorleben-Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1977): Protokoll des E.V. vom 04.11.1977. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1978): Protokoll des E.V. vom 21.04.1978. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1978): Protokoll des E.V. vom 19.05.1978. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1978): Protokoll des E.V. vom 12.08.1977. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1979): Protokoll der E.V.-Sitzung vom 17.08.1979. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1979): Thesen zur Braunschweiger Konferenz, Trebel, 4.2.1979 und Gartow, 7.2.1979. In: Archiv Papiertiger, Berlin, (39).

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Bürger fragen - Volker Hauff antwortet. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow- Dannenberg E. V. lädt zu einer Veranstaltung mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie ein. In: Elbe-Jeetzelt-Zeitung, 14.02.1980.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Kriterienkatalog. Gorleben Informiert No. 13 vom März 1980. In: Gorleben-Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Pressemitteilung vom 15.12.80. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokoll des E.V. vom 01.02.1980. Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokoll der E.V.-Sitzung vom 19.05.1978. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokoll des E.V. vom 25.07.1980. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokoll der E.V.-Sitzung vom 22.08.1980. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokoll der E.V.-Sitzung vom 05.09.1980. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokolle der E.V.-Sitzungen vom 03./17./31.10.1980. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokoll der E.V.-Sitzung vom 14.11.1980. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Protokoll der E.V.-Sitzung vom 28.11.1980. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1981): Grundwasserkontakt nicht ausgeschlossen. Pressemitteilung vom 16.05.1981, Gorleben Archiv, Personenbestand Janning.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1981): Pressemitteilung vom 13.01.1981. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1981): Protokoll des E.V. vom 13.02.1981. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1981): Protokoll der E.V.-Sitzung vom 24.04.1981. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1982): Pressemitteilung vom 14.12.1982. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1982): Protokoll des E.V. vom 22.01.1982. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1982): Protokoll des E.V. vom 29.01.1982. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1982): Protokoll des E.V. vom 26.03.1982. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1982): Protokoll der E.V.-Vorstandssitzung vom 19.11.1982. In: Gorleben Archiv.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1983): Anzeige Bürgerdialog. In: EJZ vom 11. Mai 1983.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg; ausgestrahlt; Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Hg.) (2022): Atomkraft – nein danke! 50 Jahre Anti-AKW-Bewegung: eine Geschichte erfolgreichen Widerstands. Rastede: ökobuch.

Bürgerinitiativen rund um Wangershausen (1982): Bürger bestimmen die offene Diskussion um Großprojekte. In: Richard Battenfeld und Hilmar Potente (1987): WAA - nein! Bilder, Texte, Dokumente aus Frankenberg 1981/82. Frankenberg, S. 207 bis 210.

Bürgerinitiativen Umweltschutz Frankenberg (1982): Selbstdarstellung vom Januar 1982. In: Richard Battenfeld und Hilmar Potente (1987): WAA - nein! Bilder, Texte, Dokumente aus Frankenberg 1981/82. Frankenberg, S. 13 und 27.

Burkart, Roland (2010): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit. In: Walter Hömberg (Hg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie - Empirie - Praxis; Festschrift für Roland Burkart. Unter Mitarbeit von Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, 17-37.

Busch, Julius (1977): Von der Beherrschbarkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie überzeugt. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 28 (10), S. 664-666.

Buse, Michael J.; Nelles, Wilfried (1975): Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch-administrativen Bereich. In: Ulrich von Alemann (Hg.): Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag (Studienbücher zur Sozialwissenschaft, 19), S. 41-78.

Buß (BMFT) (1979): Sitzung des Gesprächskreises Kernenergiediskussion am 24. Januar 1979 im BMFT (Internes Ergebnisprotokoll). In: BArch, B 145/16855, S. 1-4.

Buß (BMFT) (1979): Teilnehmerliste Gespräch am 24.1.1979. In: BArch, B 145/16855, S. 1-4.

Buß, Michael; Darschin, Wolfgang (2004): Auf der Suche nach dem Fernsehpublikum. In: Media Perspektiven (1), S. 15-27.

by (1983): Politisches Handeln ist bedroht. Bürger sollen gegenüber dem Staat nicht Bürger sollen gegenüber dem Staat nicht resignieren - Reinhard Ueberhorst zur Kernenergiepolitik. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 21.09.1983.

by (1983): Vermittler nach allen Seiten. Wilhelm Kulke verabschiedet - Vier Jahre lang objektive Information. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 13.06.1983.

co (1978): Bundesregierung will die Wiederaufarbeitungsanlage. Sechsstündige Diskussion im Gildehaus — Zwischenrufe und kritisches Publikum. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 06.05.1978.

co (1980): Bedenken gegen Atommüll. Rechtshilfe Gorleben: Sicherheitsberichte sind zu dürftig. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 20.11.1980.

co (1980): Hauff: „Kein Hurra-Verhältnis zu einer neuen Technologie“. Diskussionsrunde im Lüchower Ratskeller mit Kernkraftgegnern. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 18.02.1980, S. 3.

co (1980): Keine Wohltaten im Gepäck. Gesprächsmarathon mit Bundesforschungsminister Volker Hauff. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 16.02.1980. Zeitungsartikel

co (1980): Über hundert Einwendungen gegen das Zwischenlager. BI stapelte im Ratskeller die Proteste — PTB war nicht vertreten. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 16.12.1980.

co (1981): Debatte um das Endlager im Salzstock. Heute wird die Anhörung im Gildehaus mit Professor Haber als Moderator fortgesetzt - Information für jedermann. Gorleben-Hearing in Lüchow. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 16.05.1981, S. 3.

co (1981): Schmidt angenehm überrascht. Kommunalpolitiker zeigten sich geschlossen — Mittagessen in Gartow. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 07.04.1981.

co (1982): Der Mensch steht im Mittelpunkt der Endlager Sicherheitsanalyse. Informationsveranstaltung am Sonnabend im Kurhaus in Hitzacker. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 19.10.1982.

co (1982): Der Zug ist endgültig abgefahren. Bürgerdialog mit Bundesforschungsminister von Bülow - Keine Verständigung. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 01.03.1982, S. 4.

Curli, Barbara (2017): Nuclear Europe: technoscientific modernity and European integration in Euratom's early discourse. In: Manuela Ceretta und Barbara Curli (Hg.): Discourses and counter-discourses on Europe. From the Enlightenment to the EU. London, New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group (Critical European studies, 5), S. 99–114.

db (1983): Im Landkreis erst Kontakte knüpfen. Info-Stelle mit neuem Bundesbeauftragten. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 17.11.1983.

ddp (1974): Ford hofft auf zweites SALT-Abkommen. Pressekonferenz des Präsidenten. Düstere Aussichten für Wirtschaftslage. In: Süddeutsche Zeitung, 30.10.1974, S. 6.

Demmel, Hans Michael (1982): Protest gegen Wiederaufarbeitungsanlage, In: Bayerischer Rundfunk (Hrsg.): Aus Schwaben und Altbayern, 10.10.1982, BR Archivnummer: 825494.

Der 1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes (2011): Stenografisches Protokoll der 66. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 15. Dezember 2011. S. 5-6.

Der 1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes (2013): BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013. In: BT-Drucksache 17/13700.

Der Bundeskanzler (1972): Raumordnungsbericht 1972. Bundestagsdrucksache. In: BT-Drucksache VI/3793. Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/06/037/0603793.pdf>.

Der Bundesminister des Innern (1981): Schreiben vom 11. Mai 1981 an Jörg Janning und BBU. In: BASE-Akten, Ordner 786.

Der Bundesminister des Innern: Allgemeine Berechnungsgrundlage für die Strahlenexposition bei Ableitungen mit der Abluft oder in Oberflächengewässer, RdSchr. d. BMI vom 15.08.1979. Vermerk. In: Stadtarchiv Frankenberg, StadtA FKB, A1, 5002.

Der Bundesminister des Innern; Regierungschefs von Bund und Ländern (1980): Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke. Neufassung mit Wirkung vom 29. Februar 1980. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe (34), S. 281–283.

Der Bundesminister des Innern; Regierungschefs von Bund und Ländern (1980): Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke. Neufassung mit Wirkung vom 29. Februar 1980. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe (34), S. 281–283.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (1977): Diskussion über „Kernenergie und ihre Alternativen“ wird im Jahr 1978 fortgesetzt. Pressemitteilung vom 14. Dezember 1977. In: BArch, B 136/10904, S. 1-2.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (1979): Merkblatt 1980. In: BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (1979): Protokoll des Kernenergiegesprächskreises mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen am 24. Januar 1979 in Bonn. In: BArch, B 136/10904, S. 1-7.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (1979): Teilnehmerliste Gespräch am 24. Januar 1979, 15.00 Uhr, Raum 1468. In: BArch, B 136/10904, S. 1-3.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (1979): Themenbereiche, Fragestellungen und Problemfelder für die öffentliche Diskussion über Kernenergie und ihre Alternativen, Anlage zu Merkblatt 1979 In: BArch, B 136/10904.

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik (1981): Hoffie gibt Vorschläge bekannt. DWK nennt Merenberg und Wangershausen als mögliche Standortflächen für eine Wiederaufarbeitungsanlagen. Presseinformation vom 02.12.1981. In: Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden, HHStAW, 502, 11261.

Der Spiegel (1972): „Mein Gott, was soll aus Hösel werden?“. Spiegel-Report über Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik. In: Der Spiegel, 21.11.1972 (48), S. 54–72.

Der Spiegel (1972): Gedanken an Strom. Kraftwerke. In: Der Spiegel, 06.08.1972 (33). Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/gedanken-an-strom-a-11ae8c1c-0002-0001-0000-000042920147>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Der Spiegel (1973): Atomkraft: Ersatz für das Öl der Araber? In: Der Spiegel, 19.11.1973, S. 36–52.

Der Spiegel (1974): AFFÄREN: Atomarer Hund. In: Der Spiegel, 26.05.1974.

Der Spiegel (1974): ATOMMÜLL: A bisserl Sophisterei. In: Der Spiegel, 02.06.1974.

Der Spiegel (1975): Waldeslust und Widerstand. In: Der Spiegel, 20.07.1975 (30).

Der Spiegel (1979): Nicht gut genug. In: Der Spiegel, 08.04.1979. Online verfügbar unter: [www.spiegel.de/politik/nicht-gut-genug-a-a177c22a-0002-0001-0000-000040350467](http://www.spiegel.de/politik/nicht-gut-genug-a-a177c22a-0002-0001-0000-000040350467), zuletzt geprüft am 19.08.2023.

Der Spiegel (1983): Atomrecht: Gut abzulagern. In: Der Spiegel, 29.05.1983, S. 72 bis 77. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/gut-abzulagern-a-18def00f-0002-0001-0000-000014020647>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Deubner, Christian (1978): Die Expansion der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom. In: Leviathan 6 (3), S. 250–285.

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) (ca. 1981): Auszug aus den Unterlagen zur Standort-Vorauswahl für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen - Wangershausen. Kurzfassung. Hannover.

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) (ca. 1981): Eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen. Hannover

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) (1982): Brief von Gunter Scheuren an Holger Börner vom 12.11.1982, Absage für den Standort Frankenberg als WAA. In: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, HHStAW, 2016/1, 469.

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) (1980): Statistik von 1980 (Auszug). In: AdsD, FES-C07-6666.

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) (1982): Zeittafel der für die Entsorgung bedeutsamen Ereignisse. Enthält auch Pressedokumentation „Pro und Kontra WAA“ der Hessisch/Niedersächsische Allgemeine (HNA). Stand Juli 1982. Hannover.

Deutsche Lebensschutz-Verbände und Bürgerinitiativen e. V. (1978): Kritik an der Rasmussen-Studie. In Energiediskussion 3/1978, S. 32-33.

- Deutscher Bundestag (2013): Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. In: BT-Drucksache 17/13700.
- Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste (2009): Volksbegehren, Volksentscheid, Volksabstimmung: Begrifflichkeiten und Modelle. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/422954/13a6fb40c22e1a162e9ea3ad2cadcb4a/wd-3-237-09-pdf-data.pdf>, zuletzt geprüft am 25.05.2023.
- Deutscher Naturschutzring e.V. [DNR] (1978): Stellungnahme des DNR zur Fortführung der Informations- und Diskussionsaktion über die Kernenergie im Jahre 1979. In: BArch, B145/16855, S. 1-3.
- Deutsches Atomforum (1975): Beschluß des Präsidiums des Deutschen Atomforums vom 21.1.75 zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit. In: BArch, B 196/20637.
- Deutsches Atomforum (1978): Dokumentation zur Tätigkeit des „Informationskreises Kernenergie“. In: BArch, B 196/20641.
- Deutsches Atomforum (1978): Protokoll der Sitzung von Vorständen des Informationskreises Kernenergie am 4. April 1978 in Hannover: In: BArch, B 196/20637.
- Deutsches Atomforum 1975 (1975): Filmprojekt Rüdiger Proske. Schreiben an die Mitglieder des Informationskreis Kernenergie vom 8.4.1974. In BArch, B 196/20637.
- Devivere, Beate von (1977): Das Kernenergieprogramm ist ein Verbrechen. In: Psychologie Heute 4 (7), S. 19.
- DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums zum Thema „Kernenergie und Gewerkschaft“ im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Referate und Diskussion. Veranstaltet vom Haus der Gewerkschaftsjugend und der Abt. Jugend des DGB-Bundesvorstand im Sommer 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend).
- Dickel, Peter (1983): Bürger „Dialog“ geht. Abschied von Wilhelm Kulke. In: Die Tageszeitung, 15.07.1983, S. 7.
- Die Bundesregierung (1974): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kern, Barche, Bäuerle, Esters, Flämig, Dr. Haenschke, Dr. Holtz, Dr. Jens, Konrad, Dr. Lohmar, Müller (Nordenham), Scheffler, Stahl (Kempen), Wuttke, Dr. Hirsch, Hoffie, Frau Schuchardt und der Fraktionen der SPD, FDP - Drucksache 7/1896 -. betr. Kernenergie und Kernkraftwerke. In: BT-Drucksache 07/2061.
- Die Bundesregierung (1975): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu den Äußerungen Hauff. In BT-Drucksache 7/3276, S. 3.
- Die Bundesregierung (1976): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage. In: BT-Drucksache 07/5763.
- Die Bundesregierung (1980): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerstein, Lenzer, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeiffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Dr. Schwarz-Schilling, Röhner, Bühler (Bruchsal) und der Fraktion der CDU/CSU Drucksache 8/4237 - „Bürgerdialog Kernenergie“. In: BT-Drucksache 08/4371 vom 02.07.1980.

Die Bundesregierung, Land Niedersachsen (1979) Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen vom 26.2.1979. In: BArch, B 196/107327:114256.

Die Bundesregierung; Land Niedersachsen (1979): Verwaltungsvereinbarung. In: BArch, B 196/107327.

Dienel, Peter C. (1970): Techniken bürgerschaftlicher Beteiligung an Planungsprozessen. In: Helga Boss-Stenner und Gernot Gather (Hg.): Partizipation. Aspekte Politischer Kultur. Unter Mitarbeit von Ulrich von Pufendorf und K. Friedrich Schade. Frankfurt a. M.: Westdeutscher Verlag GmbH Opladen, S. 144–156.

Döcke (1983): Gorleben-Informationsveranstaltung, In: NDR Fernsehen (Hrsg.): Tagesschau, F:9922, ARD, 28.05.1983, NDR-Archivnummer: 99221.

Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz (2012): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. 3. unveränderte Auflage 2012. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

dpa (1975): Matthöfer wird mit Reaktorgegnern diskutieren. In: Stuttgarter Zeitung, 19.07.1975 (163), In: Hess. Staatsarchiv Darmstadt, Bestand Kurt Oeser, O70/35.

Drazewski, Dirk (Hg.) (2019): „Mein lieber Herr Albrecht...!“ . Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte: 34 Gespräche mit Zeitzeugen. Gorleben-Archiv e.V.; Alte-Jeetzell-Buchhandlung und Verlag GmbH. Lüchow: Gorleben-Archiv e.V.

EAD (1973): Evangelische Akademie Baden, Entwurf zur Neugestaltung des Genehmigungsverfahrens im Umweltschutz. In: Reinhard Ueberhorst (1983): Planungsstudie zur Gestaltung von Prüf- und Bürgerbeteiligungsprozessen im Zusammenhang mit nuklearen Grossprojekten am Beispiel der Wiederaufarbeitungstechnologie. Wiesbaden: Hess. Ministerpräsident, Staatskanzlei, Anlage 6, S. 263-289.

Eckert, Roland (1970): Politische Partizipation und Bürgerinitiative. Aufriß eines Problemfelds. In: Helga Boss-Stenner und Gernot Gather (Hg.): Partizipation. Aspekte Politischer Kultur. Unter Mitarbeit von Ulrich von Pufendorf und K. Friedrich Schade. Frankfurt a. M.: Westdeutscher Verlag GmbH Opladen, S. 30–47.

Eckoldt, Martin; Knöpp, Herbert; Liebscher, Hans-Jürgen (1969): Auswirkungen der Einleitung von Warmwasser auf die Gewässer. Koblenz: Bundesanstalt für Gewässerkunde.

Edelhäuser, Hannes (1980): Bericht Arbeitsgruppe 2. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-5.

Edelhäuser, Hannes (1980): Berichte aus den Arbeitsgruppen, 2. Arbeitsgruppe Edelhäuser. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-4.

Edwards, Bob; McCarthy, John D. (2007): Resources and Social Movement Mobilization. In: David A. Snow und Soule, Sarah A., Kriesi, Hanspeter (Hg.): Blackwell Companion to Social Movements. Oxford: Oxford University Press (Blackwell companions to sociology), S. 116–152.

Ehmke, Wolfgang (Hg.) (1987): Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf. Köln 1987.

Eisenbeiß, Gerd (1975): Vermerk und Anlage vom 3. April 1975 für das Gespräch mit BM Matthöfer am 16. April nach der Kabinettsitzung. In: BArch, B 136/27667.

Eisenbeiß, Gerd (1975): Vermerk: Anlage zur Vorlage vom III/1-270 82-Po 16/75. In: BArch, B 136/27667.

- Eisenbeiß, Gerd (1975): Vermerk vom 6. Jan. 1974 zur Durchführung des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern. In: BArch, B 136/27667.
- Eisenhardt, Gisela; Krebsbach, Camilla (1978): Stereotype Wahrnehmung. Ihr Einfluß auf Interaktion und Kommunikation im Bereich politischer Planung von großtechnischen Einrichtungen. Bericht 400/3. Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Hg. v. Battelle-Institut. Frankfurt a. M.
- Eisenhower, Dwight D. (1953): Text delivered by the President of the United States before the General Assembly of the United Nations in New York City Tuesday Afternoon, Dec. 8, 1953. In: Eisenhower Library (DDE's Papers as President, Speech Series, Box 5, United Nations Speech 12/8/53), S. 1-9. Online verfügbar unter [https://www.eisenhowerlibrary.gov/sites/default/files/file/atoms\\_Binder13.pdf](https://www.eisenhowerlibrary.gov/sites/default/files/file/atoms_Binder13.pdf), zuletzt geprüft am 12.10.2023..
- Ellenberger, R.; Flossmann, A. (1982): Vorentscheidung in Sachen Wiederaufarbeitungsanlage fällt nicht vor Ende Mai. Minister Hoff lehnt jede Wette um Standort ab. Sachliche Gründe entscheidend. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20. Februar 1982. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM Bestand 330 Battenberg Nr. A 452: 115
- Engelhardt, Wolfgang (1978): Brief an Volker Hauff vom 14.12.1978, Betreff: Informations- und Diskussionsaktion am 24. Januar 1979. In: BArch, B 145/16855.
- Engels, Jens Ivo (2005): „Politischer Verhaltensstil“. Vorschläge für ein Instrumentarium zur Beschreibung politischen Verhaltens am Beispiel des Natur- und Umweltschutzes. In: Franz-Josef Brüggemeier (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen. Frankfurt: Campus Verlag (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes, 4), S. 184-202.
- Engels, Jens Ivo (2006): Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950 - 1980. Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Habil.-Schr., 2004. Paderborn: Schöningh.
- Enss, Klara (1978): Voraussetzung für die Fortführung der Aktion Bürgerdialog „Kernenergie“ im Jahre 178 [sic!]. In: BArch, B 196/334251, S. 1-2.
- Enss, Klara (1978): Vorschläge zur Fortführung der Aktion Öffentliche Diskussion „Kernenergie und ihre Alternativen“. In: BArch, B 196/34251, S. 1-10.
- Erklärung der Teilnehmer eines Seminars in der Heimvolkshochschule Gohrde zum Thema ‚Zwischenlager‘, 10./11. Mai 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.
- Evangelische Akademie Loccum (1978): Der kirchliche Auftrag in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen am Beispiel: Kernenergie und Bürgerbeteiligung. Fachgespräch vom 16. bis 18. Januar 1978 (Loccumer Protokolle).
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Detailliertes Tagungsprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit“. In: LkAH, E46, Nr. 1395: 1-3).
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Leitfragen für die Arbeitsgruppen. In: LkAH, E46, Nr. 1395.
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Tagungsvorhaben der Evangelischen Akademie Loccum. In: BArch, B 196/52926.
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Teilnehmer der Tagung. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-5.

- Evangelische Akademie Loccum (1980): Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 1. In: LkaH, E46, Nr. 1395.
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 2. In: LkaH, E46, Nr. 1395.
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 3. In: LkaH, E46, Nr. 1395.
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 4. In: LkaH, E46, Nr. 1395.
- Evangelische Akademie Loccum (1980): Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 5. In: LkaH, E46, Nr. 1395.
- Evangelischer Pressedienst (1980): Oeser: Energiefrage ist Frage der Lebensentwicklung. Evangelischer Pressedienst, Nr. 19, 28.01.1980. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 127-128.
- Fach, Wolfgang; Simonis, Georg (1987): Die Stärke des Staates im Atomkonflikt. Frankreich und die Bundesrepublik im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Deutsch-französische Studien zur Industriegesellschaft, 3).
- Felder, Zoë (2014): Bündnis 90/Die Grünen in Hessen. Entstehung und Entwicklung bis zur Landtagswahl 2009. Herausgegeben im Auftrag des Hessischen Landtags. Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 42).
- Filbinger, Hans (1974) Beschlussvorstellung zur Vorbereitung eine gemeinsame Aufklärungsaktion von Bund und Ländern zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken, die Sicherheitsanforderungen und die Auswirkungen auf die Umwelt; Protokoll über die Ergebnisse der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder vom 29. November 1974 vom 2. Dezember 1974. In: BArch, B 136/4681, S. 5.
- Filbinger, Hans (1974): Fax 334-314 vom 14.11.74 an den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz Hans Koschnik. In: BArch, B 136/4681.
- Fischer, Jens; Rosenbaum (1976): Die Frage heißt: Wie wollen wir künftig leben? Wyhl, Brokdorf und die Folgen: Der Schriftsteller Carl Amery im Streitgespräch mit Bundesforschungsminister Hans Matthöfer über den Kernenergie-Konflikt. In: vorwärts (Sonderdruck), S. 1-8.
- Fluck, D. (1981): DWK informiert über WAA-Standortempfehlungen. Für Dialog mit Gegnern offen. In: Frankfurter Neue Presse, 11.12.1981.
- Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin (1973): Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und West-Berlin Analyse von 61 Bürgerinitiativen. Bericht einer Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4 (2), S. 247-286.
- Forstner, Christian (2019): Kernphysik, Forschungsreaktoren und Atomenergie. Transnationale Wissensströme und das Scheitern Einer Innovation In Österreich. Wiesbaden: Spektrum Akademischer Verlag.
- Frederichs, Günter; Loeben, M. (1979): Konsequenzen des großtechnischen Einsatzes der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Teil V: Die Akzeptanzproblematik der Kernenergie. Unter Mitarbeit von Studienleiter: H. Paschen. Karlsruhe: Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH. Online verfügbar unter <http://bibliothek.fzk.de/zb/kfk-berichte/kfk2702.pdf>
- Friedrich-Ebert-Stiftung (1976): Jahresbericht 1976. Bonn.

Friedrich-Ebert-Stiftung (1977): Jahresbericht 1977. Bonn

Friedrich-Ebert-Stiftung (1978): Jahresbericht 1978. Bonn.

Friedrich-Ebert-Stiftung (1979): Jahresbericht 1979. Bonn.

Friedrich-Ebert-Stiftung (1980): Jahresbericht 1980. Bonn.

Friedrich-Ebert-Stiftung (1981): Jahresbericht 1981. Bonn.

Friedrich-Ebert-Stiftung (1982): Jahresbericht 1982. Bonn

Friedrich-Ebert-Stiftung (1983): Jahresbericht 1983, Bonn.

Fritzen, Joachim (1981): Zum Appell herausgepiffen. Leserbrief in: Elbe-Jeetzels-Zeitung vom 09.04.1981.

Fritzen, Marianne (1980), Brief an Bundesforschungsminister von Bülow vom 02.12.1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.

Fritzen, Marianne (1980): Betr.: Auslegung der Sicherheitsberichte in Lüchow. Brief an den Präsidenten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) vom 8. Oktober 1980. Anlage zu einem Brief an Bundesinnenminister Gerhart Baum vom 8. Oktober 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.

Fritzen, Marianne (1981): Brief an die Ratsherren vom 14.06.1981. In: Gorleben Archiv, Personenbestand Marianne Fritzen.

Fritzen, Marianne (1983): Diskussionsbeitrag auf der Abschlussdiskussion.

In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 231–263.

Fritzen, Marianne; Römmig, Wolf, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (1980): Betr.: Zwischenlagerseminar in Görde am 10./11.05.1980. Brief an Bundesforschungsminister Hauff vom 9. Mai 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.

Frohn, Hans-Werner (Hg.) (2003): Keine Berufsprotestierer oder Schornsteinkletterer. 25 Jahr BUND in NRW. Stiftung Naturschutzgeschichte. Essen: Klartext-Verl. (Veröffentlichungen der Stiftung Naturschutzgeschichte, 3).

Gabriel, Heinz Werner (1981): Referat. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 105-116.

Galland, Heino (1980): Partizipation In der Energiepolitik? In: Wilfried Nelles und Reinhard Oppermann (Hg.): Partizipation und Politik. Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Partizipation. Göttingen: Schwartz, S. 223–265.

Gassert, Philipp (2020): Ein neues Kapitel? Der Kampf gegen die Atomenergie im Kontext der deutschen Protestgeschichte und ihrer Erforschung. In: Detlef Schmiechen-Ackermann, Jenny Hagemann und Christian Hellwig (Hg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (Schriften zur Didaktik der Demokratie), S. 85–109.

Gaumer, Janine (2018): Wackersdorf. Atomkraft und Demokratie in der Bundesrepublik 1980-1989. Zgl. Dissertation; Friedrich-Schiller-Universität Jena; 2017.

Gaumer, Janine (2021): 18. Februar 1975. Bauplatzbesetzung in Wyhl. In: Martin Langebach (Hg.): Protest. Deutschland 1949-2020. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 210–215.

Gebauer, Klaus-Eckart (1998): Regierungskommunikation. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 464–472.

Gemeinde Lichtenfels (1982). Einladung zu einer Info-Veranstaltung am 20. April 1982, Einrichtung einer WAA in Frankenberg. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM, 330 Lichtenfels, I 49.

Gemeinde Lichtenfels (1982): Brief der Gemeinde Lichtenfels an Ministerpräsident Börner, Resolution und Beschluss Ablehnung WAA in Frankenberg. In: Gemeinde Lichtenfels (1982a). Einladung zu einer Info-Veranstaltung am 20. April 1982, Einrichtung einer WAA in Frankenberg. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM, 330 Lichtenfels, I 49.

Gemeinsame Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung Bund-Land (1980): Ergebnisvermerk vom 28. November 1980 über das Vorbereitungsgespräch für die geplante Informationsveranstaltung über Bohrergergebnisse der Standorterkundung Gorleben am 13. November 1980 in Lüchow. Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning.

Gemeinsame Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung Bund-Land (1980/1981): Teilnehmerlisten für das 1. und 2. Vorbereitungsgespräch am 13. November 1980 und am 14. Januar 1981 in Lüchow. Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning.

Gemeinsame Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung Bund-Land (1981): Protokoll des 2. Vorbereitungsgesprächs für eine Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 vom 19. Januar 1981. BASE-Akten, Gemeinsame Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung Bund-Land, Ordner Nr. 786.

Gemeinsame Informationsstelle; Der Beauftragte des Bundes (1980): Kurzprotokoll über Vorbesprechung Wochenendseminar ‚Dialog zwischen Polizei – BI – Kommunalpolitikern‘ vom 21. Oktober 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 785.

Genzer (1978): Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstags zum Bürgerdialog „Kernenergie“ vom 5.1.1979. In: BArch, B 145/16855.

Gerhards, Jürgen (1998): Öffentlichkeit. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 268–274.

Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm (1991): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Stefan Müller-Dohm und Klaus Neumann-Braun (Hg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medienkommunikationssoziologie. Oldenburg: BIS, Bibliotheks- u. Informationssystem der Universität Oldenburg, S. 31–89.

Gladitz, Nina (Hg.) (1976): Lieber aktiv als radioaktiv. Wyhler Bauern erzählen: Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert. Berlin: Wagenbach (Politik, 65).

Gloede, F. (1988): Strukturelle Rahmenbedingungen und Vorgeschichte der Öffentlichkeitsbeteiligung zu GKN II. In: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung und

Kernforschungszentrum Karlsruhe (Hg.): Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Grossvorhaben. Zwischenergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes. Band 1. Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (Speyerer Forschungsberichte, 70), S. 81–157.

Glötz, Malte (2012): Ein Kelch, der am Dorf vorüberging. Wangershausen. In: Frankfurter Zeitung, 23.05.2012. S. 13. Online: [https://wangershausen.frankenber.de/files/stadtteil/wangershausen/downloads/FZ-%20und%20HNA-Serie%202012/FZ-FrankfurterZeitung\\_2012-05-23\\_Seite13.pdf](https://wangershausen.frankenber.de/files/stadtteil/wangershausen/downloads/FZ-%20und%20HNA-Serie%202012/FZ-FrankfurterZeitung_2012-05-23_Seite13.pdf)

Gorleben Archiv e.V. (Hrsg.) (2019): Mein lieber Herr Albrecht ...! – Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte. 34 Gespräche mit Zeitzeugen. Lüchow 2019.

Gorleben Nachrichtendienst (1982): Pastorenschelte von Albrecht. In: Gorleben Nachrichtendienst, Ausgabe 7/82 vom 9. Dezember 1982, S.3 und 6. In: Gorleben Archiv.

Gorleben-Kommission (1979): Sitzung am 21.02.1979. In: NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 333.

Götter, Christian (2018): Von der Risikoberechnung zur Vertrauensfrage. Die deutsche Kernenergie-debatte am Beispiel des Kernkraftwerks Stade. In: Eva von Contzen, Tobias Huff und Peter Itzen (Hg.): Risikogesellschaften. Literatur- und geschichtswissenschaftliche Perspektiven. Bielefeld: Transcript Verlag (Histoire, 134), S. 199-222.

Götter, Christian (2020): Ein Herz fürs Atom. Die Stader Befürworter der Atomenergie. In Martina Heßler (Hg.): Technikemotionen. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag (Geschichte der technischen Kultur, 9), S. 60–82.

Götter, Christian (2022): Technologies as Anchors for Societal Conflicts. An Outline of the Concept. In: TG Technikgeschichte 89 (1), S. 9–34.

Goy, Georg C. (1981). Volkswirtschaftliche Aspekte der Plutoniumökonomie. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16). S. 75-86.

Graf, Rüdiger; Priemel, Kim Christian (2011): Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (4), S. 479–508.

Gries, Werner (1977): Europe's nuclear debate (2): Germany: growing acrimony. In: Nature 266 (5598), S. 109.

Gross, Stephen G. (2017): Reimagining Energy and Growth: Decoupling and the Rise of a New Energy Paradigm in West Germany, 1973–1986. In: Cent Eur Hist 50 (4), S. 514–546.

Gruhl, Herbert (1971): Bericht des Abgeordneten Dr. Gruhl. In: BT-Drucksache IV/2826.

Gründler, Hartmut (1975): Ab 10.11.1975 erneuter Hungerstreik. Was gilt ein Ministerwort? Was gilt ein Kanzlerwort? Atompolitik - Lügenpolitik. SPD - Wohin. Eine experimentelle Klärung. Arbeitskreis Lebensschutz, 22.10.1975. In: BArch, B 196/31437, S. 1–2.

Gründler, Hartmut (1975): An Bundesminister Hans Matthöfer, Tübingen, 27.05.1975. Es ist genug der Lüge. Übergenuß. Unbefristeter Hungerstreik. In: BArch, B 196/31437.

Gründler, Hartmut (1975): An Herrn Bundeskanzler Helmut Schmidt, Tübingen, 20.07.1975. Wyhl und der 20. Juli. In: BArch, B 196/31437.

- Gründler, Hartmut (1976): Vom Nutzen und Nachteil der Volksverdummung. Offener Brief an den Bundeskanzler, 28.8.1976. In: BArch, B 196/31437.
- Gründler, Hartmut (1977): Kernenergiewerbung. Die sprachliche Verpackung der Atomenergie. Aus dem Wörterbuch des Zwiedenkens. In: Nicolas Born und Jürgen Manthey (Hg.): Die Sprache des Großen Bruders. Gibt es ein ost-westliches Kartell der Unterdrückung? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Das neue Buch, 91), S. 69–89.
- Grunwald, Armin; Saretzki, Thomas (2020): Demokratie und Technikfolgenabschätzung. In: TATuP 29 (3), S. 11–17.
- Grupe, Hans; Koelzer, Winfried (1975): Fragen und Antworten zur Kernenergie. Bonn: Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e. V. IZE.
- Grupe, Hans; Koelzer, Winfried (1977): Fragen und Antworten zur Kernenergie. 3. Aufl. Bonn: Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e. V. IZE.
- Gruppe Ökologie, Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V. (Hg.) (1982): Argumente gegen die Atomenergienutzung. 2., überarb. Aufl. Hannover: Gruppe Ökologie.
- Guggenberger, Bernd; Kempf, Udo (1976): Vorbemerkung. In: Bernd Guggenberger und Udo Kempf (Hg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7–17.
- Gutting, Alicia (2023): What is good drinking water? 41 Years of risk perception on water quality in the vicinity of the Nuclear Research Centre Karlsruhe, 1956–1997. In: Risk Hazard & Crisis Pub Pol advance online, Artikel rhc3.12265. <https://doi.org/10.1002/rhc3.12265>
- Güttler, Nils (2022): Gegenexpert\*innen: Umwelt, Aktivismus und die regionalen Epistemologien des Widerstandes. In: NTM 30 (4), S. 541–567.
- Haag, Gerd, Kernforschungsanlage Jülich (1980): Stellungnahme zum Seminar ‚Zur Diskussion über Zwischenlager als Teil des Entsorgungskonzeptes‘ des Bildungszentrums Görde am 10.5.80, Stellungnahme vom 23. Mai 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Unveränd. Nachdr. der zuerst 1962 ersch. Ausg. / erg. um ein Vorwort zur Neuaufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): Bemerkungen zu einer verworrenen Diskussion. Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“ heute? In: Die Zeit, 03.04.1992 (15/1992), S. 82–84.
- Habermas, Jürgen (2013): Im Sog der Technokratie, Berlin: Suhrkamp.
- Hädecke, Wolfgang (1979): Der Skandal Gründler. Ebenhausen (Isartal): Langewiesche-Brandt (Studien und Dokumente / Max-Himmelheber-Stiftung, 1).
- Haensche, Frank; Gruhl, Herbert (1975): Bericht der Abgeordneten Dr. Haenschke und Dr. Gruhl. In: BT-Drucksache 07/3298, S. 2.
- Hall, Peter A. (2013): Tracing the Progress of Process Tracing. In: European Political Science 12 (1), S. 20–30.
- Hamblin, Jacob Darwin (2006): Exorcising Ghosts in the Age of Automation: United Nations Experts and Atoms for Peace. In: Technology and Culture 47 (4), S. 734–756.

Hamblin, Jacob Darwin (2021): *The wretched atom. America's global gamble with peaceful nuclear technology*. New York, NY: Oxford University Press (Oxford scholarship online).

han (1983): Infostelle Lüchow bekam Besuch. In: *Gorleben Nachrichtendienst* 9/83, S. 3-4.

Harms, Rebecca (2019): „Der Moment, wo wir verstanden haben, dass dieser Protest zu einer großen Bewegung werden könnte“. In: Dirk Drazewski (Hg.): „Mein lieber Herr Albrecht...!“. *Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte: 34 Gespräche mit Zeitzeugen*. Lüchow: Gorleben-Archiv e.V, S. 86–89.

Hasenöhrli, Ute (2011): *Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945 - 1980*. Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 2008. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Umwelt und Gesellschaft, 2).

Hatzfeld, Hermann; Hirsch, Helmut; Kollert, Roland (1979): *Der Gorleben-Report. Ungewissheiten und Gefahren der nuklearen Entsorgung*. Auszüge aus den Expertenberichten und dem Hearing der Niedersächsischen Landesregierung, Frankfurt am Main 1979.

Hauff, Volker (1977): *Das schwedische Modell zur öffentlichen Diskussion über Energiepolitik*. Bonn (Information des Bundesministers für Forschung und Technologie).

Hauff, Volker (1977): Erklärung des PSt Hauff. In: *Die Bundesregierung: 15. Kabinettsitzung am 30. März 1977. Kabinettsprotokoll*. Bundesarchiv Koblenz. Online verfügbar unter <https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/index.html>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Hauff, Volker (1977): Zwischenbilanz zum „Bürgerdialog Kernenergie“. *Faire Meinungs- und Willensbildung im vorparlamentarischen Raum*. In: *Sozialdemokratischer Pressedienst* 32, 28.10.1977, S. 1–2.

Hauff, Volker (1978): Antwort des Bundesministers Dr. Hauff auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Laufs. In: *BT-Drucksache* 08/93, S. 7419.

Hauff, Volker (1978): Antwort des Bundesministers Dr. Hauff auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Ueberhorst. Anlage 6. In: *BT-Drucksache* 08/78, S. 997.

Hauff, Volker (1978): Brief an den Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Staatssekretär Klaus Bölling vom 9. November 1978. In: *BArch*, B 145/16855.

Hauff, Volker (1978): Öffentlichkeitsarbeit. In: *PA-DBT* 3106\_8.WP-Prot. 63.

Hauff, Volker (1979): *Fragen der Energiepolitik und der Kernenergie*. Rede von Bundesminister Dr. Hauff beim „Bürgerdialog Kernenergie“ am 24. Januar 1979 in Bonn. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe* (10), S. 85–88.

Hauff, Volker (1979): *Schwerpunkte der Energiediskussion '79*. In: *Energiediskussion* 1/2/1979, S. 1-4.

Hauff, Volker (Hg.) (1979): *Energiediskussion in Europa. Berichte und Dokumente über die Haltung der Regierungen, Parteien und Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft zur Kernenergie*. Wissenschaftliche Redaktion Lutz Mez. Institut für Zukunftsforschung. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 7).

Hauff, Volker (Hg.) (1980): *Gerichtsentscheidungen zu Kernkraftwerken*. Wissenschaftliche Redaktion Hartmut Albers. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 10).

Haus der Gewerkschaftsjugend; Abteilung Jugend, DGB-Bundesvorstand (1981): Zu diesem Heft. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagen, Bundesjungendenschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 4.

Haushaltsausschuss 8. Wahlperiode (ohne Datum): Protokoll Nr. 85. 8. Wahlperiode; PA-DBT 3106\_8.WP-Prot. 85)

Haß, Ulrike (1991): Das Besetzen von Begriffen: Kommunikative Strategien und Gegenstrategien in der Umweltdiskussion. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hg.): Begriffe besetzen: Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 330–337.

Haß, Ulrike (1991): Das Besetzen von Begriffen: Kommunikative Strategien und Gegenstrategien in der Umweltdiskussion. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hg.): Begriffe besetzen: Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 330–337.

Heere, Werner (1978): Brief an Volker Hauff vom 15.12.1978. In: BArch, B 145/16855.

Heeremann von Zuydtwyck, Constantin, Freiherr (1979): Stellungnahme des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes zur gegenwärtigen Kernenergie Diskussion vom 05.01.1979. In: BArch, B 145/16855.

Hegner, Friedhart (1977): Entstehungsbedingungen von Bürgerinitiativen im Spannungsfeld von Bürger und Verwaltung. In: Hans Matthöfer (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3), S. 158–206.

Heintz, Werner (Hg.) (1981): Wort-Protokoll des Anhörungstermins am 28. und 29. Januar 1981, 28.01.1981. Physikalisch-Technische Bundesanstalt. Braunschweig: PTB.

Hellwig, Christian (2020): Populärkulturelle Mahnungen? Anti-Atom-Protest und atomarer Super-GAU als fiktionalisiertes Filmevent. In: Detlef Schmiechen-Ackermann, Jenny Hagemann und Christian Hellwig (Hg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (Schriften zur Didaktik der Demokratie), S. 300–319.

Hennen, Leo; Peters, Hans Peter (1990): „Tschernobyl“ in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland. Risikowahrnehmung, politische Einstellungen und Informationsbewertung. Januar 1990. Als Manuskript gedruckt. Jülich: Kernforschungsanlage Jülich (Jül - Spez -, 551).

Herbert, Ulrich (2003): Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte - eine Skizze. In: Ulrich Herbert (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 - 1980. 2. Aufl. Göttingen: Wallstein (Moderne Zeit, 1), S. 7–49.

Herrmann, Günter (1983): Warum nicht mehrere Salzstöcke? Für parallele Standorterkundung - Bürgerdialog im Kurhaus - Zweifel der Kritiker. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 31.05.1983.

Hermann, Kai (2019): „Dieser politische Wandel war wirklich unglaublich“. In: Dirk Drazewski (Hg.): „Mein lieber Herr Albrecht...!“ Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte: 34 Gespräche mit Zeitzeugen. Lüchow: Gorleben-Archiv e.V, S. 62–64.

- Hesse, Gerda M. (1978): Stellungnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zur Förderung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen vom 06.12.1978. In: BArch, B 145/16855.
- HESENSCHAU vom Dienstag, 16. November 1982, Fernsehen: Äußerung Ministerpräsident Holger Börner zur WAA in Frankenberg. In: Hessisches Hauptstaatsarchiv, HHStAW, 2016/1, 469
- Hessische Allgemeine (1982): Artikel vom 13. Februar 1982: Bürger zeigten sich gut informiert. In: Stadt Archiv Frankenberg StadtA FKB, A1, 1590.
- Hessische Landesregierung (1982): Einstellung des Genehmigungsverfahrens für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Frankenberg-Wangershausen. Presseinformation vom 16.11.1982. In: Informationen der hessischen Landesregierung. In: Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden, HHStAW, 502, 11262.
- Hessische Landesregierung (1982): Kabinettsbeschluss vom 20. Juli 1982. Presseinformation vom 21.07.1985. In: Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden, HHStAW, 502, 11262.
- HESSISCHER RUNDFUNK - Hörfunk „Unterwegs in Hessen“ vom Mittwoch, 21. Juli 1982: Interview mit Holger Börner zur WAA in Hessen. In: Wochenschau 30/82, 24.7.1982. In: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, HHStAW, 2016/1, 469.
- Hettlage, Robert (1979): Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion. Frankfurt/Main: Campus-Verlag (Campus-Forschung, 64).
- Heymann, Matthias (1995): Die Geschichte der Windenergienutzung. 1890 - 1990. Teilw. zugl.: München, Deutsches Museum, Diss. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- HFM (1982): Atomanlage in Nordhessen geplant. Kabinett in Wiesbaden einstimmig für Frankenberg als möglichen Standort. In: Süddeutsche Zeitung, 22.07.82, S. 1.
- Hieber, Lutz (1983): Aufklärung über Technik. Zum Unterschied von wissenschaftlicher und politischer Technikkritik. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Hirsch, Helmut (1977): Kernenergie: pro und contra. In Physik Journal 33 (9), S. 385–395.
- Hirsch, Helmut (1980): Bericht Arbeitsgruppe 3: Endlagerung. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-5.
- Hirsch, Helmut (1983): Diskussionsbeitrag auf der Abschlussdiskussion. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 231–263.
- Hirsch, Helmut; Nowotny, Helga (1977): Europe's nuclear debate (1): Austria: a case study. In: Nature 266 (5598), S. 107–108.
- hl (1980): Viele Fragen blieben offen. Seminar zum Thema „Zwischenlager“ — DWK hielt sich nicht an ihre Zusage. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 04.12.1980.
- Hocke-Bergler, Peter; Grunwald, Armin (Eds.) (2006): Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung. Berlin: Edition Sigma (Gesellschaft - Technik - Umwelt, Neue Folge, 8).
- Hoffie, Klaus-Jürgen (1982): Schreiben an Ministerpräsident Holger Börner zur Wiederaufarbeitung und Bürgerbeteiligung vom 1.9.1982. In: BArch, B 136/28177.

- Hoffmann, Karlheinz (1980) Gundremmingen (1980), In: Bayerischer Rundfunk (Hrsg.), 02.03.1980, BR Archivnummer: 802289.
- Hoffmann, Karlheinz (1983): Kernenergie in Schwaben, In: Bayerischer Rundfunk (Hrsg.): Aus Schwaben und Altbayern, 06.03.1983, BR Archivnummer: 832217.
- Hofmann, Günter (1975): Eröffnung des Dialogs mit dem Forschungsminister. Bonns erste Tuchföhlung mit den Bürgerinitiativen. Kernkraftgegner gehen mit Skepsis gespickt zurück auf die Bauplätze. In: Stuttgarter Zeitung, 24.05.1975, In: Hess. Staatsarchiv Darmstadt, Bestand Kurt Oeser, O70/35 Nr. 11a.
- Hofmann, Hasso (1991): Zum Stand des Rechts der atomaren Entsorgung. In: Wissenschaftskolleg zu Berlin (Hg.): Jahrbuch 1989/90. Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung, S. 273–287.
- Hollihn, Frank Armin (1978): Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß? Zugl.: Bern, Univ., Diss., 1976. Baden-Baden: Nomos Verlag (Planen, 12).
- Hollmann, Michael (2016): Bestandspolitik. In: Marcel Lepper und Ulrich Raulff (Hg.): Handbuch Archiv. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven. Stuttgart: J.B. Metzler'sche Verlagsbuchhandlung und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH, S. 199–206.
- Horstmann, Karl-Uwe (1977): Atommüll wie Seife-Angebot. Leserbrief in der EJZ (12.03.1977). In: Karl F. Kassel (Hg.): Briefe aus einer belagerten Provinz. Leserbriefe und Beiträge aus der Elbe-Jeetz-Zeitung vom November 1976 bis September 1979. Frankfurt am Main, S. 27 f.
- Hünemörder, Kai F. (2004): Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950 - 1973). Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Historische Mitteilungen Beihefte, 53).
- Hünemörder, Kai F. (2005): 1972. Epochenschwelle der Umweltgeschichte? In: Franz-Josef Brüggemeier (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen. Frankfurt: Campus Verlag (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes, 4), S. 124–144.
- Informationskreis Kernenergie (1976): Projekt Kernenergie. Basisinformationen für den Unterricht. Lehrerbegleitheft. In Zusammenarbeit mit der AV-Abteilung des Lehrmittelverlags W. Hagemann.
- Informationskreis Kernenergie (1978): Projekt Kernenergie. Begleitheft. In Zusammenarbeit mit der AV-Abteilung des Lehrmittelverlags W. Hagemann. Vierte, überarbeitete und erweiterte Auflage.
- Inglehart, Ronald (1971): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. In: American Political Science Review 65 (4), S. 991–1017.
- Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Ising, Wolf (1975): Bundesforschungsminister Matthöfer führte in Bonn Gespräche mit Vertretern der Bürgerinitiativen über das Pro und Contra von Kernkraftwerken. In: NDR-Fernsehen: Tagesschau, F: 7055, ARD, 22.07.1975, NDR Archivnummer: 70552.
- Jahn, Hans Edgar (1953): Vertrauen, Verantwortung, Mitarbeit. Eine Studie über public relations Arbeit in Deutschland. Oberlahnstein/Rhein: Nohr.

- Jakobus, Helmut (1980): „Die Plutoniumgesellschaft“ – Seminar im Haus der Kirche. In: Kirche aktuell, Nr. 11, 30.01.1980.
- Janning, Jörg (1980): Brief an Bundesinnenminister Gerhart Baum vom 1. Juni 1980. In: Personenbestand Jörg Janning, Gorleben Archiv.
- Janning, Jörg (1980): Handschriftliche Notizen über ein Vorbereitungsgespräch am 13. November 1980 in Lüchow für eine geplante Informationsveranstaltung des Bundes zu den Zwischenergebnissen der Salzstockerkundung. In: Personenbestand Jörg Janning, Gorleben Archiv.
- Janning, Jörg (1981): „Gewisse Elemente“? Leserbrief. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung (14.05.1981).
- Janning, Jörg (1981): Hearing über Zwischenergebnisse. Brief an Bundesinnenminister Gerhart Baum vom 9. April 1981. In: Personenbestand Jörg Janning, Gorleben Archiv.
- Janning, Jörg (1981): Notizen, Treffen in Gartow um das Hearing zu besprechen, 14.01.1981. In: Personenbestand Jörg Janning, Gorleben Archiv.
- Janning, Jörg (1982): Brief an Baum vom 13.05.1982. In: BArch, B 295/1505, S. 40213-40214.
- Janning, Jörg (1983): Diskussionsbeitrag auf der Abschlussdiskussion. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), 231-263.
- Janning, Jörg, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (1981): Betr.: Veranstaltung Zwischenergebnisse Bohrprogramm Gorleben. Brief an BMFT-Pressereferent Peter Niederelz vom 19. April 1981. In: Personenbestand Jörg Janning, Gorleben Archiv.
- JM (1982): Die verabschiedete WAA-Resolution. „Folgen völlig ungewiß“. Landesregierung soll Bedenken entkräften. Ansonsten Wangershausen streichen. In: Frankenberger Zeitung, 30. 04. 1982. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM Bestand 330 Battenberg Nr. A 452, S. 137.
- joe (1980): Posse mit Babygeschrei und Luftschlangen. Turbulenter Beginn der Anhörung zum geplanten Zwischenlager in Lüchow. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29.01.1980.
- John, Birgit (2011): Nutzung der Kernkraft in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg (4), S. 51-54.
- Jordan, Katrin (2018): Ausgestrahlt. Die mediale Debatte um »Tschernobyl« in der Bundesrepublik und in Frankreich 1986/87. Göttingen (Medien und Gesellschaftswandel im 20. Jahrhundert, Band 10).
- Josephson, Paul; Meyer, Jan-Henrik; Kaijser, Arne (2021): Nuclear-Society Relations from the Dawn of the Nuclear Age. In: Arne Kaijser, Markku Lehtonen, Jan-Henrik Meyer und Mar Rubio-Varas (Hg.): Engaging the Atom. The history of nuclear energy and society in Europe from the 1950s to the presence. Morgantown: West Virginia University Press, S. 27-51.
- Judt, Tony (1996): The Past is Another Country: Myth and Memory in Postwar Europe. In: Theoria: A Journal of Social and Political Theory (87), S. 36-69.
- Jung, Matthias (1994): Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jungk, Robert (1970): Beteiligung der Bürger heute und morgen. In: Helga Boss-Stenner und Gernot Gather (Hg.): Partizipation. Aspekte Politischer Kultur. Unter Mitarbeit von Ulrich von Pufendorf und K. Friedrich Schade. Frankfurt a. M.: Westdeutscher Verlag GmbH Opladen, S. 62–77.

Jungk, Robert (1977): Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. 3. Aufl. München: Kindler.

Kaase, Max (1976): Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. In: Peter Graf Kielmansegg (Hg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Duisburg, Herbst 1975. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Politische Vierteljahresschrift Sonderhefte, 7/1976), S. 179–216.

Kaase, Max; Marsh, Alan (1979): Political Action: A Theoretical Perspective. In: Samuel Henry Barnes, Max Kaase, Klaus R. Allerbeck, Barbara G. Farah, Felix Heunks, Ronald Inglehart et al. (Hg.): Political action. Mass participation in five western democracies. Beverly Hills, London: Sage Publications, S. 27–56.

Kaijser, Arne (2019): The Referendum that Preserved Nuclear Power and Five Other Critical Events in the History of Nuclear Power in Sweden. In: Astrid Mignon Kirchhof (Hg.): Pathways into and out of Nuclear Power in Western Europe. Austria, Denmark, Federal Republic of Germany, Italy, and Sweden. München: Deutsches Museum, S. 238–293.

Kaijser, Arne; Lehtonen, Markku; Meyer, Jan-Henrik; Rubio-Varas, Mar (2021): Introduction: Nuclear Energy and Society in Postwar Europe. In: Arne Kaijser, Markku Lehtonen, Jan-Henrik Meyer und Mar Rubio-Varas (Hg.): Engaging the Atom. The history of nuclear energy and society in Europe from the 1950s to the present. Morgantown: West Virginia University Press, S. 1–24.

Kaijser, Arne; Meyer, Jan-Henrik (2021): Nuclear Installations at European Borders. Transboundary Collaboration and Conflict. In: Arne Kaijser, Markku Lehtonen, Jan-Henrik Meyer und Mar Rubio-Varas (Hg.): Engaging the Atom. The history of nuclear energy and society in Europe from the 1950s to the present. Morgantown: West Virginia University Press, S. 254–277.

Kalmbach, Karena (2021): The meanings of a disaster. Chernobyl and its afterlives in Britain and France. New York, Oxford: Berghahn (The environment in history, Band 20).

Kersten, Silvia (1982): Katholische Kirche und Bürgerinitiativen. Ein Beispiel aus Hessen, In: Hessischer Rundfunk (Hrsg.): Horizonte, 03.05.1982, HR Archivnummer: 60655.

KEWA GmbH (1975): Konzept für eine industrielle Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungsanlage. Erstellt im Auftrage der BAYER AG, Gelsenberg AG, Hoechst AG, NUKEM AG. Online verfügbar unter [https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/AKW/Niedersachsen\\_AKW\\_1976\\_WAA.shtml](https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/AKW/Niedersachsen_AKW_1976_WAA.shtml), zuletzt geprüft am 03.12.2023.

Kienle, Friedrich (1981): Referat. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendenschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 5-27.

Kirchhof, Astrid Mignon; Meyer, Jan-Henrik (2021): Revealing Risks. European Moments in Nuclear Politics and the Anti-Nuclear Movement. In: Anna-Katharina Wöbse und Patrick Kupper (Hg.): Greening Europe: Environmental Protection in the Long Twentieth Century – A Handbook: De Gruyter Oldenbourg, S. 331–362.

Kirchhof, Astrid Mignon; Meyer, Jan-Henrik (2021): Vielfach nachgefragt: Kernenergiegeschichte. In: Technikgeschichte 88 (3), S. 391–398.

Kirchhof, Astrid Mignon; Trischler, Helmuth (2019): The History behind West Germany's Nuclear Phase-Out. In: Astrid Mignon Kirchhof (Hg.): Pathways into and out of Nuclear Power in Western Europe. Austria, Denmark, Federal Republic of Germany, Italy, and Sweden. München: Deutsches Museum, S. 124–169.

Kitschelt, Herbert (1979): Kernenergie und politischer Konflikt. Gesellschaftliche Folgen kapitalistischer Technologieentwicklung. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Berlin 7 (4), S. 598–628.

Kitschelt, Herbert (1980): Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Kitschelt, Herbert P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science 16 (1), S. 57–85.

Kitschelt, Herbert P. (1991): Resource Mobilization Theory. A Critique. In Dieter Rucht (Hg.): Research on social movements. The state of the art in Western Europe and the USA. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 235–271.

Kittel, Bernhard; Kuehn, David (2013): Introduction: Reassessing the Methodology of Process Tracing. In: European Political Science 12 (1), S. 1–9.

Klein, Peter (1975): Politisierung der Umweltschützer, In: Südwestrundfunk (Hrsg.): Forum Südwest, F: 75/5, 18.03.1975, SWR Archivnummer 201092.

KLU (1975): Die Kaiserstühler wollen nicht durch die Parteibrille sehen. Kernkraftgegner im Gespräch mit Hans Matthöfer. Keiner gab nach. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.07.1975, In: Hess. Staatsarchiv Darmstadt, Bestand Kurt Oeser, O70/35 Nr. 11a.

Knirsch, Hanspeter; Nickolmann, Friedhelm (1976): Die Chance der Bürgerinitiativen. Ein Handbuch. 2. Aufl. Wuppertal: Hammer.

Koch, Helmut (1981): Der Kanzler eine Seifenblase? Leserbrief in: Elbe-Jeetzel-Zeitung (08.04.1981).

Kollert, Roland (1982): Pech bei der Auswahl von Gorleben - Vernichtende Erkenntnisse über den Salzstock. In: Gorleben informiert No. 15 (Februar 82), S. 6.

Kollert, Roland (1983): Diskussionsbeitrag auf der Abschlussdiskussion. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 231–263.

Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (2016): Abschlussbericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe. Verantwortung für die Zukunft. Ein faires und transparentes Verfahren für die Auswahl eines nationalen Endlagerstandortes (Drucksache, 18/9100).

Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz (2016): Abschlussbericht. Verantwortung für die Zukunft. Ein faires und transparentes Verfahren für die Auswahl eines nationalen Endlagerstandortes. Online verfügbar unter

[https://www.bundestag.de/resource/blob/434430/bb37b21b8e1e7e049ace5db6b2f949b2/drs\\_268-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/434430/bb37b21b8e1e7e049ace5db6b2f949b2/drs_268-data.pdf), zuletzt geprüft am 12.10.2023.

König, Wolfram (2022): Vorwort. In: BASE (Hg.): Atomausstieg in Deutschland. Viele Aufgaben der nuklearen Sicherheit bleiben. Berlin, S. 6–7.

Konow, Gerhard (1976): Vermerk für die Sitzung des Kabinetts am 08.12.1976. In: BArch, B 136/10858.

Köpl, Regina (2023): Öffentlichkeit herausfordern? Feministische Perspektiven auf Öffentlichkeit. In: Johanna Dorer, Brigitte Geiger, Brigitte Hipfl und Viktorija Ratković (Hg.): Handbuch Medien und Geschlecht. Perspektiven und Befunde der feministischen Kommunikations- und Medienforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS, S. 495–507.

Koselleck, Reinhart (1979): Darstellung, Ereignis und Struktur. In: Reinhart Koselleck (Hg.): Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt: Suhrkamp, S. 144–157.

Koselleck, Reinhart (1979): 'Erfahrungsraum' und 'Erwartungshorizont' - zwei historische Kategorien. In: Reinhart Koselleck (Hg.): Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt: Suhrkamp, S. 349–375.

Kraushaar, Wolfgang (2008): Weiße Flecken der Überlieferung. In: Robert Kretzschmar, Clemens Rehm, Andreas Pilger und Wolfgang Kraushaar (Hg.): 1968 und die Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog. Stuttgart: Kohlhammer Verlag (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Serie A, 21), S. 95–103.

Kraushaar, Wolfgang (2021): 17. April 1958. „Kein Hanseat Atomsoldat!“. In: Martin Langebach (Hg.): Protest. Deutschland 1949–2020. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 148–152.

Kretzschmar, Robert; Rehm, Clemens; Pilger, Andreas; Kraushaar, Wolfgang (Hg.) (2008): 1968 und die Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog. Stuttgart: Kohlhammer Verlag (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Serie A, 21).

Kreusch, Jürgen (2010): Protokoll Nr. 6 (Sachverständigenanhörung) der 6. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes am 10.06.2010. Anlage zur BT-Drucksache 17/13700.

Krug, Hans-Heinrich (1998): Siemens und Kernenergie. Über 40 Jahre innovative Technologie-Entwicklung für eine zukunftssichere Energieversorgung. Duisburg: Druckhaus Duisburg.

Kübler (1978): Stellungnahme Gesprächskreis Kernenergie des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks vom 18.12.1978. In: BArch, B 145/16855.

Kuckartz, Udo (2016): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 3., überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Grundlagentexte Methoden).

Kudla, Wolfram (2019): Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe - geowissenschaftliche Kriterien und Vorgehensweise. 20. Geokinematischer Tag, Freiberg. Online verfügbar unter <https://tubaf.qucosa.de/api/qucosa%3A34468/attachment/ATT-0/> zuletzt geprüft am 25.05.2023.

Kühn, Andreas. (2007): Kalkar 1977. Anti-Atom-Bewegung und Polizei im Wandel. In: Geschichte im Westen 22, S. 269–289.

Kühn, Klaus (1983): Funktion der Barriere Salzstock. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 7–22.

Kulke, Wilhelm (1979): Betr.: Auswahl von Referenten für Informationsveranstaltungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg zum Thema Zwischenlager. Brief (Entwurf) an das BMFT vom 16. November 1979. In: BASE-Akten, Gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land, Ordner Nr. 796.

Kulke, Wilhelm (1979): Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 29.11.1979. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 794.

Kulke, Wilhelm (1979): Schreiben von OKD Poggendorf vom 29.11.1979. In: BASE-Akten Ordner B-45 Nr. 794.

Kulke, Wilhelm (1980): Betr.: Wochenendseminar im Bildungszentrum Jagdschloß Görhde zum Thema ‚Die Zwischenlager für radioaktive Abfälle im Landkreis Lüchow-Dannenberg‘ am 29. und 30.11.1980. Schreiben an die Brennelement-Lagergesellschaft Gorleben vom 23. September 1980. In: BASE-Akten, Gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land, Ordner Nr. 785.

Kulke, Wilhelm (1980): Betr.: Besuch von Bundesminister Volker Hauff 14. – 16. Februar 1980 im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Schreiben an BMFT-Pressesprecher Thilo Schmidt vom 30. Januar 1980. In: BASE-Akten, Gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land, Ordner Nr. 785.

Kulke, Wilhelm (1980): Betr.: Entwurf eines Antwortschreibens an den Vorstand der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zu einem Schreiben vom 9.5.1980 an Herrn Minister Hauff, 12. Juni 1980. In: BASE-Akten, Gemeinsame Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land, Ordner Nr. 785.

Kulke, Wilhelm (1980): Brief an Heinz Brandt vom 13. Juni 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 785.

Kulke, Wilhelm (1981): Anlage „Hinweise zu den kommunalen Gremien und Gruppen“. Telefax an das Bundeskanzleramt vom 31.03.1981, Betr.: Besuch von Herrn Bundeskanzler Dr. Schmidt im Landkreis Lüchow-Dannenberg im Frühjahr 1981. BASE-Akten, Ordner 786.

Kulke, Wilhelm (1981): Begrüßungsrede zum 2. Vorbereitungsgespräch für die geplante Informationsveranstaltung im Frühjahr 1981 über die Zwischenbohrergebnisse am 14.1.1981 in Lüchow. In: Gorleben Archiv, Bestand Jörg Janning.

Kulke, Wilhelm (1981): Beschreibung des bisherigen Diskussionsverlaufes. In: BASE-Akten, Ordner 786.

Kulke, Wilhelm (1981): Betr.: Informationsveranstaltung über Zwischenergebnisse der Standorterkundung Gorleben am 16. und 17. Mai in Lüchow. Bezug: Mein Schreiben vom 19. Februar 1981). Brief an das BMFT vom 19. Febr. 1981. Brief an das BMFT vom 6. März 1981. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 786.

Kulke, Wilhelm (1981): Betr.: Stellungnahme zum Energiedialog, Konzeption und Planung 198; hier: Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Nuklearen Entsorgung. Bezug: Leitungsvorlage vom 24.2.1981. Brief an das BMFT vom 24. März 1981. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 786.

Kulke, Wilhelm (1981): Ergebnisniederschrift über das 3. Vorbereitungsgespräch am 09.04.1981. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 786.

Kulke, Wilhelm (1981): Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse von der Kommunalwahl im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Schreiben an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Forschung und Technologie vom 28. September 1981. In: BASE-Akten, Ordner 794.

Kulke, Wilhem (1982): Schreiben an das BMFT vom 24.03.1982. In: BASE-Akten, Ordner 786.

Kulturerbe Niedersachsen (1982): Plakat 4 ATOMMÜLLFABRIKEN. 4 Demonstrationen am 4. SEPTEMBER 1982, [https://kulturerbe.niedersachsen.de/objekt/record\\_kuniweb\\_948147/1/](https://kulturerbe.niedersachsen.de/objekt/record_kuniweb_948147/1/)

Küppers, Günter (1980): Bericht Arbeitsgruppe 5: Alternativen zur Kernenergie – Energiebedarf. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-5.

Kuppler, Sophie; Chaudry, Saleem; Smeddinck, Ulrich (2016): Die Entsorgung radioaktiver Reststoffe als inter- und transdisziplinäre Herausforderung – eine Einführung. In: Ulrich Smeddinck, Sophie Kuppler und Saleem Chaudry (Hg.): Inter- und Transdisziplinarität bei der Entsorgung radioaktiver Reststoffe. Grundlagen - Beispiele - Wissenssynthese. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1-8.

Landesverband Baden-Württemberg (1975): Antrag 335: Atomkraftwerke. In: SPD (Hg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 15. November Rosengarten Mannheim: Protokoll der Verhandlungen, Anlagen. Mannheim: Südwestdeutsche Verl.-Anstalt, S. 1265-1267.

Landeszeitung für die Lüneburger Heide (1977): Bürgerinitiativen brechen den Dialog mit Albrecht ab. In: Landeszeitung für die Lüneburger Heide (19.08.1977).

Lang, Klaus (1976): Bürgerdialog Kernenergie, hier: Ergebnis der Hausbesprechung vom 25.11.1976. In: BArch, B 196/34252.

Lang, Klaus (1976): Fortsetzung des Bürgerdialogs Kernenergie. In: BArch, B 196/34252.

Lang, Klaus (1976): Statistischer Bericht über die Aktivitäten im Jahre 1976. In: BArch, B 136/10903.

Lang, Klaus (1977): Ergebnisprotokoll des Kernenergiegesprächs mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen am 18. März 1977 in Bonn. In: BArch, B 106/52569, S. 1-5.

Lang, Klaus (1977): Protokoll der Sitzung des Kernenergie Arbeitskreises Bund/Länder am 6. Oktober 1977 in Bonn vom B 136/10903. In: B 136/10903.

Lang, Klaus (1978) Entwurf Statement von Bundesminister Volker Hauff aus Anlaß des Gesprächs mit dem Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz am 22. Juni 1978 in Bonn. In: BArch, B 196/34251, S. 1-3.

Lang, Klaus (1978): Entwurf für eine Begrüßungsansprache von Bundesminister Hauff bei dem Gespräch mit dem Bund für Lebensschutz am 20. Juni 1978. In: BArch, B 196/34251, S. 1-3.

Lang, Klaus (1978): Ergebnisprotokoll des Kernenergiegesprächskreises mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen am 13. Dezember 1977 in Bonn. In: BArch, B 136/10904, S. 1-7.

Lang, Klaus (1978): Gespräch mit dem BfL; hier: TOP 2 Bürgerdialog Kernenergie/Energiediskussion. In: BArch, B 196/34251, S. 1-4.

Lang, Klaus (1978): Protokoll über die Sitzung des Bund-Länder-Arbeitskreises „Kernenergie-Information“ am 17.05.1978 in Bonn vom 14. Juni 1978: In: BArch, B 136/10904.

Lang, Klaus (1978): Tagesordnung für das Gespräch am 22. Juni 1978, 11.00 Uhr, mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. In: BArch, B 196/34251.

Lang, Klaus (1978): TOP 2: Bürgerdialog – Voraussetzungen, Wirkungen. Vorbereitungsmappe zum Gespräch mit Vorstand BBU am 22.6.1978. In: BArch, B 196/34251, S. 1-4.

Lang, Klaus (1978): TOP 3: Forschungspolitik – Energieforschung. Vorbereitungsmappe zum Gespräch mit Vorstand BBU am 22.6.1978. In: BArch, B 196/34251, S. 1-28.

Lang, Klaus (1978): Vermerk vom 21.06.1978 zum Gespräch mit Vorstand BBU am 22.6.1978, 11 – 13 Uhr, Inhalt der Vorbereitungsmappe. In: BArch, B 196/34251.

Lang, Klaus (1978): Verschiedene Unterlagen zum Gespräch mit dem Deutschen Bund für Lebensschutz am 20. Juni 1978: u.a. Tagesordnung, Gesprächsteilnehmer, Entwurf für eine Begrüßungsansprache. In: BArch, B 196/34251, S. 1-23.

Lang, Klaus (1978): Vorbereitungsmappe zum Gespräch mit Vorstand BBU am 22.6.1978: u.a. Tagesordnung, Gesprächsteilnehmer, Entwurf Statement Minister, Anlagen. In: BArch, B 196/34251, S. 1-44.

Lang, Klaus (1978): Zusammenfassung von BBU-Vorschlägen und Stellungnahme BMFT. Vorbereitungsmappe zum Gespräch mit Vorstand BBU am 22.6.1978. In: BArch, B 196/34251, S. 1-9.

Lang, Klaus (1979): Begleitschreiben an den Gesprächskreis Kernenergie-Information gesellschaftliche Gruppen vom 19. Februar 1979, Betreff: „Gespräch am 24.1.1979 im Bundesministerium für Forschung und Technologie“. In: BArch, B 136/10904.

Lang, Klaus (1979): Schreiben an die gesellschaftlichen Gruppen im Gesprächskreis Kernenergie vom 25.5.1979. In: BArch, B, 136/10904.

Lang, Klaus (1979); Schreiben an Dr. Schmitz-Wetzel, Bundeskanzleramt, vom 19.3.1979. In: Bundeskanzleramt. In: BArch, B, 136/10904.

Lang, Klaus (BMFT) (1978): Tagesordnung für das Gespräch von Bundesminister Volker Hauff und dem Deutschen Bund für Lebensschutz am 20.6.1978 in Bonn, BMFT. In: BArch, B 196/34251.

Laufer, Stephen (1980): Eine bessere Welt – mit oder ohne Kernkraft? Kontroversen im Haus der Kirche. In: Der Abend, 28.01.1980. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 126-127.

Laufs, Paul (1980): Frage zur Absicht der Prüfungen der Voraussetzungen für eine WAA in Hessen. In: BT-Drucksache 08/17, S. 23.

Lehtonen, Markku; Kojo, Matti; Kari, Mika; Litmanen, Tapio (2021): Healthy mistrust or complacent confidence? Civic vigilance in the reporting by leading newspapers on nuclear waste disposal in Finland and France. In: Risks, Hazards, & Crisis in Public Policy 12 (2), S. 130–157.

Leinen, Josef (1975): Presseerklärung der Jungen Europäischen Föderalisten. Gespräch zwischen Minister Matthöfer und Bürgerinitiativen sowie Umweltschutzgruppen vereinbart; Hungerstreik

auf dem besetzten Bauplatz in Wyhl nach 18 Tagen abgebrochen, 19.07.1975, In: Hess. Staatsarchiv Darmstadt, Bestand Kurt Oeser, O70/35.

Levi, Hans Wolfgang (1981): Perspektiven der Energiepolitik. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 117-124.

Lieb, Felix (2022): Arbeit und Umwelt? Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969-1998. Dissertation. München: De Gruyter Oldenbourg (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 132).

Lieb, Matthias (2021): Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt seit 1970: Mainz – Wiesbaden – Freiburg im Breisgau: Franz Steiner Verlag.

Litz, Christian (2004): Der Arbeiterführer. In: brand eins (4), S. 76–79. Online verfügbar unter <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2004/der-apparat/der-arbeiterfuehrer>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Löbsack, Theo (1970): Wenn der Rhein dampft. Zu den geplanten Atommeilern darf nicht geschwiegen werden. In: Die Zeit, 24.04.1970 (17), S. 67.

Lorenz, Robert (2011): Protest der Physiker. Die „Göttinger Erklärung“ von 1957. Bielefeld, Germany: Transcript Verlag.

MacFarlane, Allison (2023): Keynote „Nuclear Waste Challenges for the Future“, SafeND-Tagung, Berlin, 13.09.2023. Online verfügbar unter [https://www.youtube.com/watch?v=ilvj-ACBCWw&list=PLTckj0lr\\_9ZK17VJcC\\_xkIN5XajswK3i](https://www.youtube.com/watch?v=ilvj-ACBCWw&list=PLTckj0lr_9ZK17VJcC_xkIN5XajswK3i) (1:07:28), zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Mahlke, Gottfried (2019): „Ein Lernprozess, den die Kirche im Wendland durchlaufen musste“. In: Dirk Drazewski (Hg.): „Mein lieber Herr Albrecht...!“. Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte: 34 Gespräche mit Zeitzeugen. Lüchow: Gorleben-Archiv e.V, S. 102–106.

Maillet, Antoine; Mayaux, Pierre-Louis (2018): Le „process tracing“ entre narration historique et raisonnement expérimental. In: Revue française de science politique 68 (6), S. 1061–1082.

Mannheimer Nachrichten (26.08.1976): Bürgeraktion Umweltschutz veranstaltet Kernenergie-Seminar. In: Generallandesarchiv Karlsruhe. Akte S Umweltschutz 772.

Matthöfer, Hans (1975): Antwort des Bundesministers Matthöfer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Lenzer. In: BT-Drucksache 07/203 vom 27.11.1975, Anlage 98.

Matthöfer, Hans (1975): Kernenergie und Öffentlichkeit. Rede vor der Reaktortagung in Nürnberg am 10. April 1975. Sonderdruck des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe 48, S. 455–458.

Matthöfer, Hans (1975): Minister Matthöfer: Minister Matthöfer: vertrauensvoller Dialog mit der Öffentlichkeit bei Planung von Kernkraftwerken erforderlich. In: BMFT-Mitteilungen, 3/75 vom 13.03.1975, S. 25–26.

Matthöfer, Hans (1975): Schreiben an den Bundeskanzler vom 18.02.1975. In: BArch, B136/27667.

Matthöfer, Hans (1976): Bürgerdialog Kernenergie. Ansprache zur Eröffnung des Bürgerdialogs Kernenergie am 31. Januar 1976 in Essen. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe, S. 167–169.

Matthöfer, Hans (1976): Bürgerdialog Kernenergie. In: Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.): Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 1/76, Bd. 1 (1976), S. 1–2.

Matthöfer, Hans (1976): Interviews und Gespräche zur Kernenergie. „Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt“. Karlsruhe: Müller (Recht, Justiz, Zeitgeschehen, 28).

Matthöfer, Hans (1976): Vorwort. In: Informationsbrief 1/96, S. 1-2.

Matthöfer, Hans (1977): Informations- und Diskussionsaktion der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Anlage zum Schreiben an den Chef des Bundeskanzleramtes vom 19.01.1977. In: BArch, B 136/10903.

Matthöfer, Hans (1977): Schreiben an Albrecht vom 13.07.1977'. In: NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92.

Matthöfer, Hans (1977): Thematik und Organisation der öffentlichen Energiediskussion. In: BArch, B 106/52569, S. 1-3.

Matthöfer, Hans (1977): Vorwort. In: Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1977): Öffentliche Diskussion Kernenergie und ihre Alternativen. Veranstaltungskalender des BMFT für '77. Bonn.

Matthöfer, Hans (1977): Vorwort. In: Energiediskussion 4/77, S. 1-2.

Matthöfer, Hans (1977): Vorwort. In: Hans Matthöfer (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3), S. XIII–XVI.

Matthöfer, Hans (1978): Antwort des Bundesministers Matthöfer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Dr. Hubrig (CDU/CSU) (Drucksache 8/1417, Fragen B 176 und 177). In: Drucksache 8/1417, Fragen B 176 und 177. Anlage 154.

Matthöfer, Hans (Hg.) (1976): Kernenergie. Eine Bürgerinformation. Eine Information des Bundesministers für Forschung und Technologie Hans Matthöfer. Deutschland. 2. Aufl. Bonn.

Matthöfer, Hans (Hg.) (1977): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3).

Matthöfer, Hans (Hg.) (1977): Schnelle Brüter, pro und contra. Protokoll d. Expertengesprächs vom 19.5.1977 im Bundesministerium für Forschung u. Technologie. Deutschland. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 1).

Matthöfer, Hans; Hauff, Volker (1974): Vorwort. In: BMFT (Hg.): Diskussion über das 4. Atomprogramm. Dokumentation über die Öffentliche Diskussion des 4. Atomprogramms der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973-1976. Bonn, S. iii-iv.

Mauthe, Friedrich (1980): Bericht Arbeitsgruppe 3: Endlagerung. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-10.

Mauthe, Friedrich (1980): Kurzreferat zum Arbeitsgruppenthema Endlagerung. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-8.

May, Hans (1980): Antrag auf eine Zuwendung zur Erstellung von Arbeitsmaterialien. In: LkAH, E46, Nr. 1395.

- May, Hans (1980): Antrag auf Zuwendung zu Veranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Diskussion über Nutzen und Risiken der Kernenergie. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-3.
- May, Hans; Striegnitz, Meinfried (1980): Informationen zur Tagung „Wissenschaft und Öffentlichkeit“: Einladung, Organisatorisches und Programm. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-2.
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1974): Der Bürger als Subjekt der Demokratie. In: Leonhard Reinisch (Hg.): Freiheit und Gleichheit oder Die Quadratur des Kreises. Köln: Heymanns (Mensch und Staat), S. 67-77.
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1976): Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. 5. Aufl. Reinbek.
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1977): Bürgerinitiativen und verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz. Ein Beitrag zur Rechtsproblematik der Bürgerinitiativen. In: Hans Matthöfer (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3), S. 207-219.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hg.): Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 601-613.
- McCarthy, John D.; Zald, Mayer N. (1973): The Trend of Social Movements in America. Professionalization and Resource Mobilization. Morristown, NJ: General Learning.
- McCarthy, John D.; Zald, Mayer N. (1977): Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. In: American Journal of Sociology 82 (6), S. 1212-1241.
- Meadows, Dennis L.; Meadows, Donella H.; Zahn, Erich; Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst (DVA informativ, 1).
- Memmert, Gerhard (1981): Plutonium als Energiequelle. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 49-64.
- Memmert, Gerhard (1982): Wachsende Kritik an der Studie über Sicherheit des Endlagers Gorleben. Bürgerdialog in Hitzacker - Neue Zweifel an der Eignung des Salzstockes. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 25.10.1982.
- Memmert, Gerhard (1983): PTB für Abteufen der Schächte. Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben als Endlager „weiterhin gegeben“. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 30.05.1983.
- Mencke-Glückert, Peter (1974): Bürgerinitiativen als politisches Problem. In: Liberal 16 (11), S. 808-818.
- Mende, Silke (2011): „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. Zugl. überarb. Fassung von: Tübingen, Univ., Diss., 2009/10. Oldenbourg, München.
- Metzger, Birgit (2015): »Erst stirbt der Wald, dann du!«. Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978-1986). Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Campus digitale Bibliothek).

Meyer, Jan-Henrik (2014): 'Where do we go from Wyhl?'. Transnational Anti-Nuclear Protest targeting European and International Organisations in the 1970s. In: *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 39 (1), S. 212–235.

Meyer, Jan-Henrik (2017): From Nature to Environment. International Organizations and Environmental Protection before Stockholm. In: Wolfram Kaiser und Jan-Henrik Meyer (Hg.): *International organizations and environmental protection in the Global Twentieth Century*. New York: Berghahn, S. 31–73.

Meyer, Jan-Henrik (2019): 'Atomkraft – Nej tak'. How Denmark did not Introduce Commercial Nuclear Power Plants. In: Astrid Mignon Kirchhof (Hg.): *Pathways into and out of Nuclear Power in Western Europe. Austria, Denmark, Federal Republic of Germany, Italy, and Sweden*. München: Deutsches Museum, S. 74–123.

Meyer, Jan-Henrik (2021): Kleine Geschichte der Atomkraft-Kontroverse in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* (21–23), S. 10-16.

Meyer, Jan-Henrik (2022): Indispensable, safe and sustainable? How the European Parliament debated nuclear energy megaprojects in the 1970s energy transition. In: *Journal of Mega Infrastructure & Sustainable Development* 2 (2), 187-205.

Meyer, Jan-Henrik (2022): To trust or not to trust? Structures, practices and discourses of transboundary trust around the Swedish nuclear power plant Barsebäck near Copenhagen. In: *Journal of Risk Research* 25 (5), S. 562–576.

Meyer, Jan-Henrik (2023): Atomenergie. Das Scheitern einer technischen Innovation? In Beata Lakeberg, Hans-Christian Pust (Hg.): *Atom. Strom. Protest. 50 Jahre Wyhl und anderswo*. Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, S. 20–29.

Meyer, Jan-Henrik (2023): Ein Fanal gegen „ökologisch unverantwortbar[e] Technik. Die Selbstverbrennung des Atomkraftgegners Hartmut Gründler 1977. In *Didactica historica* 9, S. 63–68.

Meyer-Renschhausen, Martin (1981): *Das Energieprogramm der Bundesregierung. Ursachen und Probleme staatl. Planung im Energiesektor d. BRD*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag (Campus-Forschung, 206).

Mez, Lutz (1981): Bundesrepublik Deutschland. Der unaufhaltsame Aufstieg zur Atommacht. In: Lutz Mez (Hg.): *Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung*. Mit einem Vorwort von Robert Jungk. 2. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (rororo Sachbuch, 7420), S. 29–53.

Mez, Lutz (1981): Gewerkschaftspositionen zur industriellen Wiederaufbereitung am Beispiel des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Confédération Française Démocratique du Travail. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): *Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft*. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 87-100.

Mez, Lutz; Richter, Manfred (1981): Vorwort. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): *Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft*. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 7-8.

Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.) (1981): *Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft*. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16).

- Milder, Stephen (2017): The „Example of Wyhl“. How Grassroots Protest in the Rhine Valley Shaped West Germany's Antinuclear Movement. In: Eckart Conze, Martin Klimke und Jeremy Varon (Hg.): Nuclear threats, nuclear fear, and the Cold War of the 1980s. Unter Mitarbeit von Eckart Conze, Martin Klimke und Jeremy Varon. New York: Cambridge University Press (Publications of the German Historical Institute), S. 168–185.
- Milder, Stephen (2020): Protest und Partizipation. Die Transformation der demokratischen Praxis in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1983. In: Detlef Schmiechen-Ackermann, Jenny Hagemann und Christian Hellwig (Hg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (Schriften zur Didaktik der Demokratie), S. 126–151.
- Möller, Detlev (2009): Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland. Administrativ-politische Entscheidungsprozesse zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit, zwischen nationaler und internationaler Lösung. (zugleich Dissertation Hamburg Universität der Bundeswehr 2007). Frankfurt am Main: Peter Lang (Studien zur Technik-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 15).
- Möller, Detlev (2010): Protokoll Nr. 7 der Sachverständigenanhörung am 17.06.2010 der 7. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Anlage. In: BT-Drucksache 17/13700.
- Möller, Detlev; Bunzmann, Christoph (2022): Die ungelöste Entsorgung. In: BASE (Hg.): Atomausstieg in Deutschland. Viele Aufgaben der nuklearen Sicherheit bleiben. Berlin, S. 30–45.
- Mombaur, Martin (1980): Sachbericht, Wochenendkurs 10. – 11.05.1980, ‚Zum Thema Zwischenlager‘. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.
- Müller, Harald (1981): Militärische Aspekte der Plutoniumproduktion. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 65-74.
- Müller, Klaus (1972): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Taschenkommentar für Studium und Praxis. Begründet von Hans Model. Köln: Carl Heymanns Verlag.
- Müller-Reißmann, K. Friedrich (1980): Bericht Arbeitsgruppe 5: Alternativen zur Kernenergie – Energiebedarf. In: LkAH, E46, Nr. 929, S. 1-14.
- Mutz, Mathias (2005): Die Volkshochschul' für unser Volksgewuhl. Zur Bedeutung der Volkshochschule Wyhler Wald für den Widerstand gegen Kernkraft Wyhl. In: Schauinsland (124), S. 203–220.
- National Research Council. 2008. Public Participation in Environmental Assessment and Decision Making. Washington, DC: The National Academies Press.
- Nehring, Holger (2012): „Atomzeitalter“. Die Debatten um Atomenergie in der Bundesrepublik Deutschland der fünfziger Jahre. In: Hendrik Ehrhardt und Thomas Kroll (Hg.): Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 223–244.
- Nehring, Holger (2013): Politics of Security. British and West German protest movements and the early cold war, 1945–1970. Oxford: Oxford University Press (Oxford historical monographs).
- Nehring, Holger (2021): 15. April 1960. Aufbruch zum ersten Ostermarsch. In: Martin Langebach (Hg.): Protest. Deutschland 1949-2020. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 158–163.

- Nehring, Holger (2022): Friedensbewegungen und Kriegserinnerungen: Deutschland im europäischen Kontext. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35 (4), S. 613–626.
- Nelkin, Dorothy (1971): *Nuclear power and its critics. The Cayuga Lake controversy*. Ithaca: Cornell University Press.
- Nelkin, Dorothy (1971): Scientists in an Environmental Controversy. In: *Science studies* 1 (3/4), S. 245–261.
- Nelkin, Dorothy (1977): *Technological decisions and democracy. European experiments in public participation*. Beverly Hills: Sage Publications.
- Nelkin, Dorothy; Pollak, Michael (1977): The Politics of Participation and the Nuclear Debate in Sweden, the Netherlands, and Austria. In: *Public Policy* 25 (3), S. 334–357.
- New York Times (1954): Abundant Power from Atom Seen. It will be too cheap for our children to meter, Strauss tells science writers. In: *New York Times*, 17.09.1954, S. 5.
- Niederelz, Peter (1980): Ergebnisprotokoll betreffend Bund-Länder Arbeitskreis Bürgerdialog Kernenergie und ihre Alternativen, Sitzung am 19.6.1980, vom 20.6.1980. In: BArch, B 145/16855.
- Niederelz, Peter (BMFT) (1981): Begleitschreiben vom 3.2.1981 zum Protokoll der Sitzung vom 20. Januar 1981 an die am Energiedialog beteiligten gesellschaftlichen Gruppen. In: BArch, B 136/10904.
- Niederelz, Peter H. (1980): Anschreiben vom 9. Mai 1980 zum Versand des Ergebnisprotokolls zum Gesprächskreis mit Bundesminister Volker Hauff am 28. Februar 1980. In: BArch, B 145/16855.
- Niederelz, Peter H. (1980): Ergebnisprotokoll zum Gesprächskreis mit Bundesminister Volker Hauff am 28. Februar 1980. In: BArch, B 145/16855.
- Niederelz, Peter H. (1980): Teilnehmerliste, Anlage zum Gesprächskreis am 28. Februar 1980. In: BArch, B 145/16855.
- Niederelz, Peter H. (1981): Ergebnisprotokoll zum Gesprächskreis Energiedialog am 20. Januar 1981. In: BArch, B 145/16855, S. 1-9.
- Niederelz, Peter H. (1981): Teilnehmerliste - Gespräch über den Energiedialog am 20.1.1981. In: BArch, B 145/16855.
- Niedersächsische Landesregierung (1977): Informationsblatt der Niedersächsischen Landesregierung über die Planung einer „Entsorgungsanlage“ in Gorleben. In: NLA Hannover Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92, Blatt 19.
- Niedersächsische Staatskanzlei (1978), Aktenvermerk „Änderung des Atomgesetzes“ über ein hausinternes Treffen am 26. Juli 1978. Anlage zu einem Schreiben an Staatssekretär Dr. Naß vom 28. Juli 1978. In: NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 79, Blatt 31 - 33.
- Niedersächsisches Sozialministerium (1979): Betr.: Öffentlichkeitsarbeit. Einladung der Bundesregierung zu einem wissenschaftlichen Streitgespräch vom 31. August bis 2. September 1979 in Lüchow. Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 15.08.1979. In: NLA Hannover Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92, Blatt 191-192.
- Nierth, Bernhard (1981): Helmut Schmidts Benehmen: oberlehrerhaft und arrogant. Leserbrief in: *Elbe-Jeetzell-Zeitung* (11.04.1981).

- Noack, Hans-Joachim (1971): Ein Atommeiler kommt ins Dorf. Von Umweltverschmutzung wollen sie nichts hören. In: Die Zeit (41, 8.10.1971), S. 61-62.
- Nössler, Bernd; de Witt, Margret (Hg.) (1976): Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten. Freiburg i. Br: Inform-Verlag.
- o. V. (1980): Übersicht über die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der öffentlichen Diskussion Kernenergie 1978. In: BArch, B 145/16855. Eigene Darstellung.
- o.V. (1978): Mensch - Umwelt - Energie. Ausstellung und Vorträge im Haus des Gastes — Bürger wollen Information. In: Elbe-Jeetzelt-Zeitung, 05.02.1978.
- o.V. (1978): „Gibt es eigentlich etwas, wozu der BBU keine Stellung nimmt?“, Kommentar unter dem Brief von Dr. Wolfgang Sternstein zur nuklearen Sicherheitsforschung an Minister Hauff vom 18.08.1978. In: BArch, B 196/34251.
- o.V. (1979): Bund lädt zum Streitgespräch. 16 Wissenschaftler sollen in Lüchow über Gorleben diskutieren. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14.08.1979.
- o.V. (1979): Bürgerdialog Gorleben. Wilhelm Kulke neuer Leiter der Informationsstelle des Bundes in Lüchow. In: Elbe-Jeetzelt-Zeitung, 23.06.1979.
- o.V. (1980): „Wurden die Bundesbürger über Störfälle belogen? - BBU kontra GRS“. In: Energiediskussion Ausgabe 3/80, S. 25-30.
- o.V. (1980): Akzeptanzforschung untersucht Verhaltensweisen. In: VDI-Nachrichten Nr. 15, 11.4.80. In: LkAH, E46, Nr. 1395.
- o.V. (1980): BBU ist enttäuscht. In: Energiediskussion 3/1980, S. 38.
- o.V. (1980): BI: Neuer Vorstoß in Bonn. Brief an Bundesforschungsminister v. Bülow — Sicherheitsbericht mit Mängeln. In: Elbe-Jeetzelt-Zeitung, 09.12.1980.
- o.V. (1980): Bürgerdialog im Landkreis. Verarschung statt Information. In: Die Tageszeitung, 13.05.1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.
- o.V. (1980): Energiediskussion in Schulen mit Informationen auffüllen: Schülerredakteure diskutierten mit Experten. In: Energiediskussion 3/1980, S. 31-32.
- o.V. (1980): Enttäuschte Seminarteilnehmer. In: Elbe-Jeetzelt-Zeitung, 12.05.1980.
- o.V. (1980): Notiz zum Problem der Glaubwürdigkeit des „Bürgerdialog Kernenergie“ nach Diskussionsbeiträgen auf der Tagung „Wissenschaft und Öffentlichkeit“. In: LkAH, E46, Nr. 1395.
- o.V. (1980): Tagungsbeurteilung. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-5.
- o.V. (1981): Arbeitsgruppe „Sicherheit“. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 135-178.
- o.V. (1981): Arbeitsgruppe „Zum Verhältnis von Bürgerinitiativen und Gewerkschaftsbewegung“. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 179-197.

o.V. (1981): Heinz Herbert Karry. deutscher Politiker (Hessen); Wirtschaftsminister 1970-1981; FDP (1981). In: Internationales Biographisches Archiv (38, 7. September 1981). Online verfügbar unter <http://www.munzinger.de/document/00000012822>, zuletzt geprüft am 14.08.2023.

o.V. (1981): Kaum Geld für Bürger-Dialog. BI kritisiert starre Verhandlungsführung des Ministeriums. In: Elbe-Jeetzal-Zeitung, 15.05.1981.

o.V. (1981): Warum nur einen Salzstock? Landesregierung für mögliche Verzögerungen der nuklearen Entsorgung verantwortlich. In: Elbe-Jeetzal-Zeitung, 18.05.1981.

o.V. (1983): „Parteinahme für Betreiber“. Kommunalpolitiker beschwerten sich bei Albrecht über Infostelle. In: Elbe-Jeetzal-Zeitung, 21.10.1983.

o.V. (1983): Computerprogramm für Endlager. Bundesminister Riesenhuber über Forschungsarbeit zur nuklearen Entsorgung. In: Elbe-Jeetzal-Zeitung, 12.04.1983.

o.V. (1983): Verstärkung. In: Elbe-Jeetzal-Zeitung, 18.11.1983.

o.V. (1983): WAA nicht unter Zeitdruck. Landesregierung verstärkt Öffentlichkeitsarbeit. In: Elbe-Jeetzal-Zeitung, 28.06.1983.

o.V. (2012): 21.7. 2012: Erinnerung an 1982: Proteste gegen Atommüll-Anlage in Frankenberg. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 21.07. 2012. Online verfügbar unter <https://www.hna.de/lokales/frankenberg/erinnerung-1982-proteste-gegen-atommuell-anlage-frankenberg-2426726.html>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Oertel, Britta; Degel, Melanie; Kahlisch, Carolin; Ludwig, Katrin; Wilhelm-Rechmann, Angelika (2020): Evaluierung der Botschaften und Texte des BfS aus dem Bereich Stromnetzausbau. FKZ: 3618582454. Unter Mitarbeit von Diego Dametto. Bundesamt für Strahlenschutz (Ressortforschungsberichte zum Strahlenschutz).

Oertel, Britta; Kahlisch, Carolin; Albrecht, Steffen (2018): Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit. Angebote des Deutschen Bundestages zwischen Experiment und formeller Beteiligung. Baden-Baden: Nomos (Edition Sigma, Band 45).

Oertzen, Peter von (1976): Orientierungsrahmen '85: Text und Diskussion. Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft (Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie).

Oeser, Kurt (1978): Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Deutschland zum „Bürgerdialog Kernenergie“. In: BArch, B 145/16855, S. 1-2.

Offe, Claus (1974): Editorial: „Lebensqualität“. Eine neue Friedensformel sozialdemokratischer Innenpolitik? In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Berlin 2 (1), S. 1-6.

Offe, Klaus (1970): Zukunftserwartungen und Strukturpolitik. In: Helga Boss-Stenner und Gernot Gather (Hg.): Partizipation. Aspekte Politischer Kultur. Unter Mitarbeit von Ulrich von Pufendorf und K. Friedrich Schade. Frankfurt a. M.: Westdeutscher Verlag GmbH Opladen, S. 79-91.

Offerhaus, Anke (2008): Transparenz und massenmediale Öffentlichkeit als Voraussetzung demokratischer Legitimation: Informationsquellen und ihre Zugänglichkeit aus der Sicht von EU-Korrespondenten. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt, New York: Campus Verlag (Verhandlungen des Deutschen Soziologentages, 33), S. 4052-4065.

Öko-Institut (1979): Schreiben an Ministerialdirigent Knollmann, niedersächsisches Sozialministerium, vom 22.08.1979. In: Pressestelle der niedersächsischen Landesregierung: Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben. NLA HA, Nds. 800 Acc. 2017/74 Nr.126/1, Band 1, Teil 1. 1976 – 1983. Blatt 75-76.

Ökologiegruppe Frankfurt (1977): Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner. Ein Leitfaden für den Widerstand. München: Trikont.

Ollig/ Aretz (BMFT) (1983): Informationskonzept zur nuklearen Entsorgung des BMFT vom 29.04.1983. In: BArch, B 196/107327.

Ortsbeirat Lichtenfels (1982): Niederschrift 17.1.1982, 5. öffentliche Sitzung Ortsbeirat Lichtenfels.-Neukirchen. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM, 330 Lichtenfels, I 49.

p.s. (1982): Protest gegen „Bespitzelung“. Polizei bestätigt Tonbandaufnahmen bei Kernenergie-Diskussion / „Bänder werden gelöscht“. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 28.09.1982.

Paasche, Wilhelm (1977): Die Kernenergie und die Negativpropaganda. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung (08.06.1977).

Peters, Hans Peter (1991): Risiko-Kommunikation. Kernenergie. In: Helmut Jungermann, Bernd Rohrman und Peter M. Wiedemann (Hg.): Risikokontroversen. Konzepte, Konflikte, Kommunikation. Berlin: Springer, S. 63–159.

Pfeiffer, Alois (1978): Stellungnahme Des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Informations- und Diskussionsaktion über I Nutzen und Risiken, Notwendigkeit und Sicherheit der Kernenergie vom 20.12.1978. In: BArch, B 145/16855.

Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) (1980): Betr.: Anträge auf Erteilung einer Genehmigung zur Aufbewahrung von bestrahlten Brennelementen in einem Brennelement-Zwischenlager bei Gorleben. Brief an Marianne Fritzen vom 22. Oktober 1980. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 796.

Poggendorf, Klaus (1979): Schreiben an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 7. November 1979. In: BASE-Akten, Ordner Nr. 794.

Pohl, Natalie (2019): Atomprotest am Oberrhein. Die Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken in Baden und im Elsass (1970–1985). Dissertation, Universität des Saarlandes, 2017 (Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Historikerkomitees).

Presas I Puig, Albert; Meyer, Jan-Henrik (2021): One Movement or Many? The Diversity of Anti-Nuclear Movements in Europe. In: Arne Kaijser, Markku Lehtonen, Jan-Henrik Meyer und Mar Rubio-Varas (Hg.): Engaging the Atom. The history of nuclear energy and society in Europe from the 1950s to the present. Morgantown: West Virginia University Press, S. 83–111.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1977): Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1977. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe (112), S. 1021–1024.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1977): Jahresbericht der Bundesregierung 1976. Bonn.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1978): Jahresbericht Bundesregierung 1977. Bonn.

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1979): Jahresbericht der Bundesregierung 1978. Bonn: Deutscher Bundes-Verlag.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1980): Jahresbericht Bundesregierung 1979. Bonn: Deutscher Bundesverlag.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1981): Jahresbericht Bundesregierung 1980. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1982): Jahresbericht der Bundesregierung 1981. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1983): Jahresbericht Bundesregierung 1982. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1984): Jahresbericht der Bundesregierung 1983. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1985): Jahresbericht der Bundesregierung 1984. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (o. J.): Bonner Almanach 1980/81. Politik zum Nachschlagen. Bonn (Bürger-Informationen).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Bundesverfassungsgericht (Hg.) (1978): Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern. Dokumentation des Verfahrens und Materialien. Heidelberg, Karlsruhe: C. F. Müller.
- Probst, Albert (1988): Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst vom 10. Februar 1988. In: BT-Drucksache 11/1818.
- Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen/PWK (1977): Deutschland braucht Kernenergie, Essen 1977, Gorleben Archiv.
- Prose, Rüdiger (1975): Kampf um die Kernenergie. Teil 1, In: NDR Fernsehen (Hrsg.): Auf der Suche nach der Welt von morgen, F: 47, 13.10.1975, NDR Archivnummer: 1030996.
- Prose, Rüdiger (1975): Kampf um die Kernenergie. Teil 2, In: NDR Fernsehen (Hrsg.): Auf der Suche nach der Welt von morgen, F: 48, 10.11.1975, NDR Archivnummer: 1031066.
- Pufendorf, Ulrich von (1970): Einführung zum Thema: Partizipation. In: Helga Boss-Stenner und Gernot Gather (Hg.): Partizipation. Aspekte Politischer Kultur. Unter Mitarbeit von Ulrich von Pufendorf und K. Friedrich Schade. Frankfurt a. M.: Westdeutscher Verlag GmbH Opladen, S. 5–14.
- Radkau, Joachim (1977): Atompolitik ohne Alternative. Auf der Suche nach Diskussionsebenen der Kernenergie. Literaturbericht. In: Neue politische Literatur 22 (4), S. 309–345. Online verfügbar unter <https://www.pollux-fid.de/r/kxp-1638742553>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.
- Radkau, Joachim (1980): Historische Zugänge zur Kernenergie-Problematik: Streiflichter durch die Literatur. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 31 (8), S. 486–502.
- Radkau, Joachim (1983): Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (rororo Sachbuch, 7756).

- Radkau, Joachim (1986): Die Kernkraft-Kontroverse im Spiegel der Literatur. Phasen und Dimensionen einer neuen Aufklärung. In: Armin Hermann und Rolf Schumacher (Hg.): Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation. München: Moos & Partner, S. 307–334.
- Radkau, Joachim (1998): Das RWE zwischen Braunkohle und Atomeuphorie 1945-1968. In: Dieter Schweer und Wolf Thieme (Hg.): RWE 1898-1998. Der gläserne Riese - Ein Konzern wird transparent, S. 173–220.
- Radkau, Joachim (2006): Der atomare Ursprung der Forschungspolitik des Bundes. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): Das Wissensministerium: ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland. Weilerswist: Velbrück, S. 33–63.
- Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. München: Verlag C.H. Beck.
- Radkau, Joachim (2011): Eine kurze Geschichte der Antiatomkraftbewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61 (46-47), S. 7–15.
- Rammstedt, Otthein (1970): Partizipation und Demokratie. In: Zeitschrift für Politik (4), S. 343-357.
- Rammstedt, Otthein (1977): Einleitung. In: Hans Matthöfer (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3), S. 1–15.
- Rammstedt, Otthein (1978): Grenzen der Gewalt. In: Kurt Röttgers und Hans Saner (Hg.): Gewalt. Grundlagenprobleme in der Diskussion der Gewaltphänomene. Basel: Schwabe (Philosophie aktuell, 7), S. 71–81.
- Rammstedt, Otthein (1981): Referat. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 117-134.
- Redaktion Energiediskussion (1977): „Argumente in der Energiediskussion“. Neue Schriftenreihe, Herausgeber: Hans Matthöfer. In: Energiediskussion 4/77, S. 23-24.
- Redaktion Energiediskussion (1980): Liebe Leserinnen und Leser von ENERGIEDISKUSSION. In: Energiediskussion 1/2/1980, S. 2.
- Redaktion Energiediskussion (1980): Was uns auffiel. In: Energiediskussion 3/1980, S. 3.
- Redaktion Energiediskussion (1981): Beilage zu Energiediskussion 5/6/1981. In: Energiediskussion 5/6/1981.
- Reed, Bruce Cameron (2020): Manhattan Project. The Story of the Century. Cham: Springer International Publishing (Springer eBook Collection).
- Renn, Ortwin (1977): Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung. Analyse von Einstellung und Motiven. Dezember 1977. Interner Bericht. KFA·AKI·IB-1/77. Als Manuskript gedruckt. Jülich: Kernforschungsanlage Jülich. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.18419/opus-8478>.
- Renn, Ortwin (1984): Risikowahrnehmung der Kernenergie. Campus: Frankfurt am Main.
- Renn, Ortwin; Schweizer, Pia Johanna (2009): Inclusive risk governance: concepts and application to environmental policy making. In Environmental Policy and Governance 19 (3), S. 174–185.

- Renn, Ortwin; Schweizer, Pia Johanna (2020): Inclusive Risk Governance: Concepts and Application to Environmental Policy Making. In Ortwin Renn, Frank-Jörg Ulmer, Anna Deckert (Hg.): The role of public participation in energy transitions. London: Academic Press, S. 39-79.
- Republik Freies Wendland (1980): Bekanntmachung vom 3. Mai 1980. In: Zint, Günter (Hg.): Republik Freies Wendland, Frankfurt 1980.
- Richter, Manfred (1981): Begrüßung der Teilnehmer. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 9-12.
- Riegert, Botho (1981): Referat. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 77-104.
- Ritchie, Donald A. (2014): Doing Oral History. A Practical Guide. Oxford: Oxford University Press.
- Ritter, Wolfgang (1981): Brief an Wilhelm Kulke, Gemeinsame Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung Bund-Land vom 21. April 198. Gorleben Archiv, Personenbestand Jörg Janning.
- Röhrlich, Elisabeth (2022): Inspectors for peace. A history of the International Atomic Energy Agency. Baltimore: Johns Hopkins University Press (Johns Hopkins nuclear history and contemporary affairs).
- Romberg, Dennis (2020): Atomgeschäfte. Die Nuklearexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1970-1979. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag.
- Römmig, Wolf (1978): Probebohrungen und Baubeginn. Leserbrief in: Elbe-Jeetzel-Zeitung (11.03.1978).
- Roose, Jochen (2010): Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung. In: Peter H. Feindt und Thomas Saretzki (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-103.
- Rose, Klaus (1978): Welche Schritte im Rahmen der Durchsetzung ihres Energieprogramms unternimmt die Bundesregierung, um an den geplanten Standorten für Kernkraftwerke die rechtzeitige Aufklärung der Bevölkerung nicht bloß Gegnern oder Radikalen bzw. den in diesen Fällen überforderten Kommunen zu überlassen? In: BT-Drucksache 08/4442.
- Rost (1975): Vermerk zur Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken vom 6. Februar 1975. In: BArch, B B 136/27667.
- Röthlein, Brigitte (1979): Kernenergie, ein Thema der öffentlichen Meinung. Beschreibung und Analyse eines Kommunikationsprozesses. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität München.
- Rucht, Dieter (1980): Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München: Verlag C.H. Beck (Beck'sche schwarze Reihe, 222).
- Rucht, Dieter (1988): Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten: zur Institutionalisierung des Widerspruchs in Politik und Recht. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 9 (2), S. 290-305.
- Rucht, Dieter (2010): Politische Öffentlichkeit - Alles in Ordnung? In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (3), S. 8-17.

- Rucht, Dieter (2017): Studying Social Movements: Some Conceptual Challenges. In Stefan Berger, Holger Nehring (Hg.): The history of social movements in global perspective. A survey. London: Palgrave Macmillan (Palgrave studies in the history of social movements), S. 39–62.
- Rucht, Dieter (2020): Der Lohn des langen Atems. Anmerkungen zur Geschichte der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland. In: Detlef Schmiechen-Ackermann, Jenny Hagemann und Christian Hellwig (Hg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (Schriften zur Didaktik der Demokratie), S. 110–125.
- Rucht, Dieter (2021): Neue Soziale Bewegungen. In: Uwe Andersen, Jörg Bogumil, Stefan Marschall und Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS (Springer Reference), S. 652–656.
- Rucht, Dieter (2022): „Der Lohn des langen Atems“. Interview mit dem Bewegungsforscher Dieter Rucht. In: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, ausgestrahlt und Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Hg.): Atomkraft – nein danke! 50 Jahre Anti-AKW-Bewegung: eine Geschichte erfolgreichen Widerstands. Rastede: ökobuch, S. 230–234.
- Rüdiger, Wolfgang (1974): Handel und Wandel. Atomkraftwerke - Eine Bestandsaufnahme, In: Westdeutscher Rundfunk (Hrsg.): Hierzulande – Heutzutage, 04.12.1974, WDR Archivnummer: 60-5895.
- Rudloff, Werner (1982): Öffentlichkeitsarbeit in der Investitionsgüterindustrie am Beispiel der Kraftwerk Union AG. In: Günther Haedrich, Günter Barthenheier und Horst Kleinert (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Ein Handbuch. Berlin: De Gruyter, S. 288–297.
- Rusinek, Bernd A. (1993): „Kernenergie, Schöner Götterfunken!“. Die „Umgekehrte Demontage“. Zur Kontextgeschichte der Atomeuphorie. In: Kultur & Technik (4), S. 15–21.
- Rusinek, Bernd-A. (1996): Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980. Frankfurt (Main), New York: Campus Verlag (Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen, Bd. 11).
- Rusinek, Bernd-A. (2003): Wyhl. In: Etienne Francois und Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Band II. München: Beck, S. 652–666.
- Rußmann, Uta (2010): Verständigungsorientierte Kommunikationsprozesse in der öffentlichen politischen Diskussion. Das VÖA-Modell in der Wahlkampfkommunikation. In: Walter Hömberg (Hg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie - Empirie - Praxis; Festschrift für Roland Burkart. Unter Mitarbeit von Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171–182.
- rz (1978): Um atomrechtliche Verfahren. Die „Kommission Gorleben“ tagte — Kontaktstelle in Lüchow geplant. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 17.03.1978.
- Salm, Christian (2016): Transnational Socialist Networks in the 1970s. European Community Development Aid and Southern Enlargement. London: Palgrave Macmillan UK (Palgrave Studies in the History of Social Movements Ser).
- Sarasin, Philipp (2021): 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Sarcinelli, Ulrich (1998): Demokratietheoretische Bezugsgrößen. Legitimität. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen

- Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 253–267.
- Scharioth, Joachim (1977): Nuklearkontroverse aus gesellschaftlicher und psychologischer Sicht. In: atw (Atomwirtschaft, Atomtechnik) (Juni), S. 338–343.
- Scharpf, Fritz W. (1973): Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Theorie).
- Scherer, Klaus-Jürgen (1984): Politische Kultur und neue soziale Bewegungen. In: Gert-Joachim Glaeßner, Jürgen Holz und Thomas Schlüter (Hg.): Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz. Opladen: Leske und Budrich, S. 71–91.
- Schiller, Theo (1970): Parteien und Bürgerinitiative. In: Helga Boss-Stenner und Gernot Gather (Hg.): Partizipation. Aspekte Politischer Kultur. Unter Mitarbeit von Ulrich von Pufendorf und K. Friedrich Schade. Frankfurt a. M.: Westdeutscher Verlag GmbH Opladen, S. 114–121.
- Schirmer-Vowinckel, Ilse (1995): Helga Vowinckel (1930-1986). David gegen Goliath. In: Von Frau zu Frau. Neuwied: Kehrein, S. 93–104.
- Schluchter, Wolfgang (1977): Bürgerdialog und Partizipation. Zur Untersuchung des Battelle-Instituts in Frankfurt. In: Freimut Duve (Hg.): Atomenergie / Brokdorf / Unterelbe: rororo (Technologie und Politik, 7), S. 84–98.
- Schluchter, Wolfgang (1977): Polizei und Wissenschaft, vereint gegen Bürgerinitiativen. In: Psychologie Heute 4 (7), S. 13–19.
- Schmid, Martin (1982): Wiederaufarbeitung, In: Hessischer Rundfunk (Hrsg.): Hessenschau, 16.11.1982, HR Archivnummer: 19378.
- Schmidt, Helmut (1976): Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 1976. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe (135), S. 1285-1308.
- Schmidt, Helmut (1977): Brief an Albrecht vom 28.01.1977. In: BArch, B 136/10135 (2), Blatt 425-426.
- Schmidt, Helmut (1977): Brief an Ernst Albrecht vom 28.01.1977. BArch, B 136/10135 (2), Blatt 425.
- Schmidt, Josef (1970): Atomare Schlacht um Würgassen. Europas größtes Kernkraftwerk erhitzt die Gemüter. Erwärmung der Weser und radioaktive Gefährdung der Umwelt befürchtet. Hundert Mann im Abwehrkampf. In: Süddeutsche Zeitung, 20.11.1970 (278), S. 3.
- Schmidt, Thilo (1980): Zwischenlager-Information. Leserbrief in: Elbe-Jeetzel-Zeitung (17.05.1980).
- Schmidt-Kuester, Wolf-J.; Popp, Manfred (1977): Kernenergiediskussion im Wandel. Die nukleare Kontroverse hat sich verlagert. In: atw (Atomwirtschaft, Atomtechnik) 22 (Januar), S. 24–26.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef; Hagemann, Jenny; Hellwig, Christian (Hg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (Schriften zur Didaktik der Demokratie).
- Schoepffer [Referent im niedersächsischen Sozialministerium] (1979): Vermerk vom 26.01.1979 zu „Atomrechtlichen Verfahrensfragen; hier: Herausgabe des Sicherheitsberichtes“,

Niedersächsisches Umweltministerium: Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ): In: NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 138/1.

Schramm, Luise (2013): Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung. Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976–1981. Dissertation, Universität Leipzig, 2013 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B, 70).

Schreiber, Jochen (1981): Protest gegen Plutoniumfabrik wächst. Zahlreiche Aktivitäten in Merenberg und Frankenberg / Auch DWK informiert. In: Frankfurter Rundschau, 09.12.1981.

Schreiber; Höfling (1983): Schreiben des DFVLR vom 08.08.1963. In: BArch, B 196/107327.

Schuchardt, Helga (1979): Kernenergie - Basis unserer Energiepolitik? In: Hessischer Rundfunk (Hrsg.): Strukturen, 23.11.1979, HR Archivnummer: 62119.

Schumacher, Hans Günter (1977): Legitimation und Partizipation von Bürgerinitiativen Umweltschutz in der Energiediskussion — Möglichkeiten und Grenzen. In: Hans Matthöfer (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3), S. 220–242.

Schumacher, Hans Günter (1978): Für eine neue Energie- und Forschungspolitik. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zum Ministerwechsel im BMFT. In: Energiediskussion 2/78, S. 25–27.

Schuppert, Gunnar Folke (1977): Bürgerinitiativen als Bürgerbeteiligung an staatlichen Entscheidungen. Verfassungstheoretische Aspekte politischer Beteiligung. In: Archiv des öffentlichen Rechts 102 (3), Artikel 3, S. 369–409.

Schüring, Michael (2013): Advertising the Nuclear Venture: the Rhetorical and Visual Public Relation Strategies of the German Nuclear Industry in the 1970s and 1980s. In: History and Technology 29 (4), S. 369–398.

Schüring, Michael (2015): »Bekennen gegen den Atomstaat«. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970–1990. 1. Aufl. s.l.: Wallstein Verlag (Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte - Neue Folge, 31).

Schürmann, Frank (1992): Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Strukturen, Medien, Auftrag und Grenzen eines informalen Instruments der Staatsleitung. Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1991. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum öffentlichen Recht, 611).

Schwerin, Alexander von (2022): Gegenwissen. Die Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik und die Grundlagen ihrer Wirkung. In: NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 30 (4), S. 529–540.

Seefried, Elke (2014): Ohne Atomkraft leben? Carl Friedrich von Weizsäcker als Experte in der Kernenergie-debatte der 1970er Jahre. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik - Philosophie - Friedensforschung. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 389–412.

Seefried, Elke (2022): Einleitung. In: Elke Seefried (Hg.): Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert. Parteien, Bewegungen, Umbrüche. Frankfurt (Main): Campus Verlag, S. 7–39.

- Seefried, Elke (2022): Zukunft in der Transformation. Sozialdemokratie seit 1959. In: Elke Seefried (Hg.): Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert. Parteien, Bewegungen, Umbrüche. Frankfurt (Main): Campus Verlag, S. 267-300.
- Siebertz/BMI (1982): Vermerk vom 24.06.1982 über Besprechung am 16. Juni 1982. In: BArch, B 295/1505:40232ff, Fol. 40232. Akte kassiert.
- Siebker, Manfred (1981): Der angebliche Sachzwang zur Plutoniumgesellschaft und die gesellschaftspolitischen Alternativen. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 101-116.
- Siefarth, Günther (1976): Studiogespräch, In: Westdeutscher Rundfunk (Hrsg.): Neues Wissen, 10.07.1976, WDR Archivnummer: 101134.
- Siegler, Bernd (1988): Siemens – die Prinzessin auf der Erbse. In: taz. die tageszeitung, 15.02.1988 (2433), S. 5.
- Simis, Molly J.; Madden, Haley; Cacciatore, Michael A.; Yeo, Sara K. (2016): The lure of rationality: Why does the deficit model persist in science communication? In: Public Understanding of Science 25 (4), S. 400–414.
- Smeddinck, Ulrich; Semper, Franziska (2016): Zur Kritik am Standortauswahlgesetz. Eine rechtswissenschaftliche Sicht auf gesellschaftspolitische Debatten. In Achim Brunnengräber (Hg.): Problemfalle Endlager. Gesellschaftliche Herausforderungen im Umgang mit Atommüll. Baden-Baden: Nomos (Edition Sigma), S. 235–259.
- Sommer, Barbara W.; Quinlan, Mary Kay (2018): The oral history manual. Third edition. Lanham, Boulder, New York, London: Rowman & Littlefield (American Association for State and Local History book series).
- SPD (1959): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg vom 13.-15. 11. 1959. Köln: SPD.
- SPD (1977): Der Hamburger Beschluß der SPD zur Energiepolitik Antrag 699 des Parteivorstandes zur Energiepolitik. (in der von der Antragskommission abgeänderten und von den Delegierten mehrheitlich angenommenen Fassung [Hamburg, November 1977]). In: Forum Europa. Zeitschrift für transnationale Politik (7/8), S. 76.
- SPD (Hg.) (1975): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11.bis 15. November Rosengarten Mannheim: Protokoll der Verhandlungen, Anlagen. Mannheim: Südwestdeutsche Verl.-Anstalt.
- SPD Lüchow-Dannenberg (1982): Andreas v. Bülow Bundesminister für Forschung und Technologie beantwortet Fragen und diskutiert im Bürgerdialog. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 25.02.1982.
- Sprickmann Kerkerinck, Detlef (1978): Stellungnahme der ZDF Chefredaktion Gesellschaftspolitik zur öffentlichen Kernenergie/Energiediskussion vom 15.12.1978. In: BArch, B 145/16855.
- Stadt Frankenberg (1981): Niederschrift über ein am 17. Dezember 1981 im Sitzungszimmer des Stadthauses stattgefundenes Informationsgespräch mit der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen über die Standortvorauswahl für eine Wiederaufbereitungsanlage. In: Stadtarchiv Frankenberg, StadtA FKB Bestand A1 Nr. 1591.

- Stadt Frankenberg (1981): Protokoll eines Gesprächs vom 3. Dezember 1981 im hessischen Landtag zur Standortvorauswahl für eine Wiederaufarbeitungsanlage. In: Stadtarchiv Frankenberg, StadtA FKB Bestand A1 Nr. 1591.
- Stadt Frankenberg (1982): Brief vom 5. Mai 1982 Bürgermeister Sepp Waller aus Frankenberg an Ministerpräsident Holger Börner zur Haltung zur WAA in Frankenberg. In: Stadtarchiv Frankenberg, StadtA FKB, A1, 1589
- Stadtverordnetenversammlung Stadt Battenberg (1982): Resolution vom 22. 4.1982 der Stadtverordnetenversammlung Stadt Battenberg zu WAA. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg HStAM, 330 Battenberg, A 452.
- Stahl, Erwin (1982): Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stahl vom 19. Mai auf die Frage des Abgeordneten Gerstein. In: BT-Drucksache 09/1667, S. 26-27.
- Stark, Birgit; Magin, Melanie; Jürgens, Pascal (2018): Politische Meinungsbildung im Netz: Die Rolle der Informationsintermediäre. In: UFITA 82 (1), S. 103-130.
- Stavenhagen, Lutz (ohne Datum): Förderung über die Nutzung der Kernenergie. In: PA-DBT 3106 8. Wahlperiode Protokoll Nr. 85.
- Steinbrück (1981): Betr.: BK-Besuch im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Vorlage für den Chef des Bundeskanzleramtes (BK) und den Bundeskanzler vom 18. März 1981. In: BArch B 136/33273.
- Steinke, Alwin (1975): Schreiben zur Öffentlichkeitskampagne an Bundes- und Länderministerien vom 26.5.1975. In: BArch, B 136/10901, Fol. 300.
- Steinke, Alwin (1975): Zwischenbericht des Bundesministers für Forschung und Technologie über Informationskampagne Kernenergie für den Bundeskanzler vom 7. Juli 1975). In: BArch, B 136/10901, Fol. 328-330.
- Stephan, Dieter.; Münchow, Karl-Heinz (1976): Kernenergie-Informationsschau in Essen / Verhandlungen zum Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl, In: NDR Fernsehen: Tagesschau, F: 7248, ARD, 31.01.1976, NDR Archivnummer: 72481.
- Sternstein, Wolfgang (1977): Das Beispiel Wyhl. In: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 16 (3 (27 Bürgerinitiativen)), S. 74-82.
- Sternstein, Wolfgang (1978): Brief des BBU an Bundesminister Volker Hauff vom 18.8.1978. In: BArch, B 196/34251, S. 1-2.
- Sternstein, Wolfgang (1982): Fallbeispiel X: Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiativen. In: Günther Haedrich, Günter Barthenheier und Horst Kleinert (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Ein Handbuch. Berlin: De Gruyter, S. 327-340.
- Stoll, Wolfgang (1981): Meinungen und Tatsachen über Plutonium. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 13-48.
- Stolpe, Harro (1983): Erklärung. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), 127-128.

- Striegnitz, Meinfried (1979): Brief an Dr. Helga Nowotny vom 28.11.1979. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-2.
- Striegnitz, Meinfried (1979): Brief an Prof. Dr. Herbert Paschen vom 3. Dezember 1979. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-2.
- Striegnitz, Meinfried (1979): Brief an Professor Jörn Bleck-Neuhaus vom 29.11.1979. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-2.
- Striegnitz, Meinfried (1980): Bericht über den Ablauf der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum. In: LkAH, E46, Nr.1395, S. 1-4
- Striegnitz, Meinfried (1980): Blanko-Einladungsschreiben zur Tagung Wissenschaft und Öffentlichkeit vom 11. Februar 1980, Rehburg-Loccum. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-2.
- Striegnitz, Meinfried (1980): Brief an Dr. Helga Nowotny vom 22.01.1980. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-3.
- Striegnitz, Meinfried (1980): Brief an Dr. Sobottka von der Kraftwerk Union AG vom 11. Januar 1980. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-3.
- Striegnitz, Meinfried (1980): Brief an Dr. von Osten / BMFT vom 21.01.1980. In: BArch, B196/52926, S. 1-2.
- Striegnitz, Meinfried (1980): Brief an Gotthard Bechmann und Günter Frederichs vom Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH vom 14. März 1980. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-3.
- Striegnitz, Meinfried (1980): Brief an Hannes Edelhäuser (BMI) vom 12. Februar 1980. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-2.
- Striegnitz, Meinfried (1981): Brief an den Bundesminister des Innern, z.H. Herrn Eiter vom 15. Juli 1981 mit dem Betreff „Tagungsbericht ‚Wissenschaft und Öffentlichkeit‘ vom 7. bis 9.3.1980“. In: LkAH, E46, Nr. 1395.
- Striegnitz, Meinfried (o.D.): Handschriftliche Notiz zu Gespräch mit Herrn Halbritter. In: LkAH, E46, Nr. 1395.
- Surrey, John; Huggett, Charlotte (1976): Opposition to nuclear power: A review of international experience. In: *Energy Policy* 4 (4), S. 286–307.
- Tallert, Harry (1980): Protest als Programm. Aspekte der Öko-Bewegung. Die „Grünen“ - nur Störfaktor oder vierte Partei mit Eigengewicht. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 30 (B 26, 28.06.1980), S. 12–32.
- Tansey, Oisin (2007): Process Tracing and Elite Interviewing. A Case for Non-Probability Sampling. In: *PS: Political Science and Politics* 40 (4), S. 765–772.
- Tauer, Sandra (2012): Störfall für die gute Nachbarschaft? Deutsche und Franzosen auf der Suche nach einer gemeinsamen Energiepolitik (1973-1980). Zugl.: Freiburg, Univ., Diss., 2011. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Teufel, Dieter (1981): Referat. In: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): *Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981*. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendenschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 28-66.

Thaysen, Uwe (1980): Stellung der Parteien zu den Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligungsformen der Bürgerinitiativen. In: Volker Hauff (Hg.): Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Politische Dimensionen und Reaktionen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 9), S. 187-232.

Thilo aus Wintzingerode (1982): Wer WAA säht, wird Widerstand ernten, Stadt Frankenberg. In: Atommüllzeitung/Gorleben aktuell, Nr. 18, März 1982, S. 26. Online verfügbar unter <http://www.laka.org/docu/magazines/atommullzeitung/atommullzeitung18.pdf>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.

Thunell, Sören; Liljegren, Lars (1975): Energy policy for greater prosperity. A report on a study and discussion campaign. Stockholm: The Social Democratic Party of Sweden.

Tiggemann, Anselm (2006): Der Weg nach Gorleben. Zur Geschichte der Endlagerung in der Bundesrepublik Deutschland (1955 bis 1977). In: Peter Hocke-Bergler und Armin Grunwald (Hg.): Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung. Berlin: Edition Sigma (Gesellschaft - Technik - Umwelt, Neue Folge, 8), S. 86-102.

Tiggemann, Anselm (2010): Die „Achillesferse“ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben; 1955 bis 1985. Zugl.: Dortmund, Univ., Diss., 2002-2003. 2. Aufl. Lauf an der Pegnitz: Europaforum-Verl. (Subsidia academica Reihe A, Neuere und neueste Geschichte, 5).

Tompkins, Andrew S. (2016): Better active than radioactive! Anti-nuclear protest in 1970s France and West Germany. Oxford: Oxford University Press (Oxford historical monographs).

Tompkins, Andrew S. (2020): Alle Wege führen nach Gorleben. Transnationale Netzwerke der Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre. In: Detlef Schmiechen-Ackermann, Jenny Hagemann und Christian Hellwig (Hg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (Schriften zur Didaktik der Demokratie), S. 152-174.

Trischler, Helmuth; Bud, Robert (2018): Public technology. Nuclear energy in Europe. In: History and Technology 34 (3-4), S. 187-212.

Tschiedel, Robert (1989): Sozialverträgliche Technikgestaltung. Wissenschaftskritik für eine soziologische Sozialverträglichkeitsforschung zwischen Akzeptabilität, Akzeptanz und Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Studien zur Sozialwissenschaft, 74).

tt (1977): Keine Kompromisse in Fragen der Sicherheit. Erst prüfen, dann bohren - Delegation beim Regierungschef. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung, 18.08.1977.

tt (1978): Kein „Plutonium-Staat“. Bundesforschungsministerium informierte Gorleben-Kommission. In: Elbe-Jeetzel-Zeitung 1978, 26.04.1978, S. 3.

U.S.; J.St. (1981): „Wir sind nicht befangen“ behauptet die antragstellende Genehmigungsbehörde PDB / BI fordert Abbruch. Erster Tag der Anhörung zum Zwischenlager in Gorleben. In: Die Tageszeitung, 29.01.1981.

Ueberhorst, Reinhard (1980): Fortschritt – Technik – Humanität. Tagungsabschlussrede. In: LkAH, E46, Nr. 1395, S. 1-21.

Ueberhorst, Reinhard (1983): Planungsstudie zur Gestaltung von Prüf- und Bürgerbeteiligungsprozessen im Zusammenhang mit nuklearen Grossprojekten am Beispiel der Wiederaufarbeitungstechnologie. Unter Mitarbeit von Ludger Backhaus, Rolf Bauerschmidt und Peter Jansen. Wiesbaden: Hess. Ministerpräsident, Staatskanzlei.

Uekötter, Frank (2004): Wie neu sind die Neuen Sozialen Bewegungen? Revisionistische Bemerkungen vor dem Hintergrund der umwelthistorischen Forschung. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen* (31), S. 115–138.

Uekötter, Frank (2011): *Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert.* Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Uekötter, Frank (2015): *Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Uekötter, Frank (2022): *Atomare Demokratie. Eine Geschichte der Kernenergie in Deutschland.* Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Uhl, Harald, BMFT (1981): Betr.: Schreiben des Landkreises Lüchow-Dannenberg an den Bundeskanzler vom 2.2.1981. Brief an Dr. Schmitz-Wenzel, Bundeskanzleramt, vom 18. Februar 1981. In: BArch B 136/33273.

ULI (1981): Reccius für Abwarten und „Ruhe bewahren“. Landrat: WAA keine Gefahr, sondern Chance. In: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 07.12.1981. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM Bestand 330 Battenberg Nr. A 452, S. 115

Umweltzentrum (1977): Agenda Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet Kernenergie-Seminar im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie am 27. August 1977. In: Generallandesarchiv Karlsruhe. Akte S Umweltschutz 772, Teil 1.

Umweltzentrum (1977): Agenda Kernenergie-Seminar mit Befürwortern und Gegnern – entsprechend der Richtlinien des „Bürgerdialogs des Bundesforschungsministeriums“ am 3. Dezember 1977. In: Generallandesarchiv Karlsruhe. Akte S Umweltschutz 772, Teil 1.

Umweltzentrum (1979): Kernenergie-Seminar mit Befürwortern und Gegnern der Kernenergie-Nutzung, 10. November 1979. Generallandesarchiv Karlsruhe, Knobloch, Wilhelm (1977-1981): Umweltschutz und Kunst Jockgrin, 1977-1981. Akte 498.

Union of Concerned Scientists (UCS) (1978): Die Union of Concerned Scientists (UCS) zum Rasmussen-Bericht. In: *Energiediskussion* 3/1978, S. 4-7.

Universum Film AG [UFA] (1976): Kernenergie-Diskussion in Koblenz [00:02:31]-[00:05:32], UFA-Wochenschau vom 20.07.1976. Kamera: Lupp. In: BArch, UFA-Dabei 1043/1976.

Venzlaff, Helmut (1983): PTB für Abteufen der Schächte. Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben als Endlager „weiterhin gegeben“. In: *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, 30.05.1983.

Verba, Sidney (1967): Democratic Participation. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 373 (1), S. 53–78.

Vogt, Roland (1977): Interview mit Roland Vogt. Einer der drei Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, BBU. In: *radial, Sozialistische Zeitung für Westberlin* 1977 (31), S. 2–3.

von Bernstorff (1982): Brief an von Bülow 19.04.1982. In BArch, B 295/1505, S. 40219-40221. Akte kassiert.

von Bernstorff, Anna (2019): „Wir wollten durch unser Eigentum das kritische Nachfragen ermöglichen“. In: Dirk Drazewski (Hg.): „Mein lieber Herr Albrecht...!“: Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte: 34 Gespräche mit Zeitzeugen. Lüchow: Gorleben-Archiv e.V, S. 98–101.

von Bernstorff, Heide (1978): Warum wir kandidieren. In: *BBU Aktuell* Nr. 3, 1978, S. 15.

- von Blottnitz, Undine (1983): Diskussionsbeitrag auf der Abschlussdiskussion. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 231–263.
- von Bülow, Andreas (1982): Brief an Bernstorff vom 26.05.1982. In: BArch, B 295/1505: 40217ff., Akte kassiert.
- von Schoeler, Andreas (1977): Antwort des Parl. Staatssekretärs von Schoeler auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Spranger (CDU/CSU) (Drucksache 8/458 Frage B 15). In: BT-Drucksache 08/30.
- von Schoeler, Andreas (1980): Antwort zur Frage Lauf zur Absicht der Prüfungen der Voraussetzungen für eine WAA in Hessen. In: BT-Drucksache 08/17, S. 23.
- Voß (1980): Interview mit Manfred Siebker. In: SFB III, Journal in 3,28.01.1980. In: Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16), S. 135-138.
- Walker, J. Samuel (1989): Nuclear Power and the Environment. The Atomic Energy Commission and Thermal Pollution, 1965-1971. In: Technology and Culture 30 (4), S. 964–992.
- Walker, J. Samuel (2000): Permissible Dose: A History of Radiation Protection in the Twentieth Century. Berkeley: University of California Press.
- Waller, Sepp (1982): Zitat in Atommüllzeitung Nr. 18, März 1982, S. 26. Online verfügbar unter <https://www.laka.org/docu/magazines/atommullzeitung/atommullzeitung18.pdf>, zuletzt geprüft am 12.10.2023.
- Weißpflug, Maike (2022): Citizen Science. In: Martin Sabrow und Achim Saupe (Hg.): Handbuch historische Authentizität. Göttingen: Wallstein, S. 92–98.
- Weißpflug, Maike; Kübler, Lukas; Ahlswede, Jochen; Stelljes, Ina; Nanz, Patrizia (2022): Experimente erwünscht: Öffentlichkeitsbeteiligung und staatliche Verantwortung bei der Endlagersuche in Deutschland und staatliche Verantwortung. In: FJSB+plus. Das Online-Supplement des Forschungsjournal Soziale Bewegungen 35 (2), S. 1–21. Online verfügbar unter [https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus\\_2022-2\\_weisspflug\\_kuebler\\_ahlswede\\_stelljes\\_nanz.pdf](https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2022-2_weisspflug_kuebler_ahlswede_stelljes_nanz.pdf), zuletzt geprüft am 24.05.2023.
- Weitze, Marc-Denis; Renn, Ortwin (2022): Technikkommunikation, Risikobewertung und Risikokommunikation. In: Manfred Hennecke und Birgit Skrotzki (Hg.): Hütte. 35. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer Vieweg (Springer Reference Technik).
- Weizsäcker, Carl Friedrich von (1977): Vorschlag zur Kernenergiekontroverse. Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 04.02.1977. In: B 136/25621
- Werner, Lutz (1978): Stellungnahme des stv. Vorsitzendem des Deutschen Bundesjugendringes zur öffentlichen Kernenergie/Energiediskussion vom 20.12.1978. In: BArch, B 145/16855.
- Wertz, Elmar (1972): Realisierung der Beteiligung der Bevölkerung an Planung in Großbritannien. In: Lauritz Lauritzen (Hg.): Mehr Demokratie im Städtebau. Beiträge zur Beteiligung der Bürger an Planungsentscheidungen. Hannover: Fackelträger-Verlag, S. 284–298.

- Wierling, Dorothee (2003): Oral History. In: Michael Maurer (Hg.): Aufriß der historischen Wissenschaften. Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft. Stuttgart: Reclam (Universal-Bibliothek, 17033), S. 81–151.
- Wilde, Lutz (2011): „Gorleben soll leben“. In: Deutschlandfunk Kultur, 21.11.2011. Online verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/gorleben-soll-leben-100.html> , zuletzt geprüft am 12.10.2023.
- Willems, Helmut (1997): Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern. Opladen: Leske und Budrich.
- Williams, Brian; Riley, Mark (2020): The Challenge of Oral History to Environmental History. In: Environment and History 26 (2), S. 207–231.
- Winkler, Heinrich August (2000): Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung. München: Beck (Der lange Weg nach Westen, 2).
- Wochendienst (1981): DWK nennt Merenberg und Wangershausen als mögliche Standortflächen für eine Wiederaufarbeitungsanlage. Wochendienst 50/81, 12.12.1981. In: Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden, HHStAW, 502, 11261.
- Wochendienst (1981): Neues Modell der Bürgerbeteiligung in Frankenberg. Wochendienst 36/82, 04.09.1981, S. 1. In: Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden, HHStAW, 502, 11262.
- Wochendienst (1982): Hessische Staatsregierung, Kabinettsbeschluss. Wochendienst 30/82 vom 24.07.1982. Juli 1982, S. 1: In: Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden, HHStAW, 502, 11261.
- Wollny, Lilo (1998): Es wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. 20 Jahre Lügen, Tricks und Größenwahn - der Atommüllskandal von Gorleben. Hitzacker: SummaSummarum.
- wu (1975): Filbinger: Ohne Wyhl gehen die Lichter aus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.1975, S. 2.
- Wüstenhagen, Hans-Helmuth (1975): Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl - der Anfang? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Rororo rororo-aktuell, 1949).
- Wüstenhagen, Hans-Helmuth (1975): Erfahrungen mit Bürgerinitiativen für Umweltschutz. In: Bernd Moldenhauer und Hans-Helmuth Wüstenhagen (Hg.): Atomindustrie und Bürgerinitiativen gegen Umwelterstörung. Köln: Pahl-Rugenstein (Hefte zu politischen Gegenwartsfragen, 26), S. 37–43.
- Wüstenhagen, Hans-Helmuth (1976): Kernenergie - ein Bürgerdialog, ja aber... In: Umweltschutz aktuell 1976 (1), S. 3.
- Yow, Valerie Raleigh (2005): Recording oral history. A guide for the humanities and social sciences. 2. Aufl. Walnut Creek, CA: AltaMira Press.
- Zachow, Hans-Werner (2019): „Wir wollten einen Zusammenhalt, aber keinen Verein“. In: Dirk Drazewski (Hg.): „Mein lieber Herr Albrecht...!“ . Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte: 34 Gespräche mit Zeitzeugen. Lüchow: Gorleben-Archiv e.V, S. 80–85.
- ZI (1982): Alle Möglichkeiten ausschöpfen, eine WAA zu verhindern. In: Waldeckische Landeszeitung, 19.1.1982. In: Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM Bestand 330 Lichtenfels Nr. I 49: 70, S. 66.
- Ziegler, Alois (1981): Vermerk vom 20.05.1981. In: BArch, B 136/33275.

Ziegler, Alois (1983): Antwort von Dr. Ziegler. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 300–301.

Ziegler, Alois (1983): Diskussionsbeitrag auf der Abschlussdiskussion. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 231–263.

Ziegler, Alois (1983): Eröffnung und Begrüßung. In: Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hg.): Zwischenergebnisse zum Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE). Bericht von einer Informationsveranstaltung am 23.10.1982 in Hitzacker im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Hitzacker, 23.10.1982. Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT). Berlin (Entsorgung, 2), S. 1–4.

Zillessen, Horst (1977): Dialog bedeutet mehr Beteiligung des Bürgers. In: Wilhelm Dröscher, Klaus-Detlef Funke und Ernst Theilen (Hg.): Energie. Beschäftigung. Lebensqualität. Bonn-Bad Godesberg: Neuer Vorwärts Verlag, S. 223-236.

ZVE (1982): Bürger zeigten sich gut informiert. In Hessische Allgemeine, 13.02.1982: In: Stadt Archiv Frankenberg StadtA FKB, A1, 1590.

## 9.2 Zeitzeugeninterviews und Hintergrundgespräche

### **Zeitzeugen-Interviews, siehe auch Kapitel 2.5**

Kulke, Wilhelm (06.12.2021)

Hauff, Dr. Volker (24.02.2022)

Striegnitz, Meinfried (14.03.2022)

Janning, Jörg (06.04.2022)

Niederelz, Peter (07.04.2022)

Leinen, Jo (28.04.2022)

Hirsch, Dr. Helmut (10.05.2022)

Eisenbeiß, Dr. Gerd (24.05.2022)

Lang, Dr. Klaus (13.06.2022)

Ueberhorst, Reinhard (06.07.2022)

### **Hintergrundgespräch**

PD Dr. Lutz Mez (03.02.2021)

### 9.3 Drucksachen des Deutschen Bundestags sowie Dokumente des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestags

[BT-Drucksache VI/2826]

Innenausschusses (1971): Thermische Belastung von Gewässern durch Kernkraftwerke. Schriftlicher Bericht des Innenausschusses). Deutscher Bundestag (Drucksache VI/2826 vom 11.11.1971). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/06/028/0602826.pdf>.

[BT-Drucksache VI/3251]

Die Bundesregierung (1972): Bundesbericht Forschung IV. Band 2: Bericht der Länder. Band 3: Materialien. (Drucksache VI/3251 vom 13.03.1972). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/06/032/0603251zu.pdf>.

[BT-Drucksache VI/3793]

Der Bundeskanzler (1972): Raumordnungsbericht 1972 (Drucksache VI/3793 vom 19.09.1972). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/06/037/0603793.pdf>.

[BT-Drucksache 06/5]

Deutscher Bundestag (1969): Plenarprotokoll. 5. Sitzung. (Drucksache 6/5 vom 28.10.1969). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06005.pdf>.

[BT-Drucksache 06/22]

Deutscher Bundestag (1970): Plenarprotokoll. 22. Sitzung des 6. Deutschen Bundestages. (Drucksache 6/22 vom 14.1.1970). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06022.pdf>.

[BT-Drucksache 07/203]

Deutscher Bundestag (1975): Stenographischer Bericht. 203. Sitzung. Anlage 98: Antwort des Bundesministers Matthöfer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Lenzer (CDU/CSU). Fragen B 104 und 105). (Drucksache 7/4322 vom 27.11.1975). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/07/07203.pdf>.

[BT-Drucksache 07/1057]

Bundesregierung (1973): Die Energiepolitik der Bundesregierung. [Energieprogramm der Bundesregierung]. (Drucksache 07/1057 vom 03.10.1973). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/07/010/0701057.pdf>.

[BT-Drucksache 07/2061]

Die Bundesregierung (1974): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kern, Barche, Bäuerle, Esters, Flämig, Dr. Haenschke, Dr. Holtz, Dr. Jens, Konrad, Dr. Lohmar, Müller (Nordenham), Scheffler, Stahl (Kempfen), Wuttke, Dr. Hirsch, Hoffie, Frau Schuchardt und der Fraktionen der SPD, FDP - Drucksache 7/1896 -. betr. Kernenergie und Kernkraftwerke. (Drucksache, 07/2061 vom 02.05.1974). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/07/020/0702061.pdf>.

[BT-Drucksache 07/2713]

Die Bundesregierung (1974): Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. (Drucksache 07/2713 vom 30.10.1974). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/027/0702713.pdf>.

[BT-Drucksache 07/3276]

Die Bundesregierung (1975): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Wörner, Dr. Stavenhagen, Pfeifer, Dr. Jenninger, Dr. Prassler, Maucher, Dr. Heck, Dr. Schäuble, Dr. Hauser (Sasbach), Dr. Evers, Benz, Biechele und der Fraktion der CDU/CSU - Drucksache 7/3193 - betr. Äußerungen eines Parlamentarischen Staatssekretärs zu Energiefragen in Baden-Württemberg. (Drucksache 7/3276 vom 25.02.1975). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/07/032/0703276.pdf>.

[BT-Drucksache 07/3298]

Innenausschuss (27.02.75): Bericht und Antrag des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU - Drucksache 7/2369 - betr. Schutz vor den Gefahren radioaktiver Strahlen (Drucksache, 07/3298 vom 27.02.1975). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/07/032/0703298.pdf>.

[BT-Drucksache 07/3871]

Die Bundesregierung (1975): Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Haenschke, Konrad, Schäfer (Appenweiler), Dr. Ehrenberg, Junghans, Kern, Liedtke, Reuschenbach, Dr. Schäfer (Tübingen), Dr. Hirsch, Dr. Wendig, Kleinert, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Graf Lambsdorff, Zywietz und der Fraktionen der SPD, FDP - Drucksache 7/3410 - betr. friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. (Drucksache, 07/3871 vom 16.07.1975). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/038/0703871.pdf>.

[BT-Drucksache 07/4322]

Deutscher Bundestag (1975): Fragen für die Fragestunde der Sitzungen des Deutschen Bundestages am 26. und 27. November 1975. (Drucksache, 07/4322 vom 21.11.1975). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/043/0704322.pdf>.

[BT-Drucksache 07/5763]

Die Bundesregierung (1976): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Pfeiffermann, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Dr. Franz, Roser, Dr. Freiherr Spies von Büllenheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU - Drucksache 7/5699 - betr. Brennstoffkreislauf, friedliche Nutzung der Kernenergie. Deutscher Bundestag (Drucksache 07/5763 vom 21.09.1976). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/07/057/0705763.pdf>.

[BT-Drucksache 08/17]

Deutscher Bundestag (1980): Stenographischer Bericht. 197. Sitzung. (Drucksache, 08/17 vom 18.01.1980). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/08/08197.pdf>.

[BT-Drucksache 08/30]

Deutscher Bundestag (1977): Stenographischer Bericht. 30. Sitzung. (Drucksache, 08/30

vom 27.05.1977). Online verfügbar unter  
<https://dserver.bundestag.de/btp/08/08030.pdf>.

[BT-Drucksache 08/66]

Deutscher Bundestag (1978): Stenographischer Bericht. 66. Sitzung. (Drucksache, 08/66 vom 20.01.1978). Online verfügbar unter  
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/08/08066.pdf>

[BT-Drucksache 08/93]

Deutscher Bundestag (1978): Stenographischer Bericht. 93. Sitzung. Deutscher Bundestag (Drucksache 08/93 vom 01.06.1978). Online verfügbar unter  
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/08/08093.pdf>.

[BT-Drucksache 08/197]

Deutscher Bundestag (1980): Stenographischer Bericht. 197. Sitzung. (Drucksache 08/197 vom 18. 01.1980). Online verfügbar unter  
<https://dserver.bundestag.de/btp/08/08197.pdf>.

[BT-Drucksache 08/217]

Deutscher Bundestag (1980b): Stenographischer Bericht. 217. Sitzung. (Drucksache vom 14.05.1980) Online verfügbar unter  
<https://dserver.bundestag.de/btp/08/08217.pdf#P.17474>.

[BT-Drucksache 08/2121]

Haushaltsausschuss (1978): Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1979 (Haushaltsgesetz 1979) - Drucksachen 8/2150, 8/2317 - . hier: Einzelplan 30. Bonn (Drucksache, 08/2121 vom 14.12.1978). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/08/024/0802421.pdf>.

[BT-Drucksache 08/2370]

Ausschuss für Wirtschaft (1978): Erste Beschlußempfehlung und Erster Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zur Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 8/1357 —. Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung (Drucksache, 08/2370). Online verfügbar unter  
<https://dserver.bundestag.de/btd/08/023/0802370.pdf>.

[BT-Drucksache 08/2713]

Die Bundesregierung (1974): Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. Deutscher Bundestag. Bonn (Drucksache, 7/2713 vom 30.10.1974). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/027/0702713.pdf>.

[BT-Drucksache 08/3391]

Haushaltsausschuss (1979): Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1980 (Haushaltsgesetz 1980) — Drucksachen 8/3100, 8/3354 — hier: Einzelplan 30 Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie. (Drucksache, 08/3391 vom 16.11.1979). Online verfügbar unter  
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/033/0803391.pdf>.

[BT-Drucksache 08/4341]

Deutscher Bundestag (1980): Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ über den Stand der Arbeit und die Ergebnisse gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages — Drucksache 8/2628 —. (Drucksache 8/4341 vom 27.6.1980). Online verfügbar unter <https://dip.bundestag.de/vorgang/bericht-%C3%BCber-den-stand-der-arbeit-und-die-ergebnisse-der/198082>, zuletzt geprüft am 09.10.2023.

[BT-Drucksache 08/4371]

Die Bundesregierung (1980): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerstein, Lenzer, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Bülllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Dr. Schwarz-Schilling, Röhner, Bühler (Bruchsal) und der Fraktion der CDU/CSU Drucksache 8/4237 - „Bürgerdialog Kernenergie“ -. Deutscher Bundestag. Bonn (Drucksache, 08/4371 vom 02.07.1980). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/043/0804371.pdf>.

[BT-Drucksache 08/4420]

Deutscher Bundestag (1980c): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Lenzer, Pfeffermann, Haase (Kassel), Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Probst, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Freiherr Spies von Bülllesheim, Dr. Laufs, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Bühler (Bruchsal) und der Fraktion der CDU/CSU, Drucksache 8/4198 „Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Hessen“. (Drucksache 8/4420 vom 23.07.1980). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/08/044/0804420.pdf>.

[BT-Drucksache 08/4442]

Deutscher Bundestag (1980): Fragen für den Monat Juli 1980 mit den dazu erteilten Antworten. Teil VII \*). Deutscher Bundestag. Bonn (Drucksache 08/4442 vom 18.08.1980). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/044/0804442.pdf>.

[BT-Drucksache 09/1667]

Deutscher Bundestag (1982): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 17. Mai 1982 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. (Drucksache, 09/1667 vom 21.05.1982). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/09/016/0901667.pdf>.

[BT-Drucksache 11/13]

Fraktion der SPD (19.02.87): Gesetzentwurf der Fraktion der SPD. Gesetz zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit Kernenergieabwicklungsgesetz). (Drucksache, 11/13 vom 19.02.1987). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/000/1100013.pdf>.

[BT-Drucksache 11/1818]

Deutscher Bundestag (1988): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 8. Februar 1988 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. (Drucksache, 11/1818 vom

12.02.1988). Online verfügbar unter  
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/018/1101818.pdf>.

[BT-Drucksache 11/3024]

Die Bundesregierung (26.06.79): Bundesbericht Forschung VI. Drucksache 8/3024. Unterrichtung durch die Bundesregierung. (Drucksache, 8/3024 vom 28.06.1979). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/030/0803024.pdf>.

[BT-Drucksache 17/13700]

Deutscher Bundestag (2013): 1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes (2013): Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Deutscher Bundestag (Drucksache, 17/13700 vom 23.05.2013). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/17/137/1713700.pdf>.

[BT-Drucksache 18/1068]

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion der SPD (2014): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bildung der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ – Verantwortung für nachfolgende Generationen übernehmen. (Drucksache, 18/1068 vom 07.04.2014). Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/18/010/1801068.pdf>.

[PA-DBT 3106 8. Wahlperiode Protokoll Nr. 85, nicht veröffentlicht]

Haushaltsausschuss (ohne Datum): Protokoll Nr. 85. 8. Wahlperiode; PA-DBT 3106\_8.WP-Prot. 85 (Kurzprotokoll).

[PA-DBT 3106\_8.WP-Prot. 63, nicht veröffentlicht]

Haushaltsausschuss (16.11.1978): 63. Sitzung des Haushaltsausschusses. 8. Wahlperiode; PA-DBT 3106\_8.WP-Prot. 63 (Kurzprotokoll). (Haushaltsausschuss: Protokoll Nr. 85. 8. Wahlperiode; PA-DBT 3106\_8.WP-Prot. 85).

## **9.4 Akten aus Archiven und Beständen**

### **9.4.1 Archiv der sozialen Demokratie**

AdsD, FES-C07-6666.

AdSD, C07\_765.

## 9.4.2 BASE-Akten (Ordner der Gemeinsamen Informationsstelle für nukleare Entsorgung Bund-Land)

Ordner 785

Ordner 786

Ordner 794

Ordner 796

Ordner 926

## 9.4.3 Bundesarchiv Koblenz

[BArch, B 136/10135]

Bundeskanzleramt: 14020 Mi 1 Besprechungen des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Bundesländer. - Gesamter Verfahrensablauf. BArch, B 136/10135.

Enthält: Besprechung am 11. Febr. 1977. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/3aa5fa0e-d83a-40be-b152-522e7cc3c6c9/>.

[BArch, B 136/10860]

Bundeskanzleramt: 27200 En 10 Genehmigung von Kernkraftwerken, u.a. Brokdorf sowie Entsorgungsfragen, u.a. Gorleben 1976 - 1983 Bd. 7 -9. BArch, B 136/10860.

Enthält u.a. : Materialsammlung über vorläufige Informationen und Folgerungen aus dem Unfall im Kernkraftwerk Harrisburg vom 5. Apr. 1979; Aufzeichnung über das Gespräch des BK Schmidt mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht über das nukleare Entsorgungszentrum Gorleben am 30. Apr. 1979. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/20e62add-3f6d-4f1e-a646-6a85e094a7ac/>.

[BArch, B 136/10901]

Bundeskanzleramt: 272 02 4. Atomprogramm Beiheft: Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken. BArch, B136/10901. Band 2.

Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/ead9f29a-3474-4391-956c-3dcfcdeee3db/>.

[BArch, B 136/10903]

Bundeskanzleramt: 27213 At 6 Beiheft (1) Viertes deutsches Atomprogramm.- Aufklärung der Bevölkerung über Fragen der Kernenergie sowie die Notwendigkeit des Baus von Kernkraftwerken 1976 - 1982 Bd. 7 -9. BArch, B 136/10903. Link im

Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/fb2c806e-779f-4336-9877-80c4ac6121a7/>.

[BArch, B 136/10904]

Bundeskanzleramt: 27213 At 6 Beiheft (1) Viertes deutsches Atomprogramm.-  
Aufklärung der Bevölkerung über Fragen der Kernenergie sowie die Notwendigkeit des  
Baus von Kernkraftwerken 1976 - 1982 Bd. 10 -12. BArch, B 136/10904. Link im  
Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/e594aa59-47d1-4507-9cfe-958633e7f1c5/>.

[BArch, B 136/10904]

Bundeskanzleramt: 27213 At 6 Beiheft (1) Viertes deutsches Atomprogramm.-  
Aufklärung der Bevölkerung über Fragen der Kernenergie sowie die Notwendigkeit des  
Baus von Kernkraftwerken 1976 - 1982 Bd. 10 -12. BArch, B 136/10904. Band 10-12. Link  
im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/e594aa59-47d1-4507-9cfe-958633e7f1c5>.

[BArch, B 136/25621]

Bundeskanzleramt: 27220 Ke 8 NA (3) Vorschlag des Direktors des Max-Planck-Instituts  
zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt Carl  
Friedrich von Weizsäcker zur Objektivierung der Kernkraftdebatte 1976 - 1985 Bd. 1.  
BArch, B 136/25621. Link im Archivsystem unter  
<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/72c0991c-b8d0-4724-aa0a-3872c4dcd5f3/>.

[BArch, B 136/27667]

Bundeskanzleramt: 23506 Aktion der Bundesregierung zur Aufklärung der  
Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der Kernenergie: Bd. 1-2. BArch, B 136/27667.  
Link im Archivsystem unter  
<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/7abbf257-d840-415f-91cf-b8c879ea8c9c/>.

[BArch, B 136/28177]

Bundeskanzleramt: 37200 Ke 9 Länderausschuss für Atomkernenergie.-  
Sitzungsvorbereitungen, Ergebnisvermerke und Beschlussprotokolle 1978 - 1989.  
BArch, B 136/28177. Länderausschuss für (Atom)Kernenergie. Kerntechnische Anlagen  
Juli 1982 - März 1984. Link im Archivsystem unter  
<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/10109401-6317-4cf3-80fd-7202ed14bf57/>

[BArch, B 136/4681]

Bundeskanzleramt: 14020 Besprechungen des Bundeskanzlers mit den  
Regierungschefs der Bundesländer. - Gesamter Verfahrensablauf, B 136/4681. Enthält:  
Besprechung am 29. Nov. 1974. Link im Archivsystem unter  
<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/77ab182e-c5d5-41f2-bf3f-47463a3cff8f/>.

[BArch, B 145/16855]

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bürgerdialog Kernenergie und ihre  
Alternativen. BArch, B 145/16855. Sachakte. Link im Archivsystem unter

<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/78bd4d9b-32fb-46b9-95d3-9e6b54ae1060/>, zuletzt geprüft am 04.04.2023.

[BArch, B 196/107327]

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerdialog des BMFT.- Einrichtung eines Informationshauses des Bundes über die Endlagerung radioaktiver Stoffe in Gartow (Infohaus Endlagerung) 1983 – 1985. Bd. 1. BArch, B 196/107327. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/396783c0-4186-4618-9749-265ceff3e591/>.

[BArch, B 196/20637]

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen. BArch, B 196/20637. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/b81124a6-5ede-4eee-89b6-e97dc4e0e7ab>.

[BArch, B 196/20639]

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Informationskreis Kernenergie mit den Arbeitskreisen Film, Presse, Pädagogik, Meinungsumfragen, Info u.a.: Bd. 3Sh. BArch, B 196/20640. Schriftgut. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/0b8afd5f-57ae-457a-a1a4-e7c5d1f4ea23/>.

[BArch, B 196/20640]

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Informationskreis Kernenergie mit den Arbeitskreisen Film, Presse, Pädagogik, Meinungsumfragen, Info u.a.: Bd. 3Sh. BArch, B 196/20640. Schriftgut. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/0b8afd5f-57ae-457a-a1a4-e7c5d1f4ea23/>.

[BArch, B 196/31437]

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Anfrage des Arbeitskreises Lebensschutz e.V. zur Atomdiskussion in Tübingen.- Eingaben von Herrn Gründer. BArch, B 196/31437. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/396a6f19-8a0b-41df-a731-e5ed5317ebc2/>.

[BArch, B 196/34251]

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Gespräche und Kontakte des Ministers mit Vertretern von Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen. BArch, B 196/34251. Aktenzeichen 5030-4 Organisationseinheit 311, Bezugsjahr 1978. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/dcb11bfe-74b2-4dd1-b37b-84e844bfe95f/>.

[BArch, B 196/34252]

Bundesministerium für Forschung und Technologie: Gespräche, Reden, Besuche 1976 - 1992. BArch, B 196/34252. Bemerkung zur Serie: archivisch gebildet, Bandnummer: 1. Link im Archivsystem unter

<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/e243d6ea-0110-422e-bdc5-9e7efa1a25b6/>.

[BArch, B 295/23887]

Bundesministerium des Innern: Unterrichtung der Leitung. BArch, B 295/23887. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/96de2fd7-f692-4d41-a02f-a0407108d12b/>.

[BArch, B 295/23888]

Bundesministerium des Innern: Stellungnahmen von Parteien und Bürgerinitiativen. BArch, B 295/23888. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/040dd173-72a9-4a8e-bbd4-34e6c47fe070/>.

[BArch, B 295/23891]

Bundesministerium des Innern: Standortsuche 1980. Enthält u. a.: Benennung von Merenberg und Wangershausen als Standort für die WAA in Hessen durch die hessische Landesregierung. BArch, B 295/23891. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/6b819910-9a4c-4d8d-bcc7-ed91eedf2220/>.

[BArch, UFA-Dabei 1043/1976]

Universum Film AG [UFA] (1976): UFA-Wochenschau vom 20.07.1976. In: UFA: Kinowochenschauen und Auftragsproduktionen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung 1945-1999. In: BArch, UFA-Dabei 1043/1976. Link im Archivsystem unter <https://www.filmothek.bundesarchiv.de/video/585233/>.

#### **9.4.4 Generallandesarchiv Karlsruhe**

[Generallandesarchiv Karlsruhe S Umweltschutz Nr. 498]

Generallandesarchiv Karlsruhe: S Umweltschutz Nr. 498. Sammlung Umweltschutz Wilhelm Knobloch. Umweltschutz & Kunst, Jockgrim. 1979 – 1986. Link im Archivsystem unter <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=4-704211>.

[Generallandesarchiv Karlsruhe S Umweltschutz Nr. 772]

Generallandesarchiv Karlsruhe: S Umweltschutz Nr. 772. Sammlung Umweltschutz Wilhelm Knobloch. BUZO Kernenergie-Seminare. 1973 – 1982. Link im Archivsystem unter <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=4-731149>.

#### **9.4.5 Gorleben Archiv**

Archivalien des Gorleben-Archiv lassen sich vor Ort in Lüchow über das Archivinformationssystem Augias recherchieren.

## 9.4.6 Hessisches Staatsarchiv

[HHStAW, 2016/1, 469]

Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden. Einstellung des Genehmigungsverfahrens für eine Wiederaufbereitungsanlage in Frankenberg-Wangershausen. HHStAW, 2016/1, 469. 1982 – 1982. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v98753>.

[HHStAW, 502, 11261]

Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden. Wiederaufbereitung Allgemein – Presse. HHStAW, 502, 11261. 1980-1984. Band 1. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v10434360>.

[HHStAW, 502, 11262]

Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden. Wiederaufbereitung Allgemein – Presse. HHStAW, 502, 11262. 1982-1983. Band 2. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v10434362>.

[HHStAW, 509, 8543]

Hessisches Hauptstadtarchiv Wiesbaden: Vorauswahl von Standorten für Wiederaufbereitungsanlagen in Merenberg und Wangershausen. HHStAW, 509, 8543. 1981-198. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v2245654>.

[HStAM, 330 Battenberg, A 452]

Hessisches Staatsarchiv Marburg. Beabsichtigte Wiederaufbereitungsanlage (WAA) der Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) am Standort Frankenberg, Stadtteil Wangershausen. HStAM, 330 Battenberg, A 452. 1981-1982. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v5811480>.

[HStAM, 330 Lichtenfels, I 49]

Hessisches Staatsarchiv Marburg. Bürgerproteste und -initiativen in der Stadt gegen die geplante Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage in Frankenberg-Wangershausen. HStAM, 330 Lichtenfels, I 49. 1980-1983. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction.action?detailid=v1145026>.

Niedersächsisches Landesarchiv

[NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92]

Pressestelle der niedersächsischen Landesregierung: Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben. NLA HA, Nds. 52 Acc. 54/91 Nr. 92. Band 5. 1977 – 1980. Link im Archivsystem unter <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v2999551>.

[NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 126/1]

Niedersächsisches Umweltministerium: Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben (NEZ): Altbestand. NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 126/1. Band 1, Teil 1. 1976 – 1983. Link im Archivsystem unter <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v7623964>.

[NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 138/1]

Niedersächsisches Umweltministerium: Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben (NEZ): Altbestand. NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 138/1. Band 9, Teil 1. 1977 – 1981. Link im Archivsystem unter <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v7624952>.

[NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 79]

Niedersächsisches Umweltministerium: Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben (NEZ): Gespräch zwischen dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler über Entsorgungsfragen. NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 79. Band 1. 1978. Link im Archivsystem unter <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=7623510>.

[NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 80]

Niedersächsisches Umweltministerium: Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben (NEZ): Gespräch zwischen dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler über Entsorgungsfragen. NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 80. Band 2. 1978-1979. Link im Archivsystem unter: <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=7623521>.

[NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 333]

Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben (NEZ): Planfeststellungsverfahren für die untertägige Erkundung des Salzstockes Gorleben; Kommission Gorleben. NLA HA, Nds. 800, Acc. 2017/74 Nr. 333. 1977 – 1979. Link im Archivsystem unter: <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v7675336>.

[NLA HA, ZGS 7, Nr. 15]

Rote Hilfe, Grüne, Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, WAA, Lüneburg, Antifaschistischer Arbeitskreis Hildesheim, Republik freies Wendland (Druckschrift). 1980. Link im Archivsystem unter <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v1892140>.

## 9.4.7 Landeskirchliches Archiv Hannover

[LkAH, E 46, Nr. 1395]

Landeskirchliches Archiv Hannover. E 46 Evangelische Akademie Loccum. Nr. 1395. Wissenschaft und Öffentlichkeit. Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie (07.-09.03.1980). 1980 – 1981. Link im Archivsystem unter <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v6262591>.

[LkAH, E 46, Nr. 929]

Landeskirchliches Archiv Hannover. E 46 Evangelische Akademie Loccum. Nr. 929. Wissenschaft und Öffentlichkeit. Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie (07.-09.03.1980). Enth. v. a. die Beiträge für das nicht erschienene Protokoll. 1980. Link im Archivsystem unter <http://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v6262585>.

## 9.4.8 Stadtarchiv Frankenberg

[StadtA FKB, A1, 5002]

[StadtA FKB, A1, 1589]

Stadtarchiv Frankenberg. Geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe bei Wangershausen. StadtA FKB, A1, 1589. Band 2. 1981-1982. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v9455164>.

[StadtA FKB, A1, 1590]

Stadtarchiv Frankenberg. Geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe bei Wangershausen. StadtA FKB, A1, 1590. Band 3. 1981-1982, Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v9455170>.

[StadtA FKB, A1, 1591]

Stadtarchiv Frankenberg. Geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe bei Wangershausen. StadtA FKB, A1, 1590. Band 4. 1982-1982. Sachakte: Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v9455172>.

[StadtA FKB, A1, 1678]

Stadtarchiv Frankenberg. Geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe bei Wangershausen. StadtA FKB, A1, 1678 Band 6. 1980-1982. Sachakte. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v9455174>.

[StadtA FKB, A1, 5002]

Stadtarchiv Frankenberg. Wiederaufbereitungsanlage Wangershausen. StadtA FKB, A1, 5002. 1982-1993. Link im Archivsystem unter <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=v9467733>.

# Anhang

## Literatur mit Begriff „Bürgerdialog Kernenergie“

- Abelshauer, Werner (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn: Dietz.
- Akremit, Leila (2011): Kommunikative Konstruktion von Zukunftsängsten. Dissertation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Altenburg, Cornelia (2010): Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse. Zugl.: Bielefeld, Univ., Diss., 2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Altenburg, Cornelia (2012): Wandel und Persistenz in der Energiepolitik: Die 1970er Jahre und die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. In: Hendrik Ehrhardt und Thomas Kroll (Hg.): Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven. 1. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 245-263.
- Amery, Carl; Matthöfer, Hans (1976): Die Frage heisst „Wie wollen wir künftig leben?“. Wyhl, Brokdorf und die Folgen. Sonderdruck des gleichnamigen Artikels erschienen in vorwärts Nr. 48 vom 25.11.1976, S. 6-7. Bonn-Bad Godesberg: Neuer Vorwärts-Verlag.
- Amery, Carl; Mayer-Tasch, Peter Cornelius; Meyer-Abich, Klaus Michael (1979): Energiepolitik ohne Basis. Vom bürgerlichen Ungehorsam zur energiepolitischen Wende. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verl. (Fischer-Taschenbücher Fischer alternativ, 4007).
- Archivalienverweis (Hg.) (2022): Dies ist nur ein Konstrukt, um Verweise auf Archivalien zu bündeln.
- Bachem, Rolf (1985): Einführung in die Analyse politischer Texte. Unveränderter Nachdruck. München: Oldenbourg (Analysen zur deutschen Sprache und Literatur).
- Baer, Willi; Dellwo, Karl-Heinz (Hg.) (2011-2017): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf. Buch und 2 CD. Hamburg: Laika Verlag (Bibliothek des Widerstands, 18).
- Bartelt, Michael; Kaiser, Kurt; Volz, Fritz-Rüdiger.; Wenke, Karl Ernst; Zilleßen, Horst (1980): Forschungspolitik, Technologiefolgenabschätzung und öffentlicher Dialog. Stellungnahme zum Bundesforschungsbereich VI. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30 (28, 12.7.1980), S. 22-36.
- Bauer, Martin W. (Hg.) (1995): Resistance to new technology. Nuclear power, information technology, and biotechnology. Cambridge: Cambridge University Press.
- Baumgärtner, Norbert (2008): Risiken kommunizieren – Grundlagen, Chancen und Grenzen. In: Tobias Nolting und Ansgar Thießen (Hg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 41-62.
- Beyme, Klaus von (Hg.) (1985): Policy and politics in the Federal Republic of Germany. Aldershot: Gower in Komm (German political studies, 6).
- Bigg, Charlotte; Hennig, Jochen (Hg.) (2009): Atombilder. Ikonografie des Atoms in Wissenschaft und Öffentlichkeit des 20. Jahrhunderts. Göttingen: Wallstein (Abhandlungen und Berichte / Deutsches Museum, 25).

BMFT-Materialie oder Veröffentlichung (Hg.) (2022): Dies ist nur ein Konstrukt, um Verweise auf Archivalien zu bündeln.

Born, Nicolas; Manthey, Jürgen (Hg.) (1977): Die Sprache des Großen Bruders. Gibt es ein ost-westliches Kartell der Unterdrückung? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Das neue Buch, 91).

Braczyk, Hans-Joachim (1986): Konsensverlust und neue Technologien: Zur exemplarischen Bedeutung des Konflikts um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage für die gesellschaftliche Steuerung technischen Wandels. In: Soziale Welt, 37(2/3), 173–190.

Brand, Karl-Werner (1983): Ökologiebewegung und technisch-industrielle Entwicklung. In: Werner Rammert, Gotthard Bechmann, Helga Nowotny und Richard Vahrenkamp (Hg.): Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 2 (Technik und Gesellschaft, 2), S. 40–65.

Brand, Karl-Werner; Büsser, Detlef; Rucht, Dieter (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Aktualisierte Neuauflage. Frankfurt: Campus Verlag (Reihe Campus, 1011).

Brandes, Volkhard (1977): Die Atompolitik der Gewerkschaften. In: Lutz Mez, Robert Havemann und Manfred Wilke (Hg.): Der Atomfanz. Gewerkschaften und Atomkraft. Berlin: Olle & Wolter, S. 123–136.

Brohmann, Bettina; Brunnengräber, Achim; Hocke-Bergler, Peter; Isidoro Losada, Ana María (Hg.) (2021): Robuste Langzeit-Governance bei der Endlagersuche. Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen. Bielefeld: transcript; Transcript Verlag (Edition Politik, 115).

Brunnengräber, Achim (Hg.) (2019): Conflicts, Participation and Acceptability in Nuclear Waste Governance. Vol. III: Springer Fachmedien.

Brunnengräber, Achim (2021): Vom starken zum weichen Atomstaat. Formelle und informelle Prozesse in der Atom- und Entsorgungspolitik – oder: Robert Jungk neu gelesen. In: Bettina Brohmann, Achim Brunnengräber, Peter Hocke-Bergler und Ana María Isidoro Losada (Hg.): Robuste Langzeit-Governance bei der Endlagersuche. Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen. Bielefeld: transcript; Transcript Verlag (Edition Politik, 115), S. 61–78.

Bundesamt für Strahlenschutz (2005): Endlagerung radioaktiver Abfälle als nationale Aufgabe. Redaktion Michael Mehnert. Salzgitter. Online verfügbar unter [http://wieck.mehnert.org/data/0447\\_Endlagerung\\_national.pdf](http://wieck.mehnert.org/data/0447_Endlagerung_national.pdf).

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT): Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 3/77. In: Bürgerdialog Kernenergie Informationsbrief 1977 (3).

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1975): Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. durchgeführt vom Battelle-Institut e. V.; Februar 1975. Unter Mitarbeit von Shirley van Buiren. Battelle-Institut. Bonn. Online verfügbar unter <http://worldcatlibraries.org/wcpa/oclc/3070302>.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1976-1977): Bürgerdialog Kernenergie. Informationsbrief.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1977): Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Eine Dokumentation der Bundesregierung. Bonn.

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1978): Internationales Expertengespräch über Reaktorsicherheit. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe (95), S. 891.

- Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1980): Kernenergie. Eine Bürgerinformation. 1. Bis 4. stark überarbeitete Auflage. Bonn.
- Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (1981): Entsorgung. Bericht von einer Informationsveranstaltung im Rahmen des Energiedialogs der Bundesregierung. Zwischenergebnisse zum Salzstock Gorleben. Lüchow, Gildehaus, 15. +16.05.1981 (Entsorgung).
- Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hg.) (1984): Bericht von einer Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen - Salzstock Gorleben. Unter Mitarbeit von R. Meyer. Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen. Hitzacker, 27. und 28. Mai 1983. Deutschland. Bonn: BMFT (Entsorgung, Bd. 3).
- Bundesminister für Forschung und Technologie, Referat Presse u. Öffentlichkeitsarbeit (Hg.) (1977): Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten. Materialien. Battelle-Institut. Bonn: Köller.
- Bundesministerium des Innern; Regierungschefs von Bund und Ländern (1980): Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke. Neufassung mit Wirkung vom 29. Februar 1980. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung / Deutsche Ausgabe (34), S. 281–283.
- Bürgel, Stefan (2017): Das Kreuz mit dem Atom: Die Debatte um die Kernenergie und die christlichen Grundwerte der CDU. Dissertation, Bonn, Univ., 2018. Münster: Lit-Verlag (Politische Parteien in Europa, 10). Online verfügbar unter <http://d-nb.info/1163743119>.
- Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg; ausgestrahlt; Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Hg.) (2022): Atomkraft – nein danke! 50 Jahre Anti-AKW-Bewegung : eine Geschichte erfolgreichen Widerstands. Rastede: ökobuch.
- Der Bundesminister für Forschung und Technologie (1979): Zwischenbilanz der Energiediskussion. Bonn.
- Dernbach, Beatrice; Kleinert, Christian; Münder, Herbert (Hg.) (2012): Handbuch Wissenschaftskommunikation. Wiesbaden: Springer VS.
- Devivere, Beate von (1977): Das Kernenergieprogramm ist ein Verbrechen. In: Psychologie Heute 4 (7), S. 19.
- DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Hg.) (1981): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums zum Thema „Kernenergie und Gewerkschaft“ im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Referate und Diskussion. Veranstaltet vom Haus der Gewerkschaftsjugend und der Abt. Jugend des DGB-Bundesvorstand im Sommer 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungendschule Oberursel. Abteilung Jugend).
- Diverse Akteure (1986): Der Meinungskampf um die friedliche Nutzung der Kernenergie. In: Armin Hermann und Rolf Schumacher (Hg.): Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation. München: Moos & Partner, S. 347–363.
- Drummer, Hermann; Fach, Wolfgang; Häusler, Jürgen; Simonis, Georg (1985): Energy policy: the role of the political parties. In: Klaus von Beyme (Hg.): Policy and politics in the Federal Republic of Germany. Aldershot: Gower in Komm (German political studies, 6), S. 176–197.
- Duve, Freimut (Hg.) (1977): Atomenergie / Brokdorf / Unterelbe: rororo (Technologie und Politik, 7).

- Ehrhardt, Hendrik (2017): Stromkonflikte. Selbstverständnis und strategisches Handeln der Stromwirtschaft zwischen Politik, Industrie, Umwelt und Öffentlichkeit (1970-1989). Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Geschichte, 240).
- Ehrhardt, Hendrik; Kroll, Thomas (Hg.) (2012): Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven. 1. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Eisenbeiß, Gerd (2016): Zur Geschichte der deutschen Wind-, Solar- und Kernkraftwerke. Aus der Erinnerung eines aktiven Zeitzeugen. Norderstedt: Books on Demand.
- Ereignisverweis (Hg.) (2022): Dies ist nur ein Konstrukt, um auf Ereignisse wie Parteitag, Gründer hinzuweisen.
- Evangelische Akademie Loccum (1978): Der kirchliche Auftrag in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen am Beispiel: Kernenergie und Bürgerbeteiligung. Fachgespräch vom 16. bis 18. Januar 1978 (Loccumer Protokolle).
- Fach, Wolfgang; Simonis, Georg (1987): Die Stärke des Staates im Atomkonflikt. Frankreich und die Bundesrepublik im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Deutsch-französische Studien zur Industriegesellschaft, 3).
- Feindt, Peter H.; Saretzki, Thomas (Hg.) (2010): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fichter, Klaus; Schneidewind, Uwe (Hg.) (2014): Umweltschutz im globalen Wettbewerb. Neue Spielregeln für das grenzenlose Unternehmen. Softcover reprint of the original 1st ed. 2000. Berlin: Springer.
- Fischer, Ernst Peter (2014): Unzerstörbar. Die Energie und ihre Geschichte. Heidelberg: Springer Spektrum (Sachbuch). Online verfügbar unter [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-642-37735-8\\_5](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-642-37735-8_5).
- Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung / Kernforschungszentrum Karlsruhe (Hg.) (1988): Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Grossvorhaben. Zwischenergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes. Band 1. Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (Speyerer Forschungsberichte, 70).
- Galland, Heino (1980): Partizipation In der Energiepolitik? In: Wilfried Nelles und Reinhard Oppermann (Hg.): Partizipation und Politik. Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Partizipation. Göttingen: Schwartz, S. 223–265.
- Gascoigne, Toss; Schiele, Bernard; Leach, Joan; Riedlinger, Michelle; Lewenstein, Bruce V.; Massarani, Luisa; Broks, Peter (Hg.) (2020): Communicating Science. A Global Perspective. Unter Mitarbeit von Bruce V. Lewenstein, Luisa Massarani und Peter Broks. Acton: ANU Press.
- Gaumer, Janine (2018): Machtkampf um die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Staatliche Strategien gegen die Anti-Atomkraftbewegung in den 1980er Jahren. In: Alexandra Jaeger, Julia Kleinschmidt und David Templin (Hg.): Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren. Essen: Klartext, S. 181–204.
- Gerwin, Robert (1978): So ist das mit der Entsorgung. Was aus den verbrauchten Brennelementen der Kernkraftwerke wird. 1. Aufl. Düsseldorf: Econ-Verlag (Econit).
- Gerwin, Robert (1978): So ist das mit der Kernenergie. 2. Auflage. Düsseldorf: Econ-Verlag.
- Gloede, F. (1988): Strukturelle Rahmenbedingungen und Vorgeschichte der Öffentlichkeitsbeteiligung zu GKN II. In: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung / Kernforschungszentrum Karlsruhe (Hg.): Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung

von umweltrelevanten Grossvorhaben. Zwischenergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes. Band 1. Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (Speyerer Forschungsberichte, 70), S. 81–157.

Grimmer, Klaus (Hg.) (1992): Politische Techniksteuerung. Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft; Workshop. Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, Arbeitskreis Politik und Technik. Opladen: Leske + Budrich (Schriften des Institut Arbeit und Technik, 5).

Gründler, Hartmut (1977): Für Wahrheit und Redlichkeit im Lebensschutz und in der Biopolitik. Selbstverbrennung eines Lebensschützers. Wiesbaden: Biologie-Verlag (Biologische Abhandlungen, Nr. 53/54).

Gründler, Hartmut (1977): Kernenergiewerbung. Die sprachliche Verpackung der Atomenergie. Aus dem Wörterbuch des Zwiedenkens. In: Nicolas Born und Jürgen Manthey (Hg.): Die Sprache des Großen Bruders. Gibt es ein ost-westliches Kartell der Unterdrückung? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Das neue Buch, 91), S. 69–89.

Gruppe Ökologie; Hirsch, Helmut: Argumente gegen die Atomenergienutzung.

Guggenberger, Bernd; Kempf, Udo (Hg.) (1976): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. 1. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Guggenberger, Bernd; Kempf, Udo (Hg.) (1984): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. 2., neubearb. und erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

GüS (1978): Bürgerdialog und Partizipation. Zur Untersuchung des Battelle-Instituts in Frankfurt. Technologie und Politik, H. 7 by Wolfgang Schluchter. Review. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 9 (1), S. 145. Online verfügbar unter [www.jstor.org/stable/24216742](http://www.jstor.org/stable/24216742).

Hagemann, Jenny (2021): Gorleben als kulturelles Erbe. Die Anti-Atom-Bewegung zwischen Historisierung und Aktualität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 17-22.

Hallerbach, Jörg (Hg.) (1978): Die eigentliche Kernspaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft. Darmstadt: Luchterhand (Sammlung Luchterhand, 256).

Hallerbach, Jörg (1978): Die Macher und die Eingemachten. Zur Durchsetzung der Kernkraft-Politik in der Bundesrepublik. In: Jörg Hallerbach (Hg.): Die eigentliche Kernspaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft. Darmstadt: Luchterhand (Sammlung Luchterhand, 256), S. 38–67.

Hallerbach, L.; Mez, Lutz (1977): Statt Polizei: Dialog - Zur Taktik der obrigkeitstaatlichen Durchsetzung des Atomprogramms. In: Lutz Mez, Robert Havemann und Manfred Wilke (Hg.): Der Atomfilz. Gewerkschaften und Atomkraft. Berlin: Olle & Wolter, S. 62–68.

Hatzfeldt, Hermann; Hirsch, Helmut; Kollert, Roland (Hg.) (1979): Der Gorleben-Report. Ungewißheit und Gefahren der nuklearen Entsorgung ; Auszüge aus dem Gutachten und dem Hearing der niedersächsischen Landesregierung ; ein Band in der Publikationsreihe des Öko-Instituts, Freiburg i. Br. Orig.-Ausg. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Publikationsreihe des Öko-Instituts Freiburg i. Br., 4031).

Hauff, Volker (1977): Das schwedische Modell zur öffentlichen Diskussion über Energiepolitik. Bonn (Information des Bundesministers für Forschung und Technologie).

Hauff, Volker (Hg.) (1980): Kernenergie und Medien. Protokolle, Referate, Analysen, Themenmatrix, Pressespiegel eines BMFT-Seminars in Zusammenarbeit mit dem Battelle-Inst. e.V., Frankfurt am Main. Unter Mitarbeit von Shirley van Buiren. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 11).

Hauff, Volker (1980): Vorwort. In: Volker Hauff (Hg.): Kernenergie und Medien. Protokolle, Referate, Analysen, Themenmatrix, Pressespiegel eines BMFT-Seminars in Zusammenarbeit mit dem Battelle-Inst. e.V., Frankfurt am Main. Unter Mitarbeit von Shirley van Buiren. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 11), S. VII–VIII.

Hauff, Volker (1992): Global denken, lokal handeln. Ein politisches Fazit. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Hennen, Leonhard, Katz, Christine; Paschen, Herbert; Sauter, Arnold (1997): Präsentation von Wissenschaft im gesellschaftlichen Kontext. Zur Konzeption eines „Forums für Wissenschaft und Technik“. Berlin: Edition Sigma (Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, 4).

Hermann, Armin; Schumacher, Rolf (Hg.) (1986): Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation. München: Moos & Partner.

Hieber, Lutz (1983): Aufklärung über Technik. Zum Unterschied von wissenschaftlicher und politischer Technikkritik. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Hüfler, Wilfried, Westermayer, Manfred (Hg.) (1997): Hartmut Gründler. Ein Leben für die Wahrheit - ein Tod gegen die Lüge ; Schriften, Dokumente, Würdigungen. 1. Aufl. Gundelfingen: G&M Westermayer.

Illing, Falk (2012): Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949 - 2013. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Jaeger, Alexandra; Kleinschmidt, Julia; Templin, David (Hg.) (2018): Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren. Klartext Verlag. Essen: Klartext.

Joppke, Christian (1993): Mobilizing against Nuclear Energy. A Comparison of Germany and the United States. Berkeley: University of California Press.

Jung, Matthias (1994): Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jungermann, Helmut; Rohrmann, Bernd; Wiedemann, Peter M. (Hg.) (1991): Risikokontroversen. Konzepte, Konflikte, Kommunikation. Berlin: Springer.

Jungk, Robert (1977): Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. 3., durchges. Aufl. München: Kindler.

Kein oder kein zur Thematik passender Verweis im Textabschnitt (Hg.) (2022): Dies ist nur ein Konstrukt.

Kiersch, Gerhard; Oppeln, Sabine von (1983): Kernenergiekonflikt in Frankreich und Deutschland. Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag (WAV) (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Forschungen und Analysen).

Kiper, Manuel (2014): Dialogforen: Zeitverschwendung oder Chance? In: Klaus Fichter und Uwe Schneidewind (Hg.): Umweltschutz im globalen Wettbewerb. Neue Spielregeln für das grenzenlose Unternehmen. Softcover reprint of the original 1st ed. 2000. Berlin: Springer, S. 303–310.

Kitschelt, Herbert (1980): Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Klatt, Hartmut (1984): Technologiefolgenbewertung im Bereich des Bundestages. Ein Modell zur Optimierung der parlamentarischen Kontrolle. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 15 (4), S. 510–523. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/24221790>.
- Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz (2016): Abschlussbericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe. Verantwortung für die Zukunft. Ein faires und transparentes Verfahren für die Auswahl eines nationalen Endlagerstandortes. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.bundestag.de/endlager-archiv/blob/434430/bb37b21b8e1e7e049ace5db6b2f949b2/drs\\_268-data.pdf](https://www.bundestag.de/endlager-archiv/blob/434430/bb37b21b8e1e7e049ace5db6b2f949b2/drs_268-data.pdf).
- Kunze, Conrad; Becker, Sören (2015): Wege der Energiedemokratie. Emanzipatorische Energiewenden in Europa. 1., Aufl. Stuttgart: ibidem.
- Matthöfer, Hans (1976): Interviews und Gespräche zur Kernenergie. „Den unsterblichen Tiger am Schwanz gepackt“. Karlsruhe: Müller (Recht, Justiz, Zeitgeschehen, 28).
- Matthöfer, Hans (Hg.) (1977): Schnelle Brüter, pro und contra. Protokoll d. Expertengesprächs vom 19.5.1977 im Bundesministerium für Forschung u. Technologie. Deutschland. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 1).
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1981): Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. 4. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Rowohlt's Enzyklopädie, 422).
- Meyer, Jan-Henrik (2014): 'Where do we go from Wyhl?'. Transnational Anti-Nuclear Protest targeting European and International Organisations in the 1970s. In: Historical Social Research / Historische Sozialforschung 39 (1), S. 212–235.
- Meyer, Jan-Henrik (2021): Kleine Geschichte der Atomkraft-Kontroverse in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) (21–23), 10–16.
- Meyer-Abich, Klaus Michael; Schefold, Bertram (1986): Die Grenzen der Atomwirtschaft. Die Zukunft von Energie, Wirtschaft und Gesellschaft; Vorwort und Nachwort „Nach der Katastrophe von Tschernobyl“. 4., erw. Aufl. München: Beck (Die Sozialverträglichkeit von Energiesystemen, Bd. 8).
- Meyer-Renschhausen, Martin (1981): Das Energieprogramm der Bundesregierung. Ursachen und Probleme staatl. Planung im Energiesektor d. BRD. Frankfurt a.M.: Campus Verlag (Campus-Forschung, 206).
- Mez, Lutz; Havemann, Robert; Wilke, Manfred (Hg.) (1977): Der Atomfilz. Gewerkschaften und Atomkraft. Berlin: Olle & Wolter.
- Mez, Lutz; Richter, Manfred (Hg.) (1981): Die Plutoniumgesellschaft. Folgen der Kernenergienutzung für das Leben in der Zukunft. München: Minerva-Publikationen (Beiträge des Instituts für Zukunftsforschung, 16).
- Michaelis, Hans (Hg.) (1986): Handbuch der Kernenergie. Kompendium d. Energiewirtschaft u. Energiepolitik. Düsseldorf: Econ-Verlag.
- Michelsen, Gerd (1997): Große Herausforderung. Entwicklung, Stand und Perspektiven der Umweltbildung in Deutschland. In: politische Ökologie (51 (Mai/Juni)).
- Möller, Detlev (2009): Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland. Administrativ-politische Entscheidungsprozesse zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit, zwischen nationaler und internationaler Lösung. (zugleich Dissertation Hamburg Universität der Bundeswehr 2007). Frankfurt am Main: Peter Lang (Studien zur Technik-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 15).

- Müller, Wolfgang D. (1986): Die Kernenergiekontroverse in Deutschland. In: Hans Michaelis (Hg.): Handbuch der Kernenergie. Kompendium d. Energiewirtschaft u. Energiepolitik. Düsseldorf: Econ-Verlag, 405-440.
- Nelkin, Dorothy; Pollak, Michael (1977): The Politics of Participation and the Nuclear Debate in Sweden, the Netherlands, and Austria. In: Public Policy 25 (3), S. 334-357.
- Nelles, Wilfried; Oppermann, Reinhard (Hg.) (1980): Partizipation und Politik. Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Partizipation. Göttingen: Schwartz.
- Neukirch, Mario (2018): Die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (1974-2017) – Reform, Revolution, oder Restauration? Makroperspektive auf einen Dauerkonflikt. In: sozialpolitik.ch 1 (1), Artikel: 1.3. Online verfügbar unter <http://doc.rero.ch/record/322661>.
- Nolting, Tobias; Thießen, Ansgar (Hg.) (2008): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Ökologiegruppe Frankfurt (1977): Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner. Ein Leitfaden für den Widerstand. München: Trikont.
- Paul, Reimar (2011-2017): Unberechenbar auch für sich selbst. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf. Buch und 2 CD. 1. Aufl. Hamburg: Laika Verlag (Bibliothek des Widerstands, 18), 197-.
- Peters, Hans Peter (1991): Risiko-Kommunikation. Kernenergie. In: Helmut Jungermann, Bernd Rohrman und Peter M. Wiedemann (Hg.): Risikokontroversen. Konzepte, Konflikte, Kommunikation. Berlin: Springer, S. 63-159.
- Peters, Hans Peter; Lemkuhl, Markus; Fähnrich, Birte (2020): Germany. Continuity and change marked by a turbulent history. In: Toss Gascoigne, Bernard Schiele, Joan Leach, Michelle Riedinger, Bruce V. Lewenstein, Luisa Massarani und Peter Broks (Hg.): Communicating Science. A Global Perspective. Unter Mitarbeit von Bruce V. Lewenstein, Luisa Massarani und Peter Broks. Acton: ANU Press, S. 317-350.
- Pichler, Luisa (2012): Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung. Salzburg: Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ-Arbeitspapiere, 16).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1977): Jahresbericht der Bundesregierung 1976. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1977): Jahresbericht der Bundesregierung 1976. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1978): Jahresbericht Bundesregierung 1977. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1978): Jahresbericht Bundesregierung 1977. Bonn.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1979): Jahresbericht der Bundesregierung 1978. Bonn: Deutscher Bundes-Verlag.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1979): Jahresbericht der Bundesregierung 1978. Bonn: Deutscher Bundes-Verlag.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1980): Bonner Almanach 1980/81. Politik zum Nachschlagen. Bonn (Bürger-Informationen).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1980): Jahresbericht Bundesregierung 1979. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1980): Jahresbericht Bundesregierung 1979. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1980): Kernenergie. Stichworte zur Politik der Bundesregierung. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bonner Almanach 1980/81. Politik zum Nachschlagen. Bonn (Bürger-Informationen), S. 188–197.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1981): Jahresbericht Bundesregierung 1980. Bonn.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1982): Jahresbericht der Bundesregierung 1981. Bonn.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1983): Jahresbericht Bundesregierung 1982. Bonn.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1984): Jahresbericht der Bundesregierung 1983. Bonn.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (1985): Jahresbericht Bundesregierung 1984. Bonn.

Quermann, Andreas (2009): Wiederkehrende Motive in Fotos der Anti-Atomkraft-Bewegung. In: Charlotte Bigg und Jochen Hennig (Hg.): Atombilder. Ikonografie des Atoms in Wissenschaft und Öffentlichkeit des 20. Jahrhunderts. Göttingen: Wallstein (Abhandlungen und Berichte / Deutsches Museum, 25), S. 197–207.

Radkau, Joachim (1980): Historische Zugänge zur Kernenergie-Problematik: Streiflichter durch die Literatur. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 31 (8), S. 486–502.

Radkau, Joachim (1983): Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse. Teilw. zugl.: Bielefeld, Univ., Habil.-Schr. : 1981. Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Rororo rororo-Sachbuch, 7756).

Radkau, Joachim (1986): Die Kernkraft-Kontroverse im Spiegel der Literatur. Phasen und Dimensionen einer neuen Aufklärung. In: Armin Hermann und Rolf Schumacher (Hg.): Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation. München: Moos & Partner, S. 307–334.

Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. 1. Aufl. München: Verlag C.H. Beck.

Radkau, Joachim (2011): Eine kurze Geschichte der Antiatomkraftbewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61 (46-47), S. 7–15. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/apuz/59680/eine-kurze-geschichte-der-deutschen-antiatomkraftbewegung?p=all>.

Radkau, Joachim; Hahn, Lothar (2013): Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft. München: Oekom Verlag (Energie & Ressourcen).

Rammert, Werner; Bechmann, Gotthard; Nowotny, Helga; Vahrenkamp, Richard (Hg.) (1983): Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 2 (Technik und Gesellschaft, 2).

Rammstedt, Otthein (1981): Referat. In: Abteilung Jugend DGB-Bundesvorstand (Hg.): Energieversorgung und Kernkraft. Protokoll eines Forums zum Thema „Kernenergie und Gewerkschaft“ im Haus der Gewerkschaftsjugend im Juni 1981. Referate und Diskussion. Veranstaltet vom Haus der Gewerkschaftsjugend und der Abt. Jugend des DGB-Bundesvorstand

- im Sommer 1981. Düsseldorf: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend (Protokolle von Arbeitstagungen, Bundesjungenschule Oberursel. Abteilung Jugend), S. 117–134.
- Rau, Helmut (1978): Kernenergieseminare - und bald ein Ende? Erfahrungen zu, über und nach Wyhl. In: Materialien zur Politischen Bildung. Analysen. Berichte. Dokumente, 7-15.
- Renn, Ortwin (1977): Kernenergie aus der Sicht der Bevölkerung. Analyse von Einstellung und Motiven. Dezember 1977. Interner Bericht. KFA·AKI·IB-1/77. Als Manuskript gedruckt. Jülich: Kernforschungsanlage Jülich. Online verfügbar unter <https://elib.uni-stuttgart.de/handle/11682/8495>.
- Renn, Ortwin (1986): Akzeptanz. In: Hans Michaelis (Hg.): Handbuch der Kernenergie. Compendium d. Energiewirtschaft u. Energiepolitik. Düsseldorf: Econ-Verlag, S. 1069–1089.
- Riedle, Klaus (1984): Wissenschaft und Kernenergie. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung zur Kontroverse um Kernenergie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Sozialwissenschaftliche Studien, Schriftenreihe der sozialwissenschaftlichen Institute der Universität Hamburg, 20).
- Roose, Jochen (2010): Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung. In: Peter H. Feindt und Thomas Saretzki (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79–103.
- Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Röthlein, Brigitte (1979): Kernenergie, ein Thema der öffentlichen Meinung. Beschreibung und Analyse eines Kommunikationsprozesses. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität München.
- Roussos, Lefteris (1981): Energiediskussion oder Energiemonolog? Ein ideologiekritischer Beitrag zum „Bürgerdialog Kernenergie“. In: Kodikas / Code 3 (3), S. 221–231.
- Rucht, Dieter (1980): Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München: Verlag C.H. Beck (Beck'sche schwarze Reihe, 222). Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/112641/1/208467.pdf>, zuletzt geprüft am 30.06.2020.
- Rucht, Dieter (1982): Unkonventionelle Verbände? Bürgerinitiativen zwischen Protest und Integration. In: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 11 (1), S. 36–45.
- Rucht, Dieter (1988): Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten: zur Institutionalisierung des Widerspruchs in Politik und Recht. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 9 (2), S. 290–305.
- Rucht, Dieter (2008): Anti-Atomkraftbewegung. In: Roland Roth und Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus-Verl., S. 245–266.
- Rucht, Dieter (Interview) (2022): „Der Lohn des langen Atems“. Interview mit dem Bewegungsforscher Dieter Rucht. In: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, „ausgestrahlt und Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Hg.): Atomkraft – nein danke! 50 Jahre Anti-AKW-Bewegung : eine Geschichte erfolgreichen Widerstands. Rastede: ökobuch, S. 230–234.
- S., T. (1981): Bürgerdialog Kernkraft beerdigt. In: Publik-Forum 10 (25), S. 9.
- Schluchter, Wolfgang (1977): Bürgerdialog und Partizipation. Zur Untersuchung des Battelle-Instituts in Frankfurt. In: Freimut Duve (Hg.): Atomenergie / Brokdorf / Unterelbe: rororo (Technologie und Politik, 7), S. 84–98.

Schluchter, Wolfgang (1977): Polizei und Wissenschaft, vereint gegen Bürgerinitiativen. In: *Psychologie Heute* 4 (7), S. 13–19.

Schmidt, Thilo (1980): Kernenergie-Berichterstattung aus der Sicht der Konfliktbeteiligten. Diskussionsbeitrag, Bundesministerium für Forschung und Technologie. In: Volker Hauff (Hg.): *Kernenergie und Medien. Protokolle, Referate, Analysen, Themenmatrix, Pressespiegel eines BMFT-Seminars in Zusammenarbeit mit dem Battelle-Inst. e.V., Frankfurt am Main. Unter Mitarbeit von Shirley van Buiren. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 11), S. 55–67.*

Schmidt-Kuester, Wolf-J.; Popp, Manfred (1977): Kernenergie Diskussion im Wandel. Die nukleare Kontroverse hat sich verlagert. In: *atw (Atomwirtschaft, Atomtechnik)* 22 (Januar), S. 24–26.

Schramm, Luise (2013): *Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung. Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976–1981. Dissertation, Universität Leipzig, 2013 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B, 70).*

Schüring, Michael (2013): Advertising the Nuclear Venture: the Rhetorical and Visual Public Relation Strategies of the German Nuclear Industry in the 1970s and 1980s. In: *History and Technology* 29 (4), S. 369–398. DOI: 10.1080/07341512.2013.876248.

Schüring, Michael (2015): »Bekennen gegen den Atomstaat«. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970-1990. 1. Aufl. s.l.: Wallstein Verlag (Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte - Neue Folge, 31). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4344201>.

Schütz, Klaus (Hg.) (1983): *Überlebenslesebuch. Wettrüsten - Nord-Süd-Konflikt - Umweltzerstörung. Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Rororo, 7672).*

Siebert, Michael (1977): Die Atomkraft wird noch ganz klein. In: *Neues Forum* 24. Online verfügbar unter <http://forvm.contextxxi.org/-no-280-281-.html>.

Simonis, Georg (1992): Forschungsstrategische Überlegungen zur politischen Techniksteuerung. In: Klaus Grimmer (Hg.): *Politische Techniksteuerung. Opladen: Leske + Budrich (Schriften des Institut Arbeit und Technik, 5), S. 13–50.*

Soyka, Walther (Hg.) (1977): *Der Rechtsweg. Bremen: Forum Humanum - Internationales Komitee für Ökologie und biologische Sicherheit (Dokumentenreihe aus dem Archiv für biologische Sicherheit).*

Städner, Frank (2012): Halbe Treppe. Der Stifterverband hat viele Impulse gegeben, doch es bleiben blinde Flecken. In: Beatrice Dernbach, Christian Kleinert und Herbert Munder (Hg.): *Handbuch Wissenschaftskommunikation. Wiesbaden: Springer VS, S. 55–63.*

Sternstein, Wolfgang (2013): „Atomkraft - nein danke!“. Der lange Weg zum Ausstieg. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel. Online verfügbar unter <http://www.vlb.de/GetBlob.aspx?strDisposition=a&strIsbn=9783955580339>.

Sternstein, Wolfgang (2014): Lernprozesse beim Bürgerprotest gegen technische Großprojekte. Kann der Kampf gegen S 21 und für K 21 noch gewonnen werden? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen : Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft* (4), S. 17–29.

Stricker, Michael (2014): *Grohnde. Dokumentation der Polizeieinsätze anlässlich der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde am 19.03.1977 und der Räumung des besetzten Kühlturmgeländes am 23.08.1977. Zugl.: Münster (Westfalen), Dt. Hochsch. der Polizei,*

- Masterarbeit, 2012. Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V, 17).
- Sturm, Daniel Friedrich (2012): Peer Steinbrück. Biografie. Orig.-Ausg. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (dtv Premium, 24924).
- Tiggemann, Anselm (2010): Die „Achillesferse“ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben; 1955 bis 1985. Zugl.: Dortmund, Univ., Diss., 2002-2003. 2. Aufl. Lauf an der Pegnitz: Europaforum-Verl. (Subsidia academica Reihe A, Neuere und neueste Geschichte, 5).
- Trautmann, Günter (1984): Alte, neue oder eine andere Politik? Die Alternativbewegung gegen den Nuklearkonsens im Parteien- und Verbandssystem der Bundesrepublik. In: Bernd Guggenberger und Udo Kempf (Hg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. 2., neubearb. und erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 333–360.
- Tschiedel, Robert (1977): Wissenschaft im Konflikt um die Kernenergie. Ein wissenschaftssoziologischer Beitrag. Frankfurt am Main: Campus Verlag (Campus-Forschung).
- Tschiedel, Robert (1989): Sozialverträgliche Technikgestaltung. Wissenschaftskritik für eine soziologische Sozialverträglichkeitsforschung zwischen Akzeptabilität, Akzeptanz und Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Studien zur Sozialwissenschaft, 74).
- Uekötter, Frank (2022): Atomare Demokratie. Eine Geschichte der Kernenergie in Deutschland. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Vandamme, Ralf (2000): Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Dissertation Universität Frankfurt 1998. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Forschung Politikwissenschaft, 76).
- Vogt, Roland (1980): Kernenergie-Berichterstattung aus der Sicht der Konfliktbeteiligten. Diskussionsbeitrag, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). In: Volker Hauff (Hg.): Kernenergie und Medien. Protokolle, Referate, Analysen, Themenmatrix, Pressespiegel eines BMFT-Seminars in Zusammenarbeit mit dem Battelle-Inst. e.V., Frankfurt am Main. Unter Mitarbeit von Shirley van Buiren. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 11), S. 25–60.
- Walk, Heike; Müller, Melanie; Rucht, Dieter (2015): Prometheus. Menschen in sozialen Transformationen am Beispiel der Energiewende. Eine Literaturstudie im Auftrag der 100 Prozent erneuerbar stiftung. Verein für Protest und Bewegungsforschung e.V. Berlin. Online verfügbar unter [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2016/02/ipb\\_prometheus-studie.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2016/02/ipb_prometheus-studie.pdf), zuletzt geprüft am 25.06.2020.
- Weish, Peter (1977): Anti-matthöfer. Die Politiker müssen noch lernen. In: Neues Forum (April/Mai), S. 39–42.
- Wiedemann, Peter M. (1991): Strategien der Risiko-Kommunikation und ihre Probleme. In: Helmut Jungermann, Bernd Rohrmann und Peter M. Wiedemann (Hg.): Risikokontroversen. Konzepte, Konflikte, Kommunikation. Berlin: Springer, S. 371–394.
- Wolf, Heinz Georg (1985): Der Schrott von morgen. Zum Stand der Atomwirtschaft in der Bundesrepublik. 1. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (Dtv-Sachbuch, 10393).
- Wörndl, Barbara (1992): Die Kernkraftdebatte. Eine Analyse von Risikokonflikten und sozialem Wandel. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.

Zeilhofer, Markus (1995): Technikfolgenpolitik. Zur Gestaltungsbedürftigkeit und zur politischen Gestaltbarkeit des technischen Wandels und seiner Folgen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Studien zur Sozialwissenschaft, 149).

Zeitungsartikel- oder Zeitungsanzeigenverweis (Hg.) (2022): Dies ist nur ein Konstrukt, um Verweise auf Zeitungen und Anzeigen zu bündeln.

Zint, Günter; Lutterbeck, Claus; Wertz, Armin (1977): Atomkraft. Fotodokumente vom „Bürgerdialog“ um Atomenergie: Verlag Atelier im Bauernhaus (Heimat heute, 15).

## Anzeigenschaltungen des BMFT in Zeitungen und Zeitschriften zum bundesweiten Bürgerdialog Kernenergie

**Tabelle 13: BMFT-Anzeigenschaltungen und Maternseiten zum Bürgerdialog Kernenergie**

Anzeige	Presseorgan, Anzeigenserie, Beilage oder Maternseite	Veröffentlichungszeitraum
Kernenergie ist in der Bundesrepublik nicht denkbar ohne breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung	Anzeigenserie	August 1975
Die Bundesregierung sorgt für Sicherheit — auch mit der Kernenergie	Anzeigenserie	November 1975
Kernenergie — Der Dialog geht alle an	Anzeigenserie	Dezember 1975
Bundesminister Hans Matthöfer antwortet	Anzeigenserie	April 1976
Vorhandene Energie besser nutzen — neue Energiequellen entwickeln	Pardon	Februar April 1976/Februar 1976
Bundesminister Hans Matthöfer: Drei Antworten im Bürgerdialog Kernenergie	Anzeigenserie	Mai 1976
Bundesminister Hans Matthöfer antwortet auf kritische Fragen	Anzeigenserie	Juni 1976
Ein offenes Wort zur Kernenergie Diskussion	Lesezirkel-Beilage	August 1976
Was der Bundesminister für Forschung und Technologie mit Ihrem Urlaub zu tun hat (Neue Energiequellen)	Anzeigenserie	August 1976
Neue Technologien sichern die Energieversorgung	Maternseite	August 1976
Bundesminister Hans Matthöfer antwortet	Anzeigenserie	April 1976

<b>Anzeige</b>	<b>Presseorgan, Anzeigenserie, Beilage oder Maternseite</b>	<b>Veröffentlichungszeitraum</b>
Wir leben nicht vom Öl allein	V-illustriert	November 1976
Eine Zwischenbilanz des Bürgerdialog Kernenergie	Deutsches Monatsmagazin, Deutsches Monatsmagazin, Vorwärts	Dezember 1976
Informationen zur Kernenergie	Anzeigenserie	Dezember 1976
Kernenergie und ihre Alternativen	Anzeigenserie	April 1977
Sichere Energie für eine lebenswerte Umwelt	Sozialdemokrat-Magazin	Oktober/November 1977
Energie für die Zukunft	Vorwärts, Deutsches Monatsblatt, Berliner Studentenzeitung sowie Anzeigenserie	Oktober, November, Dezember 1977
Sichere Energie für eine lebenswerte Umwelt	Deutsches Monatsblatt	Dezember 1977
Wo kommt die Energie für morgen her?	Beilagen für Zeitschriften FÜR SIE und ZUHAUE	Dezember 1977, Januar 1978
Forschung für die Sicherheit von Kernkraftwerken	Vorwärts	Mai 1978
Sichere Energie für eine lebenswerte Umwelt	Vorwärts	Juni 1979
Wir geben mehr als 2 Milliarden Mark aus um nicht nur auf Kernkraft angewiesen zu sein	Vorwärts	Juni 1979
Vielleicht sollten wir manche unserer Energieprobleme ein bisschen rückschrittlicher lösen	Vorwärts	Mai 1979
Unsere billigsten Energiequellen haben einen Nachteil. Sie sind zu teuer	Vorwärts	Mai 1979
Über das Thema Kernenergie und ihre Alternativen gibt es eine Serie von fünf Informationspostern	[BArch, B 196/50777]	1980

Quelle: Plenarprotokoll 08/66, eigene Ergänzungen

## **Per Coupon-Anzeigen anzufordernde Broschüren, Verlagsveröffentlichungen und Sonderdrucke**

### **Per Coupons in BMFT-Magazin ENERGIEDISKUSSION**

- Kernenergie - eine Bürgerinformation
- Nukleare Entsorgung - eine Bürgerinformation
- Programm Energieforschung und Energietechnologien
- Programm Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie
- Interviews und Gespräche zur Kernenergie
- „„Sichere Energien für eine lebenswerte Umwelt -
- Ziele und Schwerpunkte der Energieforschung“, „(achtseitiges Faltblatt, DIN A 4)“
- Sicherheit und Umweltschutz bei der nuklearen Entsorgung
- Programm Forschung zur Sicherheit von Leichtwasserreaktoren
- Kohle - Sichere Energie - Sichere Arbeitsplätze

### **Per Coupons in BMFT-Anzeigen**

- Kernenergie - eine Bürgerinformation
- Hans Matthöfer: Interviews und Gespräche zur Kernenergie
- Carl Amery/Hans Matthöfer, „Wie wollen wir künftig leben?“ Streitgespräch (Sonderdruck des Vorwärts)
- „Unter der Wolke des Atoms“. Expertendiskussion (Sonderdruck aus DIE ZETT)
- Programm Energieforschung und Energietechnologien (1977-1980)
- Programm Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie (1977-1980)
- Sichere Energie für eine lebenswerte Zukunft (Kurzinformation über Ziele und Schwerpunkte der Energieforschung)
- Informationsschrift Kernenergie – Die Bundesregierung informiert
- Informationsposter, u. a. zur Kernenergie
- Broschüre „Zwischenbilanz der Energiediskussion“
- Informationsmaterial zur Kernenergie
- Programm „Forschung zur Sicherheit von Leichtwasserreaktoren“
- Das Magazin „Energiediskussion“ (erschien zweimonatlich)

## **BMFT-Herausgeberschaften in der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“**

Matthöfer, Hans (Hg.) (1977): Schnelle Brüter, pro und contra. Protokoll d. Expertengesprächs vom 19.5.1977 im Bundesministerium für Forschung u. Technologie. Deutschland. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 1).

Matthöfer, Hans (Hg.) (1977): Energiebedarf und Energiebedarfsforschung. Referate und Ergebnisse einer Tagung der BMFT in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Kernenergie“ der Universität Bremen. Unter Mitarbeit von Dieter von Ehrenstein. Deutschland. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 2).

Matthöfer, Hans (Hg.) (1977): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 3).

Hauff, Volker (Hg.) (1978): Energie, Wachstum, Arbeitsplätze. Unter Mitarbeit von Wolfgang Klauer. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 4/5).

Hauff, Volker (Hg.) (1978): Energieversorgung und Lebensqualität. Wissenschaftliche Redaktion Herbert Krümpelmann. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 6).

Hauff, Volker (Hg.) (1979): Energiediskussion in Europa. Berichte und Dokumente über die Haltung der Regierungen, Parteien und Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft zur Kernenergie. Wissenschaftliche Redaktion Lutz Mez. Institut für Zukunftsforschung. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 7).

Hauff, Volker (Hg.) (1980): Expertengespräch Reaktorsicherheitsforschung. Protokoll des Expertengesprächs vom 31.8. - 1.9.1978 im Bundesministerium für Forschung u. Technologie. Deutschland. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 8).

Hauff, Volker (Hg.) (1980): Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Politische Dimensionen und Reaktionen. Wissenschaftliche Redaktion Otthein Rammstedt. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 9).

Hauff, Volker (Hg.) (1980): Gerichtsentscheidungen zu Kernkraftwerken. Wissenschaftliche Redaktion Hartmut Albers. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 10).

Hauff, Volker (Hg.) (1980): Kernenergie und Medien. Protokolle, Referate, Analysen, Themenmatrix, Pressespiegel eines BMFT-Seminars in Zusammenarbeit mit dem Battelle-Inst. e.V., Frankfurt am Main. Unter Mitarbeit von Shirley van Buiren. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 11).

Hauff, Volker (Hg.) (1980): Handlungsspielräume der Energiepolitik. Mittel- und längerfristige Perspektiven bedarfsorientierter Energiesysteme für die Bundesrepublik. Von Ulrich Steger und Klaus M. Meyer-Abich. Villingen: Neckar-Verlag (Argumente in der Energiediskussion, 12).

## Vom BMFT veranstaltete öffentliche Diskussionsveranstaltungen für Bürger\*innen mit Bundesforschungsminister Matthöfer im Jahr 1976

- 30.01.1976, Essen, 350 Teilnehmende
- 20.03.1976, Darmstadt, 600 Teilnehmende
- 03.04.1976, Schweinfurt, 300 Teilnehmende
- 29.04.1976, Hannover, 250 Teilnehmende (Matthöfer durch PSt Hauff vertreten)
- 02.07.1976, Koblenz, 200 Teilnehmende (Bericht in der Ufa-Wochenschau)
- 09.07.1976, Frankfurt, 600 Teilnehmende.

## Vom BMFT veranstaltete öffentliche Seminare für Bürger\*innen oder Fachleute

**Tabelle 14: Bürgerdialog-Kernenergie-Seminare des BMFT 1976-1977**

Seminartitel	Veranstaltungsort	Datum
Nicht bekannt	Otzenhausen/Saar	24.-.25.01.1976
Nicht bekannt	Bad Boll	27.01.1976
Nicht bekannt	Rutting b.München	26.02.1976
Nicht bekannt	Worphausen	16.03.1976
Nicht bekannt	Bergisch-Gladbach	24.-.25.04.1976
Nicht bekannt	Dortmund	06.05.1976
Nicht bekannt	Hamerling	08.-09.05.1976
Nicht bekannt	Nürnberg	29.-30.05.1976
Nicht bekannt	Meckenheim	10.06.1976
Nicht bekannt	Ludwigshafen	26.-27.06.1976

<b>Seminartitel</b>	<b>Veranstaltungsort</b>	<b>Datum</b>
Nicht bekannt	Ludwigshafen	17.-18.07.1976
Nicht bekannt	Gummersbach	08.-09.10.1976
Nicht bekannt	Insel Reichenau	06.-07.11.1976
Nicht bekannt	Nürnberg	12.-14.11.1976
Nicht bekannt	Gummersbach	26.-27.11.1976
Nicht bekannt	Falkau	03.-05.12.1976
Nicht bekannt	Bendorf	11.-12.12.1976
Kernenergie – Notwendigkeit und Sicherheit	Eberhard-Zell	17.-19.05.1977
Energieversorgung und Lebensqualität	Hamburg	10.-12.06.1977
Konfliktbereiche und Konfliktmodelle in der Kernenergie-Diskussion	Schwerte	20.-24.06.1976
Kernenergie – Notwendigkeit und Sicherheit	Otzenhausen	10.-12.06.1977
Energieeinsparung und Erschließung neuer Energien	Königstein	24.-26.06.1977
Energieversorgung und Lebensqualität	Bad Boll	19.-21.08.1977
Konfliktbereiche und Konfliktmodelle in der Kernenergie-Diskussion	Freising	19.-23.09.1977
Energieeinsparung und Erschließung neuer Energien	Bad Nauheim	14.-16.10.1977
Kernenergie – Notwendigkeit und Sicherheit	Gummersbach	30.09.-02.10.1977
Konfliktbereiche und Konfliktmodelle in der Kernenergie-Diskussion	Sasbachwalden	17.-21.10.1977
Energieversorgung und Lebensqualität	Falkau	25.-27.11.1977
Expertengespräch Schneller Brüter		16.-17.11.1977
Energiebedarfs-Prognosen (Fachleute)	Bremen	23.-27.05.1977

Seminartitel	Veranstaltungsort	Datum
Energie und Arbeitsplätze (Fachleute)	Dortmund	04.-07.07.1977
Energieeinsparung – Forschungslage und Rahmenbedingungen (Fachleute)	Bremen	19.-23.09.1977
Energie und Lebensqualität (Fachleute)	Trier	10.-14.10.1977
Durchspielen von Konfliktlösungs-Modellen mit Vertretern unterschiedlicher Gruppen, Planspiele	Schwerte	20.-24.06.1977
	Oberhausen	25.-29.07.1977
	Freising	19.-23.09.1977
	Sasbachwalden	17.-21.10.1977
	Gummersbach	28.11.-02.12.1977
Energie/Kernenergie im Schulunterricht und in der Erwachsenen-Bildung, Seminare für Lehrer	Gummersbach	25.-29.04.1977
	Freising	21.-26.05.1977
	Hamburg	06.-10.06.1977
	Bad Boll	22.-26.06.1977
	Bad Nauheim	12.-16.09.1977
	Hornburg/Wolfenbüttel	24.-29.10.1977
Seminar für Richter	Bad Boll	08.-11.11.1977
Expertengespräch Reaktorsicherheitsforschung	Bonn	31.08.-01.09.1978

Quelle: BArch, B 134/10903. Buchreihe „Argumente in der Energiediskussion“.

## Gesprächskreis Bürgerdialog Kernenergie des BMFT mit gesellschaftlichen Gruppen: Termine und Teilnehmende

### Daten der Gesprächskreise:

- Gesprächskreis 1: 28.03.1977
- Gesprächskreis 2: 13.12.1977
- Gesprächskreis 3: 24.01.1979
- Gesprächskreis 4: 28.02.1980
- Gesprächskreis 5: 20.01.1981

**Tabelle 15: Übersicht über die an den fünf Terminen des Gesprächskreises Kernenergie mit den gesellschaftlichen Gruppen teilnehmenden Organisationen und Personen 1977-1981**

In Klammern: Personenzahl, falls mehr als eine Person teilgenommen hat.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Angaben aufgrund der gegebenen Datenlage nicht vollständig sind.

<b>Gesprächskreisnummer</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>
Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen für Energiesicherung und Kerntechnik					X (2)
Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland [ARD], Fernsehen und Hörfunk	X	X (2)	X (2)		
Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungsstätten				X	X
Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten					X
Bundesverband Bürgerinitiativen Umwelt	X	X (2)	X (2)	X (2)	X (2)
Bund für Lebensschutz	X	X	X		
Bund für Umwelt- und Naturschutz (bis 1977: BUND Natur- und Umweltschutz)	X	X	X (2)	X	X (2)
Bundesverband der Deutschen Industrie		X			X
CDU	X		X		X
Collegium Humanum				X	
CSU	X	X	X		
Deutsche Angestelltengewerkschaft	X		X	X	X
Deutsche Lebensschutzverbände und Bürgerinitiativen		X (2)	X	X (2)	
Deutscher Bauernverband	X	X	X		
Deutscher Bundesjugendring	X	X	X		
Deutscher Gewerkschaftsbund	X	X	X	X	X*
Deutscher Industrie- und Handelstag		X	X	X	X
Deutscher Landkreistag			X		

<b>Gesprächskreisnummer</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>
Deutscher Naturschutzring	X	X	X	X	X
Deutscher Städtetag			X		
Deutscher VHS-Verband				X	X
Die gewerbliche Wirtschaft				X	
Evangelische Akademien				X	X
FDP			X		
Friedrich-Ebert-Stiftung				X	X
Friedrich-Naumann-Stiftung					X (2)
Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Wirtschaft	X (2)		X (2)	X	
Hessischer VHS-Verband				X	X
Hans-Seidel-Stiftung				X	
Jungdemokraten		X	X		X
Internationales Jugendsozialwerk				X	
Junge Union		X		X	X (2)
Jungsozialisten in der SPD		X			
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung				X	X
Kolping Bildungswerk					X
Kommissariat der Deutschen Bischöfe Katholisches Büro	X	X	X		
Konrad-Adenauer-Stiftung				X	X
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg				X	X
LBU				X (2)	
Politischer Arbeitskreis Schulen					X
SPD	X		X		
Studentische Zentralstelle für den Bundesjugendplan		X	X		

<b>Gesprächskreisnummer</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>
Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschland	X	X	X (2)	X	X
Verein Deutscher Ingenieure					X (2)
Weltbund zum Schutz des Lebens		X (2)	X (2)	X	
Zentralverband des Deutschen Handwerks	X		X	X	
Zweites Deutsches Fernsehen		X	X	X	X
(1) Person keiner Gruppe zuordenbar	X				
(2) Person keiner Gruppe zuordenbar				X	
(3) Person keiner Gruppe zuordenbar				X	
(4) Person keiner Gruppe zuordenbar					X
<b>Gruppen</b>	<b>17</b>	<b>20</b>	<b>25</b>	<b>28</b>	<b>27</b>
<b>Personen</b>	<b>18</b>	<b>24</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>33</b>

**Gesamtsumme: mind. 47**

\* Schriftliche Eingabe

Quellen: BMFT 1977 ‚Ergebnisprotokoll 18. März 1977‘, BArch, B 106/52569 (Anwesenheitsliste vermutlich unvollständig, rekonstruiert aus dem Protokoll); BMFT 1977 ‚Anwesenheitsliste 13.12.1977‘, BArch, B 136/10904; Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Teilnehmerliste 24.1.1979‘, BArch, B 136/10904; BMFT 1980 ‚Teilnehmerliste 28.02.1980‘, BArch, B 145/16855; BMFT 1981 ‚Teilnehmerliste 20.01.1981‘, BArch, B 145/16855. Eigene Darstellung.

**Tabelle 16: Teilnehmer\*innen aus Regierung und Verwaltung am Gesprächskreis Kernenergie mit gesellschaftlichen Gruppen**

<b>Gesprächskreis</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>
Ministerien und Regierung					
BMFT	Minister Matthöfer	Minister Matthöfer	Minister Hauff	Minister Hauff	
	Dr. Klaus Lang	Dr. Klaus Lang	Dr. Klaus Lang	Peter Niederelz	Peter Niederelz
		Dr. Gerd Eisenbeiß	Parl. St. Stahl	Wilhelm Kulke	Wilhelm Kulke

Gesprächskreis	1	2	3	4	5
		Dr. Moritz	Dr. Popp	Frau Maaß	Frau Maaß
		Dr. Baars	Dr. Baars	Dr. Däunert	unleserlich
			Dr. Zuckerschwerdt	Dr. Ziegler	unleserlich
		Frau Bange- mann	Frau Bange- mann	Dr. Diehl	
			Frau Kittelmann		
			Peter Niedereiz (DFVLR)	Herr Böhm (DFLVR)	Herr Böhm (DFLVR)
Bundeskanzleramt		MR Dr. Schmitz- Wenzel	Dr. Steinbrück		
			Frau Hammers- Strizek		
BMI		Dr. Pfaffel- huber	Dr. Schnurrer		
BMWi		Dr. Schill	Herr Cronen- berg		
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung		Herr Buß	Herr Buß		

Quellen: BMFT 1977 ‚Ergebnisprotokoll 18. März 1977‘, BArch, B 106/52569 (Anwesenheitsliste vermutlich unvollständig, rekonstruiert aus dem Protokoll); BMFT 1977 ‚Anwesenheitsliste 13.12.1977‘, BArch, B 136/10904; Der Bundesminister für Forschung und Technologie 1979 ‚Teilnehmerliste 24.1.1979‘, BArch, B 136/10904; BMFT 1980 ‚Teilnehmerliste 28.02.1980‘, BArch, B 145/16855; BMFT 1981 ‚Teilnehmerliste 20.01.1981‘, BArch, B 145/16855. Eigene Darstellung.

## Beispiele aus Veranstaltungsprogrammen freier Träger

**Abbildung 19: Agenda Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet  
Kernenergie-Seminar im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie  
am 27. August 1977, Programm**

BÜRGERAKTION UMWELTSCHUTZ ZENTRALES OBERRHEINGEBIET e.V.  
Geschäftsstelle: Umweltzentrum, 7500 Karlsruhe, Kronenstr. 9

### KERNENERGIESEMINAR

im Rahmen des  
Bürgerdialogs Kernenergie  
am 27. August 1977

#### Programm:

- bis 9.30 Uhr Eintreffen der Teilnehmer  
9.45 Uhr Begrüßung, Ausgabe der Unterlagen  
10.00 Uhr Erste Arbeitseinheit:  
Sicherheit und Entsorgung von Kernkraftwerken  
Vertreter der Badenwerk AG (angefragt)  
Dr. L. Trunko, Bürgeraktion Umweltschutz Wöschbach  
11.00 Uhr Diskussion  
13.00 Uhr Mittagessen  
14.30 Uhr Zweite Arbeitseinheit:  
Die Rolle der Kernenergie und der alternativen  
Energiequellen in der Energieversorgung  
Dr. Maurer, Inst. f. experimentelle Kernphysik  
F. P. Büb, Bürgeraktion Umweltschutz Karlsruhe  
15.30 Uhr Kaffeepause  
16.00 Uhr Diskussion  
18.30 Uhr Abendessen  
19.30 Uhr Schlußdiskussion, gemütlicher Ausklang

Die Tagungsgebühr beträgt 10,- DM und schließt die Kosten des  
Mittagessens mit ein.

Tagungsleitung: Reinhold Hillenbrand.

Anmeldung: Schriftlich per Post oder im Umweltzentrum, Karlsruhe,  
Kronenstr. 9

#### **Bürgeraktion Umweltschutz veranstaltet Kernenergie-Seminar**

Am 27. August 1977, ab 9 Uhr (ganztägig) führt die Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet ein Seminar zum Thema Kernenergie durch. In zwei Arbeitseinheiten werden »Sicherheit und Entsorgung von Kernkraftwerken« und die »Rolle der Kernenergie und der alternativen Energiequellen in der Energieversorgung« jeweils von Befürwortern und Gegnern der Kernenergie dargestellt. Als Vortragende konnten Vertreter des Badenwerks, des Kernforschungszentrums und von Bürgerinitiativen gewonnen werden. Um dem Zuhörer eine möglichst fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen, ist viel Zeit zum Fragen und Diskutieren vorgesehen.

Quelle: Umweltzentrum 1977 ‚Agenda Bürgeraktion‘: 23.

Abbildung 20: Agenda Kernenergie-Seminar mit Befürwortern und Gegnern - am 3. Dezember 1977, Programm

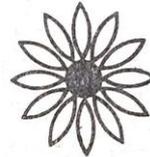
# UMWELTZENTRUM

7500 Karlsruhe

Kronenstraße 9

TREFFPUNKT für

INFORMATION  
GESPRÄCH  
ZUSAMMENARBEIT



E I N L A D U N G z u m

## Kernenergie - Seminar am 3. 12.

mit Befürwortern und Gegnern - entsprechend den Richtlinien  
des "Bürgerdialogs" Kernenergie des Bundesforschungsministers

### P r o g r a m m

- 9.30 Begrüßung, Ausgabe von Unterlagen
- 9.45 1. Arbeitseinheit:  
"Kernenergie - notwendig und sicher?"  
Dr. <sup>Bub</sup>~~Rückert~~ von der Firma Interatom  
F. P. Bub von der Bürgeraktion Umweltschutz
- 11.15 Diskussion
- 13.00 Mittagessen
- 14.15 2. Arbeitseinheit:  
"Wiederaufarbeitung und Entsorgung"  
Dr. <sup>Kreibel</sup>~~Kreibel~~, Projekt Wiederaufarbeitung der Gesellschaft für Kernforschung  
Dipl. Chem. R. Ratka, Tutorium Umweltschutz der Universität Heidelberg
- 16.00 Kaffeepause
- 16.30 Diskussion
- 19.00 Ende des Seminars

Anmeldung ab sofort im Umweltzentrum oder schriftlich.

Eigenbeteiligung DM 10.-- (Schüler, Stud., Azubi, Rentner DM 5)

Umweltzentrum geöffnet Mi 14-18, Do 18-19, Sa 10-14 Uhr

Bürgeraktion Umweltschutz + Arbeitskreis Umwelt an der  
Karlsruhe, Kronenstr. 9 Universität, Adenauerring 7

Quelle: Umweltzentrum 1977 'Agenda Kernenergie-Seminar mit Befürwortern und Gegnern': 36.

## Veranstaltung „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie“, 1980 in der Evangelischen Akademie Loccum: Tagungsprogramm und Arbeitskreise

Abbildung 21: Tagungsprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit: Am Beispiel der Kontroverse um die Kernenergie“, 7.-9. März 1980 in der Evangelischen Akademie Loccum

### Freitag, den 7. März 1980

- 15.30 Uhr Anreise zum Kaffeetrinken  
 16.00 Uhr Begrüßung  
 16.15 Uhr **Die Kernenergie – Kontroverse als eigentliche und uneigentliche Diskussion**  
 – Zum historischen Zusammenhang von kerntechnischer Entwicklung und Anti-AKW-Bewegung –  
 Prof. Dr. Joachim Radkau, Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe, Bielefeld  
 18.30 Uhr Abendessen  
 19.30 Uhr **Zwischenbilanz des Bürgerdialogs Kernenergie**  
 Dipl.-Päd. Peter Niedereiz, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn  
 20.00 Uhr **Vom Risikobegriff zur Akzeptanzproblematik in der Kontroverse um die Kernenergie**  
 – Probleme und Perspektiven der Akzeptanzforschung –  
 Gotthard Bechmann / Dipl.-Math. Günter Frederichs,  
 Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, Abteilung für Angewandte Systemanalyse

### Samstag, den 8. März 1980

- 8.30 Uhr Einladung zur Morgenandacht  
 8.45 Uhr Frühstück  
 9.15 Uhr **Dialogspiel der Experten**  
 – Wissenschaftssoziologische Analyse eines Konfliktes –  
 Prof. Dr. Helga Nowotny, Direktor des Europäischen Zentrums für Ausbildung und Forschung  
 auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt, Wien

### 11.15 Uhr Konstituierung der Arbeitsgruppen Zum Verhältnis von „wissenschaftlicher“ und „öffentlicher“ Diskussion

- |   |   |
|---|---|
| <b>Arbeitsgruppe 1 „Unfallproblematik – Sicherheitsfragen“:</b><br>Moderator: Dipl.-Ing. Leopold Barleon,<br>Kernforschungszentrum<br>Karlsruhe GmbH                  | Referenten: Dr. Dietrich Budnick,<br>Kraftwerk Union AG, Erlangen<br>Dr. Hans-Jürgen Danzmann,<br>Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH, Köln<br>Dipl.-Phys. Lothar Hahn, Wiesbaden<br>N. N. |
| <b>Arbeitsgruppe 2 „Radioökologie – Wirkung geringer Strahlendosen“:</b><br>Moderator: Dipl.-Phys. Hannes Edelhäuser,<br>Bundesministerium des Inneren, Bonn          | Referenten: Prof. Dr. Jörn Black-Neuhaus,<br>Universität Bremen<br>Dr. Alfred Feldmann,<br>Kernforschungsanlage Jülich GmbH   |
| <b>Arbeitsgruppe 3 „Endlagerung“:</b><br>Moderator: Dr. Helmut Hirsch,<br>Institut für angewandte Ökologie e. V.,<br>Hannover   | Referenten: Dipl.-Ing. Werner Bechtold,<br>Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH<br>Dr. Friedrich Mauthé,<br>Universität Hannover  |
| <b>Arbeitsgruppe 4 „Brennstoffkreis – Proliferation“:</b><br>Moderator: Dr. Friedhelm Solms,<br>Forschungsstätte der Evangelischen<br>Studiengemeinschaft, Heidelberg | Referenten: Dr. Wolf von Osten,<br>Bundesministerium für Forschung und<br>Technologie, Bonn<br>Prof. Dr. Dieter von Ehrenstein,<br>Universität Bremen   |
| <b>Arbeitsgruppe 5 „Alternativen zur Kernenergie – Energiebedarf“:</b><br>Moderator: Dr. Günter Küppers,<br>Universität Bielefeld                                     | Referenten: Dipl.-Inform. K. Friedrich Müller-Reis mann,<br>Institut für angewandte Systemforschung<br>und Prognose e. V., Hannover<br>Dr. Peter Penczynski,<br>Kraftwerk Union AG, Erlangen  |

- 12.30 Uhr Mittagessen  
 In der Mittagspause besteht die Gelegenheit zur Besichtigung des Zisterzienserklosters Loccum  
 (gegr. 1163)  
 15.30 Uhr Kaffeetrinken  
 16.00 Uhr Fortsetzung der Gruppenarbeit  
 18.30 Uhr Abendessen  
 19.30 Uhr Fortsetzung der Gruppenarbeit  
 (Erstellung der Arbeitsgruppen-Berichte)

### Sonntag, den 9. März 1980

- 8.30 Uhr Einladung zur Morgenandacht  
 8.45 Uhr Frühstück  
 9.15 Uhr Berichte aus den Arbeitsgruppen  
 10.30 Uhr **Schlußdiskussion, eingeleitet durch:**  
**Das Parlament zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit**  
 – Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der Enquetekommission  
 „Zukünftige Kernenergie-Politik“ –  
 Reinhard Ueberhorst, MdB, Vorsitzender der Enquetekommission „Zukünftige Kernenergie-  
 Politik“ des Deutschen Bundestages

Die Tagung endet mit dem Mittagessen um 12.30 Uhr

**Tabelle 17: Geplante Arbeitsgruppen zum Verhältnis von „wissenschaftlicher“ und „öffentlicher“ Diskussion bei der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum**

<b>Arbeitsgruppe</b>	<b>1: Unfallproblematik und Sicherheitsfragen</b>	<b>2: Radioökologie- Wirkung geringer Strahldosen</b>	<b>3: Endlagerung</b>	<b>4: Brennstoff- kreislauf – Proliferation</b>	<b>5: Alternativen zur Kern- energie – Energie- bedarf</b>
Moderator	Dipl.-Ing. Leopold Barleon, Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH	Dipl.-Phys. Hannes Edelhäuser, BMI, Bonn	Dr. Helmut Hirsch, Institut für angewandte Ökologie e.V., Hannover	Dr. Friedhelm Solms*, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft, Heidelberg	Prof. Dr. Meinolf Dierkes*, Wissenschaftszentrum GmbH, Berlin
Referent 1	Dr. Hans-Jürgen Danzmann, Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH	Prof. Dr. Jörn Bleck-Neuhaus Universität Bremen	Dipl.-Ing. Werner Bechthold, Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH	Dr. Wolf von Osten, BMFT, Bonn	Dr. Peter Penczynski, Kraftwerk Union AG, Erlangen
Referent 2	Dipl.-Phys. Lothar Hahn, Wiesbaden	Dr. Alfred Feldmann, Kernforschungsanlage Jülich GmbH	Dr. Friedrich Mauthe, Universität Hannover	Prof. Dr. Dieter von Ehrenstein, Universität Bremen	Karl-Friedrich Müller-Reißmann, Institut für Angewandte Systemforschung und Prognose e.V., Hannover
Referent 3	Dr. Dietrich Budnick, Kraftwerk Union AG, Erlangen	–	–	–	–
Referent 4	Professor Dr. Rüdiger Schäfer, Universität Bremen	–	–	–	–

<b>Arbeitsgruppe</b>	<b>1: Unfallproblematik und Sicherheitsfragen</b>	<b>2: Radioökologie- Wirkung geringer Strahldosen</b>	<b>3: Endlagerung</b>	<b>4: Brennstoffkreislauf – Proliferation</b>	<b>5: Alternativen zur Kernenergie – Energiebedarf</b>
Zahl der Teilnehmenden (teilweise inkl. Referenten und Moderator)	10	11	7	1	20

\* Dr. Solms konnte krankheitsbedingt nicht an der Veranstaltung teilnehmen, die Arbeitsgruppen 3 und 4 wurden daraufhin zusammengelegt.

Quellen: Evangelische Akademie Loccum 1980 ‚Detailliertes Tagungsprogramm „Wissenschaft und Öffentlichkeit“‘, ‚Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 1‘, ‚Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 2‘, ‚Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 3‘, ‚Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 4‘, ‚Teilnehmerliste Arbeitsgruppe 5‘, ‚Bericht über den Ablauf der Tagung‘, LkAH, E46, Nr. 1395. Eigene Darstellung.

## **Chronologie der Ereignisse und Entscheidungen zum geplanten Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Frankenberg**

**Tabelle 18: Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse November 1981 bis November 1982 WAA Frankenberg, mit Vor-, Haupt- und Nachphase**

<b>Zeit</b>	<b>Ereignis</b>	<b>Quelle</b>
16. Mai 1979 (Vorphase)	Ministerpräsident Albrecht spricht sich in einer Erklärung vor dem Niedersächsischen Landtag gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen aus	BT-Drucksache 17/13700 vom 23.05.2013
25. Feb. 1980 (Vorphase)	DWK reicht einen Antrag für eine WAA – noch ohne Standortangabe – bei der Landesregierung des Landes Hessen ein	Ueberhorst 1983: 31
1980 (Vorphase)	Faltblatt der bundesweit tätigen BBU erscheint: „Wiederaufarbeitung in Nordhessen und Rheinland-Pfalz – Neues Konzept, alte Probleme“	BBU 1980

<b>Zeit</b>	<b>Ereignis</b>	<b>Quelle</b>
30. Nov 1981 (Hauptphase)	Nach interner Verhandlung schlägt DWK Merenberg und Frankenberg als WAA-Standort vor	Ueberhorst 1983: 48
2. Dez 1981 (Hauptphase)	Meldung vom Land Hessen, dass eine WAA in Frankenberg errichtet werden soll	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik 1981; Wochendienst Nr. 50/81
23. Jan 1982 (Hauptphase)	Demonstration in Frankenberg mit 10.000 Menschen gegen die Pläne einer WAA	HNA 2012
Sommer 1982 (Hauptphase)	DWK organisiert mehrere Info-Veranstaltungen und ein Kontaktbüro in Frankenberg, zahlreiche Proteste vor Ort	Frankenberger Zeitung
20. Juli 1982 (Hauptphase)	Landesregierung Hessen beschließt, eine WAA in Frankenberg zu errichten	Frankenberger Zeitung, Ueberhorst 1983
24. Juli 1982 (Hauptphase)	Demonstration in Frankenberg von 12.000 Menschen gegen diese Entscheidung	Frankenberger Zeitung
4. Sep 1982 (Hauptphase)	Zeitgleiche Demonstrationen an vier Standorten von geplanten WAAs in Deutschland, darunter eine Demonstration in Frankenberg	Atom Müllzeitung 20, 5/1982
28. Okt 1982 (Hauptphase)	DWK gibt bekannt, die WAA nicht in Frankenberg, sondern in Bayern oder in Niedersachsen zu bauen, und zieht den Antrag zurück	HNA 2012, Ueberhorst 1983
17. Nov 1982 (Nachphase)	Konzept der offenen Bürgergesellschaft fertig gestellt und auf lokaler Ebene als Flugblatt verfügbar	Battenberg, Potente 1987, Seite 207, Seite 220
Februar 1983 (Nachphase)	Von ehemals 32 BIs sind noch acht aktiv	Battenberg, Potente 1987, Seite 220
Mai 1983 (Nachphase)	Planungsstudie unter Leitung von Ueberhorst wird abgeschlossen und kurze Zeit später veröffentlicht	Ueberhorst 1983

Quellen in der Tabelle angegeben. Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung.

## Berichte der Atommüllzeitung zur geplanten WAA Frankenberg

**Tabelle 19: Berichte zur WAA Frankenberg in „Atommüllzeitung“, Zeitraum 1981 bis 1982 (Dialogik 2023: Citavi-Datenbank, Stand Februar 2023)**

Datum oder Zeitraum	Überschrift und Anreißer	Quelle
Nov 81	<b>Hintergründe zur Ablehnung des WAA-Standortes Wethen</b> Rätselraten um einen Standort für die Hessen-WAA hatte am 9.6.81 ein vorläufiges Ende gefunden.	Atommüllzeitung, Nr. 17, Lüneburg, November 1981: 20
Mär 82	<b>Wer WAA säht, wird Widerstand ernten, Stadt Frankenberg</b> Seit dem Datum der offiziellen Bekanntgabe als WAA-Standort überstürzten sich die Ereignisse in dieser Region, dem Kreis Waldeck-Frankenberg, beinahe.	Atommüllzeitung, Nr. 18, Lüneburg, März 1982: 26.
Mai 82	<b>Widerstand gegen die Hessen-WAA Frankenberg</b> In den folgenden Tagen ist die WAA Hauptgesprächsthema in der ganzen Gegend.	Atommüllzeitung, Nr. 19, Lüneburg, Mai/Juni 1982: 28
Aug 82	<b>WAAngershausen - nie</b> Nach einer geheimen Kabinettsitzung gab der hessische Ministerpräsident Holger Börner am 21.7.82 den einstimmigen Beschluß des Kabinetts bekannt, daß sich die hessische Landesregierung unter dem Druck des Wirtschaftsministers Klaus-Jürgen Hoffie für Frankenberg-Wangenhäuser als Standort für die erste kommerzielle Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe (WAA) in der Bundesrepublik entschieden hat.	Atommüllzeitung Nr. 20 (Sonderausgabe), Lüneburg, August 1982: 10ff.
Nov 82	<b>WAA Hessen - Hat Börner sich gewandelt?</b> Landtagswahl und Bürgerdialog. Etwa zwei Monate vor den Landtagswahlen in Hessen, am 20. Juli 1982 entdeckte Ministerpräsident Holger Börner plötzlich sein Herz für die besorgten Bürger.	Atommüllzeitung, Nr. 21, Lüneburg, November 1982: 8f.
Feb 83	<b>Der Kampf gegen die WAA Dragahn.</b> Schafft er den Durchmarsch? An bisher 9 Standorten konnte eine WAA verhindert werden.	Atommüllzeitung Nr. 22, Lüneburg, Februar 1983: 3

Quellen in der Tabelle angegeben. Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung.

## Rundschreiben der Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg

**Tabelle 20: Rundschreiben, Flugblätter, Mitteilungen und Presseerklärungen der Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg**

<b>Datum oder Zeitraum</b>	<b>Überschrift und Anreißer</b>	<b>Ausgabe / Mitteilung</b>
ca. Dezember 1981	Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, in Wiesbaden ist bekannt gemacht worden, dass die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen bei Frankenberg eine Wiederaufarbeitungsanlage bauen will.	Ausgabe 1
Dezember 1981 – Januar 1982	Wiederaufarbeitung in Frankenberg. Der massive Widerstand der Bevölkerung führte dazu, (...)	Ausgabe 2
Dezember 1981 – Januar 1982	Erfahrungen mit WAA's - weltweit.	Ausgabe 3
Dezember 1981 – Januar 1982	Die Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg entstand bereits im November 1980, zu einem Zeitpunkt, als Volkmarsen als möglicher Standort der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) genannt wurde.	Selbstdarstellung
Januar 1982 (16.01.82)	Was tun, liebe Mitbürger? So kam Frankenberg-Wangershausen ins Gespräch!	Ausgabe 4
Februar 1982 – April 1982	Ein Besuch in der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe.	Ausgabe 5
Februar 1982 – April 1982	Lieber Feriengast im Hochsauerland, Ederbergland und Wittgensteiner Land, im Dezember 81 ist Frankenberg – kaum 20 km von Ihnen entfernt – als Standort für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage vorgeschlagen worden.	Ausgabe 6
Februar 1982 – April 1982	Eine Kinderärztin berichtet über Radioaktivität. Helen Caldicott.	Ausgabe 7
Mai 1982 – Juli 1982	Wacht auf! Die Entscheidung der Landesregierung wurde bekanntgegeben: Wangershausen soll Standort der ersten großtechnischen deutschen atomaren Wiederaufarbeitung (WAA) werden.	Presseerklärung

<b>Datum oder Zeitraum</b>	<b>Überschrift und Anreißer</b>	<b>Ausgabe / Mitteilung</b>
August 1982 – Oktober 1982	Schöne Aussichten. Am 21. Juli 1982 ging im 1. Programm des Hessischen Rundfunks folgende Meldung der französischen Presseagentur AFP in „Passiert, notiert“ über den Sender. Die bisher gebauten Aufarbeitungsanlagen für nukleare Abfallstoffe sind nicht unfallsicher, nur schwach in ihren Kapazitäten ausgelastet und wirtschaftlich unrentabel.	Ausgabe 8
August 1982 – Oktober 1982	Höflichkeit - Vertrauen - politische Schritte? Reinhard Ueberhorst und die Bürgerinitiativen	Ausgabe 9
August 1982 – Oktober 1982	Wenn einer eine Reise tut... „Betriebsausflug“ nach La Hague	Ausgabe 10
Januar 1983 (23.01.83)	Tatsachen und Prüfsteine zur Bundestagswahl '83. Aus Anlaß der Planungen für eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Frankenberg-Wangershausen hatten sich viele Menschen in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, um diese Plutonium-Fabrik zu verhindern, indem sie aktiven Umweltschutz verwirklichten.	Ausgabe 11

Quelle: Battenfeld, -Potente 1987, Bürgerinitiative Umweltschutz Frankenberg. Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung.

## **TV-Beiträge mit Bezügen zum Bürgerdialog Kernenergie aus ARD-Rundfunkarchiven (Nachrichten, Berichte, Diskussionen)**

**Tabelle 21: Beiträge der ARD Tagesschau und Tagesthemen mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog**

<b>Sendedatum</b>	<b>Sendungstitel und Archivnummer</b>	<b>Beitragstitel</b>	<b>Inhalt</b>
23.10.1974	Tagesschau F: 6783	Matthöfer zum Bau von Atomkraftwerken	Interview
22.07.1975	Tagesschau F: 7055	Bundesforschungsminister Matthöfer führte in Bonn Gespräche mit Vertretern der Bürgerinitiativen über das Pro und Contra von Kernkraftwerken	Bericht über Veranstaltung

<b>Sendedatum</b>	<b>Sendungstitel und Archivnummer</b>	<b>Beitragstitel</b>	<b>Inhalt</b>
15.08.1975	Tagesschau F: 7079	Bundesforschungsminister Matthöfer besucht Großbaustelle des „Schnellen Brüters“ in Kalkar	Hintergrund und Interview
31.01.1976	Tagesschau F: 7248	Kernenergie-Informationsschau in Essen / Verhandlungen zum Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl	Bericht über Bürgerdialog Kernenergie
19.08.1977	Tagesschau F: 7814	Forschungsminister Matthöfer: Entsorgung von Atommüll	Interview
04.10.1977	Tagesschau F7860	Kongress über Kernenergie	Bericht über Kongress mit Kernkraft-Befürwortern
20.04.1978	Tagesthemen F: 77	Energiedebatte im Bundestag zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und Entsorgungskonzept	Bericht über Gorleben und von Bundestagsdebatte
14.12.1978	Tagesthemen F: 246	Energieprogramm und Kalkar-Debatte im Bundestag	Bericht Bundestagsdebatte
14.12.1978	Tagesschau F: 8296	Bundestagsdebatte zum Schnellen Brüter	Bericht über Bundestagsdebatte
14.08.1979	Tagesthemen F: 412	Hauff zur Reaktorsicherheit, Rasmussen-Studie	Interview
31.08.1979	Tagesschau F: 8556	SPD zu Kernkraftwerken	Bericht über SPD, Interview Horst Ehmke
06.12.1979	Tagesschau F: 8653	Kernenergie-Debatten mit Entsorgung, SPD-Parteitag	Bericht über Parteitag
28.03.1979	Tagesschau F: 8400	Gorleben-Hearing, Albrecht	Beitrag über Veranstaltung
28.01.1981	Tagesthemen F: 777	Nachrichten: Hearing zu Gorleben	Bericht über Protest der Kernkraftgegner während des Hearings
28.01.1981	Tagesschau F: 9072	Gorleben-Hearing	Bericht zum Hintergrund des Hearings
04.11.1981	Tagesschau F: 9352	Kabinett zu Energieprogramm	Bericht über Inhalte des 3. Energieprogramms
28.05.1983	Tagesschau F: 9922	Gorleben- Informationsveranstaltung	Bericht über Diskussionsveranstaltung und Widerstand

Quelle: Archivrecherche der ARD. Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung.

**Tabelle 22: Beiträge des Norddeutschen Rundfunks mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog**

<b>Sendedatum</b>	<b>Sendungstitel und Archivnummer</b>	<b>Beitragstitel</b>	<b>Inhalt</b>
23.03.76	Das politische Studio	Atomkraftwerke: Mit dem Risiko leben? Ein aktuelles Hearing	u. a. Diskussion mit dem Kernphysiker an der Universität Kiel Prof. Erich Bagge und Interview mit dem Kernphysiker an der Universität Bremen Prof. Dieter von Ehrenstein
11.11.19776	-	Atommüllgespräche in Hannover und Demonstration	Maihofer, Matthöfer, Friderichs im Leine-Schloß Hannover ein, um mit Albrecht über die Atommülldeponie zu sprechen. Demonstration in Hannover gegen diese und Wiederaufbereitungsanlage.
16.11.1976	-	Atommüll in Niedersachsen	Matthöfer, Friderichs und Maihofer, Albrecht zur Genehmigung einer Atommülldeponie / Demonstration gegen Atommülldeponien in Niedersachsen / Albrecht zu Fragen der Begutachtung
02.09.1977	-	Atommüll nach Niedersachsen - Die Entsorgung der Kernkraftwerke	Gemeindevertreter, Ministerpräsident Albrecht (Interview), Matthöfer und Bürgerinitiativen kommen zu Wort
03.09.1979	Nordschau Hamburg	Gorleben: Pro und Contra	In zwei getrennten Veranstaltungen in Lüchow-Dannenberg befassen sich Gegner und Befürworter der Atomenergie mit der geplanten (Wiederaufbereitungsanlage) und (Entsorgungsanlage) in Gorleben.
10.07.1979	Nordschau Hannover	Aufklärung in Gorleben	Vertreter von Bürgerinitiativen kommen zu Wort
28.01.1981	Extra III:	Gorleben Hearing	Bericht über Gorleben Hearing
03.02.1981	Nordschau Hannover	Das Zwischenlager	Bericht über Demonstration gegen Probebohrung, Gorleben-Anhörung in Lüchow
31.05.1983	Nordschau Hannover	Ist Gorleben als Endlager geeignet?	Bericht über ein in Hitzacker stattfindendes Gutachter-Hearing

Quelle: Archivrecherche der ARD. Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung.

**Tabelle 23: Beiträge des Südwestrundfunks mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog**

<b>Sendedatum</b>	<b>Sendungstitel und Archivnummer</b>	<b>Beitragstitel</b>	<b>Inhalt</b>
18.03.1975	Forum Südwest F: 75/5	Politisierung der Umweltschützer	Studio-Diskussion mit Filmeinblendungen zum geplanten Kernkraftwerk in Wyhl: Studiogäste: Hans Filbinger (Ministerpräsident BW - CDU), Lothar Späth (Fraktionsvorsitzender CDU Landtag BW), Prof. Wilhelm Hennis (Politologe, Freiburg), Prof. Klaus von Beyme (Politologe, Heidelberg), Peter (Pit), Klein (Redakteur, SWF), Rudolf Schieler (SPD-Fraktionsvorsitzender Landtag BW), Jürgen Morlok (MdL FDP BW)
15.04.1975	Landesschau	Interview Volker Hauff (Staatssekretär) zur Reaktor-Studie	Hauff (Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, SPD) zum Thema Kernenergie und Planung von Kernkraftwerken
27.06.1975	Open End	Diskussion zum Thema „Sorgen für morgen“ - Fragen zur Kernenergie	Studio-Diskussion zum Thema Kernenergie. Themen u.a.: Sicherheit, Mitspracherecht, Wirtschaftlichkeit, Alternativen. Diskussionsteilnehmer: Prof. Heinz Haber, Karl-Heinz Lindackers, Schmidt-Küster, Winkler, Prof. Hennis (Politikwissenschaftler), Peter Rost, Victor von Oertzen (beide SWF)
03.07.1976	Landesschau	Hans Matthöfer zu Kernkraftwerken	Über den Bau von Kernkraftwerken diskutierte Matthöfer in Koblenz mit Vertretern des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz
20.12.1976	Report F: 76/12	Atomkraftwerke	Demonstration in Brokdorf und Gespräch mit zwei Pfarrern

<b>Sendedatum</b>	<b>Sendungstitel und Archivnummer</b>	<b>Beitragstitel</b>	<b>Inhalt</b>
27.01.1977	Pro und Contra F: 74	Mehr Atomstrom	Diskussionssendung Pro-Anwalt: Wolfgang Müller (Handelsblatt GmbH Düsseldorf)/ Contra-Anwalt: Christian Schütze (Süddeutsche Zeitung München) Sachverständige: Keltsch (Vorstandsvorsitzender Preussen-Elektra-GmbH Hannover), Matthöfer, Wüstenhagen (BBU), Gruhl (MdB CDU Bundesvorsitzender BBU)
10.12.1979	Abendschau - Berichte aus Baden- Württemberg	Eppler in Berlin	Bericht vom Parteitag der SPD, auf dem auch die Entsorgungsfrage diskutiert wurde.
11.12.1979	Zeitraffer - Chronik der Regional- ereignisse	WH: Kernkraftwerk in Cattenom	Bericht über den Kraftwerksbau in Frankreich und den gescheiterten Protest
16.12.1982	Landtag aktuell	Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für Atomelemente	In Kaisersesch in der Eifel protestieren Anwohner gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für Atomelemente

Quelle: Archivrecherche der ARD. Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung.

**Tabelle 24: Beiträge des Westdeutschen Rundfunks mit inhaltlichem Bezug zum Bürgerdialog**

<b>Sendedatum</b>	<b>Sendungstitel und Archivnummer</b>	<b>Beitragstitel</b>	<b>Inhalt</b>
03.12.1974	Fragezeichen	Atommüll wohin?	Diskussionssendung mit Claus Grossner, Publizist, Dr. Wolf J. Schmidt-Küster (BMFT), Prof. Edgar Lüscher, Physik-Departement (TH München), Dr. Gerd Zerhusen, Jurist, Prof. Erich Merz (Kernforschungsinstitut Jülich); Dr. Alfred Feldmann (Kernforschungsinstitut Jülich).

<b>Sendedatum</b>	<b>Sendungstitel und Archivnummer</b>	<b>Beitragstitel</b>	<b>Inhalt</b>
04.12.1974	Hierzulande - Heutzutage	Atomkraftwerke - Eine Bestandsaufnahme	Bericht über Atomforum Gesundheitsvorsorge Statements: Prof. Heinrich Mandel, RWE, äußert sich pro Atomkraft und von niederrheinischen Atomkraftgegnern.
20.11.1975	Tagesthema	Wie sicher sind Kernkraftwerke	Interview mit Matthöfer, Unfall in Gundremmingen
10.07.1976	Neues Wissen	-	Studiogespräch Interview Matthöfer und Dr. Schmidt-Küster zu WAA
13.04.1977	48 Stunden	Gorleben und Holzkirchen	Statements und Interviews mit dem Pfarrer und Bürgermeister von Gorleben und Wissenschaftsminister Prof. Eduard Pestel, Niedersachsen.
16.01.1979	Schauplatz Gorleben	-	Bericht über Positionen folgender Personen zur Endlagerfrage: Präsident PTB Braunschweig, Schmidt-Küster BMFT, Betriebsleiter WAA
27.10.1980	Montagabend im Dritten	Gorleben im vierten Jahr	Studiogespräch: Alexander von Cube, Leiter des PGB Wissenschaft diskutiert aus der Position des Kritikers der Nutzung von Atomenergie mit Günther Scheuten, DWK, Vorstandsvorsitzender (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen). Einstellungen der Bürger*innen werden gezeigt.

Quelle: Archivrecherche der ARD. Eigene Zusammenstellung. Eigene Darstellung.



